Frankfurter Allgemeine

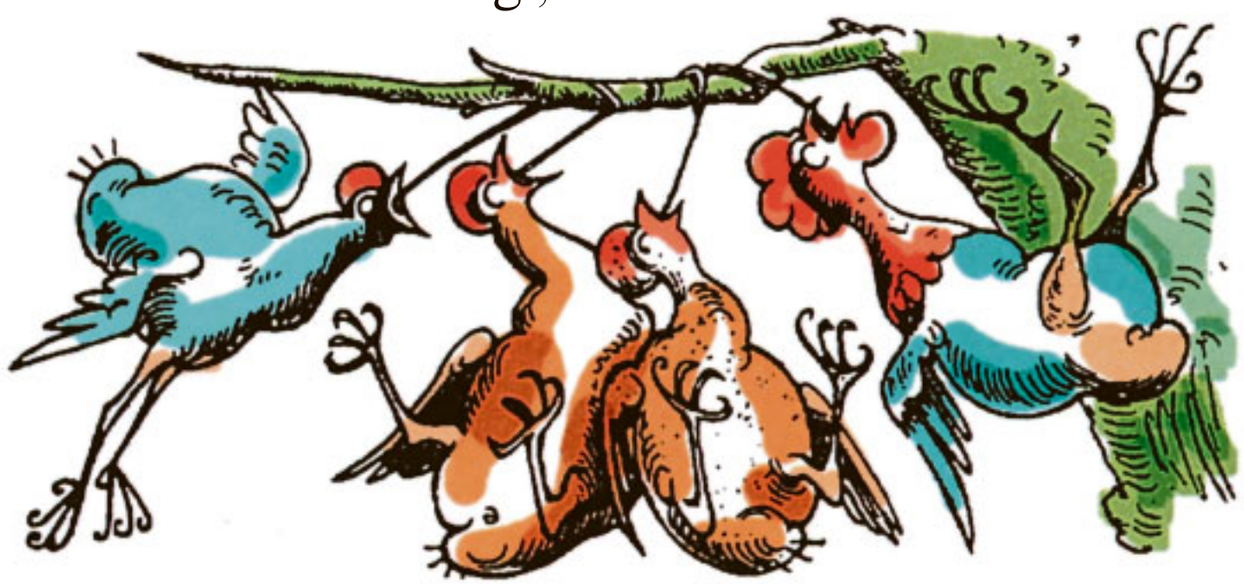
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 15. Januar 2013 · Nr. 12/3 D3 HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER 2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Landtag spricht Platzeck Vertrauen aus

mk. BERLIN, 14. Januar. Der Brandenburger Landtag hat in einer Sondersitzung am Montag Matthias Platzeck (SPD) das Vertrauen ausgesprochen. In der ersten Vertrauensabstimmung des Brandenburger Landtags erhielt der Ministerpräsident alle Stimmen der Regierungsfraktionen SPD und Linkspartei, 55 von 87 abgegebenen Stimmen. Es war sein Wunsch, ausdrückliche parlamentarische Unterstützung für das Amt als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB) zu erhalten. Während der Aufsichtsratssitzung am Mittwoch wird Platzeck den Vorsitz von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) übernehmen, der nach der vierten Eröffnungsverschiebung das Amt abgab. Der FBB-Geschäftsführer Rainer Schwarz wird voraussichtlich entlassen werden. An diesem Dienstag will sich der Haushaltsausschuss des Bundestags mit dem Flughafenbau beschäftigen. Platzeck bekräftigte, dass er sein politisches Schicksal mit dem Erfolg beim Flughafenbau verknüpfe: „Entweder das Ding fliegt, oder ich fliege." Er kündigte „kontinuierliche Arbeit am Teamgeist" aller Beteiligten an. Er werde den „technischen und betriebswirtschaftlichen Sachverstand" im Aufsichtsrat verstärken. *(Fortsetzung Seite 2; Kommentar Seite 8; siehe Deutschland und die Welt, Seite 7.)*

Fließet aus dem Aug', ihr Tränen!



Aus der Traum – Es soll unter uns ja Leute geben, die nur solche Tiere essen, von denen sie wenigstens einmal in ihrem Leben ein Exemplar selbst geschlachtet haben, um wenigstens einmal den letztlich doch ziemlich direkten Zusammenhang zwischen Gewalt und Genuss erfahren zu haben. Die meisten sind aber doch von der Beschaffenheit, dass sie diesen evidenten Zusammenhang nicht einmal ahnen. Und dann gibt es noch diejenigen, denen das alles auf archaische Weise ziemlich wurscht ist, denen aber trotzdem die **Seite 3** zum Verzehr anempfohlen sei. Zeichnung Wilhelm Busch

Berlin prüft

Von Günther Nonnenmacher

Es gehört zu den Eigenheiten der deutschen Außenpolitik, dass sie, wenn es um Militärisches geht, ihren Verbündeten erst einmal sagt, was „ausgeschlossen" ist: im Falle Malis ein Kampfeinsatz der Bundeswehr. Den hatte allerdings niemand gefordert. Die französischen Truppen waren offenbar Manns genug, den in zwei Keilen vorgetragenen Angriff der Islamisten und Dschihadisten auf den Süden des Landes und seine Hauptstadt Bamako vorerst zu stoppen. Dennoch ist es bezeichnend, dass London ohne Umschweife Lufttransportkapazitäten angeboten hat, Washington Aufklärungsdrohnen. In Berlin heißt es, man werde prüfen, wie man helfen könne. Wenigstens hat die Bundesregierung die französische Intervention ohne Wenn und Aber gutgeheißen. Was daraus folgt, wird man hoffentlich bald sehen.

Ob die ursprüngliche Absicht noch realistisch ist, zusammen mit anderen europäischen Verbündeten die Ausbildung der malischen Armee zu unterstützen, wird ebenfalls zu prüfen sein. Die Regierung Malis ist seit einem Militärputsch vor einem Jahr gelähmt. Die Armee selbst befindet sich jedoch gleichfalls in einem miserablen Zustand: Weder konnte sie die politische Macht in Bamako wirklich ergreifen, noch war sie in der Lage, zu verhindern, dass sich der Norden des Landes, in dem Tuareg-Rebellen, Islamisten und Terroristen ihr Unwesen treiben – dazu gehören Rauschgiftgeschäfte und Menschenhandel –, faktisch abspaltete. Dem Angriff dieser Kräfte hat die Armee kaum einen Tag lang standhalten können. Mali ist das, was man heutzutage einen „gescheiterten Staat" nennt. Ohne das Eingreifen Frankreichs hätten in Bamako vermutlich in kürzester Zeit „Gotteskrieger" die Macht übernommen – mit allen Unwägbarkeiten und Risiken für die Sicherheitslage Europas.

Die französische Armee hat einen Angriff relativ massierter Kräfte mit ihrer Luftwaffe zurückgeschlagen. Eine ganz andere Aufgabe ist es, die Islamisten und Dschihadisten im Norden zu besiegen und das Land zu befrieden. Da stellt sich den Nachbarn Malis in Afrika und im Maghreb eine Aufgabe, die angesichts ihrer Rivalitäten nicht einfach zu bewältigen sein wird. Präsident Hollande hat einen militärischen Feuerwehreinsatz befohlen. Wenn das ausreicht, um einen großen Brand in Mali zu verhindern, wird ihn das auch innenpolitisch stärken.

Heute

Wo bleibt die Revolution?

Wenn nichts mehr hilft, zünden Unruhen: der „Tipping Point", der Gesellschaften zur Rebellion treibt. Man kann die Lunten in Europa brennen sehen. **Feuilleton, Seite 27**

Bauwerk München

Wer in der bayerischen Hauptstadt oder ihrem Umfeld leben will, braucht viel Geld und großes Glück. Ob Hausaufstockungen und Sozialwohnungen für mittlere Einkommen Abhilfe schaffen? **Politik, Seite 4**

Unzufriedene vor der Wahl

Vielleicht ein Viertel der Israelis haben sich noch nicht entschieden, wem sie ihre Stimme geben wollen. Wer sich 2011 den Sozialprotesten angeschlossen hatte, sieht, dass sich nichts geändert hat. **Politik, Seite 5**

Sofawettstreit

In Köln lässt sich bestaunen, was Sitzmöbel und Küchen heute alles können sollen. Mancher Hersteller hofft darauf, dass die Nachfrage aus dem Ausland die Stagnation im Inland wettmacht. **Wirtschaft, Seite 15**

Geliebte Einzelgänger

Die Franzosen verfolgen gebannt, wie sich ihre Landsleute bei der Vendée Globe, dem Abenteuer für Solo-Weltumsegler, schlagen – und lassen sich so von wirtschaftlichen Nöten ablenken. **Sport, Seite 23**

Fluch oder Segen?

Die Vereinigten Staaten sind im Fracking-Fieber. Überall werden mit dieser rabiaten Methode Erdgas und Erdöl gefördert. Doch ist sie so ungefährlich, wie die Energiekonzerne behaupten? **Feuilleton, Seite 25**

Mobilfunk mit dem Tablet PC

iPad & Co wollen unterwegs ins Netz. Der Weg dahin ist jedoch steinig. W-Lan steht nicht überall zur Verfügung, und die Mobilfunker haben Fallstricke in ihren Datenverträgen. **Technik und Motor, Seite T1**

Nach französischen Luftschlägen Gegenoffensive von Al Qaida in Mali

Diabali erobert / Paris: Positive Gesamtentwicklung / Berlin prüft Optionen für Hilfe

mic./tos./Lt./nbu. PARIS/JOHANNESBURG/BERLIN/BRÜSSEL, 14. Januar. Während die französische Luftwaffe ihre Angriffe auf Ziele im Norden Malis am Montag intensiviert hat, ist islamistischen Gruppen eine Gegenoffensive im Westen des umkämpften Gebiets geglückt. In der Stadt Diabali etwa 400 Kilometer nördlich der malischen Hauptstadt Bamako rückten am Montag islamistische Krieger ein, die nach Angaben aus Bamako zum Terrornetz „Al Qaida im islamischen Maghreb" (Aqim) zählen. Die malischen Streitkräfte zogen sich nach einem kurzen Schusswechsel zurück, hieß es in Paris. Der französische Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian sagte, die malischen Soldaten seien unzureichend ausgerüstet gewesen. Frankreich habe mit einer Gegenoffensive der Islamisten im Westen gerechnet, sagte der Minister im Fernsehsender BFM TV. Die Gesamtsituation entwickele sich „positiv". „Im Osten Malis ist der Vormarsch der Terroristengruppen gestoppt", sagte Le Drian. Im Westen sei der Feind hingegen „extrem bewaffnet".

Ein britisches Transportflugzeug, das am Montag in der Normandie mit Militärausrüstung beladen wurde, konnte wegen eines Defekts nicht sofort ins Einsatzgebiet fliegen. London stellt zunächst zwei Transportflugzeuge bereit, will aber keine Kampfeinheiten entsenden. Der französische Außenminister Laurent Fabius dankte neben Großbritannien ausdrücklich nur Dänemark für dessen Bereitschaft, den Einsatz zu unterstützen. Berlin blieb zurückhaltend. Die Bundesregierung „denkt jetzt darüber nach, und zwar zügig, wie sie das Anliegen dort unterstützen kann", sagte ein Sprecher. Außenminister Guido Westerwelle sagte, es solle jetzt in Gesprächen mit Frankreich geklärt werden, „inwieweit wir auch das Engagement Frankreichs jenseits der Entsendung von Kampftruppen unterstützen können". Westerwelle sagte, es sei sowohl logistische Hilfe möglich als auch humanitäre oder medizinische Unterstützung. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton ließ in Brüssel mitteilen, die Vorbereitungen für die geplante EU-Mission zur Ausbildung malischer Soldaten würden beschleunigt; der Einsatz könne voraussichtlich in der zweiten Februarhälfte oder Anfang März beginnen. *(Fortsetzung Seite 2, siehe Seite 8 sowie Wirtschaft, Seite 10.)*

Schäuble kritisiert SPD-Plan gegen Steuerflucht

„Unverantwortliche Obstruktionspolitik" / Steinbrück: Amerikaner haben Kavallerie gesattelt

mas./sat. BERLIN/BRAUNSCHWEIG, 14. Januar. Die SPD hat mit ihrem Konzept zum Kampf gegen Steuerkriminalität und für mehr Steuergerechtigkeit („Braunschweiger Erklärung") eine heftige Kontroverse ausgelöst. Die Partei verlangt die Möglichkeit eines Lizenzentzugs für Banken als letztes Mittel, wenn diese fortgesetzt Beihilfe zum Steuerbetrug leisten. Außerdem fordert sie den Aufbau einer bundesweiten Steuerfahndung. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) griff im Gespräch mit dieser Zeitung seinen Vorgänger Peer Steinbrück scharf an. Der SPD-Kanzlerkandidat hatte das Konzept der SPD in Niedersachsen vorgestellt. Schäuble nannte es „ein gutes Beispiel für die Methode ‚Haltet den Dieb'". Die SPD ermöglliche mit ihrer „unverantwortlichen Obstruktionspolitik" im Bundesrat fortgesetzte Steuerhinterziehung in der Schweiz. „Mit Kavalleriemethoden, die mein Vorgänger gepflegt hat und die sich jetzt die SPD zu eigen macht, kommt man in der internationalen Zusammenarbeit nicht voran", mahnte Schäuble.

Steinbrück wies Vorwürfe der Regierungsparteien zurück, die „Braunschweiger Erklärung" sei nur Ablenkung und wegen der Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar kurzfristig in die Debatte geworfen worden. Dieses Thema hätten die SPD und er seit vier, fünf Jahren auf der Tagesordnung – „bis hin zu gelegentlichen Bildern, die umstritten gewesen" seien, sagte der frühere Finanzminister mit Blick auf seine Kavallerie-Äußerung in Bezug auf die Schweiz. Steinbrück nahm seine alte Formulierung aus Ministertagen noch einmal auf, als er sagte, bei der Bekämpfung der Beihilfe zum Steuerbetrug orientiere man sich an den Vereinigten Staaten, die über die Kavallerie nicht nur gesprochen, sondern diese auch „gesattelt" hätten.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Volker Wissing warf der SPD vor, mehrere Möglichkeiten verspielt zu haben, einen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit zu leisten. Unter anderem habe sie den Abbau der kalten Progression verhindert. Steuergerechtigkeit erreiche man nicht durch Parteibeschlüsse, sondern durch konkrete Maßnahmen, hob Wissing hervor. *(Siehe Seite 4 und Wirtschaft, Seite 11.)*

Schiiten in Quetta beenden Proteste

cheh. FRANKFURT, 14. Januar. Nach dem Anschlag auf Schiiten mit Dutzenden Toten in der Stadt Quetta hat Pakistans Präsident Asif Ali Zardari die Regierung der Provinz Belutschistan entlassen. Die Schiiten beendeten daraufhin am Montag ihren Protest und begruben die Toten, bei denen Tausende seit Freitag in einem Sitzstreik ausgeharrt hatten. Zehntausende folgten dem Aufruf des Predigers Tahir ul Qadri zu einem Protestemarsch nach Islamabad gegen die Regierung. *(Siehe Seite 3.)*

Frankreichs Regierung hält an „Ehe für alle" fest

mic. PARIS, 14. Januar. Die französische Regierung hat am Montag ihr Ziel bekräftigt, mit der „Ehe für alle" Homosexuellen alle ehelichen Rechte einzuräumen. Regierungssprecherin Najat Vallaud-Belkacem bezeichnete die geplante Reform als „historischen Fortschritt". Mehrere hunderttausend Franzosen hatten am Sonntag in Paris gegen das Gesetzesvorhaben protestiert. Präsident Hollande lehnt es bislang ab, die Organisatorin der Proteste, Frigide Barjot, zu empfangen. *(Siehe Seite 6.)*

Deutsche Autohersteller legen in Amerika zu

cru. DETROIT, 14. Januar. Der Volkswagen-Konzern hat im vergangenen Jahr so viele Wagen verkauft wie nie zuvor. Erstmals hat Europas größter Autohersteller die Absatzmarke von neun Millionen überschritten und ist damit drittgrößter Hersteller der Welt hinter den Konkurrenten Toyota und General Motors geworden. Auf dem wachsenden amerikanischen Markt hat die deutsche Autoindustrie über alle Anbieter hinweg ihren Marktanteil ausgebaut. *(Siehe Wirtschaft, Seite 9.)*

Britanniens Rebellion

Von Jochen Buchsteiner

Die Briten sind eine stolze Seefahrernation – warum dürfen sie nicht mehr nach Lust und Laune in ihren Gewässern fischen? Die Briten haben eine große merkantile Tradition – wie kann ihnen da eine Brüsseler Arbeitszeitrichtlinie vorschreiben, wann Dienstschluss ist? Die Briten leben auf einer Insel – wieso gibt ihnen das Festland vor, wen sie im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit über den Kanal lassen müssen? Die Briten haben, nicht zuletzt, Parlament und Rechtsstaat erfunden – warum müssen sie da überhaupt Vorgaben vergleichsweise schwach legitimierter Institutionen respektieren?

Zu diesen Fragen, welche die Menschen im Vereinigten Königreich schon länger umtreiben, sind in jüngster Zeit neue hinzugekommen: Kann es sich Britannien in einer Rezession leisten, einer der großen Nettozahler zu bleiben – jedenfalls wenn das Geld nicht für sinnvolle Zwecke wie die Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ausgegeben wird, sondern für französische Bauern und unsolide wirtschaftende Südländer? Und hat die Krise des Euro nicht ganz grundsätzlich bewiesen, dass das europäische Bewegungsprinzip der forcierten Integration in die Irre führt?

Dies ist die Stimmung, der sich Premierminister Cameron ausgesetzt sieht, eine Stimmung, die er allerdings auch hat treiben lassen. In einer Grundsatzrede zu Europa, die er demnächst halten will, muss er nun Antworten finden, die seine Landsleute überzeugen. Denn die meisten wünschen sich mittlerweile ein Referendum, und dürften sie morgen darüber abstimmen, ob das Königreich in der EU bleiben soll, spräche sich eine Mehrheit dagegen aus.

Cameron will nicht, dass sein Land ausschert, so wie die meisten vernünftigen Briten wissen, dass bei aller berechtigten Kritik an der EU der Schaden eines Abschieds den Nutzen überträfe. Ohne Europa litte der britische Export; ausländische Unternehmen überdächten ihre Investitionen auf der Insel; selbst die „City" könnte ihre Sonderposition einbüßen. In Frage stünde auch Britanniens politisches Gewicht in der Welt. Dass London nicht zuletzt wegen seiner Stimme in der EU ein attraktiver Partner ist, hat die Regierung Obama gerade erst London wissen lassen.

Cameron steckt in einem Dilemma. Die Volksstimmung, die sich über die populistische „United Kingdom Independence Party" bis tief in seine Konservative Partei übersetzt, verlangt, mindestens, nach Abgrenzung von Brüssel. Die (Finanz-)Wirtschaft, der liberaldemokratische Koalitionspartner und die oppositionelle Labour Party warnen vor einem solchen Prozess. Selbst konservative Schwergewichte wie Minister Clarke und Lord Haseltine warnen Cameron inzwischen davor, in Brüssel Türen zuzuschlagen.

In seiner Not hat sich der Premierminister einem Mittelweg verschrieben, der alles andere als golden wirkt. Er will nationale Souveränität zurückholen, Verträge wieder aufschnüren und mit den europäischen Partnern über eine „Repatriierung" von Kompetenzen verhandeln. Er strebt eine britische Sonderrolle an, die weit über den gewährten „Rabatt" hinausgeht und eher an die Position erinnert, die Norwegen oder die Schweiz innehat. Das dergestalt entschlackte Verhältnis zur EU soll dann (in noch nicht definierter Form) zur Abstimmung gestellt werden – in der Hoffnung, dass die Briten es erträglicher finden als die bisherige EU-Vollmitgliedschaft.

Diejenigen, die diesen Kurs als „unklug" (Lord Haseltine) oder gar „gefährlich" (Oppositionsführer Ed Miliband) kritisieren, fürchten eine Dynamik, an deren Ende nichts übrigbleibt als der Ausstieg. Aus Sicht vieler EU-Länder, allen voran Deutschland, ginge der Verlust des britischen Partners mit einer Schwächung der EU einher. Ohne London wäre die Union wirtschaftspolitisch weniger liberal, außenpolitisch weniger strategisch, verteidigungspolitisch weniger handlungsfähig: Sie wäre provinzieller. Cameron weiß das; mit Freuden hat er vernommen, dass sich Frau Merkel eine EU ohne Britannien „nicht vorstellen" kann. Und doch sind seine Erfolgsaussichten ungewiss.

> Die Regierung Cameron will ein neues Verhältnis zur EU. Viele Europäer fürchten die Folgen.

Denn noch verheerender als ein Ausscheren der Briten wäre aus Sicht vieler Hauptstädte ein Aufweichen der ganzen Union. Und ebendies könnte die Folge sein, wenn das britische Beispiel Schule macht. Tschechen und Dänen liebäugeln schon länger mit der Idee, mehr nationale Souveränität zurückzugewinnen. Unlängst haben die Niederländer – als erstes Euroland – Sympathien für die britische Rebellion bekundet. Hier liegt der Grund dafür, dass Downing Street fast undiplomatisch deutlich beschieden wird, dass es keinen Raum für Neuverhandlungen gebe.

In mehreren Interviews hat Cameron jetzt signalisiert, dass er nicht von seiner Linie abzuweichen gedenke. Er sieht Britannien im Recht und begründet die Notwendigkeit neuer Verhandlungen mit dem Übergang der EU in eine Zweiklassengesellschaft. Wenn die Eurogruppe voranschreiten wolle und damit de facto die Führung in der EU übernehme, sollten den weniger integrierten Staaten neue Mitgliedsbedingungen zustehen, lautet sein Argument. Ganz von der Hand zu weisen ist es nicht. Auch deshalb sind so viele Europäer besorgt.

Briefe an die Herausgeber	30	Zeitgeschehen	8	Markt und Strategie	15	Sport	23
Technik und Motor	T1	Wirtschaft	9	Wetter	16	Feuilleton	25
Impressum	4	Unternehmen	12	Finanzmarkt	17	Medien	31
Deutschland und die Welt	7	Menschen und Wirtschaft	14	Kurse	20	Fernsehen und Hörfunk	32

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland 2,90 € / Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 £ / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29 nkr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28 skr / Schweiz 4,80 sfrs / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 720 Ft

STREIFZÜGE

Südharz

Biosphärische Störung

Für die einen ist der Harz ein nahezu menschenleeres Gebirge, das bestenfalls zum Naturreservat für wilde Tiere und ein paar sanfte Touristen taugt. Für die anderen ist der Harz geliebte Heimat, mit reicher Industriegeschichte, Bergbautradition und immer noch immensen Rohstoffvorkommen, die mit der Rückbesinnung auf Holz als Brenn- und Baustoff neuerdings sogar bis in den Himmel wachsen. Der Bürgermeister der sachsen-anhaltischen Gemeinde Rottleberode, Ralf Rettig (CDU), sah jedenfalls keinen Grund zur Selbstaufgabe. Er mühte sich um die Ansiedlung der Holzindustrie, wollte Wertschöpfung holen, statt Rohstoffe fahrenzulassen. Damit kollidierten Rettigs Pläne mit denen der Landesregierung, die den Südharz mit dem Segen der Unesco zum Biosphärenreservat umwidmen wollte.

Foto dpa

Holzimpulse

Dieses Prädikat wird nur verliehen, wenn die Bewohner der auszuzeichnenden Region das Ansinnen stützen. Rettig aber wollte das Biosphärenreservat nur akzeptieren, wenn sein „Holzimpulszentrum“ und die heimischen Gipswerke darunter nicht litten. Die Landesregierung erhöhte den Druck und wies das Biosphärenreservat 2009 mit Hilfe einer Allgemeinverfügung aus. Zudem mag man gehofft haben, dass Neuwahlen nach der Gemeindegebietsreform, die 17 Orte einschließlich Rottleberode in der Gemeinde Südharz zusammenführte, das politische Leben des Bürgermeisters Rettig beendete.

Doch ausgerechnet Rettig wurde Bürgermeister der neuen Gemeinde. Die Gemeinde klagte vor dem Verwaltungsgericht Halle gegen die Ausweisung des Reservats. Indem die Klage ruhend gestellt wurde, erhöhte dies den politischen Druck. Nun feierte Rettig einen Erfolg. Im Diskurs mit Umweltminister Aeikens und Wirtschaftsministerin Brigitta Wolf (beide CDU) einigten sich beide Seiten Anfang Januar auf „Eckpunkte zur Vereinbarung zum Biosphärenreservat“. Ohne Frage hat sich Rettig mit seiner Forderung nach „rechtlich verbindlichen Zusagen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung“ durchgesetzt. Ende Januar wird der Gemeinderat nun über das Biosphärenreservat abstimmen. CLAUS PETER MÜLLER

Heute

Bald noch mehr Abgeordnete?
Bei der Bundestagsanhörung über die Neufassung des Wahlrechts haben Fachleute vor allem auf die Folgen des vollständigen Ausgleichs von Überhangmandaten aufmerksam gemacht. **Politik, Seite 4**

Sagt bald Ruby aus?
Der Prozess wegen Beihilfe zur Prostitution Minderjähriger und Amtsmissbrauchs gegen den früheren italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi wird nicht wegen des Wahlkampfs unterbrochen. **Politik, Seite 6**

Hollande unbeirrt
Trotz der Proteste hält die französische Regierung an ihrem Plan fest, gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe zu öffnen. Der Vatikan sieht darin einen ersten Schritt zur Polygamie. **Politik, Seite 6**

Schlitz ins Kleid!
Die weiblichen Leinwandstars nehmen sich bei den Golden Globes in Beverly Hills viel Beinfreiheit heraus. Die Roben sind zwar lang, dafür sind es aber auch die Einschnitte. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

Das liebe Geld
Statistisch geht es den Kommunen finanziell wieder etwas besser. Im Einzelfall jedoch sieht es deutlich schlechter aus. Besonders in Nordrhein-Westfalen haben viele Städte zu kämpfen. **Zeitgeschehen, Seite 8**

Unwürdig
Mazedonien findet, im Gegensatz zu Griechenland, international kaum Aufmerksamkeit. Aber auch dort tun sich seltsame Dinge. Der Staatshaushalt droht aus dem Ruder zu laufen. **Zeitgeschehen, Seite 8**

Neues aus der Redaktion

Von Zeit zu Zeit unterrichten wir unsere Leser über Veränderungen in der Redaktion. Die wichtigsten Neuerungen sind in der folgenden Übersicht zusammengefasst. Kurze Lebensläufe aller Redaktionsmitglieder sind unter *www.faz.net* zu finden.

Politik

Nach mehr als 30 Jahren bei der F.A.Z. ist *Georg Paul Hefty* in den Ruhestand getreten. Er schrieb vor allem über Innenpolitik und hatte zudem ein besonderes Auge auf Ungarn. Zuletzt war er verantwortlich für die Seite „Zeitgeschehen“. Diese Zuständigkeit ist an *Reinhard Müller* übergegangen. Ebenfalls in den Ruhestand ging *Wolfgang Günter Lerch,* der 1978 zur Zeitung kam und sich mit dem Nahen Osten und der islamischen Welt beschäftigte; *Reinhard Olt* trat 1985 in die Redaktion ein und war von 1994 an Korrespondent in Wien; auch er ist wie *Dieter Wenz,* der als Korrespondent über Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg berichtet hat, in den Ruhestand gegangen. *Rainer Hermann* ist in die Zentrale nach Frankfurt zurückgekehrt, nach Jahren als Wirtschaftskorrespondent in der Türkei und zuletzt in Abu Dhabi. Auf den Posten nach Wien wechselte *Stephan Löwenstein. Jochen Buchsteiner* hat seinen Dienstsitz von Jakarta nach London verlegt. Der bisherige London-Korrespondent *Johannes Leithäuser* ist in das Hauptstadtbüro Berlin gewechselt. *Till Fähnders* ist von Peking nach Singapur gezogen. *Petra Kolonko* hat Tokio verlassen und berichtet nun aus Peking. *Alard von Kittlitz,* bislang in der Sonntagszeitung, ist in die politische Nachrichtenredaktion gekommen. Neu in der politischen Nachrichtenredaktion sind *Ann-Dorit Boy* und *Helene Bubrowski.*

Peter-Philipp Schmitt, Redakteur im Ressort „Deutschland und die Welt“, wurde für seinen Artikel „Fünf Kinder, drei Tabletten, ein Virus“ mit dem Medienpreis der „Stiftung für das behinderte Kind“ ausgezeichnet. Für seinen Beitrag „Der neue Schlesier“ erhielt *Konrad Schuller,* Korrespondent in Warschau, den Deutsch-Polnischen Journalistenpreis. Schuller gewann auch den „Reemtsma Liberty Award“ für seine Berichterstattung über das Verfahren gegen die frühere ukrainische Ministerpräsidentin Julija Timoschenko und die Zustände in ukrainischen Gefängnissen.

Wirtschaft

Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik, hat interimistisch auch die Zuständigkeit für die Wirtschaftsberichterstattung übernommen. *Patrick Bernau* ist zum verantwortlichen Redakteur „Wirtschaft Online“ ernannt worden. Neuer Leiter des Ressorts „Immobilienmarkt“ ist *Michael Psotta.* Um die Seite „Netzwirtschaft“ kümmert sich *Martin Gropp,* der zuvor Volontär dieser Zeitung war. *Georg Küffner,* Redakteur bei „Technik und Motor“, geht Ende Januar in den Ruhestand, ihm folgt *Lukas Weber* nach, der bislang Wirtschaftsredakteur war. Die Verantwortlichkeit für das Projekt „Jugend und Wirtschaft“ geht von Lukas Weber auf *Lisa Becker* über. Neu in der Wirtschaftsredaktion sind *Anne-Christin Sievers* und *Alexander Armbruster*, die sich vorrangig um den Online-Auftritt kümmern, sowie *Johannes Pennekamp* als Blattmacher. Von Online auf den Blattmacherposten gewechselt ist *Christoph Schäfer.*

Sebastian Balzter erhielt den Expopharm Medienpreis in der Kategorie „Apotheke und Ökonomie“. *Jan Grossarth* erhielt den Medienpreis Politik des Bundestages für seine Berichterstattung über den Rücktritt der ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen. *Julia Löhr* wurde mit dem Hans-Strothoff-Preis ausgezeichnet, mit sechs Kurzreportagen über kreative Läden in Berlin-Mitte belegte sie den dritten Platz. *Georg Küffner* erhielt den Preis für Technikjournalismus „Der Punkt“. Gewürdigt wurde sein Text „Unkonventionell ist nur die Technik“ über die Gewinnung von Erdgas aus Schiefergestein. *Johannes Pennekamp* gewann für seinen Beitrag „Der wahre Preis der Steine“ den Hauptpreis des Econsense Journalistenpreises. Fazit, das Wirtschaftsblog der F.A.Z., belegte beim „Comdirect Finanzblog Award“ den zweiten Platz.

Sport

Neuer Ressortleiter ist *Anno Hecker,* er folgte *Jörg Hahn* nach, seine Stellvertreter sind *Peter Heß* und *Peter Penders.*

Das „Medium-Magazin“ ehrte *Evi Simeoni* als „Journalistin des Jahres 2012“ in der Fachkategorie Sport. Der Verband Deutscher Sportjournalisten und die Veranstalter des Tennis-Turniers „Gerry Weber Open“ verliehen *Wolfgang Scheffler* für seine Tennis-Berichterstattung den „Medien Award 2012“ in der Kategorie Print.

Feuilleton

Patrick Bahners ist als Kulturkorrespondent nach New York gewechselt. Ihm folgte als Ressortleiter *Nils Minkmar* nach, der seit 2001 Redakteur im Feuilleton der Sonntagszeitung war. *Edo Reents* und *Jürgen Kaube* sind zu stellvertretenden Ressortleitern berufen worden. Nach einem Zwischenspiel in Wien ist Kulturkorrespondent *Dirk Schümer* nach Venedig zurückgekehrt.

Herausgeber *Frank Schirrmacher* wurde die Josef-Neuberger-Medaille der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf verliehen. Die nach dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Justizminister Neuberger benannte Auszeichnung würdigt Personen des nichtjüdischen öffentlichen Lebens, die sich um die jüdische Gemeinschaft verdient gemacht haben. Zudem ehrte der Börsenverein des Deutschen Buchhandels Schirrmacher „für sein vielfältiges und starkes Engagement für das Buch und seinen Einsatz für die Vielfalt von Kultur und Literatur“ als „Förderer des Buches“. *Marcel Reich-Ranicki* erhält für seine Rede im Deutschen Bundestag im Januar vergangenen Jahres anlässlich des Holocaust-Gedenktages die Auszeichnung „Rede des Jahres“. *Niklas Maak,* Feuilleton-Redakteur, wurde der Henri-Nannen-Preis in der Kategorie „Bester Essay“ für seinen Text „Architekten, auf die Barrikaden!“ der Sonntagszeitung zuerkannt. *Nils Minkmar* wurde vom „Medium Magazin“ in der Kategorie Kultur als „Journalist des Jahres 2012“ ausgezeichnet, *Jürgen Kaube,* verantwortlicher Redakteur für Geisteswissenschaften, errang den gleichen Titel in der Kategorie „Wissenschaft“. Die Stiftung Marktwirtschaft verlieh den Swift-Preis für Wirtschaftssatire an Kaube. *Dieter Bartetzko,* Redakteur im Feuilleton, erhielt für seinen Artikel „Ganz Paris träumt von Caterina“, ein Porträt der Sängerin Caterina Valente zu deren 80. Geburtstag, den Männerpreis der Zeitschrift „Emma“. *Tilman Spreckelsen* wurde mit dem Volkacher Taler für sein Wirken für die Kinder- und Jugendliteratur geehrt. *Christina Hucklenbroich,* Redakteurin im Ressort „Natur und Wissenschaft“, wurde mit dem Argus-Medienpreis für eine Serie im Blog „Tierleben“ auf faz.net ausgezeichnet, in der sie die Hintergründe der Debatte über die Verwendung von Antibiotika in der Nutztierhaltung erklärt. Den Journalistenpreis Münsterland in der Kategorie Tourismus/Wirtschaft erhielt *Freddy Langer,* leitender Redakteur des Reiseblatts, für seinen Artikel „Träume im Ohr oder Das Hinterzimmer der Wirklichkeit“. *Jakob Strobel y Serra,* Redakteur im Reiseblatt, erhielt den Deutschen Journalistenpreis für Luft- und Raumfahrt in der Kategorie Print für seine Reportage „Der kurze Traum vom Leben als Privatpassagier“.

Bildredaktion

Barbara Klemm, 35 Jahre lang Redaktionsfotografin dieser Zeitung, wurde der Leica Hall of Fame Award zuerkannt. Zur Begründung hieß es, Barbara Klemm habe die Reportagefotografie in unvergleichlicher Weise geprägt, indem sie das kurzlebige Tagesgeschehen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit ihrem einzigartigen Blick für das Wesentliche dokumentiert habe.

Grafik / Informationsgrafik / Illustration / Gestaltung

Andre Piron verstärkt seit einigen Monaten als Redakteur das Ressort „Infografik“.

Sonntagszeitung

Timo Frasch ist aus der politischen Nachrichtenredaktion der Tageszeitung in die Politikredaktion der Sonntagszeitung gekommen. Ebenfalls zur Politikredaktion sind *Friederike Haupt* – sie war zuvor bei der Rhein-Main-Zeitung – und *Marie Katharina Wagner* gestoßen. Wagner war zuvor mit der Politikberichterstattung im Internet befasst. Neu im Ressort Gesellschaft sind *Katrin Hummel,* zuvor vorrangig mit dem Online-Auftritt beschäftigt, und der ehemalige Volontär *David Klaubert. Dennis Kremer* kam neu in den Wirtschaftsteil, *Karen Krüger* wechselte vom F.A.Z.-Reiseblatt in das Feuilleton der Sonntagszeitung. Ebenfalls neu ins Feuilleton kam *Antonia Baum.*

Volker Zastrow, Leiter des Politikteils der Sonntagszeitung, erhielt für seinen Artikel „Wie Ken den Kopf verlor“, in dem er den Fall des früheren Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg beschreibt, den Theodor-Wolff-Preis in der Kategorie Allgemeines. *Eckart Lohse* und *Markus Wehner,* Politikkorrespondenten in Berlin, wurden vom „Medium Magazin“ als „Journalisten des Jahres“ ausgezeichnet. Die Jury würdigte damit die „akribische und unbestechliche Berliner Politikbeobachtung“ der beiden. Der „Verein zur Förderung arbeitsrechtlicher Forschung“ vergab seinen Preis für herausragende Dissertationen an Wirtschaftsredakteurin *Melanie Amann* für ihre Arbeit „Die Belegschaftsabstimmung“. Für seinen Artikel „Die sieben Mythen im Dioxinskandal“ gewann *Winand von Petersdorff-Campen,* stellvertretender Leiter der Wirtschaftsredaktion, den Kommunikationspreis „Agrar 2012“ des Verbandes der Agrarjournalisten. Wissenschaftsredakteur *Tilmann Spreckelsen* wurde mit dem Dietrich-Oppenberg-Medienpreis ausgezeichnet, mit seinem Kommentar „Nicht verhandelbar“ zur Situation der kommunalen Bibliotheken in Deutschland belegte er den zweiten Platz. Beim „Rückblende“-Preis für Fotografie belegten *Elias Hauck* und *Dominik Bauer* den zweiten Platz in der Kategorie Karikatur. Hauck und Bauer zeichnen seit vielen Jahren für die Sonntagszeitung den Comic „Am Rande der Gesellschaft“.

Rhein-Main-Zeitung

Christian Palm ist neu in die Redaktion gekommen, er verstärkt das Blattmacher-Team.

Für seine kontinuierliche Berichterstattung und Kommentierung der Auseinandersetzung um das geplante Museum Sander wurde Darmstadt-Korrespondent *Rainer Hein* der Niebergall-Preis des Darmstädter Presseclubs verliehen. *Tobias Rösmann* wurde für seine Reportage „Im Straßenkampf“, in der er einen Arbeitstag eines Lastwagenfahrers schildert, mit dem Medienpreis Logistik der Bundesvereinigung Logistik ausgezeichnet.

Auszeichnungen F.A.Z./Sonntagszeitung

Das „Medium Magazin“ ehrte die Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung als „Redaktion des Jahres“. Die F.A.S. gewann zum dritten Mal den „International Newspaper Award“ in der Kategorie „Internationale Zeitung des Jahres“. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung wurden bei den European Newspaper Awards mit acht Awards of Excellence für ihre grafische Gestaltung geehrt. Prämiert wurden die Titelseiten beider Blätter, der Reiseteil der F.A.Z., die Wissenschaftsseiten der F.A.S., die iPad-App der Sonntagszeitung und die Beilage zu den olympischen Sommerspielen. Bei den „LeadAwards“ erhielt die Sonntagszeitung die Goldmedaille in der Kategorie „Zeitung des Jahres“. Die F.A.Z. wurde mit Silber in der Kategorie „Einzelleistung des Jahres“ für das „Seite Eins Foto“ ausgezeichnet, der Online-Auftritt FAZ.NET bekam Silber in der Kategorie „Webmagazin des Jahres“. F.A.Z. und Sonntagszeitung wurden aufgrund ihrer Druckqualität abermals in den „International Newspaper Color Quality Club“ (INCQC) aufgenommen. Der INCQC bietet den einzigen weltweiten Qualitäts-Wettbewerb für den internationalen Zeitungsdruck.

Fortsetzung von Seite 1

Gegenoffensive der Islamisten in Mali

Deutschland hat zugesagt, sich an der EU-Ausbildungsmission zu beteiligen. Die von Westerwelle erwogene Logistikhilfe könnte Truppen aus den Ländern der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas zuteilwerden, die prinzipiell ein gemeinsames Vorgehen zur Befreiung des Nordens Malis verabredet und für den nächsten Herbst geplant hatten. Der UN-Sicherheitsrat hatte Ende Dezember ein entsprechendes Mandat verabschiedet, auf das sich nun auch die Franzosen berufen. Die EU bekräftigte am Montag, dass sie jenseits der Logistikhilfe für eine afrikanische Eingreiftruppe derzeit nicht vorhabe, sich an den Kampfhandlungen in Mali zu beteiligen. Die Mitgliedstaaten hatten im Dezember beschlossen, die malischen Sicherheitskräfte für den Kampf gegen die Aufständischen im Norden auszubilden. Der Operationsplan wird derzeit in Brüssel ausgearbeitet; es sollen etwa 150 bis 200 europäische Militärausbilder entsandt werden.

Ein Anführer der Terrorgruppe „Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“ (Mujao) drohte Frankreich mit Anschlägen. „Frankreich hat den Islam angegriffen. Wir werden das Herz Frankreichs angreifen. Überall, in Frankreich, in Afrika, in Bamako“, zitierte die Nachrichtenagentur AFP den Mujao-Führer Abu Dardar. Nach ersten Berichten aus den von den Islamisten gehaltenen Großstädten Timbuktu, Gao und Kidal haben die französischen Luftangriffe offenbar zahlreiche Opfer gefordert. Aus Gao wurde gemeldet, dort seien am Wochenende mehr als 60 Kämpfer umgekommen. Aus Timbuktu hieß es, zahlreiche Familien von Gotteskämpfern hätten sich in die Wüste zurückgezogen.

Die Tuareg-Rebellen der „Nationalen Bewegung zur Befreiung von Azawad“ (MNLA) boten den französischen Truppen ihre Hilfe an. „Wir begrüßen ausdrücklich die französischen Luftangriffe“, sagte Moussa Ag Assarid, ein Führer des MNLA. Der MNLA könne die „Arbeit am Boden machen“. Der MNLA hatte im vergangenen Jahr die Rebellion im Norden Malis begonnen, war aber danach von den Islamisten entmachtet worden. Die Bewegung tritt für eine unabhängige Region Azawad ein, lehnt aber die Scharia als alleiniges Rechtssystem ab.

Le Drian sagte, die Stadt Diabali sei von Gruppen erobert worden, die von der mauretanischen Grenze her eingedrungen und zuvor von der französischen Luftwaffe bombardiert worden seien. „Sie sind schwer bewaffnet. Sie sind zu allem entschlossen. Sie sind sehr gut organisiert. Wir wussten das“, sagte Le Drian. Angeblich wurde der Angriff auf die Stadt von einem der bekanntesten Aqim-Führer, Abu Zeid, befehligt. Die malische Armee hat nach eigenen Angaben Hubschrauber in die Stadt geschickt.

Le Drian bestätigte, dass Algerien seinen Luftraum für französische Kampfflugzeuge freigegeben hat. In der algerischen Presse wurde die „unverbesserliche Kolonialhaltung Frankreichs“ unterdessen scharf kritisiert. Die Operation sei nach der Wüstenraubkatze Serval benannt, „zu deren Eigenarten es zählt, dreißigmal pro Stunde zu urinieren, um ihr Territorium zu markieren“, schrieb die Zeitung „Liberté“. Frankreich markiere wie der Serval sein früheres Territorium. Zum Schutz der Uranminen in Niger sei Frankreich dazu bereit, wieder die Rolle des Gendarmen Afrikas zu übernehmen, kritisierte „L'Expression“.

In Berlin wandte sich der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Andreas Schockenhoff, am Montag dagegen, mögliche deutsche Unterstützungsleistungen von vornherein einzugrenzen. Sollten militärische Fähigkeiten Deutschlands erbeten werden, müsse dies „selbstverständlich geprüft werden“. In der kommenden Woche werden das französische Kabinett und das französische Parlament in Berlin erwartet, um den fünfzigsten Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu begehen.

Die verteidigungspolitische Sprecherin der FDP, Elke Hoff, hielt deutsche Unterstützung vor allem außerhalb des Krisengebietes für denkbar. Auch die Ausbildungsmission für malische Soldaten solle außerhalb Malis stattfinden. Andernfalls werde Deutschland zur Partei in einem Konflikt, dessen Ende nicht vorhersehbar sei. Sie verlangte, es müsse genauer erläutert werden, was unter „logistischer Unterstützung“ verstanden werde. Dazu könne auch die Bereitstellung von Munition zählen. Nach Einschätzung Frau Hoffs wird ein Mandat des Bundestages notwendig, sobald deutsche Lufttransporte bis nach Mali hineinführen. Der Grünen-Fraktionschef Trittin verlangt, Anfragen nach Unterstützung, etwa bei Ausbildung oder Logistik, „konstruktiv prüfen“.

Fortsetzung von Seite 1

BER: Vertrauen für Platzeck

Zugleich bleibe eine „politisch legitimierte Aufsicht“ für den Flughafen richtig, sagte Platzeck. Er versprach eine „transparentere Informationspolitik“ rund um die schwierige Baustelle. Er werde auch für die notwendigen Investitionen an den Flughäfen Tegel und Schönefeld sorgen, sagte er. Der Staatssekretär im Infrastrukturministerium, Rainer Bretschneider, werde bis zur Eröffnung in der Staatskanzlei eine Arbeitsgruppe zum Flughafen leiten. Mit ganzer Kraft werde er dafür arbeiten, dass dieser Bau „glücklich zu Ende geführt“ werden könne, sagte Platzeck. Die Opposition kritisierte, Platzeck verlange vom Landtag einen „Blankoscheck“.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) erwägt Schadensersatzforderungen gegen die für die Verschiebungen Verantwortlichen. Sein Sprecher dementierte am Montag aber, dass Ramsauer schon im Dezember von Horst Amann, dem für Technik zuständigen Geschäftsführer, über die Notwendigkeit einer weiteren Verschiebung informiert worden sei. Bundesfinanzminister Schäuble rechnet in diesem Jahr nicht mit Mehrkosten durch den Flughafen.

STIMMEN DER ANDEREN

Ohrfeige für die Parteien
Die Zeitung „Lidové Noviny“ (Prag) kommentiert die erste Runde der Präsidentenwahl in der Tschechischen Republik:

„Falls es einen Verlierer gibt, dann sind es die politischen Parteien … Nicht einmal das positive Abschneiden von Karel Schwarzenberg lässt sich als Erfolg seiner (konservativen) TOP 09 werten. Nicht nur führte er seine Kampagne weitgehend außerhalb der Parteistrukturen: Schwarzenberg hatte Erfolg, weil er sich gebärdete, als ob er mit seiner eigenen Partei und deren Regierungsbeteiligung nichts gemein hätte. Er versprach, aus Tschechien ein geordnetes Land zu machen – offenbar im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren, in denen der Präsidentschaftskandidat als Außenminister und Vorsitzender einer Koalitionspartei wirkte.“

Starke Persönlichkeiten
Die slowakische Zeitung „Pravda“ blickt auf die verbliebenen Kandidaten für die Stichwahl, Zeman und Schwarzenberg:

„Die tschechischen Wähler hätten sich kaum eine dramatischere zweite Runde der Präsidentenwahlen wünschen können. Darin treffen nicht nur zwei starke Persönlichkeiten aufeinander, sondern sie sind zugleich auch Symbolfiguren von zwei starken politischen Strömungen und Politikstilen der jüngsten tschechischen Geschichte. Die zweite Runde wird also dramatisch und spannend – und was noch mehr zählt: auf keinen Fall inhaltsleer.“

Immer gegen den Strom
Die „Sächsische Zeitung“ (Dresden) widmet sich dem scheidenden Staatsoberhaupt:

„Zehn Jahre ist Václav Klaus mit aller Macht gegen den Strom geschwommen. Er hat die EU attackiert, wo er konnte, hat den Lissabon-Vertrag erst in allerletzter Minute unterzeichnet und sieht im Euro nichts als Teufelszeug. Tschechien hat unter ihm zwar gern EU-Milliarden genommen, umgekehrt aber jedwede Solidarität verweigert. Es wird nicht leicht für den Klaus-Nachfolger, egal ob er Zeman oder Schwarzenberg heißen wird, das ramponierte Image der Tschechen zu verbessern. Dazu wird es nicht genügen, künftig, anders als Klaus, auf der Burg die EU-Flagge zu hissen. Es wäre aber das Symbol für einen Neuanfang. Schwerer wird es, die Tschechen von der EU-Skepsis zu befreien. Bei denen hat Klaus ganze Arbeit geleistet. Gut, dass er geht.“

Militärisch nicht wiederaufzubauen

„Libération“ (Paris) befasst sich mit der Militärintervention Frankreichs in Mali:

„Wird Frankreich sich damit begnügen, den Vormarsch der Islamisten in Mali zu stoppen? Oder will Paris mit einigen afrikanischen Alibi-Truppen den Norden des Landes zurückerobern, wo die verrückten Gotteskrieger seit neun Monaten die Kontrolle ausüben und den Menschen einen Islam aufzwängen, der in völligem Widerspruch zu den moderaten und toleranten Praktiken der Malier steht? Mali ist heute ein Land ohne Staat, ohne Regierung, ohne Armee. Frankreich kann seine Mirage- und Rafale-Kampfjets entsenden, doch mit militärischer Macht ist das Land, das zu den ärmsten weltweit zählt, nicht wiederaufzubauen. Heute werden die französischen Soldaten von einer ausgemergelten Bevölkerung vielleicht begrüßt. Doch die Malier werden, zu Recht, die Präsenz von Truppen der ehemaligen Kolonialmacht nicht lange dulden.“

Eine gerechte Mission
„The Times“ (London) meint:

„Der UN-Sicherheitsrat hat die Entsendung einer internationalen Truppe nach Mali genehmigt, und Demonstranten in Bamako haben eine Intervention des Auslands gefordert. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich hat mit Bombardierungen reagiert, und Großbritannien leistet zu Recht logistische Unterstützung nach einem 2010 mit Frankreich unterzeichneten Verteidigungsabkommen. Dies ist kein koloniales Unternehmen. Es ist ein international und regional unterstützter Einsatz, um ein armes Land vor der Plünderung und Unterdrückung durch eine auswärtige islamistische Gruppe zu retten. Mali darf nicht wie einst Afghanistan ein gescheiterter Staat werden, der Brutstätte des Terrorismus wird. Die Welt kennt nun die Folgen der Ereignisse, wenn man den Blick abwendet.“

Grundprobleme werden bleiben
„Dagens Nyheter“ (Stockholm) sieht es so:

„In Mali ist im vergangenen Jahr alles falsch gelaufen. Dazu gehören Militärputsch, Rebellenaufstand und brutale Islamisierung im Norden sowie enorme Flüchtlingsströme und das Aufflammen ethnischer Konflikte … Sicher werden die Attacken ausländischer Einheiten die Rebellen schwächen. Vielleicht kann die militärische Unterstützung der Zentralregierung helfen, sich im Norden Malis wieder zu etablieren und einen Teil der mit Al Qaida verknüpften Guerrillakrieger zu töten oder abzuschrecken. Aber das Grundproblem bleibt danach bestehen. Armut und die Erinnerung an jahrzehntelange Benachteiligung sind weiter der Nährboden für Rebellenaktivitäten. Auch werden die heiligen Krieger aus mehreren Nachbarländern nicht verschwinden.“

Neues Format russischer Proteste hat Erfolg
Zu den neuen Massenprotesten gegen die Politik des russischen Präsidenten Putin schreibt „Kommersant“ (Moskau):

„Der ‚Marsch gegen die Schurken‘ war die erste Protestaktion des Jahres. Und es kamen mehr Menschen als erwartet, allein in Moskau mehr als 20 000. Solch ein Publikum konnte die Opposition schon seit einem halben Jahr nicht mehr zusammenbringen. Erstmals wurde eine ausdrücklich für alle Bürger organisierte Aktion dem am meisten diskutierten Thema in der Gesellschaft gewidmet. Die Proteste richteten sich gegen das neue Gesetz, das Adoptionen russischer Waisen durch amerikanische Bürger verbietet. Als die Opposition Ende 2012 eingestehen musste, dass die Protestbewegung in eine Krise geraten ist und immer weniger Menschen auf die Straße gingen, entschied man sich, das Format zu wechseln und die Demonstrationen nun konkreten sozialen Problemen zu widmen. Das ist aufgegangen.“

Vierzig Tage durch die Wüste: *eine Geflügel-Mastanlage in Niedersachsen* Foto Theodor Barth/Laif

Im Land der Hühner

Das Geflügel, das gackernd im niedersächsischen Wietze ankommt, verlässt den Ort schon nach kurzer Zeit wieder. „Geformt, paniert, gegart, frittiert und tiefgefroren“ steht dann auf den Packungen. Der Widerstand gegen den Riesenschlachthof ist ungebrochen. Die Grünen haben die Landtagswahl am Sonntag zur Abstimmung über den Tierschutz erklärt. *Von Reinhard Bingener*

WIETZE, 14. Januar

Die grün-weißen Hallen am Ortseingang könnten zu einem Schraubenhändler oder einem Paketdienst gehören. Gesichtlose Gewerbegebiets-Architektur, deren einziger Zweck der Zweck ist. In diesem Fall: Hühner aus dem Zustand „lebendig“ in den Zustand „tot“ zu überführen. Die Gebäude im niedersächsischen Wietze beherbergen den größten Geflügel-Schlachthof in Europa, mit einer genehmigten Kapazität von 432 000 Hühnern am Tag. Also umgerechnet 27 000 Hühner in der Stunde, 450 in der Minute oder 7,5 in der Sekunde. Oder, auf das Jahr gerechnet, einhundertvierundreißigmillionensiebenhundertvierundachtzigtausend tote Hühner.

Ein „unbehagliches Gefühl“ hat Uschi Helmers, die der örtlichen Bürgerinitiative gegen den Schlachthof der Firma Rothkötter vorsitzt. Sie und ihr Mann Gerd stehen vor der Anlage im kalten Regendunst und denken nach. Beide tun sich schwer, in Worte zu fassen, was sie an dem Riesenschlachthof verstörend finden. Nur ab und zu ist der Geruch über Wietze unangenehm und süßlich. Heute ist vom Sterben auf dem Gelände nichts zu sehen, nichts zu hören, nichts zu riechen. Das Unternehmen Rothkötter verhält sich zu Opas Hühnerstall wie ein im Gras pickendes Huhn zu den Hähnchen-Pattys, die man „geformt, paniert, gegart, frittiert und tiefgefroren“ im Geflügel-Shop des Schlachthofs kaufen kann.

Ein Lastwagen rollt langsam auf das Firmentor zu. „Da kommt gleich der nächste und da hinten noch einer“, sagt Gerd Helmers. „Wahrscheinlich haben sie irgendwo ausgestallt.“ Die Lastwagen, die ein Laie nicht als Geflügeltransporter erkennen kann, sind grün und weiß – Rothkötters Farben. Die Geflügelmäster, die ihn beliefern, sind eng an sein Unternehmen gebunden, heißt es. Rothkötter ist ein „Integrator“. Er liefert den Bauern, die sich an ihn binden, also nicht nur die Küken, sondern auch das Futter und sogar die Tierärzte. Nach 40 Tagen Mast schickt der Integrator Lastwagen – seine Lastwagen –, holt die etwa 40 000 Tiere aus dem Stall und bringt sie nach Wietze. Dort werden sie mit Kohlendioxid vergast und dann aufgeschlitzt, gebrüht, gerupft, zerlegt und schließlich verpackt. Die Bauern sind in dem Geschäft vor allem deshalb noch dabei, weil sie das Baurecht für die Ställe haben. Ihre Arbeit bei der Mast besteht im Wesentlichen darin, zweimal am Tag mit dem Eimer durch die Halle zu gehen und die toten und verendenden Hühner einzusammeln. Ausschussware im Agrar-Business.

Nirgendwo in Deutschland ist die Industrialisierung der Landwirtschaft – zumindest im Geflügelbereich – so fortgeschritten wie in Niedersachsen. Über tausend Ställe wurden in den vergangenen zehn Jahren errichtet, mehr als jedes zweite Huhn in Deutschland wird hier gemästet, vor allem nahe der niederländischen Grenze im Emsland. Wietze aber liegt 40 Kilometer nördlich von Hannover, weit von der Ems entfernt.

Uschi und Gerd Helmers vor dem Landtag in Hannover Foto Christian Burkert

Die Helmers sind wieder nach Hause gefahren und haben Platz genommen im Wohnzimmer ihres Einfamilienhauses, einem verklinkerten Bau, ähnlich dem Haus von Christian Wulff, das nach dessen Rücktritt häufiger in Zeitschriften abgebildet war. Gutbürgerlich und ein bisschen langweilig, so wie das Land. Als 2009 erstmals über den geplanten Schlachthof berichtet wurde, war in den Artikeln von einem „Sechser im Lotto“ und „Sekt kaltstellen“ die Rede. Die Helmers empfanden anders. „432 000 Tiere am Tag – da war der Reflex: Nee, das wollen wir nicht“, erzählt Uschi Helmers. Die beiden gehen der Sache nach. „Uns wurde schnell klar: Rothkötter wollte hier bauen, weil es im Emsland inzwischen immer sofort Proteste gibt.“ Eine „Bürgerinitiative Wietze – für den Erhalt unseres Aller-Leine-Tals“ gründet sich, kämpft, protestiert, prozessiert. Vergeblich. „Wir wollten den Schlachthof verhindern. Es ist uns nicht gelungen.“ 1000 Mitglieder hatte die Initiative vor der Eröffnung des Schlachthofs 2011. Der Jahresbeitrag beträgt 12 Euro, die Gemeinde hat 8000 Einwohner. Trotz des Scheiterns sind es bis heute 850 Mitglieder. Gerd und Uschi Helmers recherchieren, wollen die Zusammenhänge verstehen. Sie erzählen von Hühnern, deren Skelett von dem rasant angemästeten Gewicht überfordert ist, von Gülle-Börsen, Subventionen, Leiharbeit, multiresistenten Keimen aufgrund von Antibiotika-Einsatz, von Regenwäldern, die für den Anbau des Futters gerodet werden, und den billigsten Hühnchenteilen, die in Europa keiner essen mag, aber dafür in Afrika den Kleinbauern die Preise ruinieren. „Das hört gar nicht mehr auf, wenn man einmal damit anfängt“, stöhnt Gerd Helmers über die Komplexität. „Die Hühner sollten länger als nur 40 Tage leben. Vielleicht ein halbes Jahr. Und Bewegung sollten sie haben“, findet Frau Helmers. „Die Frage ist: Besitzt die Politik den Mut, die Richtung zu verändern?“

Christian Meyer von den Grünen hat einen Begriff für das, was die Helmers sich wünschen: „Agrarwende“. Es ist das Anschlussprojekt der Partei nach der „Energiewende“. Sollte sich die Waage bei der Landtagswahl am Sonntag zugunsten von Rot-Grün neigen, hätte der Landtagsabgeordnete Meyer gute Aussichten, niedersächsischer Landwirtschaftsminister zu werden. Mit dem Begriff Agrarwende treibt Meyer CDU und FDP innerhalb und außerhalb des Landtags vor sich her. Im Wahlkampf hätten die Veranstaltungen zur Agrarpolitik den meisten Zulauf, erzählt er. „Die CDU ist auf diesem Feld massiv unter gesellschaftlichen Druck – gerade im ländlichen Raum.“ In diesem Jahr wollen die Grünen das Thema in den Mittelpunkt ihrer Wahlkämpfe stellen; Niedersachsen macht den Anfang. Überall im Land haben sie Plakate aufgehängt mit einer Henne darauf und dem Slogan: „Ernährung ist eine Frage der Haltung.“ Wenn es hier nicht klappt, wo sonst?

Für die Agrarwende werben die Grünen wie früher bei der Energiewende mit der Behauptung, Naturschutz und Marktwirtschaft ließen sich recht problemlos vereinbaren. Wenn der Staat bei Vorschriften und Bezuschussung umsteuere, werde sich das auszahlen. „Die Agrarwende bringt eher Arbeitsplätze“, sagt Meyer. In der industriellen Hähnchenmast benötige man inzwischen nur noch eine Arbeitskraft für 100 000 Hühner. Und seit Schwarz-Gelb in Niedersachsen regiere, seien in der Landwirtschaft fast 30 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Dabei gebe es doch „eine Chance für höherpreisige Lebensmittel aus Deutschland“. Das häufig vorgebrachte Argument von der Schizophrenie der Verbraucher, die Massentierhaltung ablehnen, aber im Discounter sich das Huhn für 2,99 Euro aus der Tiefkühltruhe fischen, hält er für eine Schutzbehauptung. Dass es ein Scheinargument sei, habe man in den vergangenen Jahren bei den Eiern beobachten können. „Seit draufsteht, wie die Tiere gehalten werden, kaufen achtzig Prozent der Menschen keine Käfig-Eier mehr“, argumentiert Meyer. „Das ist doch ein positives Zeichen: Der Verbraucher ist durchaus bereit, mehr zu zahlen.“ Man müsse nur dafür sorgen, dass deutlich auf den Packungen draufsteht, was drin ist. Die Bauern sieht Meyer dabei im Prinzip an seiner Seite. „Wir Grünen vertreten nicht nur die Interessen der Verbraucher und Anwohner, sondern auch der kleinen und mittleren Betriebe.“ Ein Ökolandtraum, der beim Zuhörer ungefähr jenes Bild von grüner Wiese und Fachwerkhaus heraufbeschwört, das auch die Packungen der Geflügelindustrie ziert.

Gert Lindemann hält das für ein sehr schlichtes Weltbild. Sowohl der Grünen-Politiker als auch die Bürgerinitiative seien „nicht in der Realität von EU und der Welthandelsorganisation WTO angekommen“. Der CDU-Politiker sitzt in seinem Ministerium in Hannover, einem Nachkriegsbau, der ungefähr so nüchtern, abgeklärt und auch ein wenig elegant wirkt wie der Minister selbst. Lindemann erhält für seine Arbeit Lob von vielen Seiten. „Anständig“, „extrem erfahren“, „hat alle Connections“, heißt es über ihn. Der Mann mit dem Schnauzbart ist vom Fach, seit 34 Jahren arbeitet er in Landwirtschaftsministerien. Lange war er Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium. Auf den Ministersessel in Niedersachsen kam er vor zwei Jahren. Seine Vorgängerin Astrid Grotelüschen war am 17. Dezember 2010 zurückgetreten, nachdem radikale Tierschützer der Organisation Peta verstörende Filmaufnahmen aus einem Geflügelmastbetrieb an die Öffentlichkeit brachten, an dem ihre Familie beteiligt war. Der politische Druck auf die Ministerin wurde zu groß.

„Sie hat die Ermunterungen aus ihrem Umfeld, es sei alles in Ordnung in der Geflügelwirtschaft, zu ernst genommen“, hat Lindemann vor wenigen Tagen rückblickend in einem Interview in dieser Zeitung gesagt. Der Rede von Grotelüschen als der „Putenministerin “ hat ihr Nachfolger damit im Nachhinein recht gegeben. Zumindest ein bisschen. Lindemann will die Union raus aus der Defensive führen und arbeitet deshalb an einem Tierschutzplan. „Auch wir sehen Handlungsbedarf beim Tierschutz“, sagt der Minister. „40 Prozent der Hühner kommen mit Schäden an Skelett oder Fußsohlen in den Schlachthof – das geht nicht.“ Die Haltungsbedingungen müssten sich verbessern, die Mastzeiten länger werden.

Für eine „Agrarwende“ sieht Lindemann indes keine Notwendigkeit, im Gegenteil. Kommt die Rede auf den Grünen-Politiker Meyer, der ihm den Job nehmen will, nimmt der sonst so ruhige Herr Lindemann richtig Fahrt auf. „Antibiotikaeinsatz ist nicht Folge der Massentierhaltung. Anhand der Zahlen ist das nicht belegbar. Aber der Meyer stellt sich einfach hin und sagt: Das ist so.“ Gleiches gelte für Meyers Thesen zum Betriebesterben und zu den Arbeitsplatzverlusten. Die Bauern bewirtschafteten ihr Land einfach nur nicht mehr selbst, sondern verpachteten es. „In Konkurs geht kaum einer“, sagt Lindemann. Es handele sich also lediglich um einen Wandel der Bewirtschaftung in einer Zeit, da ein moderner Rübenroder 700 000 Euro koste. „Es gibt keine Politik des Wachsens oder Weichens – das ist die Tendenz des allgemeinen Strukturwandels.“

Die Bedeutung der Agrarpolitik im Landtagswahlkampf hält Lindemann darum auch für maßlos überschätzt. Als Beispiel dafür zieht er eine „Landtagsumzingelung“ vor wenigen Tagen heran, an der auch das Ehepaar Helmers von der Bürgerinitiative in Wietze teilgenommen hat. „Die waren froh, dass sie ihre Trecker umzingeln konnten“, lästert Lindemann über die überschaubare Teilnehmerzahl.

Bei der Veranstaltung wurden nicht nur Anstecknadeln mit einer grimmig dreinschauenden Kuh und dem Satz „How about I eat you, fucker?“ getragen, sondern auch die Losung „Bürger und Bauer – Hand in Hand“ ausgegeben. Auch diese bei aktiven Gegnern der Massentierhaltung und bei den Grünen populäre Vorstellung scheint einer gewissen Relativierung zu bedürfen. Ein Bauernvertreter jedenfalls schlägt, angesprochen auf die Grünen, die Hände über dem Kopf zusammen: „Die kommen aus den Städten und wollen uns erklären, was Natur ist.“

Für den Wahlkampf indes dürfte weniger von Belang sein, was die Bauern oder die engagierten Tierschützer denken. Beides sind vergleichsweise kleine Gruppen. Wichtiger scheint, was die breite Masse der Bürger denkt. Dass diese Gruppe in Bewegung geraten ist, lässt sich an der Benennung der Ministerien ablesen. Die Grünen-Politikerin Renate Künast war nach dem BSE-Skandal im Jahr 2001 die Erste, die in Berlin nicht mehr als Landwirtschaftsministerin, sondern als Verbraucherministerin firmierte. Ähnliche Umbenennungen gab es auch in den Ländern. „Die Politik muss inzwischen zumindest so tun, als würde sie etwas tun“, beschreibt ein Lobbyist die Entwicklung.

Für die Annahme, dass der gesellschaftliche Druck stetig steigt, spricht jedenfalls das Verhalten von Franz-Josef Rothkötter, dem Betreiber des Schlachthofs in Wietze. Der Mann scheint etwas öffentlichkeitsscheu, gelinde gesagt. Bilder aus dem Schlachthof sind nicht verfügbar. Auf dem Parkplatz des Schlachthofs ruft ein Wärter, auf dem Gelände sei das Fotografieren untersagt. Das Ehepaar Helmers von der Bürgerinitiative erzählt, Rothkötter habe nicht einmal alle Ratsmitglieder Wietzes in seinen Schlachthof gelassen. Das Unternehmen, das gemeinsam mit Wiesenhof und einer weiteren Firma 90 Prozent des Geflügelmarktes kontrollieren soll, verfügt über keine Pressestelle. Die Öffentlichkeitsarbeit wird stattdessen von einer PR-Agentur erledigt. Eine Anfrage für ein Gespräch bleibt einige Tage ohne Antwort. Nach einer Woche kommt die Absage. „Bei den Betreibern grassiert die Angst“, rechtfertigt der PR-Berater die Zurückhaltung Rothkötters. „Wir können da draußen kaum einen Blumentopf gewinnen.“

Drohnenangriff auf das Establishment

Die nächste Erlöserfigur? Viele Pakistaner lauschen den politischen Verheißungen des Predigers Tahir ul Qadri / Von Christoph Ehrhardt

FRANKFURT, 14. Januar. Das war sie also, Tahir ul Qadris Bewerbung für den Erlöserposten der pakistanischen Politik. Einen „Marsch der Millionen“ führte er am Ende zwar nicht an, aber Aufsehen hat er reichlich erregt. Zehntausende strömten am Montag in die Hauptstadt Islamabad, um gegen Regierung, Korruption und soziale Ungerechtigkeit zu protestieren. Am Sonntag war der Zug des Predigers in Lahore aufgebrochen. „Wenn ihr nicht herauskommt, wenn ihr es nicht schafft, meine Waffen zu schärfen, dann werden zukünftige Generationen diesen Tag bereuen“, tönte er. Der größte „Tahrir-Platz“ solle entstehen, sagte er in Anspielung auf die Massenproteste in Ägypten.

Die Regierung hatte Vorkehrungen getroffen. Viel Polizei war am Montagmorgen auf der Straße, Regierungsgebäude und die ganze Gegend um das Parlament, zu dem die Demonstranten ziehen wollten, wurden abgesperrt. Die meisten Schulen, Büros und Läden wurden geschlossen, später am Tag wurde auch das Mobilfunknetz abgeschaltet. Bis zum Abend blieb es friedlich. Aber niemand mochte versprechen, dass der Protest trotz Qadris Aufruf an seine Anhänger, friedlich zu bleiben, nicht doch in Gewalt umschlagen würde.

Lange Märsche hat es in Pakistan schon öfter gegeben. Doch bisher war es um konkrete politische Anliegen gegangen – etwa als die Anwälte 2009 gegen die Absetzung des Obersten Richters Iftikhar Chaudry protestierten. Tahir ul Qadri hat ambitioniertere und zugleich vagere Ziele formuliert: Er will die allgegenwärtige Korruption ausmerzen und das „diktatorische“ politische System stürzen, in dem Leute die Gesetze machten, die das Gesetz ständig brächen. In Pakistan wird schon länger über ihn gerätselt. Wie konnte er sich erlauben und wer hat es ihm erlaubt, eine teure, lautstarke Fernsehkampagne für seinen Marsch zu führen? Was treibt ihn an, wer sind die Hintermänner?

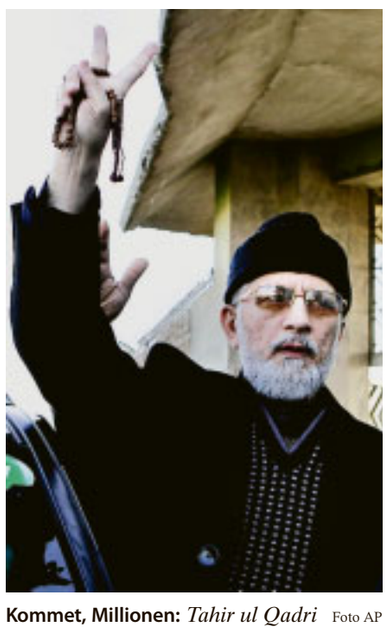
Manche stilisieren ihn zum Hoffnungsträger, andere verdammen ihn als politischen Marodeur, wiederum andere vermuten, er sei womöglich selbst von seinem Erfolg überrascht oder sagen, er werde schon bald von der Bildfläche verschwinden. Noch aber haben die Verschwörungstheorien Hochkonjunktur. Der Prediger ist dabei schon zum Agenten der Amerikaner, des mächtigen Militärs und des Geheimdienstes ISI, Irans, antidemokratischer Kräfte, der Justizbehörden oder des unbeliebten Präsidenten Asi Ali Zardari erklärt worden.

Ein Unbekannter war der 61 Jahre alte Qadri der politischen Klasse auch vorher nicht. Er hatte 1989 mit mäßigem Erfolg eine eigene Partei ins Leben gerufen. Er schaffte es erst 2002 ins Parlament, gab sein Mandat aber im Streit mit dem damaligen Militärherrscher Pervez Musharraf wieder auf. 1981 hatte Qadri in Lahore seine Bewegung Minhaj-ul-Quran (Weg des Korans) gegründet, die für einen moderaten, friedlichen Islam eintritt und inzwischen in mehr als 90 Ländern vertreten ist. Seit 2005 verbrachte der Prediger, der einen Abschluss in Rechtswissenschaften an der Universität des Punjab gemacht hat, etwa sieben Jahre in Kanada, bevor er unlängst nach Pakistan zurückkehrte.

Doch in den höheren Sphären der pakistanischen Politik war Tahir ul Qadri wie aus dem Nichts aufgetaucht – wie die unbemannten amerikanischen Fluggeräte am Himmel, was wohl ein Grund ist, warum er schon als „politische Drohne“ bezeichnet wurde. Ein anderer Grund dürfte die politische Sprengkraft sein, die seiner Bewegung in diesen Tagen zugerechnet wird. Ende Dezember hatte er nach Schätzungen in der pakistanischen Presse rund 200 000 Anhänger zu einer Veranstaltung mobilisieren können, und wie nervös die Regierung angesichts seines Aufstiegs ist, zeigt sich schon an der scharfen Kritik von Innenminister Rehman Malik, der – ebenfalls nie um einen martialischen Vergleich verlegen – von einem „Selbstmordattentat auf die Demokratie“ sprach.

Die derzeitige Regierung hat ihren Überlebenskampf so gut wie gewonnen. In den kommenden Wochen wird ohnehin, wie in Pakistan vor Wahlen üblich, mit ihrem Rücktritt gerechnet, und dann könnte sie im Frühjahr die erste Regierung in der Geschichte des Landes sein, die eine komplette Legislaturperiode durchgehalten und eine verfassungsgemäße Machtübergabe geschafft hat. Nach Einschätzung von Beobachtern in Islamabad ist der Überlebenswillen so groß, dass die politischen Verhandlungen über die Bildung der vorgesehenen Übergangsregierung fast unüblich konstruktiv verliefen.

Tahir ul Qadri könnte nun mit seiner Kampagne zumindest die politischen Institutionen weiter beschädigen. Ihnen vertraut in Pakistan ohnehin kaum jemand. Qadri will aber, dass die Regierung sofort abtritt, ein Übergangskabinett, bei dessen Bildung die Justiz und das Militär ein gewichtiges Wort mitreden dürfen, sowie Neuwahlen. Er trifft mit seinen Breitseiten gegen die herrschende Klasse einen empfindlichen Nerv in der Bevölkerung, nicht zuletzt in der Mittelschicht. Denn die ist schon lange frustriert – über die quasifeudalen Zustände, in denen die korrupte Elite, die meist weder Steuern noch ihre Stromrechnungen zahlt, die einfachen Leute auspresst. Über die taumelnde Wirtschaft, die explodierenden Preise für Nahrungsmittel und Treibstoff, über Stromausfälle, die inzwischen fast einen ganzen Tag andauern können, über die ständigen Terroranschläge, die das Land erschüttern.



Kommet, Millionen: *Tahir ul Qadri* Foto AP

So richtet sich die Hoffnung schnell auf Leute, die Wandel versprechen – Leute wie Tahir ul Qadri. Er spricht als Prediger außerdem jene pakistanischen Muslime an, die der großen Gruppe der Barelwi angehören. Das ist eine südasiatische Richtung des Islams, der zwar bei einer vermeintlichen Beleidigung des Propheten Muhammad auch gewalttätiger Volkszorn nicht fremd ist. Aber die Barelwi sind offen gegenüber Heiligenverehrung und anderen islamischen Strömungen, etwa den Schiiten. Anders als die Islamisten, die der gestrengen puritanischen Lehre der Deobandi folgen. Die Deobandi, auf deren Lehren sich auch die Taliban berufen, sind zwar in der Minderheit, aber anders als die Barelwi sind sie durch Klientelparteien auch politisch vertreten.

2010 erregte Qadri Aufsehen, als er in einem etwa 600 Seiten umfassenden islamischen Rechtsgutachten, einer Fatwa, islamistische Terroristen „die schlimmsten Feinde des Islams“ nannte. „Ich habe vor niemandem Angst“, sagte er damals dem Fernsehsender CNN. Und eine solche Haltung passt in Zeiten, in denen eine landesweite Welle der Solidarität mit der schiitischen Minderheit über das Land rollt. Die Schiiten haben in Quetta erst am Montag ihren Protest beendet und die Todesopfer der blutigen Terroranschläge vom Ende vergangener Woche begraben. Präsident Zardari entließ den Gouverneur der Provinz Belutschistan, deren Hauptstadt Quetta ist.

Eine ähnliche Solidarisierung mit einem Opfer der radikalen Islamisten hatte es zuletzt im Oktober gegeben, und diese hatte einem Mitbewerber Qadris politisch zugesetzt: Imran Khan, Cricket-Idol und Populist, war zuvor gleichermaßen der Hoffnungsträger der politikverdrossenen städtischen Mittelschicht und im religiösen Milieu gewesen. Er hatte öffentlichkeitswirksam für Friedensverhandlungen mit den Taliban geworben. Seine Kampagne gegen die amerikanischen Drohnenangriffe wurde von der öffentlichen Empörung überlagert, die sich an dem Mordversuch der Taliban an der 14 Jahre alten Aktivisten Malala Yousafzai entzündete. Außerdem hat Imran Khan derzeit keine Zeit für Stadionauftritte, weil er sich die Mühe macht, in die Niederungen der Parteipolitik hinabzusteigen, um seine Bewegung für die anstehende Parlamentswahl zu rüsten. Man sollte ihn aber nicht abschreiben, er ist schon länger im Geschäft als Tahir ul Qadri. Noch ist die Erlöserstelle vakant.

Inland in Kürze

Früherer NPD-Politiker vor Gericht – Am Landgericht Münster hat am Montag abermals ein Prozess gegen den früheren Schatzmeister der NPD, Erwin Kemna, begonnen. Die Staatsanwaltschaft wirft Kemna vor, in den Jahren 2003 bis 2007 Rechenschaftsberichte der NPD manipuliert zu haben, um der Partei zu höheren Zuweisungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu verhelfen. Laut Anklage soll Kemna dafür die Einnahmen der Partei zu hoch angesetzt haben. Insgesamt sollen 270 000 Euro zu Unrecht an die NPD geflossen sein. Kemna bestreitet die Vorwürfe. Er könne alle strittigen Spenden und Mitgliedsbeiträge belegen, sagte der Angeklagte am ersten Verhandlungstag. Ebenfalls vom Landgericht Münster war Kemna im September 2008 wegen Untreue zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt worden. Der heute 62 Jahre alte Mann, der mittlerweile nicht mehr der NPD angehört, hatte damals zugegeben, rund 700 000 Euro aus der Parteikasse auf eigene Konten überwiesen zu haben. (reb.)

Keine Handhabe gegen „Die Rechte“ – Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den nordrhein-westfälischen Landesverband der Partei „Die Rechte“ abgelehnt. Das teilte die Behörde am Montag mit. Dass der neugegründete Landesverband der rechtsextremen Partei zum großen Teil aus Mitgliedern des verbotenen Vereins „Nationaler Widerstand“ bestehe, reiche nicht aus, um dem Landesverband den Parteistatus abzusprechen, so die Staatsanwaltschaft. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) hatte die Neonazi-Gruppe „Nationaler Widerstand“ im August 2012 verboten und die Gründung von Ersatzorganisationen untersagt. (dpa)

Landesstiftung wird grüner – Die baden-württembergische Landesstiftung wird in diesem Jahr gemeinnützige Projekte mit rund 32,5 Millionen Euro unterstützen. Schwerpunktmäßig will die Stiftung in Zukunft vor allem ökologische Projekte fördern. So sollen Forschungsprogramme zum „nachhaltigen Bauen“ und zur „Ressourcenschonung in der Produktion“ unterstützt werden. Zu ihren Finanzen teilte die Stiftung mit, dass sie unter dem niedrigen Zinsniveau weniger leide als andere Stiftungen, der Grund sei eine „ausgewogene Anlagestruktur“. Die Landesstiftung ist die drittgrößte Stiftung Deutschlands. Die SPD wollte die im Jahr 2000 eingerichtete Stiftung auflösen, als sie noch in der Opposition war. Die grün-rote Regierung aber ist mittlerweile entschlossen, die Stiftung mit neuen Schwerpunkten fortzuführen. (rso.)

Auf die Mischung kommt es an

Mehr Tunnel, mehr Stockwerke, mehr Wohnungen? München reagiert auf steigende Mietpreise.

Von Karin Truscheit

Hier möchte jeder gerne wohnen: *Damit die Münchener Innenstadt nicht zu einem Reichengetto wird, will Oberbürgermeister Ude günstige Wohnungen bauen.* Foto dapd

MÜNCHEN, im Januar

Familie Körber hat eigentlich alles richtig gemacht. Zwei Kinder, zwei gesicherte Einkommen, zwei Betreuungsplätze für die beiden fünf und neun Jahre alten Söhne im Kindergarten und in der privat organisierten Mittagsbetreuung der Schule. Sie arbeitet als Tierärztin bei einem Veterinäramt, er als Energie- und Verfahrenstechniker bei einem internationalen Unternehmen. Eine geeignete Familienwohnung zu finden dürfte da kein Problem sein. Doch Familie Körber wohnt in München. Und Wohnen in München ist teuer. Bezahlbarer Wohnraum für Familien ist knapp, die Mieten steigen seit Jahren, und ein Stillstand ist nicht abzusehen: Nach Studien sollen in den kommenden drei Jahren die Mieten in München nochmals um 9,5 Prozent steigen. Schon jetzt liegt der Quadratmeterpreis bei 12 bis 14 Euro. Eine Entwicklung, welche die bayerische Hauptstadt mit anderen Ballungszentren teilt.

Körbers wohnen in einer Drei-Zimmer-Wohnung, die Kinder teilen sich ein kleines Zimmer. Vor sechs Jahren sind sie aus einer Altbauwohnung in Berlin aus beruflichen Gründen in eine ebenso große, dafür doppelt so teure Wohnung in München gezogen, damals noch mit einem Kind. Seit drei Jahren nun suchen sie intensiv in ihrem Stadtviertel Lehel eine Vier-Zimmer-Wohnung. Das Lehel ist in München wegen der Nähe zum Englischen Garten, zur Innenstadt und ein paar neuer Restaurants innerhalb der letzten Jahre zu den begehrtesten und teuersten Wohnlagen geworden. Wöchentlich wird hier alte Bausubstanz luxussaniert, um daraus Quartiere wie „Park Avenue“ oder „Lerchenfeld-Palais“ entstehen zu lassen. Diese versprechen „loftähnliches Wohnen“, mit großzügigen 140-Quadratmeter-Wohnungen, verteilt auf zwei Zimmer, Kaufpreis auf Anfrage. Ideal für Geldanleger aus dem südeuropäischen Raum und die Spieler des hiesigen Fußballvereins.

Doch Familie Körber möchte das Viertel ungern verlassen, die Kinder haben ihre Freunde hier, gehen in den Kindergarten und zur Schule. „Nur eine Handvoll bezahlbarer Vier-Zimmer-Wohnungen war überhaupt in den letzten Jahren inseriert“, sagt Kerstin Körber. „Wenn man da eine Stunde zu spät anruft, kann es sein, dass man schon keinen Besichtigungstermin mehr bekommt.“ Sie haben sich auch außerhalb, in Pullach oder Schäftlarn, nach einem Häuschen zum Kauf umgesehen. Doch solange noch irgendeine S-Bahn den Außenbezirk mit der Innenstadt München verbindet, sind die Preise ebenso hoch wie in München. „Alles, was halbwegs erschwinglich war, ist sofort weg.“ Und erschwinglich bedeutet oft in einem sehr schlechten Zustand – uralte Bäder, feuchte Decken, undichte Fenster, nikotingelbe Wände.

Den steigenden Mieten hält der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) sein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm „Wohnen in München 5“ entgegen: So soll als Reaktion auf die gestiegenen Grundstückspreise und Mieten künftig auch Familien mit mittleren Einkommen der Zugang zu öffentlich gefördertem Wohnraum ermöglicht werden. Bei einer Familie mit einem Kind erhöht sich dann zum Beispiel die Bemessungsgrenze des Jahreseinkommens von 41 400 auf 48 150 Euro. Zudem plant die Stadt, verstärkt Baurecht zum Beispiel für frei werdende Flächen oder Baulücken zu schaffen. So sollen pro Jahr 7000 neue Wohnungen entstehen, davon allein 30 Prozent städtisch gefördert. 900 Mietwohnungen davon würden für Haushalte mit niedrigem Einkommen vorgesehen. „Das Volumen an Fördermitteln ist mit 800 Millionen für den Zeitraum bis 2015 in Deutschland wohl einzigartig“, sagt Katja Strohhäcker, Sprecherin des Planungsreferats.

Wichtig ist den Stadtplanern auch, Gettoisierungen zu vermeiden – in die eine wie in die andere Richtung. Also auch keine Reservate für Reiche, das ist das Ziel des Programms „Münchner Mischung“. So soll in den Neubaugebieten, in denen die Stadt planerisch Einfluss nehmen kann, auf die soziale Ausgewogenheit der Bevölkerung geachtet werden. Das stößt zum Teil auf Kritik: Der Bund der Steuerzahler Bayern rügte zum Beispiel das Vorhaben der Stadt, in der Nähe des Viktualienmarktes, also in allerbester Lage, auf städtischem Grund ein Wohnhaus mit 28 geförderten Wohnungen zu bauen. Mit dem Verkauf des Grundstückes durch die Stadt auf dem freien Markt hätte man ein Vielfaches des Preises erzielen können, so die Kritik. Und mit diesem Geld hätte man dann in „anderen Stadtgebieten“ viel mehr Wohnungen bauen können. Doch die Stadt möchte aus gutem Grund genau das verhindern – dass die Betuchten unter sich bleiben. „Man darf es eben nicht nur aus wirtschaftlicher Perspektive sehen. Nach dem Motto: Jeder, der es sich leisten kann, soll in der Innenstadt wohnen, die anderen mögen bitte schön draußen bleiben. Das wollen wir nicht“, sagt Katja Strohhäcker. So hat die Stadt auch bei ihren rund 56 300 Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften eine maximale Mieterhöhung von 15 Prozent in drei Jahren festgelegt, statt der bisherigen zulässigen 20 Prozent. Genau diese maximale Zuwachsrate wurde gerade auch in der Reform des Mietrechts vom Bundestag beschlossen.

Der CSU-Fraktion im Rathaus gehen diese Pläne nicht weit genug. „Die rot-grüne Stadtratsmehrheit hat viel zu lange zugeschaut, palavert und eine Kommission nach der anderen eingesetzt. Passiert ist relativ wenig“, sagt der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Rathaus, Josef Schmid. So sei das Planungsreferat, in dem die wichtigen Bebauungspläne erstellt würden, seit langem unterbesetzt. Erst gerade seien 19 neue Stellen bewilligt worden, „auf unser Betreiben hin“. Doch man brauche doppelte so viele neue Mitarbeiter, um wirklich von einer „Wohnungsbau-Offensive“ sprechen zu können. „Um neuen Wohnraum schaffen zu können, muss Bürokratie bei den Bebauungsplänen abgebaut werden, doch Rot-Grün macht genau das Gegenteil“, sagt Schmid. So sei vor einiger Zeit gegen den Widerstand der CSU erst eine „Fahrradabstellsatzung“ beschlossen worden, die vorschreibe, wie viele Fahrradständer pro Haus zur Verfügung stehen müssten. „So etwas hilft nicht weiter.“

Die CSU hält dem unter anderem ihr Programm „München plus zwei“ entgegen: Man könne, so habe es sich die CSU von Fachleuten bestätigen lassen, auf bestehende Gebäude noch zwei weitere Stockwerke bauen, wenn es Statik und städtebauliches Konzept zulassen. Rund 100 000 neue Wohnungen könnten so entstehen. Zudem sollten auch Fördermittel für den Wohnungsbau „weg von den Gebäuden und hin zu den Menschen“ verwendet werden, im Sinne eines kommunalen Wohngeldes. Auf diese Weise könne man Mietzahlungen subventionieren. Auch dürfe man das Naheliegende nicht vergessen: Warum also nicht einfach Verkehrsadern untertunneln? So entstünde obendrauf Raum für Sportflächen – und Sportplätze in der Stadt könnte man dann für den Wohnungsbau nutzen.

Denn München wächst. Zwar verlassen frustrierte Wohnungssucher oft die Stadt, um aufs – vermeintlich – günstigere Land zu ziehen. Doch man muss weit ziehen, um wirklich Kosten zu sparen – zumal das eingesparte Geld oft für die Pendelei in die Stadt wieder ausgegeben werden muss. Von Stadtflucht sei daher keine Rede, sagt Andreas Danassy, Sprecher des Sozialreferats. Im Gegenteil. „Dazu ist der Standort München zu attraktiv.“ Bei den momentan 1,4 Millionen Einwohnern wird es durch Zuwanderung aus dem In- und Ausland nicht lange bleiben. Im Münchner Demographiebericht heißt es, dass schon 2014 die Zahl der 1,5 Millionen Wohnberechtigten überschritten werde, Tendenz steigend. Bis 2023 kann nach den Berechnungen leicht die Marke von 1,6 Millionen erreicht werden.

Steuergerechtigkeit als SPD-Thema

Steinbrück: Niedersachsenwahl für mich von großer Bedeutung

sat. BRAUNSCHWEIG, 14. Januar. Die SPD will den Kampf gegen Steuerkriminalität verschärfen und Steuergerechtigkeit zu einem wichtigen Wahlkampfthema machen. Die Führung der Bundespartei und das Präsidium der niedersächsischen SPD verabschiedeten am Montag in Braunschweig eine Erklärung, in der eine stärkere Strafbewehrung bei fortgesetzter Beihilfe zum Steuerbetrug bis hin zum Entzug einer Banklizenz und der Aufbau einer bundesweiten Steuerfahndung angekündigt werden. Zudem wollen die Sozialdemokraten Möglichkeiten prüfen, künftig auch juristische Personen, also Unternehmen, zur Rechenschaft zu ziehen und nicht nur einzelne Angestellte. Da das sogenannte Unternehmensstrafrecht noch juristisch geprüft werden muss, wurde es nach der Diskussion am Montag vorerst nicht in die Erklärung mit aufgenommen.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sagte nach der Sitzung, der Zusammenhalt der Gesellschaft sei das zentrale Thema der SPD. Dazu gehöre die Steuergerechtigkeit. Wenn der Steuerzahler denke, der Ehrliche sei der Dumme, dann betreffe das den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Steinbrück wies Vorwürfe der Regierungsparteien zurück, die „Braunschweiger Erklärung“ sei nur Ablenkung und wegen der Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar kurzfristig in die Debatte geworfen worden. Dieses Thema hätten die SPD und er seit vier, fünf Jahren auf der Tagesordnung – „bis hin zu gelegentlichen Bildern, die umstritten gewesen“ seien, sagte der frühere Finanzminister mit Blick auf seinen Kavallerie-Äußerung in Bezug auf die Schweiz. Steinbrück nahm seine alte Formulierung aus Ministertagen noch einmal auf, als er sagte, bei der Bekämpfung der Beihilfe zum Steuerbetrug orientiere man sich an den Vereinigten Staaten, die über die Kavallerie nicht nur gesprochen, sondern diese auch „gesattelt“ hätten. Die SPD spricht sich zudem für einen gleichmäßigen Steuervollzug in allen Bundesländern, die Verschärfung der Verjährungsfrist für Steuerbetrug und einen automatischen Informationsaustausch in Europa aus. Viele Punkte der Erklärung fanden schon im Herbst vergangenen Jahres Erwähnung in einem Fraktionspapier.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es in der SPD-Führung über die Bedeutung der Wahl in Niedersachsen für die SPD und ihren angeschlagenen Kanzlerkandidaten. Während der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel am Wochenende geäußert hatte, die Wähler wüssten gut zu unterscheiden zwischen einer Landtags- und einer Bundestagswahl und wollten nicht, dass man ihre jeweilige Stimmabgabe gleich umdrehe zu einer „am liebsten weltpolitischen Entscheidung“, sagte Steinbrück am Montag, die Landtagswahl spiele für ihn eine „wahnsinnige Rolle“. Er mache keinen Hehl daraus, dass ein Wahlerfolg der SPD in Hannover „ein starker Rückenwind“ für ihn wäre und vor dem Hintergrund der Debatten der vergangenen vier Wochen von großer Bedeutung. In dieser Sache wolle er „die Urteilsfähigkeit“ der Öffentlichkeit nicht strapazieren.

Abschied eines Kämpfers

Ottmar Schreiner verlässt den Bundestag / Von Majid Sattar

BERLIN, 14. Januar. Der SPD-Bundestagsfraktion gehen mit der Wahl im September eine Reihe verdienter Parlamentarier verloren: Nach Franz Müntefering, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Hans-Ulrich Klose hat nun auch Ottmar Schreiner bekanntgegeben, auf eine neue Kandidatur zu verzichten. Hintergrund ist eine Krebserkrankung, wegen der er vor gut zwei Jahren schon einmal vorübergehend pausieren musste. Der Krebs sei zurück, daher könne er den Wahlkampf nicht mit voller Kraft führen, kündigte Schreiner am Wochenende im Saarland an. Der Sozialpolitiker hatte im vergangenen Jahr bereits den Vorsitz der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) abgegeben.

Ottmar Schreiner Foto dapd

Schreiner, der 1978 in einer Wahl für den Juso-Vorsitz gegen den späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder unterlag, begann 25 Jahre später seinen Kampf gegen Schröders Agenda 2010. Dazwischen lagen Jahre, in denen er zeitweise stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion und Bundesgeschäftsführer in der Parteizentrale war. Doch die längste Zeit war Schreiner als Afa-Vorsitzender das sozialpolitische Gesicht seiner Partei.

1946 im saarländischen Merzig geboren, studierte der Sohn eines Angestellten in Saarbrücken, Berlin und Lausanne Jura. 1980 wurde er erstmals in den Bundestag gewählt, wo er den Wahlkreis Saarlouis vertrat. Den jungen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, der 1985 in die Staatskanzlei des bis dahin CDU-regierten Saarlands einzog, beäugte er anfangs skeptisch – damals galt der Gründer der Linkspartei als mutiger Modernisierer. Später rückten beide zusammen. Nach dem Wahlsieg von Rot-Grün 1998 trat Schreiner die Nachfolge Franz Müntefe-rings als Bundesgeschäftsführer unter dem Parteichef Lafontaine an. Lange konnte er sich auf diesem Posten nicht halten. Nach dem Rücktritt Lafontaines und der krachenden Niederlage der SPD in der Europawahl 1999 schuf der neue SPD-Vorsitzende Schröder das Amt des Generalsekretärs und setzte Müntefering auf den Posten. Der Lafontaine-Mann Schreiner musste weichen.

Mehr und mehr wurde Schreiner die Stimme der innerparteilichen Opposition, zumal als Schröder 2003 die Reformagenda verkündete, die Schreiner als sozialen Kahlschlag im Geiste des Neoliberalismus empfand. Es folgte ein harter Kampf: Schröder focht seine Agenda durch, doch als er 2004 den SPD-Vorsitz an Müntefering abgab, hieß es, er könne den Laden nicht mehr zusammenhalten. Und als er 2005 vorzeitig Neuwahlen anstrebte, hieß es, er habe nicht von Ottmar Schreiner und Andrea Nahles gestürzt werden wollen. So erbittert Schreiner die Agenda-Politik bekämpfte, so wenig kam für ihn in Frage, Lafontaine auf seinem Weg aus der SPD zu folgen.

Bundestagsanhörung zum Wahlrecht

Nach der Neufassung bis zu 800 Abgeordnete im Bundestag

ban. BERLIN, 14. Januar. Bei der Bundestagsanhörung über die Neufassung des Wahlrechts haben die eingeladenen Fachleute vor allem auf die Folgen des vollständigen Ausgleichs von Überhangmandaten aufmerksam gemacht – eine nicht genau vorhersehbare Vergrößerung des Bundestages. Der Wahlrechtsexperte Martin Fehndrich kam in seiner Stellungnahme für die Anhörung des Bundestagsinnenausschusses am Montag zu dem Ergebnis, je nach Szenario sei es realistisch, dass bis zu 800 Abgeordnete dem Bundestag angehörten. Zu Beginn dieser Wahlperiode waren es 622; zum bisherigen Umgang mit Überhangmandaten gehörte es, dass es für ausscheidende „Überhangabgeordnete“ keine Nachrücker gibt; ihr Sitz entfällt. Diese – ehedem vom Bundesverfassungsgericht verlangte – Sonderbehandlung von „Überhangabgeordneten“ wird nach dem neuen Gesetz abgeschafft; wegen der künftigen Ausgleichsmandate kann das Zweitstimmenergebnis durch Überhangmandate nicht mehr verzerrt werden.

Fehndrich machte allerdings auf einen besonderen Umstand aufmerksam. „Der Anreiz zu strategischem Stimmensplitting wird durch den proporzherstellenden Ausgleich und die Eindämmung beim negativen Stimmgewicht spürbar gesenkt.“ Tatsächlich hat das Stimmensplitting – die wahlkreisrelevante Erststimme für Partei A, die Zweitstimme, die für die Zusammensetzung des Bundestages entscheidend ist, für Partei B – künftig keine Konsequenzen mehr für die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. An der Möglichkeit für taktische Wähler, mittels ihrer Zweitstimme eine Partei über die Fünf-Prozent-Hürde zu hieven, ändert das freilich nichts.

An der Verfassungskonformität der Vorlagen hatten die befragten Fachleute keine Zweifel. Einige monierten lediglich die komplizierte Sprache des Gesetzentwurfes – was freilich in der Natur der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Sache liegt. Dieses hatte im vergangenen Sommer das geltende Wahlrecht verworfen und zusätzlich zur Abschaffung des „negativen Stimmgewichts“ auch gefordert, die Zahl der Überhangmandate dürfe höchstens 15 betragen. Die Fraktionen von Union, SPD, FDP und Grünen hatten sich auf einen Gesetzentwurf verständigt, der einen vollen Ausgleich der Überhangmandate vorsieht. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Wahlkreise gewinnt, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen.

Die Rechtswissenschaftlerin Ute Sacksofsky aus Frankfurt nannte es „verfassungspolitisch nicht sinnvoll“, dass der Bundestag stark vergrößert würde. Sie verwies zur Begründung auf Berechnungen, wonach das Ergebnis der Bundestagswahl von 2009 nach den Maßgaben des künftigen Gesetzes zur Folge gehabt hätte, dass dem Bundestag 671 Abgeordnete angehörten. Frau Sacksofsky kam in ihrer Stellungnahme zu dem Schluss: „Es ist daher dringend anzuraten, in der nächsten Legislaturperiode die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren, um den Bundestag nicht allzu stark aufzublähen.“

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung

Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Heike Göbel (int.); für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Anno Hecker, Peter Heß (stv.), Peter Penders (stv.); für Feuilleton: Dr. Nils Minkmar, Dr. Edo Reents (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Jürgen Kaube; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Prof. Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Januar 2013 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 7 vom 1. Januar 2013 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 46,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 53,90 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 46,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 53,90 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 23,40 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 23,90 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 56,70 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Abonnement F.A.Z.-E-Paper-Ausgabe 31,90 €; einschließlich F.A.S.-E-Paper-Ausgabe 38,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 23,90 €; E-Paper-Einzelverkaufspreis F.A.Z. 1,60 €; F.A.S. 3,10 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Erscheint werktäglich. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91 - 29 85. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (0 69) 75 91 - 0. Anzeigenservice: (069) 75 91 - 33 44. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder www. faz.net/leserportal.
Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91 - 17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de
Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60)
Konto-Nr. 91 393 604; IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Delhi fordert Kopf zurück

job. LONDON, 14. Januar. Der Streit zwischen Indien und Pakistan über die jüngsten Grenzzwischenfälle in Kaschmir geht weiter. Der indische Armeechef Bikram Singh verlangte am Montag von Islamabad die Herausgabe des Kopfes, den pakistanische Soldaten vom Körper eines indischen Soldaten abgetrennt und über die Grenze gebracht haben sollen. „Die pakistanische Armee muss Rechenschaft ablegen“, forderte Singh. Dafür gebe es diplomatische und politische Druckmittel, die von Indien und der internationalen Gemeinschaft eingesetzt werden sollten. „Was die Armee betrifft, so sind steigender militärischer Druck und Gewalt eine nationale Entscheidung.“ Singh sagte, er habe seinen Kommandeuren befohlen, weiteren pakistanischen Schusswaffengebrauch in Kaschmir „aggressiv“ zu erwidern.

Die pakistanischen Streitkräfte bestreiten den Vorwurf Delhis, in der vergangenen Woche im indischen Teil Kaschmirs zwei Soldaten getötet und verstümmelt zu haben. Sie boten Untersuchungen durch die Vereinten Nationen an, was von Delhi aber abgelehnt wurde. Zugleich bezichtigt die pakistanische Armee die indische Seite, das Waffenstillstandsabkommen an der Demarkationslinie in Kaschmir verletzt und pakistanische Soldaten getötet zu haben. Ein Treffen von Brigadegenerälen an der „Line of Control“ mündete am Montag in gegenseitige Beschuldigungen. Die Regierungen in Delhi und Pakistan werben öffentlich für Deeskalation und zeigen sich bisher optimistisch, dass die Streitigkeiten nicht den Friedensprozess gefährden.

Personalien

Stuart Eizenstat 70

Die höchste politische Karrieresprosse hat Stuart Eizenstat nicht erklommen, obwohl nach dem Studium der Rechte in Harvard und mit der frühen Tätigkeit als innenpolitischer Chefberater von Präsident Carter von 1977 bis 1981 der Weg bereitet war. Es folgten hohe Posten im Finanz-, Außen- und Handelsministerium; Präsident Clinton diente er als Botschafter. Seine Passion aber fand Eizenstat nach eigenen Worten als Beauftragter der amerikanischen Regierung für Verhandlungen mit europäischen Staaten über Entschädigungszahlungen für Opfer des Holocausts und für deren Hinterbliebene. Er übernahm die Aufgabe während seiner Zeit als amerikanischer Botschafter bei der EU in Brüssel im Januar 1995. In den folgenden Jahren wurden nach Sammelklagen der amerikanischen Regierung gegen Unternehmen und Banken in Deutschland, der Schweiz und in anderen europäischen Staaten Schadensersatzvereinbarungen in Milliardenhöhe erreicht. Für die Millionen Opfer von Enteignung, Zwangsarbeit und Vertreibung bedeute das freilich, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem erlittenen Unrecht, nur Zahlungen in symbolischer Höhe. „Imperfect Justice“ (Unvollkommene Gerechtigkeit) hat Eizenstat seinen 2003 erschienenen Erfahrungsbericht genannt, in dem er eindrucksvoll und wortgewandt seine zähen Verhandlungen mit Regierungen, Banken und Unternehmen beschreibt. Seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst ist Eizenstat als Anwalt tätig, unter anderem als Rechtsvertreter Schweizer Banken, die sich wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung Klagen der amerikanischen Regierung ausgesetzt sehen. An diesem Dienstag wird Stuart Eizenstat 70 Jahre alt. (rüb.)

Rüdiger Bormann gestorben

Spätestens seit der Guttenberg-Affäre hat die Republik den Rektor der Universität Bayreuth gekannt. Er machte sich durch eine sachorientierte, zügige Aufklärung mit hoher Transparenz einen Namen. Rüdiger Bormann hat dafür gesorgt, dass die Doktorandenausbildung in Bayreuth neu geordnet wurde und die Universität Bayreuth heute wieder Ansehen in der Öffentlichkeit genießt. Am Sonntagnachmittag hat er beim Joggen in Köln einen Fußgängerüberweg bei Rot überquert, eine Straßenbahn übersehen und ist dabei ums Leben gekommen. Bormann wurde 1952 in Bremen geboren, hatte in Göttingen Metallphysik studiert, lehrte dann an der TU Hamburg-Harburg, war in der Helmholtz-Gemeinschaft an der Entwicklung der Werkstoffforschung beteiligt und von 2004 bis 2010 Mitglied im Wissenschaftsrat, dort auch stellvertretender Vorsitzender der wissenschaftlichen Kommission. Seit 2009 stand er an der Spitze der Universität Bayreuth. Es ist ihm zu danken, dass die Förderung des Antrags der Graduate School of African Studies in der Exzellenzinitiative fortgesetzt wird. (oll.)

Foto dapd

Rüdiger Bormann

Israels unentschlossene Jugend

Eine Woche vor der Wahl wissen viele Israelis noch nicht, wen sie wählen sollen. Linke Parteien wollen an die Proteststimmung von 2011 anknüpfen.

Von Hans-Christian Rößler

JERUSALEM/TEL AVIV, 14. Januar. Hillel weiß nur, dass er links wählen wird. Welcher Partei er seine Stimme gibt, hat der 20 Jahre alte Israeli noch nicht entschieden. Er nippt nachdenklich an seinem Kaffee und geht ein weiteres Mal seine Optionen durch. „Vor einiger Zeit bin ich der Arbeiterpartei beigetreten. Aber ich finde auch die linksliberale Meretz-Partei und die neue Antikorruptionspartei Eretz Hadascha interessant. Ich weiß einfach noch nicht, was ich tun werde“, sagt der junge Israeli, der zum ersten Mal wählen wird. Eine Woche vor der vorgezogenen Parlamentswahl geht es vielen in Israel wie Hillel: Bis zu 25 Prozent haben noch nicht entschieden, welcher Partei sie den Vorzug geben wollen. So hoch war der Anteil der Unentschlossenen kurz vor der Wahl selten zuvor.

„Unter den Leuten, die ich kenne, denken alle, dass Benjamin Netanjahu sowieso wieder gewinnt“, sagt Hillel über seine Altersgenossen. Auch er hat kaum Zweifel daran. Trotzdem hat er sich im Internet über die Kandidaten informiert und verfolgt ihre Aktivitäten auf den Facebook-Seiten. Politik ist ihm spätestens seit eineinhalb Jahren nicht mehr gleichgültig. Hillel war dabei, als im Sommer 2011 in Jerusalem Demonstranten die ersten Zelte aufschlugen. „Alle hatten das Gefühl, es würde sich wirklich etwas ändern“, erinnert er sich an die Wochen der Sozialproteste, denen sich später Hunderttausende Israelis anschlossen. Aber danach sei nichts geschehen. Statt für die linken Parteien, die sich die Themen der Protestbewegung zu eigen machten, begeisterten sich viele Gleichaltrige eher für das rechtsreligiöse „Jüdische Heim“, beobachtet Hillel. Für die 19 Jahre alte Ronit zum Beispiel kommt der Parteivorsitzende Naftali Bennett auf jeden Fall in die engere Wahl. „Meine Familie wählt eigentlich immer die Likud-Partei. Aber ich finde Netanjahu langweilig“, gibt sie zu. Sie hält es für richtig, dass Naftali Bennett dafür kämpft, dass Israelis wieder stolz auf ihr Land sein können – und gleichzeitig gegen hohe Mieten und Preise. Links der Mitte gibt es für sie keinen akzeptablen Kandidaten. Noch ist Ronit sich gar nicht sicher, ob sie überhaupt am 22. Januar zur Wahl geht.

Die Sorge, dass die jungen Wähler zu Hause bleiben könnten, hat auch die israelische Regierung erfasst. Staatspräsident Schimon Peres, der im Sommer 89 Jahre alt wird, hat im Internet auf seiner Facebook-Seite eine eigene Kampagne begonnen: Unterstützt von einem beliebten Komiker, fordert er die Wahl-Neulinge dazu auf, vier Freunde „einzuladen“, wählen zu gehen. Mit einer Smartphone-Applikation können sie dann auch überprüfen, ob sie am Wahltag tatsächlich im Wahllokal waren.

Noch vor einem Jahr wollte Stav Schaffir von Politik nichts wissen. An diesem Abend hat sie ein blaues Kostüm angezogen und trägt dazu Stiefeletten mit Absatz. In Tel Aviv wirbt Stav Schaffir um Stimmen für die Arbeiterpartei und gibt sich siegesgewiss, als wäre sie eine routinierte Politikerin: Sie werde die jüngste Abgeordnete sein, die bisher in die Knesset einzog, sagt die 27 Jahre alte Kandidatin, die die meisten Israelis noch ganz anders in Erinnerung haben. Stav Schaffir gehörte zu den Ersten, die im Sommer 2011 auf dem Tel Aviver Rothschild-Boulevard ihre Zelte aufschlugen. Auch sie hatte zuvor ewig nach einer bezahlbaren Wohnung gesucht – wie viele andere Israelis auch. Schon bald waren ihre langen roten Locken aus dem Zeltlager nicht mehr wegzudenken. Sie wurde über Nacht eine der wichtigsten Sprecherinnen der Demonstranten.

„Wir haben die größte Sozialbewegung in Israel auf die Beine gestellt, aber als wir am nächsten Morgen aufwachten, war wieder alles beim Alten“, sagt Stav Schaffir und meint damit die Demonstrationen im ganzen Land, denen sich im September 2011 mehr als 400 000 Israelis anschlossen. Als die Proteste folgenlos blieben, hatte die junge Frau monatelang mit sich gerungen. Seit dem vergangenen Herbst steht ihr Name auf Platz acht der Liste der Arbeiterpartei, der Meinungsforscher bis zu 20 Mandate vorhersagen. Auch der frühere Studentenführer Itzik Schmuli kandidiert auf dem ebenfalls sicheren elften Listenplatz für die Partei.

„Früher hasste ich Politik und es fiel mir schwer, 2009 zur Wahl zu gehen. Aber uns bleibt nichts anderes übrig. Wir müssen dorthin gehen, wo entschieden wird, auch wenn es dort schmutzig zugeht. Wir haben nicht das Privileg, ängstlich zu sein“, sagt Stav Schaffir, und die Besucher der Wahlveranstaltung applaudieren. Sie selbst ist aber alles andere als schüchtern und zaghaft – nicht nur, wenn sie öffentlich auftritt. Während ihres Armeedienstes bestand sie darauf, einen Pilotenkurs zu besuchen, der bis vor wenigen Jahren in Israel Männern vorbehalten war. Zuvor hatte sie sich in einem freiwilligen Jahr am See Genezareth um vernachlässigte Kinder gekümmert. Ihre Generation sei noch in dem Glauben aufgewachsen, wer hart arbeite und seinem Land diene, werde auch etwas zurückbekommen. „Diesen alten Kontrakt haben Politiker wie Benjamin Netanjahu gebrochen“, sagt Stav Schaffir.

Die Arbeiterpartei und die Partei des früheren Fernsehmoderators Jair Lapid griffen diese Themen in ihrem Wahlkampf auf. Trotzdem schlossen sich die Unzufriedenen des Protestsommers ihnen nicht in Scharen an. „Selbst wenn einige Anführer der Demonstrationen links stehen, war die Protestbewegung nicht links, sondern repräsentativ für die gesamte israelische Bevölkerung. Laut Umfragen bezeichnen sich zwischen 45 und 50 Prozent als politisch rechts“, sagt die israelische Meinungsforscherin Dahlia Scheindlin. Die beiden prominenten Kandidaten vom Rothschild-Boulevard werden nach ihrer Einschätzung der Arbeiterpartei nur wenige zusätzliche Mandate bringen. Für viele Demonstranten vom Sommer 2011 sei die Partei zum Beispiel viel zu kompromissbereit, wenn es um einen Frieden mit den Palästinensern gehe. Dahlia Scheindlin beobachtet schon länger, dass besonders die jungen Israelis von linken Parteien abrücken: „Je religiöser sie sind, desto weiter rechts stehen sie. Der Anteil der jungen Israelis aus großen kinderreichen religiösen und ultraorthodoxen Familien steigt kontinuierlich.“ Diese Entwicklung sei aber auch im Rest der Bevölkerung zu beobachten. Dazu taten Oppositionsparteien in den vergangenen Wochen wenig, um rechte Wähler zu gewinnen. Statt die Regierung herauszufordern, jagen sich Arbeiterpartei, Lapids „Es gibt eine Zukunft“ und „Die Bewegung“ der früheren Außenministerin Zipi Livni gegenseitig die Wähler ab. Tagelang stritten ihre Vorsitzenden öffentlich darüber, ob sie nach der Wahl einer Koalition mit Netanjahu beitreten sollten oder nicht. Stav Schaffir sieht nur zwei Möglichkeiten: „Entweder wir gewinnen die Wahl oder wir gehen in die Opposition. Auch dort kann man viel erreichen“, sagt die Nachwuchspolitikerin. Die Arbeiterpartei hat schon entschieden, auf keinen Fall mit Netanjahu zusammenzuarbeiten. Jair Lapid und Zipi Livni fällt dagegen eine solche Festlegung viel schwerer. Israelische Kommentatoren beklagen, dass sich die Oppositionsparteien untereinander eher wie „Kannibalen“ verhalten, statt sich endlich zusammenzuraufen und eine gemeinsame Front zu bilden.

Den Mitgliedern der Jerusalemer Hip-Hop-Gruppe Hadag Nachasch kommt dieses Feilschen um Stimmen und Macht sehr bekannt vor. Kurz vor der Wahl veröffentlichten die Musiker eine neue Single mit dem Namen „Eine Beschwerde gegen die israelischen Parteien“. Die Musik, die sie dafür komponierten, ist neu, der Text aber schon mehr als ein Jahrzehnt alt. Er stammt von dem im Jahr 1999 verstorbenen Liedermacher Meir Ariel. Darin verglich er schon Ende der neunziger Jahre Parteien mit Prostituierten, die für Geld bereit sein, alles zu tun. Politiker hätten nur ihre eigenen Interessen im Sinn, heißt es weiter, bevor das Lied in dem Refrain gipfelt: „Ich habe die Nase voll bis oben hin.“

Vom Zeltlager ins Parlament? *Stav Schaffir von der Arbeiterpartei macht Wahlkampf.* Foto Reuters

Verhandlungen mit Farc fortgesetzt

oe. BUENOS AIRES, 14. Januar. Die Delegationen der kolumbianischen Regierung und der Guerrilla-Organisation „Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens“ (Farc) nehmen nach der Weihnachtspause an diesem Dienstag ihre Friedensgespräche in Havanna wieder auf. Der Verhandlungsführer der Regierung, der frühere Vizepräsident Humberto de la Calle, sagte, er erwarte, dass der Dialog in einem „schnelleren Rhythmus“ fortgeführt werde. Derzeit geht es immer noch um den ersten Verhandlungskomplex, die Frage des Landbesitzes. Über die anderen Punkte wie die Entwaffnung der Guerrilla, ihre mögliche Beteiligung am politischen Leben des Landes, den Drogenhandel und die Entschädigung der Opfer, ist offenbar noch nicht gesprochen worden.

Zum Beginn der neuen Runde liegen den Delegationen 546 Vorschläge für die Lösung des Konflikts vor. Sie stammen aus den Beratungen von 21 „Arbeitstischen“ in Kolumbien, zu denen die unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Organisationen geladen waren. Der frühere amerikanische Präsident Jimmy Carter lobte unterdessen während eines Aufenthalts in Kolumbien die „großen Fortschritte“, die im Friedensdialog bisher erzielt worden seien. Er deutete die Möglichkeit an, dass das „Carter Center“, eine von Carter und seiner Ehefrau gegründete Organisation zur Stärkung der Menschenrechte, Hilfestellung in dem kolumbianischen Friedensprozess leisten könne. Allein die Anwesenheit Carters in Kolumbien sei ein Anstoß, in den Friedensbemühungen fortzufahren, sagte der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos.

Neuer Prozess gegen Mubarak

mrb. KAIRO, 14. Januar. Nach der Aufhebung des Urteils gegen Ägyptens früheren Präsidenten Husni Mubarak am Wochenende herrscht Unklarheit über Zeitpunkt und Inhalt der Neuauflage des Verfahrens. Auch gibt es unterschiedliche Berichte darüber, ob Mubaraks Anwälte die Freilassung ihres Mandanten beantragen werden, der wegen Korruptionsvorwürfen für mindestens zwei Wochen in Untersuchungshaft bleiben soll. Ägyptische Juristen sind sich zudem uneinig, ob in den Prozess gegen den vor knapp zwei Jahren gestürzten Machthaber noch neue Beweise eingebracht werden können. Der frühere Vorsitzende des Richterklubs Zakaria Abdel Aziz sagte der Nachrichten-Website Ahram Online, die Annullierung der lebenslangen Haftstrafe gebe dem Gericht die Möglichkeit, neue Beweismittel in das Verfahren einzubringen.

Der frühere Richter kritisierte den im Juni 2012 mit einer lebenslangen Haftstrafe für Mubarak und seinen früheren Innenminister Habib al Adli abgeschlossenen Prozess als „hastig“. Auch hätten die Sicherheitsbehörden nicht kooperiert. Die Neuauflage des Verfahrens gegen den 84 Jahre alten Mubarak biete die Möglichkeit, von einer staatsanwaltschaftlichen Ermittlungskommission gesammelte Belege zu verwenden. Die Vereinigung für Gedanken- und Meinungsfreiheit bezweifelte jedoch, dass die von der Kommission zusammengetragenen Belege ausreichten, ein anderes Urteil zu erreichen. Dass das ägyptische Kassationsgericht den Beschwerden der Anwälte Mubaraks, al Adlis und der Staatsanwaltschaft nachgab, sei auf Mängel in der Urteilsbegründung zurückzuführen.

Weiter Luftangriffe auf syrische Städte

mrb. KAIRO, 14. Januar. Bei einem Luftangriff auf Muadamijat al Scham nahe Damaskus sollen am Montag acht Kinder und fünf Frauen getötet worden sein. Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte griff die syrische Luftwaffe auch den Vorort Daraja im Südwesten der Hauptstadt an. Seit Beginn des Konflikts im März 2011 sind der Organisation zufolge mehr als 3500 Kinder getötet worden. Türkische Medien berichteten unterdessen vom Einschlag einer Granate auf türkischem Territorium nahe der syrischen Grenze am Montagmorgen. Getroffen worden sei niemand. Zurzeit bereitet die Nato die Entsendung mehrerer Luftabwehrbatterien in die Türkei vor, die Ankara im vergangenen Jahr von dem Bündnis erbeten hatte. Im Oktober 2012 waren beim Einschlag mehrerer Granaten aus Syrien im türkischen Grenzgebiet fünf Menschen getötet worden.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch warf der syrischen Regierung Präsident Baschar al Assads am Montag vor, neue Formen von Streumunition einzusetzen. Diese seien bei Angriffen in den Provinzen Idlib im Dezember 2012 und Hama Anfang Januar verwendet und in Ägypten hergestellt worden, teilte Human Rights Watch mit. Einem Bericht der saudi-arabischen Zeitung „Al Watan“ zufolge soll sich Assad gar nicht mehr in Damaskus aufhalten, sondern auf einem russischen Kriegsschiff im Mittelmeer. Unter Berufung auf Geheimdienstinformationen schrieb die Zeitung, dass er lediglich zu offiziellen Terminen mit dem Hubschrauber nach Syrien geflogen werde. Seine Familie und er befänden sich „unter russischer Bewachung“.

Sorgen in Tunesien zum Jahrestag

cheh. FRANKFURT, 14. Januar. Der tunesische Präsident Moncef Marzouki hat am zweiten Jahrestag der Flucht des früheren Diktators Ben Ali die breite Besorgnis der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht. Im Rundfunk verwies er unter anderem auf den andauernden Streit über die Verfassung, die Sicherheitslage, die schlechte wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und die steigenden Preise im Besonderen. Zugleich versuchte er die Sorge der säkularen Bevölkerungsteile vor einer Islamisierung des Landes zu zerstreuen. Niemand solle es wagen, „Modernismus und moderaten Islam zu eliminieren“ und das Land in den „Talibanismus“ zu führen. Damit zielte er auf die radikalen Salafisten, die immer wieder mit gewalttätigen Aktionen die Öffentlichkeit terrorisieren.

In der Nähe des Regierungssitzes nahm Marzouki am Montag zusammen mit Ministerpräsident Hamadi Jebali und dem Präsidenten der Verfassungsversammlung, Mustafa Ben Jaafar, an einer kurzen Feier teil, bei der Minister und die wichtigsten Parteiführer anwesend waren. Jebali unterzeichnete mit Gewerkschaftschef Houcine Abassi und dem Arbeitgeberchef Wided Bouchamaoui einen „sozialen Pakt“. Nach den Worten des Sozialministers Khalil Zaouia soll er „Frieden und soziale Stabilität“ garantieren.

Armut und Arbeitslosigkeit waren wichtige Ursachen der Proteste, mit denen die Tunesier am 14. Januar 2011 Ben Ali zur Flucht zwangen. Zuletzt hatte es in dem südöstlichen Grenzort Ben Guerdane Sozialproteste und Zusammenstöße von Demonstranten und Polizei gegeben. Am Sonntag wurden Armeeeinheiten in den Ort entsandt, die Bevölkerung hatte dies und den Abzug der Polizei gefordert.

Ausland in Kürze

Urteil im Strasser-Prozess – Der ehemalige österreichische Innenminister und Europaabgeordnete Ernst Strasser ist am Montag in Wien wegen Bestechlichkeit zu einer Haftstrafe von vier Jahren ohne Bewährung verurteilt worden. Es stehe „ohne Zweifel fest“, hieß es zur Begründung, dass Strasser im Jahr 2010 als Parlamentarier von zwei vermeintlichen Lobbyisten eine Jahresgage von 100 000 Euro für die Einflussnahme auf die Gesetzgebung im EU-Parlament gefordert habe. Die beiden waren in Wirklichkeit Journalisten einer britischen Zeitung, die für einen Artikel verdeckt recherchierten. Der damalige ÖVP–Politiker Strasser hatte angegeben, er sei nur zum Schein auf die beiden eingegangen, tatsächlich habe er sie für ausländische Agenten gehalten und sie enttarnen wollen. Diese Behauptung zählte Richter Georg Olschak „wohl zum Abenteuerlichsten“, was ihm je untergekommen sei. Kein Gericht in Österreich werde das glauben. Strasser habe ein Geschäft nach dem Prinzip „cash for law“ betreiben wollen. Strassers Anwalt hatte argumentiert, zwar sei „die Optik“ des Vorgangs nicht schön, doch habe Strasser kein Amtsgeschäft gegen Zahlung vorgenommen und daher keine Straftat begangen. (löw.)

Estnischer Präsident kritisiert EU – Estlands Präsident Toomas Hendrik Ilves hat sich gegen die Direktwahl eines europäischen Präsidenten durch die Bürger in der EU ausgesprochen. Sollte der Präsident direkt gewählt werden, würde es „entweder immer ein Franzose oder ein Portugiese, Spanier, Italiener oder Rumäne werden, denen Französisch (als wichtige EU-Sprache) leichtfällt“, sagte Ilves in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der Tageszeitung „Postimees“. In Estland müssten die Kandidaten gar nicht erst für sich werben, da sie ohne die Stimmen der gut 1,3 Millionen Einwohner des baltischen Landes auskommen würden. Wird jedoch nicht direkt gewählt, „bestehe die Chance, dass irgendwann einmal auch jemand aus einem kleinen Mitgliedstaat europäischer Präsident wird“, sagte Ilves. Zugleich plädierte Ilves für ein Zwei-Kammern-Parlament in der EU. Ein Oberhaus, in dem alle Länder gleich vertreten wären, solle sich mit den wichtigsten Fragen befassen, etwa der Außenpolitik. Anders könnten die Aufgaben in Europa nicht gelöst werden, sagte Ilves. Die gegenwärtige Situation sei „absurd und unfair“. (dpa)

Schüsse auf Parteibüros in Athen – Unbekannte haben mit einem Sturmgewehr mehrere Schüsse auf Büros der regierenden griechischen Partei Nea Dimokratia in Athen abgefeuert. Eine Kugel wurde im Büro des konservativen griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras gefunden, teilte ein Regierungssprecher mit. Verletzt wurde bei der Attacke in der Nacht zum Montag niemand. Die Polizei fand in der Nähe der Büros neun Patronen einer Kalaschnikow-Maschinenpistole, berichtete ein staatlicher Radiosender. Zunächst übernahm niemand die Verantwortung für den Anschlag. Sicherheitskreise vermuteten, dass er mit der Räumung eines seit Jahrzehnten von Autonomen besetzten Hauses zusammenhängen könnte. Dabei waren am 9. Januar mindestens 90 Menschen festgenommen worden. Nach der Räumung griffen Unbekannte in den vergangenen Tagen mehrfach Politiker, deren Verwandte und auch Journalisten an. (dpa)

Chávez geht es besser – Der Genesungsprozess des schwer an Krebs erkrankten venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez hat laut dem venezolanischen Informationsminister Ernesto Villegas in den vergangenen Tagen eine „günstige“ Entwicklung gezeigt. Chávez sei bei Bewusstsein, die Atemwegsinfektion sei „unter Kontrolle“. Villegas gab damit zum ersten Mal eine optimistische Einschätzung der Heilungschancen für Chávez nach dessen vierter Operation. Unterdessen sind Vizepräsident Nicolás Maduro, Parlamentspräsident Diosdado Cabello und Energieminister Rafael Ramírez in Havanna, wo Chávez behandelt wird, mit dem kubanischen Präsidenten Raúl Castro sowie dessen Bruder Fidel Castro zusammengetroffen. Vertreter der venezolanischen Opposition übten scharfe Kritik an dem „Gipfeltreffen“. Es zeige, dass das Castro-Regime Venezuela regiere. „Die Entscheidungen werden in Havanna gefällt, und das ist eine klare Einmischung in die nationale Souveränität“, sagte der venezolanische Oppositionspolitiker Leopoldo López. (oe.)

Immunität kommt vor Dschirga – Der afghanische Präsident Hamid Karzai hat angekündigt, eine Stammesversammlung („Loya Dschirga“) darüber entscheiden zu lassen, ob den ausländischen Soldaten nach 2014 weiterhin Immunität zugesichert wird. Das Parlament hatte sich im vergangenen Jahr dagegen ausgesprochen. Auf die Zusammensetzung einer Dschirga hat der Präsident maßgeblichen Einfluss. Karzai sagte zwar unlängst, Afghanistan werde nach dem Abzug der ausländischen Truppen zu einem „besseren und sichereren Ort“, ist aber an der Stationierung eines Kontingents über den offiziellen Abzugstermin hinaus interessiert. Der Schutz vor Strafverfolgung in Afghanistan gilt als Voraussetzung für Länder, die Truppen stellen. (job.)

Makabre Leichenschau befürchtet

Paris nach missglückter Kommandoaktion in Sorge um Geisel

mic. PARIS, 14. Januar. Nach der gescheiterten Aktion zur Geiselbefreiung in Somalia befürchtet Frankreich, dass die islamistische Miliz Al Shabaab eine „makabre Leichenschau“ organisiert. Das sagte Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian am Montag in Paris. Nach französischer Einschätzung haben die islamistischen Milizen ihre Geisel, einen französischen Geheimagenten mit dem Decknamen Denis Allex, sowie den beim Sturm des Verstecks verwundeten französischen Soldaten getötet. Der Tod eines weiteren Soldaten war bereits am Samstag in Paris bestätigt worden. „Alles deutet darauf hin, dass die Geisel ermordet und ein weiterer Soldat getötet wurde“, sagte Le Drian am Montag. Die Shabaab-Miliz teilte mit, der Soldat sei „seinen Verletzungen erlegen“ und werde mit seinem getöteten Kameraden „zur Schau gestellt“.

Wie inzwischen bekanntwurde, hatte Frankreich für die Aktion unter höchster Geheimhaltung den modernen Hubschrauberträger „Mistral“ sowie die Fregatte „Chevalier Paul“ vor die somalische Küste verlegt. Über den neuen französischen Militärstützpunkt in Abu Dhabi, den Präsident François Hollande an diesem Dienstag besuchen will, wurde schweres Material weitertransportiert. Ziel der Operation war es, den Mitte Juni 2009 in Mogadischu entführten französischen Geheimdienstoffizier zu befreien. Denis Allex war mit einem anderen Offizier von den Shabaab verschleppt worden. Der andere Offizier kam wenige Wochen nach der Entführung frei, vermutlich gegen Lösegeld. Hollande soll schon im Dezember, nachdem das Versteck der Geiselnehmer gefunden worden war, den Einsatzbefehl für die Befreiungsaktion gegeben haben. Wegen günstigerer Wetterbedingungen erfolgte der Einsatz erst in der Nacht zum 11. Januar und damit fast gleichzeitig mit dem Beginn des Kampfeinsatzes in Mali, erläuterte Le Drian.

Ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug leistete den französischen Geheimdiensten Hilfe. Das Versteck der Geiselnehmer war in der Nähe der Ortschaft Bulomarer südlich von Mogadischu geortet worden. Sechs Kampfhubschrauber wurden eingesetzt. Das Befreiungskommando unter Leitung des Auslandsgeheimdienstes DGSE soll laut Informationen der Zeitschrift „Le Point“ aus etwa 50 Mann der Eliteeinheit Cos (Commandement des opérations spéciales) bestanden haben. Nach den Worten des französischen Verteidigungsministers müssen die islamistischen Milizen gewarnt worden sein. „Der Widerstand fiel wesentlich größer als erwartet aus“, sagte Le Drian. Nach französischer Zählung wurden 17 Milizionäre getötet.

In jüngerer Zeit hat Frankreich mehrere schwere Rückschläge bei Befreiungsaktionen auf dem afrikanischen Kontinent erlebt. Am 8. Januar 2011 wurden bei einer Befreiungsaktion zwei junge Franzosen auf malischem Staatsgebiet getötet. Sie waren wenige Stunden zuvor von islamistischen Gruppen in Niamey gekidnappt worden. Im Sommer 2010 wurde der 78 Jahre alte französische Ingenieur Michel Germaneau von seinen Geiselnehmern hingerichtet, nachdem französische und mauretanische Spezialkräfte ihn zu befreien versucht hatten.

Cameron: Vor Referendum mit EU verhandeln

job. LONDON, 14. Januar. Trotz wachsender Kritik an seinem Europakurs hält der britische Premierminister David Cameron an der Idee fest, der EU Kompetenzen abzutrotzen und auf nationale Ebene zurückzuführen. In mehreren Interviews sagte er am Montag, die überwältigende Mehrheit der Briten stütze seinen Kurs. Zugleich zeigte er sich optimistisch, dass die EU-Partner bereit seien, sich auf Neuverhandlungen einzulassen. Unterstützung finde er nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in Deutschland, sagte er. „Wir werden den Prozess der Veränderung nutzen, um ein Europa zu finden, das besser zu uns passt“, sagte Cameron. Am Freitag will Cameron in den Niederlanden eine Grundsatzrede halten. Erwartet werden Darlegungen, welche Kompetenzen er auf dem Verhandlungsweg „repatriieren“ will. Auch könnte er konkreter darlegen, wann und in welcher Form die Briten über ihr Verhältnis zur EU abstimmen dürfen. In seinen Radio- und Fernsehinterviews am Montag sprach sich der Premierminister dagegen aus, „in nächster Zeit“ ein „In-Out-Referendum“ zu organisieren. Lieber wolle er die Briten über Europa abstimmen lassen, nachdem er die Mitgliedsbedingungen neu ausgehandelt habe. „Würde Britannien zusammenbrechen, wenn wir die EU verlassen? Natürlich nicht“, sagte Cameron. Aber ein Ausstieg liege „nicht im britischen Interesse“.

Ruby-Prozess wird nicht vertagt

Berlusconis Tänzerin erscheint erstmals vor Gericht

jöb. ROM, 14. Januar. Die Richter im Prozess wegen Beihilfe zur Prostitution Minderjähriger und Amtsmissbrauch gegen den früheren italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi wollen dieses Verfahren nicht wegen des Wahlkampfes unterbrechen. Mit dieser Entscheidung lehnte das Gericht am Montag in Mailand den Antrag von Verteidiger Niccolo Ghedini nach vier Stunden Beratung ab. Im Mittelpunkt der Anklage steht die 20 Jahre alte Zeugin der Verteidigung, die aus Marokko stammende Karima El Mahrough. Die Bartänzerin war als „Ruby Herzensräuber“ 2010 mehrfach im Haus Berlusconis; sie wurde von ihm laut Anklage mit Schmuck beschenkt und mit mehreren tausend Euro bezahlt. Zudem soll sie ausgesagt haben, dass junge Mädchen dem heute 76 Jahre alten Berlusconi bei den Partys „körperliche Freuden“ zuteilwerden ließen. „Das aber habe ich stets abgelehnt“, beteuert Ruby. Berlusconi sagt, er habe stets angenommen, die damals noch minderjährige Ruby sei bereits 24 Jahre alt gewesen.

Ruby sollte schon im Dezember im Zeugenstand aussagen, war aber ohne Benachrichtigung des Gerichts mit ihrem Freund Luca Risso und der gemeinsamen Tochter für sechs Wochen nach Mexiko geflogen. Diese Reise löste Gerüchte aus, denen zufolge Berlusconi die Tänzerin ins Ausland geschickt haben soll, um weitere Prozesstermine mindestens zu verzögern. Am Montag aber zeigte sich Ruby im Gericht in Mailand. Sie wurde allerdings zunächst nicht befragt, weil die Verteidigung eine Vertagung des Prozesses bis nach den Wahlen Ende Februar beantragte. Berlusconis Anwalt Ghedini sagte dazu, es solle damit jede „Instrumentalisierung“ des Prozesses zu politischen Zwecken verhindert werden. Staatsanwältin Ilda Boccassini wies den Antrag als Versuch zur Verzögerung zurück. Weder sei Berlusconi der Generalsekretär seiner Partei Volk der Freiheit (PdL), noch wolle er zum Regierungschef gewählt werden, argumentierte sie. Dieser Argumentation folgte dann auch das Gericht. PdL-Generalsekretär Angelino Alfano kritisierte, die Richter wollten Wahlkampf gegen Berlusconi führen. In Berlusconis Umgebung heißt es, der Angeklagte sehe in dem Prozess eine schwere Belastung für seine Kampagne. Berlusconi wird nicht nur angeklagt, mit Ruby Sex gehabt zu haben, als sie noch 17 Jahre alt war. Er soll auch seine Macht missbraucht haben, um 2010 Rubys Freilassung nach ihrer Festnahme durch die Polizei zu erreichen. Beide weisen die Vorwürfe zurück.

Herzensräuberin: *Karima El Mahrough am Montag vor Gericht in Mailand* Foto dpa

Hollande hält an „Ehe für alle“ fest

Frankreichs Regierung bekräftigt Reformpläne

mic. PARIS, 14. Januar. Die französische Linksregierung hat am Montag ihr Ziel bekräftigt, mit der „Ehe für alle“ Homosexuellen alle ehelichen Rechte einzuräumen. Regierungssprecherin Najat Vallaud-Belkacem bezeichnete die geplante Reform als „historischen Fortschritt“. Die Regierung sei „vollkommen entschlossen“, die „Ehe für alle“ einzuführen. Von der Massenkundgebung der Gegner am Vortag in Paris zeigte sich auch Innenminister Manuel Valls unbeeindruckt. „Die große Mobilisierung hat uns nicht überrascht. Das gehört zur Debatte. Aber wir konzentrieren uns auf unser Ziel, das Gesetzesvorhaben durchs Parlament zu bringen“, sagte Valls am Montag. Mehrere hunderttausend Franzosen hatten am Sonntag in Paris ihren Protest gegen das Gesetzesvorhaben zum Ausdruck gebracht. Die Organisatoren der „Demo für alle“ sprachen von 800 000 Demonstranten. Die Pariser Polizeipräfektur gab die Zahl der Teilnehmer mit 340 000 an.

Die „Homo-Ehe“ zählt zu den Wahlkampfversprechen Hollandes. Der Präsident hatte schon vor der Demonstration gesagt, er nehme den Widerstand zur Kenntnis, er werde ihn aber nicht zu Änderungen bewegen. Über den Gesetzentwurf wird vom 29. Januar an in der Nationalversammlung beraten. Am 27. Januar wollen die Befürworter der Homo-Ehe in Paris demonstrieren. Jüngsten Umfragen zufolge befürwortet eine knappe Mehrheit der Franzosen die Ehe von gleichgeschlechtlichen Paaren, doch nur eine Minderheit will Homosexuellen auch das Adoptionsrecht und den Zugang zu moderner Reproduktionsmedizin einräumen. Die Abgeordneten der rechtsbürgerlichen Oppositionspartei UMP haben unterdessen angekündigt, die Beratungen in der Nationalversammlung mit einer Fülle von Änderungsanträgen verschleppen zu wollen. Der UMP-Fraktionsvorsitzende Christian Jacob sagte, es sei erstaunlich, dass das Gesetzespaket zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erst 2014 greifen solle, die „Ehe für alle“ aber innerhalb von eineinhalb Monaten durchs Parlament „getrieben“ werde. Die UMP fordert ein Referendum zur Homo-Ehe. Präsident Hollande lehnt es bislang ab, die Organisatorin der Protestdemonstrationen, Frigide Barjot, im Elysée-Palast zu empfangen.

Vatikan warnt vor Homo-Ehe

Präsident des Familien-Rats: „Gefahr für die Gesellschaft“

jöb. ROM, 14. Januar. Der Vatikan unterstützt Frankreichs Bischöfe bei ihrer Kritik am Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partner. Der Präsident des Familienrates, Bischof Vincenzo Paglia, sagte jetzt Radio Vatikan, es müsse deutlich bleiben, dass es „kein verhandelbares Recht auf Ehe und Familie“ gebe. „Wenn die Kraft der Familie entwertet wird, betrifft das die Zukunft der Menschheit!“ Sollte die gleichgeschlechtliche Ehe flächendeckend eingeführt werden, fügte der Bischof hinzu, könnte dies eine ernste Gefahr für die Gesellschaft sein und ein erster Schritt in Richtung Polygamie.

Paglia ging damit auch auf ein Urteil des italienischen Obersten Gerichts ein. Das hatte dieser Tage festgestellt, es sei ein „Vorurteil“ anzunehmen, dass ein Kind in einer schwulen Partnerschaft mehr Gefahren ausgesetzt sei als in einer herkömmlichen Ehe. Der Sprecher des italienischen Gay Center Fabrizio Marrazzo hatte dies Urteil „historisch“ genannt, weil es die Rechte von Kindern in schwulen Familien schützte. Italien kennt keine rechtliche Anerkennung schwuler Ehen; ein Gesetz gegen die Diskriminierung Schwuler scheiterte bisher im Parlament. Der langjährige frühere Ministerpräsident Silvio Berlusconi scheute wegen seines eigenen, oft kritisierten Lebenswandels jedes Gesetzesvorhaben, das in der katholischen Kirche auf Widerstand hätte stoßen können. Im Wahlkampf sagte er aber nun, wenn es denn eine Mehrheit für Adoptionen durch Schwule gebe, dann werde auch er sich nicht dagegen stellen. Die Regierung Mario Montis unternahm in ihrer kurzen Amtszeit keinen derartigen Vorstoß. Pier Luigi Bersani, der Chef des linksbürgerlichen Partito Democratico (PD), will laut Wahlprogramm die schwule Zivilehe rechtlich regeln. Seine Partei führt nach den Umfragen.

Ihre Empfehlung ist bis zu 260,– € wert!

Werben Sie einen neuen Leser für F.A.Z. und Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung – wir bedanken uns mit einer Prämie in bar!

260,– € ist uns Ihre Empfehlung für 24 Monate wert! Für 12 Monate erhalten Sie 200,– €.

So einfach erhalten Sie Ihre Prämie:

Werben Sie einen neuen Leser für die F.A.Z. und die Sonntagszeitung für 12 oder 24 Monate. Sie müssen selbst kein Abonnent sein.

Ihre Vorteile:

- Sie erhalten eine Geldprämie von 260,– €, wenn Sie für 24 Monate empfehlen.
- Für eine 12-Monats-Empfehlung erhalten Sie 200,– €.

Die Vorteile des neuen Lesers:

- Er erhält die F.A.Z. und die Sonntagszeitung frei Haus.
- Er spart bis zu 5 %.

Die F.A.Z. bietet an 6 Tagen der Woche redaktionelle Qualität auf höchstem Niveau von einer vielfach ausgezeichneten Redaktion, z. B. als Deutschlands beste Wirtschaftsredaktion. Außerdem verfügt sie über eines der größten eigenen Korrespondentennetze aller Tageszeitungen. Für alle, die fundierte Informationen zu schätzen wissen.

Sonntags bereitet die Sonntagszeitung ihren Lesern ausgezeichnetes Lesevergnügen mit herausragender Bildsprache im preisgekrönten Design. Spannende Hintergrundberichte zu den Themen der Woche runden das Lesevergnügen ab.

Gleich Coupon ausfüllen, absenden und Prämie sichern!

Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Ja, ich habe den neuen Leser geworben.

☐ Ich erhalte für meine Empfehlung der F.A.Z. und der Sonntagszeitung für 24 Monate die Höchstprämie von 260,– €. F-260

☐ Ich erhalte für meine Empfehlung der F.A.Z. und der Sonntagszeitung für 12 Monate eine Geldprämie in Höhe von 200,– €. F-200

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

Zur Überweisung der Prämie benötigen wir Ihre Kontoverbindung:

Kontonummer BLZ

Der von mir geworbene Abonnent oder eine in seinem Haushalt lebende Person war innerhalb der letzten 6 Monate nicht Abonnent der F.A.Z. oder der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Er ist nicht mit mir identisch und wohnt nicht mit mir in einem Haushalt. Das Prämienangebot gilt nicht für ermäßigte Abonnements und Gutscheinhefte.

Ich bin der neue Leser:

☐ Senden Sie mir bitte ab sofort die F.A.Z. und die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* für mindestens 24 Monate (derzeit gültiger Bezugspreis 53,90 € monatlich inklusive MwSt. und Zustellkosten) zu.

☐ Senden Sie mir bitte ab sofort die F.A.Z. und die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* für mindestens 12 Monate (derzeit gültiger Bezugspreis 53,90 € monatlich inklusive MwSt. und Zustellkosten) zu.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

Vorteilsangebote will ich in Zukunft nicht verpassen. Deshalb bin ich damit einverstanden, dass der F.A.Z.-Verlag mich künftig per Telefon oder E-Mail über eigene interessante Angebote aus dem Print- und Online-Bereich informiert.

Datum X Unterschrift

Ja, ich zahle bequem per Bankeinzug.

☐ halbjährlich (mit 3 % Preisvorteil) ☐ jährlich (mit 5 % Preisvorteil)

Kontonummer BLZ

Geldinstitut

Datum X Unterschrift

☐ Ich zahle per Rechnung. LW13012

* Falls ich außerhalb des Zustellgebiets der Sonntagszeitung wohne, erhalte ich automatisch Gutscheine.

Ein Angebot der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main (HRB 7344, Handelsregister Frankfurt am Main), Telefon-Nr. 0180 2 52 52**. Dieses Angebot gilt nur für die Auslieferung in Deutschland. Wir verwenden Ihre Post- und E-Mail-Adresse für die Zusendung eigener Werbung. Sie können jeglicher werblicher Nutzung Ihrer Daten jederzeit widersprechen.

Widerrufsrecht: Diese Bestellung kann innerhalb von 2 Wochen ab Erhalt der ersten Zeitungslieferung ohne Angabe von Gründen widerrufen werden. Bereits geleistete Beträge werden erstattet. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist in Textform (z.B. Brief, Telefax, E-Mail) gegenüber der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH zu erklären.

Einfach Coupon einsenden an: Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Vertriebsabteilung, Postfach, 60267 Frankfurt am Main.
Noch schneller geht's per:

0180 2 52 52** (069) 75 91-21 80
www.faz.net/extrapraemie

** 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.

Winnenden-Eltern wussten wohl vom „Hass“ des Sohnes

rso. STUTTGART, 14. Januar. Im Revisionsverfahren gegen den 52 Jahre alten Vater des Amokläufers von Winnenden verdichten sich die Hinweise, dass die Eltern von den psychischen Schwierigkeiten ihres Sohnes Tim K. umfassend informiert gewesen sind. In dem seit Mitte November vor dem Stuttgarter Landgericht geführten Verfahren ließ der Vorsitzende Richter am Montag das Protokoll einer psychosozialen Betreuerin verlesen, die in den Tagen nach dem Amoklauf im März 2009 den Eltern zur Seite stand. Demnach hatten die Eltern der Betreuerin vom „Hass ihres Sohnes auf die ganze Welt“ berichtet.

Im ersten Verfahren, in dem der Angeklagte Jörg K. wegen fahrlässiger Tötung und wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Bewährungsstrafe von 21 Monaten verurteilt worden war, hatte sich die Zeugin mehrfach widersprochen. Außerdem war ihr ein Aussageverweigerungsrecht zugebilligt worden. Die Verteidiger von Jörg K. hatten mit dem Argument, sie hätten keine ausreichenden Möglichkeiten gehabt, die Therapeutin als Zeugin anzuhören, die Revision erreicht.

Für das Gericht stellt sich nun weiterhin die Frage, warum der Vater die Schießübungen des Sohnes und dessen Umgang mit Waffen duldete, obwohl er von dessen psychischen Problemen seit einer Behandlung im Jahr 2008 wusste. Vergangene Woche hatte ein ehemaliger Nachhilfelehrer des Amokläufers ausgesagt, Tim K. sei „abgrundtief verzweifelt“ gewesen. Nach Ansicht eines Psychiaters war der Amoklauf jedoch schwer vorherzusehen. Tim K. habe unter einer leichten kombinierten Persönlichkeitsstörung gelitten, sagte der Gutachter am Montag vor dem Stuttgarter Landgericht. Doch treffe das auch auf etwa 50 000 bis 100 000 weitere Menschen in Deutschland zu. „Wir haben viele Jugendliche mit einer viel stärkeren Problematik.“

Aurora-Prozess beginnt am 12. März

ceh. LOS ANGELES, 14. Januar. Trotz der Entscheidung eines Gerichts im amerikanischen Colorado, nach den Schüssen in einem Kino in Aurora den Prozess gegen den mutmaßlichen Attentäter zu eröffnen, ist das Verlesen der Anklage um zwei Monate verschoben worden. Der frühere Student James Holmes, der während einer nächtlichen Filmpremiere am 20. Juli zwölf Menschen erschoss und 58 weitere Personen verletzte, muss erst am 12. März vor Gericht in Centennial erscheinen, um sich schuldig oder nicht schuldig zu bekennen. Ihm droht die Todesstrafe.

Die Verteidiger des Fünfundzwanzigjährigen hatten den Aufschub am Freitag beantragt, um ausreichend Zeit für die Durchsicht des von der Staatsanwaltschaft gesammelten Materials zu haben. Die Ankläger hatten in den vergangenen Monaten mehr als 30 000 Seiten Beweisunterlagen zusammengetragen. Wie Richter Sylvester sagte, gewährte das Gericht die zweimonatige Verschiebung des Prozesses, um einen späteren Berufungsantrag der Anwälte des angeblich psychisch kranken Schützen auszuschließen.

Holmes hatte vor sechs Monaten bei einer „Batman“-Premiere im Kino Century 16 mit einem Sturmgewehr auf das Publikum geschossen. Nach Zeugenaussagen während einer Anhörung in der vergangenen Woche soll der als Sonderling bekannte Attentäter das Verbrechen durch Waffenkäufe fast drei Monate lang vorbereitet haben. Die Angehörigen der Opfer reagierten bestürzt auf das Verschieben der Anklageverlesung.

Sofortrente-Gewinn über 7500 Euro verfällt

MÜNSTER, 14. Januar (dpa). Die monatliche Sofortrente eines Lottogewinners über 7500 Euro ist verfallen. Noch bis zum Wochenende hätte sich der vermeintliche Glückspilz melden können, der Anspruch auf eine lebenslange Sofortrente hatte. Die Frist lief am Samstag jedoch nach 13 Wochen ab. Jetzt verfällt der Gewinnanspruch, wie Westlotto-Sprecher Axel Weber am Montag mitteilte. Der anonyme Spieler hatte am 8. Oktober für 10,10 Euro in Düsseldorf seinen Schein für die Lotterie Glücksspirale abgegeben. In der Ziehung am 13. Oktober lief dann alles bestens. Nur der Gewinner meldete sich nicht – bis heute. Zuerst fahndete die Lottogesellschaft mit Hilfe der Lokalpresse in Düsseldorf und Umgebung nach dem Gewinner. Im Dezember weitete Westlotto seine Suche aus. „Wir vermuten jetzt, dass es sich vielleicht um einen Messebesucher am Rhein handelte. Der könnte natürlich aus ganz Deutschland kommen“, sagte Lotto-Sprecher Weber gegen Ende des Jahres 2012. Ein letzter Appell in der vergangenen Woche brachte nichts. Die 2,1 Millionen Euro, die die Lottogesellschaft für diesen Gewinn reserviert, fließen jetzt laut Regularien wieder in den Lotto- und Toto-Topf zurück. Über eine Sonderauslosung geht die Summe dann an andere Gewinner.

Nichts kreucht, nichts fleucht: *Das Terminal des womöglich irgendwann einmal in Betrieb gehenden Berliner Flughafens am Montag nach leichtem Schneefall* Foto dpa

Unterwegs in einer Geisterlandschaft

Der Berliner Flughafen sieht aus wie ein Flughafen. Aber wo sind die Menschen? Und die Flugzeuge?

Von Lena Schipper

BERLIN, 14. Januar. Der Platz vor der Baracke ist schneebedeckt. Kalter Wind treibt dicke weiße Flocken vor sich her. Die drei Männer und zwei Frauen stampfen mit den Füßen auf der Stelle und reiben sich die Hände, während das Schild an der Drehtür hinter ihnen jede Hoffnung auf Wärme zunichte macht: „Die BBI airportworld ist geschlossen.“ Ein kleines Vordach schützt sie vor den Schneeflocken, die an der gelb-rot gewürfelten Fassade vorbei nach unten rieseln. Ein Mann in dicker Winterjacke kommt die Auffahrt heraufgestapft. „Sie sind für die Flughafentour hier?“ Nicken. Der Mann kramt aus seiner Tasche einen Plastikausweis hervor, der an einem langen roten Band baumelt, und hängt ihn sich um den Hals. „Eine der wenigen Gelegenheiten, wo man sich mit dem Ding noch sehen lassen kann.“

Der Mann heißt Manfred Mikoleit. Auf dem Plastikausweis steht neben seinem Namen und dem Passbild: „BER – Berliner Flughäfen“. Mikoleit ist am Willy-Brandt-Flughafen Fremdenführer der ersten Stunde: Mehr als 1300 Touren hat er seit dem ersten Spatenstich vor sechs Jahren über das Gelände geführt. Flughäfen beschäftigen ihn schon sein ganzes Leben. Der gebürtige Zeuthener begann als Ingenieur bei der DDR-Fluggesellschaft Interflug. Nach ein paar Jahren in der IT-Abteilung eines Versicherungskonzerns kam er zum Berliner Flughafen. „Steigen Sie schon mal in den Bus, sonst erfrieren Sie ja hier.“

Die Füße wärmen sich im Tourbus langsam wieder auf, und Mikoleit beginnt zu erzählen. Er sei immer der Meinung gewesen, der Flughafenausbau sei eine gute Idee: gut für Berlin, gut für die Region, gut für die Mitarbeiter der Flughäfen. Heute fühlt er angesichts der andauernden Debakel nur noch „Trauer, Ärger und Wut“.

Langsam setzt sich der Bus in Bewegung, vorbei an der vor sich hin modernden „airportworld“, dem ehemaligen Besucherzentrum des Flughafens. Das immerhin wurde im vergangenen Sommer rechtzeitig geschlossen – pünktlich zur geplanten Flughafeneröffnung. Rechts kommt der Taxistand des Flughafens Schönefeld ins Blickfeld, der nun länger als erwartet seinen Betrieb fortsetzen muss, links ein neues Hotel. „Seit zwei Jahren ist das fertig. Und ab und zu auch schon ganz gut besucht.“ Der Bus fährt auf die neue Autobahn, auf der die Autos merklich fehlen. Rechts noch ein paar rostige Baracken. Sobald der Flugbetrieb begonnen hat, sollen sie einer vierspurigen Straße weichen, die zum Fluggelände der Bundesregierung führt. Links bedeckt eine geschlossene Schneedecke ein riesiges Feld: „Das wird mal das größte Gewerbegebiet der Region.“ Gebaut wird allerdings erst, wenn die ersten Flugzeuge von hier gestartet sind. Noch fährt der Bus durch eine Geisterlandschaft: Auf dem glatten Asphalt glänzen die frischen Markierungen, an fertigen Bushaltestellen hängen noch die obsolet gewordenen Fahrpläne vom vergangenen Sommer, ab und zu weist ein einsames Schild den Weg Richtung „BBI“ – Berlin Brandenburg International, gedruckt, bevor jemandem auffiel, dass es in Indien schon lange einen Flughafen mit dieser Abkürzung gab. Außer dem Tourbus, der dem Schild „Abflüge“ gemächlich von der Autobahn auf die Schönefelder Allee folgt, keine Spur von Leben.

Durch die Frontscheibe kommt langsam das Terminalgebäude in Sicht. Der gewaltige Parkplatz vor der Tankstelle mit integrierter Burger-King-Filiale ist leer. Dahinter lenkt Mikoleit den Blick der Besucher auf eine weitere weiße Fläche: „der Taxispeicher“. Daneben ein Frachtzentrum, in dem noch niemand arbeitet. „Aber ihre Weihnachtsfeier haben sie schon da veranstaltet.“ Kurz vor dem Terminal biegt der Bus rechts ab und entlädt die Besucher vor einer Art freistehendem Treppenhaus. „Das ist der Infotower.“ Eigentlich sollte es diesen Turm mittlerweile genauso wenig geben wie das Dorf, das ursprünglich hier stand und nach dem Baubeginn in der Nähe von Königs Wusterhausen wieder aufgebaut wurde. Die Aussicht tut es trotzdem noch: Mit dem Erklimmen der letzten Treppenstufe wird der Blick auf das Gelände frei. Geradeaus starten in der Ferne Billigflieger vom Schönefelder Flughafen, im Hintergrund leuchtet der Fernsehturm, links schimmert die Glasfassade des neuen BER-Terminalgebäudes in der Sonne, die mittlerweile hinter den Schneewolken hervorgekommen ist. Die roten Lämpchen an den Passagierbrücken blinken schon, als könnte jeden Moment ein Flugzeug andocken. Auf der Wiese zwischen Landebahn und Terminal ragt ein Flugzeugrumpf in den Himmel, daran proben die Rettungsdienste den Ernstfall. Auf der anderen Seite des Rollfelds zeichnen die Technik-Hangars der Airlines graue Rechtecke in den Winterhimmel. „Die bringen ihre Flugzeuge schon von Tegel zur Wartung hierher“, sagt Mikoleit. Um dann wieder von Tegel zu starten? Ungläubiges Staunen. „Ganz genau.“ Darauf warten also auch die paar Flugzeuge, die gerade verloren vor dem Terminal einschneien. „Lassen Sie uns lieber losfahren, bevor wir noch alle anfangen zu heulen.“

Foto Lena Schipper

Manfred Mikoleit

Auf dem Vorplatz des Terminalgebäudes hält der Bus wieder an. Rechts ist noch Baustelle: Vor der spiegelnden Glasfassade liegen Stahlträger und Sichtbetonteile, unter der Aufschrift „Berlin Brandenburg International Willy Brandt“ steht ein Dixi-Klo. Links leuchtet den Businsassen eine helle Steinfassade entgegen. Dezenter Schriftzug: „Steigenberger“. „Das ist seit Monaten fertig. Die Betten haben sie erst mal wieder eingeschweißt“, sagt Mikoleit. Unter den beiden Gebäuden fahren leere S-Bahn-Züge hin und her: Der neue Bahnhof, der direkt unter dem Terminal liegt, muss in Betrieb gehalten werden.

Auf der Fahrt in Richtung Rollfeld passiert der Bus die Mitarbeiterkantine, zahllose fertige Bürogebäude, die leeren Parkplätze. Dann das Gebäude mit den Notstromaggregaten und ein hauseigenes Kraftwerk. „Die Leute beschweren sich ja immer, dass der Flughafen Tag und Nacht beleuchtet wird“, sagt Mikoleit. „Aber wir können den Strom, den wir erzeugen, nun mal nicht ins Netz einspeisen.“ Vor einer Feuerwache der nächste Halt. Die Belegschaft ist bereit, innerhalb von drei Minuten ein brennendes Flugzeug zu löschen. Bis der Flugbetrieb beginnt, wollen die leeren Bahntunnel und das verwaiste Terminalgebäude beobachtet werden. Mikoleit drängt zur Eile. „Wir sind spät dran, ich hab mich verquatscht.“

Der Rückweg führt vorbei an den wichtigsten Andockpositionen: Hier führt eine Brücke zu C03, dem „Hochrisikoflugsteig“, wo nur Flüge nach Israel und in die Vereinigten Staaten abgefertigt werden sollen, dort schlängelt sich eine Kette überdimensionierter weißer Lampions um die Passagierbrücke zum Gate B 15, der Position für den Airbus A 380. Der ist im zukünftigen Streckenplan noch nicht vorgesehen, aber man will vorbereitet sein. Passagierbrücken, Leitsysteme – alles betriebsbereit. „Kunst am Bau“, sagt Mikoleit zur Lampionkette. Zwischen den Abflugsteigen erhaschen die Besucher durch die Scheiben ab und zu einen Blick ins Innere des Terminals. Einer fragt nach den herunterhängenden Deckenteilen. „Tja, an den Stellen wurden die Kabel falsch verlegt.“

Auf der anderen Seite des Terminals sind ein paar einsame Flugzeuge geparkt. „Die braucht gerade keiner, und hier stören sie niemanden. Platz ist ja genug.“ Der Bus passiert noch ein paar nie genutzte Außenpositionen: „Hier kommen die Ergänzungsmodule hin, wenn der Flughafen zu klein wird.“ Im Hintergrund startet ein Flugzeug gen Westen. Links blinkt der Tower, der schon in Betrieb ist und im Augenblick noch den alten Flughafen Schönefeld betreut. Der Bus folgt der Linie, die sich schnurgerade über das leere Rollfeld zieht. Der Himmel hat sich zugezogen. Als der Bus die Passagiere vor dem alten Besucherzentrum zurück in die Kälte entlässt, schneit es wieder. Die Tafel vor dem Gebäude verlangt: „Werfen Sie einen Blick auf die Zukunft.“ Gerne. Aber wo ist sie?

Ich mache mir ’nen Schlitz ins Kleid!

Die Leinwandstars bei den Golden Globes in Beverly Hills übertreffen bei der Beinfreiheit selbst die SPD

Halle Berry *fügt in dezidiertem Schritt dem ornamentalen Gewand noch schmückendes Beinwerk hinzu.* Foto laif

Rosie Huntington-Whiteley *unterbricht das Schwarz der Robe an bewährter Stelle mit dem Weiß der Haut.* Foto laif

Eva Longoria *lässt offen, an welchen Stellen sie mit Transparenz zuerst den Durchbruch erzielen will.* Foto laif

Lea Michele *hat das Knie zwar leicht gebeugt, ist aber dennoch in Weiß und Braun frisch auf dem Siegeszug.* Foto NBC

Einbrecher graben 30-Meter-Tunnel zum Tresorraum

mk. BERLIN, 14. Januar. Durch einen 30 Meter langen Tunnel sind unbekannte Täter in Berlin-Steglitz in eine Bank eingestiegen und haben dort zahlreiche Schließfächer ausgeräumt. Die Täter hatten den Gang wohl selbst gegraben, wie die Polizei am Montag mitteilte. Der Tunnel beginne mit einem Durchbruch in einer Tiefgarage hinter der Bank, sagte eine Sprecherin: „Das war professionell aufgebaut.“ In der Tiefgarage gebe es einzelne Stellplätze, die mit Rolltoren abgetrennt und deshalb nicht von außen einsehbar seien. Von dort aus konnten die Täter anscheinend unbehelligt graben und bauen. Der Einbruch wurde offenkundig, weil die Täter offenbar Feuer gelegt hatten, um Spuren zu verwischen. Anwohner hatten um kurz nach sechs Uhr morgens Rauch entdeckt und gemeldet. Die Polizei ist sich sicher, dass ein solcher Tunnel nicht in einer Nacht zu graben ist. Vermutlich sei die Tat von langer Hand geplant gewesen. Der Bau könne Tage oder Wochen gedauert haben. In der Nacht zum Montag gelang den Einbrechern dann offenbar der Durchbruch in den Raum der Bank. Es war noch nicht bekannt, wie groß die Beute ist. 1995 hatten Bankräuber in Berlin-Zehlendorf einen Tunnel in eine Bank gegraben und dort Geiseln genommen. Kurz bevor die Polizei das Gebäude stürmte, flohen die Täter durch die Röhre.

Kurze Meldungen

Angela Merkel bleibt der Nachwelt erhalten. Die umfangreiche SMS-Korrespondenz der Bundeskanzlerin wird in Akten festgehalten, „sobald daraus ein Verwaltungsvorgang wird“ oder der Inhalt „für einen Verwaltungsvorgang wichtig ist“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Diese Vorgaben der im Jahr 2001 um neue Formen der Kommunikation modernisierte Registraturrichtlinie im Kanzleramt gälten, „egal ob die Bundeskanzlerin telefoniert, persönlich mit jemandem spricht oder eine SMS versendet“. Eine Archivierungspflicht gelte nur für verwaltungsrelevante Vorgänge, nicht für Persönliches. Die Pflicht gelte auch nicht für seine eigenen Aktivitäten im Kurznachrichtendienst Twitter, sagte Seibert. Bei Twitter gelte ohnehin: „Einmal raus – für immer findbar.“ (F.A.Z.)

Herzogin Kate erwartet ihr erstes Kind für Juli. Das teilte der Palast am Montag mit. Der Herzogin gehe es viel besser als Anfang Dezember. Da war ihre Schwangerschaft bekannt geworden, weil sie wegen schwerer Übelkeit ins Krankenhaus musste. Ihr Gesundheitszustand verbessere sich stetig. (dpa)

Jodie Foster hat sich bei der Verleihung der Golden Globes zu ihrer Homosexualität bekannt. „Ich werde aber auf die große Coming-out-Rede verzichten, da ich mich schon vor etwa 1000 Jahren in der Steinzeit gegenüber Freunden, Familie und Kollegen geöffnet habe – wie es damals so üblich war für ein zerbrechliches Mädchen“, sagte die Schauspielerin auf der Bühne des Hotels Beverly Hilton in Beverly Hills. Foster, die in der Nacht zum Montag mit dem Cecil B. DeMille-Preis für ihr Lebenswerk geehrt wurde, dankte ihrer früheren Lebensgefährtin Cydney Bernard. Obwohl sich die zweifache Oscar-Preisträgerin („Das Schweigen der Lämmer“) nach 15 gemeinsamen Jahren im Mai 2008 von Bernard trennte, lobte sie die Filmproduzentin als Seelenverwandte und beste Freundin. Die beiden Söhne des früheren Paares, der 14 Jahre alte Charlie und der elf Jahre alte Kit, übernahmen bei den Golden Globes die Rolle der Tischherren ihrer Mutter. Als Schauspielerin, Regisseurin und Produzentin zählt die 50 Jahre alte Jodie Foster zu den einflussreichsten Frauen Hollywoods. (ceh.)

Barbara Schöneberger ist zum zweiten Mal Mutter geworden. Am Freitag habe die 38 Jahre alte Fernsehmoderatorin in einem Berliner Krankenhaus ein Mädchen zur Welt gebracht, teilte ihre Agentur in Köln mit. Mutter und Tochter seien wohlauf. Der Name der Tochter ist noch nicht bekannt. Schönebergers Sohn kam 2010 zur Welt. Die Moderatorin hatte sich kurz vor Weihnachten bei der „NDR Talk Show“ in die Babypause verabschiedet. Sie will bis zum April pausieren. (dpa)

Jennifer Lawrence ist mit ihrer Dankesrede bei den Golden Globes angeeckt. Nach dem überschwänglichen „Ich habe Meryl geschlagen!“ als Anspielung auf die ebenfalls nominierte Meryl Streep braute sich über der 22 Jahre alten Siegerin der Kategorie „Beste Komödien-Darstellerin“ in der Nacht zu Montag ein Twitter-Sturm zusammen. „Niemand sollte sich mit einer Legende wie Meryl Streep anlegen“, wetterte Starlet Lindsay Lohan. Der Fauxpas entpuppte sich jedoch als ein Zitat der Schauspielerin Bette Midler aus der 16 Jahre alten Komödie „Der Club der Teufelinnen“. Lawrence („Die Tribute von Panem“), die für ihre Rolle in der Tragikomödie „Silver Linings“ ausgezeichnet wurde, gilt auch als aussichtsreiche Kandidatin für einen Oscar. (ceh.)

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Alles nach Plan

Man muss eben nur die Profis ranlassen. Bei der politischen Bewältigung des Flughafendesasters vor den Toren Berlins jedenfalls ging bisher alles genau nach Plan. Wowereit saß den Misstrauensantrag im Abgeordnetenhaus so seelenruhig aus, dass ihm dazu sogar noch die Fraktionsvorsitzende der Grünen gratulierte, die ihn hatte stürzen wollen. Und auch Platzeck konnte sich auf seine Truppen im Potsdamer Landtag verlassen. Bei solchen sicheren Mehrheiten muss sich kein Regierungschef in die Büsche schlagen, da kann er die volle Verantwortung für alles übernehmen und in seinem Amt bleiben. Was das Volk davon hält, spielt erst bei den nächsten Wahlen eine Rolle, denen Platzeck sich früher stellen muss als Wowereit, falls dieser oder die Berliner SPD nicht vorher noch einen Grund dafür findet, dass man die allervollste Verantwortung für einen solchen Skandal eigentlich nur im Ruhestand übernehmen kann. Aber auch Platzeck hat offenbar genug von der Dauerbaustelle. Er setzt seine politische Zukunft jetzt auf eine Karte: dass es ihm gelingt, den Karren aus dem märkischen Sand zu ziehen. bko.

Unter Beschuss

Als Präsident Obama seinen Kandidaten für das Amt des Verteidigungsministers vorstellte, lobte er dessen „Unabhängigkeit". Unabhängig – das ist der frühere Senator Chuck Hagel gewiss. Er hat diese Unabhängigkeit vor allem im eigenen Lager, dem der Republikaner, bis zu einer gewohnheitsmäßigen Eigenbrötlerei getrieben. Auf loyale Vorfreude trifft er nicht. Vor den Anhörungen im Verteidigungsausschuss des Senats wird Hagel schon von Republikanern und Demokraten mit früheren Einlassungen zum Irak, zu Iran und Israel konfrontiert. Der hochdekorierte Vietnam-Veteran wird die Vorwürfe zu entkräften suchen, am Ende dürfte ihn der Senat bestätigen. Aber Zweifel, ob er der richtige Mann an der Spitze des Pentagons ist, dessen Budget schrumpfen und das dennoch ein wichtiges weltpolitisches Instrument des Präsidenten bleiben wird, werden fortbestehen. Obama wird Hagel ausgewählt haben, weil der seine Skepsis gegenüber Militärinterventionen teilt. Aber einen Bonus bei der Opposition, also bei den „eigenen" Leuten, hat Hagel nicht. Alles in allem eine Wahl, die nicht unmittelbar einleuchtet. K.F.

Am Tropf

Von den vielen Einschränkungen elementarer Grundrechte auf Kuba war das restriktive Ausreiseregime besonders verhasst. Doch nicht nur deswegen wirken die Abschaffung der Ausreisebewilligung und das (eingeschränkte) Recht auf einen Reisepass wie eine Befreiung. Denn die neue Freizügigkeit ist auch ein Ventil, aus dem in Gestalt Hunderttausender Auswanderer ein Teil des Drucks entweichen kann, der auf Staats- und Parteichef Castro lastet. Denn der kubanische Arbeitsmarkt vermag längst nicht all jene potentiell erwerbstätigen Leute aufzunehmen, die von Behörden und Staatsbetrieben auf die Straße gesetzt werden. Diesen gilt das neue Reglement als Aufforderung, sich andernorts eine Bleibe zu suchen und die Verwandten in der Heimat mit Geld über Wasser zu halten – zumal Kuba auf diese „remesas" heute vermehrt angewiesen sein dürfte. Sowenig man weiß, wie lange noch Venezuelas Präsident Chávez in einem kubanischen Krankenhaus am (sedierenden) Tropf hängen muss, so wenig sollte man darauf wetten, wie lange Kuba noch am (finanziellen) Tropf Venezuelas hängen kann. D.D.

Kommunale Anfechtungen

Die Etatlage vieler Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bleibt prekär / Von Reiner Burger

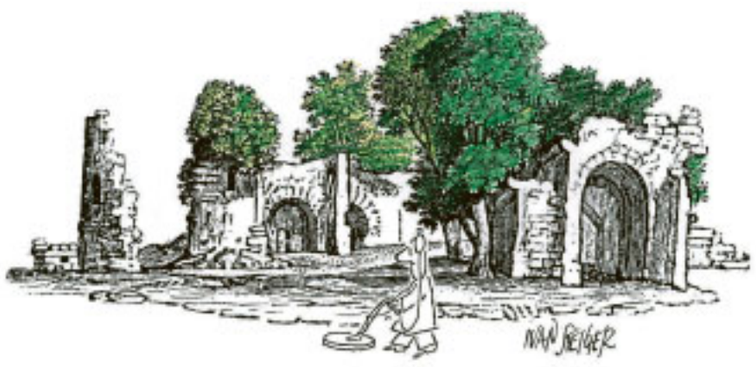
DÜSSELDORF, 14. Januar

In den vergangenen Monaten war immer wieder davon die Rede, die Haushaltslage der Kommunen entspanne sich. Zum Jahreswechsel hieß es gar, betrachte man alle Kommunen zusammen, hätten sie 2012 mit einer „schwarzen Null" abgeschlossen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund wies freilich darauf hin, dass dies teuer erkauft sei – durch unterlassene Investitionen in Straßen oder Schulen. Denn die Ausgaben für Sozialleistungen stiegen trotz rückläufiger Arbeitslosigkeit weiter. Hinzu kommt: Der Haushaltsausgleich ist rein statistischer Natur. Es besteht eine tiefe Kluft zwischen reichen Städten wie München, Stuttgart oder Hamburg und gebeutelten Kommunen.

Zwar gibt es auch in Nordrhein-Westfalen wohlhabende Kommunen wie etwa das schuldenfreie Düsseldorf, doch die Lage vieler der 396 Städte und Gemeinden zwischen Rhein und Weser bleibt prekär. Eine Umfrage des Städtetags Nordrhein-Westfalen unter seinen 39 Mitgliedstädten mit knapp neun Millionen Einwohnern ergab, dass kaum eine der Kommunen einen „echten" Haushaltsausgleich (ohne Rückgriff auf Rücklagen) erreicht hat. Und während im Jahr 2011 das Gewerbesteueraufkommen in den übrigen westdeutschen Flächenländern um 14,3 Prozent zunahm, legte es in Nordrhein-Westfalen nur um 7,6 Prozent zu. Zugleich müssen die oft besonders vom Strukturwandel betroffenen Kommunen an Rhein und Ruhr mittlerweile 27,6 Prozent ihrer Budgets für Sozialausgaben aufwenden und damit deutlich mehr als die Städte und Gemeinden der anderen westdeutschen Flächenländer (23,5 Prozent). Ein untrüglicher Krisenindikator sind auch die sogenannten Kassenkredite – die (wie der Dispokredit dem Privatkunden) den Kommunen eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Zahlungsengpässe dienen sollen. Gerade in Nordrhein-Westfalen sind die teuren Kredite aber längst zu einer gefährlichen festen Größe geworden: Die Rekordsumme von 24 Milliarden Euro ist überschritten. Damit entfallen mehr als 50 Prozent der von westdeutschen Kommunen aufgenommenen Kassenkredite auf Nordrhein-Westfalen. „Zahlreiche finanzschwache Städte stecken in einer Abwärtsspirale. Statt Geld für dringend notwendige Investitionen ausgeben zu können, reichen ihre knappen Finanzmittel kaum für die stetig steigenden Sozialausgaben", sagt Stephan Articus, Geschäftsführer sowohl des deutschen als auch des nordrhein-westfälischen Städtetags.

In Großstädten insbesondere im Ruhrgebiet kommt es zu einer Problemballung. Hohen Sozialausgaben stehen geringe Einnahmen gegenüber. Leistungen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, müssen immer weiter eingeschränkt werden. „Weil zukunftsorientierte freiwillige Leistungen zu wenig finanziert werden können – wie Integrationsmaßnahmen für Jugendliche, gut ausgestattete Kitas oder ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen –, können auch langfristig die verpflichtend zu erbringenden Sozialausgaben in den betroffenen Städten kaum sinken", heißt es in einer Analyse des Städtetags für diese Zeitung. „Es wird ein Teufelskreis in Gang gesetzt: Eine geringere Attraktivität der jeweiligen Stadt für die Bürger und Unternehmen führt zu schlechteren Chancen dieser Städte im Standortwettbewerb und gleichzeitig zu höheren Sozialleistungen in der Zukunft. Hieraus resultieren nochmals geringere Steuereinnahmen und höhere Sozialausgaben." Zu den Hoffnungszeichen für Kommunen gehört der Stärkungspakt Stadtfinanzen, den die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) ins Werk gesetzt hat. In einer ersten Stufe bekommen 34 Städte und Gemeinden Unterstützung, die schon überschuldet sind oder kurz vor der Überschuldung stehen. Für Kommunen wie Wuppertal oder Duisburg ist die Teilnahme verpflichtend. An der zweiten Stufe nehmen seit Mai 27 Kommunen teil, die bis 2016 mit einer Überschuldung rechnen. Die insgesamt 61 Stärkungspakt-Kommunen haben sich dazu verpflichtet, ihre Etats binnen zehn Jahren zu sanieren. „Die Aussicht, das jährliche Haushaltsloch eines Tages doch noch schließen zu können, hat in den vergangenen Monaten viele positive Kräfte in den Stärkungspakt-Kommunen freigesetzt", sagt der Mönchengladbacher Oberbürgermeister Norbert Bude (SPD), der auch Vorsitzender des Städtetags NRW ist. Bestehen bleibt aber das Grundproblem des Pakts: Die bereitgestellten Mittel reichen nicht aus, um allen tatsächlich bedürftigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine Konsolidierungsperspektive zu geben. Hinzu kommt nun auch noch eine peinliche Panne. Bei Nachberechnungen stellte sich heraus, dass zwischen den Stärkungspakt-Kommunen umgeschichtet werden muss. Insgesamt 24 Städte sollen Geld abgeben. Besonders betroffen sind Essen (minus 18 Millionen Euro), Wuppertal (minus elf Millionen Euro) oder Mönchengladbach, das mit sechs Millionen Euro weniger auskommen soll. „Das können wir nicht mehr einsparen", sagt Bude. Doch die Regierung Kraft, die mit Blick auf die Schuldenbremse selbst unter wachsendem Konsolidierungsdruck steht, lehnt es ab, den Stärkungspakt aufzustocken.

Erleichterungen für alle Kommunen in Deutschland zeichnen sich dagegen beim Thema Grundsicherung im Alter ab. Im Herbst beschlossen Bundestag und Bundesrat, dass der Bund von 2014 an die Kosten für diese Leistung vollständig übernehmen wird. Städtetags-Geschäftsführer Articus mahnt allerdings, der Bund müsse den Kommunen nun noch weitere Entlastungen wie etwa bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zugestehen. „Die Länder wiederum dürfen dem Konnexitätsprinzip ‚Wer bestellt, bezahlt' nicht ausweichen, sondern müssen zum Beispiel die zusätzlichen Kosten der Kommunen für die Inklusion, also den gemeinsamen Schulunterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen, übernehmen." Noch während der Kita-Ausbau läuft und viele Kommunen darum ringen, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz von August an erfüllen zu können, ist die „inklusive Schule" das nächste sozialpolitische Megathema für Nordrhein-Westfalen – zu dem es allerdings noch nicht einmal eine nachprüfbare Kostenfolgenabschätzung gibt. Der Städtetag wirft der rot-grünen Landesregierung vor, es bewusst zu unterlassen, „Vorgaben und Standards" für die Umsetzung der schulischen Inklusion zu formulieren, um nicht für die Kosten etwa des behindertengerechten Schulumbaus in die Pflicht genommen werden zu können. Wegen des Finanzstreits hat Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) kurz vor Weihnachten das Thema Inklusion einstweilen vertagt. Frühestens zum Schuljahr 2014/2015 soll nun der inklusive Unterricht eingeführt werden.



Im Windschatten Griechenlands

In Mazedonien bekämpfen Regierung und Opposition einander auf unwürdige Weise / Von Michael Martens

ISTANBUL, 14. Januar

Was auch immer Griechenlands Politiker seit etwa drei Jahren sagen oder tun (beziehungsweise verschweigen oder unterlassen), sie stehen unter scharfer internationaler Beobachtung. Skandale oder Affären, die noch vor wenigen Jahren vom Ausland nicht oder allenfalls am Rande zur Kenntnis genommen worden wären, erwecken nunmehr regelmäßig große Aufmerksamkeit. Selten dürfte ein Land genauer von der Weltpresse und ausländischen Regierungen geröntgt worden sein als Griechenland seit Ende 2009.

Das ist schlecht für die Athener Elite, aber gut für die herrschenden Cliquen in Griechenlands balkanischen Nachbarstaaten. Sie können nahezu unbeobachtet schalten und walten, denn für ihre Ränke haben ausländische Medien kaum Platz und Zeit. Besonders deutlich zeigt das nun ein Fall aus Griechenlands nördlichem Nachbarstaat Mazedonien.

Dort hat sich, nahezu unbeachtet, Skandalöses ereignet. In Mazedonien, EU-Beitrittskandidat seit Dezember 2005, ließ die Regierung akkreditierte Berichterstatter sowie oppositionelle Abgeordnete mit Gewalt aus dem Parlament entfernen, um in Ruhe den Haushalt 2013 verabschieden zu können. Der Vorfall war der Tiefpunkt einer Entwicklung, die Zweifel an der demokratischen Gesinnung des mazedonischen Ministerpräsidenten Nikola Gruevski und seiner konservativen Regierungspartei VMRO bestätigen. Allerdings ist auch der oppositionelle Sozialdemokratische Bund Mazedoniens, (SDSM), hervorgegangen aus der kommunistischen Partei und bis heute zum Teil von alten Seilschaften zur Verteilung von Macht und Posten geprägt, bisher nicht durch ein ausgeprägtes Demokratieverständnis aufgefallen. Der autokratischen Herrschaft Gruevskis und seiner Kompagnons setzt der SDSM eine Politik von Drohungen, Blockaden und Boykotts entgegen.

Die aus einer ehemaligen albanischen Freischärlertruppe im mazedonischen Beinahe-Bürgerkrieg von 2001 hervorgegangene „Demokratische Union für Integration" hält es ähnlich. Zwar ist es bedauerlich, dass Griechenland durch sein Veto im „Namensstreit" seit Jahren den Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien verhindert, denn diese Gespräche sind ein Modernisierungsinstrument, auf das Skopje dringend angewiesen ist. Das bananenrepublikanische Gebaren der maßgeblichen mazedonischen Parteien lässt inzwischen allerdings Zweifel daran aufkommen, ob Mazedonien für einen EU-Beitritt geeignet ist. Derzeit gibt die mazedonische Demokratie jedenfalls ein kümmerliches Bild ab. Der SDSM erkennt die Regierung nicht als rechtmäßig an, boykottiert das Parlament und will auch an den bevorstehenden Kommunalwahlen nicht teilnehmen.

> Mazedonien hat niemanden, der es rettet, wenn das Defizit des Staatshaushalts aus dem Ruder läuft.

Dabei hat die Opposition, zumindest laut Darstellung der Regierung, ihre Isolation selbst verschuldet. Am 24. Dezember 2012 habe die Regierungsmehrheit nämlich vollkommen legal beschlossen, den Haushalt für 2013 mit einer Dringlichkeitsprozedur durch das Parlament zu bringen. Frühere SDSM-Regierungen in Skopje hatten das ebenfalls getan, auch wenn es sich eigentlich um eine nur für Notfälle vorgesehene Maßnahme handelt. Als diese Entscheidung verkündet wurde, gingen die Oppositionsabgeordneten jedoch auf den Parlamentspräsidenten los, es kam zu Tumulten. So weit eine Darstellung der Regierung. Die Opposition bestätigt den Hergang im Wesentlichen, allerdings unter dem Hinweis, dass die Regierung ein kleines Detail nicht erwähnt habe: Die Oppositionsabgeordneten seien schon vor dem Tumult nicht zur Abstimmung zugelassen worden.

Sicher und auch auf „Youtube" zu bestaunen ist, dass die Regierung den Plenarsaal durch das Sicherheitspersonal räumen ließ. Erst wurden die akkreditierten Parlamentsberichterstatter mazedonischer Medien an die frische Luft befördert, danach Oppositionsabgeordnete. Derart von störenden Einflüssen befreit, gelang es der Regierung nun in wenigen Minuten, ihren Haushalt durch das fast halbleere Parlament zu bringen.

Doch auch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Zuvor hatten der SDSM und weitere Oppositionsparteien versucht, die Etatdebatte durch etwa 1200 Änderungsanträge zum Erliegen zu bringen. Es ging nicht um Opposition, sondern um Obstruktion. Dabei war die oppositionelle Kritik am Haushaltsentwurf für 2013 im Kern durchaus gerechtfertigt. Die Opposition wandte sich gegen Pläne der Regierung, ein neuerliches, bis zu 300 Millionen Euro tiefes Haushaltsloch im Budget des etwa zwei Millionen Einwohner zählenden Staates durch kurzfristig aufgenommene Kredite zu decken. Der Staat solle nicht leihen, sondern sparen, so die Opposition. SDSM-Politiker warnten vor einem „griechischen Szenario" für Mazedonien.

Auf dem Weg dahin hat Skopje zwar noch einige Jahrzehnte der Misswirtschaft vor sich, doch Anlass zur Sorge gibt es tatsächlich. Im Mittelpunkt dieser Sorgen steht „Skopje 2014", ein gewaltiges Städtebauprojekt, mit dem sich Gruevski ein Denkmal setzen will. In Skopje ist eine der größten Baustellen Europas entstanden. Bis zu 30 Meter hohe Triumphbögen und Reiterstandbilder werden gebaut, Springbrunnen und antikisierende Statuen errichtet. Regierungsgebäude aus den sechziger Jahren werden mit klassizistischen Säulenfronten versehen und in Ruhmeshallen des mazedonischen Volkes umgewandelt. Kritiker sprechen von einem antiken Disneyland. Anhänger sagen, Gruevski gebe den von allen Nachbarn bedrohten Mazedoniern ihr Selbstbewusstsein zurück. Fest steht, dass die Kosten für „Skopje 2014" enorm hoch sind - wie hoch genau, ist der Öffentlichkeit unbekannt, weil die Regierung mit den Zahlen nicht herausrückt. Außer für Denkmäler und dorisch-korinthisch-ionische Phantasiefassaden gibt das Kabinett Gruevski auch viel Geld für Werbung aus. In vielen mazedonischen Massenmedien ist die Regierung der größte Inserent. So kauft sie sich gefügige Berichterstattung. Das hat sie vom SDSM gelernt, der es ähnlich trieb, als er Zugriff auf die Tröge hatte. Die Folge davon ist, dass der Gesamtschuldenstand des Landes deutlich steigt, wenngleich das Haushaltsdefizit im Vergleich zu Griechenland immer noch moderat ausfällt und 2013 bei weniger als vier Prozent liegen soll. Nur: Mazedonien ist nicht Mitglied der Eurozone, hat also niemanden, der es retten kann, sollte den Geldgebern doch unheimlich werden.

Oppositionsführer Crvenkovski droht mit einem Wahlboykott und begründet das damit, dass Gruevski versuchen werde, die Ergebnisse zu fälschen. Doch die unabhängige, paritätisch besetzte staatliche Wahlkommission wird von einem Vertrauten Crvenkovskis geleitet. Die Misere Mazedoniens sind nicht die Wahltage, sondern die 1460 Tage dazwischen. Ganz gleich, wer regiert.

Jean-Yves LE DRIAN Foto Reuters

Guter Soldat

Wenn es nach Nicolas Sarkozy gegangen wäre, hätte Jean-Yves Le Drian schon 2007 die Verantwortung für das französische Verteidigungsministerium übernommen. Doch der Bretone ließ sich nicht verlocken und blieb seiner Partei und deren damaligem Vorsitzenden François Hollande treu. Es war deshalb keine Überraschung, dass nach dem Machtwechsel die Wahl Hollandes auf Le Drian als Verteidigungsminister fiel. Die beiden Männer kennen und schätzen einander seit mehr als 30 Jahren. Schon Wochen vor dem Wahlsieg hatte sich Le Drian in die wichtigsten Themen eingearbeitet und war diskret in die befreundeten Hauptstädte gereist, um Kontakte zu den Bündnispartnern zu knüpfen. Eine unauffällige Vorbereitungsphase ging auch dem Mali-Kampfeinsatz voran, bei dem Le Drian jetzt täglich an der Medienfront erscheint. Den 65 Jahre alten Mann aus der bretonischen Marinestadt Lorient prägt die Überzeugung, dass Frankreichs Mission in Mali unabdingbar geworden und die logische Folge der Versäumnisse des Libyen-Feldzugs sei. Den Zerfall des malischen Staates und das Erstarken islamistischer Gruppen führt er auf die unzureichende Sicherung der libyschen Waffenarsenale nach dem Sturz Gaddafis sowie auf die Rückkehr der Tuareg-Söldner nach Mali zurück.

Le Drian ist dabei kein Mann der Polemik, der sich an Pannen seiner Vorgänger aufhält, auch wenn er mit deren Konsequenzen konfrontiert wird. So muss er zum Beispiel für die verpatzte Einführung der Software Louvois geradestehen, die dazu führte, dass zehntausende französische Soldaten nicht ihren Sold erhielten. Das Debakel führte zu heftigen Protesten innerhalb der Armee, die eigentlich als „die Große Schweigsame" bekannt ist.

Ähnlich wie Jacques Delors kam Jean-Yves Le Drian über die christliche Arbeiterjugend in die Sozialistische Partei. Der Arbeitersohn leistete seinen Militärdienst in der von Napoleon begründeten Versorgungseinheit „TRAIN" in Saint-Lô und interessierte sich auch während seines Geschichtsstudiums insbesondere für Verteidigungsfragen. 1978 errang er erstmals ein Abgeordnetenmandat und wurde 1981 zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Lorient gewählt. Er schloss sich dem Kreis der Delors-Anhänger an und freundete sich mit Hollande, Ségolène Royal und dem jetzigen Arbeitsminister Michel Sapin an. Kurze Zeit zog er als Staatsminister für Meeresangelegenheiten in die Regierung Edith Cressons ein. Bis 1998 sollte er seiner von der Militär- und Werfttradition geprägten Heimatstadt vorstehen. 2004 eroberte er die Region Bretagne für die Linke, die er bis zum Wahlsieg leitete. Die „Maison de Bretagne" unweit der Gare Montparnasse war lange sein Hauptquartier in Paris. Mit seiner unaufgeregten Art hat sich Le Drian dabei Respekt weit über die Sozialistische Partei hinaus verschafft. Es drängt ihn, anders als Innenminister Manuel Valls oder Industrieminister Arnaud Montebourg, nicht ins Scheinwerferlicht. Der in zweiter Ehe mit einer Regionalpolitikerin verheiratete Minister ist vielmehr stolz darauf, sich als „guter Soldat" Hollandes zu profilieren. MICHAELA WIEGEL

Deutsche Bank
db-X funds

DB Energy & Metals Fonds –
ein möglicher Baustein für das Portfolio

Die Zeichen der Zeit sprechen für ein mögliches Wachstum beim Bedarf von Rohstoffen. Dieser steigende Bedarf nach natürlichen Ressourcen könnte Rohstoffwerte, wie Industriemetalle und Energierohstoffe, in besonderem Maße beeinflussen. Anlagen in diese Rohstoffe könnten daher attraktive Ertragschancen bieten. Mit dem DB Energy & Metals Fonds[1] haben die Rohstoffexperten der Deutschen Bank ein Investment zusammengestellt, in dem die Wertentwicklung von neun ausgewählten Rohstoffen abgebildet wird.

Der DB Energy & Metals Fonds:
— Transparente Fondszusammensetzung
— Partizipation an neun Rohstoffen, die bei einem Wirtschaftswachstum positives Potenzial aufweisen

Der Fonds richtet sich an sachkundige Anleger mit Erfahrungen mit Rohstoffprodukten, die in der Lage sind, die Strategie und die Risiken beurteilen zu können. Der Fonds verfügt über keinen Kapitalschutz, und ein Investment ist dem Risiko eines Wertverlusts ausgesetzt. Der Wert des Investments kann sowohl fallen als auch steigen.

DB Energy & Metals Fonds
WKN A1J26L
zu zeichnen bis zum 28. Januar 2013

db-X funds – Fonds made by Deutsche Bank

Erfahren Sie mehr unter:
Internet: www.dbxfunds.com
E-Mail: dbx.funds@db.com
Tel: +49 (69) 910 388 07

[1] Dies ist ein Teilfonds von DB Platinum IV. © Deutsche Bank AG 2013, Stand: 2. Januar 2013. Bei der vorliegenden Anzeige handelt es sich um eine reine Werbemitteilung. Die in dieser Anzeige enthaltenen Angaben stellen keine Anlageberatung dar, sondern geben lediglich eine Zusammenfassung wesentlicher Merkmale des Teilfonds wieder. Die vollständigen Angaben sind dem vollständigen Prospekt, dem jeweiligen letzten geprüften Jahresbericht und dem jeweiligen letzten Halbjahresbericht, zu entnehmen. Der vollständige Prospekt stellt die allein verbindliche Grundlage des Kaufs der Teilfonds dar. Prospekt, wesentliche Anlegerinformationen, Satzung sowie der Jahres- und Halbjahresbericht können kostenlos bei der Deutsche Bank AG, TSS/Global Equity Services, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main (Deutschland) oder unter www.dbxfunds.com bezogen werden. Der eingetragene Geschäftssitz von DB Platinum IV, einer in Luxemburg registrierten Gesellschaft, befindet sich in 69, route d'Esch, L-1470 Luxemburg (RCS Nr.: B-85.828). Die in der Anzeige genannten Teilfonds dürfen weder innerhalb der USA noch an oder für Rechnung von US-Personen oder in den USA ansässige Personen zum Kauf angeboten oder an diese verkauft werden. Wertentwicklungen der Vergangenheit sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Unternehmer kritisieren Videoregeln

cbu. FRANKFURT, 14. Januar. Die Pläne der Bundesregierung zur Neuregelung des Beschäftigungsdatenschutzes mit den umstrittenen Regeln zur Videoüberwachung stoßen weiterhin auf heftige Kritik, inzwischen auch von Arbeitgeberseite. „Lieber kein Gesetz als dieses“, sagte der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt dieser Zeitung. Er äußerte sich damit ähnlich drastisch wie die Gewerkschaften. Die Änderungsvorschläge schafften erhebliche Rechtsunsicherheit, heißt es in einem Positionspapier der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), das dieser Zeitung vorliegt. Besonders kritisch sei, dass der Abschluss von Betriebsvereinbarungen eingeschränkt werde. Dies könnte dazu führen, dass Unternehmen künftig die Nutzung von Internet und E-Mail für private Zwecke verböten, weil die Einzelheiten nicht durch Betriebsvereinbarungen geregelt werden könnten. Die Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände appellierte an den Gesetzgeber, lieber die verdeckte Videoüberwachung in Ausnahmefällen zuzulassen, als eine flächendeckende offene Videoüberwachung zu erlauben. Diese wäre für viele Einzelhändler viel zu teuer und für Arbeitnehmer unzumutbar. „Für den Handel muss zum Schutz des Eigentums vor Diebstählen im konkreten Verdachtsmoment die verdeckte Videoüberwachung zulässig sein“, forderten die Unternehmer. Wie diese Zeitung am Samstag berichtet hatte, will die schwarz-gelbe Koalition noch im Januar eine umstrittene Neuregelung des Beschäftigungsdatenschutzes verabschieden, die für diese Legislaturperiode schon als erledigt galt. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, kritisierte: „Wenn man sich in der Koalition eineinhalb Jahre nicht einigen konnte, gibt es auch keinen Grund, jetzt ein Hauruck-Verfahren durchzuziehen.“

Heute

Ein Reich voller Gold
Mali ist eines der ärmsten Länder der Erde. Der Boden ist karg und trocken. Die Schätze aber, die tief darin verborgen liegen, sind unglaublich groß. **Seite 10**

Grabenkampf ums Wachstum
Zwei Jahre hat die Enquetekommission im Bundestag über Wachstum debattiert. Einig wurde man sich nicht. Allzu groß sind die ideologischen Unterschiede. **Seite 11**

Unternehmen

TNT-Übernahme abgeblasen
Für mehrere Milliarden Euro wollte UPS den Expressversender kaufen. Wegen Bedenken der EU-Kommission rechnet der Konzern selbst nicht mehr mit einem Erfolg. **Seite 16**

Der Trend geht zum Klappen
Auf der Kölner Möbelmesse hoffen die deutschen Hersteller, dass das Möbeljahr 2013 doch besser ausfällt als prophezeit. Sie zählen auf die Flucht in die Sachwerte. **Seite 15**

Der Igel von der Börse
Reto Francioni zieht sich gerne zurück, ist aber oft vor anderen am Ziel. So erfüllt die Deutsche Börse schon viele Vorgaben des Gesetzes zum Hochfrequenzhandel. **Seiten 14 und 17**

Swatch kauft Edelmarke
Mit günstigen Modeuhren wurde das Schweizer Unternehmen berühmt. Jetzt kauft der Konzern den amerikanischen Luxusanbieter Harry Winston. **Seite 13**

Bietgefecht um Billabong
Zu niedrigeren Kursen als vor Monaten wird der Hersteller von Surfmode wieder für Investoren interessant. Nun liegen gleich zwei Kaufofferten vor. **Seite 13**

Glänzende Zeiten: *Volkswagen hat 2012 so viele Autos verkauft wie noch nie.* Foto dpa

Volkswagen verkauft erstmals mehr als 9 Millionen Autos im Jahr

Deutsche Hersteller werben mit Kampagne in Amerika für Dieselfahrzeuge

cru. DETROIT, 14. Januar. Der Volkswagen-Konzern hat im vergangenen Jahr trotz der flauen Konjunktur auf der ganzen Welt so viele Wagen verkauft wie nie zuvor. Erstmals hat Europas größter Autohersteller die Absatzmarke von 9 Millionen überschritten und ist damit zugleich drittgrößter Hersteller der Welt hinter den Konkurrenten Toyota und General Motors geworden. Vorstandschef Martin Winterkorn zeigte sich kurz vor Beginn der Detroiter Automesse mit dem Erreichten zufrieden, warnte aber abermals vor einem schwierigen Jahr 2013 mit härterem Wettbewerb.

Aber auch über alle Anbieter hinweg hat die deutsche Autoindustrie auf dem wachsenden amerikanischen Markt im vergangenen Jahr mehr Neuwagen verkauft und ihren Marktanteil ausgebaut: Der Absatz von Volkswagen, Daimler und BMW kletterte fast ein Viertel auf 1,3 Millionen Einheiten. Das entspricht einem gemeinsamen Marktanteil von fast 9 Prozent. Die Deutschen sind damit etwa doppelt so schnell gewachsen wie der Gesamtmarkt und haben den amerikanischen Konkurrenten General Motors und Ford einen Teil ihrer Kunden abgenommen.

„Das Autojahr 2012 ist damit für unsere Hersteller das bislang erfolgreichste überhaupt auf dem amerikanischen Markt“, sagte Verbandspräsident Matthias Wissmann am Montagmorgen zum Auftakt der Messe in Detroit. Auch 2013 würden die deutschen Hersteller in Amerika schneller wachsen als der Markt. Vor allem die Hersteller Audi, BMW, Mercedes und Porsche dominieren den amerikanischen Premiummarkt und haben von dem Comeback des amerikanischen Marktes nach der Krise überproportional profitiert. Seit dem Einbruch im Jahr 2009 mit nur noch rund 10,4 Millionen verkauften Autos hat der Markt bis 2012 um fast 40 Prozent angezogen auf 14,5 Millionen. Für das laufende Jahr erwarten fast alle Fachleute Verkäufe von mehr als 15 Millionen Einheiten.

Die deutschen Hersteller bedienen den amerikanischen Markt sowohl über Export aus Deutschland als auch durch Produktion vor Ort. Mit Autos aus ihren Fabriken in den Südstaaten Alabama, Tennessee und South Carolina mit 31 000 Beschäftigten vermeiden VW, Daimler und BMW die Zahlung von Einfuhrzöllen, nutzen die niedrigen Löhne dort und vermeiden Währungsschwankungen. Die Produktion der Deutschen in Mexiko und den Vereinigten Staaten legte 2012 um ein Drittel auf 500 000 Einheiten zu.

Detroit Motor Show, **Seite 12**
Kommentar, **Seite 16**

Am Dienstag eröffnet VW seine hundertste Fabrik, ein Motorenwerk im mexikanischen Silao. Auch Audi, Daimler und BMW bauen ihre Produktion vor Ort aus. Es handelt sich jedoch bisher nicht um Produktionsverlagerungen aus Deutschland nach Amerika. Aber auch die zweite Säule, der Export der Deutschen nach Amerika, legte im Jahr 2012 um 20 Prozent auf 630 000 Autos zu.

Zusätzlichen Schub für die Nachfrage nach ihren Produkten erhoffen sich VW, Daimler, BMW und auch der Zulieferer Bosch von einer gemeinsamen Informationskampagne, die Verbraucher von den Vorteilen ihrer Dieselantriebe überzeugen soll. Dieselautos gelten in Amerika als schmutzig und sind verpönt. Ihr Marktanteil liegt deshalb bei nur weniger als 3 Prozent. Selbst die ebenfalls selten anzutreffenden Hybridfahrzeuge sind beliebter und kommen auch auf 3 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland sind fast die Hälfte aller Neuwagen Dieselfahrzeuge. Unter dem Slogan „Clean Diesel. Clearly Better“ werden online die Vorteile der aktuellen Dieseltechnik im Vergleich zum Ottomotor hinsichtlich Sauberkeit, Verbrauch und Leistung vor Augen geführt. Erste Erfolge des missionarischen Eifers zeigen sich: Bis Oktober 2012 stiegen die Dieselverkäufe der Deutschen in Amerika schon um ein Viertel auf allerdings noch immer bescheidene 116 000 Einheiten.

Mit Blick auf den Weltabsatz des Volkswagen-Konzerns sehen unterdessen auch die Zahlen für die einzelnen Konzernmarken gut aus. Die VW-Tochtergesellschaft Audi hat 2012 mit 1,46 Millionen Autos eine neue Bestmarke aufgestellt. Und auch die Sportwagenschmiede Porsche, die erst im Sommer komplett unter das VW-Dach geschlüpft ist, konnte in Detroit Rekorde präsentieren: Mehr als 141 000 Auslieferungen bedeuteten ein Plus von 18,7 Prozent im Vergleich zu 2011 – und noch nicht das Ende der Fahnenstange: „Wir sind gut gewappnet, Porsche erfolgreich durch das Jahr 2013 zu führen“, sagte Porsche-Chef Matthias Müller.

Zyperns Banken auf Notkredit angewiesen

ELA-Programm der Zentralbank auf 9,4 Milliarden Euro ausgeweitet

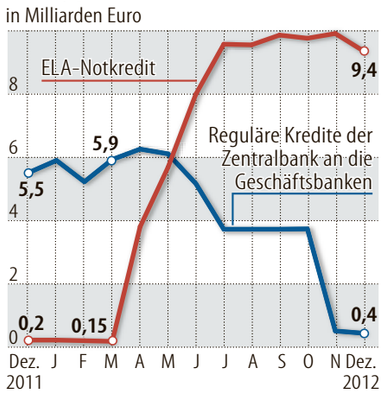
ruh./tp. FRANKFURT/ROM, 14. Januar. Zyperns Banken können mangels Sicherheiten kaum noch die regulären Finanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank nutzen und sind immer stärker auf das Notprogramm ELA (Emergency Liquidity Assistance) der zyprischen Notenbank angewiesen. Das ELA-Volumen hat sich seit März 2012 von 150 Millionen auf 9,4 Milliarden Euro vervielfacht. Im selben Zeitraum sank das Volumen der regulären Finanzierungsgeschäfte von knapp 6 auf 0,4 Milliarden Euro. Dies geht aus Daten der zyprischen Notenbank hervor.

In Zyperns Bankensystem wiederholt sich damit ein Phänomen, das schon in den vergangenen Monaten in Griechenland zu beobachten gewesen ist. Die immer weiter hinausgezögerten politischen Verhandlungen über die Bedingungen für die staatlichen Hilfen der anderen Euroländer führen zur Kapitalflucht und einer wachsenden Finanzierungsnot der Banken in dem Krisenland. Sie erhalten bei der privaten Konkurrenz in anderen Euroländern ohnehin kaum noch Kredit. Wegen des sinkenden Marktwertes der zyprischen Staatsanleihen verfügen sie außerdem nicht über ausreichende Sicherheiten, um sich über die regulären Finanzierungsgeschäfte der Notenbank finanzieren zu können. Um das Bankensystem vor dem Kollaps zu bewahren, wird stattdessen eine immer stärkere Nutzung der ELA-Notkredite hingenommen.

Diese Kredite, für die ermäßigte Anforderungen an die Sicherheiten gelten, vergibt die zyprische Notenbank zwar formal auf eigene Rechnung und eigenes Risiko. Da der zyprische Staat im Fall einer Pleitewelle des Bankensystems aber die Verluste nicht auffangen könnte und mutmaßlich die europäischen Partner einspringen würden, tragen die eigentlichen Risiken jedoch das Euro-Notenbanksystem und die Steuerzahler der Geberländer. Aus diesem Grund kann die zyprische Notenbank die Ausweitung der ELA-Kredite, durch die zusätzliches Geld in Umlauf gebracht wird, nicht allein beschließen. Es bedarf der Zustimmung des Rates der Europäischen Zentralbank, der die Notkredite auch jederzeit per Mehrheitsbeschluss stoppen könnte. Ein Stopp ist im Falle Griechenlands nicht geschehen und gilt nun auch für Zypern als unwahrscheinlich, obwohl insbesondere die Bundesbank die umfangreiche und dauerhafte Nutzung des Notinstruments ELA wegen seiner Nähe zur Staatsfinanzierung ablehnt. Die Bundesbank hatte ihre Kritik schon vor einigen Wochen bei der Finanzierung der neuen Hilfskredite zugunsten Griechenlands vergeblich vorgebracht. Zur Finanzierung gehört unter anderem die weitere umfangreiche Nutzung der ELA-Kredite durch die griechischen Banken. Allerdings hat sich das ELA-Programm dort inzwischen etwas verringert.

Die EZB hatte die griechischen Staatsanleihen im Sommer aus der Liste der als Sicherheit akzeptierten Wertpapiere genommen, als der Zahlungsausfall drohte. Zugleich ließ sie die Ausweitung der Notkredite zu, wodurch das ELA-Volumen von 60 Milliarden im Frühsommer auf 120 Milliarden Euro im Dezember stieg. Inzwischen ist es wieder auf rund 100 Milliarden Euro gesunken, da griechische Staatsanleihen nach dem Beschluss weiterer Hilfen der Geberländer wieder bei den regulären Finanzierungsgeschäften der EZB beliehen werden können.

Zentralbankgeld für Zyperns Banken
in Milliarden Euro



Quelle: Central Bank of Cyprus Balance Sheet F.A.Z.-Grafik Walter

FIRMENINDEX Seite

Allianz 14
Anglo American 10
Apple 13
Areva 10
BASF 17
BMW 9, 16
Bulgari 16
Continental 12
Credit Suisse 12
Daimler 9, 12, 16
Billabong 13
Deutsche Bank 14
Deutsche Börse 14, 17
Deutsche Lufthansa 10
Eni 10
Fedex 16
Flowtex 14
General Electric 12
Generali 14
Glencore 10
Google 14
Harry Winston 16
Herbalife 17
Interlübke 15
Jaguar Land Rover 12
LVMH 16
MAN 12
Nyse Euronext 14
P+S-Werften 12
Randgold Resources 10
SKF 12
Sky Deutschland 14
Solarworld 14
Swatch 16
Telekom Austria 14
TNT Express 16
UPS 16
VNG 12
Vodafone 12
Volkswagen 9, 12, 16

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Steuerberatung

Von Carsten Knop

Es ist eine Geschichte, die nicht enden will: die Banken, ihr Verhalten – und ihr daraus resultierender schlechter Ruf in der Gesellschaft. Unisono geloben alle Kreditinstitute in dieser Hinsicht Besserung. Und doch erlauben sie sich immer wieder Pleiten, die zum Gegenteil des Erwünschten führen. Vielleicht sollte man alles Demutsgerede in der Konsequenz besser lassen. Dieses Mal geht es um die Investmentbank Goldman Sachs: Das Haus hat schon in Amerika aus steuerlichen Gründen zum Jahreswechsel mit der Auszahlung einiger Bonuszahlungen getrickst und gehört nun offenbar zu einer Reihe von Banken, die überlegen, Gehaltsboni leitender Mitarbeiter in Großbritannien aus Steuergründen später auszuzahlen als üblich. Am 6. April sinkt dort der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 50 auf 45 Prozent. Also gilt es aus der Sicht der Bank, diesen Zeitpunkt zu nutzen. Das mag aus der Sicht der Bank und ihrer Mitarbeiter bestechend sein. Aber wo sind an der Spitze der Bank die Leute, die sagen, dass es der potentielle Rufschaden einfach nicht wert ist, so zu verfahren? Wenn sie noch da sind, sollten sie sich schnell melden. Der Plan lässt sich noch stoppen.

Zyperns Geschäftsmodell

Von Tobias Piller

Zypern, das zweitkleinste Mitgliedsland der Währungsunion, ist vor allem wegen der Krise Griechenlands in eine bedenkliche Schieflage geraten. Denn die Abwertung griechischer Staatsschulden hat auch einen Großteil der Aktiva zyprischer Banken vernichtet. Nun hätte Zypern gerne auch Unterstützung aus europäischen Rettungsfonds, doch über Gegenleistungen für die gewünschten Rettungssummen wollen die Zyprer offenbar nicht so gerne verhandeln. Mit fehlender Offenheit und Transparenz befördern Zyperns Regierende die Spekulationen darüber, dass Zyperns Geschäftsmodell auf den Finanzmärkten womöglich nicht besonders präsentabel ist. Bevor Zypern Hilfe erhält, sind Antworten auf unangenehme Fragen nötig: In welchem Maß finanzierten sich die Banken bisher über Einlagen aus einer Grauzone in Osteuropa? Hat die Bankenaufsicht bisher nicht so genau hingesehen? Wenn Zypern klare Antworten schuldig bleibt und gleichzeitig versucht, die wackeligen Banken durch die Hintertür mit Zentralbankgeld über Wasser zu halten, verspielt die Insel die Glaubwürdigkeit, die für eine Mitgliedschaft in der Währungsunion nötig ist – aber auch für Rettungskredite aus Brüssel.

Unser Wasser

Von Andreas Mihm

Zum Jahresende hatten die Berliner Wasserbetriebe noch eine Überraschung parat. Sie versprachen ihren Kunden eine Gutschrift für das auslaufende Jahr. Immerhin 14 Prozent beträgt der Rabatt auf den Wasserpreis. Knapp 60 Millionen Euro zahlen die Wasserbetriebe an die Verbraucher zurück, pro Berliner Kopf sind das 13,50 Euro. Das mehrheitlich vom Land Berlin kontrollierte Unternehmen schüttet das Geld nicht freiwillig aus. Das Bundeskartellamt hat es dazu gezwungen.

Ist dessen Regen vielen Berliner Wasserkunden ein Segen, erscheint es Landesregierungen und Bürgermeistern wie ein Fluch. Sie wollen von einer Preiskontrolle durch die Kartellbehörden nichts wissen. Just als die Berliner Wasserbetriebe ihren Kunden die (gerichtlich umstrittene) Rückzahlung in Aussicht stellten, blockierte eine Mehrheit der Länder die Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – auch weil ihnen neue Kontrollrechte der Wettbewerbshüter beim Wasser zu weit gehen.

Das ist nur ein Beispiel auf dem an Irrationalitäten reichen deutschen Wassermarkt. Immer noch wird das Wassersparen gepredigt, wo längst der Verbrauch so stark gesunken ist, dass das steigende Grundwasser einst trockene Keller durchfeuchtet, aber das Abwasser nicht reicht, die stinkende Fäkalfracht ins nächste Klärbecken zu schwemmen. Dafür werden Tausende Liter Wasser aus dem Trinkwasser direkt ins Abflussrohr gepumpt.

Notwendig wären Anreize und Tarifsysteme – zum Beispiel höhere Grundpreise und niedrigere Verbrauchspreise. Doch die EU-Kommission ist eifrig dabei, neue Regeln zu erfinden, nach denen Brausen und Duschköpfe das Wasser noch feiner versprühen, damit künftig noch weniger Wasser genutzt wird als jene 121 Liter, die der Durchschnittsdeutsche am Tag hinunterspült.

Wasser gilt zu Recht als das wichtigste Lebensmittel. Es ist auch im wasserreichen Deutschland so schützenswert, dass immer mehr Länder eigens eine Förderabgabe erheben. Die Abgabe soll den Wasserverbrauch senken. Seit Jahresanfang werden so auch die Wasserkunden in Rheinland-Pfalz doppelt gemolken. Drei Euro im Jahr soll der „Wassercent“ den Bürger kosten. Die Regierung in Mainz verspricht, die so erhofften 20 Millionen Euro in den Gewässerschutz zu investieren. Aber müsste der nicht aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden? So verkommt die Förderabgabe zu einer grün getarnten Einnahmequelle für Länderhaushalte, so, wie der Wasserpreis manchenorts hilft, den Gemeindehaushalt zu schonen.

Die Irrationalitäten machen beim Gewässerschutz nicht halt. Das Bohren nach und Aufsprengen von gashaltigem Gestein in Tausenden Meter Tiefe soll, darin sind sich die deutschen Parteien einig, weitestgehend verboten werden. Denn das „Fracking“ könnte tiefliegende wasserführende Schichten verunreinigen. Dass die Bohrtechnik in Deutschland seit vielen Jahren ohne Komplikationen angewandt wird, übersehen die Angstmacher gerne.

Ebenso wie die Tatsache, dass die schlimmsten Verunreiniger des Trinkwassers über dem Boden ihr Unheil treiben. Vorne dabei sind die Landwirte. In manchen Regionen Niedersachsens überschreiten die Nitratkonzentrationen im Grundwasser die Grenzwerte, weil die Landwirte zu viel Gülle ungeklärt auf die Äcker kippen.

> Das Verhältnis der Deutschen zum Wasser ist von vielen Irrationalitäten geprägt.

Auch die Energiewende leistet ihren Beitrag zur Verschlechterung der Wasserqualität, weil jedes Jahr mehr Mais zur Verstromung angebaut, gespritzt und gedüngt wird – mal abgesehen davon, was aus den Silagen der Biogasanlagen in den Boden sickert. Aber mit der Agrarlobby legt sich die Politik lieber nicht an. Der Kunde zahlt für die aufwendige Aufbereitung des Wassers, bevor es in gewohnt guter Qualität zur Verfügung steht.

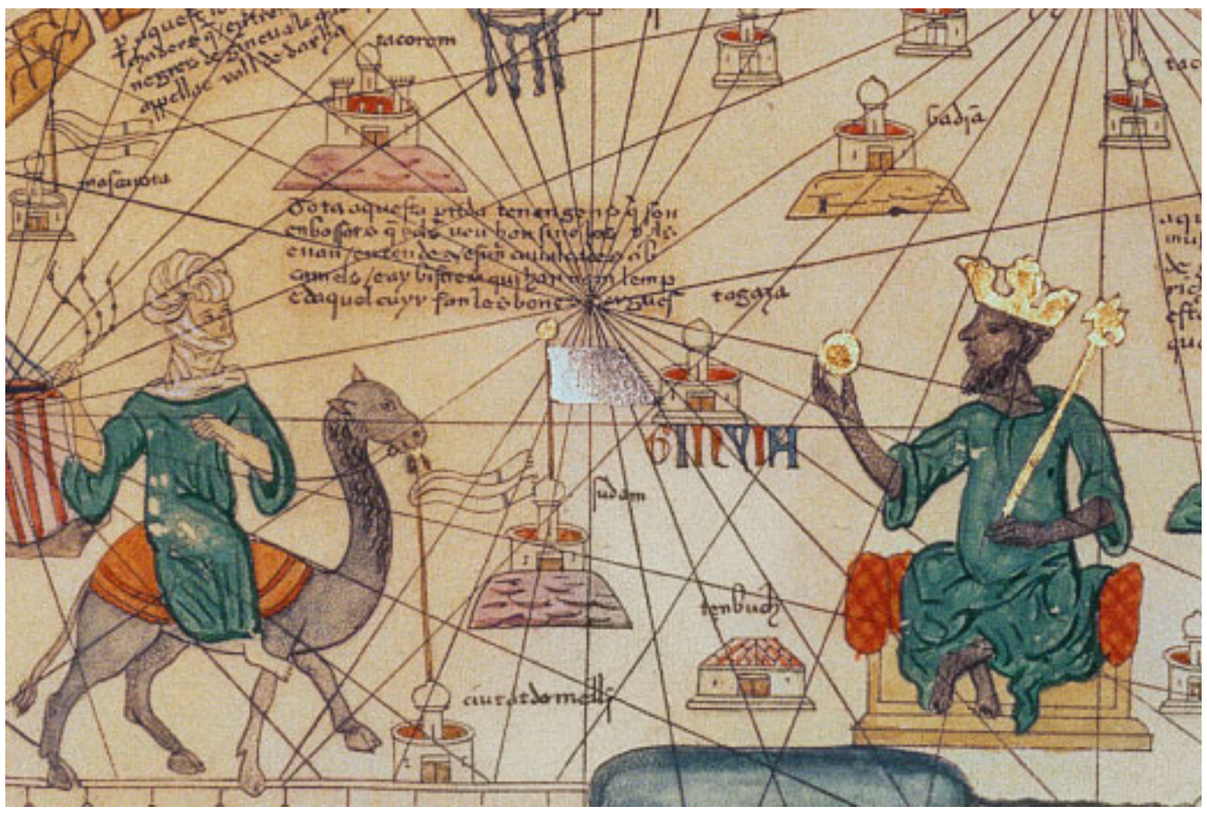
Wasser aus deutschen Kränen kann man bedenkenlos trinken. Es ist sogar in aller Regel und anders als viele in Plastik verpackte Wässer aus den Supermarktregalen als Säuglingsnahrung zugelassen. Damit das so bleibt, so insinuieren die meist kommunalen Betreiber und ihre Verbände, dürfe sich auch an der Branchenstruktur nichts ändern. Die von der EU vorgesehene Pflicht zur Ausschreibung von Versorgungskonzessionen stößt auf eine geballte Ablehnungsfront. Wie in früheren Jahren spricht viel dafür, dass es der großen Koalition der Bürgermeister auch diesmal gelingen wird, eine wettbewerbliche Öffnung des Wassermarktes zu verhindern.

Die bisher gemachten eigenen Anstrengungen der Branche, durch Leistungs- und Preisvergleiche transparenter zu werden und sich an Konkurrenten messen zu lassen, fallen, gemessen an der Dauer der Übung, aber zu dürftig aus. Warum sonst würden die Kartellbehörden unangemessen hohe Preise feststellen und Kommunen ihre Stadtwerke wieder als Anstalt führen, weil eine „Gebühr“ – anders als der „Preis“ der Stadtwerke GmbH – schwerer von den Wettbewerbsschützern zu kontrollieren ist? In Berlin hat die rot-schwarze Landesregierung, die sich anschickt, die Wasserbetriebe wieder ganz zu übernehmen, übrigens durchblicken lassen, dass die Preise im neuen Jahr wohl erst mal auf dem alten, überhöhten Niveau bleiben.

Mali – das sagenhafte Reich voller Gold und Bodenschätze

Am Rand der Sahara wird ein Krieg um Rohstoffe geführt, heißt es. Doch diese spielen aus französischer Sicht kaum eine Rolle. Malis wichtigster Handelspartner kommt ohnehin längst aus Asien.

Von Christian von Hiller



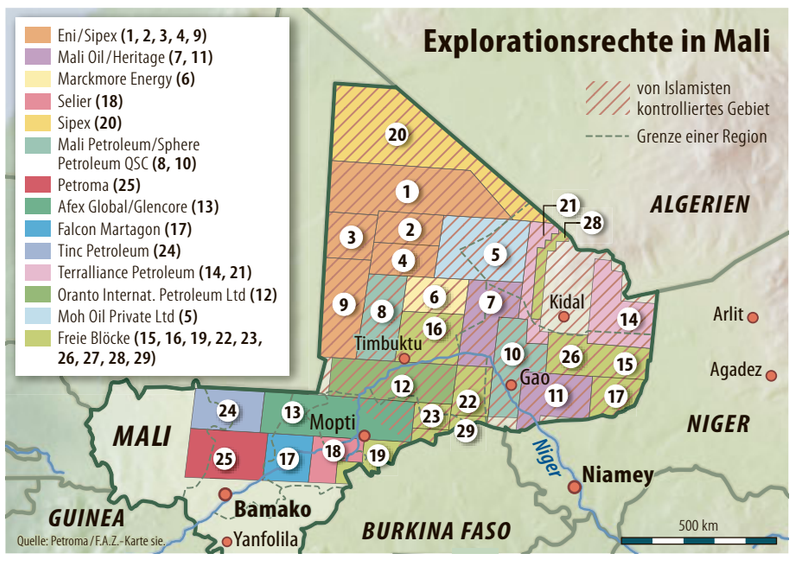
Mit Goldklumpen in der Hand: *der sagenumwobene König von Mali, Mansa Musa* Foto Mauritius Images

FRANKFURT, 14. Januar. Es gibt die Legende des sagenhaften Königs Mansa Musa I. Er lebte im 14. Jahrhundert und regierte von Timbuktu aus das Königreich von Mali, das er zu sagenhaftem Reichtum verhalf. Mansa Musa ist so etwas wie der Krösus Afrikas. Auf seiner Pilgerfahrt nach Mekka kam er durch Ägypten und gab dort so viel Gold aus, dass die ägyptische Währung Dinar, die auf Gold basierte, auf Jahre hinaus zusammenbrach. Auf einer zeitgenössischen Darstellung wurde Mansa Musa mit einem riesigen Goldklumpen in der Hand dargestellt. Wo hatte der König so viel Gold her, dass der Glanz Timbuktus über die Jahrhunderte strahlte? Wahrscheinlich ließ er – so wie heute Tausende von Maliern auch – im Sand der Sahelzone nach dem Edelmetall graben.

Mali ist eines der ärmsten Länder der Erde. Der Boden ist meist karg, trocken bis dürr und bietet nur in wenigen Regionen im Süden genügend Feuchtigkeit, um dem Boden Hirse, Zwiebeln, etwas Gemüse oder am Ufer des Niger, wo Bewässerung möglich ist, auch Reis und Baumwolle für den Export abzuringen. Die Schätze Malis liegen tief im Boden verborgen. Doch dafür dürfte der Reichtum so groß sein wie in wenigen anderen Ländern: So liegt das Land mitten im „Goldgürtel“, der sich von Senegal über Guinea, Ghana (die ehemalige britische Kolonie Goldküste), Mali, Burkina Faso, Niger, Nigeria und Kamerun durch ganz Westafrika zieht. Daneben gibt es Erdöl, Erdgas, Phosphat, Kupfer, Bauxit, Diamanten und andere Edelsteine – diese und einige andere Rohstoffe zählte der damalige Bergbauminister Mamadou Igor Diarra vor knapp einem Jahr auf. Sogar reiner Wasserstoff wurde tief im Boden des Landes entdeckt – eine Sensation, denn bis dahin hielten es Bodenkundler für sehr unwahrscheinlich, dass sich dieses flüchtige Element überhaupt in reiner Form in der Natur finden lässt.

Immerhin hatte die Regierung unter dem Ende März vergangenen Jahres weggeputschten Präsidenten Amadou Toumani Touré, den alle nur „ATT“ nannten, begonnen, die Explorationsrechte im Land zu verteilen. Seitdem suchen viele internationale Rohstoffunternehmen, aber auch einige malische, den Boden systematisch nach Rohstoffen ab. Das italienische Ölunternehmen Eni beispielsweise hält Rechte im Norden das Landes, auch der internationale Rohstoffkonzern Glencore ist in Mali präsent. Genauso eifern die großen internationalen Schürfkonzerne Randgold Resources oder Anglo American Mansa Musa nach und suchen den Boden Malis nach Reichtümern ab.

Im Westen des Landes wurde sogar Uran gefunden. Dies nährte das Gerücht, Frankreich habe in den Konflikt nur eingegriffen, um seine Atomkraftwerke mit billigem Uran zu versorgen. Denn bisher ist Frankreichs staatlicher Atomkonzern Areva weitgehend auf Vorkommen in Niger angewiesen, die nördlich von Agadez nahe Arlit liegen und die Niger zum größten Uranförderer Afrikas aufsteigen ließen. Doch da die Gefahr durch islamistische Terrorgruppen in Niger kaum weniger groß ist als anderswo in der Sahelzone, verfolge Frankreich das Ziel, durch die Entsendung von Truppen seine Versorgung mit Uran sicherzustellen. Diese Vermutung äußerte am Montag etwa die Gesellschaft für bedrohte Völker.



Doch ist die Mali-Intervention tatsächlich ein Kampf um Rohstoffe? Diese Deutung ruft viele Fragezeichen hervor. So ist der größte Handelspartner Malis nicht die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, sondern längst schon China mit einem Anteil von mehr als einem Viertel. Mali liefert Baumwolle und einige andere Produkte nach Frankreich, für dessen Unternehmen das arme Land am Rande der Sahara vor allem als Absatzmarkt von Interesse ist. „Mali bleibt für Frankreich ein Handelspartner von untergeordnetem Interesse“, stellte das französische Finanzministerium 2011 lapidar fest. „Frankreich ist nicht einmal mehr der wichtigste Auslandsinvestor in Mali.“

Daran dürfte auch das Uran-Vorkommen wenig ändern. Bis das wirklich gefördert werden könne und wie groß es tatsächlich ist, sei alles noch nicht gesichert, heißt es. Areva habe nicht einmal zuverlässige Bodenkarten über das Gebiet. Von Mali dürften dagegen vor allem geopolitische Risiken ausgehen. Überall im Süden der Sahara sind islamistische Fanatiker und Terrorgruppen aktiv – ihr Aktionsgebiet zieht sich von Somalia über Sudan, Niger, Tschad und Mali bis in den Norden Nigerias. Auch die Tuareg sind zwar islamisiert, doch wie die allermeisten Westafrikaner praktizieren sie einen sehr toleranten Islam. Die Allianz mit den Islamisten haben sie längst aufgekündigt.

Die Rohstoffe Malis sind zum größten Teil unerschlossen. Im Süden gibt es einige Goldminen, die Mali nach Ghana und Südafrika zum drittgrößten Förderer des Edelmetalls in Afrika machen. Doch hier werden keine Klumpen unterirdisch aus Gestein gehauen. Vielmehr waschen die Goldsucher wie zu Zeiten Mansa Musas winzige Körner aus dem Sand. Das an der Frankfurter Börse notierte Rohstoffunternehmen Pearl Gold AG hält eine Beteiligung an der Mine Kodiéran nahe der Grenze zu Guinea. Dort sei die Lage ruhig, sagt Vorstandsmitglied Lutz Hartmann. „Derzeit spüren wir keine akuten Beeinträchtigungen.“ Unklar sei allerdings, wie lange sie noch Zugriff auf Diesel hätten, auf den sie zur Stromerzeugung angewiesen sind.

Regierung droht Kassenärzten mit Berufsrecht

ami. BERLIN, 14. Januar. Die Bundesregierung will den Informationsaustausch von Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) und Ärztekammern verbessern, damit Verstöße gegen das Arztrecht künftig mit dem Berufsrecht einfacher geahndet werden können. Die Gesetzesänderung soll mit dem im Bundestag beratenen Gesetz zur Einführung von Krebsregistern beschlossen werden, sagte ein Ministeriumssprecher am Montag. Bisher können nur Ärztekammern Verstöße an die KV melden, umgekehrt nicht. Die Kontrolle über das Berufsrecht der Mediziner üben die 17 Landesärztekammern aus. Sie können den Landesbehörden empfehlen, etwa eine Zulassung als Arzt ruhen zu lassen oder aufzuheben. Selbst entscheiden dürfen sie nicht. Die geplante Verschärfung etwa bei Abrechnungsbetrug oder anderem unzulässigen Verhalten fällt in die Debatte über die Bestrafung ärztlicher Korruption, bei der der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, zusätzliche Ermittlungsrechte fordert. Nach eigenen Angaben hatten die Kammern in den vergangenen Jahren in mehr als 900 Fällen wegen Bestechlichkeit Verfahren gegen Ärzte aufgenommen, die Hälfte davon hatte sich allein auf – nicht strafbare – Versuche des Pharmaherstellers Ratiopharm bezogen, Ärzte zu bestechen. Das Justizministerium machte am Montag einmal mehr deutlich, dass das Strafrecht nicht verschärft werden solle, um Ärzte einzubeziehen. Die Grünen-Abgeordnete Maria Klein-Schmeink hielt dem entgegen: „Ohne strafrechtliche Regelungen bleiben die berufsrechtlichen Regelungen zahnlos.“ Die Regierung müsse konkrete Vorschläge vorlegen.

Mehr als 82 Millionen Deutsche

svs. FRANKFURT, 14. Januar. Deutschlands stabile Wirtschaft zieht zunehmend Zuwanderer an. Dadurch dürfte die Zahl der Einwohner im Jahresverlauf 2012 um 200 000 auf rund 82 Millionen gestiegen sein, wie das Statistische Bundesamt am Montag auf Basis vorläufiger Schätzungen bekanntgab. Dies wäre der zweite Bevölkerungsanstieg in Folge, nachdem die Einwohnerzahl zuvor acht Jahre lang gesunken war. Es kommen nicht nur Einwanderer aus den südeuropäischen Krisenstaaten Spanien, Griechenland und Portugal nach Deutschland. Noch stärker wirkt sich aus, dass diese Länder für Arbeitsmigranten aus Osteuropa an Attraktivität einbüßen und diese Ströme nach Deutschland umgelenkt werden. Dämpfend auf die Einwohnerzahl wirkt dagegen das Geburtendefizit. 2012 dürften 680 000 Neugeborenen etwa 880 000 Sterbefällen gegenüberstehen. Die Lücke von 200 000 wäre um 10 000 höher als im Vorjahr.

Luftfahrt stärkt Energieeffizienz

Verband beleuchtet Treibstoffverbrauch von Flugzeugen

ufe. FRANKFURT, 14. Januar. Die deutsche Luftfahrtindustrie ist um ihr Ansehen in der Öffentlichkeit besorgt. Nach einer repräsentativen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen schätzt fast die Hälfte aller Bundesbürger den durchschnittlichen Kerosinverbrauch von Flugzeugen um das Zehnfache zu hoch ein – tatsächlich liegt dieser Wert auf einer Strecke von 100 Kilometern bei knapp 4 Litern je Passagier.

Für den Bundesverband der deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) ist das Grund genug zum Handeln. Er sieht den Flugpassagier zu Unrecht als Energieverschwender an den Pranger gestellt. Stattdessen könnten sich die Verbrauchswerte der Branche im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern wie Bahn oder Auto sehen lassen: „Wir arbeiten hart und investieren viel, um unsere hervorragende Energiebilanz zu erreichen“, begründet BDL-Präsident Klaus-Peter Siegloch eine neue Informationskampagne, welche die Fortschritte bei der Energieeffizienz ausloben soll.

Seit 1990 habe die Luftfahrt den durchschnittlichen Kerosinverbrauch von 6,2 Litern bis heute um 37 Prozent gesenkt. Ziel sei es, auf mittlere Sicht einen Verbrauchswert von 3 Litern je Passagier zu erreichen, sagte Christoph Franz, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Lufthansa, am Montag in Frankfurt. Für Europas größte Fluggesellschaft, die ebenso wie Air Berlin oder die Chartergesellschaften Condor und TUI Fly im BDL organisiert sind, hat die Senkung der Treibstoffkosten intern ohnehin Priorität.

Angesichts des steilen Anstiegs des Ölpreises macht der Einkauf von Kerosin ein Drittel aller Fixkosten aus. Hinzu kommt eine Fülle an regulatorischen Kosten wie die deutsche Luftverkehrsabgabe, der – vorübergehend ausgesetzte – Emissionshandel in Europa oder die Folgen von Nachtflugverboten, die allein bei der Lufthansa mit weiteren 700 Millionen Euro im Jahr negativ zu Buche schlagen. „Wir investieren in den kommenden Jahren Milliarden in den Einkauf von modernen Flugzeugen, um unseren Verbrauch zu senken“, sagte Franz. Zudem steigern Lufthansa oder Air Berlin die Auslastung ihrer Maschinen, indem sie unrentable Flugrouten streichen und profitable Strecken mit größerem Fluggerät bedienen. „Wir nutzen unsere Flugkapazitäten heute im Schnitt zu 80 Prozent und wollen diesen Wert in naher Zukunft auf 85 Prozent erhöhen“, sagte Franz.

Die Luftfahrtbranche steuert gegenwärtig rund 2 Prozent zum globalen CO_2-Ausstoß bei – rund halb so viel wie die Zementindustrie. Doch in der öffentlichen Wahrnehmung rangiert das Fliegen in der Liste des sündhaften Verhaltens weit oben, wie die BDL-Umfrage zeigt. Dabei ist die Luftfahrt zur Erfüllung spezieller Einsparziele verpflichtet: Jedes Jahr soll die Treibstoffeffizienz um 1,5 Prozent steigen, von 2020 an soll die Branche ihre Emissionen trotz Wachstums nicht mehr erhöhen dürfen, und bis 2050 muss der Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen um 50 Prozent gegenüber dem Niveau von 2005 reduziert werden.

Wirtschaftliche Freiheit sinkt

Deutschland verbessert sich gegen den globalen Trend

pwe. WASHINGTON, 14. Januar. Die wirtschaftliche Freiheit in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr spürbar verbessert. In der Weltrangliste der wirtschaftlichen Freiheit, die von der konservativen Heritage Foundation in Washington für die Zeitung „Wall Street Journal“ aufbereitet wird, rückte Deutschland von Platz 26 auf Platz 19 vor. Fortschritte gab es gemäß der Studie vor allem im Bereich des Staatseinflusses auf die Finanzwirtschaft und bei der Höhe der Staatsausgaben. Bei Steuern, Staatsausgaben und der Freiheit des Arbeitsmarktes schneidet Deutschland aber weit unterdurchschnittlich ab. Hong Kong, Singapur, Australien, Neuseeland und die Schweiz führen die Rangliste an.

Mit Irland, das auf Rang 11 liegt, fiel auch das letzte Land des Euroraums aus den besten zehn heraus. Innerhalb Europas zeigt sich eine Spaltung: Deutschland, Schweden, Georgien, Tschechien, Norwegen, Polen, Rumänien und Bulgarien erreichen derzeit die besten Werte seit 1995. Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal und das Vereinigte Königreich sind dagegen nur ähnlich oder weniger wirtschaftlich frei als zu Beginn der Untersuchungsreihe.

Global hat die wirtschaftliche Freiheit mit der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 deutlich gelitten, vor allem in den Vereinigten Staaten, Irland und Äquatorial Guinea. Die Schwellenländer Kolumbien, Indonesien, Jordanien, Polen und die Vereinigten Arabischen Emirate ließen dagegen erheblich mehr wirtschaftliche Freiheit zu. Die Studie belegt, dass mehr Wirtschaftsfreiheit mit höherem Wachstum einhergeht. Erfasst sind unter anderem die Sicherheit von Eigentumsrechten, die Freiheit vor Korruption, Steuersätze und Staatsausgaben, die Offenheit des Handels und die Stabilität des Geldwertes.

© F.A.Z./F.A.S. – Druckkontrollelement

Kurze Meldungen

Europas Industrie schwächer

Die Industrieproduktion in der Europäischen Union war im November abermals schwächer. Die Unternehmen erzeugten wertmäßig 0,3 Prozent weniger Güter als im Vormonat, teilte die Statistikbehörde Eurostat am Montag mit. Die Industrieproduktion in 17 EU-Ländern sank im dritten Monat infolge. Gegenüber dem November des Vorjahres fiel die Industrieproduktion im Euroraum um 3,7 Prozent und in den 27 Ländern der EU um 3,3 Prozent. Insbesondere verringerten Hersteller von Vorleistungsgütern und von Investitionsgütern wie Anlagen und Maschinen die Produktion, was ein Signal für eine schwache Konjunkturentwicklung ist. jagr.

Gegen die „Agrarindustrie“

Ein Bündnis aus 35 Nichtregierungsorganisationen ruft für Samstag zu einer Demonstration in Berlin auf, die sich gegen die sogenannte industrielle Landwirtschaft richtet. Das Bündnis fordert zur Messe „Grüne Woche“ eine „radikale Neuausrichtung“. Es sei falsch, dass eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und des Exports in Entwicklungsländer einen Beitrag zur Hungerbekämpfung leiste, sagte ein Sprecher des Hilfswerks Misereor. Auch die Verbände BUND oder Nabu sind in dem Bündnis „Wir haben es satt“ engagiert. Es geht auch gegen große Tierställe und den großflächigen Maisanbau für Biogasanlagen. Derweil hieß es vom Deutschen Bauernverband, zu wenige junge Leute würden Landwirt werden wollen: Den Betrieben fehlten 1500 Auszubildene. jagr.

BGH bestätigt CO_2-Urteile

Die ersten Urteile gegen einen Betrügerring im Handel mit CO_2-Emissionsrechten sind rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof (BGH) schmetterte in einem am Montag veröffentlichten Beschluss die Revisionsanträge von vier der sechs Angeklagten ab. Zwei Deutsche, drei Briten und ein Franzose waren vor einem Jahr vom Landgericht Frankfurt zu Haftstrafen von vier bis sieben Jahren verurteilt worden, weil sie mehr als 260 Millionen Euro hinterzogen hatten. Reuters

Im Gespräch: Wolfgang Schäuble (CDU), Bundesfinanzminister

„Mit der Kavallerie kommt man international nicht voran“

Wolfgang Schäuble wollte das Problem Steuerfluchtburg Schweiz auf die sanfte Tour lösen, die SPD verhinderte dies. Das wirkt nach. Auf das SPD-Konzept gegen Steuerhinterziehung reagiert der CDU-Politiker mit heftigen Gegenvorwürfen.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Foto Matthias Lüdecke

Die SPD hat gerade eine „Braunschweiger Erklärung“ für mehr Steuergerechtigkeit veröffentlicht – eine gute Grundlage für eine große Koalition?

Nein, es ist eher ein gutes Beispiel für die Methode „Haltet den Dieb“. Die SPD ermöglicht doch mit ihrer unverantwortlichen Obstruktionspolitik im Bundesrat fortgesetzte Steuerhinterziehung in der Schweiz. Eigentlich könnten jetzt schon seit zwei Wochen deutsche Kapitalerträge in der Schweiz automatisch mit einer Abgeltungssteuer belastet werden.

Die SPD sagt, den öffentlichen Haushalten entgehen bis zu 150 Milliarden Euro durch Steuerbetrug. Ist das eine realistische Größe?

Richtig ist, dass wir es mit vielfältigen Formen der Steuervermeidung am Rande, aber auch jenseits der Legalität zu tun haben. Viele dieser Fragen lassen sich nur auf internationaler Ebene lösen. Mit Kavalleriemethoden, die mein Vorgänger gepflegt hat und die sich jetzt die SPD zu eigen macht, kommt man in der internationalen Zusammenarbeit nicht voran.

Wie lässt sich Steuerbetrug schärfer bekämpfen: Werden Sie sich nach dem Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz wieder am Ankauf von CD's mit Bankdaten beteiligen?

Wir haben uns bisher immer beteiligt, wenn wir eingebunden waren. Wir prüfen aber jeden Einzelfall sehr genau. Mit diesen CD-Ankäufen hat die SPD doch eine gezielte Desinformationskampagne betrieben. Jede CD musste für mindestens 20 verschiedene Tatbestände herhalten. Unter der Überschrift „Mehr Steuergerechtigkeit“ auf die Zusammenarbeit mit notorischen Gesetzesbrechern zu setzen, ist so widersprüchlich, dass man damit auch den Landtagswahlkampf in Niedersachsen nicht mehr gewinnt.

Die SPD fordert eine bundesweite Steuerfahndung für Fälle grenzüberschreitender Steuerkriminalität oder solcher von grundsätzlicher Bedeutung. Wären Sie dabei?

Nach dem Grundgesetz liegt die Steuerverwaltung in den Händen der Länder. Dieser Kernbereich der föderalen Ordnung stand bislang auf Länderseite nicht zur Disposition. Auf kurze Sicht scheint mir das kein Weg zu sein, die aktuellen Probleme zu lösen. Und außerdem haben wir ja bereits das Bundeszentralamt für Steuern, das bei großen Betriebsprüfungen mit dabei ist.

Kann eine Verlängerung der Verjährungsfristen für Steuerbetrug helfen?

Die Verjährung kann rückwirkend nicht geändert werden. Das verstößt gegen fundamentale Rechtsstaatsprinzipien.

Und für die Zukunft?

Dieser Vorschlag könnte frühestens in zwölf Jahren greifen, denn erst dann verjähren heutige Steueransprüche. Wenn die SPD die Steuergerechtigkeit erst in zwölf Jahren verwirklichen will, sollte sie auch so lange in der Opposition bleiben.

Was spricht gegen den Vorstoß, Banken die Lizenz zu entziehen, wenn sie sich fortgesetzter Beihilfe zum Steuerbetrug schuldig gemacht haben?

Es gibt klare rechtliche Vorschriften, unter denen Unternehmen, auch Banken, in Europa am Wirtschaftsleben teilnehmen können. Solche schlagzeilenträchtigen Formulierungen sind Unsinn. Die Aufsichtsbehörden haben klare Rechtsgrundlagen, nach denen sie Institute schließen können. Aber im Rahmen von Recht und Gesetz.

Die SPD greift die Betrügerei mit der Mehrwertsteuer auf. Die Koalition hat die versprochene Mehrwertsteuerreform nicht geliefert. Ist das eine Aufgabe für die nächste Koalition?

Die SPD hat immer signalisiert, dass sie der eigentlichen Reform, der Schaffung eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes, nicht zustimmen würde. Darüber muss sich die SPD jetzt nicht beklagen. Ich könnte mich beklagen, es gab keine Mehrheit. Das Problem des Mehrwertsteuerbetrugs durch die organisierte Kriminalität hat damit nichts zu tun. Die Systematik der Mehrwertsteuer mit dem Vorsteuerabzug für eingekaufte Vorleistungen lässt Lücken. Wir wollten besonders betrugsanfällige Bereiche anders regeln, sind damit aber nur auf begrenzte Zustimmung in Europa gestoßen. Einer Änderung müssen alle EU-Mitgliedstaaten zustimmen. Das sollte man wissen.

Union und SPD haben in der Vergangenheit vieles in der Finanzpolitik gemeinsam geregelt: Subventionsabbau, Schuldenbremse, Unternehmenbesteuerung, die neue Erbschaftsteuer. Ist der Grundkonsens Geschichte?

Das kann man so interpretieren. Mein Eindruck ist, dass die SPD kurzfristig um jeden Preis Themen finden will, um von anderen Schwächen abzulenken.

Aber sehen Sie auch Gerechtigkeitsdefizite im deutschen Steuerrecht?

Ich würde sogar so weit gehen, in demokratischen Staaten wird es immer Gerechtigkeitslücken auch im Steuersystem geben.

Die SPD sagt, was sie in der nächsten Legislaturperiode will, von der CDU hat man dazu wenig gehört. Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Als Erstes müssen wir die Punkte Schritt für Schritt voranbringen, die wir nicht durchsetzen konnten, weil wir dafür keine Mehrheit im Bundesrat hatten.

Welche Aufgaben bleiben dann?

Ich würde wieder dafür plädieren, dass wir den Kommunen mehr eigene Steuerrechte geben. Ich bin auch dafür, dass wir bei der Mehrwertsteuer den großen vereinfachenden Schritt eines Tages machen. Ein Hauptthema ist außerdem die internationale Zusammenarbeit, damit die Steuerbasis nicht erodiert.

Die Opposition hat im Vermittlungsausschuss das Jahressteuergesetz um das Splitting für eingetragene Lebenspartnerschaften ergänzt. Was heißt das für die Abstimmung darüber an diesem Donnerstag?

Ich plädiere dafür, dass wir das Vermittlungsergebnis zurückweisen und nochmals den Vermittlungsausschuss anrufen. Es ist Missbrauch, dass man ein Gesetz, über das man sich in der Substanz geeinigt hat, als Vehikel nutzt, um etwas völlig anderes durchzusetzen, für das man keine Mehrheit hat.

Die Wirtschaft dringt weiter auf Vereinfachungen.

Es ist unübersehbar, dass die Wirtschaft mit unserem Steuersystem gut leben kann.

Wissen Sie schon, mit welchem Defizit der Bundeshaushalt das Jahr abgeschlossen hat?

Ich habe heute noch nicht die endgültige Zahl, vermute aber, dass Spekulationen über einen Wert zwischen 22 und 23 Milliarden Euro nicht völlig daneben sind.

Das Gespräch führte **Manfred Schäfers**

Umweltminister plant Energiewendeclub

ami. BERLIN, 14. Januar. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) will die Kooperation mit Staaten ausbauen, die vergleichbare energie- und umweltpolitische Ziele haben. Dazu wollte er am Rande der Vollversammlung der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) am Montag in Abu Dhabi mit anderen Ministern die Grundlage für einen „Energiewendeclub“ legen. Interesse bekundet haben unter anderen China, Südafrika, Großbritannien, Frankreich, Dänemark und Marokko. „Der Club soll eine verstärkte politische Unterstützung für den Ausbau erneuerbarer Energien erreichen“, zitierte die Deutsche Presseagentur Altmaier, der den Plan schon vor Monaten angekündigt hatte. Es gehe auch darum, die Kosten für erneuerbare Energien weiter zu senken. Energieträger wie Kohle seien nur scheinbar billig, wenn die Kosten für Klima- und Umweltschäden nicht eingepreist würden. Auch in Deutschland seien beim Ausbau Fehler gemacht worden. Gleichwohl sei eine prosperierende Branche mit 380 000 Arbeitsplätzen entstanden. So sei der Club auch ein Vehikel, neue Absatzmärkte für Unternehmen zu schaffen, wie für die kriselnde Solarindustrie.

Praxisgründung kommt Zahnärzte immer teurer

ami. BERLIN, 14. Januar. Für Zahnärzte wird die Gründung einer eigenen Praxis immer teurer. Nach neuen Zahlen der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) mussten junge Zahnärzte 2011 durchschnittlich 429 000 Euro für die Praxisgründung auf den Tisch legen, 7 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Entsprechend zieht es knapp die Hälfte der jungen Zahnärzte auf dem Weg in die Niederlassung vor, eine eingeführte Praxis zu übernehmen. Die kostete nach Ermittlungen des Instituts der Deutschen Zahnärzte im Jahr 2011 in den alten Ländern knapp 300 000 Euro, was einem Minus von 3 Prozent entsprach. In den neuen Bundesländern gab es sie 100 000 Euro billiger, allerdings zogen hier die Preise um 7 Prozent an. Auch gingen weniger Zahnärzte in die Versorgung der Kassenpatienten, als andere ausschieden: 1542 Abgängen standen nur 1271 Neuzugänge gegenüber. Trotz hoher Investitionskosten wagten bundesweit weiterhin viele Zahnärzte den Schritt in die Selbständigkeit und stellten so eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung sicher, sagte KZBV-Vorstandschef Jürgen Fedderwitz.

Wachstumskommission uneins über Schlussbericht

Unüberwindbare ideologische Gräben

pik. BERLIN, 14. Januar. Nach zwei Jahren Arbeit zeigt sich, dass die politischen Parteien keine gemeinsame Haltung in der Kontroverse über die Zukunft des wirtschaftlichen Wachstums entwickeln können. Allzu groß sind die ideologischen Unterschiede um diesen zentralen Begriff der wirtschaftspolitischen Debatte. Am Montag haben die Mitglieder der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ zwei abweichende Entwürfe des zentralen ersten Kapitels ihres für Mai geplanten Abschlussberichts vorgelegt. Sie zeigen das Spannungsfeld, in dem sich die 17 Parlamentarier und 17 externen Sachverständigen bewegen, die jenseits der Tagespolitik übergreifende Fragen diskutieren: Wie lassen sich Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch entkoppeln? Gibt es sinnvollere Kennzahlen für den Wohlstand einer Gesellschaft als das Bruttoinlandsprodukt (BIP)? Wie muss die Haushaltspolitik bei nachlassender Wirtschaftsdynamik ausgestaltet werden?

Der gemeinsame Entwurf der Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke spricht von einer „grundlegenden Weichenstellung“, vor der die Politik heute stehe. Klimawandel, der Verlust an Biodiversität und die soziale Ungleichheit zwängen dazu, das bestehende Wachstumsmodell zu hinterfragen. „Die multiplen Krisen der Gegenwart haben ihre entscheidende Ursache in einer tiefgreifenden Erschöpfung des derzeitigen Wirtschaftens“, heißt es in dem Papier. „Die Opposition geht davon aus, dass die künftigen Wachstumsraten nicht über dem 20-Jahres-Durchschnitt von 1,5 Prozent liegen werden“, sagt Kommissionsmitglied Edelgard Bulmahn (SPD). Diese Prognose wendet sie auf eine altbekannte Empfehlung der linken Parteien: Bei schwachen Wachstumsraten seien öffentliche Aufgaben nur über eine höhere Besteuerung von Vermögen und Einkommen zu sichern, wenn man an der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse festhalten wolle. Eine „sozialökologische Transformation“ der Wirtschaft“ müsse dafür sorgen, dass Arbeitsmarkt, Sozialsysteme und Haushalte vom Wachstum entkoppelt würden.

Als „Dirigismus“ und unverbesserlich kritische Haltung zur sozialen Marktwirtschaft tut das Georg Nüsslein, Kommissionsmitglied der CSU, ab. „Wir streben ein langfristiges Wachstum an, das auf Innovationen beruht und ökologisch unschädlich ist“, sagt der Parlamentarier. Dabei stimme er mit der Opposition überein, dass Wachstum kein Ziel an sich sei. „Es ist vielmehr ein guter – wenn auch unvollkommener – Indikator dafür, wie sich die wirtschaftliche Situation und damit der materielle Wohlstand der Arbeitnehmer und Unternehmer im Durchschnitt ändern“, heißt es dazu im Entwurf der Regierungskoalition aus Unionsparteien und FDP. Nüsslein sieht als zentrale Herausforderung an, wie bei einer älter werdenden Bevölkerung das Wachstum aufrechterhalten werden könne. Ein freiwilliger oder erzwungener Verzicht stehe im Widerspruch zum Erfinder- und Unternehmergeist in einer freiheitlichen Grundordnung, heißt es in dem Koalitionspapier, das am Montagnachmittag mit der Mehrheit der Koalitionsvertreter beschlossen wurde. Der Oppositionsentwurf wird als Sondervotum dem Abschlussbericht beigelegt.

Wohlstand von gestern? *Nachhaltiges Wachstum dürfte anders aussehen.* Foto AFP

Übereinstimmungen gibt es dagegen in den ökologischen Zielen und in der Bewertung des BIP als Wohlstandsindikator. Ziel müsse eine absolute und nicht nur eine relative Entkopplung des Ressourcenverbrauchs und des Wachstums sein, halten beide Texte fest. Ein gemeinsamer Bericht der Kommissions-Projektgruppe, die sich dem technischen Fortschritt und Umweltverbrauch widmet, hatte im September aufgezeigt, dass durch einen effizienteren Einsatz von Ressourcen allein die erforderliche Entkopplung nicht erreicht werden könne. Denn allzu oft führten Effizienzsteigerungen zu niedrigeren Preisen, wodurch sie stärker verbraucht würden als zuvor, was als Rebound-Effekt bezeichnet wird. Auch in der Bewertung des BIP geht die Kommission offenbar in eine gemeinsame Richtung. Weil es den Wohlstand unzureichend abbilde, sollten ihm künftig mehrere ergänzende Indikatoren zur Seite gestellt werden, sagen die Mitglieder übereinstimmend. Aus methodischen Gründen sei aber nicht anzustreben, daraus einen einzelnen Wert zu machen.

Kommunen sehen keine Besserung

KfW: Finanzkluft wird immer größer / Viele Kassenkredite

hpa. FRANKFURT, 14. Januar. Das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr hat vielen Kommunen höhere Gewerbesteuereinnahmen gebracht. Dennoch sind vielerorts die Sorgen über die Finanzierungslage eher noch gewachsen. Laut einer Umfrage der staatlichen Förderbank KfW unter 115 Kommunen, die dieser Zeitung exklusiv vorliegt, beurteilt derzeit fast die Hälfte der Städte und Gemeinden ihre eigene Finanzierungssituation als „mangelhaft“, weitere 20 Prozent der Befragten bewerten sie lediglich als „ausreichend“. Und eine Besserung ist vorerst nicht in Sicht, lediglich 6 Prozent der befragten Kommunen rechnen damit, dass sich ihre finanzielle Situation in den kommenden Monaten „eher vorteilhaft“ entwickelt. Daher sei auch nicht mit einer nachhaltigen Belebung der kommunalen Investitionen zu rechnen, warnte der KfW-Chefvolkswirt Jürgen Zeuner.

Vielmehr sanken im vergangenen Jahr die Sachinvestitionen der Gemeinden deutlich auf geschätzt knapp 19 Milliarden Euro; zu Beginn der neunziger Jahre waren es noch fast 35 Milliarden Euro gewesen. Zwischen 2009 und 2011 hatten die beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung vorübergehend für höhere Investitionen gesorgt, aber dieser Effekt sei nun vorüber, hieß es.

Zudem klaffe die Schere zwischen den ärmeren und den bessergestellten Städten und Gemeinden immer weiter auseinander. Das zeige sich auch im stetigen Wachstum der Kassenkredite, die von Kommunen unter anderem dazu benutzt werden, um Haushaltslöcher kurzfristig zu stopfen. Bis Mitte der neunziger Jahre spielten diese Darlehen in der deutschen Kommunalfinanzierung fast keine Rolle, nun haben sie rund 48 Milliarden Euro erreicht (Kernhaushalte der Kommunen ohne die Stadtstaaten) und damit etwa 38 Prozent der kommunalen Gesamtverschuldung. Besonders wird diese Finanzierungsform schon seit längerem in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen sowie im Saarland eingesetzt.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sei es bedenklich, wenn die Kommunen notwendige Investitionen unterließen, zugleich aber das Zinsrisiko der Kassenkredite wachse, sagte Zeuner. Zwar geht die Hälfte der befragten Kommunen davon aus, dass das Zinsniveau in den kommenden Monaten niedrig bleiben wird. Aber um alle kommunalen Kassenkredite zu tilgen, wäre jetzt schon eine Summe notwendig, die 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen würde, warnt die KfW. Schwierigkeiten, an neue Darlehen zu kommen, haben die Städte und Gemeinden bislang allerdings nicht, räumen die Forscher ein – und es wird auch nicht erwartet, dass die Banken diesen Kredithahn zudrehen werden. „Es gibt keine Kreditklemme für die Kommunen“, sagte Zeuner.

Kurze Elternzeit erhöht Verdienst

IW-Studie: Frauen holen am deutschen Arbeitsmarkt auf

pik. BERLIN, 14. Januar. Frauen mit kurzen familiären Auszeiten liegen in ihrer Bezahlung mit Männern fast gleich auf. Nach Berechnungen des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sinkt der Lohnabstand zwischen den Geschlechtern von 25 Prozent auf 2 Prozent für Frauen, die höchstens eineinhalb Jahre ihren Beruf unterbrochen haben. Dieser Wert ist bereinigt um Effekte, die zusätzliche Lohnunterschiede bewirken wie Teilzeitbeschäftigung, Art der Tätigkeit und Branche. Für Frauen mit Auszeiten von mehr als drei Jahren stieg der Abstand auf 12 Prozent. Den unbereinigten Abstand von einem Viertel erklären die Forscher unter anderem mit der Berufswahl von Frauen. In Technik- und Produktionsberufen verharrt der Anteil weiblicher Auszubildender seit einem Jahrzehnt bei 12 Prozent. In den technischen Hochschulfächern stagniert er bei rund 30 Prozent. „Wer zum Beispiel Gesundheits-, Sprach- oder Kulturwissenschaften studiert, kann seine Karriereaussichten in industriell geprägten Wirtschaftszweigen nicht entscheidend verbessern – egal, ob Frau oder Mann“, sagte IW-Direktor Michael Hüther in Berlin.

Ein Fünftel der Lohnlücke in Deutschland erklärt sich nicht durch berufsbiografische oder arbeitsplatzbezogene Merkmale. Dieser Rest ist unter den OECD-Staaten nur in den Niederlanden und Australien kleiner. „Frauen verhalten sich anders in Entgeltverhandlungen“, sagte Studienautor Oliver Stettes. Die Erwerbsquote von Frauen hat sich seit dem Jahr 2000 von 63 auf 72 Prozent erhöht und liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 65 Prozent. Frauen zwischen 60 und 64 Jahren sind heute viermal so häufig erwerbstätig. Als Gründe dafür nennt das IW ihren höheren Bildungsstand und die Erhöhung des Renteneintrittsalters für Frauen von 60 auf 65 Jahre im Jahr 1992.

Kurze Meldungen

MAN beginnt mit Kurzarbeit

Der Lastwagenhersteller MAN lässt seit Montag angesichts der schwachen Märkte in Europa kurzarbeiten. Mit Wochenbeginn wird in den Werken München und Salzgitter vorerst nur in einer Schicht produziert. In München sind von der Maßnahme rund 3500, in Salzgitter 1800 Mitarbeiter betroffen. Sollte sich die Lage verändern, könne aber rasch reagiert werden und die Produktion entweder hochgefahren oder tageweise gestoppt werden, sagte ein Sprecher. Die Kurzarbeit ist zunächst bis zur Jahresmitte angemeldet. dpa

SKF baut Stellen ab

Der Kugellagerhersteller SKF streicht wegen der Wirtschaftsflaute 2500 Stellen. Der Abbau von rund 5 Prozent der Arbeitsplätze solle dazu beitragen, die Kosten bis Ende 2015 um 3 Milliarden Kronen (350 Millionen Euro) zu senken, teilte der Rivale des fränkischen Zulieferers Schaeffler mit. Die Nachfrage sei im vierten Quartal im Zuge der Staatsschuldenkrise weiter gesunken und werde auch Anfang 2013 auf niedrigem Niveau verharren. Der Jobabbau soll vorwiegend über Vorruhestands- und freiwillige Abfindungsregelungen erfolgen. Erst im Juni hatte SKF angekündigt, hierzulande 400 der rund 6700 Stellen zu streichen. Reuters

Banker vor Auslieferung

Ein ehemaliger Händler der Credit Suisse muss wegen mutmaßlicher Manipulation von Ramsch-Hypotheken mit seiner Überstellung von Großbritannien in die Vereinigten Staaten rechnen, wo ihm 20 Jahre Haft drohen. Ein Londoner Gericht ordnete am Montag die Auslieferung des Mannes an, der amerikanischen Behörden zufolge zwischen August 2007 und Februar 2008 den Wert von Hypotheken um 540 Millionen Dollar künstlich aufgebläht haben soll. Der Fall geht nun an das britische Innenministerium, das in letzter Instanz über die Auslieferung befinden muss. Reuters

GE erwirbt BLS Energieplan

Der amerikanische Energie- und Medizintechnikkonzern General Electric (GE) will in Berlin ein neues Kompetenzzentrum für seine Ingenieure aus allen Fachrichtungen aufbauen und hat dazu als „ersten Baustein“ das Ingenieurplanungsbüro BLS Energieplan GmbH mit 80 Mitarbeitern übernommen. Über den Kaufpreis wurde nichts bekannt. BLS sei seit mehr als 25 Jahren spezialisiert darauf, Strategien zur rationalen Energieverwendung zu entwickeln, hieß es. GE sieht Deutschland als einen der wichtigsten Zukunftsmärkte an, auf dem insbesondere die Energietechnik und der Anlagenbau vorangetrieben werden sollen. hpa.

Wirbelsturm lässt Talanx kalt

Für Deutschlands drittgrößten Versicherungskonzern bleiben die Folgen des Wirbelsturms „Sandy“ begrenzt. Wie die Talanx AG am Montag mitteilte, rechnet sie mit einer Belastung von 306 Millionen Euro. Das könne der Konzern aus seinem regulären Budget für Großschäden bezahlen. Dieser Topf war zuletzt gut gefüllt, weil 2012 wenige Naturkatastrophen passiert sind. „Sandy“ war im Herbst über die Vereinigten Staaten gefegt und hatte verheerende Schäden angerichtet. Von den Kosten, für die Talanx aufkommen muss, entfallen rund 261 Millionen Euro auf den Rückversicherer Hannover Rück, an dem der Konzern mit gut 50 Prozent beteiligt ist. Der Vorstandsvorsitzende von Hannover Rück, Ulrich Wallin, bekräftigte sein Gewinnziel von mehr als 800 Millionen Euro für das abgelaufene Geschäftsjahr. cmu.

VNG findet Öl vor Norwegen

Das Leipziger Unternehmen Verbundnetz Gas AG (VNG) ist vor der Küste Norwegens auf Öl gestoßen. Bei Bohrungen westlich von Stavanger sei eine Lagerstätte mit bis zu 38 Millionen Barrel an förderbarem Öl entdeckt worden, berichtet die „Mitteldeutsche Zeitung“. „Dieser Fund ist die bisher bedeutendste Öl-Entdeckung für VNG Norge auf dem norwegischen Schelf“, sagte VNG-Betriebsvorstand Michael Ludwig. Sollte es gelingen, die Lagerstätten auszubeuten, gehören VNG laut Bericht allerdings nur 20 Prozent des Öls. Auch Unternehmen wie Wintershall, Eon und Bridge Energy sind beteiligt. dpa

P+S-Werft wird angefahren

Während auf der Stralsunder Volkswerft, die zum insolventen Schiffbauer P+S-Werften gehört, der Bau von zwei Fähren für die dänische Reederei DFDS wieder anläuft, bereitet das Fährunternehmen Scandlines die Vergabe neuer Aufträge für zwei Schiffe vor. Der Bau der Schiffe hatte sich verzögert, zudem waren die Fähren schwerer als geplant geraten. Bis zum Sommer sollen die Aufträge fest vergeben werden, sagte eine Sprecherin. Für die DFDS-Fähren hatte die Reederei den von der Werft seit Jahresbeginn erwarteten Vertrag unterzeichnet. dpa

Vodafone streicht Stellen

Spanischen Arbeitnehmern des Telekomkonzerns Vodafone steht eine Entlassungswelle bevor. Das Unternehmen plant ein Treffen mit Gewerkschaftsvertretern, um über Ausmaß und Bedingungen der Stellenstreichungen zu beraten. Wie Telefonica verliert Vodafone in Spanien Kunden. Das Land verharrt in der Rezession, die Arbeitslosenquote liegt über 25 Prozent. Dow Jones

Muskelspiele in Detroit: Amerikas Automarkt soll 2013 für den großen Schwung sorgen

Volkswagen übt sich nach Rekordjahr in Vorsicht

Am Vorabend der Automesse in Detroit lässt der VW-Vorstandsvorsitzende Martin Winterkorn sich für den Rekordabsatz von erstmals mehr als neun Millionen Autos feiern. Andererseits scheut er selbst eine vage Prognose für das Jahr 2013.

cru. DETROIT, 14. Januar. Der Volkswagen-Konzern hat im vergangenen Jahr trotz der flauen Konjunktur so viele Fahrzeuge verkauft wie nie zuvor. Erstmals überschritt Europas größter Autohersteller die Absatzmarke von 9 Millionen Stück und ist damit drittgrößter Hersteller der Welt hinter den Konkurrenten Toyota und General Motors. Der Vorstandsvorsitzende Martin Winterkorn zeigte sich kurz vor Beginn der Detroiter Automesse mit dem Erreichten zufrieden, warnte aber vor einem schwierigen Jahr 2013 mit härterem Wettbewerb.

Richtige Feierlaune wollte am Sonntagabend im College for Creative Studies, einer Hochschule für Industriedesign, in Detroit nicht aufkommen. Auf einer Bühne aufgereiht, stellten sich dort Porsche-Chef Matthias Müller, Winterkorn, Audi-Chef Rupert Stadler, VW-Vertriebschef Christian Klingler und Amerika-Manager Jonathan Browning den Fragen internationaler Journalisten – mit streng zugeknöpftem Jackett, den Rücken durchgedrückt. „Wir dürfen nicht übermütig werden“, warnte Winterkorn.

Dabei hätte VW zumindest momentan allen Grund zu feiern: In den vergangenen drei Jahren hat der Konzern jedes Jahr eine Million Einheiten im Absatz zugelegt. Neben der Kernmarke VW haben in Detroit auch die beiden Premiummarken Audi und Porsche Rekordabsätze für das Jahr 2012 gemeldet. Die Entscheidung, im vergangenen Jahr erstmals nach einem Vierteljahrhundert wieder eine VW-Fabrik in den Vereinigten Staaten zu errichten, hat sich ausgezahlt. Vor allem dank der Entwicklung und Produktion eines eigens auf die Vorlieben amerikanischer Kunden abgestimmten Passat hat VW in Amerika im vergangenen Jahr 580 000 Neuwagen verkauft.

Das war zum ersten Mal wieder etwas mehr als im Jahr 1970, als noch die heranwachsende Generation der Babyboomer den Käfer und den VW-Transporter zu Pop-Ikonen werden ließ. VW war damals tief in Amerika verankert. Unter anderem wegen des Kultfilms „Alices Restaurant“, in dem Arlo Guthrie in einem roten VW-Bus vor seiner Einberufung in die Armee flieht. Auf den Höhenflug mit dem Käfer folgte jedoch der Misserfolg mit dem Golf, und dieser war so schlimm, dass VW 1987 sein damals einziges amerikanisches Werk in Westmoreland schließen musste. Heute beschäftigt der Konzern wieder 3000 Leute in seiner Fabrik in Chattanooga, die 170 000 Autos im Jahr produzieren kann.

Angespannt ins neue Jahr: *Die VW-Führungsriege um Martin Winterkorn (Dritter von links) wagt noch keine Prognose.* Foto dpa

An die guten alten Zeiten knüpft VW in Amerika also gerade erst wieder an. Im laufenden Jahr soll das Amerika-Geschäft bei einem Absatz von mindestens 600 000 Einheiten erstmals seit dem Neustart Gewinn abwerfen. Nach dem Erfolg des deutlich billiger als in Europa verkauften „US-Passat“ zeigt VW nun in Detroit abermals zwei besonders auf amerikanische Verhältnisse zugeschnittene Autos: eine Hybridversion des dem Golf ähnelnden Modells Jetta und die Studie eines mittelgroßen Geländewagens, von dem noch nicht feststeht, ob er in Chattanooga oder am mexikanischen Standort Puebla produziert wird.

Als größte Schwierigkeit benannte Winterkorn vor dem Messestart den weiter schrumpfenden europäischen Markt, doch auch in anderen Regionen schwäche sich das Momentum ab, warnte er. „2013 wird ein herausforderndes Jahr für die gesamte Autoindustrie und auch für uns.“ Nicht einmal bei der Frage, ob VW die 13 000 Leiharbeiter in Deutschland werde halten können, legte er sich fest. „Wir werden versuchen, unsere Fabriken auszulasten“, hieß es lediglich. Zurzeit gebe es in Europa Überkapazitäten von etwa drei Millionen Einheiten. An der Aufgabe, diese zu reduzieren, müsse und werde sich VW aber nicht beteiligen. „Wir bauen momentan keine Überkapazitäten ab.“ Schnell verbessern wird sich die Lage auch nicht, Vertriebschef Klingler wies vielmehr darauf hin, dass sich durch den Freihandel mit Korea die Konkurrenz durch die koreanischen Hersteller verschärfen werde. Auch sei über kurz oder lang mit dem beginnenden Wettbewerb durch chinesische Hersteller zu rechnen.

Trotz aller Schwierigkeiten auf dem europäischen Markt, wo die Marke VW außerhalb Deutschlands fast 7 Prozent Absatz eingebüßt hat, hält Winterkorn aber einen weiteren Absatzrekord des Gesamtkonzerns im Jahr 2013 zumindest für möglich. „VW steckt nicht zurück, wir bleiben auf der Überholspur“, sagte er. „Volkswagen wächst mit den Herausforderungen. Das setzen wir fort, auch wenn die Zeiten härter werden.“

In Europa, China und den Vereinigten Staaten sieht der Konzernchef VW als erfolgreich an. Es gebe aber noch immer gänzlich weiße Flecken auf der Landkarte des Konzerns. Dazu zählten etwa die Staaten Südostasiens sowie Afrika. Hier könnte VW neue Vorstöße starten. Vor allem wenn irgendwann in den kommenden Wochen die Entscheidung darüber getroffen worden ist, ob eine neue Billigmarke im Konzern eingerichtet wird. Winterkorn kündigte im Gespräch am Rande der Feier an, er werde in jedem Falle streng darauf achten, dass eine solche Billigmarke nicht die Kernmarke VW beschädigt. Diese Gefahr bestehe. Das habe das Beispiel des Konkurrenten Renault gezeigt, dessen preisgünstige rumänische Marke Dacia inzwischen außerhalb Europas auch unter dem Namen Renault verkauft wird – während der Absatz der Marke Renault dort unter anderem gerade wegen der neuen internen Konkurrenz zurückgeht.

In Amerika, dem größten Automarkt der Welt, wachsen die deutschen Hersteller – neben VW auch Daimler und BMW – schon seit sieben Jahren schneller als der Markt. Zusätzlichen Schub soll nun auch noch eine gemeinsame Kampagne der Deutschen für ihre in Amerika bisher eher verpönten Dieselmotoren bringen.

Auto-Großereignis zum Jahresauftakt

Die am Montag eröffnete North American International Auto Show in Detroit ist das traditionelle Großereignis der Autoindustrie zum Jahresbeginn. Die Messe fand erstmals im Jahr 1907 statt, damals noch in recht bescheidenem Rahmen und mit ausschließlich regionalen Herstellern. Heute ist sie ein wichtiger Treffpunkt für die Autoindustrie aus der ganzen Welt. An den ersten beiden Tagen ist sie allein Journalisten vorbehalten, danach folgen zwei Tage für Fachbesucher. Vom 19. bis zum 27. Januar ist die Messe dann für das breite Öffentlichkeit zugänglich. Ort des Geschehens ist das Cobo-Kongresszentrum, das sich gerade inmitten einer 280 Millionen Dollar teuren Renovierung befindet. Im vergangenen Jahr zählte die Messe mehr als 800 000 Besucher, die meisten kamen an den Publikumstagen. Nach Angaben der Organisatoren hat die Veranstaltung damals zwischen 350 Millionen und 375 Millionen Dollar in die Wirtschaft in und um Detroit gepumpt. Auf der diesjährigen Schau werden mehr als 50 neue Modelle erwartet. Wie schon in den vergangenen Jahren zeigen sich auch diesmal einige hochrangige Politiker in Detroit. So eröffnete der amerikanische Verkehrsminister Ray LaHood am Montag die Messe. lid.

Heimspiel auf dem Vorzeigemarkt

GM, Ford und Chrysler präsentieren sich in Detroit wieder als selbstbewusste Gastgeber

lid. DETROIT, 14. Januar. Das Heimspiel auf der Auto Show in Detroit war für die amerikanische Autoindustrie nicht immer eine erfreuliche Angelegenheit. Über Jahre hinweg bescherte der amerikanische Markt General Motors (GM), Ford und Chrysler Verluste. Radikalsanierungen und im Fall von GM und Chrysler sogar Insolvenzen waren die Folge.

Heute haben sich die Vereinigten Staaten für die einheimischen Hersteller vom Krisenherd zum Vorzeigemarkt gewandelt. Hier sprudeln die Gewinne, und zwar so sehr, dass dadurch das desolate Geschäft in Europa und zum Teil auch anderswo klar wettgemacht werden kann. GM, Ford und Chrysler haben daher Anlass, in Detroit in diesem Jahr wieder als selbstbewusste Gastgeber aufzutreten.

GM legte schon am Vorabend des Messebeginns einen großen Auftritt in einem alten Fabrikgebäude hin. Am Sonntag enthüllte Nordamerika-Chef Mark Reuss die mit Spannung erwartete Neuauflage des legendären Sportwagens Corvette. „Dieses Auto ist der Grund, warum ich für GM arbeite“, sagte Reuss. Die mit dem Beinamen „Stingray“ versehene Corvette ist für GM ein Prestigeprojekt, auch wenn sie als Nischenmodell nicht unbedingt die höchsten Stückzahlen verspricht. Vorstandschef Dan Akerson nannte die neue Version „eines der schönsten Autos, die jemals gebaut worden sind.“

Anders als der europäische ist der amerikanische Automarkt derzeit sehr robust. Im vergangenen Jahr wurden hier insgesamt 14,5 Millionen Fahrzeuge verkauft und damit 13 Prozent mehr als 2011. Es war das beste Jahr seit 2007. Für das laufende Jahr erwarten Analysten einen weiteren Anstieg auf mehr als 15 Millionen Fahrzeuge. Damit nähert sich die Branche wieder dem Niveau von 16 Millionen Autos, das sie vor der Wirtschaftskrise im vergangenen Jahrzehnt regelmäßig übersprang.

Die drastischen Kostensenkungen vor einigen Jahren erlauben den amerikanischen Herstellern heute, in ihrer Heimat sehr profitabel zu arbeiten. GM etwa schaffte in den ersten neun Monaten 2012 in Nordamerika ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern von 5,5 Milliarden Dollar, fast 80 Prozent des operativen Konzerngewinns. Bei Ford war der Vorsteuergewinn in Nordamerika (6,5 Milliarden Dollar) höher als im gesamten Autogeschäft (5 Milliarden Dollar), weil andere Regionen entweder defizitär oder kaum profitabel waren. Chrysler macht ohnehin 90 Prozent seines Geschäfts in Nordamerika, was dem Unternehmen derzeit sehr zugutekommt. Der kleinste amerikanische Hersteller, der mehrheitlich zum italienischen Fiat-Konzern gehört, schaffte in den ersten neun Monaten einen Nettogewinn von 1,3 Milliarden Dollar.

Der neue Corvette Stingray Foto dpa

Auch die Finanzmärkte haben die amerikanische Autoindustrie wiederentdeckt. Die Aktienkurse von GM und Ford haben in den vergangenen sechs Monaten jeweils um rund 50 Prozent zugelegt und damit viel stärker als der Gesamtmarkt. Der Aktienkurs von GM ist nun mit rund 30 Dollar nicht mehr allzu weit vom Ausgabepreis von 33 Dollar beim Börsengang im Herbst 2010 entfernt. Beide Unternehmen lieferten in jüngster Zeit auch jenseits der von ihnen ausgewiesenen Gewinne gute Nachrichten. Ford kündigte gerade eine Verdopplung seiner Dividende an. Für GM ist seit kurzem der dringend herbeigesehnte Abschied der amerikanischen Regierung als Großaktionärin absehbar. Das Finanzministerium teilte im Dezember mit, sich in spätestens 15 Monaten von seinen verbleibenden Anteilen zu trennen. GM wird somit bald das ungeliebte Etikett „Government Motors“ abschütteln können, das dem Unternehmen seit der umstrittenen staatlich finanzierten Rettung im Jahr 2009 anhaftet.

Und doch ist das Bild bei beiden Unternehmen selbst auf dem Heimatmarkt nicht ungetrübt. Sowohl GM als auch Ford haben im vergangenen Jahr Marktanteile verloren. Sie steigerten ihre Verkaufsmengen um 4 und 5 Prozent und blieben damit weit hinter dem gesamten Marktwachstum von 13 Prozent zurück. GM und Ford verloren Boden an die wiedererstarkten japanischen Hersteller wie Toyota und Honda, die sich nach den Schwierigkeiten des Vorjahres, als das Erdbeben in Japan für Lieferengpässe sorgte, erholten. Speziell GM litt unter seiner im Branchenvergleich veralteten Produktpalette. Das Unternehmen sieht darin noch immer Nachwirkungen aus der Zeit der Insolvenz, als wenig in neue Produkte investiert wurde.

Der ebenfalls durch ein Insolvenzverfahren gegangene Wettbewerber Chrysler hat sich freilich um einiges besser geschlagen. Chrysler steigerte seine Verkaufszahlen im vergangenen Jahr um 21 Prozent und hat damit seinen Marktanteil ausgebaut. In der Produktpalette des Herstellers schlägt sich mittlerweile die 2009 eingegangene Verbindung zu Fiat nieder. So brachte Chrysler im vergangenen Jahr das Kompaktauto Dodge Dart in Amerika auf den Markt, das erste Auto, das auf einer Plattform der Fiat-Gruppe basiert. Chrysler hat aber gegenüber GM und Ford noch immer Rückstand in den Gewinnmargen der verkauften Autos.

GM nimmt sich vor, in diesem Jahr nicht wieder schlechter abzuschneiden als der Gesamtmarkt. Konzernchef Akerson versprach vor wenigen Tagen eine Produktoffensive, die zumindest einen „bescheidenen Anstieg“ des Marktanteils bringen solle. So will GM inklusive der Corvette in diesem Jahr 13 neue Chevrolet-Modelle auf den amerikanischen Markt bringen. Große Hoffnungen setzt der Konzern auf die Neuauflagen seiner beiden Pick-up-Transporter Chevrolet Silverado und GMC Sierra, die in Detroit gezeigt werden. Auch bei diesen Modellen hat GM gegenüber der Konkurrenz dringenden Modernisierungsbedarf. Diese Pick-ups sind für Autohersteller ein besonders attraktives Geschäft, weil sie hohe Gewinnspannen haben.

Die Nachfrage nach diesen Transportern, die oft von Gewerbetreibenden wie Bauunternehmen gekauft werden, hat sich zuletzt im Zuge der Erholung auf dem amerikanischen Häusermarkt wieder belebt. Deswegen dürften Pick-ups allgemein auf der Messe wieder eine größere Rolle spielen, nachdem sie in den vergangenen Jahren gegenüber kleineren und verbrauchsärmeren Autos immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden waren. Angeblich will Ford in Detroit einen ersten Blick auf die nächste Generation seines Pick-ups F-150 gewähren, die 2014 auf den Markt kommen soll. Der F-150 ist seit vielen Jahren das meistverkaufte Fahrzeug in Amerika.

Conti dämpft die Erwartungen

Autozulieferer rechnet 2013 mit schwächerem Wachstum

cmu. HAMBURG, 14. Januar. Der drittgrößte Autozulieferer der Welt blickt nach dem Rekordjahr 2012 etwas vorsichtiger in die Zukunft. Wie die Continental AG am Montag mitteilte, soll der Umsatz im laufenden Jahr um rund 5 Prozent auf mehr als 34 Milliarden Euro steigen. Die bereinigte operative Rendite soll oberhalb von 10 Prozent bleiben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat Conti nach vorläufigen Berechnungen den Umsatz um mehr als 7 Prozent auf rund 32,7 Milliarden Euro gesteigert und einen bereinigten operativen Gewinn (Ebit) von rund 3,5 (Vorjahr: 3) Milliarden Euro erzielt. Dies entspricht einer Ebit-Rendite von 10,7 Prozent.

Dass der Konzern nun die Erwartungen leicht dämpft, liegt an der schwierigen Lage auf einigen wichtigen Automärkten. Zwar gleicht die Nummer drei nach Bosch und Denso durch ihre internationale Präsenz die Schwäche auf einzelnen Automärkten weitgehend aus. Doch von der Flaute in Europa könne sich auch Conti nicht vollständig entkoppeln, hieß es in Unternehmenskreisen. In dieser Region würden 2013 voraussichtlich 2 Prozent weniger Autos und leichte Nutzfahrzeuge produziert. Insgesamt rechnet der Konzern damit, dass im laufenden Jahr rund um den Globus ungefähr 82 Millionen Fahrzeuge gebaut werden. Das entspräche einem Wachstum von etwa 2,5 Prozent. „Wir werden das hohe Tempo des erfolgreichen Jahres 2012 voraussichtlich nicht ganz halten können“, sagte der Vorstandsvorsitzende Elmar Degenhart. „Allerdings haben wir 2012 bereits viele unserer mittelfristigen Finanzziele nahezu erreicht und werden in jedem Fall unsere Verschuldung auch im laufenden Jahr weiter reduzieren.“ Per Ende September beliefen sich die Nettofinanzschulden auf rund 6,8 Milliarden Euro. Das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital (Gearing) lag bei 78 Prozent (Ende 2011: 90 Prozent).

Nach früheren Aussagen des Finanzvorstands Wolfgang Schäfer soll diese Quote bis Ende 2013 auf weniger als 60 Prozent sinken. Für einen im April 2014 fälligen syndizierten Kredit hat Conti die Refinanzierung gestartet. Dabei handelt es sich um den verbliebenen Teil der 2007 aufgenommenen Darlehen von insgesamt 13,5 Milliarden Euro für die Übernahme von Siemens VDO. Die verbliebenen Kredite von etwa 4,5 Milliarden Euro sollen in zwei Tranchen mit Laufzeiten von drei und fünf Jahren aufgeteilt werden. Die Verhandlungen darüber will Conti noch im Januar abschließen. Die endgültigen Zahlen für 2012 legt Conti am 7. März vor.

China beflügelt Jaguar Land Rover

theu. LONDON, 14. Januar. Der britisch-indische Autohersteller Jaguar Land Rover (JLR) hat 2012 seinen Absatz um fast ein Drittel gesteigert. Die Verkaufszahlen legten um 30 Prozent auf einen Rekordwert von knapp 358 000 Fahrzeuge zu. Der Zuwachs ist fast doppelt so groß wie 2011. In China stiegen die Absatzzahlen um 71 Prozent auf rund 72 000 Autos. Das Reich der Mitte war damit für die Traditionsmarken vor Großbritannien und den Vereinigten Staaten der wichtigste Markt. In Deutschland verkaufte das Unternehmen im vergangenen Jahr 12 896 Fahrzeuge, 56 Prozent mehr als 2011. Für die Zukunft ist JLR optimistisch: „Wir werden 2013 erheblich steigende Verkaufszahlen quer durch alle Regionen sehen“, sagte Vertriebschef Phil Popham in Detroit. Um die Nachfrage zu decken, schafft der Hersteller, der von dem deutschen Automanager Ralf Speth geführt wird, in seiner Fabrik im englischen Solihull 800 weitere Arbeitsplätze. JLR gehört seit 2008 dem indischen Tata-Konzern und hat zuletzt eine neue Blüte erlebt. Vor allem die Geländewagenmarke Land Rover floriert wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Daimler braucht zweites „Übergangsjahr“

DETROIT, 14. Januar (dpa). Daimler muss seine Aufholjagd im Rennen mit Audi und BMW weiter auf die lange Bank schieben. Nach dem ernüchternden „Übergangsjahr“ 2012 mit korrigierter Prognose, Sparprogramm und wachsendem Abstand zur Konkurrenz kann der Vorstandsvorsitzende Dieter Zetsche auch für 2013 noch keinen Wendepunkt versprechen. „Wir haben gesagt, dass wir spätestens 2020 vor unserem Wettbewerb sein wollen. Wir haben nicht gesagt, dass wir 2013 schon dort sein werden“, sagte er in Detroit. Für die zweite Jahreshälfte versprach Zetsche „spürbare Verbesserungen“, 2014 solle dann „gut“ werden. Bewegung gibt es an anderer Stelle: Wenn Daimlers chinesischer Partner BAIC seine Pkw-Sparte wie geplant an die Börse bringt, könnte der Konzern mit einsteigen. Man sei in „ernsthaften Gesprächen“ über die eigene Rolle nach einem Börsengang, sagte Zetsche. „Keine Gespräche oder Informationen“ gebe es dagegen zu einem möglichen größeren Einstieg des chinesischen Staatsfonds CIC bei den Schwaben. Der Fonds sei aber mit etwas mehr als einem Prozent bereits Anteilseigner.

Goldman Sachs erwägt spätere Bonuszahlungen

nks. NEW YORK, 14. Januar. Die amerikanische Bank Goldman Sachs Group Inc. will nach Medienberichten Bonuszahlungen für ihre Angestellten in Großbritannien möglicherweise verschieben, um in den Genuss von Steuersenkungen zu kommen. Es werde erwogen, ob die Boni erst nach dem 6. April zugeteilt werden sollten, hieß es. Ab dann gilt in Großbritannien ein Spitzensatz für die Einkommensteuer von 45 Prozent und nicht mehr wie derzeit von 50 Prozent. Es geht bei den Sonderleistungen um Teile der Bonuszahlungen aus den Jahren 2009, 2010 und 2011. Angesichts des in der Öffentlichkeit umstrittenen Themas ist es allerdings noch nicht klar, ob sich die Bank für die zeitliche Verschiebung aussprechen wird. Es gilt intern als nicht unwahrscheinlich, dass Goldman die Pläne aufgeben wird.

In den Vereinigten Staaten hatte die auf Wertpapiergeschäfte spezialisierte Bank kürzlich allerdings auf Veränderungen der Steuergesetze reagiert. Goldman hatte die für 2013 geplante Zahlung von Extravergütungen noch ins alte Jahr vorgezogen, um der Anhebung des Spitzensteuersatzes zum 1. Januar zuvorzukommen. Die Mitteilung über die Überweisung von insgesamt rund 65 Millionen Dollar an zehn Spitzenmanager, darunter der Goldman-Vorstandsvorsitzende Lloyd Blankfein, der seine Karriere als Steuerjurist begonnen hatte, erreichte die amerikanische Börsenaufsicht am 31. Dezember – rund 24 Stunden bevor der amerikanische Kongress die Steuererhöhung verabschiedete. Die Zahlung ging einige Wochen früher über die Bühne als üblich. In Amerika hatten viele Unternehmen vorzeitig auf die absehbare Erhöhung von Steuern unter anderem auf Dividenden reagiert. Aktiengesellschaften wie der Einzelhändler Costco oder die Warenhauskette Dillard's hatten Ende 2012 Sonderdividenden ausgeschüttet.

Gerüchte um iPhone 5 belasten Apple-Aktie

Kno. FRANKFURT, 14. Januar. Über den Absatz des iPhone 5, der jüngsten Generation von Mobiltelefonen des Elektronikkonzerns Apple, gibt es neue Spekulationen, die den Aktienkurs des Unternehmens belasten. Wie es in Berichten des „Wall Street Journal" und der japanischen Zeitung „Nikkei" heißt, habe Apple seine Bestellungen für die Bildschirme und anderer Bauteile für das laufende Quartal deutlich gesenkt – angeblich wegen einer geringeren Nachfrage. Spekulationen über die vermeintlich oder tatsächlich unbefriedigenden Absatzzahlen des iPhone 5 häufen sich und belasten den Aktienkurs von Apple seit geraumer Zeit. Auch am Montag stand das Papier mit einem Kursminus von im Verlauf 3 Prozent unter Druck. In den Berichten heißt es, Apple habe die Bestellungen bei den Bildschirmlieferanten Japan Display, Sharp und LG Display in etwa halbiert. Ursprünglich sollten „Nikkei" zufolge im laufenden Quartal 65 Millionen Screens bestellt werden. Von allen beteiligten Unternehmen waren zu den Berichten keine Kommentare zu erhalten. Der Verkaufsstart im September hatte für das Telefon sehr vielversprechend ausgesehen. In den ersten drei Tagen wurde das iPhone 5 mehr als 5 Millionen Mal verkauft. Schon die Vorbestellungen ließen einen Bestseller vermuten – die Zahl war fast doppelt so hoch wie beim Vorgängermodell.

Billabong lockt neue Bieter an

che. SINGAPUR, 14. Januar. Zu deutlich niedrigeren Kursen als noch vor Monaten wird der australische Bekleidungskonzern Billabong International für potentielle Investoren wieder interessant. Am Montag erhielt der Hersteller von Surf- und Skimode ein Angebot über 526,8 Millionen australische Dollar (415,8 Millionen Euro) von einem Konsortium um den amerikanischen Modekonzern VF Corp. und Altamont Capital Partners. VF hält unter anderen Marken wie Nautica, The North Face, Timberland, Eastpak und Wrangler. Bis 2017 wollen die Amerikaner ihren Umsatz allein in Asien um 1,1 Milliarden Dollar steigern. Die Offerte entspricht in ihrer Höhe derjenigen von Sycamore Partners um den bisherigen Amerika-Chef von Billabong, Paul Naude. Davor hatte Billabong ein Angebot des privaten amerikanischen Kapitalgebers TPG über zuletzt 841,8 Millionen Dollar noch als zu niedrig abgelehnt. Doch kurz vor Weihnachten warnte der Hersteller bei der dritten Prognosesenkung innerhalb eines Jahres dann aber, sein Überschuss werde mit höchstens 63 Millionen Dollar im Geschäftsjahr nur halb so hoch ausfallen wie erwartet. Die neue Billabong-Vorstandschefin Launa Inman arbeitet an der Einführung einer Transformationsstrategie, die den Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen bis 2016 um rund 150 Millionen Dollar steigern soll. Analysten erwarten ein Bietgefecht um den Konzern, dessen Name in der Sprache der australischen Ureinwohner „Wasserloch" heißt.

Swatch kauft den Edeljuwelier Harry Winston in Amerika

Mit der Akquisition für insgesamt 1 Milliarde Dollar stärken die Schweizer ihr Luxusgeschäft. Außen vor bleibt die Diamantenförderung von Harry Winston. Die Börse reagiert dennoch begeistert.

du. ZÜRICH, 14. Januar. Der Uhren- und Schmuckkonzern Swatch Ltd. in Biel verstärkt sich weiter im Luxussegment: Die Schweizer haben nach eigenen Angaben den vollständigen Erwerb der HW Holdings Inc. in den Vereinigten Staaten vereinbart. Für einen Kaufpreis von 750 Millionen Dollar plus maximal 250 Millionen Dollar Nettoschulden geht damit die Harry Winston Inc. mit der gleichnamigen Marke und einem Werk in Genf an Swatch. Der größte Uhrenkonzern der Welt ist bereits mit Marken wie Blancpain und Breguet, die zum Teil sechsstellige Beträge kosten, in der obersten Preisklasse vertreten.

In Amerika war 2011 eine Zusammenarbeit zwischen Swatch und Tiffany & Co. spektakulär gescheitert und führte zu milliardenschweren rechtlichen Auseinandersetzungen. Die nun angekündigte Transaktion bedarf noch einiger kartellrechtlicher Genehmigungen. Außen vor bleibt dabei die Diamantenförderung der börsennotierten Harry Winston Diamond Corp., hieß es.

An der Börse sorgte die Ankündigung der bisher größten Akquisition von Swatch für Begeisterung. In der Spitze gewann die Aktie nahezu 5 Prozent. Am Nachmittag übertraf sie mit 511 Franken den Vortag um 3,8 Prozent. Auf ein Jahr gesehen, hat der Kurs um gut ein Drittel zugelegt, der Schweizer Konkurrent Richemont mit der Schmuckmarke Cartier verbesserte sich in derselben Zeit allerdings um 48 Prozent. Analysten loben in erster Linie die strategischen Komponenten der Akquisition. Nach Ansicht von Jon Cox von Kepler Equities wächst das Premiumsegment von Schmuckuhren, wie sie Harry Winston anbietet, trotz der Konjunkturschwäche weiter. Daneben bietet die rund 70 Prozent des Umsatzes erwirtschaftende Schmucksparte zum Beispiel diamantenbesetzte Verlobungsringe und Anstecknadeln an. Michael Heider von Helvea verweist auf die großen Synergiemöglichkeiten, die sich für die amerikanische Marke mit dem Schweizer Uhrenkonzern ergebe. Unabhängig davon hat die Deutsche Bank im Rahmen einer Branchenstudie neu ein Kursziel für Swatch von 590 Franken formuliert.

Mit ungefähr 430 Millionen Dollar (323 Millionen Euro) Jahresumsatz verstärkt Harry Winston das Geschäftsfeld Uhren und Schmuck von Swatch, das 2012 umgerechnet rund 6 Milliarden Euro erlöste. Das Unternehmen, dessen Verkauf von der Bank Rothschild begleitet wurde, war in ganz Amerika bekannt geworden, als Gründer Harry Winston den berühmten Hope-Diamanten der Smithsonian Institution in Washington schenkte. Der amerikanische Anbieter mit Gründungsjahr 1932 beschäftigt 535 Mitarbeiter. Die Pretiosen werden in 220 Geschäften rund um die Welt angeboten.

Die Profitabilität von Harry Winston liegt mit einer betrieblichen Rendite von rund 10 Prozent deutlich unter der von Swatch, die Patrick Schwendimann von der Zürcher Kantonalbank für 2012 bei 27,5 Prozent ansiedelt. Nach den Worten von Robert Gannicott, Unternehmenslenker der Harry Winston Diamond Corp., erhalten die Verkäufer einen „anständigen Return on Investment", der in die künftige Expansion fließen werde. *(Kommentar, Seite 16)*

Edler Kauf: *Harry Winston* Foto Getty

In der Nordsee betreten unsere Ingenieure Neuland. Sie arbeiten an Offshore-Windkraftwerken, die fünfmal weiter von der Küste entfernt sind als bisherige Projekte. Tiefes Wasser, extremes Wetter und lange Übertragungswege sind die Herausforderung. Doch diese Pionierleistung wird sich auszahlen: Die neuen Windparks werden viel leistungsfähiger und sie werden mehrere Hunderttausend Haushalte in Deutschland mit Strom versorgen.

Um die Energiewende zu schaffen, braucht Deutschland eine Balance zwischen erneuerbarer und fossiler Energie, zwischen dezentralen Anlagen und großen Kraftwerken. Dazu müssen wir eine intelligente Netzinfrastruktur mit Stromautobahnen und -speichern aufbauen und den Stromverbrauch senken – in der Industrie, im Verkehr, in öffentlichen Gebäuden und privaten Haushalten.

Deutschland kann beweisen, dass eine bezahlbare und nachhaltige Stromversorgung ohne Kernenergie möglich ist. Und gleichzeitig die Exportkraft von Klimaschutz- und Umwelttechnologien stärken. Die Antworten für nachhaltige Energie sind da. Und die Zeit für neue Wege ist jetzt. Denn die Welt von morgen braucht unsere Antworten schon heute.

siemens.com/answers

MENSCHEN & WIRTSCHAFT

Der Igel von der Börse

Reto Francioni zieht sich gerne zurück, ist aber oft vor den kurzatmigen Konkurrenten am Ziel

Ich bin schon da, ruft die ihrem Mann zum Verwechseln ähnlich sehende Igelfrau dem Hasen im Märchen „Der Hase und der Igel“ zu. Der traut seinen Augen nicht und tritt immer wieder vergeblich zum Wettlauf gegen den klugen Igel an, der im Ziel seine Frau plaziert hat. Nun ist Reto Francioni kein Igel, und auch von triumphierenden Auftritten seiner Frau ist nichts bekannt. Für „seine“ Börse ist Francioni aber immer wieder in der Rolle des Igels.

So konnte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse den hiesigen Regulatoren unlängst ein „Ich bin schon da“ zurufen, als diese im Herbst ihren Entwurf für ein Gesetz zur Vermeidung von Gefahren und Missbräuchen im Hochfrequenzhandel vorlegten. Die Deutsche Börse hat längst entsprechende Vorkehrungen getroffen. Nicht in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Politik, sondern weil es ihr ureigenstes Anliegen ist, den Handelsteilnehmern ein gutes Umfeld für ihr Tun zu bieten. Hochfrequenzhändler, die binnen Millisekunden mit unzähligen Wertpapieraufträgen die Handelssysteme verstopfen, ohne die Aufträge wirklich ausführen zu wollen, werden schon länger Strafen durch die Börse auferlegt, weil der Börsenbetreiber selbst das geringste Interesse daran hat, verstopfte Handelssysteme zu haben. Droht der Handel aus dem Ruder zu laufen, gibt es hierzulande ein bewährtes System von Volatilitätsunterbrechungen, die den Marktteilnehmern eine Verschnaufpause zum Nachdenken verschaffen.

Reto Francioni Foto Reuters

Angreifbar geworden ist der Hochfrequenzhandel durch Geschehnisse andernorts, insbesondere in Amerika seit dem „Flash-Crash“ an der Wall Street im Mai 2010, als der Dow Jones binnen weniger Minuten mehr als 1000 Punkte verlor. Die Ursprungs-Order, die für Verkaufsdruck sorgte, kam zwar auch dort nicht von einem Hochfrequenzhändler, die Handelssysteme waren aber auf eine solche Ausnahmesituation schlecht vorbereitet.

Auch hier könnte Francioni ein „Ich bin schon da“ rufen, gehörte er doch schon in den neunziger Jahren zu den Verfechtern eines vollautomatischen Computerhandelssystemes und hat in Frankfurt wesentlich zur Einführung des Xetra-Systems beigetragen. Seit dem „Flash-Crash“ ist ein reges Interesse der Amerikaner am deutschen Handelssystem und auch an den hiesigen Sicherungsmechanismen zu vernehmen. Der modernen Handelsinfrastruktur in Frankfurt ist es auch zu verdanken, dass an der Frankfurter Wertpapierbörse noch ein Gutteil des Handels der deutschen Aktien stattfindet. In Amerika kommt die New York Stock Exchange nur noch auf ein Fünftel des Handelsvolumens.

Dass die Deutsche Börse in vielerlei Hinsicht besser dasteht als ihre Konkurrenz, hat Francioni nach der geplatzten Fusion mit der Nyse Euronext im Februar 2012 den Kopf gerettet. Viel Zeit und Geld hat der abermalige Fusionsversuch gekostet. Hilfreich war für den 57 Jahre alten Schweizer zudem, dass er im Laufe seiner gut sieben Jahren Amtszeit als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Börse den Vorstand und den Aufsichtsrat mit Leuten seines Vertrauens besetzt hat.

Nützlich war auf diesem Weg, dass Francioni eine weitere Eigenschaft des Igels beherrscht, er kann sich einigeln. Dieser innere Rückzug, der so gar nicht zum hektischen, schnelllebigen Börsengeschäft passt, schützt vor Angriffen und bietet Zeit zum Nachdenken. Francioni – der nicht selten auch den Rückzug zum Angeln in die Schweiz wählt – hielt so den Attacken der Hedgefonds TCI und Atticus aus den ersten Jahren seiner Amtszeit äußerlich unbewegt stand. Sie wollten aus der Börse so viel Kapital als möglich ziehen und regten immer wieder eine Zerschlagung des integrierten Konzerns an. Heute kann Francioni ein „Ich bin schon da“ ausrufen. Viele Börsenkonzerne beneiden ihn ob des integrierten Modells, das neben dem Handel von Aktien, Anleihen, Fonds und Terminkontrakten auch die Abwicklung der Transaktionen und die Verwahrung der Wertpapiere umfasst, sowie das lukrative Geschäft mit Marktdaten und Indizes. Der Deutschen Börse wird mit 9 Milliarden Euro ein weit höherer Marktwert zugewiesen als den New Yorker Börsenkonzernen Nyse Euronext und Nasdaq OMX oder der London Stock Exchange.

Gleichwohl wünschten sich einige Marktteilnehmer an vielen Stellen auch weniger Igel. So steht der Durchbruch der Börse in Asien noch aus, im Währungs- und Rohstoffhandel ist sie nur ein Nischenanbieter, und eine offensive Werbung für die Aktie als Geldanlage und für den Kapitalmarkt an sich betreibt Francioni öffentlich so gut wie gar nicht. DANIEL MOHR

ANZEIGE

Morgen in Natur und Wissenschaft

Schutz nach dem Schlag
Antidepressiva helfen bei der Rehabilitation nach Schlaganfällen

Als der Kosmos Achterbahn fuhr
Die Expansion des Universums hat sich nicht immer so beschleunigt wie heute

Ein Freiheitsfreund als Sklavenhalter
Amerika streitet um Henry Wienceks düsteres Porträt von Thomas Jefferson

Bilinguale Fachmagazine
Der Lerneffekt ist in der Muttersprache einfach größer

Kostenloses Probeabo 0180 2 52 52*
www.faz.net/probeabo
*6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkhöchstpreis 42 Cent pro Minute.

Deutsche Bank beruft Tietmeyer

Zum 1. Februar wird für die Deutsche Bank in Berlin Ansgar Tietmeyer die Beziehungen zu Ministerien, Behörden, Parteien und Abgeordneten verantworten. Wie das Institut am Montag mitteilte, wechselt der 45 Jahre alte Tietmeyer von Brüssel nach Berlin. Dort war der promovierte Volkswirt seit 2006 EU-Beauftragter des Vorstands und leitete die dortige Repräsentanz. Künftig wird Tietmeyer, der mit dem ehemaligen Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer verwandt ist, den Bereich Public Affairs (Öffentliche Angelegenheiten) leiten. Damit wird er Nachfolger von Thomas Matussek, der die Leitung der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft übernommen hat. Personalvorstand Stephan Leithner verwies auf die europapolitische Erfahrung Tietmeyers, die er in seine neue Position in Berlin einbringen werde. Die Interessen in Brüssel wird künftig Hans-Dieter Holtzmann wahrnehmen. Er hat bislang für die Deutsche Bank in Berlin die Hauptstadtaktivitäten koordiniert sowie die Kontakte zu politischen Institutionen und politiknahen Firmenkunden betreut. Der 43 Jahre alte Holtzmann ist ebenso wie Tietmeyer promovierter Volkswirt und seit 1996 für die Deutsche Bank tätig. maf.

Google-Manager lässt Amt ruhen

Die Ermittlungen gegen den Google-Manager Stefan Tweraser haben erste Konsequenzen. Tweraser ist nun nicht mehr für den Direktvertrieb des amerikanischen Suchmaschinenkonzerns in Deutschland zuständig. Bisher hat er unter anderem das Geschäft mit der für das Internetunternehmen wichtigen Onlinewerbung verantwortet. „Google hat sich mit Stefan Tweraser darauf verständigt, dass er seine Aufgaben zunächst ruhen lässt“, sagte ein Unternehmenssprecher auf Anfrage dieser Zeitung. Das Geschäft werde bis auf weiteres Alastair Bruce führen. Die Staatsanwaltschaft in Wien hatte Tweraser in der vergangenen Woche wegen des Beitrags zur Untreue angeklagt. Wie das österreichische Magazin „Format“ berichtet hatte, soll der seit 2008 für die Google Deutschland GmbH tätige Tweraser bei seinem früheren Arbeitgeber Telekom Austria mit Hilfe einer Werbeagentur mehr als eine halbe Million Euro über eine Scheinrechnung veruntreut haben (F.A.Z. vom 14. Januar). Zusammen mit Tweraser seien auch drei Mitarbeiter dieser Werbeagentur angeklagt. Die Ermittlungen stehen aber nicht in Zusammenhang mit den heutigen Aufgaben des Managers. magr.

Schmider legt Geständnis ab

Dem früheren Chef des Skandalunternehmens Flowtex, Manfred Schmider, bleibt ein abermaliger Gang ins Gefängnis aller Voraussicht nach erspart. Schmider legte am Montag vor dem Landgericht Mannheim ein Geständnis ab, wo er wegen des Verdachts des Bankrotts angeklagt ist. Der 63 Jahre alte Ex-Manager gab zu, dass er 2005 und 2006 vier wertvolle Gemälde und ein Auto in die Schweiz zu seiner damaligen Frau schaffen ließ. Damit hatte er dieses Vermögen dem Zugriff der Flowtex-Gläubiger entzogen und damit gegen das Gesetz verstoßen. Das Gericht hatte ihm zuvor im Falle eines Geständnisses Bewährungsstrafe in Aussicht gestellt. Am 23. Januar soll das Urteil voraussichtlich verkündet werden. Schmider gestand ein, einen großen Fehler gemacht zu haben. „Im Grunde ging es mir darum, ihr eine Freude zu machen“, sagte er. Flowtex steht für einen der größten Fälle von Wirtschaftskriminalität in Deutschland. Das Unternehmen hatte durch Scheingeschäfte mit Horizontalbohrsystemen einen Schaden von mehr als 2 Milliarden Euro verursacht. Im Jahr 2000 flog der Betrug auf. Schmider wurde 2003 zu elfeinhalb Jahren Haft verurteilt, 2007 kam er vorzeitig frei. dpa

Gericht: LBBW durfte Boni kürzen

ols. STUTTGART, 14. Januar. Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat die Boni für Manager in den Jahren 2008 bis 2011 wegen drastischer Verluste infolge der globalen Finanzkrise kürzen oder ganz streichen dürfen. Das geht aus einem am Montag in Stuttgart veröffentlichen Urteil des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg hervor. Vor Gericht gezogen war ein Abteilungsleiter. Dieser hatte in der Vergangenheit ein fixes Jahresgehalt von etwa 120 000 Euro brutto sowie gleichfalls stets eine variable Vergütung in Höhe von 30 bis 45 Prozent erhalten.

Angesichts der Verluste der größten deutschen Landesbank während der Wirtschafts- und Finanzkrise wäre es der Öffentlichkeit und den Anteilseignern der Landesbank nicht zu vermitteln gewesen, wenn weiterhin hohe Boni gezahlt worden wären, hieß es zur Begründung. Deshalb habe die Bank in den Jahren 2009 und 2010 die variable Vergütung kürzen beziehungsweise ganz streichen dürfen. 2008 kürzte die LBBW diese variable Vergütung um die Hälfte, in den Jahren 2009 und 2010 fiel sie gänzlich weg. Im Jahr 2011 zahlte die Bank ihren Führungskräften, die als überdurchschnittlich galten, letztendlich 20 Prozent der variablen Vergütung.

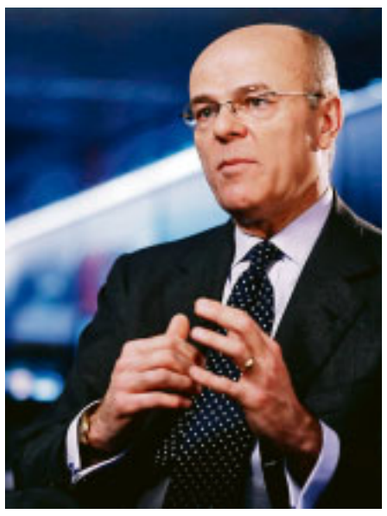
Der Abteilungsleiter hatte zunächst vor dem Arbeitsgericht erfolgreich auf seinen Bonus geklagt. Dagegen wehrte sich die Landesbank nun weitgehend erfolgreich vor dem Landesarbeitsgericht. (Aktenzeichen: 1 Sa 27/12)

Generali will profitabler und solider werden

Der neue Chef Mario Greco will Europas drittgrößte Versicherung völlig umkrempeln

tp. ROM, 14. Januar. Der neue Chef der in Triest ansässigen Versicherungsgruppe Generali, Mario Greco, verspricht für 2015 ein Unternehmen mit viel einfacheren Strukturen, mehr Ertragskraft und mehr Solidität in der Bilanz. Die Versicherung, deren Traditionen in die Zeit des Kaiserreichs Österreich-Ungarn zurückreichen, zeigte in den vergangenen Jahren zwar vorsichtig und konservativ in seiner Unternehmenspolitik. Zugleich hatte die Führungsspitze nicht immer den gewünschten Handlungsspielraum, wenn Generali zum Spielball von Mailänder Machtinteressen wurde, vor allem diejenigen des größten Aktionärs Mediobanca. Vor allem auf dem italienischen Markt spiegelten die Strukturen zudem die Geschichte der immer neuen Übernahmen und Fusionen wieder, ohne dass die unübersichtlichen Geflechte jemals grundlegend umstrukturiert wurden.

Nun sucht der neue Generali-Geschäftsführer, geprägt von einem Karrierestart bei McKinsey und einer Karriere bis zum Vorstand der Allianz AG, die bisher betuliche Versicherung völlig umzukrempeln. Als Signal für den neuen Wind bei Generali sollte allein der Umstand gelten, dass sich Generali mit seinen Plänen bei einer Investorenkonferenz in London präsentierte. Dort präsentierte Mario Greco als seine Ziele bis 2015 einen um 20 Prozent auf 5 Milliarden Euro gesteigerten operativen Ertrag, einen Cashflow von 2 Milliarden Euro sowie eine Reduzierung der Kosten um 600 Millionen Euro. Generali sei in den vergangenen Jahren nicht nur in der Ertragskraft gegenüber den Konkurrenten Allianz, Axa und Zürich zurückgefallen, berichtete die Unternehmensspitze vor den Finanzanalysten. Zugleich gebe es auch eine Lücke an finanzieller Solidität: im Index „Solvency



Mario Greco Foto Bloomberg

1“ lägen die drei Konkurrenten bei durchschnittlich 229 Punkten, Generali dagegen – trotz einer Verbesserung im Laufe der ersten neun Monate 2012 – lediglich bei 140 Punkten. Als Ziel für die kommenden drei Jahre hat sich Greco die Marke 160 vorgenommen. Wachstumschancen rechnet sich Generali vor allem in Osteuropa aus, wo in den kommenden zwei Jahren die bisher als Gemeinschaftsunternehmen geführten Aktivitäten vollständig übernommen werden sollen. Wachsen will die bisher sehr auf das Lebensversicherungsgeschäft spezialisierte Gruppe vor allem in der Sachversicherung. Zugleich sollen Aktivitäten, die nicht in die vereinfachte Modell passen, veräußert werden, etwa eine Rückversicherung in den Vereinigten Staaten. Für die bisher besonders byzantinisch organisierten Aktivitäten in Italien hat Greco schon beispielhaft ausgeführt, wie die Operationen in Zukunft aussehen sollen: Statt bisher 10 Marken nur noch drei, statt bisher sechs unabhängiger Vertriebsnetze nur noch eines, statt Überlappungen bei den Produkten nur noch ein vereinfachtes Produktportfolio, statt vieler einzelner Computerzentren nur noch eine Computerzentrale.

Die Ansprüche des neuen Generali-Chefs an die Rentabilität zeigen sich nun auch bei der Beteiligungspolitik der Versicherung gegenüber großen norditalienischen Gesellschaften. Früher hatte der Großaktionär, die Spezialbank Mediobanca, die Generali beim Kauf von Beteiligungen vorgeschickt und sie dadurch zum Vasallen für die eigene Machtpolitik gemacht. Nun stellt Greco Bedingungen für die weitere Teilnahme am Aktionärsbündnis für Pirelli oder für eine Kapitalerhöhung bei der Verlagsgruppe RCS mit der wichtigsten italienischen Zeitung „Corriere della Sera“.

Murdoch übernimmt die Mehrheit an Sky Deutschland

Der Bezahlsender regelt seine langfristige Finanzierung

hpe. MÜNCHEN, 14. Januar. Fünf Jahre nach seinem Einstieg in das deutsche Bezahlfernsehen hat sich der australische Medienmogul Rupert Murdoch die Mehrheit an der Sky Deutschland AG gesichert. Murdochs Gesellschaft News Adelaide kaufte 78 Millionen Sky-Deutschland-Aktien für 4,46 Euro je Stück. Dem hochdefizitären Bezahlsender flossen damit 347,4 Millionen Euro zu. Gleichzeitig erhöhte sich Murdochs Anteil von 49,9 auf 54,5 Prozent. Wie beide Unternehmen am Montag mitteilten, sichert Murdoch außerdem einen Bankkredit über 300 Millionen Euro ab und verlängert ein Gesellschafterdarlehen über 106 Millionen Euro – für unverändert 12 Prozent Zinsen, die Sky Deutschland bei Fälligkeit des Darlehens zahlen muss.

Sky Deutschland, Nachfolgegesellschaft des einstigen Kirch-Senders Premiere, benötigt die Mittel für die anstehende Refinanzierung der Fußballrechte. Im vergangenen Jahr hatte der Sender für fast 2 Milliarden Euro die Übertragungsrechte für die Bundesliga bis zum Jahr 2017 erworben und dabei die Deutsche Telekom auf allen Kanälen ausgebootet. Vor zehn Tagen wiederum schlossen Telekom und Sky Deutschland eine Partnerschaft, die dem Bezahlsender den Zugriff auf die Telekom-Fernsehkunden sichert. Auch wenn hierzu keine Einzelheiten bekanntgegeben wurden, dürfte Sky Deutschland von der Vereinbarung mit der Telekom auch finanziell profitieren.

Noch immer macht Sky in Deutschland hohe Verluste. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden Verlustvorträge von 2,3 Milliarden Euro angehäuft, die Murdoch einen Steuerbonus bescheren, indem er künftige Gewinne der deutschen Tochtergesellschaft mit deren zurückliegenden Verlusten verrechnet. Für Sky-Deutschland-Chef Brian Sullivan steht indes die Planungssicherheit im Vordergrund. „Unsere neue langfristige Finanzstruktur gibt uns nun die Möglichkeiten und den Spielraum, Sky als Unternehmen weiterzuentwickeln und unsere Strategie umzusetzen“, erklärte Sullivan am Montag. In diesem Jahr soll erstmals auf Basis des Ergebnisses vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) ein Gewinn erzielt werden. Dazu sollen neue Kunden beitragen, nachdem im vergangenen Geschäftsjahr die Abonnentenzahl um 12 Prozent auf 3,36 Millionen gestiegen ist.

Allianz-Industriegeschäft wächst

AGCS will Prämien in Schwellenländern verdreifachen

hpe. MÜNCHEN, 14. Januar. In ihrem Bestreben, das Industriegeschäft in Schwellenländern zu verdreifachen, ist die Allianz SE einen großen Schritt vorangekommen. Der Industrieversicherer des Konzerns, die Allianz Global Corporate & Specialty (AGCS), wird in Brasilien „im Mantel eines Rückversicherers“ für lokale Erstversicherer auftreten. Gemeinsam mit der bereits bestehenden Erstversicherungsgesellschaft sollen die Prämieneinnahmen bis 2015 auf 160 Millionen Euro verdoppelt werden. Das kündigte der AGCS-Vorstandsvorsitzende Axel Theis am Montag gegenüber dieser Zeitung an.

Brasilien, mittlerweile die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist der Schlüsselmarkt für die AGCS und soll zur „Drehscheibe“ für das weitere Wachstum in Südamerika werden. Auch in anderen Schwellenländern will die AGCS die eigene Präsenz ausbauen, um den international agierenden Industrie- und Handelskonzernen Versicherungsschutz aus einer Hand anbieten zu können. „In den stark wachsenden Märkten in Südamerika, Asien, Russland und Afrika wollen wir unsere Prämieneinnahmen in drei bis fünf Jahren auf rund 2 Milliarden Euro steigern“, sagte Theis.

Doch nirgendwo sind die Pläne der AGCS so weit gediehen wie in Brasilien. Dort erhielt die AGCS für ihren neuen Rückversicherer die notwendige volle Lizenz der lokalen Versicherungsaufsicht. Brasilien schreibt ausländischen Versicherungskonzernen vor, dass die Hälfte der Prämien bei einem lokalen Rückversicherer plaziert werden müssen. Mit der eigenen Gesellschaft vor Ort erfüllt die AGCS diese Vorschrift. In China verfügt die AGCS dagegen erst über eine eingeschränkte Lizenz.

Auch liegen die Prämieneinnahmen in Asien, Russland und Afrika noch unter den in Brasilien gezeichneten. Gut ein Jahr vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft und drei Jahre vor den Olympischen Spielen steigt mit den zahlreichen neuen Großprojekten wie Häfen, Bahnstrecken und Stadien die Nachfrage nach Industrieversicherung im Land. Die AGCS gehört seit ihrer Gründung 2006 mit Prämieneinnahmen von zuletzt mehr als 5 Milliarden Euro zu den am stärksten wachsenden Gesellschaften im Allianz-Konzern.

Solarworld lässt kurzarbeiten

Hoffnung auf Marktbelebung im zweiten Quartal

bü. BONN, 14. Januar. Die Absatzflaute zwingt den Bonner Solarkonzern Solarworld AG zu Kurzarbeit in seinem Hauptwerk im sächsischen Freiberg. Rund 350 von insgesamt 1330 Beschäftigten dort sollen ihre Arbeitszeit bis Ende April um 30 Prozent reduzieren. Ein Sprecher begründete den Schritt mit dem Absatztief in den Wintermonaten. Im zweiten Quartal werde der Verkauf wieder anziehen, so dass man die Kurzarbeit beenden könne, sagte er. Seit Mitte vorigen Jahres hat der Konzern etwa 10 Prozent seiner zuvor mehr als 3000 Stellen gestrichen. In Freiberg sind rund 250 Arbeitsplätze weggefallen. Betroffen davon waren vor allem Leiharbeiter, die Stammbelegschaft kam bisher vergleichsweise glimpflich davon.

Neben der üblichen Frühjahrsbelebung hofft Solarworld darauf, dass sich die Kunden in Deutschland schnell an die neuen, niedrigeren Fördersätze gewöhnen werden. Auch in Spanien und Italien werde sich die Erkenntnis durchsetzen, dass sich Solaranlagen auch bei geringerer Förderung rechneten, sagte der Sprecher. In Europa erwartet das Unternehmen außerdem bessere Geschäfte in Frankreich, wo die Regierung einen Zuschlag auf die Einspeisevergütung für Anlagen aus europäischer Produktion beschlossen hat. Die Regierung in Paris reagiert damit auf die Niedrigpreise, mit denen chinesische Konkurrenten den EU-Herstellern zusetzen.

Bei Solarworld sieht man darin nur die zweitbeste Lösung. Entscheidend sei, dass die Europäische Kommission im Juni die erwarteten Anti-Dumping-Zölle verhänge, sagte der Sprecher. In den Vereinigten Staaten sind die Einfuhren aus China seit der Verhängung der Sonderzölle drastisch gesunken. Dafür komme mehr Ware aus Taiwan, Korea, Japan und anderen asiatischen Ländern herein, teilweise würden auch die Anti-Dumping-Zölle durch Umweglieferungen umgangen. Trotzdem entfalten die Zölle die gewünschte Wirkung: Der Markt habe sich belebt, die Verkaufszahlen von Solarworld ziehen an, hieß es.

Zuversicht in der Biotechbranche

Investitionsbereitschaft steigt auf höchsten Wert seit 2006

lzt. FRANKFURT, 14. Januar. Die deutschen Biotechnologieunternehmen gehen den politischen und konjunkturellen Unwägbarkeiten zum Trotz optimistisch in das Jahr 2013. Aus einer am Montag veröffentlichten Umfrage des Branchenverbands Bio Deutschland jedenfalls geht hervor, dass die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage so positiv wie seit 2008 nicht mehr einschätzen. Die Investitionsbereitschaft ist sogar auf den höchsten Wert seit der ersten Umfrage dieser Art im Jahr 2006 gestiegen. „Obwohl die Finanzierungskrise anhält, haben sich deutsche Biotech-Unternehmen mit eigenen Produkten in der Spitze des technologischen Wettbewerbs positioniert“, kommentierte der Verbandsvorsitzende Peter Heinrich die Ergebnisse der Umfrage.

Der einschneidende Rückgang der eingeworbenen Mittel von 656 Millionen auf nur noch 141 Millionen Euro, den die Branche 2011 zu verkraften hatte, hat sich im vergangenen Jahr nicht fortgesetzt. Der Branchendienst Biocom veranschlagt die Summe des 2012 eingeworbenen Wagniskapitals auf rund 300 Millionen Euro. Viele Biotechunternehmen haben noch keine eigenen Produkte auf dem Markt und sind deshalb auf Geldgeber angewiesen, die an ihre Ideen und Entwicklungsprojekte glauben. Deshalb gilt die Höhe der abgeschlossenen Finanzierungen als wichtiger Indikator für die Lage der Branche. Als wichtigste Finanziers der Branche haben sich abermals der SAP-Mitgründer Dietmar Hopp sowie Andreas und Thomas Strüngmann, die Gründer des Pharmaherstellers Hexal, hervorgetan. Die beiden größten Finanzierungsrunden allein, aufgelegt von der Brain AG aus dem hessischen Zwingenberg und dem Tübinger Unternehmen Curevac GmbH, standen im vergangenen Jahr für etwa die Hälfte der Gesamtsumme. Während Curevac an einem Impfstoff gegen Krebs arbeitet („rote Biotechnologie“), forscht Brain als Unternehmen der sogenannten „weißen Biotechnologie“ im Auftrag von Chemiekonzernen wie BASF und Henkel an neuartigen Wirkstoffen wie Enzymen oder liefert solche Stoffe an seine Kunden. Insgesamt beschäftigten die rund 550 deutschen Unternehmen dem Verband zufolge 16 300 Mitarbeiter und setzten 2,6 Milliarden Euro um.

MARKT & STRATEGIE

Hört auf die Kunden: *Bosch-Abteilungsleiter Peter Schnaebele* Foto: Bosch

Selbst der Blindenhund hilft in der Entwicklung

Immer mehr Unternehmen beziehen Verbraucher in die Ideenentwicklung ein / Vorreiter Autoindustrie

STUTTGART, 14. Januar

Der Slogan ist schon lang in der Mottenkiste, aber vergessen ist er nicht: „Bauknecht weiß, was Frauen wünschen“, versprach der schwäbische Hausgeräte-Hersteller dereinst. Das Frauenbild in dieser Werbung ist überkommen, die Wertschätzung für Kunden aber aktueller denn je: Den Geschmack der Verbraucher zu treffen ist zum wesentlichen Wettbewerbsfaktor geworden, je stärker sich die Produkte im Grundsatz gleichen.

Stützte die Industrie sich früher auf die traditionelle Marktforschung, ziehen die Unternehmen inzwischen die Kunden auch direkt zu Rate. „Da gibt es noch großes Potential“, sagt Werner Engeln, Professor für Produktentwicklung und Innovationsmanagement an der Hochschule Pforzheim. „Wir entwickeln noch immer viel zu häufig im Glauben, selbst am besten zu wissen, was gut ist.“ Er berichtet von einem Entwickler, dem die Vorstellung fehlte, dass in Indien Autos mit etwas höherem Fahrerraum gefragt sein könnten. Die Herren sollten ihren Turban eben einfach ablegen während der Fahrt, soll die ignorante Reaktion des Ingenieurs auf einen entsprechenden Vorschlag gewesen sein. Dabei ist die Autoindustrie durchaus weit vorne in Sachen Kundeneinbindung, mit Japan als Vorreiter, berichtet Engeln. „Bei den japanischen Autoherstellern gibt es einen Chefingenieur, bei dem alles zusammenläuft. Dieser spricht monatelang mit potentiellen Kunden und beschäftigt sich auch mit deren Lebensumfeld“, sagt er.

Verbraucher beobachten, befragen, Tagebuch schreiben, spielen oder experimentieren lassen; solche Methoden haben auch hierzulande Einzug gehalten. Schon seit zehn Jahren bindet Daimler die Kunden systematisch in die Entwicklungsprozesse ein und hat dafür das „Customer Research-Center“ geschaffen. Hier geht es beispielsweise in einer frühen Phase der Ideenfindung um das Abschätzen, welches Interesse ein Angebot findet, seien es Mobilitätskonzepte oder das Fitnessmanagement für Lastwagenfahrer. In anderen Kundenstudien geht es auch um kulturvergleichende Beobachtungen, etwa für Fahrerassistenzsysteme. Die Kaffeetasse im Display, die einem unaufmerksam lenkenden Mercedes-Fahrer signalisiert, er solle eine Pause machen, kommt eben in China anders an als in Deutschland.

Für die Weiterentwicklung der Fahrerassistenzsysteme hat auch Robert Bosch die in diesem Jahr gegründete Abteilung „User Experience“ bemüht – und jemanden zu Studienzwecken eingeladen, der nie ein Kunde sein wird: einen Blinden mit seinem Hund. „Der Blinde gibt immer wieder Kontrolle an den Hund ab und umgekehrt“, erläutert Abteilungsleiter Peter Schnaebele das Experiment. Welche Schlüsse Bosch daraus zieht, will er noch nicht verraten – schließlich soll die Konkurrenz nicht unnötig munitioniert werden.

„Die Kunst liegt darin, die richtigen Verbraucher für solche Studien zu finden und ihre Bedürfnisse richtig zu interpretieren“, erklärt Schnaebele, der darauf verweist, dass es anders als in früheren Jahren längst nicht mehr um rationale Themen geht. Psychologen, Soziologen und Ethnologen hat der Bosch-Verantwortliche in seiner Abteilung. „Spaß, Ästhetik, Image – wir beziehen alles ein, gerade auch emotionale Faktoren.“ Das technisch Machbare, traditionell die Leitschnur für den vielgerühmten deutschen Ingenieur, ist damit nicht mehr das Maß aller Dinge, auch nicht beim technikgetriebenen Bosch-Konzern. Mit Volkmar Denner, Forschungschef des Konzerns und seit Juli auch Vorsitzender der Geschäftsführung, bekommt diese Erkenntnis Vorschub, denn Denner versucht eine neue Sicht auf die Entwicklungsarbeit zu vermitteln. „Wer bei uns Starter entwickelt für die nächste Generation der Start-Stopp-Systeme soll sich nicht als Starter-Entwickler sehen, sondern als Ressourcenschoner. Das ist ein anderer Auftrag. Man trägt dazu bei, dass die Ölreserven länger halten. Und die Entwickler des Stabilitätsprogramms ESP helfen, Menschenleben retten“, sagt Denner im Gespräch mit dieser Zeitung. Das Engagement seines Teams sei extrem hoch, bestätigt Schnaebele: „Wenn man feststellt, dass durch die eigene Arbeit etwas besser wird, entsteht Begeisterung und das bringt eine starke intrinsische Motivation.“

Ein erstes Produkt hat seine junge Abteilung schon auf den Markt gebracht: eine direkt am Griff angebrachte Bedienung fürs Elektro-Fahrrad. Das typische Bedienfeld, so hatte man zuvor festgestellt, funktioniert nämlich nicht, sobald man Handschuhe anhat. Eigentlich eine triviale Erkenntnis – genau wie diejenige, dass man im Elektroauto nicht hört, ob der Motor wirklich läuft. Man muss einfach nur hinschauen, welche Irritationen Verwender zeigen. Im Idealfall freilich weiß ein Unternehmen solche Dinge schon ganz früh: „Die Änderungswünsche im Entwicklungsprozess sind die teuersten“, betont Schnaebele. Die frühe Einbeziehung von Kunden, deren Ideen sofort von Designern festgehalten und prototypisch aufgebaut würden, helfe letztlich sogar Entwicklungskosten sparen.

Noch einen Schritt weiter gehen Unternehmen, die das Entwickeln neuer Angebote vollständig einer mehr oder weniger eingeschränkten Internet-Community überlassen. Dieser „Open-Innovation“-Ansatz sei aber noch nicht weit verbreitet, sagt Wirtschaftsprofessor Engeln. „Da gibt es noch viel Potential.“

Je nach Branche hat die Einbeziehung von Kunden auch ihre Grenzen. Ein Versuch der Schokoladenfabrik Alfred Ritter, die Fangemeinde übers Internet einzubeziehen, brachte die Sorte „Cookies & Cream“ hervor. In die Läden schaffte es diese Sorte aber nie – schon weil der Handel nur einer begrenzten Zahl von Sorten einen Regalplatz einräumt, wie Ritter-Sprecher Thomas Seeger erläutert. „Da müsste die neue Sorte erfolgreicher sein als eine vorhandene. Wir wollen ja keine Kannibalisierung.“

Außerdem habe das von den Kunden entworfene Verpackungsdesign eher an ein Graffiti erinnert und nicht mehr viel mit dem typischen schlichten Schokoladenquadrat zu tun gehabt. So etwas würde auch urheberrechtliche Probleme nach sich ziehen können, berichtet Seeger: „Wenn im Design der rote Faden einmal durchschnitten ist, bieten wir Nachahmern neue Angriffsflächen.“ Neue Experimente mit Kundenwünschen will Ritter daher erst mal nicht wagen, auch wenn entsprechende Zuschriften mit Rezeptvorschlägen dauernd eintrudeln. „Vieles ist arg individuell. Aber als Massenhersteller müssen wir eben den Massengeschmack treffen“, erläutert er.

SUSANNE PREUSS

Mit dieser Folge endet die Serie. Bisher sind erschienen: **„Die neue Macht des Verbrauchers“** (18. Dezember), **„Wenn der Arzt mit auf Reisen geht** (28. Dezember), **„Wenn am Erz für Autos Blut klebt“** (2. Januar), **„Die Multi-Shopper kaufen auf allen Kanälen ein“** (4. Januar), **„Von der Macht der Masse profitieren“** (7. Januar), **„Policen aus dem Internet“** (12. Januar).

Der Kunde ist heute ein Kaiser 7

Immer mehr Konzerne hören auf ihre Kunden – und beziehen deren Ideen mit ein.

Nach dem Aufstehen gern etwas Gebäck: *Probeliegen auf der Kölner Möbelmesse* Foto dpa

Kunden wollen mehr Funktionen

Auf der Kölner Möbelmesse hoffen die deutschen Hersteller, dass das Möbeljahr 2013 doch besser ausfällt als vom Verband prophezeit. Die Kunden werden allerdings anspruchsvoller.

Von Christine Scharrenbroch

KÖLN, 14. Januar

Auf dem Messestand von Rolf Benz begutachten am Montagmorgen Besucher die in Erdtönen gehaltenen Sofas und Sessel. Mittendrin steht der optimistisch gestimmte Geschäftsführer Heiner Goossens: „Unsere Klientel hat noch gute Bonuszahlungen aus 2012 zu erwarten“, begründet er zum Auftakt der Kölner Möbelmesse IMM seine Zuversicht. Die Boni werden – so die Hoffnung – auch für die Anschaffung von Möbeln verwendet. Angesichts der niedrigen Zinsen für Kapitalanlagen stünden Sachwerte derzeit klar im Fokus. „Die Leute wollen sich etwas gönnen“, sagt er. Viele Verbraucher hätten das Bedürfnis, sich neu einzurichten.

Im Vordergrund stehe dabei für das Publikum – das von Freitag bis Sonntag Zutritt zur IMM hat – eine hohe Flexibilität, sagt Goossens und baut mit wenigen Handgriffen eine geschwungene Lounge-Liege aus hellgrauem Leder erst zum kleinen Sofa und dann zum Gästebett um. „Die Kunden wollen immer mehr Funktionen.“ Dem zur Hülsta-Gruppe gehörenden Premiumhersteller soll der Wunsch nach einem schönen Wohnambiente in diesem Jahr einen Umsatzanstieg zwischen 3 und 5 Prozent bescheren. Im derzeit volatilen Auslandsgeschäft rechnet sich Goossens Chancen in Japan, Russland und Australien aus.

Zwar erwartet der Verband der Deutschen Möbelindustrie für das laufende Jahr nur eine Umsatzstagnation der Branche bei 17,2 Milliarden Euro, nachdem 2012 noch ein Plus von 2 Prozent erzielt wurde. Gründe sind die schwächere Nachfrage aus Europa infolge der Euro-Krise und die zunehmenden Importe, vor allem aus China. Doch zeigt sich bei einem Rundgang auf der IMM, dass sich manche unter den 1250 Ausstellern durchaus mehr vom Möbeljahr 2013 versprechen.

„Der Export wird in diesem Jahr unser Hauptmotor werden“, berichtet etwa Andreas Kress, Geschäftsführer des Küchenherstellers Zeyko. Vor allem aus China, Taiwan und Japan kommen derzeit Aufträge für die hochwertigen Küchen, die mal mit verflüssigtem Metall, mal mit weißem Beton überzogen sind und im Schnitt 30 000 Euro kosten. „Wir setzen auf Differenzierung“, sagt Kress. „Eine Kunststoffarbeitsplatte hat jeder.“

In Asien stattet das im Jahr 1970 gegründete Familienunternehmen aus dem Schwarzwald meist Appartements in großen Wohnanlagen aus. Aber auch in den Vereinigten Staaten ziehe der Immobilienmarkt wieder an, hat Kress beobachtet. Um bis zu 10 Prozent will er den Umsatz (zuletzt 20 Millionen Euro) in diesem Jahr steigern. Der Auslandsanteil von bisher 30 Prozent soll – auch dank der Präsenz in Köln – deutlich höher ausfallen.

Vor allem durch die Erweiterung des Sortiments treibt der Paderborner Hersteller Wellemöbel (Umsatz: 118 Millionen Euro) sein Geschäft voran. „Wir machen unser Ding“, sagt Geschäftsführer Volker Meurer. In diesem Jahr sind neue, flexible Schrank- und Regalsysteme für Jugendzimmer in Vorbereitung. Zudem soll sich nun die 2012 unter der Marke Joop herausgebrachte Möbelkollektion für Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer auszahlen. Beim geplanten Umsatzwachstum von 4 Prozent setzt Meurer vor allem auf den deutschen Markt. Der Absatz in den meisten Nachbarländern sei zuletzt infolge der Staatsschuldenkrise eingebrochen. Lediglich in Österreich sowie in Ungarn und Bulgarien wurde ein kleines Plus erzielt. Mit dem Auslandsanteil von 22 Prozent – die Branche kommt im Durchschnitt auf 28 Prozent – ist der Wellemöbel-Chef noch längst nicht zufrieden.

Das „vernetzte Haus der Zukunft“ stellt die Siemens Elektrogeräte GmbH in den Mittelpunkt ihres Messeauftritts. In etwa zwei Jahren sollen die ersten Geräte im Handel verfügbar sein, wie Geschäftsführer Roland Hagenbucher verspricht. Mittels Tablet-PC oder Smartphone lässt sich dann von unterwegs dank einer im Innenraum installierten Kamera ein Blick in den Kühlschrank werfen, um etwa die Zutaten fürs Abendessen zu prüfen. Passende Kochrezepte werden gleich mit angezeigt. Auch die Anleitung zum Wechseln des Filters an der Dunstabzugshaube kann auf dem iPad abgespielt werden. Bereits heute bei mehreren Ausstellern verfügbar ist dagegen ein Induktionskochfeld, das automatisch Größe und Standort des Kochtopfes erkennt.

Auch Alno setzt auf immer mehr Technik beim Kochen. Gezeigt wird eine höhenverstellbare Küche, die sich auf alle Personen des Haushalts anpassen lässt. Mit seinen Innovationen will der angeschlagene Küchenmöbelhersteller aus Pfullendorf laut Vorstandsmitglied Elmar Duffner in Köln zeigen, „dass wir in die Zukunft investieren“. Nachdem im vergangenen Jahr die Finanzierung neu aufgestellt wurde, sollen nun im Inland verlorengegangene Marktanteile zurückgewonnen und der Export ausgebaut werden.

Interlübke unternimmt Neustart

Inhaber Leo Lübke war die Erleichterung anzusehen: Am ersten Messetag konnte er den Neuanfang des insolventen Premiummöbelherstellers Interlübke verkünden. Knapp drei Monate nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens stimmte die Gläubigerversammlung am Montag vor dem Amtsgericht Bielefeld einer sogenannten „übertragenden Sanierung“ zu, wie das Unternehmen aus Rheda-Wiedenbrück mitteilte. Die Vermögensgegenstände inklusive der Markenrechte werden an die von Leo Lübke neu gegründete Gesellschaft Lübke GmbH & Co. KG verkauft. Die Verbindlichkeiten verbleiben bei dem alten Rechtsträger, den Insolvenzverwalter Norbert Küpper abwickelt.

Das Familienunternehmen startet nach Angaben von Küpper gut aufgestellt mit einem „wettbewerbsfähigen Unternehmenskonzept“ in das Jahr 2013. „Interlübke hat sehr gute Chancen, auf dem Markt zu bestehen“, sagte er dieser Zeitung. Nach dem Insolvenzantrag sei alles auf den Prüfstand gekommen: Inzwischen hat der traditionsreiche Möbelproduzent seine Belegschaft von knapp 290 auf 243 Mitarbeiter verkleinert. Zudem wurden die Betriebsflächen um ein Zehntel reduziert, die Produktionsabläufe verschlankt und das Produktprogramm gestrafft. Gestrichen wurden ein Schrankprogramm, zwei Kommodenkollektionen sowie Leucht- und Musikmöbel. „Wir haben uns erfolgreich gesundgeschrumpft“, sagte Lübke. Für das laufende Jahr strebt er einen Umsatz von 32,5 (Vorjahr: 31,6) Millionen Euro an. csc.

Das neue Sofa per Mausklick

Auch Möbel werden immer häufiger online gekauft / Probesitzen können Kunden nur im Showroom

KÖLN, 14. Januar

Mit ihrem Sofasystem „Set“ wollen die Geschwister Anna und Clemens Deyerling Leute ansprechen, die Abwechslung in ihrer Einrichtung mögen. Die Bauteile des Sofas lassen sich immer wieder neu kombinieren: Die Rücken- und Armlehnen sind nur verschraubt und können versetzt werden, die Sitze werden lediglich per Klettstreifen miteinander verbunden. Für das modulare Konzept haben die Geschäftsführer des jungen Berliner Unternehmens Sitzfeldt einen renommierten Designpreis – den vom Rat für Formgebung verliehenen Interior Innovation Award – gewonnen und dürfen „Set“ auf der IMM zeigen.

Bestellen lässt sich das Sofa ausschließlich im Online-Shop Sitzfeldt. Probesitzen ist nur im Showroom am Firmensitz, einer alten Malzfabrik im Berliner Stadtteil Tempelhof, möglich. Von ihrem in der Möbelbranche tätigen Vater kannten die Deyerlings (30 und 32 Jahre alt) die „verkrusteten Strukturen“ im deutschen Möbelhandel. „Da haben wir für uns eine Lücke gesehen“, sagt Clemens Deyerling. 2010 gründeten die Geschwister zusammen mit ihrem Studienfreund Julius Martini den auf Sofas spezialisierten Online-Direktvertrieb. Die Möbel werden gemeinsam mit Designern entwickelt, bei einem Lohnproduzenten in der Slowakei gefertigt und direkt an die Kunden ausgeliefert. Der Handel als Zwischenstufe ist ausgeschaltet.

Das Geschäft entwickelt sich laut Clemens Deyerling gut, in diesem Jahr soll das Ergebnis erstmals ausgeglichen sein. Dass Kunden nicht probesitzen könnten, sei kein Problem, sagt er. „Wir müssen keine Überzeugungsarbeit leisten, das Einkaufsverhalten ändert sich einfach.“ Sitzfeldt setzt auf die persönliche Beratung am Telefon oder per E-Mail, einen virtuellen Raumplaner und das Versenden von Stoffproben. Bei Unzufriedenheit wird das Sofa innerhalb der ersten vierzehn Tage kostenlos beim Kunden abgeholt. Den Anteil der Retouren gibt Sitzfeldt mit weniger als 5 Prozent an.

Das Berliner Start-up ist einer von vielen Akteuren, die sich im Online-Handel mit Möbeln tummeln. 180 maßgebliche Unternehmen listete die Fachzeitschrift „Möbelkultur“ zuletzt auf, darunter große Versender wie Otto oder Quelle, Portale wie moebel.de und viele kleine Spezialisten. „Der Markt ist stark in Bewegung“, stellt Hansjürgen Heinick vom Institut für Handelsforschung in Köln fest. Viele Anbieter erwarteten, dass die Kunden – nach anderen Produktgruppen wie Büchern, Elektronikartikeln und Mode – nun auch Möbel zunehmend über das Internet kaufen werden, obwohl sie vor einiger Zeit noch als wenig online geeignet galten. „Auf dem Markt wird sich mehr bewegen, als wir noch vor fünf oder zehn Jahren gedacht haben“, sagt Dirk-Uwe Klaas, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Deutschen Möbelindustrie (VDM). „Die Tendenz ist stark steigend.“

Welche Bedeutung das Geschäft per Internet inzwischen auf dem 30 Milliarden Euro schweren deutschen Möbelmarkt erreicht hat, ist umstritten. Während VDM-Präsident Elmar Duffner den Umsatzanteil auf knapp 7 Prozent schätzt, spricht der Bundesverband des Deutschen Möbel-, Küchen- und Einrichtungsfachhandels von nur 3 Prozent (BVDM), also eine Milliarde Euro. Aber selbst BVDM-Hauptgeschäftsführer Thomas Grothkopp räumt ein, dass sich der Online-Handel auf dem Vormarsch befindet. Für seine Mitglieder hält er eine „Multichannel-Strategie“ für notwendig: „Der stationäre Handel muss sich mit den Online-Aktivitäten verknüpfen.“ Gefragt seien dabei auch die Einkaufsverbände, denen 80 Prozent der Händler angehören. Der Verbund MHK etwa hat kürzlich einen Online-Shop gestartet, dem rund 1000 Küchenfachgeschäfte angeschlossen sind.

Sitzgelegenheit in Köln Foto dapd

„Die stationären Händler dürfen das Thema Internet nicht ignorieren“, warnt auch Uwe Krüger von BBE Retail Experts. Der Vertriebsweg sei nicht mehr wegzudiskutieren. Die fünf größten deutschen Möbelhändler engagieren sich in unterschiedlich starkem Maß im Netz: Mit Online-Shops vertreten sind Marktführer Ikea sowie Porta und Roller. Die XXX-Lutz-Gruppe aus Österreich unterhält bisher im Netz nur einen Shop für ihre Mitnahmemärkte Mömax, soll Branchengerüchten zufolge aber auch entsprechende Aktivitäten für ihre Einrichtungshäuser planen. Ganz auf den Online-Handel verzichtet bislang der Branchenzweite, die Höffner-Gruppe von Kurt Krieger.

Neben reinen Möbel-Onlinehändlern wie Home24 (hinter dem die für ihre Internetgründungen bekannten Samwer-Brüder stehen) oder Fashion-for-Home drängen derzeit verstärkt Wohnaccessoires-Ketten wie Butlers, Depot und Strauss Innovation auf den Markt. „Auf das Thema Möbel springen derzeit viele auf“, beobachtet Lars Hofacker vom EHI Retail Institute. Das Sortiment breiter machen, ohne alles zeigen zu müssen, lautet die Idee von Butlers-Inhaber Wilhelm Josten. Im Laden sollen einige wenige Möbelstücke das Interesse der Kunden wecken, die große Auswahl findet sich dann im Internet.

CHRISTINE SCHARRENBROCH

UPS bläst Übernahme von TNT Express ab

Die geplante Milliardenfusion auf dem Paketmarkt ist am Widerstand der Europäischen Kommission gescheitert. Nun könnte der Konkurrent Fedex als neuer Partner für TNT ins Spiel kommen.

now./bü. BRÜSSEL/BONN, 14. Januar. Die zum Kaufpreis von 5,2 Milliarden Euro geplante Übernahme des niederländischen Logistikkonzerns TNT Express N.V. durch den amerikanischen Konzern United Parcel Service Inc. ist geplatzt. UPS teilte am Montag mit, dass es wegen fortbestehender wettbewerbsrechtlicher Bedenken der Europäischen Kommission „keine realistische Aussicht" auf eine Genehmigung der im Februar vergangenen Jahres angekündigten Übernahmepläne gebe. Daher sei UPS gezwungen, von einer Übernahme abzusehen. „Wir sind sehr enttäuscht von der Haltung der Europäischen Kommission", sagte der UPS-Vorstandsvorsitzende Scott Davis.

An der Börse verloren die Aktienkurse von TNT und der niederländischen Post

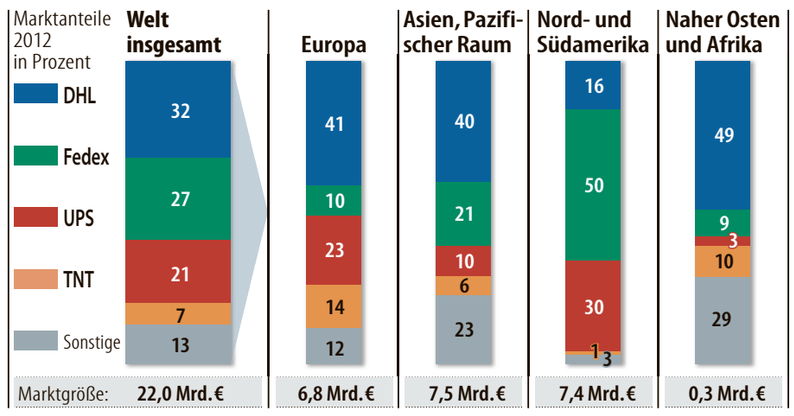
> Die Niederlage von UPS wird der Deutschen Post DHL helfen, ihre Marktführerschaft auszubauen.

NL, die 30 Prozent der Anteile an dem Logistikkonzern hält, deutlich an Wert. Eine abschließende Entscheidung der Kommission war für diesen Dienstag angekündigt worden. Auf dem Markt für internationale Expresssendungen hatte Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia eine Beschränkung des Wettbewerbs und eine Benachteiligung europäischer Verbraucher befürchtet.

Nach dem fehlgeschlagenen Übernahmeplan des amerikanischen Telekom-Konzerns AT&T für T-Mobile USA ist dies schon die zweite Milliardenfusion, die binnen eines Jahres an wettbewerbsrechtlichen Bedenken gescheitert ist. In beiden Fällen haben die übernahmewilligen Konzerne die Hürden in der Fusionskontrolle eklatant unterschätzt. Dabei gilt UPS in Brüssel als sehr gut vernetzt. Der große Rivale Deutsche Post DHL hat die Lobbyarbeit der Amerikaner schon mehrfach in Form von teuren Beihilferückforderungen zu spüren bekommen.

Die Tür bleibt zu: *UPS darf sich TNT nicht einverleiben.* Foto AP

Vier Unternehmen beherrschen den Markt für Eilsendungen



Quelle: Deutsche Post DHL F.A.Z.-Grafik Brocker

„UPS hätte die Vorbehalte in der EU-Kommission kennen müssen", sagte der Logistikberater Horst Manner-Romberg. Denn auf dem Markt für eilige, grenzüberschreitende Paketsendungen gibt es einschließlich des amerikanischen Expressdienstes Fedex nur vier ernstzunehmende Wettbewerber. Der UPS-Konzern hatte deshalb versucht, die Brüsseler EU-Kommission zu einer breiteren Marktabgrenzung zu bewegen. Die hätte dann auch Konkurrenten wie DPD oder GLS miteinbezogen.

Neben dem nun erlittenen Schaden für das Ansehen werden auch hohe Ausgleichszahlungen fällig: UPS hat sich verpflichtet, 200 Millionen Euro an TNT-Express zu zahlen. Im November vergangenen Jahres hatten die beiden Unternehmen noch eine Reihe von Konzessionen angeboten, um die Fusionsgenehmigung zu retten. Dazu zählten der Verkauf von Geschäftsfeldern sowie insbesondere verbesserte Zugangsmöglichkeiten für Konkurrenten. Das Interesse anderer Anbieter an einer Übernahme von Geschäftsfeldern schien jedoch beschränkt. TNT hatte im November angekündigt, man werde im Falle einer gelungenen Übernahme durch UPS die Luftfrachtsparte an den Konkurrenten ASL Aviation veräußern, der von der belgischen Reederei Compagnie Maritime Belge kontrolliert wird.

TNT erklärte am Montag, das Scheitern der Übernahme durch UPS werde keine negativen Folgen für das Unternehmen haben. TNT werde sich fortan als eigenständiges Unternehmen auf den europäischen Markt konzentrieren. Branchenkenner wie Manner-Romberg werten dies als Hinweis darauf, dass TNT versuchen könnte, das defizitäre Geschäft in Lateinamerika abzustoßen. Ob die Niederländer tatsächlich eigenständig bleiben, gilt in der Branche aber als zweifelhaft. Vor allem dem Logistikkonzern Fedex werden Ambitionen nachgesagt, sich auf dem europäischen Markt zu verstärken.

Vorerst wird die Niederlage des amerikanischen Erzrivalen vor allem DHL helfen, die Marktführerschaft in Europa und in Asien auszubauen. Finanzvorstand Larry Rosen zeigte sich mit dem abgelaufenen Jahr hoch zufrieden. Nie zuvor habe die Post so viele Pakete ausgeliefert wie 2012. Er sagte aber auch voraus, dass 2013 „wohl kein einfaches Jahr" werde.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neusortierung

Von Helmut Bünder

Der amerikanische Paketriese UPS hat die Bedenken gegen die Übernahme von TNT Express sträflich unterschätzt. Der durch die Wettbewerbshüter erzwungene Rückzieher heißt aber keineswegs, dass auf dem Expressmarkt nun alles so bleibt, wie es ist. In diesem weltumspannenden Geschäft ist Größe ein entscheidender Erfolgsfaktor, und deshalb wird sich der Markt neu sortieren. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der nächste Interessent bei TNT anklopfen wird – sei es für einzelne Geschäftsbereiche oder gleich den Gesamtkonzern, der sich seit Beginn der Übernahmeverhandlungen mehr mit sich selbst als mit den Kunden beschäftigt. So bekäme der amerikanische Paketdienst Fedex mit TNT endlich einen Fuß in das bisher vernachlässigte europäische Inlandsgeschäft. Die französische La Poste und ihren Expressdienst DPD wiederum könnte das internationale Netz der Niederländer reizen. Lachender Dritter des Geschehens ist DHL. Nach der krachenden Niederlage des Erzrivalen bleiben die Bonner in Europa und in Fernost unbestrittener Marktführer. Doch die Braunen aus Atlanta werden nun die Hände nicht einfach in den Schoß legen. Mit ihrer gewaltigen Finanzkraft werden sie andere Mittel und Wege finden.

Lockruf der Juwelen

Von Jürgen Dunsch

Die Diamanten, die Marilyn Monroe vor gut sechzig Jahren als den besten Freund einer Frau besungen hatte, locken auch den Uhrenkonzern Swatch: Harry Winston in den Vereinigten Staaten ist bei Schmuck und Uhren zweifellos eine der edelsten Marken in der Welt. Die Schweizer, unterstützt von viel eigenem Geld und den niedrigen Zinsen, sind daher bereit, tief in die Tasche zu greifen. Sie akzeptieren einen Unternehmenswert für Harry Winston, der dem Dreiundzwanzigfachen des Betriebsgewinns entspricht. Das liegt sogar noch über dem Einundzwanzigfachen, das LVMH 2011 für Bulgari auf den Tisch legte. Aber strategisch spricht viel für den Kauf. Mit Blick auf Asien werden starke Marken immer wertvoller, und Swatch verfügt über eine hohe Vertriebskraft. Zusätzlich hat die künftige Konzernmarke jüngst in der Rendite an Kraft gewonnen. Nick und Nayla Hayek, die in der Nachfolge ihres legendären Vaters Nicolas bisher ebenso erfolgreich agieren, wollen beweisen, dass sie auch nach dem krachenden Scheitern der Kooperation mit Tiffany jenseits des Atlantiks Fuß fassen können. Die Börse zumindest glaubt daran, die Swatch-Aktie wurde am Montag auf eine Rekordhöhe getragen.

Buy American!

Von Christoph Ruhkamp

Für den Volkswagen-Konzern ist der Absatzerfolg in Amerika ein notwendiger Ausgleich für die anhaltende Schwäche des europäischen Marktes. Dasselbe gilt auch für Daimler und BMW, die aber weniger stark von der Misere in Europa betroffen sind. Völlig außen vor sind dagegen Hersteller wie Opel und Peugeot, die in Amerika keine Autos verkaufen. Die gute Nachricht: Der amerikanische Markt hat noch Potential nach oben, auch wenn sich die Wachstumsrate in diesem Jahr voraussichtlich abschwächt. Die Verkaufszahlen liegen auch jetzt – nach den Zuwächsen – noch immer unter dem Niveau von vor dem Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008. Außerdem hat sich ein Nachholbedarf aufgestaut. Die amerikanischen Autos sind im Schnitt rund zehn Jahre alt. Und der eine oder andere Verbraucher, der auf seinen Geldbeutel achtet, wird sich demnächst ja vielleicht auch für ein sparsames Dieselauto aus deutscher Produktion entscheiden. Schließlich werden die deutschen Wagen zunehmend in den Südstaaten vor Ort hergestellt; man kann mit ihnen also der Maxime „Buy American" folgen. Noch liegt der Marktanteil aller deutschen Hersteller zusammen in Amerika unter dem von Honda allein.

ANZEIGE

Doppelte Skywards-Meilen
in der First Class und in der Business Class
Jetzt bei Skywards registrieren, schnell buchen und attraktive Prämien wie z. B. easyJet-Flüge sichern.

Hello Tomorrow Emirates

Die F.A.Z.-Wetterinformationen

im Internet: www.faz.net/wetter

DEUTSCHLAND

Messwerte und Prognosen

	Mo. 14.1.	**Di. 15.1.**	Mi. 16.1.	Do. 17.1.
Aachen	-3° S	**-2° S**	-3° Ss	-2° S
Arkona	-3° w	**-2° S**	-1° w	0° S
Berlin	-6° S	**-2° w**	-4° b	-2° S
Bremen	-4° S	**-2° w**	-2° w	-1° S
Brocken	-11° S	**-8° N**	-8° S	-8° S
Cottbus	-5° S	**-3° w**	-4° b	-3° S
Cuxhaven	-4° h	**-2° w**	-2° w	-1° S
Dresden	-4° b	**-3° w**	-3° w	-3° S
Düsseldorf	-3° b	**0° S**	-1° S	-1° S
Erfurt	-6° S	**-3° w**	-4° S	-4° S
Essen	-4° S	**-1° S**	-2° S	-2° S
Feldberg	-8° N	**-8° N**	-8° S	-10° S
Feldberg Ts.	-7° S	**-7° S**	-7° S	-7° S
Frankfurt/M.	-2° S	**-1° b**	-1° S	-1° S
Freiburg	-1° S	**2° b**	1° S	-2° S
Garmisch	-2° S	**-1° w**	-1° S	-4° S
Greifswald	-5° b	**-3° S**	-3° w	-1° S
Großer Arber	-7° S	**-7° S**	-7° S	-10° S
Hamburg	-4° S	**-2° w**	-2° w	-1° S
Hannover	-4° b	**-2° w**	-3° S	-2° S
Helgoland	-1° w	**0° w**	0° w	0° S
Hof	-5° S	**-4° w**	-4° S	-5° S
Kahler Asten	-7° S	**-8° S**	-7° S	-8° S
Karlsruhe	-1° b	**0° b**	0° S	-2° S
Kassel	-4° S	**-2° w**	-2° S	-2° b
Köln	-3° b	**0° S**	-2° S	-1° S
Konstanz	-1° S	**0° b**	-1° S	-2° S
Leipzig	-4° b	**-2° h**	-3° b	-3° S
Lübeck	-5° S	**-3° N**	-3° w	-1° b
Magdeburg	-4° b	**-2° h**	-3° b	-2° b
Mannheim	-1° b	**0° w**	0° S	-1° S
München	-3° S	**-1° S**	-2° S	-4° S
Norderney	-4° h	**-2° w**	-1° w	0° w
Nürnberg	-2° b	**-1° w**	-1° b	-3° S
Oberstdorf	-2° b	**-1° w**	-1° w	-5° S
Osnabrück	-4° b	**-2° b**	-2° S	-1° S
Passau	-3° S	**-3° b**	-3° S	-3° S
Rostock	-6° b	**-2° S**	-2° w	-1° S
Saarbrücken	-3° h	**-1° S**	-1° S	-3° b
Stuttgart	-2° b	**0° w**	-2° S	-3° S
Sylt	-3° w	**-2° w**	-1° w	-1° w
Trier	-5° h	**0° S**	-1° S	-2° S
Zugspitze	-13° b	**-14° N**	-17° N	-18° S

s = sonnig, h = heiter, w = wolkig, b = bedeckt, G = Gewitter, N = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, Sr = Sprühregen, S = Schnee, SR = Schneeregen, Ss = Schneeschauer, -- = keine Meldung. Alle Tabellen zeigen als Prognose die Tages-Höchsttemperatur, als gestrigen Wert die Messung mittags Ortszeit.

Heute

Ein Tiefdruckkomplex ist mit feuchter und kalter Luft wetterbestimmend. Bis zum Wochenende bleibt damit die winterliche Witterung bei uns in Deutschland erhalten.

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen: Neben einigen Wolkenfeldern scheint die Sonne. Am dichtesten sind die Wolken Richtung Altmark sowie in Ostsachsen, hier fällt vereinzelt etwas Schnee. Bei schwachem Ostwind erreichen die Temperaturen am Nachmittag maximal minus 2 Grad.

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern: Nach Nebel wechseln sich dichte Wolken und Sonnenschein ab. Vereinzelt schneit es leicht. Am sonnigsten wird es in Schleswig-Holstein. Bei rund minus 2 Grad weht schwacher, teils mäßiger Wind aus verschiedenen Richtungen.

Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: In den meisten Teilen Hessens bleibt es trocken mit etwas Sonne. Sonst breiten sich Schneefälle leichter bis mäßiger Intensität aus. Auf vielen Straßen und Wegen droht Glätte. Die Höchstwerte liegen knapp unter dem Gefrierpunkt. Der Wind weht schwach und kommt überwiegend aus Ost bis Südost.

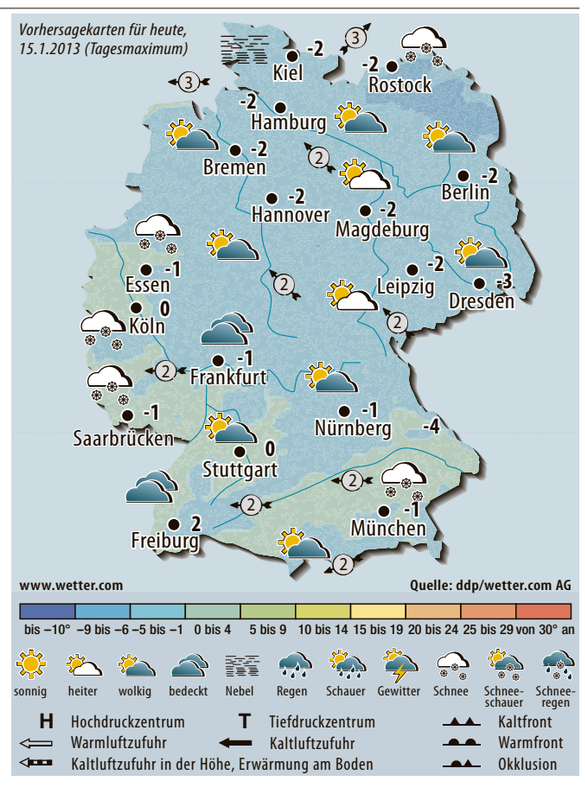
Baden-Württemberg und Bayern: In Württemberg, Franken und direkt an den Alpen kommt gelegentlich die Sonne durch. Sonst dominieren Wolken, die örtlich ein bisschen Schnee bringen. Bei schwachem östlichem Wind liegen die Höchsttemperaturen zwischen minus 4 und plus 2 Grad.

Sonne & Mond

08:18/16:52Uhr 09:46/21:57Uhr

Auf- und Untergang in Mitteleuropäischer Zeit (MEZ) für Frankfurt/Main.

Vorhersagekarten für heute, 15.1.2013 (Tagesmaximum)



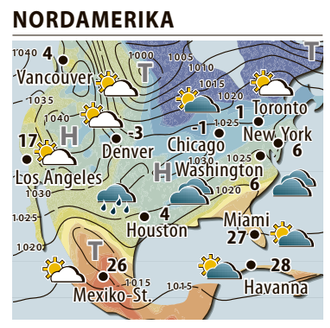
Aussichten

Am **Mittwoch** überziehen kompakte Wolken mit leichtem bis mäßigem Schneefall vor allem die Südosthälfte Deutschlands. In den anderen Regionen entstehen nur lokale Schneeschauer und zwischendurch lässt sich die Sonne sehen. Die Temperaturen steigen höchstens auf minus 4 bis plus 1 Grad. Am **Donnerstag** erreicht der Schneefall die meisten Landesteile. Dabei wird es insgesamt noch etwas kälter, sodass überall Dauerfrost herrscht.

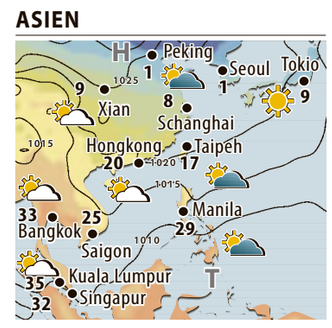
Biowetter

Die ungünstigen Wetterreize stehen im Vordergrund. Manche Menschen schlafen schlecht und sind tagsüber müde sowie antriebslos. Auch Konzentrations- und Leistungsschwächen machen sich bemerkbar. Rheuma- und Asthmapatienten klagen über Beschwerden. Die Kälte macht dem Körper zu schaffen und stellt die Abwehrkräfte auf die Probe. Wegen der hohen Erkältungsgefahr sollte man sich entsprechend kleiden, viel schlafen und vitaminreich essen.

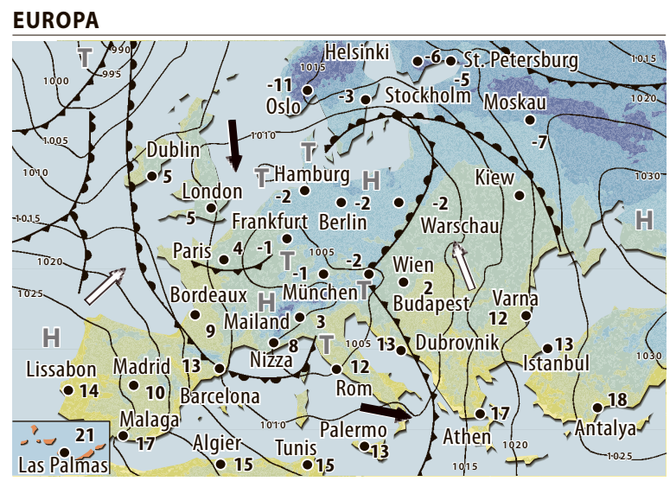
NORDAMERIKA



ASIEN



EUROPA



Ausländische Städte

Europa	Mo. 14.1.	**Di. 15.1.**	Mi. 16.1.	Do. 17.1.
Amsterdam	-3° w	**0° R**	0° w	1° w
Athen	15° w	**17° w**	17° w	17° w
Barcelona	6° h	**13° w**	14° w	12° h
Belgrad	5° w	**11° w**	8° R	8° w
Bordeaux	4° b	**9° R**	9° R	6° w
Bozen	2° S	**3° S**	5° b	5° w
Brüssel	-4° w	**1° S**	-2° S	-1° w
Budapest	-1° S	**2° R**	2° N	2° R
Bukarest	-3° w	**3° N**	9° N	8° N
Dublin	5° w	**5° w**	5° b	6° w
Dubrovnik	12° G	**13° G**	10° R	11° R
Edinburgh	2° w	**2° S**	1° w	2° w

	Mo. 14.1.	**Di. 15.1.**	Mi. 16.1.	Do. 17.1.
Faro	14° s	**16° h**	16° w	18° R
Helsinki	-5° w	**-6° w**	-7° S	-10° S
Innsbruck	-2° S	**1° S**	-1° S	-3° S
Istanbul	8° h	**13° h**	15° w	14° w
Kiew	-6° w	**0° b**	3° N	3° S
Kopenhagen	-2° S	**-1° S**	-1° b	0° w
Larnaka	17° h	**18° h**	18° h	19° w
Las Palmas	19° w	**21° h**	21° h	20° h
Lissabon	13° h	**14° w**	15° Rs	17° R
Ljubljana	-2° S	**0° S**	-1° S	0° S
Locarno	1° w	**4° w**	4° h	6° h
London	4° R	**5° w**	4° w	4° w

	Mo. 14.1.	**Di. 15.1.**	Mi. 16.1.	Do. 17.1.
Madrid	2° h	**10° w**	9° R	11° b
Mailand	3° R	**3° b**	4° w	6° w
Malaga	11° h	**17° h**	17° w	19° w
Mallorca	7° h	**14° w**	15° h	15° w
Moskau	-9° S	**-7° w**	-8° S	-9° S
Neapel	13° R	**13° w**	10° R	12° R
Nizza	6° w	**8° w**	7° h	8° w
Oslo	-18° N	**-11° S**	-8° S	-9° S
Ostende	-1° Rs	**2° w**	1° w	1° w
Palermo	14° w	**13° w**	13° R	14° R
Paris	-2° w	**4° S**	1° w	1° w
Prag	-3° S	**-3° b**	-2° b	-2° S

ANZEIGE

Mit Emirates in die Welt.

Ausländische Städte (Fortsetzung)

Europa	Mo. 14.1.	**Di. 15.1.**	Mi. 16.1.	Do. 17.1.
Reykjavik	-3° h	**6° R**	5° R	5° Rs
Riga	-9° h	**-6° S**	-5° S	-7° S
Rom	13° R	**12° R**	10° R	10° R
Salzburg	-3° S	**-2° S**	-1° S	-3° S
Sofia	0° w	**8° w**	11° Rs	9° w
Stockholm	-7° w	**-3° S**	-3° S	-3° S
St.Petersbg.	-5° S	**-5° S**	-7° S	-11° w
Venedig	2° R	**5° R**	5° R	6° R
Warschau	-7° h	**-2° S**	0° S	-2° S
Wien	-4° S	**-2° b**	-1° N	-1° S
Zürich	-1° S	**0° b**	-1° S	-3° S
Afrika				
Accra	32° h	**33° w**	33° h	33° h
Algier	9° R	**15° R**	17° w	16° b
Casablanca	15° w	**17° w**	18° w	18° R
Dakar	26° s	**29° s**	29° s	29° h
Johannesb.	25° h	**28° h**	27° w	28° w
Kairo	16° h	**21° s**	22° h	21° s
Kapstadt	23° w	**31° h**	31° s	30° w
Kinshasa	28° w	**32° w**	32° R	34° w
Lagos	28° h	**34° h**	35° h	34° w
Nairobi	23° w	**26° w**	26° w	26° w
Tunis	12° w	**15° w**	16° w	17° R
Nordamerika				
Atlanta	15° b	**14° R**	15° b	10° R
Chicago	-5° w	**-1° w**	2° w	-2° h
Denver	-14° h	**-3° h**	8° h	8° h
Houston	4° b	**4° R**	6° b	15° b
Los Angeles	16° h	**17° h**	22° h	24° h
Miami	27° w	**27° w**	28° w	27° w
Montreal	4° w	**-3° w**	1° w	-7° w
New York	15° b	**6° b**	6° b	8° w
S. Francisco	11° h	**12° w**	14° w	14° w
Toronto	0° w	**1° h**	3° w	-5° w
Vancouver	1° s	**4° h**	4° h	5° s
Washington	14° b	**6° b**	8° w	9° w
Lateinamerika				
Bogota	19° w	**20° w**	21° w	21° w

Lateinamerika	Mo. 14.1.	**Di. 15.1.**	Mi. 16.1.	Do. 17.1.
B.Aires	29° w	**32° h**	33° w	29° w
Caracas	24° w	**25° w**	24° w	25° w
Lima	26° h	**27° h**	28° h	28° h
Mexiko-St.	20° h	**26° h**	23° h	22° h
Recife	30° w	**30° w**	30° w	30° w
R.d. Janeiro	29° w	**31° w**	31° R	30° w
Sant.(Ch.)	24° h	**29° w**	29° h	29° h
Naher Osten				
Ankara	0° w	**3° w**	5° N	6° w
Antalya	14° w	**18° h**	17° w	17° w
Baghdad	10° h	**13° h**	14° s	14° w
Dubai	21° w	**22° w**	21° w	22° s
Kuwait	13° h	**16° s**	17° s	19° w
Riad	15° h	**17° s**	17° s	18° s
Teheran	5° h	**4° w**	4° h	7° h
Tel Aviv	17° h	**21° s**	23° s	22° h
Asien				
Almaty	-3° h	**0° h**	6° w	1° w
Bangkok	32° h	**33° h**	33° h	34° h
Mumbai	30° s	**32° s**	32° h	30° h
Colombo	30° h	**34° h**	34° h	33° h
Hanoi	17° b	**18° b**	20° b	19° b
Hongkong	16° s	**20° h**	21° h	19° h
Jakarta	29° G	**29° w**	30° w	30° w
Kalkutta	23° s	**26° h**	27° h	27° h
Manila	28° w	**29° w**	29° w	29° w
Neu Delhi	18° h	**21° N**	19° N	20° N
Peking	-1° s	**1° w**	0° s	1° s
Seoul	0° w	**1° h**	0° w	-2° h
Schanghai	7° h	**8° w**	9° h	8° w
Singapur	30° w	**32° w**	32° h	32° w
Taipeh	16° w	**17° w**	20° w	20° R
Tokio	3° R	**9° s**	7° s	8° s
Xian	1° h	**9° h**	12° h	10° s
Australien und Neuseeland				
Melbourne	20° s	**27° s**	25° s	38° w
Sydney	20° s	**25° s**	29° s	30° s
Wellington	18° w	**21° R**	19° w	19° Rs

ANZEIGE

Reisen Sie in der First Class oder in der Business Class und profitieren Sie als Skywards-Mitglied von doppelten Meilen. Diese können Sie direkt in attraktive Prämien einlösen.

Angebot gültig für Tickets, die zwischen dem 10. und dem 23.01.2013 ausgestellt werden. Reisezeitraum ab sofort bis 30.11.2013 (letzter Abflug). Gültig für Buchungen mit Skywards Flex und Skywards Saver. Nur für registrierte Skywards-Mitglieder. Registrierung möglich unter skywards.com oder in Ihrem Reisebüro. Es gelten unsere AGB. Weitere Informationen und Buchungen auf emirates.de, telefonisch unter 069 945192000 oder in Ihrem Reisebüro*. *Reisebüros können unterschiedliche Servicegebühren erheben.

emirates.de

Börse liefert Fakten für Hochfrequenzhandel

Ultraschnelle Börsenhändler stellen dem Markt demnach verlässlich Liquidität zur Verfügung – gerade auch in kritischen Marktphasen.

dmoh. FRANKFURT, 14. Januar. Um der Kritik am ultraschnellen Börsenhandel zu begegnen, hat die Deutsche Börse der Öffentlichkeit erstmals tiefen Einblick in ihre Handelsbücher gewährt. Mit den Daten widerlegt sie den Vorwurf gegen Hochfrequenzhändler, diese würden in schwachen Marktphasen den Abwärtstrend bis hin zu einem Crash verstärken und in besonders hektischen Marktphasen aus dem Markt verschwinden.

Die Deutsche Börse hat dazu beispielhaft die Orderbücher von den drei hektischsten Handelstagen aus dem Jahr 2011 ausgewertet und die Ergebnisse auf einem Pressetermin am Montag vorgestellt. Am 25. August 2011 hatte der Dax binnen wenigen Minuten von knapp 5700 Punkten um gut 4 Prozent auf rund 5450 Punkte nachgegeben. Statt 300 Dax-Kontrakten je Minute gingen an der Terminbörse Eurex 1700 Stück um. „Wir haben das Verhalten der Hochfrequenzhändler an diesem außergewöhnlich hektischen Börsentag mit dem der anderen Handelsteilnehmer verglichen“, sagt Randolf Roth, Leiter der Abteilung Geschäftsentwicklung der Eurex: „Im Ergebnis haben die Hochfrequenzhändler ihre Handelsaktivität in der kritischen Phase deutlich erhöht, haben sich also nicht vom Markt entfernt, und sie haben auch nicht nur verkauft, sondern waren im Gegenteil rund um den Tiefpunkt besonders auf der Käuferseite aktiv, haben also den Abschwung gebremst, zum Umschwung beigetragen und ihn nicht verschärft.“ An diesem Handelstag hätten Hochfrequenzhändler für etwa 35 Prozent des Handelsvolumens gestanden, in der überwiegenden Zahl der Fälle sei die aggressive Partei, auf deren Initiative das Handelsgeschäft erfolgte, kein Hochfrequenzhändler gewesen, während die Hochfrequenzhändler als passive Liquiditätsstifter bereitgestanden hätten.

Oft hochfrequent: *Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse* Foto dpa

Ausgelöst wurde der Dax-Rückgang von einem großen Verkaufsauftrag eines institutionellen Händlers an der Terminbörse Eurex. „Die großen Verkaufsaufträge, die den Markt bewegen können, kommen nie von Hochfrequenzhändlern“, sagt Roth. Eine allgemeine Definition von Hochfrequenzhandel hat auch die Börse nicht. Als typisches Verhalten eines Hochfrequenzhändlers gilt der Handel auf Basis von Computeralgorithmen innerhalb von Millisekunden mit meist kleineren Summen bei nur kurzen Haltedauern der Wertpapiere von wenigen Sekunden oder Minuten, nie aber Tagen oder Wochen. Fast jede größere Bank betreibt Hochfrequenzhandel, es gibt aber auch auf Hochfrequenzhandel spezialisierte Anbieter. In Deutschland wird der Anteil des Hochfrequenzhandels auf etwa 40 Prozent des Handelsvolumens geschätzt, in Amerika auf mehr als 60 Prozent.

In New York gab es immer wieder Handelsprobleme, die auf den Hochfrequenzhandel zurückgeführt werden wie den Flash-Crash vom Mai 2010, als der Dow Jones Index binnen Minuten um mehr als 1000 Punkte nachgab. Dazu zählen auch der abgebrochene Börsengang der alternativen Handelsplattform Bats, der Börsengang von Facebook und die Schieflage des Handelshauses Knight Capital.

Die Probleme aus Übersee haben auch hierzulande zu einer verstärkten Diskussion um den Hochfrequenzhandel geführt, obschon hier noch keine aus dem Hochfrequenzhandel resultierenden Probleme aufgetreten sind. Die hiesigen Handelssysteme gelten als technologisch wesentlich ausgereifter als in Amerika. Auch hat die Deutsche Börse früh Vorkehrungen getroffen, um negative Auswirkungen des Hochfrequenzhandels möglichst auszuschließen. Wichtigstes Instrument ist eine Volatilitätsunterbrechung, die zum Tragen kommt, wenn durch einen Handelsauftrag in einem Wertpapier ein größerer Kurssprung ausgelöst würde. Dann unterbricht die Börse den Handel für etwa zwei Minuten, in denen die Marktteilnehmer Gelegenheit haben, in Ruhe ihre Orderbücher auf eventuelle Fehler zu untersuchen.

Sollte danach immer noch ein Kurssprung bevorstehen, unterbricht die Börse den Handel weiterhin, um den Auslöser zu identifizieren und mit ihm Rücksprache zu halten, ob seine Order wirklich seinem Willen entspricht. Volatilitätsunterbrechungen gibt es im Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse täglich und sie haben sich nach allgemeinem Dafürhalten der Marktteilnehmer bewährt.

Gleichwohl strebt die Bundesregierung noch vor einer EU-weiten Regulierung ein Gesetz zum Hochfrequenzhandel an, zu dem es an diesem Mittwoch eine Expertenanhörung im Finanzausschuss des Bundestages gibt. Die Bundesbank äußerte vergangene Woche ihre weitgehende Zustimmung zu dem Vorhaben. Auch die Börse befürwortet das Gesetz, dessen Vorgaben die Börse weitgehend schon einhält. Die Bafin soll mehr Durchgriffsrechte erhalten, die Handelsteilnehmer zu vermehrter Dokumentation verpflichtet werden und bei exzessiver Nutzung der Handelssysteme ohne Orderausführungen Gebühren entrichten müssen. Die Zulassung der Hochfrequenzhändler soll über das Kreditwesengesetz erfolgen, was aus Sicht der Börse ein erheblicher Zusatzaufwand ohne Informationsgewinn wäre, weil viele ausländische Handelsteilnehmer dafür Niederlassungen in Deutschland gründen müssten. Die Börse schlägt die Zulassung der Hochfrequenzhändler nach dem Börsengesetz vor.

Kampf der Titanen an der Wall Street

Bei Herbalife wetten zwei prominente New Yorker Hedgefonds-Manager gegeneinander / Gewinnen kann nur einer

nks. NEW YORK, 14. Januar. William Ackman und Daniel Loeb machen keine halben Sachen. Die beiden prominenten New Yorker Hedgefonds-Manager sind für aggressive Methoden bekannt und scheuen nicht davor zurück, ihre finanziellen Interessen in aller Öffentlichkeit zu verfolgen. Jetzt sind Ackman und Loeb in einen Kampf verwickelt, den einige Konkurrenten schon für die „möglicherweise blutigste Hedgefonds-Schlacht aller Zeiten“ halten. Es geht um große Egos und um dreistellige Millionen-Dollar-Summen. Und es geht um Aktien des Diät-Unternehmens Herbalife.

Ackman, der Gründer der Hedgefonds-Gesellschaft Pershing Square Capital, hatte die Schlacht kurz vor Weihnachten angezettelt. In einer dreistündigen Präsentation auf einer Investorenkonferenz beschuldigte Ackman Herbalife, ein illegales Schneeballsystem zu betreiben. Zuvor hatte er mit einem Einsatz von mehr als einer Milliarde Dollar auf fallende Kurse von Herbalife gewettet. Sein Plan ging zunächst auf. Ackmans Präsentation sorgte für Panik unter den Aktionären von Herbalife. Trotz der Proteste des Unternehmens sackte der Aktienkurs von Herbalife in den Tagen danach um fast 40 Prozent ab.

Seit Anfang des Jahres ist der Kurs allerdings wieder um mehr als 20 Prozent gestiegen. Ein Grund dafür ist das Engagement von Daniel Loeb, dem Gründer der Gesellschaft Third Point. Loeb gab in der vergangenen Woche bekannt, dass sein Fonds 8,2 Prozent der Anteile von Herbalife erworben hat. Der Wert: rund 350 Millionen Dollar. Das entspricht etwa 3 Prozent des von Third Point verwalteten Vermögens. Loeb kommentierte die düsteren Prognosen seines Konkurrenten Ackman auf undiplomatische Weise. Die These, bei Herbalife handele es sich um ein Schneeballsystem, sei „grotesk“, schrieb er in einem Brief an seine Investoren. Das Unternehmen wachse Jahr um Jahr und habe loyale Kunden.

„Einer von beiden wird sehr falsch liegen“, kommentierte Gregg Hymowitz, der Gründer des Vermögensverwalters Entrust Capital, der seit langer Zeit in beiden Fonds investiert ist. „Ackman glaubt, dass es sich um einen Betrug handelt, und Dan glaubt, es sei ein völlig legitimes Unternehmen.“ Der öffentliche Schlagabtausch und die Kritik Ackmans hat mittlerweile aber die Börsenaufsicht SEC alarmiert, die das Geschäftsmodell von Herbalife prüfen will.

Herbalife verkauft seine Produkte, Getränke und Riegel zur Gewichtskontrolle, Energiedrinks und Nahrungszusätze, im Direktvertrieb – ähnlich wie der Kosmetikhersteller Avon. Ackman glaubt, dass die Vertriebsleute von Herbalife mehr Geld damit verdienen, immer neue Verkäufer anzuheuern und denen die Produkte zu verkaufen, als mit dem eigentlichen Absatz der Waren an Endverbraucher. Als Schneeballsysteme werden Geschäftsmodelle bezeichnet, die zum Funktionieren eine ständig wachsende Anzahl an Teilnehmern benötigen. Gewinne für Teilnehmer entstehen dadurch, dass neue Teilnehmer in den Systemen mitwirken und Geld investieren. Herbalife wies die Vorwürfe in einer eigens einberufenen Investorenkonferenz in der vergangenen Woche scharf zurück.

„Wir sind zuversichtlich, dass Sie verstehen werden, dass wir ein legitimes Unternehmen mit legitimen Kunden sind“, sagte der Vorstandsvorsitzende von Herbalife, Michael Johnson. Nach der ersten Attacke von Ackman hatte Herbalife dessen Präsentation als „böswilligen Angriff“ auf das Geschäftsmodell bezeichnet, der weitgehend auf veralteten, verzerrten und falschen Informationen beruhte. Das Unternehmen halte höchste Standards für Ethik und Qualität.

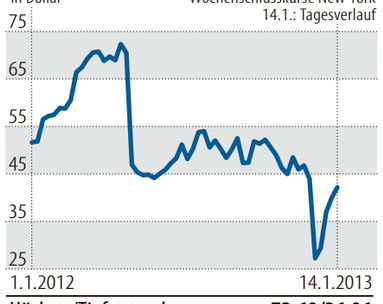
Vorstandschef Johnson warf Ackman in einem Fernsehinterview vor, den Aktienkurs manipulieren zu wollen. Ackman und Loeb haben in der Tat genug Einfluss, um den Kurs von Unternehmen allein mit der Veröffentlichung einer großen Position zu bewegen. Fachleute an der Wall Street gehen davon aus, dass sich der Kampf der Titanen noch eine Weile hinziehen wird.

Höhere Hebel

Amerikanische Hedgefonds werden optimistischer und erhöhen ihre Wetten mit Fremdkapital. Nach einer Studie der Bank Morgan Stanley war der Verschuldungsgrad von Hedgefonds zum Jahresanfang so hoch wie seit 2004 nicht mehr. Das gilt als Zeichen, dass diese Profianleger mit steigenden Kursen rechnen und deswegen höhere Risiken eingehen. Mit dem Einsatz von Fremdkapital kann die Rendite der Fonds gesteigert werden. Geht die Wette auf steigende Kurse nicht auf, verbuchen die Fonds aber auch höhere Verluste. Fachleute halten die zunehmende Nutzung von Krediten für ein Indiz, dass viele Fonds die seit 2009 laufende Hausse an der Wall Street bisher verpasst haben. Der S&P 500 ist seinem Rekordhoch aus dem Jahr 2007 nahe. nks.

Herbalife ISIN KYG4412G1010

in Dollar — Wochenschlusskurse New York, 14.1.: Tagesverlauf



Höchst-/Tiefststand 52 Wochen, € **72,69/26,06**

Börsenwert Mio. $ **4322,21** KGV 12/2013[1)] **8,8**

1) KGV: Kurs-Gewinn-Verhältnis (IBES-Konsens-Schätzung).
Quelle: Thomson Reuters F.A.Z.-Grafik Fleischmann

Heute

Höhenflug mit Risiko
Der neue japanische Regierungschef Abe möchte die Wirtschaft mit lockerer Geldpolitik und dem größten Konjunkturprogramm seit Jahren beleben. Den Märkten gefällt das. **Seite 18**

Bankfilialen für die Zukunft
Bankfilialen werden weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Dies sagt Martin Zielke, Vorstand der Commerzbank für Privatkunden, in einem Interview. Die Arbeitszeiten sollen flexibler werden. **Seite 19**

Sport

Zielscheibe der Zweifler
Kritiker sagen, dass Bundestrainer Martin Heuberger überfordert sei – auch derzeit bei der Handball-WM in Spanien. Er reagiert mit demonstrativer Ruhe. **Seite 24**

Spiel mit der Angst
Ein Tennisjahr ist schnell verdorben, wenn der Start bei den Australian Open schiefgeht. Angelique Kerber besteht die Nervenprüfung in Melbourne mit Bravour. **Seite 23**

Spaniens Banken rufen weniger EZB-Kredite ab

maf. FRANKFURT, 14. Januar. Die Finanzierungssituation spanischer Banken hat sich im Dezember weiter entspannt. Wie die spanische Notenbank am Montag mitteilte, haben sich die Institute über die Europäische Zentralbank (EZB) im Monatsdurchschnitt mit 313,1 Milliarden Euro finanziert. Das waren 27,7 Milliarden Euro weniger als im November. Im August 2012 benötigten spanische Banken noch rund 389 Milliarden Euro. Im Dezember 2011 hatten sich die abgerufenen EZB-Kredite allerdings nur auf 118 Milliarden Euro belaufen. In der Zwischenzeit wurden die Probleme spanischer Banken mit ausfallgefährdeten Immobilienkrediten offensichtlich. So mussten einige Sparkassen wie die Bankia-Gruppe vom Staat aufgefangen werden. Die Eurogruppe hatte sich zur Rekapitalisierung der spanischen Banken im vergangenen Sommer zu einem Hilfspaket von bis zu 100 Milliarden Euro bereit erklärt.

Italien kündigt Anleihe mit 15 Jahren Laufzeit an

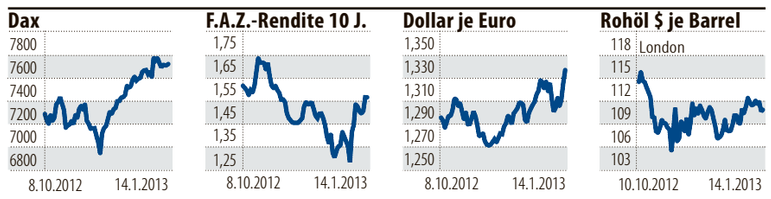
maf. FRANKFURT, 14. Januar. Erstmals seit zwei Jahren traut sich Italien wieder die Begebung einer neuen Anleihe mit 15 Jahren Laufzeit zu. Das italienische Finanzministerium kündigte am Montag die Emission für die „nahe Zukunft“ an. Konsortialbanken sind Intesa Sanpaolo, Barclays, Credit Agricole, Goldman Sachs und JP Morgan. In den vergangenen Wochen haben sich die Finanzierungsbedingungen für den italienischen Staat deutlich gebessert. Seit Sommer haben die Kurse der Staatsanleihen zugelegt, entsprechend sind die Renditen gesunken. Seit Ende Juli ist die Rendite der zehnjährigen Anleihe um mehr als 2,0 Prozentpunkte auf inzwischen 4,2 Prozent gefallen. Die Rendite für Schuldtitel mit Fälligkeit in 15 Jahren beträgt derzeit 4,5 Prozent. Im vergangenen Jahr hatte Italien Anleihen, deren Fälligkeit länger als zehn Jahre entfernt liegt, zwar aufgestockt, aber keine neuen Serien begeben.

Privatkonten wurden 2012 häufiger überprüft

BERLIN, 14. Januar (AFP). Die Überprüfung privater Bankkonten durch Finanzämter und Sozialbehörden hat auch im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Insgesamt gab es 2012 etwa 72 600 Kontoabfragen – ein Anstieg um 15,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie aus am Montag in Berlin veröffentlichten Daten des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar hervorgeht. Schaar forderte eine Begrenzung der Kontodatenabrufe von Behörden. Im Jahr der Einführung der Überprüfung 2005 lag die Zahl noch bei 8700. Seit acht Jahren haben Behörden und Ämter die Möglichkeit Kontostammdaten abzufragen, Kontostände oder -bewegungen können nicht eingesehen werden. Der Einblick soll Sozialleistungsmissbrauch, Schwarzarbeit oder Steuerhinterziehung vorbeugen. Es muss für eine Prüfung aber ein konkreter Anlass vorliegen, an den zuvor gemachten Angaben des Steuerzahlers zu zweifeln.

Die Börse heute

Deutsches Wirtschaftswachstum



	11.1.	14.1.
F.A.Z.-Index	1664,77	1666,35
Dax 30	7715,53	7729,52
M-Dax	12335,40	12312,44
Tec-Dax	873,66	868,64
Euro Stoxx 50	2717,79	2715,16
Dow Jones	13488,43	13507,32
Nasdaq Index	3125,63	3117,50
Bund-Future	142,53	142,59
Tagesgeld Frankfurt	0,05 %	0,06 %
3-Monats-Euribor	0,195 %	0,199 %

	11.1.	14.1.
Bundesanl.-Rendite 10 J.	1,61 %	1,55 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	1,56 %	1,56 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	1,87 %	1,86 % *
Gold, London ($/Unze)	1657,50	1666,50
Rohöl (London $/Barrel)	110,66	110,93**
1 Euro in Dollar	1,3274	1,3341
1 Euro in Pfund	0,8232	0,8312
1 Euro in Schw. Franken	1,2157	1,2243
1 Euro in Yen	118,18	119,10

*) Ortszeit 16.00 Uhr, **) Ortszeit 22.00 Uhr

Das Statistische Bundesamt nennt eine erste vorläufige Berechnung des Bruttoinlandsprodukts für das vergangene Jahr und damit eine erste Indikation, wie hoch das Wirtschaftswachstum 2012 tatsächlich ausgefallen ist. Noch mehr dürfte die Finanzmärkte interessieren, dass gleichzeitig auch die Maastricht-Defizitquote veröffentlicht wird. Auch der Verbraucherpreisindex für Dezember und das Gesamtjahr wird wohl aufmerksam registriert. Auf Unternehmensseite stehen Umsatzzahlen des schweizerischen Schokoladenherstellers Lindt und des britischen Rohstoffkonzerns Rio Tinto an. hlr.

Vermögensverwaltung

Wird die Heimat überschätzt?

Die Bedeutung nationaler Aktienmärkte und die Bedeutung nationaler Volkswirtschaften gehen weit auseinander. Rund die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Welt entfällt mittlerweile auf Schwellen- und Entwicklungsländer, aber die in diesen Ländern beheimateten börsennotierten Unternehmen machen nur 13 Prozent des Börsenwerts aller in der Welt notierten Unternehmen aus, wenn man den MSCI All Country World Index als Maßstab nimmt. Umgekehrt erwirtschaften die Vereinigten Staaten 19 Prozent des Welt-BIP, aber die amerikanischen börsennotierten Unternehmen bringen zusammen fast die Hälfte des Börsenwerts aller in der Welt notierten Unternehmen auf die Waage.

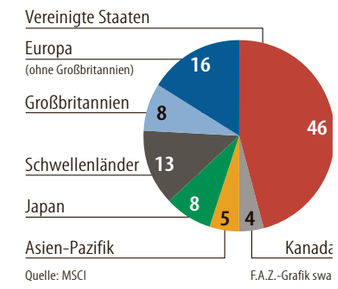
Hieraus lässt sich schließen: Viele Investoren in den Vereinigten Staaten, aber auch in anderen Industrienationen verfolgen am Aktienmarkt eine Strategie, die in der Fachwelt seit den frühen neunziger Jahren als „Home Bias“ bezeichnet wird: Sie haben eine starke Präferenz für Aktien aus dem eigenen Land. Eigentlich sollte eine Kapitalanlage das Ergebnis einer nüchternen Betrachtung der erwarteten Chancen und Risiken sein. Warum aber gibt es die Präferenz für heimische Anlagen? Und ist sie nicht abwegig?

Üblicherweise werden drei Gründe für den „Home Bias“ genannt. Zum ersten werden heimische Unternehmen als weniger riskant angesehen als ausländische, weil man die heimischen Unternehmen besser kennt oder zumindest sie besser zu kennen glaubt. Das mag ein Grund gewesen sein, warum die Plazierung von Aktien des Hamburger Hafens anlässlich des Börsengangs recht viele Privatanleger aus Norddeutschland anlockte. Zum zweiten sind Anlagen in Ländern mit fremder Währung mit Wechselkursrisiken verbunden, die viele Anleger schrecken. Drittens schließlich sind die Kosten des Handels mit Aktien an ausländischen Börsen oft höher als die Handelskosten in Deutschland, auch wenn sich die Unterschiede in den vergangenen Jahren auch als Folge spezieller Angebote im Internet eingebnet haben.

Die drei Gründe für den „Home Bias“ mögen für Privatanleger zutreffen, die selbständig Aktien aussuchen. Aber für Großanleger klingen sie schon weniger überzeugend, auch wenn sie in der Praxis für den einen oder anderen Institutionellen eine Rolle spielen dürften. Aber es lassen sich durchaus Gründe finden, warum in einem Land mit exportstarken Unternehmen wie den Vereinigten Staaten, Deutschland oder der Schweiz der „Home Bias“ Sinn haben kann.

Das Gewicht der Schwellenländer an den Börsen bleibt im Vergleich zur Wirtschaftskraft unter anderem wegen des Staatseigentums an wichtigen Unternehmen zurück. Das bedeutendste Beispiel ist die staatliche saudische Ölgesellschaft Aramco, der mit Abstand größte Ölförderer der Welt. Wie der fiktive Börsenwert dieses Kolosses aussähe, lässt sich natürlich nur grob schätzen, aber es hat schon Fachleute gegeben, die den Wert der Aramco mit bis zu 7 Billionen Dollar veranschlagt haben. Im Vergleich dazu blieben selbst Börsenlieblinge wie Exxon, Apple oder Microsoft kaum mehr als Zwerge.

Die Gewichte im MSCI World
Nach Börsenwert in Prozent



Quelle: MSCI F.A.Z.-Grafik swa

Zum zweiten kann der Anleger aus Industrienationen heraus Chancen in Schwellenländern mit einer Vielzahl von Aktien spielen, zum Beispiel mit Nestlé, den deutschen Autoherstellern, BASF, Siemens, amerikanischen Konsumwerten wie Coca Cola oder Procter & Gamble und vielen anderen. Das Wechselkursrisiko überlässt der Anleger in diesen Fällen den Unternehmen, die damit möglicherweise professioneller umgehen können.

Schließlich ist es kein Wunder, dass nach wie vor per Saldo mehr Geld von Schwellenländern in Industrienationen fließt als umgekehrt. Viele Anleger mögen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Industrienationen skeptisch gegenüberstehen, aber ob sich ein Anleger in einem Schwellenland langfristig mit Blick auf die politische Stabilität besserstellt, lässt sich aus der Distanz schwer beurteilen.

Am Ende ist die Frage, wie Aktien global gestreut werden, zweitrangig. Zuvor muss überhaupt eine Entscheidung für die Aktie getroffen werden – und schon daran hapert es bei nicht wenigen Anlegern. GERALD BRAUNBERGER

Neue Spitze im IR-Verband DIRK

Bommer wird Geschäftsführer – aber nur vorübergehend

ham. FRANKFURT, 14. Januar. Der Deutsche Investor Relations Verband (DIRK) ist bemüht, die Reibungen unter den 350 Mitgliedern zu glätten. Präsidentin Magdalena Moll, im Hauptberuf bei der BASF für Kapitalmarktkommunikation (IR) zuständig, teilte mit, neuer Geschäftsführer des DIRK werde „mit sofortiger Wirkung“ Kay Bommer. Der Hamburger Rechtsanwalt hat den Investor Relations Verband schon von 2001 bis Ende 2010 geführt. Seither kam der DIRK nicht mehr zur Ruhe und verschliss vier Geschäftsführer.

Auch Bommer will nur etwa ein Jahr tätig sein. „Ich sehe den DIRK auch als mein Baby und ich lasse mich jetzt gerne in die Pflicht nehmen“, sagte der 44 Jahre alte Bommer dieser Zeitung. Seine Aufgabe als geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensberatung Pictum lasse es aber nicht zu, dass er die DIRK-Geschäftsführung dauerhaft übernehme. Bommer folgt auf Christa Scholl, die vor Weihnachten, entnervt von Spannungen mit Präsidentin Moll, ihren Rückzug als DIRK-Geschäftsführerin spätestens zur Jahresmitte angekündigt hatte. In einer am Montag versandten E-Mail an die DIRK-Mitglieder teilte der Vorstand nun mit, er habe entschieden, sich mit sofortiger Wirkung von Scholl zu trennen. Der Brief beginnt mit dem Satz: „Sie haben sicherlich in den letzten Tagen die Presseberichte über unseren Verband und unsere Zielsetzungen gesehen.“

In ihrer Ausgabe vom Freitag, an dem der Vorstand die Trennung von Scholl beschloss, hatte diese Zeitung den vergangene Woche bekanntgewordenen Abgang Scholls abermals zum Anlass genommen, um über Moll, Scholl und Spannungen zwischen dem DIRK und der neuen Gruppierung IR Club zu berichten. Pikanterweise hat der IR Club den neuen DIRK-Geschäftsführer Bommer schon vor Wochen als Moderator für seine Konferenz gewonnen, die in Teilen des DIRK als unliebsame Konkurrenz gesehen wird. „Ich sehe eine meiner Stärken in der Integration von verschiedenen Interessengruppen in der IR“, sagte Bommer auf die Frage, welche Aufgaben er im DIRK angehen will.

Dem japanischen Finanzmarkt gefällt's: *Präsident Shinzo Abe erklärt seine Wirtschaftspolitik.* Foto Reuters

Der Nikkei im Bann der „Abenomics“

Die lockere Geld- und Finanzpolitik der neuen japanischen Regierung befeuert die Märkte – nicht ohne das Risiko eines Rückschlags.

cag. TOKIO, 14. Januar. Der starke Aktienmarkt in Tokio zum Jahreswechsel hat selbst die Optimisten unter den Analysten überrascht. Niemand hatte ernsthaft erwartet, dass die erst vor drei Jahren abgewählten Liberaldemokraten mit ihrem Kandidaten Shinzo Abe bei der Parlamentswahl im Dezember mit einer satten Zweidrittelmehrheit triumphal an die Macht zurückkehren würden. Abe unternimmt seitdem alles, die japanische Wirtschaft mit aggressiver Geldpolitik und dem größten Konjunkturprogramm seit dem Lehman-Schock zu beleben. „Abenomics“ nennen die Japaner diese Geld- und Schuldenpolitik schon.

In der kommenden Woche will der neue japanische Regierungschef die Bank von Japan in einer schriftlichen Erklärung verpflichten, sich ein Inflationsziel von 2 Prozent zu setzen. Unbegrenzte Anleihekäufe, bis das Ziel erreicht ist, wären die Folge. Das soll den Yen schwächen und das Land aus der leichten Deflation führen, in der Japan seit Jahren verharrt. Noch sind das nur Ankündigungen, aber der amerikanische Dollar hat mit knapp unter 90 Yen schon den höchsten Stand seit zweieinhalb Jahren erreicht. Der Euro steht kurz vor 120 Yen, so stark wie seit Anfang 2011 nicht mehr. Und weil ein schwacher Yen Japans Exportunternehmen hilft, die den größten Teil zum japanischen Wirtschaftswachstum beitragen, jubiliert auch die Börse. Der Aktienindex Nikkei erreichte mit 10 801,57 Punkten den höchsten Stand seit 23 Monaten. Um 23 Prozent legte der Nikkei im vergangenen Jahr zu, das beste Ergebnis seit 2005.

Die Rally begann, als im November die Neuwahlen ausgerufen worden waren und sich Abes Erfolg abzeichnete. Seitdem stieg der Aktienindex um etwa 20 Prozent. Die großen Gewinner waren die Finanzinstitute mit einem Plus von 61 Prozent. Aber auch die stark exportabhängigen Autokonzerne legten mit 37 Prozent stark zu. Seit der Blasenwirtschaft seit 1988 hat es nicht mehr eine so lange Aufwärtsstrecke des Nikkei gegeben.

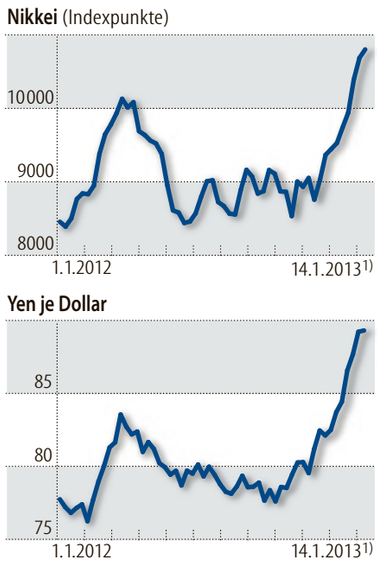
Und ein Ende des Höhenflugs ist nicht in Sicht, solange die Abenomics die Marktteilnehmer verzaubert. Freitag beschloss das Parlament in Tokio ein Konjunkturprogramm, mit dem die Regierung Investitionen von mehr als 20 Billionen Yen (168 Milliarden Euro) anstoßen will. Allein an diesem Tag legte der Nikkei um 177 Punkte zu, vor allem Bauunternehmen, aber auch Pharmazie und Versicherungen. In der kommenden Woche wird sich die Notenbank, so wie es aussieht, auf ihrer geldpolitischen Sitzung dem Diktat Abes beugen und offiziell auf seine aggressive Geldpolitik einschwenken. Die Abenomics gehen also weiter. Analysten halten es für möglich, dass der Nikkei bereits im Februar die Grenze von 11 000 und 11 500 überschreiten könnte.

Wenn Marktteilnehmer so euphorisch reagieren, ist die Gefahr von Rückschlägen allerdings groß. Zwar weist der Vorsitzende der hochangesehenen Managervereinigung Keizai Doyukai, Yasuchika Hasegawa, zu Recht darauf hin, dass Japan als einziger Markt das Niveau vor der Finanzkrise noch nicht wieder erreicht hat. Da hätte der Nikkei noch mehr als 25 Prozent Luft nach oben. Ob japanische Aktien aber 2013 zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder ein großes Thema sein werden, wie der Aktienstratege von J.P. Morgan glaubt, oder ob die laufende Kursrally doch bald zu einem Ende kommt, ist noch nicht entschieden.

Der erste Test kommt bereits Anfang Februar. Dann legen die japanischen Unternehmen ihre Quartalszahlen vor. Wenn selbst der um sein Überleben kämpfende Elektrokonzern Sharp wegen der Yen-Schwäche bis zum Jahresende um 12 Prozent zulegte, können diese Zahlen schnell Ernüchterung bringen. „Je stärker die Euphorie am Finanzmarkt ist, desto härter kann der Aufschlag der Wirklichkeit sein, wenn die Investoren sie endlich sehen“, warnte kürzlich ein Marktbeobachter.

Japans Regierung spielt einen hohen Einsatz mit ihrer Abenomics. Der Aufschwung auf Pump, der 600 000 neue Arbeitsplätze bringen soll, lässt Japans Staatsverschuldung auf einen neuen Höchststand steigen. Schon jetzt gibt Japans Regierung bald jeden zweiten Yen, den sie an Steuern einnimmt, für den Schuldendienst aus. Die schnelle Rückkehr zur Inflation würde zudem Sparer und Banken treffen – zumal, wenn die Einkommen nicht mitsteigen. Und wichtige Reformen wie die Öffnung Japans für mehr Freihandel – und damit mehr Wettbewerb für die japanischen Unternehmen – oder jahrelang verschleppte Reformen der überregulierten Agrar-, Gesundheits- oder Arbeitsmärkte spielen in der Abenomics bislang keine Rolle. Noch hat Abe nicht erkennen lassen, wie er die angespannte Lage der japanischen Staatsfinanzen zumindest mittelfristig in den Griff bekommen will. So schnell Anleger euphorisch sein können, so schnell kann sie auch die Panik packen. Sollte der japanische Anleihemarkt ins Rutschen kommen, drohen aber nicht nur dem Nikkei schwere Zeiten.

Japanischer Höhenflug



1) Wegen eines Feiertags ist die Börse am 14.1. geschlossen
Quellen: Thomson Reuters F.A.Z.-Grafik Kaiser

Das Ende des Bankgeheimnisses

Seit Januar gilt das Doppelsteuerabkommen mit Liechtenstein / Von Karsten Randt

FRANKFURT, 14. Januar. Kurz vor Weihnachten vergangenen Jahres ist zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Bundesrepublik Deutschland ein neues Doppelbesteuerungsabkommen ratifiziert worden. Neben typischen rein steuerrechtlichen Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sind in diesem Abkommen auch diverse Regelungen enthalten, die der Bekämpfung der Steuerhinterziehung dienen. Anwendbar ist dieses Abkommen ab dem 1. Januar 2013 und somit eine gültige Rechtsgrundlage. Ergänzt wird dieses Abkommen durch ein besonderes Informationsaustauschabkommen, das bereits am 28. Oktober 2010 in Kraft getreten ist. Beide Rechtsquellen führen im Ergebnis dazu, dass das klassische „Bankgeheimnis“ ausgehebelt ist. Staatliche Ermittlungsorgane können seit dem 1. Januar 2010 Anfragen nach Liechtenstein richten, um Steuerhinterziehungssachverhalte aufzudecken.

Wie bedeutsam dies sein kann, zeigen die aktuellen Ermittlungen der Steuerfahndungsdienste. Wer zum Beispiel nicht versteuerte Vermögenswerte in der Schweiz im Mantel einer liechtensteinischen Stiftung verwalten lässt, hat gleich zwei Risiken: Zum einen muss er be-fürchten, dass Informationen von Seiten der Schweizer Bank abhandengekommen sind und als Datenträger den deutschen Ermittlungsbehörden vorliegen oder, wenn er in einem anderen Zusammenhang in den Fokus der Ermittlungsbehörden gerät, dass eine direkte Anfrage nach Liechtenstein auch die Verhältnisse offenlegt. Die Stiftungsakte enthält die Namen und Adressen der wirtschaftlich Berechtigten und natürlich auch Angaben über die Vermögensverhältnisse.

Für Zwecke der Vermeidung der Doppelbesteuerung findet das Doppelbesteuerungsabkommen aktuell auf einkommensteuer-, körperschaftsteuer-, gewerbesteuer- und grundsteuerrelevante Sachverhalte Anwendung. Schenkung- und Erbschaftsteuer gehören hingegen nicht dazu. Der Informationsaustausch ist dagegen nicht auf Auskünfte zur Durchführung des Abkommens selbst beschränkt, sondern umfasst jedwede Information für Steuern aller Art der beiden Vertragsstaaten. Zur Durchführung des innerstaatlichen Besteuerungsrechts können daher auch Informationen bezüglich Schenkung- und Erbschaftsteuer er-langt werden. Die im Wege des Informationsaustauschs erlangten Informationen können selbstverständlich auch für die Verfolgung von Steuerstraftaten verwendet werden.

> Wer einmal in den Fängen der Behörden ist, kann die Aufklärung seiner Steuerstraftat nicht verhindern

Ferner ist auch kein eigenes steuerliches Interesse des ersuchten Staates vorausgesetzt, so kann von Deutschland aus ein entsprechendes Ersuchen gestellt werden, auch wenn von Liechtensteiner Seite kein Interesse an dem Steuerfall besteht. Geht es also um die Ermittlung von Steuerstrafsachen, reicht allein das Interesse des deutschen Staates, um über das Abkommen Auskünfte zu erhalten. Eine Beschränkung auf bestimmte Personengruppen ist in dem Abkommen de facto nicht enthalten. Als Person gelten daher zum Beispiel auch die hinter den Stiftungen stehenden tatsächlich wirtschaftlich Berechtigten. Flankiert werden diese Vorschriften von Regelungen der Vollstreckungshilfe. Es ist also möglich, einen in Deutschland festgesetzten Steueranspruch in Liechtenstein zu vollstrecken.

Ergänzt werden diese Regelungen um das am 28. Oktober 2010 in Kraft getretene Abkommen zum Informationsaustausch in Steuersachen. Auch hierin sind Regelungen enthalten, auf welcher Basis zwischen den Staaten Informationen ausgetauscht werden können. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass hinsichtlich der Identifizierung des Steuerpflichtigen nicht die Namensnennung erforderlich ist. Es ist ausreichend, wenn sich die Identität aus anderen Anhaltspunkten bestimmen lässt. Das Informationsaustauschabkommen ist anwendbar auf Steuerjahre oder Veranlagungszeiträume, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Weitgehend entspre-chende Abkommen zum Informationsaustausch wurden im Übrigen auch mit der Schweiz und Luxemburg abgeschlossen.

Was bedeutet nunmehr all dies für die Fahndungspraxis? Wer einmal in den Fokus der Ermittlungsbehörden geraten ist, wird die Aufklärung seiner Steuerstraftat nicht verhindern können. In früheren Jahren war genau dies anders: Die Ermittlungsbehörden hatten einen Anhaltspunkt, der sich im Regelfall aber nicht weiter aufklären ließ. Wenn der Steuerpflichtige von seinem Schweigerecht Gebrauch machte, fiel er als Beweismittel aus. Eine in Deutschland stattfindende Hausdurchsuchung verlief im Regelfall ergebnislos, weil belastende Unterlagen nicht vorhanden waren. Eine Abklärung des Sachverhaltes im Ausland war wegen der nicht vorhandenen rechtlichen Basis unmöglich. Diese Aufklärung wird auf der Basis der neuen Abkommen auch dadurch nicht erschwert, dass diese erst Auskünfte ab Januar 2010 ermöglichen. Wird den Ermittlungsbehörden für die Jahre ab 2010 das Zahlenwerk mitgeteilt, lässt dies automatisch Rückschlüsse für die Vergangenheit zu. In steuerlicher Hinsicht können die Altjahre geschätzt werden, diese Schätzung ist auch teilweise für das Strafverfahren relevant. Wer sich dennoch zur Strategie nimmt, die Sache aussitzen zu wollen, wird überrascht sein, wie schnell er mit seinem Latein am Ende ist.

Im Übrigen ist davon auszugehen, dass auch Informationen vor dem Jahr 2010 ausgetauscht werden können, sofern diese einen Gegenwartsbezug haben. Das kann zum Beispiel dann der Fall sein, wenn Gründungsunterlagen erbeten werden. Liechtenstein hat mit dem Abschluss dieser beiden Abkommen den deutschen Behörden ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung zur Verfügung gestellt. Wenn jetzt noch Gruppenanfragen, die Auskunftsersuchen allein anhand spezifischer Verhaltensmuster ermöglichen, ohne dass die Identität des Steuerpflichtigen bekannt sein muss, möglich sein sollten – was diskutiert wird –, dann wäre auch der letzte Punkt auf dem Wunschzettel der deutschen Steuerfahnder abgehakt. Auf ein Steuerabkommen, das die Vergangenheit regularisiert, dürfte hingegen nicht zu hoffen sein. Es erscheint unwahrscheinlich, dass den Liechtensteinern gelingt, was den Schweizern versagt geblieben ist. Bleibt als Rettungsanker noch die Selbstanzeige.

Karsten Randt ist Partner der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater mit Sitz in Bonn, Berlin, Frankfurt/M. und München.

Die Internetfavoriten

Gestalten und schalten Sie Ihre Anzeige ganz einfach online:
www.faz.net/internetfavoriten
Schon ab 182,78 €* für 4 Wochen (8 Anzeigen inklusive).
Ihre Fragen beantworten wir gerne: Telefon (069) 75 91-33 44
*inkl. MwSt.

Gute Adressen brauchen Präsenz: Schalten Sie hier Ihre Web-„Visitenkarte“, und Sie erreichen 2,034 Millionen Leser (AWA 2011).
Jeden Dienstag in der F.A.Z. und sonntags in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

Verschiedenes
Sigi und Hans Meder Stiftung
www.ausbildung-spenden.de

Bauwesen/Häuser
Heizungs- und Sanitärprodukte direkt nach Hause
www.derheizungsmarkt.de, GS-Code: 2013

Bauen und Wirtschaft
www.wv-verlag.de
www.bauenundwirtschaft.com

Beteiligungen
Business Angel / Anschubfinanzierung gesucht
www.internactive.de

Finanzdienstleistungen
Helfen Sie mit im Kampf gegen die Banken!
Helfen Sie mit: » www.fxtrading24.de
Kapital ab 50.000,00 Euro
Investitions-/Mezzanine-Kapital, stimmrechtsloses Beteil.-Kapital, von 50 T € - 200 Mio €, Vorratsgesellschaften (AG, GmbH, KG)
Tel. 0551 – 999 64 240, Fax – 248, dr.werner@finanzierung-ohne-bank.de
www.finanzierung-ohne-bank.de
Einsparungen mit 6 % Zinsen
www.1000become1300.com

Dienstleistung/Beratung
Ihr partner für Finanzen
www.finanzworld-unternehmensberatung.de
Mit medialer Beratung
Entscheidungen fundiert treffen.
www.sternen-treppe.de

Essen + Trinken
www.Wein-Kunst.de

Edelmetalle
Gold online kaufen!
www.anlagegold24.de

Geschäftsverbindungen
Hören Sie endlich auf zu suchen!!
25.000,- € und mehr p. Monat
vom Schreibtisch aus verdienen!!
TOP seriöses Geschäft!
www.4AplusB.de

Gesundheit und Wellness
Naturheilmittel gegen Depressionen & Angst
NeurotoSan® von apimanu®
www.neurotosan.com

Garten
Marken Gartenmöbel
Mit Best-Price-Garantie
www.garten-und-freizeit.de

Internate und Privatschulen
Landschulheim Steinmühle (LEH)
Internatsgymnasium Marburg
Tel. 06421-4080 • www.steinmuehle.de

Kunst und Antiquitäten
Kunst des 20. Jahrhunderts - An- u. Verkauf: Beuys, Richter, Palermo, Baselitz, Warhol u.a.
www.artax.de

Leder
Leder vom Großhandel
www.d-leder.de

Medien/Verlage
Zeitschriften mieten - die clevere Art zu lesen!
www.lesezirkel.de

Münzen und Gold
www.muenzen-ritter.com
Münzhandlung RITTER Düsseldorf
Ankauf-Verkauf-Beratung

Schmuck und Uhren
www.Dreamwatch.de
gebrauchte Luxusuhren zu TOP Konditionen

Spirituosen
2500 Spirituosen
ab Jahrgang 1802 bis 25.000 €/Fl.
Telefon (0049) 08633 / 50 87 93
www.worldwidespirits.de

Urlaub und Reise
www.Linderhof-Sylt.de
gemütliche Appartements im idyllischen Reetdachhaus mit herrlichen Garten garantieren erholsamen Urlaub in Westerland
Winter-Wellnesspause
2ÜF, Menü, 4 Wohlfühl-Anwend. in traumhafter Natur ab 345 €
www.hotel-heinz.de

Versandhandel/Shopping
Der OLYMP und Eterna Hemden SHOP
www.businesshemden.com

F.A.Z.-Research
Manuskripte – Chroniken – Bibliographien – Image-Broschüren

F.A.Z.-Research bietet allen Kreativen effektive Unterstützung für Ihre tägliche Arbeit bei der Beschaffung, Aufbereitung und Analyse von Informationen:

► Recherchieren – Konzipieren – Texten
Auf der Basis eines der größten Pressearchive der Welt und der langjährigen praktischen Erfahrung des Research-Teams.

► Von der Ideensammlung bis zur kompletten Realisierung
Alle Produkte können Sie in unterschiedlichen Fertigungsstufen erhalten – in der Qualität, die Sie von der F.A.Z. erwarten.

Fordern Sie ein individuelles Angebot an:
Das F.A.Z.-Archiv · F.A.Z.-Research · 60267 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7591-2200 · E-Mail: faz-research@faz.de · www.faz-research.de

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Das F.A.Z.-Archiv
www.faz-research.de

Im Gespräch: Martin Zielke, Vorstand der Commerzbank für Privatkunden

„Bankfilialen werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen“

Die Commerzbank steht vor einem Stellenabbau in ihrem defizitären Filialgeschäft. Er werde umso geringer ausfallen, je stärker die Erträge dank höherer Kundenzufriedenheit und systematischer Beratung wüchsen, sagt Privatkundenvorstand Zielke. Die Arbeitszeiten der Mitarbeiter sollen flexibler und keinem Kunden mehr eine falsche Anlage verkauft werden.

Herr Zielke, wie will die Commerzbank künftig im Privatkundengeschäft mehr Geld verdienen?

Indem wir unseren mehr als 11 Millionen Kunden zunächst einmal eine für sie passende Beratung anbieten. Das klingt nach Plattitüde …

… in der Tat!

Aber für eine gute Beratung muss die Bank wissen, was der Kunde wirklich will. Wir können erst dann richtig beraten, wenn wir wissen, welchen Bedarf er hat, und seine Ziele genau kennen.

Hat die Commerzbank-Berater das bisher nicht interessiert?

Doch. Aber heute machen wir das mit unserem Kundenkompass systematisch. Im Kern ist das wie bei Ihrem Hausarzt. Bevor er Ihnen ein Medikament verschreibt, muss er wissen, was Ihnen fehlt. Durch den Kundenkompass …

… ein recht standardisiertes erstes Beratungsgespräch …

… kennen wir die Wünsche und Ziele des Kunden. Und können damit die richtigen Lösungen anbieten. Bausparverträge, Lebensversicherungen, Aktien – das sind nicht per se gute oder schlechte Anlagen. Erst mit einer guten Beratung finde ich heraus, welcher Anlagemix zum Kunden passt. Die Möglichkeit, dass ein Kunde die Bank verlässt und die falschen Produkte in der Hand hat, wird durch den Kundenkompass deutlich verringert.

Der Sparkassenverband empfiehlt den Sparkassen, nur Fonds ihrer Fondsgesellschaft Deka zu verkaufen. Wie hält es die Commerzbank?

Wir gehen bewusst einen anderen Weg. Denn entscheidend ist, dass ein Kunde immer das passende Produkt bekommt. Und das kann ein einzelner Fondsanbieter nicht liefern. Deshalb hat die Commerzbank ihre Fondsgesellschaft verkauft und bietet im Wertpapiergeschäft, aber auch in der Baufinanzierung Angebote fremder Anbieter an. Eine Bank muss die richtigen Lösungen zu Lebenslage und Risikohaltung der Kunden anbieten. Das schließt die Konzentration auf Eigenprodukte bei bestimmten Produktgruppen aus.

Im zweiten Quartal 2012 und im gesamten Jahr 2010 hat Ihre Bank mit ihrem Netz aus 1200 Filialen keinen Gewinn gemacht. Sind Filialen noch zeitgemäß, wenn dermaßen aufwendige „Beratungsleistungen“ erbracht werden müssen, bis eine Geldanlage getätigt werden kann?

Filialen sind nicht billig, keine Frage. Es ist deshalb immer wieder zu prüfen, wie wir effizienter werden können. Aber Filialen sind kein Auslaufmodell, wie manche meinen. Sie sind wichtig für eine persönliche Beratung, auf die viele Kunden nicht verzichten wollen. Die Filiale bleibt der Ort für das vertrauliche Gespräch vor schwierigen Entscheidungen. Die Marktforschung zeigt uns klar und deutlich: Filialen werden auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen. Nicht umsonst sind viele Direktbankkunden gleichzeitig Kunde einer Filialbank.

Dennoch überprüfen Sie gerade das Filialnetz. Wie weit sind Sie damit?

Es geht dabei nicht darum, Filialen zu schließen. Aber wir prüfen, wie wir unsere Berater effizienter einsetzen können. Sie sollen dann verfügbar sein, wenn die Kunden sie brauchen. Wir benötigen nicht die gleiche Besetzung in den Filialen von der ersten bis zur letzten Öffnungsstunde und nicht nahezu das gleiche Angebot in jeder Filiale.

Wie weit sind Sie mit den Verhandlungen mit dem Betriebsrat über Samstagsarbeit?

Das Thema Beratung am Samstag werden der Arbeitgeberverband der Banken und die Gewerkschaften 2013 verhandeln. Wir bei der Commerzbank sprechen mit den Betriebsräten vor Ort über das Thema Öffnungszeiten an Werktagen. Ziel ist, die Öffnungszeiten während der Woche für jede Filiale so individuell zu regeln, dass sie der konkreten Kundennachfrage vor Ort entsprechen. Das bedeutet auch, dass wir die Einsatzzeiten der Mitarbeiter flexibilisieren müssen.

Wann erwarten Sie Ergebnisse?

Nach den Betriebsratswahlen im Verlauf des ersten Halbjahres 2013. Wir werden die Gespräche ohne zeitlichen Druck führen.

Und wenn es auch nach den Betriebsratswahlen bis zum Sommer 2013 keine Verständigung gibt, stehen Tausende von Arbeitsplätzen auf der Kippe?

Martin Zielke Foto dpa

Diese Drohkulisse werde ich nicht aufbauen. Aber klar ist: Je besser unser Angebot ist, je zufriedener unsere Kunden sind, um so stärker sind wir damit auf der Ertragsseite und umso weniger Personal müssen wir abbauen.

Sie könnten in Online investieren, um mehr Kunden in diesen für die Commerzbank günstigeren Vertriebskanal zu locken!

Das tun wir auch. Wir investieren bis 2016 rund 250 Millionen Euro in Onlinebanking. Wir testen gerade als erste Bank in Deutschland die neue Photo-Tan. Damit sind wir Vorreiter im Online- und Mobilebanking. Denn diese Technologie erfüllt höchste Sicherheitsansprüche. Aber die Mehrzahl der Kunden will trotzdem nicht auf die Filialen verzichten.

Sie könnten Ihren Beratern in den Filialen sagen: Verkauft den Kunden nicht so komplizierte Anlagen. Dann ist die Beratung nicht so aufwendig.

Es geht nicht um einfache oder komplizierte Produkte. Es geht um das richtige Produkt. Nehmen Sie Bundesanleihen: Mit einer Nettorendite von derzeit unter 2 Prozent und 2 Prozent Inflation kann niemand eine positive reale Rendite erzielen. Für die Aussicht auf positive Renditen muss deshalb heute ein Anlagemix gefunden werden, der ein höheres Risiko beinhaltet. Welches Risikoprofil für den jeweiligen Kunden akzeptabel ist, lässt sich aber nur im Beratungsgespräch ermitteln. Und genau hier greift der Kundenkompass.

Mit dieser Beratung verdient die Commerzbank aber kein Geld. Erst mit dem Produktverkauf fließen Provisionen von Fondsanbietern oder Versicherern. Das führt zum Vorwurf, es werde nicht im Interesse des Kunden beraten, sondern ihm werde die Anlage mit der höchsten Provision empfohlen. Könnten Sie diesen Vorwurf nicht leicht entkräften, wenn sie eine Beratungsgebühr nähmen?

Glauben Sie mir: Ich persönlich finde Honorarberatung gut. Aber meine Meinung zählt nicht, sondern die unserer Kunden. Und die Nachfrage nach Honorarberatung ist sehr begrenzt. Im Wealth Management bieten wir eine Vermögensverwaltung mit einem All-in-Fee-Honorarmodell an. Aber für viele Kunden ist eine pauschale Gebühr schlicht nicht attraktiv.

Warum nicht?

Das ist eine Frage der Größenordnung. Wer viel und oft anlegt, zahlt lieber eine Pauschale. Wer aber wie die meisten Menschen wenig und selten etwas anzulegen hat, fährt mit einer kostenfreien Beratung und Gebühren pro Transaktion einfach besser.

Was kostet in der Commerzbank eine Beratung?

Das wird im Wealth Management ab einer bestimmten Größenordnung individuell vereinbart.

Ist mehr als 1 Prozent des Depotvolumens überhaupt für die Bank erreichbar?

Ja, selbstverständlich. Der konkrete Preis ist abhängig von Volumen und nachgefragten Produkten.

Warum sind weniger vermögende Privatkunden nicht bereit, eine Beratungsgebühr zu bezahlen?

Das Preismodell der Bank muss zum Kunden passen, ähnlich wie beim Telefon. Meine studierende Tochter nutzt ihr Handy anders als ich und hat daher auch einen anderen Tarif gewählt als ich. Honorarberatung kann eine Antwort auf einen Kundenwunsch sein, Provisionsberatung eine andere. Wir bieten beides an. Aber entscheidend ist: In jedem Preismodell wird der Kunde bei uns seinen Interessen entsprechend beraten.

Aber es stellt sich doch erst im Nachhinein heraus, ob eine Geldanlage die Erwartungen erfüllt oder nicht.

Das ist so. Ein Kundenberater kennt die Zukunft nicht und er kann dem Kunden auch nicht die Entscheidungen darüber abnehmen, wie viel Risiko er zu tragen bereit ist. Aber er sollte ihm helfen, sich darüber klarzuwerden. Und darüber hinaus gilt: Ein Kunde sollte nur Lösungen annehmen, die er versteht, und ein Berater sollte nur Lösungen anbieten, die er versteht.

Das heißt: Die Commerzbank macht künftig weniger Geschäft mit Privatkunden, und das Gewinnziel von 500 Millionen Euro rückt in weite Ferne?

Nein, wir wollen unser Ziel wie angekündigt 2016 erreichen. Wir steuern unsere Bank seit Jahresanfang 2012 konsequent nach Kundenzufriedenheit. Wir setzen darauf, dass zufriedenere Kunden auf die Dauer mehr Geschäft mit uns machen. Wir sind dabei, Vertrauen zurück zu gewinnen. Das zeigt die durch uns aufwendig gemessene Kundenzufriedenheit, die seit Januar in jedem Monat deutlich gestiegen ist. Ich wäre fast schon zufrieden, wenn wir das im Dezember erreichte hohe Niveau halten würden. Es bietet eine gute Basis dafür, dass viele zufriedene Kunden künftig mehr Geschäft mit uns machen.

Das Gespräch führte **Hanno Mußler.**

Baywa erwägt die Ausgabe ihrer ersten Anleihe

kön. MÜNCHEN, 14. Januar. Die Baywa AG bereitet anscheinend die Ausgabe ihrer ersten Anleihe vor und will so die momentan günstigen Konditionen am Kapitalmarkt nutzen. „Wir denken darüber nach, eine Unternehmensanleihe zu begeben“, sagte Andreas Hebel, Finanzvorstand des größten europäischen Agrarhändlers, dieser Zeitung. Das Zinsumfeld könne schließlich wieder ungünstiger werden, begründet er seine „Gedankenspiele“. Er betonte, dass es sich um eine Anleihe handeln dürfte, die nicht von Ratingagenturen geprüft wird (unrated bond). Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass Baywa ein offizielles Rating nicht unbedingt benötigt. Im Herbst 2010 und 2011 hatte das Unternehmen Schuldscheindarlehen über 200 beziehungsweise 220 Millionen Euro plaziert, die mehrfach überzeichnet waren. Dabei half, dass Baywa ein Jahr zuvor in den M-Dax aufgestiegen war.

Nun tastet sich der Händler von Getreideprodukten und Betreiber von Tankstellen oder Baustoffmärkten mit der erwogenen Anleihe direkt an den Kapitalmarkt heran. Schuldscheindarlehen werden nicht am Markt, sondern durch außerhalb der Börse institutionellen Investoren angeboten. Wenn man darüber nachdenke, sagte Helber, könne der Termin ja nicht so weit entfernt sein. Der Boden ist insofern bereitet, da Baywa im Geschäftsabschluss 2012 Ende März eine neue, zulässige Berechnung der Nettoverschuldung präsentiert (F.A.Z. vom 12. Januar). Nun werden in der Kasse 50 Prozent des Agrarbestands als „geldähnliche Zahlungsmittel“ berücksichtigt. 700 Millionen Euro des Inventars entfallen auf eingelagertes Getreide oder auf Äpfel, die schon verkauft sind. So könnte die bereinigte Nettoverschuldung rund 860 Millionen Euro erreichen, statt 1,45 Milliarden Euro. Die 80 Millionen Euro Erlöse aus dem Ende 2012 erfolgten Verkauf der Baywa-Verwaltung eingerechnet, sinken die Nettoschulden auf 750 Millionen Euro. So ergibt sich ein Verhältnis von Nettoschulden zum operativen Gewinn (Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen, Ebitda) von nur noch 1,1 statt 2,6, womit sich neuer Spielraum für die Aufnahme von Fremdkapital ergibt.

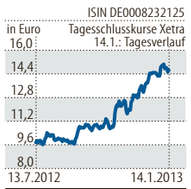
Tendenzen und Tipps

Lufthansa neutral eingestuft

Die Lufthansa-Aktie wird von UBS wegen ihres zurückliegenden Kursanstiegs jetzt zunächst neutral eingestuft. Zuvor war zum Kauf des Dividendenpapiers geraten worden. Auf Sicht von zwölf Monaten wurde das Kursziel jedoch von 15,30 auf 16 Euro angehoben (aktueller Kurs: rund 14 Euro). Im Laufe des Jahres könne der Aktienkurs allerdings weiter steigen, weil die Fluggesellschaft bei der Bereitstellung ihrer Kapazitäten auch weiterhin Disziplin halten dürfte. Dies würde sich günstig auf die Erträge auswirken, sagen die Analysten. Hinzukämen Erfolge beim Kostensenkungsprogramm und eine zu erwartende Wende im Frachtgeschäft zum Besseren hin. gap.

Deutsche Lufthansa

ISIN DE0008232125



Höchst-/Tiefststand, 52 Wochen	15,035/8,021
Börsenwert Mio. Euro	6763,52
KGV (IBES) 12/2013[1]	14,1

1) KGV: Kurs-Gewinn-Verhältnis (IBES-Konsens-Schätzung). Quelle: Thomson Reuters F.A.Z.-Grafik Zinkhan

Zooplus ist ein Kauf

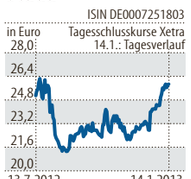
Die Aktie von Zooplus zu kaufen, rät Bankhaus Lampe und nennt ein Kursziel von 40,50 Euro (Kurs: 35 Euro). Der europaweit tätige, führende Online-Händler für Heimtierprodukte operiere auf einem faktisch gesättigten Markt. Dennoch könne er wegen der zunehmenden Beliebtheit des Internethandels überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichnen. Die gegenwärtig geringe Rentabilität werde zwar vielerorts als Manko betrachtet, doch gehe es dem Unternehmen in der Aufbauphase um das Gewinnen weiterer Marktanteile. Auf mittlere Sicht dürfte der Zufluss liquider Mittel deutlich zunehmen. hi.

Stada neutral eingestuft

Die Stada-Aktie wird von J.P. Morgan Cazenove neutral eingestuft. Das mittelfristige Kursziel liegt seit April des vergangenen Jahres bei 31,10 Euro. Am Montag notierte der Titel mit rund 26 Euro. Der auf Nachahmerprodukte (Generika) spezialisierte Pharmakonzern könne in diesem Bereich einen dauerhaften Anstieg des Absatzes erwarten, wobei sich der russische Markt auch weiterhin als treibende Kraft erweisen dürfte, sagen die Analysten. Auch die Lage in Serbien bessere sich. Die Integration der jüngsten Übernahmen stehe zwar noch aus, doch könnten weitere Akquisitionen bevorstehen. Die gängigen Prognosen schienen die künftige Entwicklung schon zu berücksichtigen. gap.

Stada

ISIN DE0007251803



Höchst-/Tiefststand, 52 Wochen	26,225/19,575
Börsenwert Mio. Euro	1524,91
KGV (IBES) 12/2013[1]	9,3

1) KGV: Kurs-Gewinn-Verhältnis (IBES-Konsens-Schätzung). Quelle: Thomson Reuters F.A.Z.-Grafik Zinkhan

Software AG halten

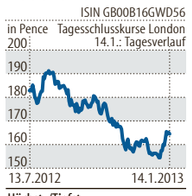
Die Aktie von Software AG zu halten, rät Société Générale. Auf Sicht von zwölf Monaten liegt das Kursziel bei 33,50 Euro. (Kurs: 33 Euro). Der Anbieter baue seine Präsenz in dem Sektor der Informationstechnologie ab, der nicht zum Kernbereich seines Gesamtgeschäfts zähle. Zuletzt sei der Verkauf des Dienstleistungsgeschäfts für SAP in Nordamerika angekündigt worden. Das Schrumpfen des Konzerns könne sich als Anlass zu einer Neubewertung des Dividendenpapiers erweisen. Dies sei aber schon im angegebenen Kursziel berücksichtigt. gap.

Vodafone gilt als attraktiv

Die Vodafone-Aktie wird von der National-Bank in Essen zum Kauf empfohlen. Das mittelfristige Kursziel liegt bei 200 Pence (aktueller Kurs: 165 Pence). Ein möglicher Ausstieg des britischen Telekommunikationskonzerns aus Verizon Wireless in Amerika erscheine aus strategischer Sicht positiv. Mit dem möglichen Erlös könne das schwächelnde Europageschäft gestärkt werden, doch dürfte vor allem ein Ausbau der Aktivitäten in den Schwellenländern in Frage kommen. Vodafone werde seine Politik der Aktienrückkäufe und stetig steigender Dividenden fortsetzen. hi.

Vodafone

ISIN GB00B16GWD56



Höchst-/Tiefststand, 52 Wochen	191,25/154,45
Börsenwert Mio. £	80610,44
KGV (IBES) 03/2013[1]	10,6

1) KGV: Kurs-Gewinn-Verhältnis (IBES-Konsens-Schätzung). Quelle: Thomson Reuters F.A.Z.-Grafik Zinkhan

Praktiker heraufgestuft

Die Praktiker-Aktie hat die Berenberg Bank von „Verkaufen“ auf „Kaufen“ heraufgestuft. Das Kursziel wurde von 1,10 auf 2,20 Euro erhöht (Kurs: 1,60 Euro). Auf die Kapitalerhöhung des Betreibers von Heimwerkermärkten hin seien die Prognosen erhöht worden. Der neue Umstrukturierungsplan wecke mehr Zuversicht. Das Unternehmen widme sich nun mit Nachdruck der Kostenstruktur. Sein Überleben scheine jetzt auch wegen seiner neuen Führung gesichert zu sein. hi.

Volkswagen kaufen

Die Volkswagen-Aktie (Vorzüge) wird von der DZ Bank zum Kauf empfohlen. Der faire Wert liegt bei 188 Euro (aktueller Kurs: 177 Euro). Die Ankündigung des Autokonzerns, einen Beherrschungsvertrag mit MAN schließen zu wollen, überrasche nicht, wohl aber der Umstand, dass Volkswagen unverändert über einen Stimmrechtsanteil an MAN von 75,03 Prozent verfüge. Volkswagen dürfte sich jedoch das günstige Kursniveau der MAN-Aktie in den vergangenen Monaten über Derivate gesichert haben. hi.

Marcus Houtheusen präsentiert Substance – den UBS House View

„Die Jagd nach *Renditen* ist eröffnet. Doch wo sind sie zu finden?“

Der Jahresrückblick zeigt, dass die aggressiven Maßnahmen der Zentralbanken eine größere Krise verhindert haben.

Doch die kurzfristigen Folgen dieser Maßnahmen sorgten für historisch tiefe Renditen auf Cash-Bestände und Staatsanleihen.

Wo finden Anlegerinnen und Anleger attraktivere Renditemöglichkeiten als in diesen traditionellen, „sicheren“ Anlagen?

Die Antwort auf diese Frage finden Sie in der neuen Ausgabe von *Substance.*

***Substance* – der UBS House View**
Gehen Sie auf www.ubs.com/substance oder scannen Sie den QR-Code mit Ihrem Smartphone

Wir werden nicht ruhen UBS

Die UBS Deutschland AG betreut Kunden ab einem Anlagevermögen von 500.000 EUR. Diese Unterlagen dienen ausschließlich zu Ihrer Information und stellen weder ein Angebot, eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes zum Kauf oder Verkauf von bestimmten Produkten, noch eine Erbringung von Anlageberatung dar. Die Gültigkeit der Informationen und Empfehlungen ist auf den Zeitpunkt der Erstellung dieser Unterlagen beschränkt und kann sich je nach Marktentwicklung jederzeit und ohne vorherige Ankündigung ändern. Wir empfehlen Ihnen, vor einer Investition Ihren Anlage-, Steuer- oder Rechtsberater zu konsultieren. Zu beachten ist ferner, dass das hier vorgestellte Produkt unter Umständen im Hinblick auf die individuellen Anlageziele, die Portfolio- und Risikostruktur des jeweiligen Anlegers nicht angemessen ist. Dieses Dokument wird nicht von einer UBS Research Abteilung ausgegeben. Die hierin enthaltenen Informationen genügen nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Finanzanalysen und unterliegen nicht einem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Die in diesen Unterlagen enthaltenen Informationen und Meinungen stammen aus Quellen, die wir als zuverlässig ansehen. Eine Gewähr für deren Richtigkeit können wir allerdings nicht übernehmen. Beachten Sie bitte, dass sich diese Unterlagen nicht an Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs sowie nicht an Personen, die ihren Wohnsitz in einer der beiden vorgenannten Rechtsordnungen haben, richten. Diese Unterlagen dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung der UBS Deutschland AG weder geändert, vervielfältigt noch reproduziert werden. Herausgeber: UBS Deutschland AG. © UBS 2013. Alle Rechte vorbehalten.

Deutsche und internationale Aktien

Dax 30, M-Dax und Tec-Dax

52 Wochen Tief	52 Wochen Hoch	Vergleich	Börsenwert in Mrd. Gesamt	Landeswähr. Streubes.	KGV 2013	KGV 2014		11.1.13 Schluss	14.1.13 Schluss	Xetra Tages Hoch	Xetra Tages Tief	Veränd. in % seit 11.1.	Veränd. in % seit 28.12.12	Xetra 52 Wochen Hoch	Xetra 52 Wochen Tief	Div.	Div.-Rend.	Ums.Ges. Tsd.St. 14.1.
					11,2	10,9	**Dax 30**	7715,53	**7729,52**	7785,82	7702,36	+0,2	+1,5	7789,94	5914,43	253,90	3,28	118128
14,26	14,26		14,6	12,3			**Adidas NA**	67,09	**68,18**	68,60	67,47	+1,6	+1,3	69,26	53,22	1,00 tx	1,47	735
48,33	48,04		8,5	0,0			**Allianz SE vink NA** ▲▼	105,60	**106,00**	106,70	105,55	+0,4	+1,1	108,65	68,50	4,50 tx	4,25	1245
65,91	65,91		11,4	10,5			**BASF NA** ▲▼	71,00	**71,76**	72,30	71,12	+1,1	+0,9	73,41	51,13	2,50 tx	3,48	2368
60,17	60,17		12,3	11,2			**Bayer NA** ▲▼	72,87	**72,76**	73,23	72,53	−0,2	+1,2	73,24	47,63	1,65 tx	2,27	1443
15,42	6,03		26,2	22,8			**Beiersdorf**	61,20	**61,21**	61,43	61,08	±0,0	−1,1	62,99	42,90	0,70 tx	1,14	248
44,08	23,54		10,1	9,8			**BMW StA** ▲	73,22	**73,22**	73,88	72,59	±0,0	+0,4	76,16	53,16	2,30 tx	3,14	2061
9,69	7,27		15,1	9,8			**Commerzbank**	1,64	**1,66**	1,69	1,64	+1,5	+16,0	2,21	1,12	0,00 tx	0,00	55764
16,75	8,39		7,2	6,3			**Continental**	85,06	**83,75**	85,97	83,25	−1,5	−4,4	89,98	58,40	1,50 tx	1,79	850
46,60	43,06		10,8	8,1			**Daimler NA** ▲▼	43,09	**43,66**	43,76	42,80	+1,3	+5,7	48,95	32,86	2,20 tx	5,04	3940
34,38	34,25		8,6	7,0			**Deutsche Bank NA** ▲▼	37,26	**36,99**	37,80	36,74	−0,7	+12,2	39,51	22,11	0,75 tx	2,03	4800
9,03	8,73		12,6	11,7			**Deutsche Börse NA**	46,50	**46,79**	47,21	46,44	+0,6	+1,3	52,10	36,25	3,30 tx	7,05	698
20,52	15,29		11,7	10,4			**Deutsche Post NA**	16,96	**16,98**	17,07	16,85	+0,1	+2,3	17,07	12,38	0,70 tx	4,12	4177
39,06	26,57		14,6	14,6			**Dt. Telekom NA** ▲▼	9,02	**9,04**	9,11	9,01	+0,2	+5,2	10,06	7,69	0,70 tx	7,74	8901
28,41	27,08		11,6	10,1			**E.ON NA** ▲▼	14,27	**14,20**	14,37	14,14	−0,5	+0,8	19,74	13,61	1,00 tx	7,04	6568
14,87	10,23		17,2	15,4			**Fres. Med. Care StA**	48,21	**49,18**	49,49	48,50	+2,0	−6,0	60,27	47,79	0,69 tx	1,40	2002
14,73	10,72		14,0	12,0			**Fresenius SE&Co**	81,91	**82,70**	82,77	82,06	+1,0	−5,1	96,93	68,60	0,95 tx	1,15	716
8,66	6,49		11,4	8,0			**Heidelb.Cement StA**	46,95	**46,21**	47,27	45,91	−1,6	+0,8	47,97	32,12	0,35 tx	0,76	661
10,81	10,59		14,7	13,4			**Henkel Vz**	60,39	**60,70**	61,24	60,50	+0,5	−2,4	65,16	44,14	0,80 tx	1,32	645
7,02	6,98		34,2	19,7			**Infineon Tech. NA**	6,54	**6,49**	6,58	6,44	−0,7	+6,0	7,99	4,87	0,12 tx	1,85	4468
6,39	5,76		12,1	12,4			**K+S NA**	33,53	**33,37**	33,77	33,29	−0,5	−4,7	41,50	30,14	1,30 tx	3,90	1494
5,09	5,09		8,1	7,0			**Lanxess**	61,49	**61,22**	62,38	61,02	−0,4	−7,6	68,90	45,75	0,85 tx	1,39	571
24,18	24,18		13,9	12,3			**Linde**	128,60	**130,60**	130,90	128,45	+1,6	−1,1	136,90	109,80	2,50 tx	1,91	657
6,73	6,73		12,8	9,9			**Lufthansa vink NA**	14,51	**14,63**	14,78	14,47	+0,8	+2,7	15,05	7,88	0,25 tx	1,71	2222
6,55	6,55		12,0	10,9			**Merck**	101,55	**101,40**	102,30	101,10	−0,1	+1,6	106,55	71,95	1,50 tx	1,48	128
24,48	21,61		8,6	8,4			**Münchener R.v.NA** ▲	135,25	**136,50**	138,25	135,90	+0,9	+0,4	139,25	94,85	6,25 tx	4,58	652
17,10	14,53		6,8	7,5			**RWE StA** ▲	29,98	**29,70**	30,16	29,52	−0,9	−4,9	37,12	25,98	2,00 tx	6,73	3386
75,01	55,16		16,5	14,1			**SAP** ▲▼	61,32	**61,06**	61,75	61,01	−0,4	+0,6	62,79	43,53	1,10 tx	1,80	2070
73,34	66,02		11,7	10,4			**Siemens NA** ▲▼	83,65	**83,25**	84,22	82,86	−0,5	+1,3	84,24	62,13	3,00 tx	3,60	2059
9,44	7,05		24,1	12,1			**Thyssen Krupp**	18,68	**18,34**	18,80	18,30	−1,8	+3,3	23,29	11,45	0,45 tx	2,45	1897
29,92	25,27		7,5	6,8			**VW Vz** ▲	176,05	**175,85**	178,80	175,75	−0,1	+2,1	180,40	115,95	3,06 tx	1,74	703
			13,8	13,2			**M-Dax**	12335,40	**12312,44**	12406,66	12289,96	−0,2	+3,3	12431,68	9613,13	361,65	2,94	16196
1,06	0,75		9,5	7,8			**Aareal Bank**	17,96	**17,70**	18,18	17,39	−1,4	+12,7	20,04	11,42	0,00 tx	0,00	331
2,48	1,86		12,8	12,4			**Aurubis**	55,26	**55,26**	55,96	54,94	±0,0	+2,6	56,38	35,15	1,20 tx	2,17	99
3,26	1,41		11,1	10,3			**Axel Springer NA**	33,09	**32,93**	33,22	32,64	−0,5	+2,0	39,87	30,92	1,70 tx	5,16	139
1,16	0,45		13,1	11,7			**BayWa vink. NA**	34,51	**34,88**	35,20	34,71	+1,1	+7,0	36,39	26,40	0,60 tx	1,72	57
3,31	2,68		13,4	12,4			**Bilfinger**	72,71	**71,98**	73,12	71,98	−1,0	−1,4	77,90	58,82	3,40 tx	4,72	121
5,26	5,26		13,6	11,9			**Brenntag NA**	101,20	**102,15**	103,10	101,30	+0,9	+2,7	103,50	75,73	2,00 tx	1,96	88
2,28	1,14		9,9	9,1			**Celesio NA**	13,45	**13,38**	13,58	13,31	−0,5	+2,6	15,85	10,72	0,25 tx	1,87	295
1,64	1,38		14,6	13,0			**Deutsche EuroShop NA**	30,45	**30,40**	30,53	30,35	−0,1	−3,9	32,45	24,59	1,10 tx	3,62	65
2,01	2,01		18,6	16,6			**Dt. Wohnen Inh.**	13,73	**13,77**	13,88	13,66	+0,3	−1,7	14,96	9,21	0,22 tx	1,62	242
1,24	0,87		12,3	13,0			**Dürr**	71,77	**71,49**	72,45	70,89	−0,4	+5,9	72,45	35,62	1,20 tx	1,68	69
26,62	14,45		12,6	9,2			**EADS** (NL)	32,40	**32,18**	32,36	32,00	−0,7	+9,6	32,79	24,24	0,45 tx	1,40	116
1,63	0,78		17,0	14,9			**ElringKlinger NA**	25,60	**25,69**	25,88	25,63	+0,4	+0,7	26,88	17,10	0,58 tx	2,26	42
3,07	0,80		21,6	20,3			**Fielmann**	73,68	**73,14**	73,85	72,49	−0,7	+0,2	80,85	65,20	2,50 tx	3,42	28
3,97	1,54		15,2	12,3			**Fraport**	43,80	**43,10**	43,95	42,96	−1,6	−1,9	49,84	39,66	1,25 tx	2,90	113
1,99	1,99		17,8	16,7			**Fuchs Petrolub Vz.**	56,63	**55,94**	57,20	55,28	−1,2	−0,4	59,36	34,80	1,00 tx	1,79	161
1,86	0,68		27,2	27,2			**Gagfah** (L)	9,10	**8,99**	9,23	8,97	−1,2	+1,5	9,50	3,65	0,00 tx	0,00	180
5,00	4,59		11,6	10,5			**GEA Group**	25,95	**25,95**	26,20	25,91	±0,0	+6,0	26,83	19,47	0,55 tx	2,12	227
1,23	1,23		13,9	12,3			**Gerresheimer**	38,97	**39,15**	39,40	39,07	+0,4	−2,4	41,88	31,89	0,60 tx	1,53	72
1,63	0,87		17,8	15,3			**Gerry Weber**	35,88	**35,47**	36,35	35,32	−1,1	−2,8	39,42	25,24	0,65 tx	1,83	118
1,04	0,80		14,0	12,4			**Gildemeister**	17,17	**17,28**	17,50	17,16	+0,6	+13,3	17,50	10,56	0,25 tx	1,45	247
1,52	1,43		18,8	17,7			**GSW Immobilien**	30,28	**30,15**	30,47	29,94	−0,4	−5,8	33,48	22,00	0,90 tx	2,99	183
1,41	0,43		17,6	15,3			**Hamburger Hafen**	19,50	**19,33**	19,69	19,26	−0,9	+8,4	27,03	16,77	0,65 tx	3,36	59
7,17	3,57		11,3	0,0			**Hann. Rückv.**	59,57	**59,48**	60,19	59,29	−0,2	+0,9	60,60	38,45	2,10 tx	3,53	159
3,50	1,25		12,3	10,3			**Hochtief**	46,22	**45,49**	46,74	45,18	−1,6	+3,5	55,68	34,64	0,00 tx	0,00	184
5,86	1,90		16,6	14,8			**Hugo Boss NA**	83,20	**83,24**	84,26	82,30	±0,0	+4,3	89,35	60,40	2,88 tx	3,46	91
4,99	4,69		18,4	20,6			**Kabel Deutschland**	57,51	**56,37**	57,68	55,83	−2,0	−0,4	58,00	37,00	1,50 tx	2,66	184
0,93	0,93		0,0	30,0			**Klöckner & Co. SE NA**	9,30	**9,29**	9,50	9,27	−0,1	+3,6	12,33	6,49	0,00 tx	0,00	464
1,45	0,61		14,8	11,7			**Krones**	47,01	**46,00**	47,33	45,97	−2,1	−2,1	47,72	35,53	0,60 tx	1,30	16
0,96	0,72		14,8	13,6			**KUKA**	27,50	**28,19**	28,22	27,49	+2,5	+1,9	29,15	14,82	0,00 tx	0,00	133
0,98	0,98		10,5	8,8			**Leoni NA**	30,07	**30,03**	30,42	29,78	−0,1	+5,2	40,87	23,41	1,50 tx	5,00	254
12,35	3,08		13,3	11,3			**MAN SE StA**	87,09	**87,58**	87,74	86,95	+0,6	+8,5	103,00	70,39	2,30 tx	2,63	220
7,55	3,02		9,1	8,3			**Metro StA**	23,20	**23,30**	23,68	23,15	+0,4	+10,9	32,15	19,52	1,35 tx	5,80	922
3,76	3,67		14,8	12,7			**MTU Aero Engines NA**	72,19	**72,37**	73,31	72,16	+0,2	+5,2	73,31	50,82	1,20 tx	1,66	106
2,55	1,93		11,7	10,9			**ProS.Sat.1 Media Vz**	23,34	**23,29**	23,47	23,15	−0,2	+9,3	24,93	15,60	1,17 tx	5,02	455
3,48	0,61		14,1	12,3			**Puma SE**	228,55	**230,50**	232,65	228,80	+0,9	+2,5	277,05	209,05	2,00 tx	0,87	9
2,47	0,72		23,1	20,8			**Rational**	218,25	**217,45**	219,20	216,00	−0,4	−0,3	226,65	167,80	5,50 tx	2,53	3
1,58	1,51		8,1	7,1			**Rheinmetall**	39,66	**39,82**	40,26	39,52	+0,4	+9,4	47,60	31,00	1,80 tx	4,52	168
2,07	1,50		13,0	10,8			**Rhön Klinikum StA**	14,93	**14,99**	15,05	14,91	+0,4	−2,1	22,26	13,56	0,45 tx	3,00	291
2,24	1,42		22,6	8,7			**Salzgitter**	37,69	**37,30**	38,32	37,06	−1,0	−5,4	48,95	27,03	0,45 tx	1,21	388
2,34	0,94		23,7	18,4			**SGL Carbon SE**	33,19	**33,16**	33,85	32,95	−0,1	+10,3	39,95	29,75	0,20 tx	0,60	187
3,65	1,83		0,0	52,1			**Sky Deutschland NA**	4,60	**4,69**	4,83	4,64	+1,8	+13,5	4,95	1,55	0,00 tx	0,00	6544
1,53	1,53		8,6	7,4			**Stada vink. NA**	25,79	**25,78**	26,10	25,72	±0,0	+5,6	26,50	20,07	0,37 tx	1,44	231
6,01	2,04		11,2	11,7			**Südzucker**	29,26	**29,45**	29,60	29,16	+0,7	−5,0	31,37	21,43	0,70 tx	2,38	585
3,16	2,98		14,9	K.A.			**Symrise**	26,68	**26,77**	27,09	26,63	+0,3	−1,3	27,97	20,35	0,62 tx	2,32	199
1,20	1,20		15,5	15,3			**TAG Immobilien**	9,15	**9,16**	9,23	9,12	+0,2	−3,5	9,70	5,80	0,20 tx	2,18	202
5,62	0,63		8,2	7,5			**Talanx**	22,45	**22,25**	22,60	22,15	−0,9	+3,6	23,17	18,39	0,00 tx	0,00	158
1,92	1,05		11,3	K.A.			**TUI NA**	7,51	**7,60**	7,66	7,48	+1,2	−3,2	8,24	3,98	0,00 tx	0,00	713
1,01	0,32		17,5	14,3			**Vossloh**	76,05	**75,84**	76,29	75,00	−0,3	+1,8	81,28	63,57	2,50 tx	3,30	17
3,07	0,88		31,0	K.A.			**Wacker Chemie**	59,10	**58,95**	60,40	58,90	−0,3	+18,7	92,60	40,48	2,20 tx	3,73	140
1,28	1,15		13,5	K.A.			**Wincor Nixdorf**	39,20	**38,70**	39,54	38,46	−1,3	+9,2	41,90	26,41	1,70 tx	4,39	122
			16,9	15,8			**Tec-Dax**	873,66	**868,64**	878,29	867,47	−0,6	+4,9	881,78	709,20	18,59	2,14	9798
0,21	0,17		12,4	10,3			**ADVA Optical Networking**	4,43	**4,34**	4,45	4,27	−1,9	+9,1	5,69	3,74	0,00 tx	0,00	215
1,02	0,95		24,5	K.A.			**Aixtron SE NA**	10,22	**10,03**	10,29	10,00	−1,8	+13,0	14,85	8,38	0,25 tx	2,49	606
1,01	0,95		33,0	32,8			**BB Biotech NA** (CH)	77,57	**77,50**	77,90	77,50	−0,1	+6,8	81,90	54,45	0,00 tx	0,00	17
0,64	0,42		9,8	9,2			**Bechtle**	30,66	**30,63**	31,15	30,62	−0,1	−0,1	35,53	25,52	1,00 tx	3,26	20
0,16	0,15		10,3	8,6			**Cancom IT Systeme**	14,15	**13,99**	14,27	13,95	−1,1	+3,7	15,39	8,33	0,30 tx	2,14	48
1,88	0,66		21,8	19,4			**Carl-Zeiss Med.**	23,00	**23,08**	23,41	22,73	+0,3	+6,1	23,43	15,75	0,30 tx	1,30	54
0,98	0,89		14,2	9,9			**Dialog Semic. NA** (GB)	15,45	**14,39**	15,15	14,12	−6,9	+8,2	18,84	13,20	0,00 tx	0,00	1815
0,52	0,52		10,3	8,8			**Drägerwerk Vz**	81,58	**81,48**	82,40	80,97	−0,1	+6,5	88,70	63,70	0,19 tx	0,23	19
0,64	0,56		7,5	7,1			**Drillisch**	11,94	**11,97**	12,16	11,95	+0,3	+7,4	12,16	7,13	0,70 tx	5,85	270
0,13	0,13		8,6	7,1			**Euromicron**	19,38	**19,54**	19,54	19,19	+0,9	+7,7	23,50	16,46	1,15 tx	5,89	49
0,34	0,26		36,2	29,0			**Evotec**	2,91	**2,90**	2,94	2,88	−0,3	+10,4	3,07	1,87	0,00 tx	0,00	393
1,93	1,51		8,3	8,2			**freenet NA**	15,16	**15,08**	15,30	15,07	−0,5	+7,7	15,50	9,81	1,20 tx	7,96	338
0,44	0,33		10,9	10,7			**Jenoptik**	7,70	**7,73**	7,83	7,70	+0,4	+4,7	8,00	4,65	0,15 tx	1,94	55
0,27	0,18		19,8	K.A.			**Kontron**	4,75	**4,76**	4,78	4,68	+0,2	+15,7	6,58	3,11	0,20 tx	4,20	195
0,19	0,19		14,4	12,6			**LPKF Laser & Electr.**	16,69	**16,95**	17,10	16,81	+1,6	+7,6	17,19	9,56	0,40 tx	2,36	68
0,71	0,65		379,9	379,9			**Morphosys**	30,38	**30,39**	30,80	30,20	±0,0	+3,7	31,22	16,05	0,00 tx	0,00	106
0,29	0,22		79,0	K.A.			**Nordex**	3,61	**3,95**	4,13	3,62	+9,4	+32,0	5,50	2,57	0,00 tx	0,00	1657
0,90	0,90		18,8	K.A.			**Pfeiffer Vacuum**	92,23	**91,63**	94,00	91,48	−0,7	+0,1	95,01	72,00	3,15 tx	3,44	14
0,25	0,18		20,0	15,8			**PSI NA**	15,10	**15,81**	15,94	15,05	+4,7	+2,6	19,16	14,15	0,25 tx	1,58	55
3,35	3,34		15,8	14,0			**Qiagen** (NL)	14,29	**14,16**	14,37	14,07	−0,9	+3,0	15,05	11,13	0,00 tx	0,00	345
0,30	0,21		10,3	10,8			**QSC NA**	2,21	**2,17**	2,22	2,15	−1,9	+2,9	2,70	1,65	0,08 tx	3,69	177
0,69	0,63		17,9	15,7			**Sartorius Vz**	73,26	**73,76**	74,11	73,30	+0,7	+9,7	74,50	34,01	0,82 tx	1,11	17
0,76	0,22		0,0	K.A.			**SMA Solar Techn.**	22,00	**21,97**	22,97	21,76	−0,1	+15,6	53,00	15,61	1,30 tx	5,92	100
2,85	2,03		12,1	10,4			**Software**	32,62	**32,80**	33,00	32,68	+0,6	+2,2	33,50	21,80	0,46 tx	1,40	150
0,18	0,13		0,0	0,0			**SolarWorld**	1,58	**1,61**	1,64	1,49	+1,8	+52,0	4,50	0,94	0,09 tx	5,59	2537
0,40	0,23		21,1	17,2			**Stratec Biomed.**	34,56	**34,40**	35,32	34,40	−0,5	−8,6	39,48	28,02	0,55 tx	1,60	7
0,19	0,19		42,4	39,0			**Süss MicroTec NA**	9,95	**9,75**	10,14	9,72	−2,0	+15,5	11,26	6,66	0,00 tx	0,00	98
3,56	1,72		14,9	12,2			**United Internet NA**	16,72	**16,55**	16,84	16,50	−1,0	+1,5	17,55	12,49	0,30 tx	1,81	196
2,06	1,94		23,9	22,2			**Wirecard**	18,53	**18,40**	18,71	18,39	−0,7	−1,1	19,34	12,86	0,10 tx	0,54	167
0,22	0,09		19,8	15,7			**Xing NA**	40,34	**39,77**	40,70	39,77	−1,4	−5,0	58,97	33,35	0,56 tx	1,41	9

Aktien-Indizes

52 Wochen Tief	52 Wochen Hoch	Vergleich	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief		11.1. Schluss	14.1. 22.07 h	Veränd. in % 11.1.	Veränd. in % 31.12.
					Deutsche Indizes				
1678,60	1289,61				**F.A.Z.**	1664,77	**1666,35**	+0,09	+1,8
696,92	424,27				**F.A.Z. Banken**	657,03	**655,09**	−0,30	+11,4
19853,66	13010,04				**F.A.Z.-Versicherungen**	19342,86	**19439,05**	+0,50	+0,88
4184,91	3089,59				**F.A.Z.-IT und Elektronik**	4155,14	**4136,29**	−0,45	+1,3
3009,61	2271,74				**F.A.Z.-Bau und Immobilien**	2953,41	**2918,85**	−1,2	+0,23
2342,02	1776,18				**F.A.Z.-Chemie und Pharma**	2287,03	**2301,86**	+0,65	−0,20
1003,46	758,88				**F.A.Z.-Versorger,Telekom.**	849,32	**846,01**	−0,39	+1,5
3291,81	2312,86				**F.A.Z. Auto- und Zulieferind.**	3235,51	**3241,86**	+0,20	+2,1
562,41	443,30				**F.A.Z.-Maschinenbau**	545,68	**546,89**	+0,22	+6,2
1206,64	834,89				**F.A.Z.-Grundstoffe**	1095,51	**1087,50**	−0,73	−1,4
1144,74	894,53				**F.A.Z.-Handel und Verkehr**	1134,49	**1137,51**	+0,27	+3,0
1133,95	879,66				**F.A.Z.-Konsum, Medien**	1123,25	**1129,17**	+0,53	+1,6
559,42	173,14				**F.A.Z.-Erneuerb. Energien**	242,18	**247,64**	+2,3	+23,5
386,75	303,30				**F.A.Z. Performance**	384,87	**385,32**	+0,12	+1,8
89,04	66,47				**F.A.Z. Euro**	88,25	**88,25**	±0,0	+4,3
123,92	91,75				**F.A.Z. Euro Performance**	122,81	**122,82**	+0,01	+4,4
7789,94	5914,43				**Dax 30**	7715,53	**7729,52**	+0,18	+1,5
12431,68	9613,13				**M-Dax**	12335,40	**12312,44**	−0,19	+3,3
881,78	709,20				**Tec-Dax**	873,66	**868,64**	−0,57	+4,9
3983,14	3042,92				**H - Dax**	3950,19	**3954,69**	+0,11	+1,9
5597,42	4512,51				**S - Dax**	5531,74	**5560,03**	+0,51	+5,9
690,24	527,07				**C - Dax**	684,26	**685,28**	+0,15	+1,8
7777,87	5959,57				**Late Dax**	7715,27	**7733,65**	+0,24	+1,2
12436,94	9564,40				**Late M - Dax**	12341,02	**12310,11**	−0,25	+3,0
877,89	707,42				**Late Tec - Dax**	873,55	**870,12**	−0,39	+4,9
5561,50	4492,16				**Late S - Dax**	5539,00	**5559,77**	+0,37	+5,6
31,78	13,07				**V - Dax**	13,47	**13,34**	−0,97	−16,9
194,07	146,71				**DivDax (Perf.)**	192,46	**192,78**	+0,17	+2,4
2928,11	2243,68				**Prime-All-Share**	2903,87	**2907,52**	+0,13	+1,9
1069,87	879,70				**Tec-All-Share**	1062,20	**1059,10**	−0,29	+4,8
4143,98	3203,79				**Classic-All-Share**	4119,73	**4116,26**	−0,08	+3,4
1072,34	837,83				**Midcap Market**	1064,19	**1061,32**	−0,27	+3,7
1265,79	763,82				**GEX (Preis)**	868,36	**868,72**	+0,04	+7,3
					Europäische Indizes				
2735,36	2050,16				**Euro Stoxx 50** (Europa)	2717,79	**2715,16**	−0,10	+3,0
2663,23	2209,56				**Stoxx Europe 50** (Europa)	2647,48	**2634,95**	−0,47	+2,2
270,10	206,75				**Euro Stoxx** (Europa)	268,40	**268,06**	−0,13	+2,8
288,83	233,48				**Stoxx Europe 600** (Europa)	287,08	**286,01**	−0,37	+2,3
1180,01	954,76				**S & P Euro 350** (Europa)	1172,90	**1168,96**	−0,34	+2,3
697,11	558,33				**Euronext 100** (Europa)	691,87	**691,01**	−0,12	+1,5
352,33	281,00				**AEX Index** (Amsterdam)	350,13	**347,34**	−0,80	+1,4
1000,05	471,35				**Comp. Index** (Athen)	979,72	**968,29**	−1,2	+6,7
6308,96	4785,00				**OMX Index** (Helsinki)	6083,32	**6063,36**	−0,33	+4,5
82219,54	52797,16				**Nat. 100 Index** (Istanbul)	81033,52	**81990,01**	+1,2	+4,8
524,79	398,96				**OMXC 20 Ind.** (Kopenhagen)	523,48	**522,10**	−0,26	+5,2
2558,15	1847,50				**PSI-GERAL** (Lissabon)	2523,88	**2530,91**	+0,28	+8,4
6134,17	5229,76				**FTSE 100** (London)	6121,58	**6107,86**	−0,22	+3,6
8967,40	5905,30				**IBEX 35** (Madrid)	8664,70	**8632,10**	−0,38	+5,7
17683,92	12295,76				**FTSE MIB** (Mailand)	17502,39	**17391,24**	−0,64	+6,9
1757,51	1209,52				**RTS Index** (Moskau)	1571,73	**1590,21**	+1,2	+4,1
3733,93	2922,26				**CAC 40** (Paris)	3706,02	**3708,25**	+0,06	+1,8
354,24	295,96				**All-Sh. Priceind.** (Stockholm)	352,45	**352,72**	+0,08	+2,6
48222,72	36483,38				**WIG Index** (Warschau)	47440,80	**47470,12**	+0,06	+0,02
2501,16	1839,86				**ATX Index** (Wien)	2468,10	**2459,68**	−0,34	+2,4
7230,77	5712,13				**SMI** (Zürich)	7188,22	**7202,52**	+0,20	+5,6
					Übersee Indizes				
13661,87	12035,09				**Dow Jones** (New York)	13488,43	**13507,32**	+0,14	+3,1
2878,38	2385,79				**Nasdaq 100** (Nasdaq)	2748,26	**2735,70**	−0,46	+2,8
3196,93	2721,03				**Nasdaq Com.** (Nasdaq)	3125,63	**3117,50**	−0,26	+3,2
1474,51	1266,74				**S & P 500** (New York)	1472,05	**1470,68**	−0,09	+3,1
68969,00	52212,00				**Bovespa** (Sao Paolo)	61497,43	**62080,00**	+0,95

Zinsen, Renditen, Terminkontrakte und Indizes

Benchmark-Anleihen

Laufzeit	11.01. Rendite	14.01. Rendite	14.01. Kurs	28.12.12 Rendite
Deutschland				
2 Jahre	0,14	0,13	99,75	-0,02
5 Jahre	0,60	0,55	99,75	0,29
10 Jahre	1,61	1,55	99,55	1,30
30 Jahre	2,48	2,42	101,81	2,15
Frankreich				
2 Jahre	0,17	0,17	106,76	0,05
5 Jahre	0,83	0,82	100,79	0,49
10 Jahre	2,18	2,14	100,93	1,87
30 Jahre	3,22	3,17	124,65	2,96
Großbritannien				
2 Jahre	0,42	0,36	107,58	0,29
5 Jahre	1,03	0,96	100,20	0,83
10 Jahre	2,11	2,02	97,67	1,80
30 Jahre	3,33	3,23	124,15	3,09
Japan				
2 Jahre	0,08	0,08	100,05	0,09
5 Jahre	0,17	0,17	100,16	0,19
10 Jahre	0,81	0,81	99,87	0,80
30 Jahre	2,02	2,02	97,73	1,99
USA				
2 Jahre	0,25	0,24	99,77	0,26
5 Jahre	0,82	0,76	99,93	0,71
10 Jahre	1,87	1,86	97,88	1,76
30 Jahre	3,05	3,05	94,22	2,95

Terminkontrakte

	11.01.13 Schluss	14.01.13 Verlauf
Euro-Bund-Future	142,53	142,58
Euro-Bobl-Future	126,33	126,23
DAX-Future	7729,00	7737,00
S&P500-Future	1467,20	1463,20

Umsätze der deutschen Börse

alle Börsenplätze	Kurswert in Mio. Euro 11.01.	14.01.	Anteil in % Xetra	Parkett Ffm
Aktien im Dax 30	2646	2536	97,16	1,29
Aktien im M-Dax	380	327	94,85	2,29
Aktien im Tec-Dax	71	90	93,25	3,36

Terminmarkt (Stand: 21.56 Uhr) Put-Call-Ratio: 1,12
Aktienoptionen Put: 1206678 Call: 1073119

Rex-Renten-Indizes

	11.01.13 Schluss	14.01.13 Schluss	Rendite
Gesamt	133,5997	133,6284	1,0727
Performance	437,9864	438,1022	1,0727

Swaps

in Prozent	11.01.	14.01.
Eonia		
1 Woche	0,053	0,060
1 Monat	0,073	0,073
3 Monate	0,082	0,088
6 Monate	0,087	0,098
12 Monate	0,112	0,124

Quelle: DZ Bank AG

Renditen/Kreditzinsen

Umlaufrendite der Bundesanleihen

14.01.2013 (11.01.13)	1,28 % (1,28 %)
3 bis 5 Jahre	0,39 % (0,37 %)
5 bis 8 Jahre	0,96 % (0,96 %)
8 bis 15 Jahre	1,61 % (1,60 %)
15 bis 30 Jahre	2,30 % (2,30 %)

Bundesschatzbriefe

(Zinslauf ab 1.9.2012, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrendite für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 2012/11 (Typ A) - 0,00 (0,00) - 0,00 (0,00) - 0,00 (0,00) - 0,50 (0,12) - 1,25 (0,35) - 1,50 (0,54) Ausgabe 2012/12 (Typ B) - 0,00 (0,00) - 0,00 (0,00) - 0,00 (0,00) - 0,50 (0,12) - 1,25 (0,35) - 1,50 (0,54) - 1,50 (0,68)

Finanzierungsschätze des Bundes

1 Jahr Zinssatz: 0,0001 %	Rendite: 0,0001 %
2 Jahre Zinssatz: 0,0001 %	Rendite: 0,0001 %

Spareinlagen (3 Mon. Kündigungsfr.): ca.	**0,44 %***
Sparbriefe mit Laufzeit von 4 Jahren:	**1,42 %***
Private Dispositionskredite etwa	**10,57 %***
Ratenkredite bei 5 Jahren Laufzeit:	
bis 5 000 Euro, effektiv etwa	6,75 %*
bis 10 000 Euro, effektiv etwa	6,65 %*

Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke (effektiv, 100 % Auszahlung): Fest 5 Jahre 1,98 %*; Fest 10 Jahre 2,56 %*. *ungefähr: Zinssätze sind institutsabhängig

Eurolibor/Libor am 14.01.2013

Euro	3 Mon. 0,1371	6 Mon. 0,2357
Dollar	3 Mon. 0,3040	6 Mon. 0,4910

Basiszins nach § 247 BGB (01.01.2013) -0,13 %

EZB-Daten

EZB-Zinsen (ab 11.07.2012)

Spitzenrefinanzierung	1,50 %
Einlagefazilität	0,00 %
Hauptrefi.	0,75 %
Mindestreserve (Verzinsung)	**0,75 %**
Hauptrefinanzierungsgeschäft (Refis)	

7 Tage (fällig 16.01.) 0,75 %; 35 Tage (fällig 16.01.) 0,75 %; 91 Tage (fällig 31.01.) - %; 91 Tage (fällig 28.02.) - %

Wachstum Euro-Geldmenge M 3	
Jahresrate 11/2012	3,80 %
3 Monats Durchschnitt 11/2012-11/2012	3,40 %
Referenzwert für das Geldmengenwachstum der 3 Monats-Jahresrate	4,50 %
Notenumlauf im Euro-Raum	
zum 04.01.2013: 904 Milliarden Euro.	
Euro-Inflationsrate	**2,20 %**

New Yorker Geldmarkt

USA Primerate	**3,25 %**
USA Tagesgeld	**0,15 %**
Bankers Acceptances in %	

30 Tage 0,23; 60 Tage 0,28; 90 Tage 0,28; 120 Tage 0,33; 150 Tage 0,38; 180 Tage 0,38

Leitzinsen im Ausland

Dänemark 0,25 % (Diskont); Großbritannien 0,50 % (Repo-Satz); Japan 0,82 % (Diskont); Kanada 1,00 % (Diskont); Norwegen 1,50 % (Deposite Rate); Schweiz 0,02 % (Libor CHF 3M); Schweden 1,00 % (Pensionssatz); USA 0,25 % (Federal Fund Rate);

Emissionsrendite — Stand 21.56 Uhr; Laufzeit in Jahren

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11.01.2013	0,23	0,37	0,56	0,78	1,01	1,25	1,47	1,66	1,82	1,97
14.01.2013	0,25	0,38	0,57	0,78	1,01	1,24	1,45	1,63	1,79	1,94

F.A.Z.-Renten-Rendite

Restlaufzeit*)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Öffentliche Anleihen										
Hoch 52 Wochen	0,55	0,80	1,06	1,27	1,54	1,80	1,92	2,10	2,37	2,40
Tief 52 Wochen	0,01	0,07	0,20	0,38	0,61	0,79	1,02	1,10	1,34	1,28
10.01.2013	0,10	0,21	0,33	0,52	0,76	0,97	1,19	1,44	1,53	1,50
11.01.2013	0,14	0,28	0,41	0,61	0,82	1,04	1,28	1,51	1,60	1,56
14.01.2013	0,16	0,30	0,43	0,61	0,83	1,05	1,27	1,50	1,61	1,56
Hypothekenpfandbriefe und öffentlichen Pfandbriefe										
Hoch 52 Wochen	1,68	1,61	1,83	2,17	2,62	2,74	2,49	2,82	2,79	2,93
Tief 52 Wochen	0,42	0,44	0,65	0,97	0,98	1,16	1,37	1,58	1,78	1,69
10.01.2013	0,43	0,54	0,71	0,99	1,08	1,27	1,45	1,65	1,86	1,80
11.01.2013	0,46	0,59	0,77	1,07	1,17	1,33	1,52	1,72	1,91	1,87
14.01.2013	0,47	0,61	0,79	1,09	1,18	1,35	1,52	1,72	1,92	1,86

*) In Jahren. Die in die Berechnung einbezogenen Papiere haben Restlaufzeiten von einem halben Jahr weniger bis zu sechs Monaten mehr als die angegebenen vollen Jahre. – Berechnung vom 31. Oktober 1995 an mit Stückzinsen.

Geldmarktsätze unter Banken

Euribor neu — Tagesgeld: Euro Overnight Index Average (Eonia) 0,065 % (Vortag: 0,067 %)

Prozent	11.01.13	14.01.13		11.01.13	14.01.13		11.01.13	14.01.13
1 Monat	0,11100	0,11200	5 Monate	0,28900	0,29500	9 Monate	0,44600	0,45400
2 Monate	0,15800	0,16000	6 Monate	0,33100	0,33700	10 Monate	0,48700	0,49300
3 Monate	0,19500	0,19900	7 Monate	0,37100	0,37900	11 Monate	0,52500	0,53200
4 Monate	0,24000	0,24500	8 Monate	0,41200	0,41800	12 Monate	0,55900	0,56600

Intern. Warenmärkte

Titel	Vortag	aktuell	Veränd. Proz.
Dow Jones-UBS Spot	430,30	427,34	-0,69
CRB Futures	555,69	556,40	+0,13
S&P GSCI Index (Spot)	649,58	655,26	+0,87
Moodys-Index	6343,6	6344,3	+0,01
FTSE Gold (London)	2770,6	2773,3	+0,10
American Gold Bugs (HUI)	433,37	433,05	-0,07
Gold, London ($/Unze)	1657,5	1666,5	+0,54
Gold, New York ($/Unze)	1662,6	1668,6	+0,36

Münzen, Barren

Schalterpreise in Euro	11.01.2013 Ankauf	Verkauf	14.01.2013 Ankauf	Verkauf
Barrengold 1kg	40103,11	40799,69	39752,00	40443,65
Barrengold 10g	394,83	430,65	391,32	427,09
1/1 Nugget/Maple/Krüger	1230,42	1311,85	1219,59	1300,45
1/2 Nugget/Maple/Krüger	614,66	680,20	609,23	674,30
1/4 Nugget/Maple/Krüger	304,83	348,39	302,11	345,39
1/10 Nugget/Maple/Krüger	118,63	144,57	117,55	143,35
1/1 Britannia/Eagle/Philh.	1230,42	1318,14	1219,59	1306,68
1/2 Britannia/Eagle/Philh.	614,66	680,20	609,23	674,30
1/4 Britannia/Eagle/Philh.	304,83	348,39	302,11	345,39
1/10 Britannia/Eagle/Philh.	118,63	144,57	117,55	143,35
20-Mark-Stück	287,64	355,09	285,07	352,02
Vreneli	223,08	257,41	221,08	255,19
Sovereign (neu)	282,05	325,42	279,53	322,61
1 Dukaten Österreich	129,81	151,94	128,62	150,65
20 Pesos Mexiko	571,24	653,39	566,18	647,73
Barrensilber 1kg	708,59	960,36	704,32	955,99
Platin Koala	1164,36	-	1162,76	-

Stand 11.30 Uhr — Quelle: Deutsche Bank

Internationale Devisenmärkte

Interbankenkurse (21 Uhr) Geld	Brief	Devisenkurse für 1 Euro EZB kurs	Banken Euro-FX	14.01.13 Währung	Notenpreise für 1 Euro aus Sicht der Bank Ankauf	Verkauf
1,3382	1,3384	1,3341	1,3363	Am. Dollar*	1,2734	1,4044
1,266	1,267	1,2632		Austr. Dollar*	1,1651	1,3751
2,7149	2,7229	2,7147		Bras. Real*	1,9314	5,0914
0,8321	0,8323	0,8312	0,8313	Brit. Pfund*	0,7901	0,8627
1,9484	1,9634	1,9558		Bulg. Lew*	1,7311	2,1712
8,3169	8,3369	8,2985		Chin. Yuan*	6,0729	10,5729
7,4624	7,4627	7,4626	7,4626	Dän. Krone*	7,1194	7,8694
10,3724	10,3774	10,3423		Hongk. Dollar*	9,0501	11,8501
72,888	73,048	72,708		Indische Rupie	56,8265	85,8265
				Isländ. Krone	153,848	197,298
119,670	119,700	119,100	119,440	Jap. Yen*	114,040	128,040
1,3167	1,3173	1,3158	1,3157	Kan. Dollar*	1,2442	1,3962
7,5399	7,5488	7,568		Kroat. Kuna	6,1592	9,402
0,6966	0,6986	0,6973		Lett. Lats*	0,6115	0,7715
3,4493	3,4563	3,4528		Lit. Litas*	2,9787	3,9787
16,854	16,869	16,9097		Mex. Peso*	12,8217	20,1739
1,5917	1,5932	1,586		Neus. Dollar*	1,3177	1,8877
7,3633	7,3663	7,3625	7,3739	Norw. Krone*	6,9901	7,9901
4,1046	4,1066	4,120		Poln. Zloty*	3,5997	5,0131
4,3821	4,3871	4,3848		Rumä. Leu*		
		40,353		Russ.Rubel	34,5671	47,6438
8,6231	8,6261	8,6178	8,6318	Schw. Kron.*	8,194	9,344
1,2327	1,233	1,2243	1,2255	Schw. Franken*	1,1851	1,2666
1,6391	1,6411	1,6367		Sing. Dollar*	1,4568	1,8968
11,6361	11,6461	11,6094		Südaf. Rand*	9,8334	14,2334
37,6599	39,6599			Taiwan Dollar	29,8755	49,4101
40,451	40,521	40,343		Thail. Baht*	33,1598	51,1598
25,564	25,584	25,613		Tsch. Krone*	21,850	28,250
2,365	2,368	2,3622		Türk. Lira*	2,2197	2,5197
294,270	294,470	297,080		Ungar. Forint*	245,340	375,340

* Interbankenkurse von der Commerzbank, Notenpreise der Deutschen Bank

Anleihen Deutscher und Ausländischer Schuldner

Bundesanleihen

Zins	Laufzeit	Zins-termin	14.01. Schluss	14.01. Rend.
6	86II/16	20.6.	119,28	0,3096
5,625	86I/16	20.9.	119,15	0,3720
6,25	94/24	4.1.	145,81	1,6492
6,5	97/27	4.7.	156,46	1,9736
5,625	98/28	4.1.	145,51	2,0602
4,75	98/28	4.7.	134,68	2,0993
6,25	00/30	4.1.	157,26	2,1771
5,5	00/31	4.1.	147,96	2,2306
4,75	03/34	4.7.	140,81	2,3148
3,75	03/13	4.7.	101,72	0,0620
4,25	03/14	4.1.	104,07	0,0430
4,25	04/14	4.7.	106,08	0,1023
3,75	04/15	4.1.	107,13	0,1206
4	05/37	4.1.	130,13	2,3426
3,25	05/15	4.7.	107,59	0,1639
3,5	05/16	4.1.	109,70	0,2178
1,684	Inflat. 06/16	15.4.	108,39	
4	06/16	4.7.	112,75	0,2972
3,75	06/17	4.1.	113,26	0,3770
4,25	07/39	4.7.	136,66	2,3687
4,25	07/17	4.7.	116,63	0,4785
4	07/18	4.1.	116,71	0,5857
4,25	08/18	4.7.	119,05	0,6875
4,75	08/40	4.7.	147,62	2,3702
3,75	08/19	4.1.	117,17	0,7931
3,5	09/19	4.7.	116,29	0,8960
1,851	Inflat. 09/20	15.4.	117,03	
3,25	09/20	4.1.	115,08	0,9984
3	10/20	4.7.	113,46	1,1107
3,25	10/42	4.7.	118,16	2,3842
2,25	10/20	4.9.	108,03	1,1448
2,5	10/21	4.1.	109,78	1,2264
3,25	11/21	4.7.	115,31	1,3254
2,25	11/21	4.9.	107,19	1,3609
2	11/22	4.1.	104,69	1,4386
0	Inflat. 12/23	-	103,20	
1,75	12/22	4.7.	101,94	1,5273
2,5	12/44	4.7.	102,05	2,4222
1,5	12/22	4.9.	99,45	1,5613

Bundesobligationen

Zins	Laufzeit	Zins-termin	14.01. Schluss	14.01. Rend.
2,485	Inflat. 07/13	15.4.	99,96	
3,5	S.152 08/13	12.4.	100,83	0,0449
4	S.153 08/13	11.10.	102,89	0,0450
2,25	S.154 09/14	11.4.	102,68	0,0798
2,5	S.155 09/14	10.10.	104,11	0,1162
2,5	S.156 10/15	27.2.	105,03	0,1161
2,25	S.157 10/15	10.4.	104,73	0,1298
1,75	S.158 10/15	9.10.	104,28	0,1772
2	S.159 11/16	26.2.	105,52	0,2192
2,75	S.160 11/16	8.4.	108,07	0,2386
0,77	Inflat. 11/18	15.4.	108,37	
1,25	S.161 11/16	14.10.	103,44	0,3254
0,75	S.162 12/17	24.2.	101,39	0,4091
0,5	S.163 12/17	7.4.	100,26	0,4377
0,5	S.164 12/17	13.10.	99,81	0,5405
0,5	S.165 13/18	23.2.	99,46	0,6088

Schatzanweisungen

Zins	Laufzeit	Zins-termin	14.01. Schluss	14.01. Rend.
1,5	11/13	15.3.	100,24	0,0351
1,75	11/13	14.6.	100,71	0,0345
0,75	11/13	13.9.	100,47	0,0358
0,25	11/13	13.12.	100,20	0,0352
0,25	12/14	14.3.	100,23	0,0561
0	12/14	13.6.	99,88	
0	12/14	12.9.	99,82	
0	12/14	12.12.	99,76	

Länderanleihen

Zins	Laufzeit	Zins-termin	14.01. Schluss	14.01. Rend.
Bundesländer				
5,25	3v.98/13	2.4.	101,05	0,2627
5,25	4v.98/13	29.4.	101,39 G	0,3726
3,375	23v.06/13	6.2.	100,15	0,6532
3,75	25v.06/13	17.10.	102,65	0,2218
4,125	26v.07/14	24.1.	103,97	0,2321
4,25	27v.07/17	13.4.	114,26	0,8151
4,125	29v.08/15	30.1.	107,68	0,3387
4,25	30v.08/14	2.5.	105,12	0,2809
3,25	31v.09/14	29.4.	103,81 G	0,2736
3,5	32v.09/19	7.10.	113,60	1,3684
2,625	33v.10/16	18.3.	106,32	0,6070
2	34v.10/15	2.6.	103,85	0,3703
1,875	35v.10/15	1.10.	103,92	0,4161
2,875	36v.11/16	9.2.	106,95	0,5797
3	37v.11/16	17.5.	107,79	0,6321
2,375	38v.11/18	21.9.	107,02	1,0929
1,625	39v.12/17	26.1.	103,48	0,7447
1,75	40v.12/22	13.6.	99,75	1,7782
1,375	41v.12/19	11.10.	100,03	1,3705
Berlin				
3	11/16	29.3.	107,52 G	0,6177
Brandenburg				
4	03/13	20.2.	100,36	0,1810
3,5	11/21	15.6.	114,31	1,6621
Hessen				
4	03/15	10.3.	107,75	0,3736
4	04/14	7.4.	104,57	0,2579
4	04/15	5.1.	107,27	0,2925
3,5	05/16	4.1.	108,90	0,4718
3,25	05/15	14.10.	107,60	0,4565
3,625	05/17	25.1.	111,46	0,7256
0,135	08/13	21.1.	99,80	
3,125	09/14	13.5.	103,80	0,2481
2,125	09/13	11.2.	100,04	1,5184
3,5	10/20	10.3.	114,04	1,4204
2	10/15	16.6.	103,92	0,3673
2,75	10/20	22.9.	108,92	1,5106
3,75	11/21	12.4.	116,31	1,6184
1,75	12/17	10.2.	104,29	0,6768
Niedersachsen				
4,25	03/13	24.9.	102,80	0,1781
4,125	04/14	20.2.	104,21	0,2671
3,625	05/15	20.1.	106,53	0,3604
3,5	06/16	22.2.	109,05	0,5475
4,25	07/17	22.2.	113,89	0,7930
4,25	08/18	27.2.	115,80	1,0590
3,25	09/14	7.4.	103,67	0,2453
3,5	09/19	21.10.	113,60	1,3793
2,125	10/15	8.6.	103,93	0,4700
0,349	11/16	7.4.	100,28	
2,75	11/21	13.9.	108,24	1,7166
2,5	11/18	18.10.	107,41	1,1609
0,288	12/19	28.2.	99,70	
Nordrhein-Westfalen				
3,5	05/15	16.11.	108,33	0,5296
4,5	07/18	15.2.	116,88	1,0684
2,625	10/15	31.3.	106,00 G	0,4896
2,125	10/15	30.6.	104,05	0,4619
1,25	10/13	13.9.	100,70	0,1846
2	10/15	15.10.	104,12	0,4862
2,625	11/16	21.1.	106,10 G	0,5856
3,5	11/21	7.7.	113,74	1,7407
2,125	11/16	13.10.	105,23	0,7033
0,65	12/16	15.2.	99,92 G	0,6779
0,875	12/17	4.12.	99,41 G	1,0013
Rheinland-Pfalz				
4	08/14	6.2.	103,49	0,6729
0,141	08/13	18.2.	100,05	
4,25	08/18	2.3.	115,85	1,0575
3	10/16	15.1.	107,04	0,6219
2,875	10/17	3.3.	108,37	0,8061
2	10/15	5.8.	103,80	0,4996
3,5	11/21	1.3.	115,45	1,4683
0,143	11/13	18.3.	99,80	
0,045	12/14	16.1.	99,79	
0,025	12/14	15.1.	99,66	
0,163	12/17	17.3.	99,10	
Sachsen-Anhalt				
6,3	97/17	11.12.	121,71	
4,25	04/14	28.2.	104,45	0,2536
3,375	05/15	1.6.	107,07	0,3784
4	06/16	26.9.	112,04	0,6874
4,5	07/17	11.9.	116,37	0,8913
4,125	08/13	22.4.	101,03	0,2523
3,75	11/21	6.4.	115,86	1,6686
Thüringen				
2,875	11/15	11.5.	105,56	0,4610

Sonderinstitute

Zins	Laufzeit	Zins-termin	14.01. Schluss	14.01. Rend.
KfW				
3,875	03/13	4.7.	101,73	0,1617
3,5	06/21	4.7.	115,26	1,5606
4,375	08/13	11.10.	103,13	0,1179
3,875	09/19	21.1.	116,04	1,1036
3,625	10/20	20.1.	115,27	1,3295
3,375	11/21	18.1.	114,10	1,4932
3,125	11/16	8.4.	108,71	0,4031
0,875	12/17	13.10.	100,64	0,7369
NRW-Bank				
3,875	05/20	27.1.	115,70	1,5048
4,25	08/13	14.5.	101,26	0,4046
3,375	09/14	18.3.	103,60	0,2935
3	11/16	17.5.	107,42	0,7392
2	12/22	16.9.	100,64	1,9259

Unternehmensanleihen

Zins	Emittent	Zins-termin	14.01. Schluss	14.01. Rend.
7,436	A.T.U. 04/14	1.4.	76,50	
4,5	BASF SE 06/16	29.6.	112,53	0,8011
2	BASF SE 12/22	5.12.	98,80	2,1357
6,5	Berentzen 12/17	18.10.	108,55	4,4581
4,75	Bertelsm.06/16	26.9.	111,85	1,4322
7,875	Bertelsm.09/14	16.1.	106,90	0,9121
4,125	Daimler 10/17	19.1.	110,97	1,2985
5	Dt.Börse 08/13	22.4.	101,16	0,5672
7,5	Dt.Börse 08/38	13.6.	102,74	7,2555
7,25	Dürr 10/15	28.9.	111,90	2,6177
7	Evonik 09/14	14.10.	109,96	1,1857
5,125	Evonik Deg. 03/13	10.12.	103,77	0,8897
4,375	EWE Tr.1 04/14	14.10.	106,50	0,6119
4,875	EWE Tr.2 04/19	14.10.	116,54	2,2064
8	Franz Haniel 09/14	23.10.	109,36	2,5074
6,25	Franz Haniel 12/18	8.2.	112,42	3,5264
5,25	Fraport 09/19	10.9.	114,55	2,8171
4,25	GEA Group 11/16	21.4.	107,96	1,7164
7	Gerling 04/14/24	12.8.	105,10	6,3575
6,75	Gerling 05/15/49	30.6.	103,80	6,4724
7,5	Heid.Cem. 09/14	30.4.	109,67	1,9689
8	Heid.Cem. 09/17	31.1.	119,40	2,8999
8,5	Heid.Cem. 09/19	30.4.	127,00	3,9655
6,5	Heid.Cem. 10/15	3.2.	110,02	2,4365
4,25	Henkel 03/13	10.6.	101,46	0,5535
5,5	Hochtief 12/17	23.3.	107,80	3,4605
6,125	Hornbach 04/14	15.5.	103,83	3,9688
5	Leoni 06/13	17.7.	101,70 G	1,5323
4,625	Lufthansa 06/13	6.5.	101,12	0,8606
6,75	Lufthansa 09/14	24.3.	106,60	1,1018
6,5	Lufthansa 09/16	7.7.	114,47	2,1278
5,375	MAN SE 09/13	20.5.	101,65	0,4933
7,25	MAN SE 09/16	20.5.	119,20 G	1,3322
4,5	Maxingv. 04/14	13.10.	105,22	1,4368
3,375	Merck Fin. S. 10/15	24.3.	105,32	0,9025
4,5	Merck Fin. S. 10/20	24.3.	116,11	2,0630
5,75	Metro 09/14	14.7.	106,77	1,1403
7,625	Metro 09/15	5.3.	112,52	1,6003
5,875	Praktiker 11/16	10.2.	67,35	
5,75	RWE 03/33	14.2.	130,65	3,5827
6,125	SolarWorld 10/17	21.1.	26,00	
4,375	ThyssenKr. 05/15	18.3.	105,07	1,9598
8	ThyssenKr. 09/14	18.6.	108,55	1,8292
4,375	ThyssenKr. 12/17	28.2.	105,90	
8,625	TUI 05/13	30.1.	99,65	
6	Unicreditbank 02/14	5.2.	104,25	1,8892
5,375	Voith 07/17	21.6.	115,08	1,7993
6,5	Windreich 10/15	1.3.	63,05 G	

Neue Euro-Anleihen

Valuta	Emittent	Währung	ISIN	Betrag (Mio)	Mindestanlage	Zins	Ausg. Kurs %	Zinsterm.	Laufz.	Ratings	Konsortialführer
17.01.	**Banco Popular Español**	EUR	XS0875105909	750	100.000	4,000	99,729	17.07.	2,5	Ba1 / BB / BB+	Dt. Bank, Banco Popular, Santander, UBS
17.01.	**Caisse Refinance L'Habit**	EUR	FR0011388339	1.000	1.000	2,400	99,650	17.1.	12	Aaa / AAA / -	Barclays, BNP Paribas, Credit Agricole
17.01.	**Deutsche Telekom** 8)	EUR	XS0875796541	1.250	100.000	2,125	99,072	18.01.	8	Baa2 / BBB+ / BBB+	Barclays, Dt. Bank, Societe Generale
17.01.	**Deutsche Telekom** 8)	EUR	XS0875797515	750	100.000	3,250	98,720	17.01.	15	Baa2 / BBB+ / BBB+	Barclays, Dt. Bank, Societe Generale
17.01.	**Gas Natural**	EUR	XS0875343757	600	100.000	3,875	99,139	17.01.	10	Baa2 / - / BBB+	Banca IMI, BBVA, CaixaBank, Credit Agricole
18.01.	**Autor. du Sud de la Fr. (ASF)**	EUR	FR0011394907	700	100.000	2,975	99,290	18.01.	10	- / - / -	BBVA, Barclays, ING, Mitsubish
18.01.	**Caixa Geral de Depósitos**	EUR	PTCGHUOE0015	750	100.000	3,750	99,620	18.01.	5	Baa3 / - / BBB-	Caixa Geral, Commerzbank, Cred

ANZEIGE

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds - mitgeteilt von vwd group

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Zwg.	ATE	Aktg. /Img.
Stand: 14.01.2013					
*Preise vom Vortag / letzt verfügbar					
Pacific Fund	$*	22,74 / 21,61	0,00		56,89
Port.Sel. Gr.&Inc.	$*	19,65 / 18,67	0,00		33,66
Port.Sel. Growth	€*	15,25 / 14,49	0,00		30,65
Port.Sel. Mod. Gr.	€*	10,57 / 10,21	0,06		16,10
Short Term Bond A	€*	25,14 / 24,29	0,50		0,00
Singapore Fund	$*	56,20 / 53,40	0,00		82,54
South Ea.As. A EUR	€*	5,49 / 5,22	0,00		63,51
Sterling Bond Fund	£*	0,32 / 0,31	0,00		-0,25
Switzerland Fund	F*	42,25 / 40,14	0,00		38,08
Taiwan Fund	$*	8,83 / 8,39	0,00		14,41
Target 2010 Euro	€*	21,69 / 20,96	0,00		9,47
Target 2015 Euro	€*	29,51 / 28,51	0,26		23,72
Target 2020 Euro	€*	32,27 / 31,18	0,17		28,27
Target 2025 Euro	€*	25,89 / 25,01	0,08		21,04
Target 2030 Euro	€*	25,95 / 25,07	0,00		22,39
Thailand Fund	$*	51,14 / 48,59	0,06		79,60
United Kingdom	£*	2,15 / 2,04	0,00		40,77
US Dollar Bond	$*	7,22 / 6,97	0,07		0,00
US High Yield Fund	$*	12,91 / 12,47	0,45		1,03
World Fund	€*	11,91 / 11,32	0,00		32,59

first private Investment Management

FP Akt.Emerg.Mkts.	€*	109,41 / 104,20	**0,00**		49,94
FP Aktien Global A	€*	60,40 / 57,52	**0,00**		18,02
FP Alpha Global	€*	43,95 / 41,86	**0,00**		-25,50
FP Dyn.Eq.Alloc. A	€*	52,79 / 50,28	**0,00**		7,72
FP EuroAkt.Staufer	€*	54,32 / 51,73	**0,00**		-16,97
FP Europa Akt.ULM	€*	56,57 / 53,88	**0,00**		0,19
FP Wealth B	€*	67,27 / 64,07	**0,00**		3,94

Flossbach von Storch

www.fvsag.com I Tel. +49 221 33 88 290

Aktien Global F	€	165,95 / 158,05	**0,00**		4,25
Aktien Global I	€	164,18 / 156,36	**0,00**		58,53
Aktien Global P	€	131,69 / 125,42	**0,00**		12,25
Ausgewogen F	€	128,45 / 122,33	**2,43**		6,03
Ausgewogen R	€	125,18 / 119,22	**2,21**		5,92
Bond Diversifik I	€	113,52 / 110,21	**2,98**		0,00
Bond Diversifik P	€	113,23 / 109,93	**2,80**		0,00
Bond Opport. I	€	115,30 / 111,94	**1,19**		0,00
Bond Opport. P	€	114,85 / 111,50	**0,99**		0,00
Defensiv F	€	121,88 / 116,08	**2,51**		1,63
Defensiv R	€	121,43 / 115,65	**2,39**		1,55
Dividende I CHF	F	107,40 / 102,29	**0,00**		1,09
Dividende I EUR	€	106,66 / 101,58	**0,00**		1,08
Dividende P CHF	F	107,03 / 101,92	**0,00**		0,81
Dividende P EUR	€	106,34 / 101,28	**0,00**		0,84
Fundament P	€*	111,83 / 106,50	**0,00**		5,13
Glob Opportunist I	€	185,18 / 176,36	**0,00**		39,11
Glob Opportunist P	€	169,54 / 161,47	**0,00**		35,36
Multiple Opp. F	€	187,99 / 179,04	**0,00**		18,36
Multiple Opp. R	€	178,46 / 169,96	**0,00**		17,52
Stiftung	€	104,81 / 103,77	**2,47**		-0,08
Wachstum F	€	129,22 / 123,07	**1,51**		8,39
Wachstum R	€	126,14 / 120,13	**1,91**		8,32
Wandelanl.Global F	€	155,87 / 148,45	**0,97**		0,93
Wandelanl.Global I	€	157,35 / 149,86	**1,06**		0,96
Wandelanl.Global P	€	136,53 / 130,03	**5,05**		0,24

Fonds Direkt Sicav

Skyline Dynamik	€	123,92 / 118,02	**0,00**		45,05
Skyline Klassik	€	114,68 / 110,27	**0,00**		13,77

FRANKFURT-TRUST ASSET MANAGEMENT

www.frankfurt-trust.de I Tel. 069/92050-200

AL FT Chance	€	53,92 / 51,35	**0,00**		0,00
AL FT Stabilität	€	57,03 / 54,84	**0,00**		0,00
AL FT Wachstum	€	56,86 / 54,41	**0,11**		0,00
AW Glob.Inv.Basic+	€	48,85 / 47,20	**0,29**		0,83
AW Global Dynamic+	€	35,61 / 33,91	**0,00**		0,00
Basis-Fonds I	€	139,87 / 139,87	**1,19**		0,00
BHF Tot. Return FT	€	60,86 / 59,09	**0,74**		1,62
EDG Abs.Ret.Strat.	€	101,12 / 98,17	**1,34**		-1,27
ETFplus Portf Balance	€	55,55 / 53,93	**0,92**		-21,60
FMM-Fonds	€	401,14 / 382,04	**1,22**		15,37
FT AccuGeld I	€	50,84 / 50,84	**0,06**		0,00
FT AccuGeld PA	€	49,94 / 49,94	**0,05**		0,00
FT AccuGeld PT	€	71,19 / 71,19	**0,06**		0,00
FT AccuZins	€	273,32 / 265,36	**4,36**		0,00
FT DollarGeld	$	70,99 / 70,99	**0,66**		0,00
FT Euro High Div.	€	51,10 / 48,67	**0,00**		5,28
FT EuroGovernm. M	€	54,12 / 52,54	**0,65**		0,00
FT EuropaDynamik I	€	60,45 / 60,45	**0,00**		4,87
FT EuropaDynamik P	€	200,55 / 191,00	**0,00**		20,87
FT EuroRendite	€	54,40 / 52,82	**0,00**		0,00
FT EuroZins	€	26,88 / 26,10	**0,20**		0,00
FT EuroZins K	€	114,81 / 113,67	**2,03**		0,00
FT FlexInvest Clas	€	41,58 / 39,60	**0,04**		-7,32
FT FlexInvest ProP	€	45,55 / 43,38	**0,28**		-32,97
FT Frankfurter-Eff.	€	173,39 / 165,13	**0,00**		0,40
FT GI.InfraSt.Div.I	€	58,00 / 58,00	**0,00**		17,26
FT GI.InfraSt.Div.P	€	60,86 / 57,96	**0,00**		15,30
FT Global HighDiv	€	58,16 / 55,39	**0,00**		15,67
FT GlobalDynamik	€	35,00 / 33,33	**0,00**		-135,93
FT InterSpezial	€	25,35 / 24,14	**0,00**		-14,73
FT Navigator 100	€	46,82 / 44,59	**0,00**		0,00
FT Navigator 25	€	56,27 / 54,37	**0,33**		0,00
FT Navigator 40	€	62,67 / 60,26	**0,00**		0,12
FT Navigator 70	€	58,06 / 55,56	**0,00**		0,00
FT Navigator Sust.	€	53,53 / 51,97	**0,65**		0,00
FT NewGeneration	€	21,12 / 20,11	**0,01**		-64,63
GWP-Fonds FT	€	117,10 / 112,60	**0,00**		20,85
HL BasisInvest FT	€	61,36 / 60,75	**1,64**		0,00
HL MaxInvest FT	€	30,56 / 29,67	**0,00**		-77,73
HL MediumInv. FT	€	50,69 / 49,70	**0,61**		-21,33
KapitalPrivatPortf	€	43,65 / 41,57	**0,20**		-0,09
KlawInvest-Trading	€	28,78 / 27,41	**0,00**		0,00
Portf. Opportunity	€	52,65 / 50,14	**0,00**		-64,49
PTAMStratPortfDef	€	50,48 / 48,08	**0,03**		0,00
R1 Value Portfolio	€	48,51 / 46,20	**0,00**		0,00
S&H GlobaleMaerkte	€	43,52 / 41,45	**0,14**		0,08
Sch&Ptnr Glob Def	€	62,50 / 59,52	**0,04**		0,00
Schmitz&PtnrGloOff	€	48,04 / 45,75	**0,00**		0,00
Substanz-Fonds	€	793,19 / 770,09	**5,70**		23,39
UnternehmerWerte	€	54,31 / 51,72	**0,00**		4,15
Vermögens-Fonds	€	579,85 / 562,96	**3,08**		6,08
WFPortf.Ausgewogen	€	46,23 / 46,23	**0,05**		0,00

FRANKFURT-TRUST Invest Luxemburg AG

Dt.Kont.Vermögen I	€	46,49 / 44,70	0,01		-4,43
Dt.Kont.VermögenII	€	51,94 / 49,94	0,61		-1,72
Flex. Allocation FT	€	60,10 / 57,24	**0,07**		23,10
FT Em.Cons.Dem.P	€	65,46 / 62,34	**0,00**		19,29
FT EmergingArabia	€	32,28 / 30,74	**0,04**		-43,05
FT EmergingArabia	$	51,39 / 48,94	**0,00**		-0,89
FT EuroCorporates	€	59,49 / 57,76	**1,24**		0,00
FT Protect.Growth	€	92,57 / 88,16	**0,00**		68,84
FT-Rendite Plus	€	66,16 / 65,83	**1,15**		0,00
GRAND CRU	€	119,29 / 118,11	**0,00**		11,90
GRAND CRU SWISS	F	88,95 / 88,07	**0,00**		-13,16
Nik.Bel.GI.AT(EUR)	€	100,39 / 95,61	**0,00**		16,73
SMS Ars selecta	€	43,53 / 41,86	**0,00**		0,12
Valea Invest	€	103,79 / 100,77	**0,00**		1,99

FRANKLIN TEMPLETON INVESTMENTS

www.franklintempleton.de I info@franklintempleton.de
Tel. 0800 / 073 80 02

FRK E.SM C.Gr. A a	€*	24,79 / 23,49	0,00	1,05	55,84
FRK GI.Fd.Stra.A d	€*	8,68 / 8,22	0,05		10,49
FRK GoldPrec Mt.Ad	€*	8,50 / 8,05	0,00		-17,51
FRK India Fd. A d	€*	33,86 / 32,08	0,00	0,01	44,23
FRK Mut.Europ. A a	€*	18,04 / 17,09	0,00		8,84
TEM East.EuropeA a	€*	23,82 / 22,57	0,00	0,00	36,43
TEM Em.Mkts Bd A d	€*	11,30 / 10,96	0,46		0,00
TEM Front.Mkts.A a	$*	18,04 / 17,09	0,00	0,65	38,84
TEM GI.Bd. A Yd	€*	11,41 / 11,07	0,22		0,00
TEM GI.Tot.Ret AYd	€*	12,03 / 11,67	0,43		-2,59
TEM Growth Inc.Ad	$*	21,49 / 20,25	0,00	1,08	-24,40
TEM Growth(Eur) Aa	€*	12,01 / 11,38	0,00	0,74	9,41
TEM Growth(Eur) Ad	€*	12,46 / 11,81	0,00	0,00	9,18

FranklinTempleton Strat. All. Funds

FRK Cons. Fund A a	€*	12,55 / 12,17	0,17	1,15	1,33

F.I.T. - GALILEO INVESTMENT TRUST LIMITED

info@galileo-invest.com I Tel. +423 3844000

Galileo China Reg.	$*	/ 4,54	
Galileo Japan	€*	/ 54,54	
Glb.Nat.Res.Fd Reg	€*	/ 1,80	

GAM

germany@gam.com I www.gam.com

Star Em Mkt Rate A	€*	/ 11,74	**0,00**		0,00
Star Key Qua Strat	$*	/ 11,07	**0,00**		0,00

GEBSER & PARTNER VERMÖGENSVERWALTER

www.gp-ag.de I Tel. 069 96 36 48 - 0

G&P- Flex VV Fds I	€	998,89 / 989,00	**0,00**		-0,42
G&P- Flex VV Fds R	€	49,98 / 48,52	**0,00**		-1,61
G&P Inv.Struktur A	€	10,32 / 9,83	**0,00**		-27,48
G&P-FE GI.All.BalA	€	11,66 / 11,10	**0,00**		2,13
G&P-Univ.Aktien A	€*	57,67 / 54,92	**0,00**		-105,86

GENERALI Investments

www.geninvest.de

AktiMix Dyn.Pro.80	€	100,22 / 96,37	**0,20**		-4,75
AktiviMix Ertrag	€	58,39 / 56,69	**0,05**		-2,13
AktivMix Vario Sel	€	58,38 / 56,68	**0,05**		-3,44
FdStratAktienGlDyn	€	46,81 / 46,81	**0,00**		-0,11
GaranT 1 DX	€*	/ 115,58			
GaranT 2 DX	€*	/ 104,46			
GaranT 3 DX	€*	/ 110,13			
GaranT 4 DX	€*	/ 103,95			
GaranT 5 DX	€*	/ 103,25			
Geldmarkt Euro	€	60,64 / 60,64	**0,04**		0,00
IS Euro Bonds DX	€*	/ 140,16			
IS Euro Short T. B	€*	/ 119,87			
Komf. Balance	€	58,27 / 58,27	**0,28**		15,22
Komf. Dyn. Europa	€	49,07 / 49,07	**0,00**		3,44
Komf. Dyn. Global	€	42,08 / 42,08	**0,85**		14,98
Komf. Wachstum	€	55,45 / 55,45	**0,00**		24,18
Vermö.Strat. Aus.D	€*	/ 104,80			
Vermö.Strat. Def.D	€*	/ 103,67			

Gothaer Asset Management

Investments@goam.de

Gothaer Comf.Bal.	€	124,09 / 119,31	0,90		12,25
Gothaer Comf.Dyn.	€	118,33 / 112,70	0,49		8,67
Gothaer Comf.Ert.	€	117,78 / 114,35	1,39		6,65
Gothaer Euro-CashA	€*	106,44 / 106,44	**3,15**		0,00
Gothaer Euro-Rent	€*	57,68 / 55,46	**0,45**		0,00
Gothaer Global	€	63,50 / 61,06	**0,28**		-0,43

Gutmann Kapitalgesellschaft

PRIME Val Growth T	€	125,90 / 119,85	**0,12**		10,67
Prime Values Inc T	€	142,60 / 135,75	**1,23**		5,97

HANSAINVEST

4Q-SMART POWER	€	51,03 / 48,60	0,00		12,41
4Q-Spec.Inc.CHF R	F	108,59 / 103,42	0,76		2,53
4Q-Spec.Inc.EUR I	€	103,47 / 103,47	0,67		2,71
4Q-Spec.Inc.EUR R	€	108,02 / 102,88	0,74		2,42
antea	€	76,92 / 73,26	**1,19**		19,68
ARTUS Europa Core	€	50,06 / 47,68	0,00		0,16
ARTUS GlobalSelect	€	40,79 / 38,85	0,00		-10,30
ARTUS MittelRentHI	€	47,66 / 46,27	0,00		5,43
ARTUS Welt Core	€	45,53 / 43,36	0,00		-0,05
C-Quad.ARTS TR FI.T	P	109,12 / 103,92	0,00		-0,26
C-Quad.ARTS TRFI A	€	99,13 / 94,41	0,00		0,12
D&R BoT Classic I	€	120,25 / 116,75	0,00		0,00
D&R BoT Classic P	€	115,67 / 110,16	0,00		0,00
D&R BoT Devisen	€	93,97 / 91,23	0,00		0,00
D&R BoT Optimix	€	121,31 / 115,53	0,00		-3,69
D&R BoT Wachstum	€	122,40 / 116,57	0,00		0,68
D&R KoStr Europa I	€	102,31 / 99,33	0,07		0,00
D&R KoStr Europa P	€	102,05 / 99,08	0,03		0,00
D&R Substanz	€	109,82 / 104,59	0,00		0,00
EURO ZINS PLUS	€	95,89 / 89,49	0,00		0,30
HANSA D&P	€	29,74 / 28,32	0,22		-83,25
HANSAaccura A	€	61,75 / 60,24	0,17		0,00
HANSAbalance A	€	66,95 / 64,69	0,25		0,17
HANSAcentro A	€	57,13 / 54,41	0,18		-0,62
HANSAdynamic A	€	42,96 / 40,91	0,05		-1,34
HANSAeuropa	€	37,81 / 36,01	0,00		-73,69
HANSAgarant 2013	€	109,57 / 105,36	10,49		0,00
HANSAgeldmarkt	€	50,79 / 50,54	**0,47**		0,00
HANSAgold USD	$	87,83 / 84,45	3,47		4,37
HANSAimmobilia	€*	47,12 / 44,88	0,38		1,51
HANSAinternat. A	€	20,79 / 20,09	1,00		0,00
HANSArenta	€	24,88 / 24,04	0,83		0,00
HANSAsecur	€	32,39 / 30,85	0,00		36,70
HANSAsmart SelectE	€	68,85 / 65,57	0,00		24,03
HANSAzins	€	25,42 / 25,17	0,53		0,00
HI Topselect D	€	44,84 / 42,70	0,02		1,30
HI Topselect W	€	56,99 / 54,28	0,12		0,68
HI ZertGlobal D&P	€	33,72 / 32,11	0,04		-8,78
Konz. Europa plus	€	14,72 / 14,43	0,00		33,81
Konz. privat	€	44,58 / 43,71	0,43		-17,08
Konz. Pro-Select	€	18,15 / 17,79	0,00		-96,60
SI BestSelect	€	87,17 / 83,02	0,00		-92,07
SI SafeInvest	€	87,62 / 82,66	0,00		-0,36

HANSAINVEST LUX S.A.

BH Neelm. Aktstrat	€	107,86 / 104,72	**2,37**		-5,30
Interbond	€	88,12 / 85,14	**0,65**		0,00

HAUCK & AUFHÄUSER INVESTMENT GESELLSCHAFT S.A.

www.haig.lu

Fairassetman.Caut.	€	86,55 / 84,85	**0,05**		-6,05
H&A Lux Wandel	€	74,73 / 72,55	**0,00**		5,72
H&A Lux Wandel CI	€	55,54 / 53,92	**0,90**		-2,19
HAIG Eq.Val. Inv.B	€	64,88 / 61,79	**0,00**		28,22
HAIG MB Flex Plus	€	57,04 / 56,48	**1,36**		-0,08
HAIG MB Max Global	€	58,65 / 55,86	**0,00**		19,48
HAIG MB Max Value	€	116,07 / 110,54	**0,00**		31,97
HAIG MB S Plus	€	116,27 / 110,73	**0,00**		16,75
HAIG Return Global	€	181,73 / 181,73	**0,04**		49,15
HAIG Untern.fds I A	€	197,16 / 187,77	**0,00**		49,80
HAIG Untern.fds I B	€	103,96 / 99,01	**0,00**		3,24

Henderson GLOBAL INVESTORS

www.henderson.com I Telefon: +49 69 714005-0

Gartm.ContEurRÉAcc	€*	6,66 / 6,34	0,00	0,23	13,21
Gartm.EmergMaRÉAccE	€*	11,38 / 10,84	0,00	0,07	50,88
Gartm.GlobFocRÉAcc	€*	7,31 / 6,96	0,00	0,12	25,66
Gartm.LatAm RÉAcc	€*	18,50 / 17,62	0,00	0,22	43,04

HSBC Trinkaus Investment Managers

Glb Inv Dollar Mi.	$*	170,20 / 166,86	**19,20**	26,17	11,29
Glb Inv Euro Bonds	€*	138,73 / 136,01	**3,68**	17,44	-1,60
Glb Inv h.-y.Gov.	$*	248,13 / 240,90	**8,60**	46,34	0,00
Global Strategy	€*	80,28 / 76,46	**3,54**	6,25	2,40
Golden Opportunit.	$*	133,81 / 129,91	**0,00**		-13,58
Mecam Fds-GI Sel.B	€*	116,09 / 116,09	**0,04**	0,00	14,84

hwb-fonds.com
Telefon: +49 651 1704 301

HWB Alex.Str.Ptf R	€*	56,15 / 53,48	**0,00**		-67,29
HWB Alex.Str.Ptf V	€*	56,14 / 53,47	**0,00**		-62,65
HWB DfdsV.V.Vici R	€*	43,97 / 42,69	**0,00**		-54,45
HWB DfdsV.V.Vici V	€*	43,97 / 42,69	**0,00**		-54,39
HWB Europe Pf.	€*	5,03 / 4,79	0,00	0,00	25,81
HWB Gold&Silber+ R	€*	15,65 / 15,19	**0,00**		50,38
HWB Gold&Silber+ V	€*	15,65 / 15,19	**0,00**		60,38
HWB Inter.Pf.	€*	4,34 / 4,13	**0,00**	0,00	33,22
HWB Pf. Ex.Plus R	€*	63,69 / 60,66	**0,00**		-10,68
HWB Pf. Ex.Plus V	€*	63,69 / 60,66	**0,00**		-11,30
HWB Pf. Plus CHF	F*	51,26 / 48,82	**0,04**		-12,33
HWB Pf. Plus R	€*	66,91 / 63,72	**0,00**		48,71
HWB Pf. Plus V	€*	66,91 / 63,72	**0,00**		44,94
HWB QuoVadis R	€*	35,28 / 33,60	**0,00**		-28,03
HWB QuoVadis V	€*	35,28 / 33,60	**0,04**		-25,43
HWB RentenPf.+ R	€*	51,05 / 49,32	**0,00**		1,70
HWB RentenPf.+ V	€*	51,05 / 49,32	**0,73**		0,25
HWB Sachw. Plus R	€*	77,84 / 75,57	**0,00**		21,49
HWB Sachw. Plus V	€*	77,77 / 75,50	**0,00**		21,51
HWB Special Pf.	€*	5,30 / 5,05	**0,00**	0,00	47,61
HWB Vict.Str.Pf. R	€*	964,35 / 918,43	**0,00**		-10,90
HWB Vict.Str.Pf. V	€*	964,37 / 918,45	**0,00**		-28,22

iii-investments

INTER ImmoProfil	€	56,19 / 53,51	**0,00**		-0,53

IFM Independent Fund Management AG

ACATIS FV Akt.Gl.	€*	137,00 / 137,00	0,00	0,00	17,95

INKA Intern.Kapitalanlageges.

Aktien Welt	€*	34,82 / 33,16	**0,00**		-14,47
Antecedo Euro Eq	€*	115,21 / 111,85	**0,00**		0,67
Antecedo Ind.Inv.A	€*	148,50 / 144,17	**0,54**		0,00
AR Inter	€*	94,00 / 90,82	**0,00**		-17,49
DuoPlus	€*	58,50 / 55,71	**0,00**		3,29
EMCORE TOBa I	€*	105,75 / 105,75	**1,21**		-3,62
EMCORE TOBa R	€*	104,15 / 104,15	**0,66**		-3,67
GET-Capital Ren.1	€*	10,83 / 10,31	**0,00**		4,77
HiYld Spez INKA	€*	11975 / 11405	**249,81**		0,05
INKA Ret.Strat. +	€*	1019 / 989,15	**0,00**		12,17
INKA Tertius	€*	1138 / 1064	**0,00**		-12,22
Rendite Strateg.PI	€*	1132 / 1099	**12,69**		0,00
StSk. Üb. Abs. Ret.	€*	125,55 / 119,57	**1,93**		5,86
ToB-Portfolio INKA	€*	124,97 / 116,79	**2,74**		2,52
Val. Select Europe	€*	54,01 / 51,44	**0,00**		-37,09

International Fund Management S.A. Lux.

1822 Str.Cha.PI.	€	77,34 / 74,37	0,00	0,00	26,63
1822 Str.Chance	€	62,76 / 60,64	0,17	0,00	18,58
1822 Str.Ert.PI.	€	51,01 / 49,77	0,67	0,00	1,75
1822 Str.Wachstum	€	57,35 / 55,68	0,64	0,00	5,89
1822-Struk. Ertrag	€	48,45 / 47,50	0,84	0,00	0,46
2-Chancen Garant	€	101,64 / 98,20	0,00	0,00	0,00
Deka:DeutschlGara3	€	/ 107,68	0,90	1,29	0,00
EuroProtect 8/2013	€	99,43 / 96,07	0,00	0,00	0,00
Haspa TrendKonzept	€	100,68 / 96,81	0,81	0,00	1,06
HMI Chance	€	48,70 / 47,28	0,31	0,05	18,75
HMI Chance+	€	43,20 / 41,74	0,26	0,00	-2,31
HMI Ertrag+	€	38,92 / 38,16	0,60	0,00	2,89
HMI Wachstum	€	43,26 / 42,20	0,50	0,00	6,92
Köln.Str.Chance	€	47,30 / 46,37	0,33	0,00	22,33
Köln Str.Ertrag	€	48,39 / 47,44	0,65	0,00	0,53
Köln Str.Wachstum	€	46,99 / 46,07	0,55	0,00	6,68
KölnStr.ChancePlus	€	32,66 / 32,02	0,04	0,00	30,88
LBBW Bal. CR 20	€	42,30 / 41,47	0,55	0,00	8,39
LBBW Bal. CR 40	€	43,17 / 42,32	0,45	0,00	16,11
LBBW Bal. CR 75	€	43,16 / 42,31	0,18	0,00	26,67
Naspa Str.Chan.PI.	€	63,68 / 62,43	0,40	0,00	22,35
Naspa Str.Chance	€	40,28 / 39,49	0,23	0,00	22,92
Naspa Str.Ertrag	€	48,22 / 47,27	0,80	0,00	2,65
Naspa Str.Wachstum	€	45,51 / 44,62	0,69	0,00	15,73

Invesco

www.de.invesco.com I Tel. (069) 29 807 800

Abs.Ret.Bond A	€	2,95 / 2,80	**0,13**	1,97	0,00
ASEAN Equity A	$	112,04 / 106,45	**0,00**	0,00	56,01
Asia Cons Dem A	$	13,46 / 12,79	**0,00**	0,05	21,09
Asia Infrastruct A	$	15,29 / 14,53	**0,00**	0,27	35,55
Asia Opport.Eq A	$	102,97 / 97,83	**0,00**	2,95	56,97
Asian Bond A	$	11,39 / 10,82	**0,03**		
Asian Equity A	$	6,30 / 5,99	**0,00**	0,05	67,72
Bal Risk Alloc A	€	15,15 / 14,39	**0,38**	0,00	-0,42
Bond A	$	30,35 / 28,84	**0,16**	0,00	0,00
Cap.Shield 90(€) A	€	12,31 / 11,70	**0,00**	1,59	0,00
Cap.Shield 90(€) C	€	12,84 / 12,20	**0,00**	1,71	0,00
China Focus Eq A	$	13,45 / 12,78	**0,00**		21,77
Con.Eur.SmCap Eq A	$	155,46 / 147,71	**0,00**	1,30	68,73
Cont.Europ.Eq A	€	5,89 / 5,60	**0,00**	0,00	31,21
Em Mkt Corp.Bd A	$	11,92 / 11,32	**0,02**	0,00	0,00
Em Mkt Quant Eq A	$	13,02 / 12,37	**0,00**	0,06	19,10
Emerg.Europe Eq A	$	12,04 / 11,44	**0,00**	0,41	50,96
Emerg.Loc.Cur.Db A	$	17,28 / 16,42	**0,69**	1,82	0,00
Emerg.Markets Eq A	$	40,28 / 38,27	**0,00**	0,67	67,51
Energy A	$	25,77 / 24,48	**0,00**	0,06	70,62
Euro Corp.Bd A	€	16,44 / 15,62	**0,56**	1,56	0,00
Euro Infl-Lkd Bd A	€	15,99 / 15,20	**1,02**	2,75	0,00
Euro Sh.Term Bd A	€	11,10 / 10,55	**0,31**	0,00	0,00
Europ.Growth Eq A	€	18,37 / 17,45	**0,00**	1,30	40,24
European Bd A	€	6,22 / 5,91	**0,27**	2,02	0,00
Gbl Inv Gr CorBd A	$	12,07 / 11,47	**0,44**	0,00	0,00
Gilt A	£	14,75 / 14,01	**0,04**	0,12	0,00
Gl.Bond A	$	6,04 / 5,74	**0,07**	0,13	0,00
Gl.Eq.Income A	$	50,31 / 47,80	**0,00**	0,00	20,72
Gl.HealthCare A	$	87,25 / 82,90	**0,00**	0,44	49,84
Gl.High Income A	$	14,64 / 13,91	**0,11**	0,00	-0,86
Gl.Leisure A	$	24,48 / 23,26	**0,00**	0,22	48,45
Gl.RealEstSe A Hdg	€	10,88 / 10,55	**0,00**	0,84	-4,40
Gl.Select Eq A	$	11,80 / 11,21	**0,00**	0,15	42,95
Gl.SmCap Eq A	$	102,15 / 97,05	**0,00**	4,29	56,55
Gl.SmComp Eq A	$	42,86 / 40,72	**0,00**	0,00	19,67
Gl.Structured Eq A	$	34,95 / 33,21	**0,00**	0,08	-5,58
Gl.Technology A	$	12,11 / 11,51	**0,00**	0,76	49,71
Gold & Prec Met A	$	9,55 / 9,07	**0,02**	0,00	-8,74
Greater China Eq A	$	39,32 / 37,36	**0,00**	1,93	70,22
India Equity A	$	41,06 / 39,01	**0,00**	0,07	21,89
Japan. Eq.Advtg A	¥	2280 / 2166	**0,00**	0,00	20,72
Japanese Eq A	$	15,83 / 15,04	**0,00**	2,36	-9,02
Japanese Eq Core A	$	1,48 / 1,41	**0,00**	0,01	36,66
Japanese Val.Equ A	¥	767,00 / 728,00	**0,00**	0,00	13,83
Korean Eq A	$	24,71 / 23,48	**0,00**	0,01	79,65
Latin Americ Eq A	$	11,65 / 11,07	**0,00**	0,00	7,83
Nipp.SmMdCp Eq A	¥	576,00 / 548,00	**0,00**	0,00	-16,85
Pacific Eq A	$	43,17 / 41,02	**

Sommerreifen im Schnee: Die Pannenserie der Lakers

Starensemble um Kobe Bryant findet keinen Rhythmus

FRANKFURT. Ervin Johnson hatte genug. Johnson, Spitzname „Magic“, in den Achtzigern fünfmaliger NBA-Meister mit den Los Angeles Lakers und heute heimlicher Klubpatron, hatte sich zwei Viertel lang angeschaut, wie die Lakers am Freitag den Oklahoma City Thunder hinterhergehechelt waren. Dann klagte er im Sportsender „ESPN“: „Es ist vorbei für meine Lakers. Keine Play-offs!“

Die Hauptrunde der National Basketball Association (NBA) ist zur Hälfte vorüber, und schon jetzt ist klar: Es steht schlecht um die Los Angeles Lakers. Von 37 Spielen haben sie 21 verloren, in den vergangenen zwei Wochen allein sechs in Serie. Am Sonntag gewannen die Lakers zwar 113:93 gegen die Cleveland Cavaliers, eine Play-off-Teilnahme ist also noch möglich, aber ungewiss. Was vor allem deshalb überrascht, weil der berühmte Klub vor der Saison eines fest eingeplant hatte: das Play-off-Finale, mindestens.

Vor Beginn der Spielzeit erschien dieses Ziel noch realistisch. Sportdirektor Mitch Kupchak hatte sich Steve Nash von den Phoenix Suns geschnappt, einen der besten Aufbauspieler der Liga. Außerdem tauschte er den mittelmäßigen Center Andrew Bynum gegen Dwight Howard aus Orlando, „die größte defensive Macht der Liga“ (ESPN-Experte Brian Kamenetzky) und nebenbei einer der besten Spieler der NBA. Zusammen mit Metta World Peace, Pau Gasol und Kobe Bryant waren die Lakers plötzlich nicht mehr Außenseiter im Titelkampf, sondern Favorit.

Dann begann die Saison, und die Lakers verloren: nach acht von acht Vorbereitungsspielen vier von fünf Partien der Meisterschaft. Das neue Spielsystem, das Trainer Mike Brown vor der Saison einstudieren ließ, überforderte seine Spieler. Anfang November entließen die Lakers Brown. Als Ersatz wollten sie Altmeister Phil Jackson, den elfmaligen NBA-Meistertrainer mit Chicago und den Lakers verpflichten. Das glaubten jedenfalls Experten und Fans. Das glaubte auch Jackson, der bereits eifrig mit der Klubführung verhandelte. Doch kurz darauf präsentierte Sportdirektor Mitch Kupchak Mike D’Antoni. Jenen Trainer, der seine bisherigen Mannschaften ab und zu in die Play-offs geführt hatte, dort jedoch stets gescheitert war. D’Antonis Spielsystem passe besser zur Mannschaft, begründete die Klubführung den Schritt. Jackson, schrieb „ESPN“, war „fassungslos“ – wie die meisten Beobachter. Die Personaldebatte köchelte bis in die Weihnachtsfeiertage hinein: Zu diesem Zeitpunkt machte Jackson seiner langjährigen Freundin (erfolgreich) einen Heiratsantrag. Die Auserwählte ist Jeannie Buss, Tochter von Lakers-Eigentümer Jerry Buss, der Jackson bei der Trainersuche mit ausgebootet hatte.

Währenddessen versuchten Neu-Trainer D’Antoni und die Lakers, Spiele zu gewinnen. Es blieb meistens bei Versuchen. Spielmacher Steve Nash fand nur langsam seinen Rhythmus, nachdem er sich im zweiten Saisonspiel das Wadenbein gebrochen und mehrere Wochen gefehlt hatte. Als er zurückkehrte, konnte er das gewohnte Spiel der Lakers nicht aufziehen. Denn Center Dwight Howard hatte sich an der Schulter verletzt, spielte trotzdem weiter, verletzte sich wieder, fiel aus. Pau Gasol schmerzten die Sehnen in beiden Knien. Anfang Januar rammte Denvers JaVale McGee dem Spanier den Ellenbogen ins Gesicht – Gehirnerschütterung. D’Antoni flog den 23 Jahre alten Center Robert Sacre aus dem Farmteam der Lakers ein. Sacre war mit dem NBA-Tempo völlig überfordert. Es war, als hätte D’Antoni in einem Auto gesessen, bei dem hin- und wieder die Servolenkung ausfiel, während er mit Sommerreifen durch eine Winterlandschaft schlitterte.

Den vorläufigen Tiefpunkt erreichten die Lakers am 4. Januar gegen die Los Angeles Clippers – jene meist erfolglose Mannschaft, die sie in Los Angeles stets ignoriert hatten. Zu dem Zeitpunkt führten die Clippers die Western Conference an, auch, weil sie sich unterstützen, sich anfeuern, wenn ein Spielzug misslingt. Während des Spiels knickte Lakers-Forward Jordan Hill um und wand sich auf dem Boden. Von seinen Teamkameraden half ihm niemand. Nach dem Spiel, das die Clippers 107:102 gewannen, schimpfte Dwight Howard: „Wir müssen nicht beste Freunde sein. Aber wir müssen wenigstens so auftreten, als würden wir uns mögen.“ Teamkollege Kobe Bryant meldete sich einen Tag später via Twitter: „Ich mache mir Gedanken. Bin ich fertig? Wird meine Karriere so enden?“

Seit Sonntag dürfte Bryant zuversichtlicher gestimmt sein. Die Lakers schlugen die Cleveland Cavaliers 113:93. Nash und der genesene Howard harmonierten so, wie sie es sich bei den Lakers zu Saisonbeginn gewünscht hatten. Der Weg in die Play-offs ist trotzdem noch lang, wie Trainer D’Antoni verdeutlichte: „Das war ein Babyschritt. Aber es war ein Schritt.“ JOHANNES KNUTH

„Bin ich fertig?“: *Kobe Bryant* Foto Reuters

Spiel mit der Angst

Ein Tennisjahr ist schnell verdorben, wenn der Start bei den Australian Open schiefgeht. Angelique Kerber besteht die Nervenprüfung in Melbourne mit Bravour.

Von Peter Penders

Kraftvoller Auftakt: *Angelique Kerber gewinnt auch den Kampf gegen die eigene Aufregung.* Foto dpa

MELBOURNE. Wie gut, dass die Kollegen im vergangenen Jahr ein bisschen mit einem Boykott gedroht haben. Zumindest haben sie bei den Australian Open diesen Wink verstanden und nun vorsichtshalber die Preisgelder erhöht, vorzugsweise vor allem jene, die in den ersten beiden Runden ausgezahlt werden. In Zeiten der weltweit – wenn überhaupt – nur knappen Gehaltssprünge würde so mancher Arbeitnehmer mit dieser Steigerung ziemlich zufrieden sein: 27 600 Dollar erhält der Verlierer der ersten Runde nun, das sind ansprechende 32,7 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Denen da oben in der Tennis-Weltrangliste kann das natürlich egal sein, für die Arrivierten geht es in der ersten Runde um etwas anderes. Denen da unten aber ist damit durchaus gedient.

Es liegt in der Natur der Sache, dass in der ersten Runde eines Grand-Slam-Turniers zuweilen große Gegensätze aufeinanderprallen. Maria Scharapowa und Olga Puchkowa haben zwar auch eine Menge Gemeinsamkeiten – sie kommen beispielsweise beide aus Russland, sind jeweils 25 Jahre, und wenn man sie als attraktiv beschreiben würde, müsste man nicht viel Widerspruch befürchten. Trotzdem aber trennen sie nicht nur 105 Plätze in der Rangliste, sondern ganze Welten. „Das war so ein Tag, an dem ich mir keine Gedanken über die Gegnerin gemacht habe“, sagte Maria Scharapowa, und viel wäre es ja auch ohnehin nicht gewesen, was die Weltranglistenzweite in diesen insgesamt 55 Minuten überhaupt hätte beschäftigen können. Sie gewann 6:0 und 6:0 und dass gerade in den ersten Runden das Preisgeld enorm gestiegen ist, dürfte sie nicht besonders interessiert haben. Für ihre Landsfrau war die „Brille“, wie die Tennisspieler ein solches Ergebnis nennen, zwar ärgerlich, aber immerhin eine lohnenswerte Sache. Ein Minutenlohn von 501,81 Dollar kann sich schließlich sehen lassen.

Erfahrung mit diesem Ergebnis haben übrigens beide, und das natürlich auch wieder aus gegensätzlichen Richtungen. Für Maria Scharapowa schloss sich am Montag ein Kreis, sie hat nun den Karriere-Grand-Slam an 6:0-, 6:0-Ergebnissen erreicht. Und Olga Puchkowa ist gerade erst eine besondere Rekordmarke losgeworden. Vor sieben Jahren hatte sie in Quebec City im Finale die „Brille“ von Marion Bartoli verpasst bekommen. Das war für lange Zeit das letzte 0:6 und 0:6 in einem Endspiel auf der WTA-Tour geblieben, bis am Sonntag der Tschechin Dominika Cibulkowa in Sydney kein Spielgewinn gegen Agnieszka Radwanska gelingen wollte. Viel Aufhebens um ihren makellosen Erfolg wollte Maria Scharapowa nicht machen. „Es ist wie ein 7:6 im dritten Satz ein Sieg, mehr nicht“, sagte sie. Könnte sie wählen, würde sie wohl trotzdem die einfachere Variante bevorzugen, denn für die Favoriten gibt es in der ersten Runde schließlich nur drei Arten von möglichen Partien: Die Niederlage, was nachweislich die schlechteste Möglichkeit darstellt, den Erfolg der Marke „Augen zu und Hauptsache durch“ und den glatten, kraftsparenden Sieg.

Nicht alle Favoriten rauschten dabei so durch das Auftaktprogramm wie Venus Williams (6:0, 6:1) oder siegten wie Novak Djokovic problemloser, als es das Ergebnis aussagte (6:2, 6:4, 7:5). Was manchmal nämlich ein wenig lähmt, ist die Angst, es könnte trotz aller guten Vorsätze schiefgehen, und das nach dieser langen Vorbereitung. So ein Tennisjahr ist ja schnell verdorben, wenn schon der Start gleich in die Hose geht. Julia Görges, an Nummer 18 gesetzt, war fast wie erwartet ein guter Kandidat für all die Höhen und Tiefen, die in einer Erstrundenpartie lauern können. Total verkrampft sei sie gewesen, sagte sie, und was sie habe spielen sollen, sei ihr erst in den letzten beiden Spielen gelungen. Das reichte immerhin zum 7:5, 2:6 und 6:4 über die Qualifikantin Vera Duschewina. „Die Nerven machen einem manchmal einen Strich durch die Rechnung“, sagte die Bad Oldesloerin, „und dann kann man nicht so gut spielen, wie man eigentlich wollte.“ Das trägt naturgemäß nicht zu einer Beruhigung bei, führt aber zu interessanten Wahrnehmungsfehlern. „Ich glaube, ich habe in der gesamten Partie nicht einmal geatmet“, sagte Julia Görges. Wie unterschiedlich je nach Sichtweise die Herangehensweise an ein solches Erstrundenspiel ist, weiß Angelique Kerber ganz genau. Es ist noch nicht so lange her, dass für sie jeder Sieg bei einem Grand-Slam-Turnier die wirtschaftliche Basis für die nächsten Monate darstellte. Mittlerweile ist sie in der Eliteabteilung der Weltrangliste angekommen, und als Fünfte der Setzliste nun auserkoren, möglichst weit im Turnier zu kommen. „Das ist eine neue Situation für mich, ganz anders als vor zwei Jahren“, sagte die Kielerin, die beim 6:2 und 6:4 gegen die Ukrainerin Elina Switolina den Kampf gegen die eigene Aufregung, eine unbekannte Gegnerin und vor allem gegen den Wind trotz einiger Aussetzer bestand. Dass dabei noch Luft nach oben blieb – geschenkt und ohne Bedeutung, wie Maria Scharapowa befand: „Ein Sieg ist ein Sieg.“ Und vor allem sind 27 600 Dollar ja auch kein schlechter Trost. Mona Barthel aus Neumünster, die als einzige der gesetzten Spielerinnen durch ein 5:7, 6:2 und 4:6 gegen die Kasachin Xenia Perwak ausschied, hätte sich sicher auch lieber irgendwie „durchgewurschtelt“.

„World Series“ für Behinderte

Paralympisches Komitee plant neue Wettkämpfe

camp. FRANKFURT. Es wäre so etwas wie die Diamond League des Behindertensports: Das Internationale Paralympische Komitee (IPC) will noch in diesem Jahr eine Serie von Leichtathletik-Meetings an verschiedenen Standorten weltweit für körperbehinderte Athleten ins Leben rufen. Das IPC bestätigte entsprechende Pläne, über die am Sonntag die englische Zeitung „The Independent“ berichtet hatte.

„Nach dem Erfolg der Paralympics 2012 in London prüft das IPC, wie es eine Reihe hochkarätiger Meetings veranstalten kann, um vom gestiegenen weltweiten Interesse zu profitieren und den Athleten mehr Wettkampfmöglichkeiten zu eröffnen“, hieß es in einer Mitteilung des paralympischen Dachverbands. Zwar betonte das IPC, dass – anders als vom „Independent“ berichtet – noch nichts entschieden oder unterschrieben sei; beim Berliner Behinderten-Sportverband (BSB) indes spricht man bereits von einem unterzeichneten Vertrag mit dem IPC, wonach die Internationalen Deutschen Meisterschaften vom 14. bis zum 16. Juni im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark eine Etappe der Meeting-Serie sein werden. Nach den Worten von Ralf Otto, BSB-Vizepräsident und Abteilungsleiter Leichtathletik beim Deutschen Behindertensportverband, soll das Projekt mit dem Namen „World Series“ in diesem Sommer ein Testlauf sein – und im nächsten Jahr dann womöglich ein fester Bestandteil des paralympischen Sports werden. „Das ist eine sehr gute Sache für den Behindertensport“, sagte Otto und verwies vor allem auf den Nutzen für die Sportler, die sich – anders als bislang – auf einen regelmäßigen und verlässlichen Wettkampfkalender einstellen könnten. Es sei ein Indiz für die Professionalisierung des Behindertensports, sagte Otto. „Das ist logischerweise die Zukunft, auch in unserem Sport.“ Um Prämien oder gar Antrittsgelder hingegen gehe es noch nicht.

Nach dem Bericht des „Independent“, der sich auf Sophia Warner, Paralympics-Teilnehmerin von 2012 und jetzt Direktorin im britischen Leichtathletikverband, beruft, stehen für 2013 acht Meetings auf der Agenda, das erste davon im April. Das Finale soll in England stattfinden.

Sport in Ergebnissen

Tennis, Australian Open (23,91 Mio. Euro/Hart), Herren, Einzel: 1. Runde: Kamke (Lübeck) – Cipolla (Italien) 6:1, 6:4, 6:1, Wawrinka (Schweiz) – Stebe (Vaihingen/Enz) 6:2, 6:4, 6:3, Rufin (Frankreich) – Reister (Reinbek) 4:6, 7:6 (7:4), 6:1, 6:2, Devvarman (Indien) - Phau (Weilerswist) 6:3, 6:2, 6:3, Novak Djokovic (Serbien) – Mathieu (Frankreich) 6:2, 6:4, 7:5, Ferrer (Spanien) – Rochus (Belgien) 6:3, 6:4, 6:2, Berdych (Tschechien) – Russell (USA) 6:3, 7:5, 6:3, Tipsarevic (Serbien) – Hewitt (Australien) 7:6 (7:4), 7:5, 6:3, Almagro (Spanien) – Johnson (USA) 7:5, 6:7 (4:7), 6:2, 6:7 (6:8), 6:2, Kusnezow (Russland) – Monaco (Argentinien) 7:6 (7:3), 6:1, 6:1. Damen: Kerber (Kiel) – Switolina (Ukraine) 6:2, 6:4, Görges (Bad Oldesloe) – Duschewina (Russland) 7:5, 2:6, 6:4, Perwak (Kasachstan) – Barthel (Neumünster) 7:5, 2:6, 6:4, Scharapowa (Russland) – Putschkowa (Russland) 6:0, 6:0, Radwanska (Polen) – Bobusic (Australien) 7:5, 6:0, Li Na (China) – Karatantschewa (Kasachstan) 6:1, 6:3, Stosur (Australien) – Kai-Chen (Taiwan) 7:6 (7:3), 6:3, Venus Williams (USA) – Woskobojewa (Kasachstan) 6:1, 6:0.

Eine Weltumseglung als Trostspender

Die französischen Starter sind bei der Vendée Globe Medienstars – und eine Ablenkung von der Wirtschaftskrise

PARIS. Am Fuße des größten Hochhauses von Paris toben derzeit jeden Mittag die Ozeane – und mitten aus dem Geschehen berichten die Männer von ihrem Kampf mit den Naturgewalten. In einem provisorisch errichteten Container-Gebäude am Tour Montparnasse gibt gegen 12.30 Uhr regelmäßig eine Handvoll Skipper über große Bildschirme und Lautsprecher Einblicke in ihr Abenteuer namens Vendée Globe, der Solo-Weltumseglung und schwersten Segelregatta der Welt. Schulklassen, Segelfans, Passanten lauschen und staunen, wenn die „live“ zugeschalteten Skipper erzählen von ihren jüngsten Strapazen, von der Schönheit und den Schrecken der Meere, dem Wetter oder der vergangenen Nacht. Auf ihrer Weltumseglung im Alleingang sind die Segler seit bald 70 Tagen unterwegs. Der Sieger wird voraussichtlich in weniger als 80 Tagen das Ziel im französischen Les Sables d’Olonne erreichen. Befeuert wird das Interesse vom Geschehen auf dem Wasser: In Führung liegen nämlich drei Franzosen. Ganz vorne befindet sich der mit 29 Jahren jüngste Starter, Francois Gabart, mit etwa 480 Kilometer Vorsprung vor Armel Le Cléac’h und Jean-Pierre Dick. Sie alle durchqueren auf dem Heimweg nach Frankreich gerade den Atlantik in Höhe der brasilianischen Stadt Recife.

Die nur alle vier Jahre stattfindende Regatta ist für die Franzosen mehr als eine Sportveranstaltung; sie gilt als eines der letzten großen Abenteuer des 21. Jahrhunderts. „Die Vendée Globe hat einen riesigen Fanklub bekommen. Vor einigen Jahren noch war das undenkbar“, sagt Regatta-Direktor Denis Horeau. Alleine ohne Anhalten und Hilfe von außen um die Welt zu segeln – das zu beobachten spendet nach Ansicht der Veranstalter in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und trüber wirtschaftlicher Aussichten Trost und Ablenkung. „Durch die Vendée Globe können die Franzosen für eine Weile dem tristen Alltag entkommen“, sagt Antoine Robin, Kommunikationschef der Organisatoren.

Daher hat das Interesse in diesem Jahr neue Höhepunkte erreicht. In den drei Wochen vor dem Start besuchten eine Million Menschen – ein Drittel mehr als vor vier Jahren – den Hafen des Städtchens Les Sables d’Olonne, wo die Boote lagen und sich die Skipper blicken ließen. Die besten Hochseesegler sind in Frankreich Medienstars. Jedes Kind kennt Eric Tabarly, den 1998 verstorbenen, legendären Seemann, der Frankreich zu einer großen Sportnation der Weltmeere machte. Heute befinden sich unter den fünfzig populärsten Sportlern laut Umfragen drei Segler: Michel Desjoyeaux (der die Vendée Globe zweimal gewann), Loïk Perron (dreimaliger Sieger der Transat-Regatta) sowie Franck Cammas (Sieger des Volvo Ocean Race 2012). Entsprechend voll sind die Sportteile der Zeitungen und die Fernsehnachrichten mit Berichten über Segelregatten.

In diesem Jahr indes ist das Internet der Vertriebsweg Nummer eins. Bis Anfang Januar wurde die Internetseite der Vendée Globe mehr als sechs Millionen Mal aufgerufen und ist damit eine der gefragtesten Internetseiten Frankreichs. Eine „App“ für das mobile Miterleben haben Handybesitzer fast 270 000 Mal heruntergeladen.

Die Seglernation Frankreich, die im europäischen Vergleich derzeit nur in Großbritannien einen ebenbürtigen Rivalen haben dürfte, ist bei der Vendée Globe so richtig in ihrem Element. Mit einer ganzen Mannschaft eine genau abgesteckte Strecke abzusegeln – das liegt den Franzosen nicht. Sie begeben sich am liebsten alleine auf die großen Distanzen, mindestens die Überquerung des Atlantiks. Im America’s Cup etwa sind die Franzosen die großen Abwesenden. Das liegt nicht nur an den riesigen Budgets mit bis zu dreistelligen Millionen-Summen pro Boot; selbst der staatliche Nuklearkonzern Areva strich daher vor einigen Jahren als Sponsor die Segel und wechselte zur Leichtathletik. Die Begeisterung der französischen Segler für die Vendée Globe geht auch auf ihre Mentalität als Individualisten zurück. „Franzosen haben in der Tendenz Schwierigkeiten, sich in eine Mannschaft zu integrieren“, sagt Robin. „Und wenn sie an einem Mannschaftswettbewerb teilnehmen, heißt es oft, dass es mit der Chemie im Team schwierig war.“

Die Veranstalter der Vendée Globe mühen sich redlich, das Rennen weniger französisch zu machen. Von den 20 angetretenen Skippern stammen sechs aus dem Ausland, das Interesse der Öffentlichkeit ist daher auch international. Die Veranstalter hätten gerne den deutschen Hochseesegler Boris Herrmann verpflichtet, doch der sprang ab, weil nicht genügend Sponsoren mitzogen.

Die Wirtschaftskrise hat Spuren hinterlassen. Die Kosten für die Finanzierung eines Teilnehmers liegen bei anderen Segelwettbewerben und Sportarten zwar höher; über vier Jahre jeweils 2,5 Millionen Euro im Jahr gilt als typisches Budget für Spitzenteams. Doch die Aufmerksamkeit reduziert sich dann alleine auf die kurze, dreimonatige Weltumseglung. Zudem wollen sich in Krisenzeiten einige Firmen nicht mit einem vermeintlichen „Sport der Reichen“ schmücken. „Dieses Image hat das Segeln“, räumt Regatta-Direktor Horeau ein. In diesem Jahr ging mit zwanzig Booten ein Drittel weniger Teams an den Start als 2008. „Doch immerhin, ein Jahr zuvor hätten wir mit kaum mehr als der Hälfte gerechnet“, sagt Regatta-Sprecher Robin.

CHRISTIAN SCHUBERT

Einsamer Solist: *François Gabart gehört zu den französischen Mutmachern.* Foto AFP

Barça nahe der Perfektion

Das 3:1 in Málaga beschert einen neuen Startrekord

BARCELONA (dpa). Der FC Barcelona hat den eigenen Ligarekord unter dem früheren Erfolgstrainer Josep Guardiola gebrochen. Durch das 3:1 am Sonntagabend beim FC Málaga schlossen Lionel Messi und seine Mitspieler die Hinrunde mit der besten Bilanz in der 84-jährigen Historie der spanischen Fußball-Liga ab. Die noch ungeschlagenen Katalanen gewannen 18 von 19 Spielen, spielten einmal remis (2:2 gegen Real Madrid) und erreichten 55 von 57 möglichen Punkten. Die bisherige Bestmarke, die Barça vor zwei Jahren mit Guardiola aufgestellt hatte, verbesserten sie um zwei Punkte. Nebenbei überboten die Spieler eine weitere Leistung, die 70 Jahre lang Bestand hatte: Sie schossen in 37 Punktspielen nacheinander jeweils wenigstens ein Tor. Den bisherigen Rekord (36 Spiele in Serie) hatte Barça in der Saison 1942/43 aufgestellt. Das Team von Trainer Tito Vilanova glänzt jedoch nicht nur mit Zahlen und Statistiken. Nach der Partie beim FC Málaga, einer der stärksten Mannschaften der Liga, schwärmte sogar der Gegner: „Bei dem Spiel, das Barça aufzog, hätte ich am liebsten Beifall geklatscht“, sagte Málagas Abwehrchef Martín Demichelis ein. Der frühere Profi des FC Bayern kommandiert in Málaga die beste Abwehr der Liga, bei den Treffern von Lionel Messi (27. Minute), Cesc Fàbregas (50.) und Thiago (83.) waren der Argentinier und seine Nebenleute aber machtlos. Titelverteidiger Real Madrid liegt bereits 18 Punkte hinter Barça zurück und dürfte im Titelkampf kaum noch eine Rolle spielen.

Kein freies Spiel für Kubaner

HAVANNA (AFP). Die Reisefreiheit in Kuba wird nicht in vollem Umfang für Spitzensportler gelten. Das geht aus dem am Montag in Kraft getretenen Gesetz hervor. Zwar dürfen die über 18 Jahre alten Bürger, die im Besitz eines umgerechnet 76 Euro kostenden Reisepasses sind, grundsätzlich ohne Folgen für zwei Jahres ins Ausland reisen. Für Kubaner mit Berufen, die eine hohe Qualifikation verlangen, gelten allerdings Beschränkungen. Zu dieser Gruppe werden auch hervorragende Athleten gezählt. In den vergangenen Jahrzehnten hatten sich immer wieder Sportler bei Wettkämpfen im Ausland abgesetzt.

Sport in Kürze

Zu wenig Unterschriften

In der Debatte um eine Olympia-Bewerbung Münchens für 2022 haben die Initiatoren eines Bürgerbegehrens die Marke der nötigen 35 000 Stimmen zunächst verfehlt. Einen Tag vor Ablauf der selbstgesetzten Frist hat das Team um den Münchner Stadtrat und Olympia-Verfechter Mario Schmidbauer bislang erst weniger als 10 000 Unterschriften von Bewerbungsbefürwortern gesammelt, wie der CSU-Politiker am Montag bestätigte. „Logistische Probleme“ machte Schmidbauer hauptsächlich dafür verantwortlich. Ans Aufgeben denkt er nicht, stattdessen soll die Frist nun verlängert werden. „Erst mal bis zum 30. Januar, dann schauen wir weiter“, sagte er. (dpa)

Fandel fordert mehr Respekt

Herbert Fandel hat die Bundesliga zu einem vorbildlichen Verhalten gegenüber Unparteiischen aufgefordert, um das Nachwuchsproblem nicht zu verstärken. „Der Schiedsrichterschwund ist ein wichtiges Thema, das verstärkt auf uns zukommt“, sagte der Vorsitzende der Schiedsrichter-Kommission im Deutschen Fußball-Bund. „Schiedsrichter gehen schnell wieder von der Fahne, wenn sie merken, in welchem Umfeld sie ihre Arbeit verrichten müssen.“ Die Bundesliga sei eine Art Schaufenster. „Wer darin tätig ist, ob Schiedsrichter, Spieler oder Trainer, muss sich im Klaren sein, dass sein Verhalten Auswirkungen hat auf diejenigen, die in dieses Schaufenster hineinschauen“, sagte der frühere Referee dem „Kicker“. (dpa)

Restle-Apel gesperrt

Langstreckenläuferin Simret Restle-Apel ist vom Deutschen Sportschiedsgericht in Köln für zwei Jahre wegen Dopings gesperrt worden. Die Nationale Antidoping–Agentur hatte die Leichtathletin vom PSV Grün-Weiß Kassel mit einer im Mai 2012 genommenen Probe der Einnahme des verbotenen Blutdopingmittels Erythropoietin überführt. Restle-Apel hatte gegenüber dieser Zeitung ihre Unschuld behauptet und erklärt, dass sie Blutungen im Unterleib gehabt und deshalb bei Verwandten Spritzen aus dem Kühlschrank genommen habe, die sie für Vitamine gehalten hatte. (re.)

Auf der Suche nach dem Erfolg: *Trainer Heuberger steht bei der WM gehörig unter Druck.* Foto dpa

Zielscheibe der Zweifler

Kritiker sagen, dass Bundestrainer Martin Heuberger überfordert sei – auch derzeit bei der Handball-WM in Spanien. Er reagiert mit demonstrativer Ruhe, einige Spieler reagieren mit Unverständnis.

Von Erik Eggers

GRANOLLERS. Diese Hände. Zittern sie? Sie suchen jedenfalls sichtlich Halt. Sie wandern unruhig hin und her, sie wandern nach hinten, sie wandern nach vorn, während die deutsche Nationalhymne ertönt. Die Hände von Martin Heuberger belegen, mit welch großem Stress die Partien der deutschen Handball-Nationalmannschaft bei der WM in Spanien für den Bundestrainer verbunden sind. Auch sind viele Bewegungen des 48-Jährigen ungelenk, wirken fahrig, nervös. „Natürlich steht Martin hier gehörig unter Druck“, sagt Horst Bredemeier, der Vizepräsident Leistungssport im Deutschen Handballbund (DHB). „Auch wenn er weiß, dass man mit dieser Mannschaft nicht ganz vorn angreifen kann.“ Die Entscheidung darüber, wie dieses Turnier für den deutschen Handball verläuft, ist auch nach dem 23:25 gegen Tunesien offen. „Es kommt ja nicht auf dieses Spiel an, sondern darauf, dass wir ins Achtelfinale einziehen und dann ein gutes Spiel abliefern“, sagt Spielmacher Michael Haaß. Die Spieler konzentrieren sich nur auf die kommenden Aufgaben gegen den Panamerikameister Argentinien an diesem Dienstag (18.15 Uhr, live in der ARD) und gegen Montenegro am Mittwoch. Die Stimmung ist: Wir können noch alles gewinnen.

Aber in einigen Szenen war schon der Eindruck entstanden, dass alles verloren sei. Etwa in dem Moment, als Heuberger fast zusammenbrach, als der Schiedsrichter im Spiel gegen Brasilien einen technischen Fehler nicht sah. Da war Heuberger so fassungslos, dass Reinhold Roth, der erfahrene Physiotherapeut, sich genötigt sah, mit Gesten und Worten den Puls des Coaches zu senken. „Ruhig, Martin“, sagte Roth und fasste Heuberger an den Arm. Die Mannschaft führte zu diesem Zeitpunkt mit fünf Toren. Szenen wie diese sind es, die die Frage aufwerfen, ob diese Nervosität den Profis guttut. Ob der Trainer über die nötige Abgeklärtheit und Coolness verfügt, um in der immer wiederkehrenden Hektik der Spiele die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die Spieler lächeln, wenn solche Fragen kommen, sie empfinden sie als abwegig. „Er war immer so. Das ist seine Persönlichkeit, das ist nun einmal in ihm drin“, sagt Patrick Groetzki, der Rechtsaußen, der Heuberger bereits aus seiner Zeit in der Juniorennationalmannschaft kennt. „Das zeigt, mit welcher Intensität und Emotionalität er das Spiel verfolgt und alle Aktionen miterlebt.“ Ganz ähnlich sieht es Steffen Fäth, auch er arbeitet mit Heuberger seit 2008. „Ich kenne ihn nicht anders. Er steckt alles rein. Er ist halt ein sehr emotionaler aber auch sehr offener Trainer. Und der Handball bedeutet ihm alles im Leben.“ Ein Ideal, wie sich ein Bundestrainer am Spielfeld zu geben hat, gebe es doch nicht.

Das Erbe, das der Diplom-Verwaltungswirt aus der Ortenau angetreten hat, ist schwer. Schon vor seinem ersten großen Turnier bei den Männern, bei der EM 2012 in Serbien, wurde ihm der Job als Nachfolger der Legende Heiner Brand von einigen nicht zugetraut. Er sei nicht sicher, ob die Mannschaft den neuen Trainer „bedingungslos respektiert“, ließ der frühere Nationalspieler Stefan Kretzschmar damals wissen. „Ich glaube, dass man an vorderster Stelle jemanden mit einer ausgeprägten Persönlichkeit braucht.“ Heuberger pflegt jedenfalls einen anderen Führungsstil als sein berühmter Vorgänger. Er ging sofort auf die Klubs zu, an denen sich Brand über Jahre abgearbeitet hatte, er debattierte mit allen Akteuren über den Modus der zukünftigen Kooperation. Der ehemalige Kreisläufer pflegt diesen Stil auch im sportlichen Bereich. „Ich erwarte von den Profis, dass sie Vorschläge entwickeln, wie man einem Gegner beikommen kann“, so beschreibt er seine Vorgehensweise bei der taktischen Vorbereitung. Man kann es einen demokratischen Handball nennen, der Heuberger vorschwebt. Gewünschter Effekt ist, dass die Profis dadurch zwangsläufig mehr Eigenverantwortung entwickeln müssen.

Heuberger hat vor dem Turnier stets darauf hingewiesen, dass die Mannschaft viel Zeit und ein ruhiges Arbeiten brauche. „Dann kann sie irgendwann auch wieder Erfolge feiern.“ Vor dieser WM war es unruhig wie selten, und es wurde sogar darüber diskutiert, dass Heuberger nach dieser WM abgelöst werden könnte. Ihn selbst habe das gar nicht beschäftigt, versichert er. Da er sich auf den Sport konzentriere, habe er „keine Zeit für solche Stammtischdebatten“.

Aber ihm dürfte bewusst sein, dass die aktuelle Lage für ihn fast ausweglos ist. Dass er die öffentlichen Erwartungen mit dieser Mannschaft nie erfüllen kann. Dass ihm viele im deutschen Handball hinter vorgehaltener Hand ein schlechtes Coaching vorwerfen; speziell das EM-Qualifikationsspiele gegen Montenegro im Herbst hat ihn viel Kredit in der Szene gekostet. Das dürfte ihn, entgegen allen Versicherungen, nicht gerade beruhigen. Im Gegenteil.

Aufsichtsrat gefunden, Verkäufer gesucht

Der HSV macht wieder Millionenverlust / Fan-Vereinigung „Supporter“ bringt ihren Kandidaten nicht durch

HAMBURG. Den unterhaltsamsten Auftritt hatte Ali Eghbal. Der Hamburger Unternehmensberater scherzte erst über seinen Namen – „besser als Ali Freistoß oder Ali Elfmeter“ und legte dann während seiner Vorstellungsrede als Aufsichtsrat des Hamburger SV Stück für Stück seiner Oberbekleidung ab. Am Ende stand Egbhal in einem kurzärmligen, roten Trikot vor den mehr als 1000 Mitgliedern, in dem der HSV 1983 den Europapokal der Landesmeister geholt hatte. Die Versammlung belohnte den bis dato Unbekannten für seinen Einfallsreichtum: Er erhielt das zweitbeste Ergebnis aller Kandidaten und wurde prompt ins oberste Kontrollgremium gewählt. Bei der ersten Vorstellung der möglichen neuen Räte vor einem Monat galt Egbhal noch als chancenlos. Nun erhält er eines der begehrtesten Ehrenämter der Hansestadt.

Der aus Iran stammende Egbhal hat in Hamburg gerade eine mit Dattelsirup gesüßte Cola auf den Markt gebracht und soll schon 100 000 Flaschen verkauft haben. Mal sehen, welche Ideen er als Kontrolleur im Profifußball mitbringt. „Das Ergebnis zeigt, dass solche Wahlen nicht vorhersehbar sind“, sagte Carl-Edgar Jarchow, der Vorstandsvorsitzende des HSV. Die Entscheidung für Egbhal am späten Sonntagnachmittag bewies aber vor allem, wie sehr die Wahl der Räte von Stimmungen abhängig ist. Niemand weiß vorher, wie sich die Versammlung zusammensetzt und wie sie auf die Reden der Kandidaten reagiert – so kam es auch, dass der aussichtsreichste Anwärter nicht gewählt wurde. Ralf Bednarek, Anwalt und Chef der mächtigen Fan-Vereinigung „Supporters“, schaffte es nicht. Dabei hatte man an ihm und seiner Wahl eine Art Machtübernahme des HSV durch die Kurve festgemacht. Aber offenbar hatten die „Supporters“ zu wenige Anhänger mobilisiert, um Bednarek durchzubringen. So wurden am Sonntag vier neue Räte gewählt, die sich alle als „Fans“ präsentierten, aber eher von Ausgleich und Streitkultur sprachen als davon, bei der nächsten Gelegenheit den Vorstand abzuwählen. An dieser Stelle zahlt sich die versöhnende Art des 57 Jahre alten Jarchow aus. Er kommt selbst aus der Kurve und vereint nicht die Abneigung vieler auf sich wie sein Vorgänger Bernd Hoffmann. Unter Hoffmann hatte sich der aus elf Personen bestehende Rat in zwei verfeindete Lager aus Hoffmann-Gegnern und Hoffmann-Befürwortern gespalten.

Der Umgangston wird mit den vier Neuen wieder ein Stück moderater sein, doch diesem Aufsichtsrat fehlt es genauso an Fußball-Sachverstand wie den vergangenen. Ein Problem, das Jarchow sieht, aber nicht anspricht, um sich keine Feinde zu machen. Die Kompetenz des neuen Rates wird jedoch schnell auf den Prüfstand kommen: Er entscheidet über die mögliche Verlängerung des Vertrages mit Sportchef Frank Arnesen. Sein Kontrakt läuft im Sommer 2014 aus. Auch über das Bestreben Jarchows, den Vertrag mit Vermarkter Sportfive nicht über 2015 hinaus zu verlängern und die Vermarktung fortan selbst zu übernehmen, um die Provisionen zu sparen, müssen die Kontrolleure befinden. Selbst ohne offene Feindschaft aus den Reihen der Mitglieder war es keine angenehme Aufgabe für den Vereinsboss, die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres vorzustellen. Ein Minus von 6,6 Millionen Euro hat der HSV im Geschäftsjahr 2011/2012 erwirtschaftet; zum dritten Mal nacheinander sind die Zahlen tiefrot – so könne es nicht weitergehen, sagte Jarchow und stellte für das laufende Geschäftsjahr in Aussicht, am Ende eine „schwarze Null“ zu präsentieren. „Wir mussten mit dem Kauf van der Vaarts den eingeschlagenen Konsolidierungskurs verlassen“, sagte Jarchow. Um den 13 Millionen Euro teuren Niederländer zu bekommen, hatte sich der HSV acht Millionen Euro beim Unternehmer Klaus-Michael Kühne geliehen; zwei Millionen davon müssen 2014 zurückgezahlt werden.

Von 50 über 40 auf 34 Millionen Euro Ausgaben für den Profikader in der Spielzeit 2013/2014 will Jarchow kommen. „Solange wir nicht europäisch dabei sind, müssen wir sparen“, sagt er. Dabei würde er sich gern auf die Verkaufskünste Arnesens verlassen. An ihn war der Auftrag ergangen, eine ganze Reihe von teuren Ladenhütern loszuwerden. Doch weder Gojko Kacar, dem zwei Millionen Euro Gehalt als Hamburger Bankdrücker lieber waren als die Hälfte im Einsatz für Hannover 96, noch Marcus Berg, Robert Tesche, Per-Ciljan Skjelbred oder Jeffrey Bruma ist Arnesen in dieser Transferphase bis jetzt losgeworden. Dabei hatte Jarchow durch Verkäufe und Gehaltseinsparungen doch schon in diesen Wochen mehr als sechs Millionen Euro von der Ausgabenliste streichen wollen. Daraus wurde nichts. Jarchow und Arnesen haben ein ordentliches Verhältnis, aber weil der HSV den Gürtel enger schnallen muss, braucht Jarchow einen guten Verkäufer. Millionen ausgeben, kann jeder. FRANK HEIKE

Aua! *Schmerzhafte Erfahrungen liegen hinter van der Vaart und dem HSV.* Foto dpa

Sparzwang und Traumgehälter

Von Michael Horeni

Norbert Lammert ist Präsident des Deutschen Bundestags, sein Amt füllt er gerne auch mit Witz und Ironie aus. Wenn der CDU-Politiker gefragt wird, ob er nervös auf Wahltermine blicke, entgegnet er gerne: „Noch länger als im Bundestag bin ich Mitglied beim VfL Bochum – mich erschüttert nichts.“ Als Mann aus dem Pott und Freund des Fußballs beherrscht Lammert auch die Grätsche. Am Wochenende hat er sie ausgepackt. In einem Interview sprach er von den erstaunlichen Summen, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen für Sportrechte ausgebe, und dass damit ebenso erstaunliche Gehälter im Sport bezahlt würden. Der Gebührenzahler trage also zur Finanzierung von Traumgehältern bei.

In der Bundesliga hat sich sofort Protest erhoben. Heribert Bruchhagen, der Vorstandsvorsitzende von Eintracht Frankfurt, schimpfte über „populistische Aussagen“, mit denen Lammert punkten wolle. Bruchhagen liegt richtig: Lammert will punkten – und populär (nicht populistisch) ist seine Kritik auch. Nur: In der Sache hat Lammert vollkommen recht. Von der kommenden Saison an zahlen ARD und ZDF alleine für die Übertragungsrechte der Bundesliga und Champions League angeblich rund 180 Millionen Euro aus Gebührengeldern. Dass diese Gelder nicht in wohltätige Projekte fließen, sondern vor allem auf dem Spielermarkt landen, ist eine der ganz schlichten Wahrheiten des Fußballgeschäfts. In diesen Tagen kann man dazu erfahren, wie angenehm es sich am anderen Ende der TV-Fußball-Verwertungskette lebt. Dem „Spiegel“ soll eine Gehaltsliste des VfL Wolfsburg vorliegen, wonach alleine Spielmacher Diego mehr als acht Millionen Euro Grundgehalt pro Saison erhält. Dafür muss selbst ein Sparkassendirektor ganz schön lange stricken, wie Peer Steinbrück sagen würde.

Man sollte aber auch erwähnen, dass man es beim VfL Wolfsburg mit einem besonderen Fall zu tun hat. Zum einen handelt es sich um eine neunzigprozentige Tochter von Volkswagen, wo das Geld in den Fußball strömt wie sonst nur die Petrodollars arabischer Scheichs. Zum anderen durfte Felix Magath dort ungestört seiner ganz speziellen Leidenschaft frönen: dem Spielerhandel. Er machte aus der Fußballabteilung des Autohauses ein florierendes Im- und Exportunternehmen, wobei man schon gerne wüsste, wer sich dabei über die Jahre eigentlich bereichert fühlen durfte. Der VfL Wolfsburg sicher nicht.

Jetzt aber bloß nicht populistisch werden – tatsächlich muss der Standort in Niedersachsen, an dem schon mal der ICE vorbeirauscht, einen sogenannten Wolfsburg-Bonus anbieten, um begehrtes Fußballpersonal in die Autostadt zu locken. Von zwanzig bis dreißig Prozent Aufschlag ist in der Liga die Rede. Der VW-Konzern kündigt nun an, auch der VfL Wolfsburg müsse künftig sparen. Potential dafür gibt es jedenfalls genug.

Anklage nach Angriff auf Fanbus

KÖLN (dpa). Zehn Monate nach der Attacke von Kölner Ultras auf einen Fanbus des Erzrivalen Mönchengladbach hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei Tatverdächtige erhoben. Zwei von ihnen sollen mit einem oder mehreren Autos den Bus Anfang März von der A 3 auf die Raststätte Siegburg-Ost abgedrängt haben. Der dritte Angeklagte soll den Bus mit zahlreichen anderen Beteiligten angegriffen haben, unter anderem mit Eisenstangen, Schlagstöcken, Ketten und Steinen, teilte ein Sprecher des Kölner Landgerichts am Montag mit. Die mutmaßlichen Täter sollen der Gruppierung „Wilde Horde“ angehören, der als Konsequenz des Angriffs durch den Fußball-Zweitligaklub 1. FC Köln der Fanstatus entzogen wurde.

Sport live im Fernsehen

ARD: 18 Uhr: Handball, WM in Spanien, Vorrunde: Deutschland – Argentinien.

EUROSPORT: 9 Uhr und 1 Uhr (Mittwoch): Tennis, Australian Open in Melbourne. 14.30 Uhr und 20 Uhr: Snooker, Turnier in London, Achtelfinale: Trump – Hawkins und Murphy – Walden. 17.30 Uhr und 21 Uhr: Ski alpin, Weltcup in Flachau/Österreich. 18.30 Uhr: Motor, Rallye Dakar in Südamerika.

(Durch kurzfristige Absagen oder Verschiebungen können sich Übertragungszeiten ändern.)

Amerikas fatale Rettung

Die Vereinigten Staaten erleben einen neuen Goldrausch: Fracking lautet das Zauberwort, ein revolutionäres Verfahren der Energiegewinnung, bei der Erdöl und Erdgas aus unterirdischen Gesteinsschichten herausgepresst werden. Doch diese Technik birgt auch gewaltige Risiken. Deswegen formiert sich der Protest – über einen ungleichen Kampf zwischen Konzernen und Menschen. *Von Jordan Mejias*

Fluch oder Verheißung: Fracking könnte die Vereinigten Staaten von Energieimporten unabhängig machen. Doch welche Gefahren birgt dieses Verfahren? Foto Mauritius

NEW YORK, 14. Januar

In einem einzigen Laden gibt es hier alles, was der Mensch zum Leben braucht. Guns, Groceries, Gas, Guitars, so steht es draußen auf dem Schild, das schon bessere Zeiten gesehen hat. Wie der ganze Ort.

Es ist ein schwermütiges Stück Amerika, ein Überbleibsel aus einer bukolisch verklärten Vergangenheit, abgewirtschaftet und nutzlos für die Gegenwart. Ein Kinderspiel also für Steve Butler. Er handelt mit Utopien. Und er ist sich sicher, dass er die Männer in den karierten Flanellhemden und blauen Latzhosen schnell auf seine Seite bringt und sie ihm in ihren zerdellten Pick-ups bald in eine wieder lukrative Zukunft folgen. Butler ist gekommen, um sie von ihrer Ausweglosigkeit zu erlösen und dafür von ihnen eine Unterschrift zu erhalten, mit der sie der Firma Global erlauben, den Boden unter ihren Füßen wegzubohren. Global will das Gas aus dem Schiefergestein tief unter ihren Äckern und Wiesen herausprengen und herauspressen. Global will fracken.

Das Kinderspiel des Erwerbs der Bohrungsrechte, für das Butler ein, zwei Tage angesetzt hatte, zieht sich in die Länge. Unruhe ist unter den Flanellhemdenträgern aufgekommen, die ihr Land und ihr Leben auf einmal mit anderen Augen sehen, gegen Kräfte ankämpfen müssen, von denen sie bisher nur vom Hörensagen wussten, und sich zwischen Umweltschützern und einem übermächtigen Energiekonzern zurechtfinden sollen. Am Ende gibt es kein Aufatmen. Die Sache bleibt verfahren, das Problem ungelöst. Global, kein Zweifel, ist eine Firma, die sich nicht scheut, den Weg zur Profitmaximierung mit Leichen zu pflastern. Steve Butler zieht der Geschäftskarriere die Liebe mit der supersympathischen Volksschullehrerin vor.

Aber wie geht es weiter mit dem Fracking? Überraschend wäre es freilich nicht, wenn die Bohrtrupps demnächst über die schmalen Landstraßen rumpelten. Denn mit Global ist nicht zu spaßen. Was die Firma will, setzt sie auch mit unlauteren Mitteln durch. Nur ist das, was sie will, wirklich so schlimm? Ist Fracking der Frevel an der Umwelt, die jüngste Sünde, der die Welt dringend entsagen muss? Es ist kaum zu glauben, dass Hollywood da nicht deutlich Stellung beziehen mag. In dem in Amerika gerade angelaufenen Film „Promised Land“ mischt sich Matt Damon, der nicht nur die Rolle des Steve Butler spielt, sondern gemeinsam mit seinem Schauspielerkumpel John Krasinski auch das Drehbuch geschrieben und die Produktion übernommen hat, in die wissenschaftliche Debatte so gut wie nicht ein. Über die Folgen des Fracking werden keine klaren Aussagen gemacht. Von der Handlung und dem Gefühl her lautet die Botschaft jedoch: Leute, macht mal langsam mit der Erdgasbohrerei! Schaut euch gründlich um, was ihr damit aufs Spiel setzt, und denkt darüber nach, wie leicht das so verlockende Abenteuer schiefgehen könnte! Obwohl ein Gus Van Sant Regie führte und ein Dave Eggers an der Geschichte mitbastelte, ist „Promised Land“ ein kleiner, lächerliche fünfzehn Millionen Dollar kostender Film, dem nicht zuzutrauen ist, die alles entscheidende Revolution gegen das Fracking auszulösen.

Er bringt auch nicht als erster das Thema auf die Leinwand. „Gasland“, ein Dokumentarfilm von Josh Fox, prangerte vor drei Jahren die Grundwasserverschmutzung an, die nach Bohrungen in den Bundesstaaten Pennsylvania, Wyoming und Colorado aufgetreten war. Die Independent Petroleum Association of America schlug daraufhin zurück mit der Gegendokumentation „Truthland“, und von Exxon Mobil über Chevron bis Conoco Phillips taten sich in den folgenden Jahren die gasgierigen Energiegiganten zusammen, um eine allmählich verunsicherte Öffentlichkeit zu beruhigen und die ökonomischen und ökologischen Segnungen des Fracking in den verführerischsten Farben zu schildern. Über „Promised Land“, einen „einfachen Lehrfilm“, wie Gus Van Sant schlitzohrig verkündete, wird nunmehr per Facebook und Twitter gestritten.

Der Streit übers Fracking weitet sich jedenfalls aus, und zwar rund um die Welt. Dass Frankreich das hydraulische Aufbrechen von Felsschichten zur Gasförderung als erste Nation verboten hat, lässt Amerikaner naturgemäß kalt und könnte sie gar zum Gegenteil inspirieren. Fracking, beruhigt die Industrie, sei ein Energiegewinnungsverfahren, das auf amerikanischem Boden seit Mitte des 19. Jahrhunderts angewandt werde. Damals habe man noch Nitroglyzerin eingesetzt, um Quellen aufzusprengen. Für den gegenwärtigen Boom gibt es allerdings keinen Vergleich. Dank neuer Gewinnungstechniken haben sich ganze Landstriche in Gasförderungsanlagen verwandelt, in Texas nicht anders als in North Dakota, wo Fracking für die niedrigste Arbeitslosenquote in der gesamten Nation gesorgt und den Haushalt des Bundesstaats saniert hat. Welcher Preis dafür zu zahlen ist, deutet sich in einem amtlichen Bericht über die Gasgewinnung in Pennsylvania an, für die mehr als achtzig verschiedene Chemikalien, unter ihnen krebserregende Substanzen wie Formaldehyd und Naphthalin, ins Gestein gepumpt wurden.

Gleichwohl will weder die Bundesregierung noch die Environmental Protection Agency, die oberste Umweltbehörde der Vereinigten Staaten, irgendeine Eile verspüren, die Gefahren des Fracking gegen seinen Nutzen abzuwägen. Nicht vor Ende 2014 sollen die Ergebnisse einer Untersuchung vorliegen, die lediglich die Auswirkungen auf die Wasserversorgung in Betracht zieht. Studien der staatlichen Umweltschützer haben es immer schwerer, sich in einem politischen Geschacher zu behaupten, das Erdgas als geradezu mirakulöses Heilsversprechen entdeckt hat. Widerstand formiert sich eher auf lokaler Ebene und dort meist auch nur an verstreuten Orten. Longmont, nahe Denver gelegen, ist die erste Gemeinde in Colorado, die sich gegen das Fracking ausgesprochen und jetzt mit einer Prozesswelle zu rechnen hat, wie zu erwarten von den Energiekonzernen, aber auch vom Bundesstaat Colorado, der das Entscheidungsrecht für sich allein beansprucht.

Während Andrew M. Cuomo, der populäre Gouverneur des Staates New York, noch das Für und Wider abwägt, hat seine Gesundheitsbehörde bereits das Fracking als unbedenklich fürs Wohlergehen aller städtischen und ländlichen New Yorker erklärt. Viele Leute im Bezirk Otsego wollen das aber nicht glauben und haben in neun Orten schon ein provisorisches oder permanentes Frackingverbot durchgesetzt. Flyer und Poster, die unter den Umrissen eines toten Vogels die Gleichung „Fracking = Death“ aufstellen, konkurrieren mit Schildern, auf denen gefordert wird: „Drill Here, Drill Now“ und „Let's Boost Our Local Economy“. In der Southside Mall von Oneonta läuft „Promised Land“, aber der Film hätte hier auch gedreht werden können. Wird Fracking die Gegend verpesten oder Geld für bessere Schulen bringen? Wird es Farmen zerstören oder das Überleben unrentabler, wenn auch bildschöner Farmen finanzieren? Der Ausgang des Dramas ist ungewiss, im Kino wie in Otsego County.

Die Kinobesucher aber bekommen von einem niedergeschlagenen Matt Damon zu hören, dass die Industrie, wie Hollywood sie in der Firma Global zusammengefasst hat, kaum zu stoppen ist. Schwenk ins sozusagen wahre Leben: Auf der inzwischen berüchtigten Tonaufzeichnung einer Konferenz, zu der das Führungspersonal von Energiekonzernen vor einem Jahr ins texanische Houston gekommen war, feuert ein Teilnehmer seine Kollegen an, Bohrungsgegner mit militärischen Taktiken auszuschalten: „Ladet euch das U.S. Army Marine Corps Counterinsurgency Manual runter, denn wir haben es mit einem Aufstand zu tun.“ Matt Pitzarella, Kommunikationschef von Range Resources, brüstete sich auf derselben Veranstaltung damit, dass seine Firma Veteranen der psychologischen Kriegsführung in den Kampf schicke.

Der Propagandakrieg setzt sich unter wissenschaftlichen Experten fort, an denen auf beiden Seiten kein Mangel herrscht. Ohio, bisher kein Erdbebengebiet, wurde von zwei Erdstößen heimgesucht, seit im Umkreis von Youngstown gefrackt wird. Zufall? So versichern es uns wenigstens jene Fachleute, die das Bohrverfahren für harmlos halten, ohne jedwede negativen Konsequenzen für Luft, Wasser, Boden, Tiere und sogar Menschen. Erhöhte Werte von Methan? Steigende Radioaktivität? Wasser, das sich als feuergefährlich erweist? Selbst wenn Wissenschaftler einer Meinung wären, hieße das noch lange nicht, Politiker müssten daraus übereinstimmende Schlüsse ziehen. Im heutigen Washington macht die Politik sich, je nach aktuellem Bedarf, die Wissenschaft gefügig. Fracking kann folglich gut und böse, nützlich und schädlich, Segen und Fluch sein. Jetzt aber überstrahlt eine riesengroße Hoffnung alle Erwartungen und Befürchtungen. Fracking soll Amerika von Grund auf sanieren, als Retter in höchster Not.

In „Promised Land“ weiß der schmierige Lokalpolitiker, dass seine Wähler für manches offene Ohren haben, nur für eines nicht, nämlich den Vorschlag, ihren Energiekonsum zu reduzieren. Fracking bannt diesen Albtraum fremdländischer Genügsamkeit. Eine nicht ganz neue Vokabel macht dafür neu die Runde, ein Zauberwort, das Herzen öffnet, den nationalen Pulsschlag beschleunigt und Umweltschutzgesetze seltsam weltfremd aussehen lässt: Energieunabhängigkeit. Womit nicht die Unabhängigkeit von fossilen Quellen gemeint ist, sondern die von Energieimporten. Eine Geschichte, die der Film sich nicht einmal anzutippen traut. Ein Wunschbild, das die Debatte über Fracking zu einem Test patriotischer Gesinnung verzerrt. Amerika, nicht länger angewiesen auf arabisches oder venezolanisches Öl, ach, Sie sind dagegen? Sind Sie auch gegen eine hausgemachte Industrie, die für die kommenden dreißig Jahre Millionen und Abermillionen von Arbeitsplätzen in Aussicht stellt? Und gegen Steuerzuwächse in Billionenhöhe, gegen einen rasanten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von drei Prozent, gegen den dann unausweichlichen Aufschwung der Stahlindustrie? „Unsere Gebete wurden erhört“, frohlockt im „Boston Globe“ der Rohstoffhändler Phil Flynn. Die Nation muss nur endlich zugreifen. Windräder und Solarzellen gäbe Flynn gern zur Entsorgung frei. Die nächsten hundert Jahre brauchte über Energie nicht mehr nachgedacht zu werden, sie wäre billig, in Überfülle vorhanden, immerzu bereit, den Motor Amerikas triumphal aufheulen zu lassen, genau wie in der guten alten Ölzeit.

Mit einer frisch florierenden Wirtschaft, so die Erzählung der Fürsprecher des Fracking, und mit dem Vorsprung, den das Land nun bei der Erdgasförderung gegenüber dem Rest der Welt gewinnt, wäre aber auch seine globale Vormachtstellung wieder gesichert. Sein Niedergang, wenn es denn einen gab, wäre nicht bloß aufgehalten, er wäre umgekehrt worden. Ein solches Szenario ist mit Hinweisen auf die noch weithin unerforschten Gefahren für Umwelt und Gesundheit schwer zu entkräften. „True Capitalism“, die Website, deren Name Programm ist, fährt schließlich das Geschütz auf, mit dem in Amerika alles wegzudonnern ist: „Sollte dem aufgeblähten Staat erlaubt werden, Farmern und Ranchern vorzuschreiben, was sie mit ihrem Eigentum machen und nicht machen dürfen?“ Freedom, die Freiheit, soll abermals von unamerikanischen Kräften bedroht werden. „Fracking = Death“ ist auf den Schildern der Umweltschützer zu lesen. Sie stehen auf verlorenem Posten, sobald „Fracking = Freedom“ sich einzuprägen beginnt.

Morgen in Natur und Wissenschaft

In seiner frühen Phase fuhr der Kosmos förmlich Achterbahn

Geisteswissenschaften: Maschke, der gelehrte Herausgeber

Rabiate Technik: Wie das Fracking funktioniert

Zwischen normalem Erdgas und Schiefergas gibt es große Unterschiede. So handelt es sich bei Schiefergas meist um reines Methan, während konventionelles Erdgas auch viele höhere Kohlenwasserstoffe enthalten kann. Methan brennt somit „sauberer“ als Erdgas – es entstehen lediglich Wasser und Kohlendioxid. Der wichtigste Unterschied zwischen den beiden natürlich vorkommenden Gasen ist aber die Art der Lagerstätten. Herkömmliches Erdgas ist meist in porösem Sandstein gespeichert. Von dort kann es nicht entweichen, weil diese Formationen von Schichten aus Ton oder anderem undurchdringlichen Material bedeckt sind. Bohrt man eine solche Lagerstätte an, strömt das Gas meist von selbst zum Bohrloch, von dem man es abpumpt.

Das Schiefergas ist dagegen in dichtem Schiefergestein gebunden. Will man es fördern, genügt es nicht, die gasführende Schicht anzubohren und es vom Ende des Bohrlochs aus abzupumpen. Man muss es aus dem festen Gestein herauslösen. Deshalb geht man unter Tage ziemlich rabiat vor. Zunächst werden an der tiefsten Stelle des Bohrlochs kleine Sprengladungen gezündet. Anschließend pumpt man unter hohem Druck von bis zu 1000 Bar ein Gemisch aus Wasser, Sand und einigen Chemikalien in das Bohrloch hinein. Dort, wo die Explosion den Fels zerrüttet hat, sprengt das Hochdruckwasser das Gestein auf, aus dem das Gas dann strömen kann. Der Sand soll verhindern, dass sich die entstehenden Klüfte wieder schließen. Die Chemikalien helfen, das Gas aus dem Schiefer herauszulösen. Um Umweltschäden zu vermeiden, muss das Bohrloch hermetisch gegenüber dem Gestein abgedichtet sein.

Dieses Fracking ist allerdings nicht unbedenklich. So ist der Wasserverbrauch extrem hoch. Um das Gestein unter Tage zu brechen, sind pro Bohrloch bis zu dreißig Millionen Liter Wasser notwendig. Obwohl die Schiefergaslagerstätten durchweg weit unterhalb des Grundwasserspiegels liegen, können sich die im hineingepressten Wasser enthaltenen Chemikalien mit dem Grundwasser mischen. Eine größere Gefahr geht aber vom Methan selbst aus. Sobald die gashaltige Schicht angebohrt ist, kann ein kleiner Teil entweichen, entlang des Bohrlochs in höhere Gesteinsschichten wandern und schließlich ins Grundwasser gelangen. Es sind Fälle bekannt, bei denen das Methan aus privaten Brunnen zusammen mit Trinkwasser gefördert wurde und sich dann am Wasserhahn im Waschbecken entzündet hat. (mli)

Waisenweisheit

Am Sonntag wurde in Moskau, Petersburg, Samara, Nowosibirsk und Barnaul gegen das Adoptionsverbot russischer Waisenkinder durch amerikanische Ersatzeltern demonstriert. Das Gesetz, das die Duma dem russischen Adoptivkind Dima Jakowlew widmete, das starb, weil sein amerikanischer Adoptivvater es bei praller Sonne im Auto einschloss, war die politische Antwort auf die amerikanische Magnitzki-Verordnung, die sechzig russische Amtspersonen, die an der Ermordung des Juristen Sergej Magnitzki im Untersuchungsgefängnis beteiligt waren, zu unerwünschten Personen erklärt. Der Gegenschlag trifft freilich nicht die Supermacht, sondern Russlands Schwächste: behinderte Waisenkinder, die keine einheimischen Adoptiveltern finden. Die blinde Zehntklässlerin Natascha Pisarenko aus Rostow schrieb einen Brief an Präsident Putin, worin sie ihm das „Staatsgeheimnis“ verrät, allein gelassene russische Krüppelkinder würden in staatlichen Heimen dahinvegetieren, bis sie eines frühen Todes sterben – oder von „bösen“ Amerikanern adoptiert werden. Die würden sie nämlich zu behandeln versuchen mittels moderner Medizin, die es in Russland nicht gebe. Natascha, die ein Begabtenstipendium erhält, spricht aus Erfahrung. Für russische Ärzte sei sie ein Kind mit einer obskuren, unheilbaren Krankheit. Doch deutsche und amerikanische Mediziner hätten ihr eine Diagnose gestellt, und sie habe das Glück, bald im feindlichen Amerika behandelt und sehend zu werden. Auch der halbwüchsige behinderte Maxim Kargopolzew, der in einem Tscheljabinsker Kinderheim lebt, will zu den amerikanischen Eheleuten Mil und Dianna Wallen ziehen, die ihn adoptieren wollen. Die Wallens, die mit ihrer Methodistengemeinde Tscheljabinsk seit zehn Jahren besuchen und Hilfsgüter mitbringen, bemühen sich seit 2011, Maxim als Sohn aufzunehmen. Zwar erklärte der Tscheljabinsker Baulöwe von der kremltreuen Populisten-Partei LDPR, Sergej Wainstein, jetzt, er sei bereit, den Jungen zu adoptieren. Wainstein hat ihn freilich nie gesehen. Mil und Dianna Wallen halten täglich Kontakt mit dem verzweifelten Maxim. Natascha Pisarenko fragt Putin in ihrem Brief, warum er so spät darauf verfallen sei, russische Waisen vor dem amerikanischen Übel zu bewahren. Ob er im Alter weise geworden sei? Sie rät ihm, die Welt durch einen weiteren weisen Vorstoß in Erstaunen zu versetzen und fünf, zehn behinderte Kinder zu adoptieren, um seine Untertanen zur Nachahmung zu animieren. kho

Das Oscar-Orakel

Golden Globes vergeben

Steven Spielberg war mit „Lincoln“ der große Favorit, die Golden Globes für den besten Film und die beste Regie gewann aber Ben Affleck mit „Argo“. Für „Lincoln“ gewann einzig Hauptdarsteller Daniel Day-Lewis einen Globe. Weitere Auszeichnungen gingen an Michael Haneke für „Liebe“ als besten fremdsprachigen Film und an Christoph Waltz, der für Quentin Tarantinos „Django Unchained“ als bester Nebendarsteller geehrt wurde. Bestes Musical wurde „Les Misérables“ von Tom Hooper mit zwei weiteren Globes für Hugh Jackman und Anne Hathaway. Drei Globes gingen auch an die Fernsehserie „Homeland“ als beste Drama-Serie mit ihren Darstellern Claire Danes und Damian Lewis. Beste Comedy-Serie wurde „Girls“, deren Schöpferin und Hauptdarstellerin Lena Dunham ebenfalls ausgezeichnet wurde. Und auch Maggie Smith erhielt einen Globe – als beste Nebendarstellerin in „Downton Abbey“. F.A.Z.

Heute

Katze mit Krone
Den Leoparden trug er im Wappen, aber im Leben war er nicht gerade ein Raubtier, wie die Biographie des Schriftstellers Giuseppe Tomasi di Lampedusa zeigt. **Seite 26**

Roulettenburg ist überall
Alle sind nur auf der Jagd nach dem schnellen Geld in Sergej Prokofjews Oper „Der Spieler“: ein tödliches Desaster. In Frankfurt zeigt Harry Kupfer, was dahintersteckt. **Seite 27**

Frauenschmerz zuletzt
Karin Beier verabschiedet sich mit den „Troerinnen“ des Euripides vom Schauspiel Köln. Zelebriert wird die Wucht herzzerreißenden Frauenschmerzes. **Seite 28**

Friss und stirb
Völlerei in der Überflussgesellschaft oder autonome Genusssucht – wovon handelt eigentlich „Das große Fressen“, das vor vierzig Jahren die Zuschauer verschreckte? **Seite 29**

Literatur

Sizilianischer Fürst liebt baltische Baronin

Alessandra Wolff von Stomersee war die Frau, die den „Leoparden“ rettete: Jochen Trebesch über die schwierige Ehe des Giuseppe Tomasi di Lampedusa.

Es war eine der bizarrsten Ehen im europäischen Adel, die 1932 in der Russischen Orthodoxen Kathedrale zu Riga nach dem Ritus der Ostkirche, der die Braut angehörte, zwischen dem 1896 geborenen sizilianischen Fürsten Giuseppe Tomasi di Lampedusa und der deutschbaltischen Baronin Alessandra Wolff von Stomersee geschlossen wurde. Nur der Beharrlichkeit dieser Frau ist es zu verdanken, dass das von ihrem Gatten hinterlassene Manuskript des berühmten „Gattopardo“-Romans (auf Deutsch „Der Leopard“), mit dessen Ablehnung sich einige prominente Verlage blamiert hatten, schließlich doch noch bei Feltrinelli zum Druck angenommen wurde.

Begegnet war sich das spätere Ehepaar schon 1925 in London auf einem Empfang, den Tomasis Onkel in seiner Funktion als italienischer Botschafter gegeben hatte. Dieser Diplomat wiederum

Jochen Trebesch: „Giuseppe Tomasi di Lampedusa“. Leben und Werk des letzten Gattopardo.

Nora Verlagsgemeinschaft, Berlin 2012. 504 S., geb., 29,90 €.

war der zweite Ehemann von Alessandras Mutter, Alice Barbi, einer von Johannes Brahms verehrten Sängerin aus Modena. Alessandra und Giuseppe gaben ihre eigene Eheschließung der jeweiligen Verwandtschaft erst als *fait accompli* bekannt. Denn die geschiedene Frau, zudem nur halbe Italienerin, war inakzeptabel. Alessandra war nicht katholisch, als geborene Baronesse dem Hochadel der Tomasi di Lampedusa nicht ebenbürtig und wegen ihrer neumodischen psychoanalytischen Interessen verdächtig.

Ein Zusammenleben im Palast der Schwiegereltern in Palermo war für Alessandra bald so unerträglich wie ein dauerhafter Wechsel ins kalte Livland für den südländischen Fürsten. So lebte das Paar Jahre hindurch getrennt und tauschte, wie Jochen Trebesch in seiner gerade erschienenen Biographie Tomasi de Lampedusas schreibt, „mehr Briefe als Zärtlichkeiten“ aus.

Als Kind hatte Giuseppe nicht gern mit anderen Kindern gespielt, sondern war lieber allein oder mit seinem Hund zusammen. Früh erwachte sein Interesse für Literatur und Geschichte. Bibliotheken übten größten Reiz auf den jungen Mann aus und wurden zur Quelle seiner stupenden Belesenheit und Kreativität,

Der Filmfürst: Burt Lancaster in Visconti s „Der Leopard“ Foto Sunset Boulevard/Corbis

führten ihn aber auch, wie Trebesch schreibt, auf „eine falsche Fährte: Literatur für Leben zu halten, Lesen mit Lebenserfahrung zu verwechseln“.

Der Militärdienst im Jahre 1917 hätte ihm vielleicht die Möglichkeit bieten können, selbständig zu werden, endete aber nach einer leichten Verwundung in österreichischer Gefangenschaft, aus der Tomasi entkommen konnte. Standesübliche Reisen durch die europäischen Hauptstädte waren danach eher Flucht vor sich selbst als Wege zu sich selbst. Erst als es ihm allmählich gelang, durch eigene schriftstellerische und literaturkritische Arbeiten die rezeptive Phantasie des Lesers auch produktiv werden zu lassen, befreite er sich vom Spleen des Dandys. In seinen zahlreichen Briefen finden sich scharfzüngige Bemerkungen und böse Scherze, die nicht nur Tomasis Umgang mit Verwandten und sich selbst, sondern auch mit Dritten kennzeichneten. Das gilt besonders für den sizilianischen Adel, den er als einen „Käfig voller dreist die Rotschattierungen ihres Hinterteils zeigenden Affen und Katzen“ verspottete, „die sich als Königstiger aufspielen“. Nicht ohne Grund unterschrieb er seine Briefe mit „das Monster“.

Dieselbe Schärfe der Beobachtung, freilich in gezügelter Formulierung, prägt den „Leopard“. In dem Roman, der die italienische Geschichte von der Landung Garibaldis in Sizilien 1860 bis ins Jahr 1910 deutet, erkennt der Fürst Salina als einziger Angehöriger des alten Adels die Notwendigkeit, die Rolle des aufsteigenden Bürgertums anzuerkennen, entscheidet sich aber bewusst dagegen, in der neuen Ordnung eine Aufgabe zu übernehmen. Trebesch schaltet in die Biographie auch eine umsichtige Interpretation des Romans ein, zu dessen Bekanntheit die ins Üppige gesteigerte Verfilmung Luchino Viscontis von 1963 entscheidend beigetragen hat.

Mit Recht rückt Trebesch aber vor allem die schwierige Ehe mit Alessandra ins Zentrum seiner Biographie. Trotz seiner spürbaren Sympathie für die beiden Hauptfiguren bewahrt er die kritische Distanz des Historikers, unterdrückt auch problematische Details nicht, wie etwa die übersteigerte Liebe zu Hunden, die beide Ehepartner höher schätzten als Menschen, und verschweigt nicht die Nöte, als Tomasi seine Frau mit einer Gonorrhöe angesteckt hatte, deren Therapie heimlich und unzulänglich erfolgte.

Wenn sie nicht gerade ihren Depressionen anheimgefallen war, hatte Alessandra den kraftvolleren Part in der Beziehung inne. Sie sorgte auch dafür, dass Tomasi in seinen letzten Lebensjahren einen Kreis wissensdurstiger junger Männer unterrichten konnte, darunter seinen späteren Adoptivsohn und verdienten Nachlassverwalter, den Musikwissenschaftler Gioacchino Lanza Tomasi.

Der Autor des erfreulich klar geschriebenen Buches war lange Jahre im diplomatischen Dienst. Das mag hilfreich dabei gewesen sein, neben den italienischen Quellen auch das reiche Material im Lettischen Hauptstaatsarchiv zu Riga auszuwerten. Er zeichnet die wunderbar melancholische Geschichte einer den Alten Kontinent von Süd nach Nord überspannenden Beziehung nach, die seit dem Tod des 1957 verstorbenen Fürsten auch ein Symbol für das Ende des alten Europa geworden ist, in dem der Adel seine bestimmende Funktion auch in so stark durch ihn geprägten Territorien wie Sizilien und dem Baltikum an neue Kräfte hat abgeben müssen. HANS-ALBRECHT KOCH

Ein Paar, das das alte Europa umspannte: Giuseppe Tomasi di Lampedusa und seine Frau Alessandra Fotos Archiv, laif

Schallplatten und Phono

Den Heiligen Geist empfängt man nicht im Kleinwagen: Der Rapper The Game hat sich selbst inthronisiert. Foto Universal Music

Gott gehört zu meiner Gang

Kultus und Kapital: Der Rapper The Game erklärt sich auf seinem „Jesus Piece“ mal eben selbst zum Heilsbringer. Eine stimmige Bibelexegese ist hier nicht zu erwarten – dafür erhält man ein standesgemäßes Protz-Album mit prominenten Gastpredigern.

Jesus! Wenn es ihn heute gäbe, wo würde er leben? In Compton wahrscheinlich oder in Watts, den Elendsvierteln von Los Angeles. Er wäre Mitglied einer Gang, weil man es aber mit den Geboten nicht so genau nähme, hätte er irgendwann seine eigene Crew. Und da man noch mehr Menschen um sich scharen kann, wenn man ein Mikro benutzt, wäre er schließlich Rapper geworden.

So muss sich The Game Missionsarbeit vorstellen. Das Cover seines neuen Albums zeigt die Comicversion eines Kirchenfensters und in der Mitte Jesus als Getto-Seelsorger. Vors Gesicht gespannt hat sich dieser Gottessohn ein Bandana, ein paisleygemustertes Halstuch, wie es Gangmitglieder in ihren Stammesfarben tragen. Bei den Crips sind sie blau, bei den Bloods rot. Ist Jesus also ein Crip?

Man soll von Popmusikern keine stimmige Exegese der Heilsgeschichte erwarten. Man soll auch die Ikonographie nicht zu ernst nehmen. Ikonoklasmus müsste es hier eigentlich heißen. The Game hat es selbst im Interview erklärt: „Keiner weiß, wie Jesus wirklich aussah, deshalb das Halstuch.“

Ja, aber die Verhüllung ist dann doch sehr suggestiv. Die Lämmer Gottes sind schwarze Schafe, sagt die Verkleidung. Sie leben in den Krisengebieten der amerikanischen Großstädte. Das Establishment hat sie versklavt, aber sie werden aufbegehren in Gestalt charismatischer Führer. Ob die sich aus dem Gangmilieu rekrutieren oder dem Popgeschäft, ist letztlich egal. Auch der Hang zu irdischem Wohlstand ist kein Problem, im Gegenteil: Geld und Glaube sind sich verstärkende Energien, da ist der Hiphop regelrecht calvinistisch. Deshalb kann dieser Jesus auch eine von Brillanten strotzende Kette tragen, deren Anhänger ihn selbst zeigt. Sinnigerweise heißen solche Kitschkonterfeis im Jargon wie die Platte selbst: „Jesus Piece“. In Hiphop-Kreisen gelten sie als Emblem des Erfolgs, der Rapper Kanye West ließ ein Exemplar für 50 000 Dollar anfertigen.

Ein Jesus im Glitzerlook, mit den Insignien des organisierten Verbrechens – das sind die Auslegungsvolten des Pop im Feld kanonischer Muster. Die Zeichencollage setzt sich im Booklet der CD fort: The Game, betend mit gesenktem Haupt. Vor Totenkopf- und Kerzenrequisiten im Stil barocker Vanitas-Kunst. In Pinkelpose, dem Betrachter den Rücken zugewandt. Weitere Kirchenfenstercomics: erst Dürers betende Hände, dann eine Faust mit gerecktem Mittelfinger.

Einkehr und Provokation, Besinnung und Randale – die Widersprüchlichkeiten werden in den christlichen Symbolraum importiert, konterkarieren aber auch die Gettowelt. Die Aporien infizieren beide Sphären: Dazu darf man wohl Kunst sagen.

Und wie klingt diese Bergpredigt jetzt? Konsequent. The Game hat einen Chor mit allen wichtigen Vertretern des Genres gebildet. Der Rapdandy Kanye West ist dabei; das clownesk-irre Reimgenie Lil Wayne; der Improvisationsartist Kendrick Lamar; der Gangsterrapperkoloss Rick Ross, den sie „The Boss“ nennen und der so geistreich die Aufplusterungen sowohl des Kapitalismus als auch der gängigen „Neger“-Klischees verkörpert, dass ihn Quentin Tarantino für den Soundtrack seiner Sklavereisatire „Django Unchained“ engagierte; die R-&-B-Crooner Chris Brown und Jamie Foxx, Letzterer der Titelheld besagten Tarantino-Films, der diese Woche im Kino anläuft.

Alle Apostel des Hiphop in einem Gefolge und dazu eine klangliche Schlüssigkeit, wie man sie schon lang nicht mehr gehört hat auf den oft stilistisch zusammengestückelten Blockbuster-Alben der großen Stars. Hier dominieren: träge Beats, im Titelsong kombiniert mit zischenden Handclaps, die klingen wie Peitschenhiebe von Flagellanten. Immer wieder verheißungsvolles Gospelpiano, und bisweilen dräut eine verzerrte Gitarre aus dem Orkus herauf, oder ein Glockenspiel pilgert durch den Refrain.

Die dezente Orchestrierung lässt den Stimmen viel Raum, alle Beteiligten sind großartige Kanzelprediger, mal grollend (Ross), mal eifernd (Wayne), mal schmeichelnd (Brown), mal empört (West). Die Texte formulieren eine Hagiographie des Rap, The Game setzt jenen Totenkult fort, der schon seine früheren Alben auszeichnet. Tupac Shakur, Notorious B.I.G., aber auch John Coltrane und, neu im Katalog, Kurt Cobain werden besungen. Dazu gibt es Stücke aus der Rollenperspektive des Befreiers. „Gott gab ihnen einen Schutzengel – mich“, heißt es im Song „Pray“. In „Heaven’s Arms“ fragt sich das lyrische Ich: „Wie kann ich die Menschen aus der Gefangenschaft führen?“

Welche Gefangenschaft genau damit gemeint ist, bleibt offen. Die des Kapitals jedenfalls nicht. Wir sind hier nicht bei Occupy. Sondern im global verwertbaren Weltklasse-Rap, der auf Statussymbole wie schwere Autos nicht verzichten mag. Und da gilt auch in spirituellen Fragen folgende Textzeile: „Ich liebe Jesus, aber den Heiligen Geist empfängt man nicht im Prius.“ DANIEL HAAS

The Game, Jesus Piece.

DGC 0602537214945 (Universal)

Neue Sachbücher

Für Austrias Ehre und Erdbeeren

Ein Zauderer und Freund der Tafel auf der Schwelle der Neuzeit: Mark Hengerer hat eine beeindruckende Biographie des Habsburgerkaisers Ferdinand III. vorgelegt

In der Galerie der „Helden des Rückzugs“, die Hans Magnus Enzensberger angesichts des Zusammenbruchs der Sowjetmacht in Osteuropa entworfen hat, kommt Ferdinand III. nicht vor. Dabei ist er einer der politischen Ahnherren jener Erben des Totalitarismus, die sich auf das Machbare beschränkten, irreale Großmachtphantasien aufgaben und das Dogma, dem sich ihre Vorgänger verschrieben hatten, auf ein Maß zurückschraubten, das ihrem Überleben dienlich war.

Das Dogma, das war für Ferdinand III. die Gegenreformation, die sein Vater Ferdinand II. in der ersten Phase des Dreißigjährigen Krieges mit Hilfe von Wallensteins Heeren bis an die Ostsee getragen hatte, bevor er den von dort heranrückenden Schweden und ihren französischen Verbündeten das eroberte Territorium stückweise preisgeben musste. Der Zusammenbruch der habsburgischen Herrschaftsansprüche in Norddeutschland, die auf eine konfessionelle (Stichwort Restitutionsedikt) und wahlrechtliche Hegemonie der katholischen Südstaaten des Heiligen Römischen Reiches hinausliefen, vollzog sich im gleichen Takt wie die Niederlagen der kaiserlichen Heere. Im Westfälischen Frieden von 1648 wurde unter beides ein Schlussstrich gezogen: Die Neuregelung der mitteleuropäischen Verhältnisse schwächte die Rolle des Kaisers im Reich, stärkte aber zugleich seine Macht als Landesherr. Das Haus Habsburg überlebte den Vernichtungskrieg, so dass es nur zwei Generationen später, unter Ferdinands Sohn Leopold I. und Prinz Eugen, weit nach Osten ausgreifen konnte.

Erstaunlicherweise waren Biographien des Herrschers, der diese historische Rückzugsbewegung befahl und erlitt, bis in allerjüngste Zeit Mangelware. Vor vier Jahren erschien dann Lothar Höbelts Buch über den „Friedenskaiser wider Willen“, das den dritten Ferdinand als imposante, wenn auch manchmal etwas blasse Zentralfigur in ein vielfarbiges Panorama des europäischen Hochbarock stellte. Mark Hengerers Studie, die ebenfalls für 2008 angekündigt war, aber erst jetzt mit erheblicher Verspätung herauskommt, ist gewissermaßen das Gegenstück zu Höbelts Arbeit, im inhaltlichen wie im formalen Sinn. Wo Höbelt das Geschehen breit ausmalt und dabei auch Unschärfen zugunsten sprachlicher Flottheiten in Kauf nimmt, zeichnet Hengerer mit dünnen und präzisen Strichen. Und wo bei Höbelt der Anmerkungsteil nur dreißig von 480 Seiten ausmacht, sind es bei Hengerer, wenn man das Register mitzählt, fast zweihundert von 560 Seiten – ein einschüchterndes Mischungsverhältnis.

Held des Rückzugs: Ferdinand III. auf einem kolorierten Stich Foto picture alliance

Doch man sollte sich nicht einschüchtern lassen. Der üppige Nachspann hat beispielsweise den Vorteil, dass zahlreiche Spuren aus dem Text nach Belieben weiterverfolgt werden können: etwa jene Anmerkung zum zweiten Kapitel, die den Zusammenhang zwischen der Quecksilbergewinnung im istrischen Bergwerk Idrija und der Silberproduktion der bolivianischen Mine Potosí beleuchtet, oder die in einer anderen Endnote verzeichnete Klage von Ferdinands Bruder Leopold Wilhelm, der als Statthalter in Brüssel amtierte, dass in ganz Flandern „khein mensch waiss, was die Alchimia ist“, weshalb es mit der Goldmacherei bei den chronisch unterfinanzierten Habsburgern nicht voranging. Das Kriegführen war schon damals eine globale Angelegenheit, die Geld- und Soldatenbeschaffung auf dem Tiefpunkt der Kleinen Eiszeit um 1640 auch eine Frage des Klimas, und Ferdinand III. sah sich als Festlandsdegen des spanisch-habsburgischen Weltreichs in einer Mächtekonstellation gefangen, in der seine Interessen als Landesfürst oft mit den weiter gespannten Zielen seiner Dynastie kollidierten.

Dass er am Ende dann doch seinen landesherrlichen Pflichten den Vorzug gab und die Loyalität zu Spanien hintanstellte, lag nicht nur am ungünstigen Kriegsverlauf, der die Schweden nach der Schlacht von Jankau 1645 bis vor die Tore Wiens brachte und ihnen noch im Jahr des Friedensschlusses die Einnahme der Prager Kleinseite ermöglichte, sondern auch an Ferdinands frühen Bildungs- und Bindungserlebnissen. Ihnen widmet Hengerer, wiederum anders als Höbelt, besondere Aufmerksamkeit, und in dieser Fleißarbeit, die durch Fundstücke auch aus kleinsten Archiven beglaubigt wird, liegt ein nicht geringer Vorzug seines Buchs. Obwohl Ferdinand von Mathematik, Astronomie und Optik fasziniert war, Arien komponierte und italienische Gedichte verfasste, blieb er, wie Hengerer zeigt, noch tief dem thomistischen Welt- und Menschenbild des Spätmittelalters verhaftet.

Der Widerspruch zwischen neuzeitlichem Können und Fühlen – auf Schicksalsschläge reagierte der Kaiser stets mit psychosomatischen Krankheiten – und traditionellem Denken spiegelte sich auf Regierungsebene in dem Gegensatz zwischen propagierter Religions- und angewandter Realpolitik. Schon bei seiner Krönung zum König von Ungarn 1625 in Ödenburg musste Ferdinand notgedrungen die Glaubensfreiheit seiner Untertanen beschwören. Fast jeder weitere Schritt zur Erhaltung des Hauses Österreich war mit Konzessionen an Calvinisten und Lutheraner erkauft, während die Päpste in Rom mit wachsendem Fleiß die Sache des habsburgischen Erzfeinds Frankreich betrieben. Die Gemengelage im Europa des siebzehnten Jahrhunderts überforderte auch wendigere Charaktere als den marienglaubigen Familienmenschen Ferdinand. In seinen späten Jahren verlegte er sich in den zahllosen Konflikten, die rings um seinen Herrschaftsbereich aufflammten, immer mehr aufs Abwarten. Die meisten seiner Ängste erledigten sich von selbst.

Hengerers Buch hat eine Achillesferse: den Krieg. Die Schilderungen der Gefechte und Feldzüge, an denen Ferdinand als Thronfolger teilnahm und auf die er als Kaiser politisch reagieren musste, sind von eklatanter Unanschaulichkeit. Aber selbst dieser Lapsus fügt sich ins Lebensbild eines Monarchen, der viel lieber auf Wildschweine als auf Feinde des Glaubens anlegte und die Freuden seiner Tafel offenbar allen anderen vorzog. Genüsslich zitiert Hengerer aus einem Hofbericht von 1651: Der Kaiser habe sich „mit essung Erdtböhr und andern dergleuchen khüelenden sachen, den Magen verderbt“. Der Fluchtpunkt aller Haupt- und Staatsaktionen war eben auch damals schon das Buffet. ANDREAS KILB

Mark Hengerer: „Kaiser Ferdinand III (1608–1657)“. Eine Biographie.

Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar, 2012. 560 S., Abb., Musik-CD, geb., 49,– €.

Der Funke am Pulverfass

Wenn nichts mehr hilft, zünden Unruhen: der „Tipping Point“, der Gesellschaften zur Rebellion treibt. Man kann die Lunten in Europa brennen sehen.

Am 4. August 2011 wird im Londoner Stadtteil Tottenham ein junger Farbiger von einem Polizisten erschossen. Zwei Tage später versammeln sich zahlreiche Demonstranten vor der örtlichen Polizeiwache und verlangen eine lückenlose Aufklärung, weshalb der neunundzwanzigjährige Vater dreier Kinder sterben musste. Zunächst verläuft alles friedlich, doch dann eskaliert die Situation: Autos brennen; etliche Fensterscheiben gehen zu Bruch; plündernde Randalierer ziehen durch die Straßen. Die Unruhen weiten sich aus, auch Liverpool, Manchester und Bristol sind bald betroffen. Mehrere Menschen sterben, viele werden verletzt, und Premierminister Cameron stempelt vorsorglich sämtliche Jugendlichen zu Kriminellen ab. Es dauert Tage, bis in Großbritannien wieder so etwas wie Ruhe einkehrt.

In dem düsteren Pariser Vorort Clichy-sous-Bois fliehen Ende Oktober 2005 drei Jugendliche vor der Polizei. Sie verstecken sich in einem Transformatorenhäuschen, zwei werden von Stromschlägen getroffen und sterben. Über die Banlieus breiten sich bürgerkriegsähnliche Unruhen aus. Jacques Chirac, der Präsident der Republik, ruft den Notstand aus. Nicolas Sarkozy, seinerzeit Innenminister, sagt, er werde die Vorstädte mit einem „Kärcher“ säubern, als handelte es sich bei den Jugendlichen um Ungeziefer.

Vor wenigen Wochen steigt in Neu-Delhi eine Studentin mit ihrem Freund in einen Bus. Es ist bereits dunkel, die beiden waren im Kino und wollen nun nach Hause. Der Albtraum, der sich dann in dem Bus abspielt und die junge Frau das Leben kostet, erschüttert die Welt. Durch die bis dahin in Apathie versunkene indische Gesellschaft geht ein Ruck, und sie verleiht ihrer aufgestauten Wut, ihrem Ärger, ihrer Verzweiflung und ihrem Mitgefühl auf den Straßen machtvoll Ausdruck.

Alle drei Fälle unterscheiden sich deutlich voneinander, und doch haben sie etwas gemeinsam: den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Das eine folgenschwere Ereignis, den sogenannten *tipping point.* Der Begriff stammt aus der Epidemiologie, es war Malcom Gladwell, der ihn mit seinem Buch „Tipping Point“ populär gemacht hat. Dieser Umkipp-Punkt verändert alles – zumindest im ersten Augenblick. Ob er tatsächlich einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel bewirken kann, steht auf einem anderen Blatt. Diese Frage kann nur die Zeit beantworten.

Wilhelm Heitmeyer ist Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, vertraut damit, die Mechanismen von Krawallen bloßzulegen, die Psychologie dahinter zu beleuchten. Die Schemata, nach denen sie ablaufen, ähneln einander. Am Anfang steht ein Signalereignis. Dieses Signalereignis, sagt Heitmeyer, müsse ein hohes emotionales und moralisches Entrüstungspotential aufweisen und medial ausbeutbar sein, ansonsten entstehe jenes kollektive Gefühl, das die Menschen mobilisiert, erst gar nicht, und die Angelegenheit versickere wieder. Ohne eine kritische Masse kann kein Unruhezyklus seine volle Wucht entfalten.

„Ein wichtiger Faktor sind zudem die wechselseitigen Feindbilder. In London oder Paris waren es die zwischen einer rassistischen Polizei auf der einen Seite und Jugendlichen, die sich unterdrückt und an den gesellschaftlichen Rand gedrängt fühlten, auf der anderen. In Indien verkörpert die Staatsmacht den Feind, denn die Justiz lässt Vergewaltiger in der Regel ungesühnt davonkommen.“ Außerdem stellt dort jede Frau ein potentielles Opfer dar, unabhängig davon, aus welcher gesellschaftlichen Schicht sie stammt oder welche Hautfarbe sie hat. Sobald man sich selbst als mögliches Opfer definiere, sagt Heitmeyer, gewinne man eine Art moralischen Vorsprung, der es einem erlaube, das Recht in die eigene Hand zu nehmen. Und sei es mit Gewalt. Die Hemmschwelle sinkt.

Manche Situationen geraten außer Kontrolle, andere nicht, was in beiden Fällen keine Sache des Zufalls ist, sondern ganz entscheidend vom Verhalten der politischen Eliten abhängt. In Großbritannien und Frankreich versagten sie auf ganzer Linie. Cameron und Sarkozy vergriffen sich rhetorisch. Sie gossen nur noch weiter Öl ins Feuer. In Indien war der politischen Führung schnell klar, dass sich dieses Verbrechen nicht aussitzen lassen würde wie ein Gewitter, das vorüberzieht. Das Handeln der Polizei wird hingegen ausschließlich an Taten gemessen. Heitmeyer verweist auf die sogenannte Repressionsinkonsistenz. Das bedeutet, dass die Polizei im Falle eines brutalen Vorgehens mit Reizgas oder Wasserwerfern neben gewalttätigen eben auch friedliche Demonstranten trifft. Auf diese Weise setzt sie neue Solidarisierungsimpulse – und verleitet jene zur Gewalt, die es überhaupt nicht auf eine aggressive Konfrontation abgesehen hatten.

Wendet man die Psychologie von Krawallen auf die derzeitige Situation in Europa an, kann einem schwindlig werden. Wir alle kennen die Zahlen, wir alle wissen, dass in von der Krise besonders gezeichneten Ländern wie Griechenland oder Spanien mehr als fünfzig Prozent der Jugendlichen arbeitslos und ihrer Zukunft beraubt sind, ganz zu schweigen von all den anderen Tragödien, die sich wie in einer Endlosschleife abspielen. Der Unmut wächst, über die Krise, das politische System, die Finanzmärkte. Die Frage, wann es dieser betrogenen Generation endgültig reicht und sie zu einer Generation von Aufständischen wird, liegt auf der Hand. Man wundert sich angesichts der relativen Ruhe. Wo bleibt eigentlich die Revolution?

Jede Gesellschaft, in der große ökonomische Ungleichheit herrscht, ist ein Nährboden für Rebellionen. Je ungerechter es zugeht, desto größer ist die Gefahr für den Einzelnen und die soziale Ordnung. Krasse Ungleichheit zersetzt Gesellschaften, wofür ein kurzer Blick auf die Mordraten eines Landes genügt, die in ungleichen Gesellschaften um ein Vielfaches höher sind als in weniger ungleichen. Aber was genau verstehen wir eigentlich unter dem Begriff der Ungleichheit? Dass der eine im Jahr fünfzigtausend Euro mehr verdient als der andere? Oder einen Porsche besitzt, während sein Nachbar sich nur ein Fahrrad leisten kann? Oder eine Arbeitsstelle hat, während der andere gerade entlassen worden ist? Wo fängt Ungleichheit an?

Der Satz „It's not an underclass anymore, it's an outer class“ stammt von Bill Clinton. Gemeint hatte er damit nicht die Menschen am ausgefransten Rand der Gesellschaft, gemeint waren jene, die bereits vollkommen aus ihr herausgefallen sind und vor verschlossenen Türen stehen. Die Welt dahinter mit ihren Absicherungssystemen und Privilegien ist für sie nicht mehr zugänglich.

Auch die spanische Jugend steht vor verschlossenen Türen. Zur *outer class* zählt sie deshalb trotzdem nicht, denn hinter diesen Türen verbirgt sich nicht die gesellschaftliche Teilhabe, sondern die Einlösung eines Karriere- und damit eines

Fällt ein Stein, fallen sie alle. Foto Getty

ökonomischen Versprechens. Dabei ist es gar nicht so, dass die spanische Jugend die Krisenrealität klaglos akzeptieren und in Lethargie versinken würde. Sie empört sich, sie demonstriert, aber ihre Wut verläuft in geregelten Bahnen. Sie stellt keine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar.

Wer einen Blick auf die Funktionsweisen der spanischen Gesellschaft und die Geschichte des Landes wirft, versteht das besser. Da ist zum Beispiel die Familie. Trotz einer niedrigen Geburtenrate ist die Bedeutung der Familie als Notgemeinschaft nach wie vor ungebrochen. Die Spanier sind daran gewöhnt zusammenzurücken. Viele junge Erwachsene ziehen wieder zu Hause ein, andere gar nicht erst aus. Das System Familie ist in diesem Land sehr belastbar (aber wie jedes System wird es kollabieren, wenn der Druck zu groß wird).

Man darf außerdem nicht vergessen, dass der Lebensstandard in Spanien vor dem Immobilienboom Mitte der neunziger Jahre deutlich geringer gewesen ist als heute. Einen starken Sozialstaat, der die Menschen in Sicherheit wiegte, hat es nie gegeben. Jeder musste lernen, sich selbst zu helfen, es blieb einem gar nichts anderes übrig. Und genau das tut im Moment offenbar auch ein Teil der Jugend. Es ist das Beste, was sie machen kann.

Nehmen wir das Goethe-Institut: 2011 verzeichnete es im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von knapp vierzig Prozent bei der Belegung von Deutschkursen, und auch in diesem Jahr ist das Interesse groß. Das spanische Bildungsversprechen mag nicht eingelöst worden sein, aber die Jugend steht deshalb trotzdem nicht automatisch auf verlorenem Posten. Im Gegenteil. Sie sucht ihr Lebensglück eben anderswo, zum Beispiel in Deutschland. Für Spanien ist der *brain drain* fatal.

Die Veränderung eines gesellschaftlichen Aggregatszustands muss nicht zwangsläufig auf einen *tipping point* hinauslaufen. Manchmal bleibt die Rebellion auch einfach aus. An ihre Stelle tritt die trügerische Ruhe als Dauerzustand. Beruhigend ist das nicht. MELANIE MÜHL

Sie will ja nur spielen: Anja Silja wird umschwärmt von Alexej (Frank van Aken), Potapitsch (Dietrich Volle) und dem Marquis (Martin Mitterutzner). Foto Monika Rittershaus

Beleidigen Sie ja nicht Frau von Würmerhelm!

An der Oper Frankfurt zeigt Harry Kupfer „Der Spieler“ von Sergej Prokofjew als avantgardistisches Irrenhaus

Sergej Prokofjew besaß die Begabung, immer zum unpassendsten Zeitpunkt eine Oper zu komponieren. Am ärgsten lag er mit seinem szenischen Hauptwerk quer, der Monumentaloper „Krieg und Frieden“, die 1941 vom Angriff der Deutschen auf die Sowjetunion buchstäblich überrollt wurde. Aber auch Propagandastücke, mit denen er sich den Machthabern anzudienen suchte, etwa „Die Geschichte vom wahren Menschen“, fielen der jeweils jüngsten kulturpolitischen Wende Stalins zum Opfer. Dabei hätte Prokofjew gewarnt sein können: Schon mit seiner ersten vollendeten Oper „Der Spieler“ (1916/1917) geriet er so gründlich in die Wirren der Oktoberrevolution, dass dieser freche Wurf des gerade sechsundzwanzig Jahre alten Bürgerschrecks erst 1929 in Brüssel uraufgeführt werden konnte. Von solchen Umständen ihrer ersten Aufführungen hat sich keines von Prokofjews Bühnenwerken je wieder erholt, mit Ausnahme der „Liebe zu den drei Orangen“.

Dass sich etliche westliche Häuser in den zurückliegenden Spielzeiten an Bewahrenswertes von Prokofjew, wie „Krieg und Frieden“, den „Feurigen Engel“ und „Die Verlobung im Kloster“, gewagt haben, ist deshalb verdienstvoll. Die Frankfurter Oper legt jetzt mit der hiesigen Erstaufführung des „Spielers“ nach – und landet mit dem schwierigen Stück einen Überraschungserfolg. Zu verdanken ist dies entscheidend der Regie von Harry Kupfer.

Kupfer vermeidet einen Grundfehler, der weniger erfahrenen Regisseuren bei dieser Oper leicht unterlaufen könnte, nämlich die Realismusfalle. Weit mehr als in der Romanvorlage von Fjodor Dostojewskij sind die drastisch geschilderten Auswüchse der Spielsucht und der Lust am schnellen Geld bei Kupfer Metaphern für das menschliche Dasein. Die Figuren spielen nicht bloß um Franken, Dollar oder Rubel, sie spielen russisches Roulette um ihre Existenz. So geht es also nicht mehr nur um die Befindlichkeiten eines Spielbank-Junkies, die Dostojewskij aus eigener Suchterfahrung geschildert hat, sondern um die viel aktuellere Frage, wie das Streben nach leicht verdientem Reichtum den modernen Menschen korrumpiert. Der fiktive Handlungsort „Roulettenburg“, ein beliebter Streitfall unter Literaten wie Stadtbilderklärern, ist demnach weder Wiesbaden noch Homburg, noch Monte Carlo oder Baden-Baden – Roulettenburg ist heutzutage überall.

Hans Schavernoch verdeutlicht das in seinem Bühnenbild mit Hilfe einer stark geneigten Leuchtscheibe, auf der von der ersten Sekunde an eine Kugel kreist – unberechenbar und meist mit ruinösem Ausgang. Doch wenn das Kreisen, Kullern, Blinken erlischt, wird die kippende Spielfläche zur Weltscheibe, von der labilere Charaktere wie der Hauslehrer Alexej nur allzu leicht abstürzen können.

Alexej, der Ich-Erzähler bei Dostojewskij, sieht im Spiel freilich nur ein Mittel zum Zweck, um sein privates Glück zu erreichen. Er ist Polina, der Stieftochter seines Dienstherrn, eines Generals a. D., mit Haut und Haar und noch mehr Schulden verfallen. Polina steckt selbst bis zum Hals in Verbindlichkeiten und treibt ihrerseits ein zerstörerisches Spiel mit Alexej. Liebe kann sie schon längst nicht mehr empfinden. Lust kennt sie nur im Gewinnen. Glück verheißt ihr der Triumph über den unwägbaren Zufall.

Auch Polinas Beziehung zu Alexej ist von Beherrschungsphantasien geprägt. Barbara Zechmeister und Frank van Aken, beide packend intensive Sänger-Schauspieler, steigern sich in ein Duell, das unterschwellig sadomasochistische Züge annimmt. Etwa wenn Polina völlig sinnlose Mutproben verlangt und Alexej eine fette preußische Baronin namens Würmerhelm beleidigen lässt, was ihn seine Stellung kostet. Oder wenn sie ihm am Ende das wider alles Erwarten erspielte Geld ins Gesicht schleudert. Ich bin nicht käuflich! Behauptet sie.

Käuflich sind alle Protagonisten in diesem Stück auf die ein oder andere Weise. Es sind beschädigte, entwurzelte Charaktere ohne Orientierung und moralischen Rückhalt. Mit diesem radikal nüchternen, antiromantischen Blick auf die Figuren, der noch heute unerhört modern wirkt, geht Prokofjews Texteinrichtung wiederum über Dostojewskij hinaus. Sie rechtfertigt auch Kupfers Entscheidung, das Geschehen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts in die Entstehungszeit der Oper zu verlegen, in die Zwischenkriegsphase also, in der Alt und Neu, Überlebtes und Zukunftweisendes nebeneinander bestanden. Der mittellose Alexej begehrt gegen die morschen Strukturen des Feudalsystems auf, doch als er im Casino das ganz große Geld gemacht hat, wirft ihn der Reichtum völlig aus der Bahn.

Prokofjew hat sein illusionsloses Menschenbild unter dem Einfluss des russischen Theaterreformers Wsewolod Meyerhold stellenweise bis ins Groteske überzeichnet. Kupfer hingegen dosiert die satirischen Momente, um die Personen nicht der Lächerlichkeit preiszugeben und sein viel ernsteres Anliegen zu unterlaufen. Dennoch liefern Clive Bayley als verlebter General, Martin Mitterrutzner als zwielichtiger Marquis und Claudia Mahnke als mannstolle Blanche wunderbare Typen-Porträts. Zum Höhepunkt wird der Auftritt Anja Siljas in der Rolle der angeblich todkranken Babuschka, auf deren Erbe all diese hoffnungslosen Schuldenmacher spekulieren. Die Alte aber erweist sich als quicklebendig und bringt ihre Millionen lieber selbst am Spieltisch durch. Rien ne va plus!

Die Musik weist keinen Ausweg mehr aus diesem Irrenhaus. Verklärung à la Wagner? Nicht bei Prokofjew! Mit ihrer unablässig pulsierenden Motorik treibt seine Partitur die Protagonisten immer tiefer hinein in die Bredouille. Generalmusikdirektor Sebastian Weigle und sein Museumsorchester könnten die an Strawinsky geschulte Schraubstockrhythmik des jungen Prokofjew noch prägnanter herausstellen. Doch Weigle weiß um die Gefahr, die den durchweg leichten Charakterstimmen dann aus dem Graben drohte. Nie hart oder massig im Klang, bringt das wunderbar präzise Orchester das Lakonische und Perkussive dennoch mitreißend zur Geltung. Mit dieser Musik kam Prokofjew keineswegs zur Unzeit. Das war damals echte Avantgarde. CHRISTIAN WILDHAGEN

Präzise wie eine Schweizer Uhr

Roms MAXXI würdigt Le Corbusier – und stellt ihm Entwürfe seiner italienischen Kollegen gegenüber

ROM, im Januar

Seinem Ruf als Hochburg der Architektur des zwanzigsten Jahrhunderts wird das MAXXI (Museo Nazionale delle Arti del XXI secolo) zurzeit mit zwei Ausstellungen gerecht. Zum einen stellt es seine Sammlung von Architekturmodellen einiger der bedeutendsten italienischen Meister der Nachkriegszeit aus. Gleichzeitig präsentiert es Le Corbusiers italienische Erfahrungen mit mehr als sechshundert Zeichnungen, Aquarellen, Gemälden und Fotografien. Die Corbusier-Schau entstand gemeinsam mit der „Fondation Le Corbusier“ in Paris, die reiches Material zur Verfügung stellte.

Charles-Edouard Jeanneret (1887 bis 1965) hatte in seinem Geburtsort La Chaux-de-Fonds, dem westschweizerischen Uhrenzentrum, zwischen 1899 und 1902 das Dekorieren von Uhrendeckeln gelernt. Seine wahre Bestimmung entdeckte er während des Studiums an der École d'Art (bis 1912) und durch seinen Lehrer Charles L'Eplattenier, der ihn zur Architektur lenkte und ihn mit deren neuesten Tendenzen in Deutschland, Österreich und Frankreich bekannt machte.Le Corbusier besuchte also keine technische Hochschule. Auf seiner ersten großen Italienreise von 1907 zeichnet er zwar vor allem mittelalterliche Ornamente, entdeckt dann aber die Certosa von Galluzzo als ein Modell sozialen Lebens und menschenwürdiger Arbeiterwohnungen. Vor allem aber sollten das calvinistische Arbeitsethos und die sozialen Verhältnisse seiner Heimatstadt, die nach einem Brand im Jahr 1794 im Schachbrettmuster wieder aufgebaut worden war, für sein weiteres Schaffen bestimmend bleiben.

Auf einer Orient- und Italien-Reise interessiert Le Corbusier sich 1911 bereits für monumentale Bauten, wenn ihm auch ein tieferes Verständnis für die historische Architektur noch abgeht. Von 1914 bis 1916 entwickelt er sein „Domino“, eine für den Massenwohnungsbau bestimmte, steckspielartige Struktur aus Stahlbeton. Und nach dem Ersten Weltkrieg begegnet er in Paris neben Amédée Ozenfant auch Carlo Carrà und Giorgio Morandi, die ihn zu eigenen abstrahierenden Gemälden anregen.

Bauen ist oft eine zähe Angelegenheit, da ist man als Architekt gern einmal flott unterwegs: Le Corbusier 1934 in einem Fiat Balilla. Foto Fondation Le Corbusier, Paris

Nachdem Le Corbusier mit seinen Pariser Villen berühmt geworden ist, hält er Vorträge im faschistischen Italien der dreißiger Jahre, sucht potente Auftraggeber wie Fiat und Olivetti, plant eine Stadt in den trockengelegten Pontinischen Sümpfen, ja schlägt sogar den Bau eines „Palazzo del Littorio“ zwischen Kolosseum und Maxentiusbasilika vor. Es gelingt ihm jedoch nicht, Mussolini persönlich zu begegnen oder eines seiner großen Projekte zu realisieren.

Auf dem CIAM-Kongress des Jahres 1949 in Bergamo und der IX. Triennale in Mailand 1951 tritt der Architekt für das Zusammenspiel der Künste und für die Entwicklung neuer, vom Menschen ausgehender Proportionsgesetze in der Architektur ein. Im Jahr 1961 beginnt er für Olivetti das Rechenzentrum in Rho, dessen formvollendeter Grundriss an seine Gemälde erinnert, doch gelangt der Bau nicht über Anfänge hinaus.

Es scheitert auch der Plan des Erzbischofs von Bologna, den Entwurf für eine Kirche in Firminy (Rhône Alpes) in abgewandelter Form in seiner Stadt auszuführen. Und es scheitert das gigantische Projekt für ein Krankenhaus in der venezianischen Lagune. Le Corbusiers lebenslanges Engagement hat also in Italien kaum bauliche Spuren hinterlassen, und so ist die Ausstellung umso hilfreicher. Sie dokumentiert vor allem seine frühe Entwicklung durch zum Teil noch unbekannte Entwürfe und die Fotos seiner Skizzenbücher, deren kleines Format und deren dichte Abfolge auf den mit Brettern bekleideten Stellwänden trotz instruktiver Erläuterung dem Besucher ein Höchstmaß an Konzentration abverlangt.

Die Modelle der zweiten Ausstellung – achtzig Exponate von mehr als sechzig Architekten – sind in der weiträumigen Kurve einer von den Lamellen der abgehängten Decke rhythmisierten Galerie aufgereiht – ein Höhepunkt von Zara Hadids expressivem Raumkonzept. Zu den spektakulärsten Zeugnissen gehören die Detailmodelle von Pierluigi Nervis Sporthalle, die Einblick in die kühne Konstruktion geben. Die Modelle von Aldo Rossi, Franco Purini, Alessandro Anselmi, Vittorio De Feo oder Fuksas laden zu vergleichendem Entdecken ein und vermitteln ein anschauliches Bild vom Ideenreichtum italienischer Architektur der letzten fünfzig Jahre. SABINE FROMMEL

L'Italia di Le Corbusier. Bis 17. Februar. Der Katalog kostet 55 Euro. MAXXI Architettura Collezione. Bis 2. April. Beide im Museo Nazionale delle Arti del XXI secolo, Rom.

Weltweite

Dem Reporter Georg Brunold zum Sechzigsten

Der Titel ist gut gewählt: „Nichts als die Welt“, das kündet programmatisch von der Selbstverpflichtung des Reporters auf die authentische Beschreibung der Realität und lässt zugleich in unverhüllter Unbescheidenheit erkennen, wie großzügig man sich den Rahmen der eigenen Tätigkeit vorstellt: Journalismus, Reportage, Reiseliteratur als weltumspannendes Unterfangen.

Dabei hat Georg Brunold, der in Zürich mit einer wissenschaftstheoretischen Arbeit zum Doktor der Philosophie promoviert wurde, den subjektiven Faktor seines Handwerks nie verheimlicht. „Dafür, dass selbst die Reportage fabuliert, sorgt ihr Stoff“, schreibt er in dem von ihm herausgegebenen Kompendium, das mehr als 160 Augenzeugenberichte aus zweieinhalbtausend Jahren versammelt, von Herodot und Polybios über Marco Polo, Kolumbus und Defoe bis zu Primo Levi, Martha Gellhorn und Margret Boveri. Brunolds Textsammlung, vor vier Jahren als großformatiger Prachtwälzer erschienen, ist eine faszinierende Lektüre und ein Bekenntnis des Herausgebers in eigener Sache: Seit den achtziger Jahren hat er als Korrespondent und Reporter der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus Ägypten und Marokko berichtet, bevor er 1991 für sein Blatt nach Nairobi ging. Drei Jahre später erschien in der damals noch von Hans Magnus Enzensberger betreuten „Anderen Bibliothek“ unter dem Titel „Afrika gibt es nicht“ eine Sammlung eigener Reportagen und Essays aus mehr als dreißig afrikanischen Staaten. Sie zeigen, was dem Autor Brunold wichtig ist: den verbreiteten Klischees die eigenen Befunde entgegenzuhalten, die eigene Subjektivität nie zu verbergen und doch stets mehr zu bieten als persönliche Impressionen eines weltläufigen Beobachters.

Als Herausgeber, der unter dem Titel „Nilfieber“ (1993) die Geschichte des Wettlaufs zu den Quellen des Nils dokumentierte und zehn Jahre später die Versäumnisse der Weltgemeinschaft angesichts des Völkermords in „Ruanda“ auflistete, blieb Brunold Afrika verbunden. Als Autor hat er sich anderen Themen zugewandt: In einer Art philosophischem Essay behandelte er in „Fortuna“ (2011) die Geschichte von Schicksal und Zufall, in „Traumjob“ (2012) unterzog er die eigene Profession einer kritischen Rückschau. Mittlerweile lebt Georg Brunold wieder in seinem Heimatort Arosa. Heute wird er sechzig Jahre alt. igl

Das Jahr 1933

Berlin erinnert an die NS-Zeit

Mit einem Themenjahr will die Hauptstadt an die Machtübernahme der Nationalsozialisten vor achtzig Jahren erinnern. Erster Höhepunkt wird eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum unter dem Titel „Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933–1938“ sein, die am 31. Januar beginnt. Sie zeigt, wie eine urbane Metropole und ihre kulturelle Avantgarde, die Berlin in den zwanziger Jahren Weltruhm brachte, durch den Nationalsozialismus zerstört und vertrieben wurden. Die Schau soll die inhaltliche Klammer für stadtweite Open-Air-Ausstellungen sein. Viele Gedenkstätten und Museen beteiligen sich ebenfalls, neben der „Topographie des Terrors“ und dem „Jüdischen Museum“ auch das Alliiertenmuseum, das im März die erste von zwei Ausstellungen zum Themenjahr eröffnet: Sie stellen die Biographien jüdischer Emigranten ins Zentrum, die auf der Seite der Anti-Hitler-Koalition kämpften und nach Kriegsende zurückkehrten. Hunderte temporäre Projekte, etwa am Reichstag, am Anhalter Bahnhof oder am Kurfürstendamm, sollen als eine Art Stadtmarkierung zeigen, wie sich das Naziregime etablierte und den Alltag der Stadt veränderte. Am Brandenburger Tor werden hohe Säulen mit Fotografien an Berliner erinnern, die von den Nationalsozialisten in die Emigration getrieben wurden. Bereits freigeschaltet ist eines von mehreren Internetportalen, es dokumentiert die 4500 in vielen Stadtvierteln verlegten „Stolpersteine“, die an ermordete Berliner Juden erinnern. Das Themenjahr endet mit dem Gedenken an das Novemberpogrom am 9. November. F.A.Z.

Die Schöne zeigt sich auch anderswo

In Berlin dreht sich derzeit alles um Nofretete. Dass sie in Gestalt einer zweiten Büste seit langem auch dem Ruhrgebiet Schönheit schenkt, zeigt eine Ausstellung des Folkwang-Museums in Essen.

Ihre Schönheit trotzt jeder Beschädigung – und ist der weltberühmten Berliner Büste durchaus ebenbürtig: der Kalksteinkopf der Nofretete, den das Folkwang-Museum Essen aufbewahrt. Foto Museum

Ein knapp unterlebensgrosser Kalksteinkopf der Nofretete“: In dieser lakonischen Notiz ist ausnahmsweise nicht von der weltberühmten Berliner Büste die Rede, deren Entdeckung in Amarna vor hundert Jahren derzeit eine große Sonderausstellung feiert (F.A.Z. vom 7. Dezember 2012). Es gibt, der Öffentlichkeit kaum bekannt, andernorts in Deutschland ein weiteres rundplastisches Porträt der Regentin, das dank markanter Unterschiede geradezu als Gegenstück der Schönen in Berlin bezeichnet werden kann. Beide Darstellungen zeigen Nofretete mit der typischen sich nach oben leicht verbreiternden und waagerecht abschließenden Kalottenkrone. Die Uräusschlange, die sich ehemals an deren Vorderseite erhob, ist bei beiden abgebrochen. Doch damit enden die Gemeinsamkeiten: Während die Berliner Büste ihre Farbenpracht bewahrt hat und mit ihren 49 Zentimetern Höhe fast vollständig erhalten blieb, ist der andere, 31 Zentimeter messende Kopf aus hellem Kalkstein unbemalt und am Hals abgebrochen. Zudem weist die linke Kinnhälfte eine Blessur auf.

Trotz der Beschädigungen zieht auch dieses Porträt den Betrachter sofort in Bann. Zu seinen prominentesten Bewunderern zählt Dietrich Wildung. Ehe er Direktor des Ägyptischen Museums in Berlin und damit zum Herrn über die dortige bemalte Büste berufen wurde, hatte er, damals noch Leiter der Ägyptischen Sammlung in München, dem unbemalten Kopf „eine eigene Dimension der Empfindsamkeit“ zugesprochen, „die hier eine Intensität erreicht hat, die kaum noch steigerungsfähig ist“.

Faszination und Bedeutung bezieht dieses Porträt aus der Tatsache, dass es Nofretete rundplastisch in jenem atemberaubend „expressiven“ Frühstil der Amarna-Kunst wiedergibt, der die Königin ansonsten fast nur im Flachbild auf Tempelreliefs zeigt. Nicht ganz so scharflinig wie dort, aber doch unverkennbar stilisiert, präsentiert die Büste ein längliches, schmales Gesicht mit hohen Wangenknochen und leicht eingezogenen Wangen. Gesteigert wird die Ausstrahlung der fast bis zum Platzen gespannten Gesichtsoberfläche durch die Gestaltung der Augenpartie: der Augapfel geht praktisch ohne Unterlid in weicher Linienführung bruchlos in die Wangen über. Für diese „unscharfe“, zeichenhafte und für die Amarna-Kunst typische Wiedergabe, die sich beispielsweise auch bei den Skulpturen der Prinzessinnen mit ihren überlängten Hinterköpfen findet, hat sich bei den Ägyptologen der Begriff „sfumato“ (schattiert beziehungsweise aufgelöst) eingebürgert.

Die Entstehungszeit des Nofretete-Kopfs lässt sich exakt zwischen dem fünften und achten Regierungsjahr Echnatons, also etwa 1346 bis 1343 vor Christus, festlegen. Denn das ist der Zeitraum, in welchem der Pharao das annähernd kreisförmige Stadtgebiet seiner neuen Hauptstadt Achet-Aton, heute Amarna, auf beiden Nilufern mit vierzehn Grenzstelen absteckte – unterschiedlich große, in die Steilhänge des umgebenden Kalksteingebirges eingemeißelte Gründungsinschriften unter dem Strahlenkranz des Sonnengottes Aton, die meist von rundplastischen, aus dem Gestein herausgearbeiteten Darstellungen des Herrscherpaares und beider bis dahin geborener Töchter flankiert waren.

Der fragliche Kopf stammt von einer dieser fast lebensgroßen Standfiguren Nofretetes und ist das besterhaltene Exemplar seiner Art. Damit markiert er den Anfang jener kurzen, etwa ein Jahrzehnt währenden Kunstphase in Amarna, an deren Ende die bemalte Berliner Büste steht. Deren Entstehung kann seit der Auffindung einer Inschrift in den Kalksteinbrüchen von Deir Abu Hennis unweit von Amarna im Frühjahr 2012, die Nofretete noch im vorletzten, dem sechzehnten Regierungsjahr Echnatons Große Gemahlin nennt (bis dahin endete ihre Erwähnung im zwölften), dem späten, „gemäßigten“ Stil der Amarna-Zeit am Ende der Regierung Echnatons zugewiesen werden. Deutlichster Beweis am Kunstwerk selbst ist die Modellierung der Augen, bei denen, in Rückwendung zu den Kunstkonventionen der Vor-Amarna-Zeit, auch die Unterlider wieder deutlich und naturnah ausgearbeitet sind.

Die geringe Popularität des unbemalten Kopfs beruht kaum darauf, dass dessen künstlerische Qualität nicht seinem farbigen Gegenstück gleichkäme. Eher liegt es wohl daran, dass er zu den Beständen eines Museums zählt, in dem man altägyptische Kunst am wenigsten vermuten würde: Er befindet sich im Folkwang-Museum in Essen, das für seine Exponate der Klassischen Moderne geschätzt ist. Doch hatte seinerzeit einer der wichtigsten Mäzene des Hauses, Karl Ernst Osthaus (1874 bis 1921), rund tausend Objekte außereuropäischer Kunst, vor allem Keramiken und Statuen, zusammengetragen und dem Museum vermacht, darunter auch qualitätvolle Stücke aus Ägypten, die er vorrangig als „Inspirationsquelle für Ruhrgebietskünstler“ sah. Als Zukauf für diesen Sammlungsteil erwarb das Folkwang-Museum 1961 den Kalksteinkopf der Nofretete aus dem Schweizer Kunsthandel.

Aktuell bildet der Kopf den Höhepunkt einer Sonderausstellung, in welcher er gemeinsam mit einer exquisiten Auswahl der Sammlung Osthaus gemäß der Intention des Stifters den Werken zeitgenössischer Künstlerinnen und Künstler gegenübergestellt wird. Nofretete ist mit einer Fotoinstallation konfrontiert, die Aufnahmen „exotischer“ Frauenporträts aus dem neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert versammelt und fragt, ob die Fotografien damals wirklich nur ethnologisch motiviert waren oder ob sie unter dem Deckmantel der Völkerkunde auch voyeuristische und erotische Bedürfnisse befriedigten – und befriedigen. Eine aufschlussreiche und sinnvolle Parallele zur hundertjährigen Rezeptionsgeschichte der Nofretete vom reinen Schönheitsideal zum aktuellen Bild einer emanzipierten Mitregentin. JOACHIM WILLEITNER

Die Sammlung Außereuropäischer Kunst im Blickwechsel mit Künstlern der Moderne und Gegenwart. Folkwang-Museum Essen. Bis 3. November.

Götter, Gräber und Entehrte

Antike, herzzerreißend: Karin Beier verabschiedet sich mit den „Troerinnen“ des Euripides vom Schauspiel Köln

Wie dieses Drama auch aussehen könnte und wohl schon ausgesehen hat, wird zunächst angespielt. Aus Meereswogen, blauen Plastikbahnen, die auf und ab bewegt werden, steigt nebelumwallt Poseidon, urväterlich weiß die Perücke, in seiner Rechten den Dreizack, zu seinen Füßen Talthybios, der ihm das Mikrofon hält. Troja ist am Anfang der Tragödie „Die Troerinnen“ des Euripides völlig zerstört, die Griechen haben die Stadt verwüstet, die Männer umgebracht und nehmen sich die Frauen als Beute. Auch der Meeresgott ist, so klagt er, besiegt, denn „wer wird von nun an meinem Kult dienen?“. So überflüssig fühlt sich Poseidon, Robert Dölle ironisiert das Mythenklischee, dass er das Kostüm ablegt und auf einmal in Turnhemd und -hose dasteht. Hier hat er nichts mehr zu suchen.

Altes Theater, altes Weltbild. Am Schauspiel Köln werden beide verabschiedet. Karin Beier hat das 415 vor Christus uraufgeführte Stück in der Bearbeitung von Jean-Paul Sartre (1965), die sie ihrerseits bearbeitet hat, auch als Götterdämmerung inszeniert. Poseidon zieht sich zurück, Pallas Athene tritt gar nicht mehr auf, sein Groll auf die „liebe Nichte“ ist ebenso gestrichen wie sein warnend-wütendes Schlusswort: „Führt nur Krieg, ihr blöden Sterblichen, verwüstet nur die Felder und die Städte, schändet nur die Tempel und die Gräber und foltert die Besiegten: Ihr werdet dran verrecken. Alle.“

Das Verhältnis ist in beiden Richtungen gestört: Die Menschen beten und flehen zu den Göttern, und sie zweifeln und hadern mit ihnen. „Ich kann mich nicht dreinfinden“, sagt Hekuba bei Sartre. „Ein entsetzlicher Wirbel schleudert mich ins Nichts hinab“, sagt sie bei Beier, wo sie sich, gespielt von Julia Wieninger als gefallener Königin im unruhigen Selbstgespräch, erst aus ihrer Ohnmacht zurückkämpfen muss.

Auch die anderen Frauen müssen erst aus dem Schrecken erwachen, ihre Sprache und ihre Gesichter zurückgewinnen, die grauen Überhänge abwerfen, die übergroßen, kalkweiß verzerrten Masken ablegen, die plötzlich wie Grabsteine in der schwarzen Erde stehen. Stumme Schreie, Klageskulpturen, Trauerstatuen. Doch schon kabbeln sie sich und schwatzen, rechts am Rand in einer Reihe hockend, darüber, wohin in Griechenland sie wohl entführt werden.

Vorne links sitzt Talthybios, den Nikolaus Benda als anonymen Schreibtischtäter gibt, der sie sinnlos Säcke schleppen lässt, sie maßregelt und schikaniert, bevor er ihnen sagt, welche Knechtschaft sie erwartet, und sie auf die Schiffe verteilt. Der Bühnenbildner Thomas Dreißigacker hat in der Expo 1, dem Ausweichquartier des Kölner Schauspiels, ein düsteres Geviert angelegt, ein Lager-Lautsprecher hängt von der Decke, und hinten begrenzen aufgereihte Schlaginstrumente, die drei Frauen bedienen, den zu den Seiten offenen, durch die Musik von Jörg Gollasch überinstrumentierten Raum. Ein Schlacht-, ein Kontroll-, ein Spielfeld.

Wie sich das Schicksal der Frauen mit dem Untergang Trojas verknüpft – daraus macht Karin Beiers Inszenierung eine Symphonie des Leids und der Schmerzen. Das Kollektiv der Klagenden, zu dem die Troerinnen gern zusammengerückt werden, wird gesprengt, auch in ihrer Not streiten und rivalisieren sie, jede beweist Eigensinn, Persönlichkeit, Stärke. Die Kassandra der Rosalba Torres Guerrero, die sich, rachewild und vergeltungsverrückt, in den Wahnsinn tanzt. Die Troerinnen: Anja Laïs, die Goethes Gedicht „An den Mond“ und aus Batailles „Der Tote“ rezitiert; Rosemary Hardy, die englische Lieder anstimmt; Sachiko Hara, die zum kindlichen Faun mit erigiertem Phallus mutiert.

Schließlich Lina Beckmann als Andromache. Ihre Auseinandersetzung mit Hekuba, die sie angreift, weil sie ihren Sohn Paris, den Ursprung allen Übels, nicht getötet hat, und erst ängstlich, dann immer mutiger und heftiger auf sie einschlägt, bereitet die intensivste Szene der Aufführung vor. Denn Andromache wird selbst der Sohn weggenommen, Talthybios konfrontiert sie mit dem Befehl, dass Astyanax getötet wird. Wie Lina Beckmann, das Bündel vor der Brust, ihn an sich presst und das Letzte, was ihr nach Hektors Tod geblieben ist, nicht hergeben will, bis sie, schwankend zwischen Ohnmacht und Widerstand, Ratio und Rationalisierung, Medea und Mutter Wolffen, ihn sich förmlich entreißt, wird zu einer bewegenden Studie existentieller Verzweiflung. Herzzerreißend. Auch ein Opfer von vielen. Der stimmgewaltige, fremd klingende Chor, der sich, siebzig Frau hoch, im Rücken des Publikums erhebt, nimmt sie alle auf. Klangwand aus Klagen.

Und unter allen Masken eine ganze Welt der Schmerzen: der Chor der Troerinnen im gleichnamigen Stück des Euripides, inszeniert von Karin Beier in Köln Foto Klaus Lefebvre

Steigerbar ist das nicht mehr, aber der Zusammenprall von Hekuba und Helena steht noch aus. Welche der beiden ist die Schuldige, die Mutter des Paris – oder die untreue Gattin des Menelaos? Er ist in Gestalt von Yorck Dippe im Freizeitlook und mit Papierkrone hier nur ein gernegroßes Weichei, das sich von seiner Ex mit girlieha ftem Unschuldsgeschnatter schnell um den Finger wickeln lässt und die Entscheidung, ob er sie gleich steinigen oder erst nach Griechenland mitnehmen soll, per Zuschauer-Ted ins Parkett delegiert: Helenas Schicksalsfrage wird zur Castingshow mit vier Kandidatinnen.

Die Inszenierung öffnet das Stück für heutige Realitäten, assoziiert aktuelle Gewaltverhältnisse des Menschenhandels und der Prostitution, aber der Versuch, die archaische Strenge patchworkartig in die Trivialität der Mediengesellschaft zu überführen, verrutscht dann doch ins Äußerliche. Am Ende schleppt Hekuba, gezeichnet und erschöpft, allein wieder Säcke: „Gebt mir meine Kinder wieder.“

Seit Hebbels „Nibelungen“, mit denen sie ihre Kölner Intendanz 2007 eröffnete, ist Karin Beier einen erstaunlich weiten und konsequenten Weg gegangen, auf dem sie eine offene, risikobereite und vielseitige Theatersprache entwickelt und ein fabelhaftes Frauen-Ensemble geformt hat. Mit den „Troerinnen“ schließt sich ein Kreis, auch, wie Details und kleine Déjà-vus andeuten, die Bilanz einer Ära: In ihrer Abschiedsinszenierung zeigt die Regisseurin auch, was sie inzwischen alles kann. Zu viel, um das Drama nicht auch zu beschweren, aber nicht so viel zu viel, dass dem Publikum der Abschied deshalb leichter fallen könnte. ANDREAS ROSSMANN

Wir haben die Liebe, die Gott zu uns hat, erkannt und gläubig angenommen. Gott ist die Liebe, und wer in der Liebe bleibt, bleibt in Gott, und Gott bleibt in ihm.
(1. Joh 4,16 – aus der Lesung vom 9. Januar)

In tiefer Dankbarkeit und Trauer gebe ich bekannt, daß meine geliebte Mutter

Gertrud Kühn
geb. Zabel
* 8. August 1922 † 9. Januar 2013

nach einem Leben in Glaube, Hoffnung und Liebe, gestärkt mit den hl. Sakramenten der Kirche, im 91. Lebensjahr friedlich entschlafen ist.

R.I.P.

In christlichem Gedenken
Prälat Dr. Christoph Kühn
Domkapitular

Das heilige Requiem feiern wir am Freitag, den 18. Januar 2013, um 11.15 Uhr in der Pfarrkirche St. Dominikus in D - 45711 Datteln-Meckinghoven, Klosterstraße 7. Nach der hl. Messe erfolgt das Begräbnis auf dem Südfriedhof zu Datteln.
Für alle Zeichen erwiesener und zugedachter Anteilnahme ein herzliches Vergelt's Gott.

Die Ausspionierten

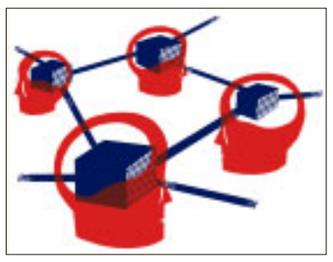
Online-Lehrveranstaltungen werden immer beliebter. Aber wer profitiert am Ende tatsächlich?

Universitäten und Schulen scheint eine strahlende Zukunft bevorzustehen. Sogenannte „Massive Online Open Courses“ sind in aller Munde. Firmen wie Coursera und Udacity und Initiativen wie edX (ein von Harvard und MIT initiiertes Projekt) bieten bereits Tausende von kostenlosen Vorlesungen an – mancher Student könnte vermutlich einen Schein bekommen, ohne jemals einen Hörsaal betreten zu haben.

Die Beliebtheit dieser Online-Lehrveranstaltungen rührt daher, dass zu den Millionen Texten und YouTube-Clips, die ohnehin schon im Internet zirkulieren, nunmehr Unmengen professionell gemachter Inhalte hinzukommen. So verringert sich auch das Risiko, auf YouTube einen Vortrag zu verfolgen und am Ende festzustellen zu müssen, dass der Dozent ein unseriöser Spinner ist. Bei aller Konzentration auf die Inhalte darf aber die andere Seite der zunehmenden Digitalisierung des Unterrichts nicht übersehen werden. Es geht schließlich nicht nur um Inhalte, denn die Infrastruktur des Lernens verändert sich ebenfalls, und auf dieser (weitgehend verborgenen) Ebene sind die Auswirkungen der Digitalisierung nicht ganz so offensichtlich.

Nehmen wir nur CourseSmart, den unangefochtenen Branchenführer bei Lehrbüchern und Unterrichtsmaterial in digitalisierter Form. Dieses Unternehmen, 2007 von Pearson und McGraw-Hill Education und anderen Verlagsgiganten gegründet, hat über zwanzigtausend elektro-

SILICON DEMOKRATIE



Von Evgeny Morozov

nische Lehrbücher im Angebot, das sind etwa 90 Prozent aller in Nordamerika verwendeten Lehrbücher. Diese Texte können online und offline am Computer, auf Tablets oder Smartphones gelesen werden. CourseSmart verfolgt globale Ambitionen. Wie kürzlich bekanntgegeben wurde, expandiert das Unternehmen in den Nahen Osten und nach Afrika, so dass seine Produkte auch in Ländern wie Saudi-Arabien und Zimbabwe erhältlich sind.

Anfang November wurde seine jüngste Innovation namens CourseSmart Analytics vorgestellt, ein Trackingsystem, mit dessen Hilfe verfolgt werden kann, wie lange sich Studenten auf jeder Seite eines elektronischen Buchs aufhalten, welche Kapitel sie überspringen, welche Passagen ihnen Mühe bereiten und so weiter. Aus all diesen Informationen wird für jeden Studenten ein „Engagement Score“ ermittelt, den Dozenten abrufen können. Die nächste Version des Systems wird über ein spezielles Dashboard verfügen, mit dem Verleger die Interaktion zwischen Student und Lehrbuch nachverfolgen können.

Für eine Prognose, ob sich dieses neue Instrument durchsetzen wird, ist es noch zu früh, aber drei amerikanische Universitäten haben sich bereits als Versuchskaninchen zur Verfügung gestellt. Die Idee ist nicht völlig abwegig, sondern im Grunde ganz vernünftig. Immerhin könnten Dozenten mit Hilfe dieses Features erkennen, wo Lehrbücher Schwierigkeiten bereiten, und Verlage könnten die betreffenden Passagen verständlicher präsentieren.

Allerdings hat das Projekt etwas Gespenstisches. Stellen wir uns eine Lehrveranstaltung vor, deren Teilnehmer sich mit George Orwells „Neunzehnhundertvierundachtzig“ beschäftigen, und zwar unter Verwendung elektronischer Lehrbücher, die sie bei der Lektüre ausspionieren. Oder nehmen wir Studenten, die solche „intelligenten“ Lehrbücher in einem Seminar über die Geschichte des sowjetischen Überwachungsapparats verwenden.

Von dieser Absurdität einmal abgesehen, stellt sich aber die Frage, inwieweit solche spionierenden Lehrbücher die Herausbildung kritischen Denkens beeinflussen. „Kritisch“ heißt ja auch, die Qualität unterschiedlicher Texte erkennen zu können, sich mitunter gegen vorherrschende Strömungen zu stellen und nicht bereit zu sein, gewisse Pflichttexte zu lesen. Studenten, die sich zu Anfang des 20. Jahrhunderts weigerten, eine Eugenikvorlesung zu besuchen, mögen gegen die akademische Ordnung verstoßen haben, mangelndes Interesse wird man ihnen kaum vorwerfen können.

Nicht jeder ist so aufmüpfig und selbstbewusst, dass er sich offen weigert, anstößige oder ausgesprochen langweilige Lehrbücher zu lesen. Manchmal ist der Widerstand passiv und weniger heroisch. Lehrbücher, die das Leseverhalten ausspionieren, werden die Studenten nicht auf magische Weise dazu bringen, den Stoff zu lesen (solange die Augenbewegungen nicht von eingebauten Systemen überwacht werden, kann man einfach umblättern, ohne die Seite gelesen zu haben), aber sie machen passiven Widerstand etwas schwerer.

Dass mit Hilfe von Nutzerdaten ein Engagement Score ermittelt wird, könnte auch den gegenteiligen Effekt haben. Manche Studenten sind mit dem Stoff vielleicht schon vertraut, müssen also nicht den ganzen Abschnitt lesen. Ihr Engagement Score wäre niedrig, aber das würde nichts über ihren Kenntnisstand sagen. Sobald Schulen und Prüfungsbehörden den Engagement Score als Beurteilungskriterium heranziehen, werden alle versucht sein, das System zu überlisten – beispielsweise die elektronischen Seiten möglichst oft aufschlagen. Das würde zu einem besseren Engagement Score führen, aber nichts über die Qualität des Unterrichts verraten. Woran immer unsere modernen Schulen kranken – ein Mangel an quantifizierten Lernzielen ist es jedenfalls nicht.

Vorstellbar ist auch, dass Staaten – nehmen wir nur Saudi-Arabien oder Zimbabwe – sehr gern wissen wollen, welche Abschnitte in Geschichtslehrbüchern die Studenten besonders langweilig oder interessant finden. Werden die Behörden ebenfalls ihr spezielles Dashboard bekommen, so wie Verlage und Lehrer?

Aber selbst in Demokratien muss gefragt werden, was mit den ganzen Daten geschieht, die die Studenten generieren – Klicks, Unterstreichungen, Umblättergeschwindigkeit. Diese Daten mögen banal scheinen, aber in Kombination mit anderen Daten – etwa Facebook-Freunden oder Google-Suchanfragen – können sie für Werbekunden und potentielle Arbeitgeber ausgesprochen wertvoll sein.

Auch hier besteht das Risiko, dass elektronische Lehrbücher – genauer gesagt, die Infrastruktur der Wissensvermittlung – zu mehr Konformität führen. Wenn damit zu rechnen ist, dass die individuellen Lesegewohnheiten in einer persönlichen Online-Akte verzeichnet werden (die potentielle Arbeitgeber sich nach dem Bewerbungsgespräch ansehen), werden Studenten es sich vermutlich zweimal überlegen, ob sie etwas Subversives oder nicht doch etwas Konventionelles lesen.

Und das gilt nicht nur für Firmen wie CourseSmart mit ihren virtuellen Lehrbüchern am Ende der Lieferkette. Es gilt auch, sogar noch mehr, für Amazon, Apple und Co., die die Geräte produzieren, auf denen die digitalen Lehrbücher gelesen werden, die oft von ebendenselben Unternehmen auf den Markt gebracht werden.

Diese großen Technologieunternehmen beeinflussen nicht nur, was Studenten lernen, sondern auch, wie sie lernen. Amazon beispielsweise hat kürzlich eine neue Plattform namens Whispercast vorgestellt, die es Schulen ermöglicht, die Funktionalität der von den Schülern verwendeten Kindles einzuschränken oder in Teilen zu blockieren. Man kann etwa den Zugang zu sozialen Netzwerken einschränken oder die Internetverbindung komplett sperren. Man kann auch beliebig viele Features des Kindles blockieren, weil sie angeblich ablenken.

All das mag kurzfristig sinnvoll sein, aber es spricht einiges dafür, dass Studenten und Schüler, die Nutznießer des „digitalen Zeitalters“, den Machtkampf mit Lehrern und Aufsichtsbehörden am Ende verlieren werden. Rasch auf dem iPad irgendetwas nachschlagen, ein unbekanntes Wort etwa oder eine historische Gestalt – damit könnte es bald vorbei sein.

Dann wäre eventuell das Ablenkungsproblem gelöst, aber man würde auch die Entwicklung von interaktiven, differenzierten Lernmethoden behindern, die, vernünftig eingesetzt, die Neugier der besten, aber schwierigsten Schüler befriedigen. Massiv kontrollierte E-Lehrbücher und E-Lesegeräte werden uns keinen zweiten Einstein bescheren.

Aus dem Englischen von **Matthias Fienbork.**

Dekoration oder Gast beim Gelage der Männer? Andréa Ferréol in „Das große Fressen“ von Marco Ferreri. Foto ddp

Alles frisst auf mein Kommando!

Vor vierzig Jahren wurde dem Publikum in Cannes „Das große Fressen“ serviert. Es war die Geburtsstunde des kulinarischen Kinos.

Von Daniel Kofahl

Als im Mai 1973 „La Grande Bouffe“ (Das große Fressen) bei den Internationalen Filmfestspielen in Cannes uraufgeführt wurde, verging vielen Zuschauern schlagartig der Appetit. Sie bekamen von dem Regisseur Marco Ferreri etwas vorgesetzt, das ihnen zugleich Magen wie Verstand umzudrehen schien. Es wird von Kinobesuchern berichtet, die sich übergeben mussten, einige fielen in Ohnmacht. Die staatlichen Zensurbehörden sahen in der cineastischen Kalorienbombe freilich auch einen direkten Anschlag auf die sowieso schon vom Zeitgeist arg in Mitleidenschaft gezogene bürgerliche Moral und auf die zivilisatorische Ordnung der Gesellschaft. Der Film wurde erst ab 18 Jahren freigegeben, das katholische Irland verbot gleich alle Aufführungen. Ein Erfolg wurde der Film trotzdem. Er gewann noch im Jahr seiner Premiere den Fipresci-Preis der internationalen Filmkritiker- und Filmjournalisten-Vereinigung, und ihn gesehen zu haben gehört heutzutage zur popkulturellen Allgemeinbildung. Zu Recht. Der Film ist ein Meilenstein der Filmgeschichte; und sein Thema ist immer noch aktuell.

Kulturverfall mit Haute Cuisine

Ein Richter, ein Fernsehproduzent, ein Flugkapitän und ein Koch, allesamt beruflich erfolgreich, ziehen sich in eine verlassene Pariser Villa zurück, um sich zu Tode zu fressen. Dies geschieht in einer Art und Weise, die einem selbstmörderischen Sturz von der Klippe kulinarischer Hochkultur gleicht. Kurzzeitig leisten einige Prostituierte den vier Männern Gesellschaft, doch die Dirnen ergreifen alsbald die Flucht. Zu verrückt, auf geradezu kuriose Art pervers, erscheint den Frauen das Männerquartett, das sich mit einer Mischung aus genusssüchtiger Schlemmerei und individueller Todeslust jeglicher strukturierenden Normativität vernünftiger Ernährungslehren entzieht. Die Haute Cuisine wird in „Das große Fressen“ zum verschwenderischen Gegenspieler von Gesundheit, Genügsamkeit und maßvoller, bürgerlicher Lebensfreude am Esstisch. Sie wird zum Todfeind des kulinarischen Kulturerbes einer auf Dauer angelegten Gesellschaft. Überleben wird die Orgie lediglich Andréa, eine frivole Lehrerin (Andréa Ferréol), die für einige Tage und Nächte den morbiden Gourmands Muse, Prostituierte und Sterbehelferin zugleich ist.

Man kann „Das große Fressen“ als die Geburtsstunde des kulinarischen Kinos bezeichnen. In ihm rückten das Essen und Trinken ins narrative Zentrum eines gesamten Films. Sogar das Sexuelle wurde auf einen dem Kulinarischen nachgeordneten Rang verwiesen. Wenngleich die aus der jüdisch-christlichen Tradition überlieferte Verwandtschaft der beiden Todsünden Völlerei und Wollust des Öfteren miteinander verwoben werden. Im ebenso schönen wie fleischigen Körper Andréas, die von allen vier Protagonisten hungrig begehrt wird, finden diese beiden obsessiven Lüste sodann ihre symbolische Vereinigung.

Natürlich wurde schon vor dem „Großen Fressen“ im Kinofilm gegessen. Gerade in den Filmen Federico Fellinis, besonders in seinem „Satyricon“ (1969), erhielten wenige Jahre vor dem „Großen Fressen“ Mahlzeiten zentrale Plätze in der filmischen Erzählung zugewiesen. 1972 spitzte sich dies bei Luis Buñuel sogar noch zu: In „Der diskrete Charme der Bourgeoisie“ geht es ebenfalls schon die ganze Zeit ums Essen, die Protagonisten kommen nur eigentlich nie dazu. Sie müssen im Dienst der Narration weitestgehend hungrig bleiben und dürfen nur ab und an von einigen Appetithappen träumen, bevor wieder etwas dazwischenkommt.

Im „Großen Fressen“ knurrt kein Bauch. Stattdessen muss man minutenlange Sequenzen der Völlerei ertragen. Beispielsweise wenn Michel (Piccoli) mit einem Berg Kartoffelpüree gefüttert wird und sich anschließend mit lautstarken Magenwinden plagt, die infolge weiterer Essexzesse schließlich zu seinem Tod führen. Oder der Zuschauer sieht, wie Ugo (Tognazzi) mit einer Kathedrale aus Schoko-Sahne zu Tode gestopft wird. Gelingt es den Filmstars zu Beginn des Films noch, gepflegte Konversationen zu führen und sogar den Gastrosophen Brillat-Savarin zu erörtern, so wird im Laufe des Film die Brüchigkeit der oberflächlichen zivilisatorischen Errungenschaften durch mehr und mehr Gegrunze, Gestöhne und andere primitive körperliche Geräusche deutlich, welche die Protagonisten von sich geben. Die analoge Magen- und Fäkalsprache des Organismus macht den dekadenten Verfall der dem Tode geweihten Männer sichtbar.

Keine Frage, der Film war und ist noch immer eine Provokation. Aber warum?

Zum einen kann „Das große Fressen“ als moderne, politische Hedonismuskritik verstanden werden. Diese Auslegung, wie sie beispielsweise von der Bonner Soziologin Judith Ehlert vertreten wird, sieht im Verhalten der Männer eine Analogie zur demonstrativen Verschwendungskultur der Überflussgesellschaft. Der Überdruss an Überproduktion und Luxus, der im kulinarischen Suizid mündet, ist so anstößig, weil sich beim Zuschauer immer das nur allzu bekannte Wissen um die konfliktträchtige, globale Hungerproblematik aufdrängt. Diejenigen, die sowieso schon mehr als genug besitzen, wollen immer schneller immer mehr. Bei schamlosen Wettessen und komatösen Trinkgelagen schert sich niemand um die gesunden Bedürfnisse des eigenen Körpers, und sie verweisen auf eine krasse Ignoranz gegenüber Fragen weltweiter Verteilungsgerechtigkeit. Dass die Folgekosten dessen, was die Überflussgesellschaft in sich hineinstopft, nicht dauerhaft externalisiert werden können, sondern irgendwo in verwandelter Form wieder zum Vorschein kommen werden, wird auf ekelerregende Weise ausgedrückt: Die Toilette der Villa geht kaputt, und die reichlich produzierten Exkremente der letzten Tage werden den Verursachern ins Haus zurückgespült.

Futtern ohne Reue

Eine andere Interpretation, unter anderen vom Wiener Philosophen Robert Pfaller stark gemacht, sieht in dem Film die gegenteilige Botschaft verpackt. In dieser Perspektive ist „Das große Fressen“ eine Aufforderung zum unbedingten passionierten Genuss. Der Skandal, den der Film auslöste und der die bürgerliche Gesellschaft anhaltend verstört, liegt demnach darin, dass Michel, Ugo, Marcello (Mastroianni) und Philippe (Noiret) im Angesicht ihrer kulinarischen Sinnestaumel weder Tod noch Teufel fürchten. Kein Gedanke wird an die in der Gegenwart omnipräsenten diätmoralischen Imperative und Mahnungen verschwendet. Es wird gerade nicht über Cholesterinspiegel, ungesättigte Fettsäuren, Ernährungspyramiden oder den Body-Mass-Index gegrübelt, nur, um schließlich die Lüste des Körpers einer puritanischen Selbstzucht zu unterwerfen. Stattdessen wird ohne Reue gekocht und gefuttert, was möglich ist und was schmeckt. Dazu wird philosophiert, gefühlt, geliebt und – ja, das auch – gestorben. Die inhumanen Seiten der Gegenwartsgesellschaft zu beseitigen, so ein Argument dieser Deutung, bedarf der Kultivierung einer Vision von einem furchtlosen guten Leben. Keine Angst vor den eigenen Sehnsüchten und dem eigenen Tod aus guten Gründen zu haben könnte einem die Kraft verleihen, kämpferisch für ein besseres Leben anderer zu streiten. Und „Das große Fressen“ geht in seiner normenzersetzenden Kraft immerhin nie so weit wie der ebenfalls 1973 erschienene Film „Themroc“ von Claude Faraldo. Dort gibt es gar keine Sprache mehr, und Michel Piccoli, der auch in „Themroc“ die Hauptrolle spielt, wird am Schluss gar zum Kannibalen: Der absolute Nullpunkt der menschlichen (Ess-)Kultur ist erreicht.

Brust oder Keule

1976 wurde der zweite Grundstein des kulinarischen Kinos gelegt: Claude Zidi drehte mit „L’aile ou la cuisse“ (Brust oder Keule) eine Kritik an industriell gefertigtem Convenience Food. Wobei er nicht vergaß, im gleichen Atemzug eine Parodie auf die oftmals selbstverliebten und sich allzu objektiv gerierenden Gourmets der Haute Cuisine zu formulieren. Die vom „Großen Fressen“ aufgeworfenen Fragen wurden durch weitere ergänzt. Die Debatte um die Form, in der die hochmoderne Gesellschaft ihre Ernährung organisiert, verschwand also mit zunehmendem weltweitem Wohlstand nicht, sondernd nun nahm sich ihrer sogar das Kino an, und zwar auf eine thematisch spezifische, aber in sich wiederum vielfältig differenzierte Weise.

Man muss keine verbindliche Deutung für einen Film wie „Das große Fressen“ finden. Es gilt, die Vielfalt der Perspektiven, die uns dieses Werk wie auch andere Filme des kulinarischen Kinos bieten, zu erkennen und mit ihnen die komplexen, nicht selten auch moralisch zu simplifiziert geführten Diskurse über die Ernährung der Menschen zu bereichern und zu reflektieren.

Daniel Kofahl ist Soziologe. Sein gemeinsam mit Gerrit Fröhlich und Lars Albereth herausgegebenes Buch „Kulinarisches Kino. Interdisziplinäre Perspektiven auf Essen und Trinken im Film“ erscheint im März im Transcript Verlag.

Huppert & Deneuve

Im Wettbewerb der Berlinale

Juliette Binoche, Catherine Deneuve und Isabelle Huppert kommen zur Berlinale – als Schauspielerinnen in Filmen der französischen Regisseure Bruno Dumont („Camille Claudel 1915“), Emmanuelle Bercot („Elle s’en va“) und Guillaume Nicloux („Die Nonne“), die im Wettbewerb des Festivals laufen werden. Aus den Vereinigten Staaten sind Beiträge von Steven Soderbergh („Side Effects“ mit Jude Law und Rooney Mara) und dem Kinodebütanten Fredrik Bond („The Necessary Death of Charlie Countryman“) gebucht, während Iran den Film „Closed Curtain“ entsendet, den der mit Berufsverbot belegte Regisseur Jafar Panahi gemeinsam mit seinem Kollegen Kambozia Patrovi gedreht hat. Aus Bosnien-Hercegovina kommt der Film „An Episode in the Life of an Iron Picker“ von Danis Tanovic. Das deutsche Kino ist mit Thomas Arslans Film „Gold“ (mit Nina Hoss und Lars Rudolph) und der internationalen Koproduktion „Layla Fourie“ von Pia Marais auf dem Festival vertreten, das vom 7. bis zum 17. Februar stattfindet. F.A.Z.

Lieber nicht

Andrés Orozco-Estrada sagt Köln ab

Ein neuer Rückschlag für die Kölner Kultur: Der kolumbianische Dirigent Andrés Orozco-Estrada möchte nicht Generalmusikdirektor der Stadt und Kapellmeister des Gürzenich-Orchesters werden. Den Ausschlag für die Absage hätte, so erklärte Kulturdezernent Georg Quander, „die Unklarheit über die Kölner Rahmenbedingungen“ gegeben, zu denen vor allem Unwägbarkeiten bei der Oper gehören: Das Haus wird bis 2015 saniert. Zuletzt hatte es Spekulationen über eine Fusion mit Bonn gegeben. Der Kulturdezernent hält den 1977 in Medellín geborenen und seit 1997 in Wien lebenden Musiker, mit dem er ein halbes Jahr lang verhandelt hat, für die „Idealbesetzung“. Andrés Orozco-Estrada, der Chefdirigent des Tonkünstler Orchesters Niederösterreich und des Baskischen Nationalorchesters ist, hatte vor etwa einem Jahr erstmals mit dem Gürzenich-Orchester zusammengearbeitet. Die Suche nach einem Nachfolger von Markus Stenz, der Köln 2014 verlässt, möchte Quander nun einer Findungskommission übertragen, da seine Amtszeit am 31. Mai endet. aro.

Europas Vielfalt

Akademie für Sprache will mitreden

Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung hat die Dialogreihe „Europäische Begegnungen“ ins Leben gerufen. In den Veranstaltungen sollen Dichter und Kritiker, Historiker und Literaturwissenschaftler, Übersetzer und Musiker aus den Akademien über unterschiedliche Themen der europäischen Gegenwart debattieren: über den Umgang mit der Geschichte, gewandelte Vorstellungen von Bildung und die Möglichkeiten einer europäischen Kulturpolitik, über Fragen der Sprache und Dichtung und die eigene literarische Arbeit. Mit der Reihe möchte die Akademie, die sich hierzu mit anderen europäischen und deutschen Literatur- und Sprachinstitutionen zusammengetan hat, europäische Einrichtungen vorstellen und ein Forum intellektueller Begegnungen eröffnen. Zum Auftakt führen Simon Armitage und Jan Wagner am 16. Januar im Münchner Lyrikkabinett ein Gespräch zur Lage der Lyrik. Am 23. Januar diskutieren A. L. Kennedy und Ingo Schulze in der Berliner Akademie der Künste über „Literatur und Politik“, Fortsetzung folgt. F.A.Z.

Feuilleton

Tatort Komödie

Deutsche Boulevardszene: Furtwänglers Bühne

Beinfreiheit für Maria Furtwängler mit Telefonanschluss für Pasquale Aleardi in Neil Simons „Gerüchte . . . Gerüchte . . .“ Foto dpa

Wer in Berlin lebt, wird eher über kurz als über lang bescheiden. Und freut sich deshalb schon über kleine Dinge. Zum Beispiel, dass die S-Bahn im Sommer fährt. Oder dass die S-Bahn im Winter fährt. Oder dass bislang kaum Schnee gefallen ist, weswegen auch dessen Beseitigung passabel klappte. Oder dass sich die bundesweit als „Tatort“-Kommissarin bekannte und beliebte Maria Furtwängler entschlossen hat, ihr Bühnendebüt nicht in München, Hannover oder Lüneburg, sondern im Theater am Kurfürstendamm zu geben.

So groß war die Freude allerdings dann doch wieder nicht: keine campierenden Fans vor den Kassen, keine hysterischen Groupies vor dem Eingang, keine Schwarzhändler mit verschwörerischen Blicken. Es waren jedoch – Promi-Alarm! – ungewöhnlich viele Fotografen und Kameraleute angerückt und stritten sich vor der Premierenparty mit den Sicherheitsleuten darüber, wie nahe sie dem abgetrennten VIP-Bereich kommen durften. Im Saal saßen nämlich neben Furtwänglers Ehemann Hubert Burda etwa Ursula von der Leyen, Friede Springer, Helmut Markwort, Klaus Wowereit, Udo Walz, Rolf Hochhuth und Jürgen Flimm. Dazu vor allem das übliche Boulevardtheater-Publikum: gespannt, aber nicht außer Rand und Band.

Nachdem am Ende für den Star der Veranstaltung Rosen Richtung Bühne flogen, die vorher an Freunde, Bekannte und Geschäftspartner verteilt worden waren, hörte der Applaus sehr bald auf. Da hat man in diesem Haus schon ganz anderes und ausgiebige Klatschmärsche erlebt, wie für Katharina Thalbach, Katja Riemann oder Walter Plathe.

Dabei war Estera Stenzels und Adrian Castillas Inszenierung von Neil Simons Komödie „Gerüchte . . . Gerüchte . . .“ aus dem Jahr 1988 zwar mitunter schwunglos und einigermaßen bieder, jedoch *in summa* nicht wirklich schlecht. Der Autor bezeichnet sein Stück als „elegante Farce“ – mit vier Ehepaaren aus der New Yorker Upperclass. Sie verbringen in der Villa des stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt, der seinen zehnten Hochzeitstag mit ihnen feiern will, einen extrem skurrilen Abend – und mit ihnen die Zuschauer, die bis zum Schluss nicht genau erfahren, warum sich der Gastgeber ins Ohrläppchen geschossen hat, ob die Gastgeberin ein außereheliches Verhältnis pflegt, oder wohin die Dienstboten verschwunden sind, die in der Küche netterweise Leckereien wie Schinken in Brotteig und geräucherte Putenbrust zum Auftauen liegen ließen.

Die acht Schauspieler in ihrer feschen Ausgehgarderobe arbeiten sich redlich an den witzigen Dialogen und den durch Verwechslungen, Lügen, Heimlichkeiten und groben Unfug hervorgerufenen blitzschnellen Situationswechseln ab. Die Betriebstemperatur der Aufführung freilich ist von jedem Siedepunkt weit entfernt, doch sinkt sie nie unter null. Hätte man nicht gewusst, dass die leuchtend blau gewandete Bühnennovizin Maria Furtwängler der Star in diesem Ensemble der Namenlosen sein sollte, wäre man allein durch ihre künstlerische Leistung nicht darauf gekommen. Je mehr sie sich mühte, eine etwas einfältige Anwältin darzustellen, die bei jedem Telefonklingeln erschreckt „Aaaah!“ kreischt, desto deutlicher wurde ihr Bestreben, endlich einmal anders als ihre kühle niedersächsische Fernsehkommissarin zu erscheinen.

Es blieb beim Bestreben. Immerhin drängte sie sich gegenüber den erfahreneren Kollegen nicht in den Vordergrund. Dem Theater tut der berühmte Name bestimmt gut, die Hütte wird wochenlang voll sein. Aber das ist die S-Bahn auch. IRENE BAZINGER

Ein Lehrstück des Subversiven

Die englische Fernsehserie „Yes Minister“ wird fortgesetzt. In den achtziger Jahren hat sie uns vermittelt, wie Politik funktioniert. Eine Episode wie „The Greasy Pole“ ist Literatur und Wissenschaft zugleich.

Was ist „Yes Minister“? Äußerlich betrachtet, handelt es sich um eine BBC-Fernsehserie, geschrieben von zwei Journalisten, Jonathan Lynn und Antony Jay, publiziert bei BBC Books in den früheren und mittleren achtziger Jahren, zwei Bände mit den „Diaries of the Rt. Hon. Jim Hacker“. Im ersten Band ist er ein gewöhnlicher Minister im Kabinett, im zweiten Premierminister. Und nun wird dieser Klassiker der Fernsehserien fortgesetzt. Für den britischen Sender Gold wird gerade in alter Besetzung gedreht; die neuen Folgen sollen noch in diesem Jahr in England ausgestrahlt werden.

Im Mittelpunkt von „Yes Minister“ steht Sir Humphrey Appleby, Hackers Staatssekretär, der zu den vierzig Beamten gehört, die – wie überall in der Welt – den Staat regieren. Das ist eine Wahrnehmung, die der scheinbar ganz weltfremde Franz Werfel einmal für österreichische Regierungsverhältnisse fixiert hat. Dazu passen die Themen der Serie: Staatsgeschäfte, versetzt mit diffizilen Kommunikationen, die ins Höchstpersönliche reichen. Dies umso mehr dort, als die verborgene Psychologie der Macht – durch individuelle Interessen pervertiert und zugleich entdramatisiert – den Ausschlag gibt. Drohende Bankzusammenbrüche, Krankenhausfinanzierung, telefonische Überwachung hoher Politiker, Bestechung im Ausland, Truppenverlagerungen, terroristische Drohungen, Interventionen in Krisengebieten und Ähnliches mehr sind Anlass für diese Begegnungen.

Der Mittelpunkt ist 10 Downing Street, der Amtssitz des britischen Premiers, und dort meistens das Büro des Ministers, oft aber auch der etwas kleinere Raum von Sir Humphrey. Subversivität und Argumente ad absurdum geben den Ton an. Dafür liefert der Dritte im Bunde, Bernard Wolley, Privatsekretär des Ministers, freundlich-sarkastische Miniaturen, während Sir Humphrey distanziert-sardonisch strittige Prinzipien balanciert und Hacker selbst sich mit einer Mischung aus echter und gespielter Naivität in den Fallen verliert, die Humphrey ihm stellt, aus denen er sich aber auch wieder befreit, manchmal mit der Genialität dessen, der nichts weiß, hin und wieder aber auch mit plumper Chuzpe.

Witz steckt in jeder Minute. Aber das Erstaunliche sind der latente Ernst und, ja fast möchte man sagen, die Treuherzigkeit, ein diskret larvierter Patriotismus aller Beteiligten.

Wer die bald anstehenden neuen Folgen richtig genießen möchte, tut gut daran, sich die alten noch einmal zu vergegenwärtigen. Dreißig Jahre sind vergangen, doch es schreiben wieder dieselben Autoren. In der Episode „The Greasy Pole“ geht es um Fabriken und Umweltschutz. Ein neues Chemieprodukt soll auf den Markt. Es heißt Metadioxin. Weil die Katastrophe von Seveso auf der Verwendung von Dioxin beruhte, verbreitet sich Misstrauen, und es gibt Proteste. Sie beeindrucken den Minister, und er sagt: „It's the people's will. I am their leader. I have to follow them.“ Das ist entwaffnend. Wozu noch Politikwissenschaft? Sie denunziert nur den Zirkelschluss, wie ihn Graf Kielmansegg einmal geboten hat: „Repräsentative Demokratie ist *responsible government* in einem besonderen, im demokratischen Sinn: Vor der Gesamtheit der Bürger zu Verantwortendes wird von der Gesamtheit der Bürger kontrolliertes Regieren.“

Das Dilemma verschiebt sich, wenn man es für die direkte Demokratie formuliert, denn der Freiheit des Repräsentanten könnte man vielleicht noch eine Art selbstreferentieller Ursprünglichkeit zubilligen. „Pluralismus“ heißt das neue Zauberwort, nicht zuletzt in europäischen Kontexten. „Sekundäre Normenwelt“, „Recht ohne Staat“ oder „Selbstregulierung“ sind andere Wendungen, die der Identität von Regierten und Regierenden näher kommen wollen. Anerkennung und Konsens stiften die Vermittlungen.

Foto Cinetext

Er war der Herr im Ministerium für Verwaltungsangelegenheiten, in dem „Yes Minister“ spielte: Paul Eddington als Minister James Hacker und Diana Hoddinott als Annie Hacker, seine Frau.

Allerdings fehlt noch die Antwort auf die Frage, was den logischen Status der substantiellen Argumente ausmacht, die den Verständigungsbetrieb leiten. Denn es kann ja nicht so sein, dass man wechselseitig im sich entwickelnden Konsens darauf lauert, was die anderen gerade wollen, und danach sein eigenes Wollen richtet, vergleichbar der perplexen Situation, die entsteht, wenn alle gleichmäßig dem christlichen Gebot folgen wollen, dem Gegner die Wange hinzuhalten. Nur in dem Glauben, dass sich das bessere Argument durchsetzt in der – womöglich idealen – Sprechsituation, entkommt man der Aporie. Das ist mit dem Zugeständnis verbunden, wechselseitige Anerkennung und Konsenssuche seien nichts anderes als ein besonderer Weg zu Wahrheit und Gerechtigkeit; allein die Demokratie verbürge die richtige Entscheidung.

Demokratie nur als Methode ist jedoch halbherzig. Vielmehr sollte doch wohl der Volkswille die letzte objektive Instanz sein. Aber wie ist er zu erkunden, und was macht man mit divergierenden Gruppeninteressen? Soll man sich also mit der halbierten Vernunft zugunsten der Demokratie abfinden oder die Demokratie als einen Mythos auffassen, dessen geheimer Botschaft man – sogar im Wahlkampf – lauschen muss, um sie dann in leitender Stellung zu verkünden?

Für Hacker geht es in „The Greasy Pole“ um die nicht genau lokalisierbare Stelle zwischen dem Willen des Volkes und seiner eigenen Entscheidung. Er würde natürlich gern die Industrieförderung, die mit dem neuen chemischen Stoff verbunden ist, auf seinem Konto verbuchen. Doch tritt ihm die Abgeordnete Joan Littler aus dem Wahlkreis entgegen, in dem diese Produktion stattfinden soll. Sie befürchtet, dass der Partei Wähler abhandenkommen, und ohne den Sieg der Partei bei der nächsten Wahl könne er, Hacker, nicht Minister bleiben. Dementsprechend werden die zu erwartenden Pressestimmen ausfallen, wenn der Plan durchgeführt wird.

Wo liegt das Gemeinwohl, und wer definiert es? Was ist die Basis seiner demokratischen Legitimation? Dass es um Stimmen gehe, lehnt Hacker entrüstet ab. Als der Leiter des Projekts, Sir Wally McFarlane, ihm erklärt, der neue Stoff sei chemisch ganz einwandfrei, meint er „chemisch vielleicht ja, aber nicht politisch“. Der – hochgerechnet – zu erwartende Sturz der Regierung würde durch die in Gang gesetzte, Arbeitsplätze schaffende Produktion nicht kompensiert. Deshalb sucht Hacker nach einer Möglichkeit, die Produktion zu verbieten und dennoch nicht als jemand dazustehen, der lediglich das vordergründig Populäre tut. Der Dschungel der Abwägungen, in den er jetzt gerät, wird undurchdringlich. Was die wirklich demokratische Entscheidung wäre, vermag keiner zu sagen. Niemand weiß das besser als Hacker selbst.

Warum er dann so daran interessiert sei, den titelgebenden „greasy pole“ zu erklimmen, fragt Sir Humphrey zuletzt. Und nun passiert das Überraschende: Hacker weist diesen Vorwurf nicht zurück, sondern sagt einfach, „because it's there“, und verschwindet. Während Sir Humphrey fassungslos zurückbleibt, ist für Hacker „the greasy pole“ das Go-between eines sich aus kurzfristigen und langfristigen Prognosen zusammensetzenden Kompromisses, den keine Theorie aufschlüsseln kann.

Kann es aber die Kunst? Die Frage darf gestellt werden, denn „Yes Minister“ ist veritable Literatur. Man kann das natürlich nicht beweisen. Vor kurzem ist auf einer Germanistentagung das von Hans-Ulrich Gumbrecht und anderen präsentierte Kriterium der „Stimmung“ diskutiert worden, das mit dem biederen Fleiß der Hermeneutik bis hin zur „Wut des Verstehens“ (Schleiermacher) konkurriere. Auch von Präsenz war die Rede, „Yes Minister“ und „Yes Prime Minister“ erfüllen diese speziellen Forderungen: Dafür stehen das Tagebuch als Fiktion, satirische Zuspitzungen, die Doppelbödigkeit fast jeder Äußerung, die Ironie mit Gegenübertragung in den Dialogen und die Imagination unbarmherziger Wahrheitsfindung in den Klammerbemerkungen der „Herausgeber“.

Wie geht es aus? Worauf verfällt Hacker? Er trifft „zufällig“ Professor Henderson, dessen Gutachten die Grundlage für die Freigabe der neuen chemischen Substanz ist, und konfrontiert ihn mit Fragen, die dieser nicht beantworten kann und deshalb das Gutachten durch einen Schlusssatz ergänzt, der die zeitliche Begrenztheit seiner Aussage betont. Unübertroffen ist der Einfall der Herausgeber-Autoren, den Minister für sein Fragespiel ein Schema benutzen zu lassen, das ausgerechnet Sir Humphrey ihm an die Hand gegeben hat, nicht ahnend, dass der Minister es gegen ihn, der für die uneingeschränkte Übernahme des neuen Produkts ist, verwenden wird.

Hat Hacker mit seiner von maliziösen Unterstellungen nicht freien Beeinflussung des Gutachters, dessen der Presse mitgeteilter Zusatz sofort dazu führt, dass die Produktion aufgegeben wird, nun „the greasy pole“ erklommen? Ist das ein kreativer Umgang mit Paradoxien, so wie ihn jüngere Experten empfehlen? Dass Hacker auf diese Weise aus der Schusslinie kommt und es tatsächlich fertigbringt, jene drei kleinen Sätze miteinander in Harmonie zu bringen, ist der literarische Effekt. Die Texte erfinden nichts, ihre Versatzstücke entstammen der Wirklichkeit. Aber sie wird nicht rekonstruiert, sondern in ein neues Medium überführt, das Probleme zu lösen hilft, denen „Vernunft und Wissenschaft“ nicht gewachsen sind. Die Episoden von „Yes Minister“ und „Yes Prime Minister“ führen das vielfältig vor. „The Greasy Pole“ ist eine Einladung, schnell noch die anderen Episoden zu lesen und die DVDs anzusehen. KLAUS LÜDERSSEN

Der Verfasser, einer der bekanntesten deutschen Rechtssoziologen, lehrte Strafrecht und Rechtsphilosophie in Frankfurt am Main.

Briefe an die Herausgeber

Die Verunglimpfung der Ärzte

Zu „Bahr zögert mit strengeren Regeln – Gesundheitsminister bremst im Kampf gegen korrupte Ärzte“ (F.A.Z.-Wirtschaftsteil vom 3. Januar): Es ist schon erstaunlich, wie der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen zusammen mit SPD und Union zum Jahresbeginn zu einem neuen Rundumschlag gegen die Ärzteschaft ausholt, um davon abzulenken, dass mittlerweile fast 25 Milliarden Euro der Versicherten in mittelalterlicher Gutsherrenmanier gehortet werden. Anstatt die Ärzteschaft jedes Quartal auf das übelste abermals durch gezielte Medienkampagnen zu diffamieren um die Bevölkerung durch das Schüren von Ressentiments gegen einen ganzen Berufsstand zu manipulieren, sollte gerade im Wahljahr nicht von der eigentlichen Problematik abgelenkt werden: Die Krankenkassen schwimmen im Geld und übernehmen für ihre Versicherten immer weniger Leistungen: Nicht die Leistungserbringer machen das Gesundheitssystem krank, sondern die Verteidigungsstrategie der Machtposition der gesetzlichen Krankenkassen im Gesundheitssystem.

Sämtliche Verunglimpfungskampagnen des Spitzenverbandes der Krankenkassen konnten ja auch 2012 allesamt entkräftet werden, dies freilich ohne große Medienpräsenz: Mir ist während meiner langjährigen beruflichen und gesundheitspolitischen Tätigkeit kein einziger Kollege bekannt, der von der Pharmaindustrie außer ein paar Kugelschreibern irgendwelche relevanten Zuwendungen erhalten hat. Hierzu gibt es außer ein paar dümmlichen Behauptungen von Karl Lauterbach und Jens Spahn ebenso wenig wissenschaftlich fundierte und nachvollziehbare Studien und Daten wie zur „Fangprämienkampagne“ vom letzten Sommer. Wohl aber konnte zwischenzeitlich wissenschaftlich bewiesen werden, dass die kürzlich draufgesetzte Diffamierungskampagne bezüglich „unnötiger Operationen aus ökonomischen Gründen“ nicht länger haltbar ist und ebenfalls manipuliert war! Anstatt hierüber zu berichten, machen sich die Medien erneut zum Lakaien von Krankenkassen, SPD und Union: Durch die Darstellung der Ärzteschaft als Feindbild denkt der politisch korrekte Gutmensch nicht daran, dass er auf die illegal zurückgehaltenen Unsummen im Gesundheitswesen eigentlich Ansprüche hat, zumindest soll er nicht vor der Bundestagswahl daran denken. Krankenkassen, SPD und Union instrumentalisieren sich also gegenseitig.

Die Krankenkassen würden die Versicherten also lieber alle auf Krücken gehen lassen, als sich einzugestehen, dass medizinischer Fortschritt auch mit eine Steigerung der Lebensqualität verbunden ist und eine wesentlich schnellere Rückkehr in das Berufsleben zur Folge hat und somit dem System erheblich Geld spart. Gesundheitspolitisch bringt es nicht viel, erneut eine unsachliche Medienkampagne gegen die Ärzteschaft loszutreten: Es gilt vielmehr zu überdenken, ob der Versicherte nicht enorm profitieren würde, wenn in Zeiten von Überschüssen die Budgetierung medizinischer Leistungen deutlich verringert werden würde mit der Folge geringerer Rationierung medizinischer Leistungen für die Patienten. Auch sollte darüber nachgedacht werden, den Gesundheitsfonds abzuschaffen, damit die Kassen wieder Beitragsautonomie erhalten und der Wettbewerb unter den Kassen zum Nutzen der Versicherten gefördert wird. Dringend erforderlich ist darüber hinaus die Schaffung einer interessensunabhängige Qualitätsüberwachung und Kontrollinstanz im Gesundheitsbereich, da die Krankenkassen den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) ja direkt steuern und auch die Politik. Allein durch haltlose und nicht zu beweisende Verunglimpfung eines Berufsstandes in der Öffentlichkeit kommt der Versicherte nicht zu seinem Recht.

DR. MED. MATTHIAS SCHRÖDER, MÜNCHEN

Engpässe in der Energieversorgung

Zum Gespräch mit Ivo Gönner, dem Präsidenten des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU) „Es läuft einiges schief mit der Energiewende“ (F.A.Z.-Wirtschaftsteil vom 3. Januar): Aufgrund des Atomausstiegs sieht Ivo Gönner Engpässe in der Energieversorgung in verschiedenen Regionen Deutschlands kommen, die neben den erneuerbaren Energien nicht auf herkömmliche wie zum Beispiel Kohle und Gaskraftwerke zurückgreifen können. Im Interesse der Bürger sollten die zuständigen Kommunalverwaltungen stabile und bezahlbare Energielieferungen gewährleisten. Dies gilt auch für unser Rhein-Main-Gebiet mit Millionen Menschen und Betriebsstätten. Mit Bedauern vernahm man kürzlich von Eon das Aufgeben des Plans einer neuen modernsten Blockanlage im Kraftwerk Staudinger Großkrotzenburg. Am Tag der offenen Tür, dem 12. August 2012, hätte sich jeder Laie von der kaum belastenden Effizienz eines Kohle- und Gaskraftwerks überzeugen können. Bei der Kohleverbrennung werden entstehende Nebenstoffe wie zum Beispiel Schwefel, der zur Gipsherstellung in der Bauindustrie benötigt wird, oder sonstige Chemikalien an Ort und Stelle abgezweigt und an andere Industrien, die diese verarbeiten, weitergeleitet. Auch anfallender Ruß und Stickstoff finden anderweitige Verwendung. Das aus hohen Schornsteinen entweichende gefilterte Rauchgas wird mit seinem CO_2-Gehalt von der Phyllosphäre der Natur angenommen. Das Blattgrün der Pflanzen vermittelt durch Photosynthese die Umwandlung des Kohlenstoffes von CO_2 in Kohlehydrate der Pflanzen, die diese zum Wachsen und zum Lebenserhalt benötigen.

Gönner hat in seinem Gespräch mit Andreas Mihm auf die zwingende Verlässlichkeit und auf die erforderliche Koordination von erneuerbaren Energien mit bewährten konservativen Energieproduktionsstätten hingewiesen. Dieser Gedanke bedarf einer intelligenten und sehr dringlichen Verwirklichung.

HILDE ECKERT, FRANKFURT AM MAIN

Die meisten Manager sind verantwortungsbewusst

Zu „Manager belasten den Ruf der Wirtschaft“ (F.A.Z.-Wirtschaftsteil vom 22. Dezember): Selbst ein „Manager“, verwahre ich mich gegen die in der Überschrift des Artikels enthaltene Botschaft. Die allermeisten Manager in Deutschland handeln verantwortungsvoll und arbeiten hart, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen im globalen Kontext zu erhalten und zu verbessern. Sie sichern damit Arbeitsplätze, Volkseinkommen und Steueraufkommen. Mir ist nicht bekannt, dass die Zahl der „schwarzen Schafe“ höher wäre als in anderen Berufsgruppen. Woran liegt es dann, dass das Ansehen dieser Berufsgruppe auf einem der unteren Plätze liegt? Werden hier Einzelfälle benutzt, um eine gesellschaftspolitische Neiddiskussion zu schüren? Spielen hier nicht auch die Medien eine Rolle, die in häufig vereinfachender und populistischer Weise diesem Meinungsbild Vorschub leisten und Sachverhalte verbinden, die nichts miteinander zu tun haben?

Es ist klar, dass vereinzelte Auswüchse bei der Arbeit von Managern diskutiert und korrigiert werden müssen – allerdings bitte auch bei allen anderen gesellschaftspolitisch relevanten Berufsständen. Ich warne aber davor, die Gestaltungsgrenzen dabei zu eng zu setzen, da Entscheidungsspielraum unabdingbar für erfolgreiches unternehmerisches Handeln ist. Von diesem Handeln haben gerade in den letzten Jahren unser Staat und unsere Gesellschaft nicht schlecht gelebt.

HANS LAMPERT, GÜTERSLOH

Die Altersarmut und ihre Ursachen

Im Gespräch mit Klaus Schroeder, Zeithistoriker an der Freien Universität Berlin „Armutsforschung ist weitgehend politisch motiviert“ (F.A.Z.-Wirtschaftsteil vom 21. Dezember), werden die Fehler in der politisch motivierten Armutsforschung erfreulich deutlich offengelegt. Zu ergänzen ist lediglich noch, dass die Ausrichtung der Armutskriterien an einem Prozentsatz des Durchschnittseinkommens schon mathematischer Unfug ist: Man braucht nicht die höhere Mathematik zu bemühen, um festzustellen, dass auch bei einer Verdoppelung aller Einkommen der als Armutsgrenze definierte Prozentsatz zur gleichen Armutsquote führt.

Eine wesentliche Ursache für Altersarmut ist die während des Berufslebens häufig zu Lasten der privaten Altersvorsorge gepflegte Konsumbereitschaft, die mit dem Einkommen nicht vereinbar ist; man denke beispielsweise nur an die Unsummen, die Fußballfans für den Besuch von vor allem auswärtigen Fußballspielen ausgeben. Die entstehenden Lücken im Alterseinkommen der Allgemeinheit anzulasten ist äußerst unsozial.

VOLKER SCHUMANN, RONNENBERG

Aus der Geschichte lernen

Zum Beitrag von Tilman Spreckelsen „Wir wollen vorlesen und nichts erklären müssen“ (F.A.Z.-Feuilleton vom 10. Januar): Keine Negertaler, keine Negerküsse, kein Negerkönig und bald vielleicht auch keine „Zehn kleinen Negerlein“ mehr – in welchem Alter sollen unsere Kinder eigentlich zum ersten Mal mit der unverstellten Vergangenheit in Berührung kommen? In diesem Zusammenhang fällt mir Winston Smith ein, der Held von George Orwells 1949 veröffentlichtem dystopischen Roman „1984“. Winston Smith tut den ganzen Tag nichts anderes, als längst erschienene Zeitungsartikel, Bücher und auch Fotos der politischen Korrektheit des jeweiligen Tages entsprechend umzuschreiben oder zu retuschieren; Un-Personen hat es einfach nie gegeben.

Um wie vieles verantwortungsbewusster war doch die Lösung des Oetinger-Verlags, die Geschichte mit einem großen G durch eine Fußnote weiterleben zu lassen! Man kann aus der Geschichte nicht lernen, wenn man sie totschweigt.

LORE DE CHAMBURE, PARIS

Eindringlich abgeraten

ZDF weist Vorwürfe zu „Wetten, dass . .?“ zurück

Das ZDF hat die Vorwürfe gegen die Show „Wetten, dass . .? wegen vermeintlicher Schleichwerbung zurückgewiesen. Dem Sender lägen „keine Erkenntnisse darüber vor, dass im Zusammenhang mit der Präsentation von Gewinnspielpreisen Schleichwerbung“ stattgefunden habe. „Einflussnahme von Dritten auf redaktionelle Entscheidungen gab es nicht.“ Schon 2004 habe man „strenge Regeln zur Verhinderung von Schleichwerbung eingeführt“.

Der „Spiegel“ hatte von recht weitgehenden Verabredungen über die Art und Weise und den Wortlaut der Anpreisung von Gewinnen bei „Wetten, dass . .?“ in einem Vertrag berichtet, den die Vermarktungsfirma Dolce Media mit dem Autohersteller Daimler für die Jahre 2003 bis 2006 abgeschlossen habe. Dolce Media wird von Christoph Gottschalk geführt, dem Bruder des langjährigen Moderators Thomas Gottschalk.

Dolce Media, so das ZDF, sei nicht „berechtigt, das ZDF gegenüber Dritten zu verpflichten“. Der zitierte Entwurf eines Marketingvertrages enthalte Passagen, „die zumindest den Eindruck erwecken, dass Dritte versucht haben könnten, auf redaktionelle Entscheidungen Einfluss zu nehmen“. Es gebe aber keine Hinweise, dass eine tatsächliche Einflussnahme auf Grundlage dieses Vertrages auf die Präsentation bei „Wetten, dass . .?“ stattgefunden habe.

Vom „Spiegel“ als solche auch ausgewiesene Spekulationen über den Unfall des Wettkandidaten Samuel Koch (der mit der Präsentation bestimmter Autos zu tun gehabt habe, über die der junge Mann sprang und sich dabei schwer verletzte) wies das ZDF ebenfalls zurück und verwies auf die hernach von einem unabhängigen Gutachter geleistete Untersuchung des Geschehens.

Der Anwalt von Thomas Gottschalk teilte derweil mit, der Moderator habe weder, wie in dem betreffenden Artikel behauptet, „einen Mercedes zur Verfügung gestellt bekommen“, noch habe er „jemals privat eines der Audi-Modelle genutzt“, mit denen er abgebildet werde. Was Thomas Gottschalk persönlich schwer treffe, sei der im „Spiegel“ vermittelte Eindruck, „er habe aufgrund von Verträgen oder Gewinnstreben den verunglückten Wettkandidaten Samuel Koch in seiner Fahrzeugwahl bei der verhängnisvollen Wette beeinflusst“.

„Das Gegenteil ist der Fall“, sagte Thomas Gottschalk: „Ich habe bei der Probe am Tag vor der Sendung Samuel eindringlich abgeraten, über eine Limousine zu springen, und ihn mehrfach beschworen, sich mit den kleinen Smarts zufriedenzugeben. Michelle Hunziker hat versucht mich dabei zu unterstützen. Ich wünschte nichts sehnlicher, als dass Samuel damals auf uns gehört hätte.“ miha.

Falschmitteilung

Der NDR und der Kika-Skandal

Der NDR hat wegen einer gefälschten Pressemitteilung Strafanzeige gestellt. Ende vergangener Woche kursierte eine Meldung, der zufolge der Programmdirektor des Senders, Frank Beckmann, wegen staatsanwaltlicher Ermittlungen beurlaubt worden sei. Dass gegen Beckmann ermittelt wird, stimmt; dass er beurlaubt ist, stimmt nicht. Und auch die Absenderadresse des Papiers stimmte nicht, es handelte sich um eine Fälschung, die professionell gestaltet war. Man habe bislang zumindest feststellen können, dass es sich um eine Fälschung von außen handele und nicht jemand das System des Senders gehackt habe.

Die Ermittlungen gegen Beckmann waren Ende vergangener Woche durch das NDR-Magazin „Zapp“ publik geworden. Die Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt gegen ihn wegen mutmaßlich falsch ausgestellter Rechnungen, die beim Kinderkanal Kika 2008 bis 2010 gestellt wurden, als Beckmann dort Geschäftsführer war. Gegen insgesamt vier Personen richten sich die Ermittlungen, es geht um insgesamt 100 000 Euro, die für eine Betriebsfeier und für Personal anfielen, aber als Produktionskosten abgerechnet wurden. Aufgefallen ist das im Rahmen der gegen den einstigen Kika-Herstellungsleiter Marco K. gerichteten Ermittlungen. Dieser ist inzwischen wegen Untreue und Bestechlichkeit mit einem Schaden von 8,2 Millionen Euro vom Landgericht Erfurt zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Der amtierende Kika-Geschäftsführer Steffen Kottkamp wurde beurlaubt, der für den Kika bei der ARD zuständige MDR hat den zuständigen Revisor von seiner Aufgabe entbunden. Beckmann sagte, er sei sich keiner Schuld bewusst und werde die Behörden bei der Aufklärung unterstützen, der NDR-Justitiar Werner Hahn hatte gesagt, es gelte die Unschuldsvermutung. miha.

Ihre Eltern glauben, Fee (Paraschiva Dragus) werde es in Deutschland gut ergehen. Sie wissen nicht, dass sie ihre Tochter an die Hölle verkauft haben. Foto BR/Stephan Rabold

In der Parallelwelt der Schande

Die ARD zeigt einen Film, der keine Gnade kennt: „Operation Zucker“ handelt von Kindern, die als Sexsklaven verkauft werden.

Fee und Bran. Wie poetisch das klingt, irgendwie nach Märchen. Zwei rumänische Kinder, vielleicht zehn Jahre alt. Wie Hänsel und Gretel. Wenn es doch bloß eine Hexe gäbe und alles gut werden könnte wie bei den Grimms. Aber Rainer Kaufmanns (Regie) und Philip Kochs (Buch) Film „Operation Zucker“ nach einer Idee und der Recherche von Gabriela Sperl und Rolf Basedow ist kein Film, bei dem das Wünschen noch hilft.

Zugrunde liegen tatsächliche Ereignisse, wirkliche Strukturen und Netzwerke – existierendes, wohlorganisiertes Verbrechen mitten in Europa. Nüchtern gefilmt, lässt der Film seinen Figuren und den Zuschauern zwar zwischendurch Hoffnung, aber keine Chance. So eingefroren sieht das winterliche Berlin hier aus, dass es gleichzeitig trostlos realistisch und wie die Metapher eines kinderfressenden Molochs wirkt (Kamera Morten Soborg). Die Ernüchterung dieses Films über Kinderhandel und -zwangsprostitution steckt schon in der Stimmung, die seine Bilder vermitteln.

Weitgehend verzichtet die Inszenierung auf die übliche Spannungsdramaturgie, die die Geschichten, auch die üblen, im Fernsehen zugänglich und häufig leicht konsumierbar macht. „Operation Zucker“ ist ein harter Brocken. Schwer auszuhalten. Engagiert und erschütternd. Der Film erzählt, überlegt und sicher seine Mittel einsetzend, ganz nah an den Figuren, vor allem an den Opfern, wie aus den Figuren heraus, mal mit wackeliger Handkamera, mal ob der Unerträglichkeit des hier Verhandelten Distanz suchend. Die Verunsicherung, die dadurch entsteht, ist gewollt und trifft ins Schwarze. „Du kannst dir niemals sicher sein“, so Rainer Kaufmann, sei das Gefühl gewesen, das er erzeugen wollte. Das ist gelungen. „Operation Zucker“ erschafft ein (Bild-)Universum der Verunsicherung. Es ist eine Parallelwelt der Schande.

Fees Familie, Vater, Großmutter und Bruder, leben bitterarm am Waldrand, zum Leben haben sie nur das Nötigste. Bis die Frau kommt, mit einem deutschen Vertrag, mit deutschen Unterschriften und Stempeln, offiziell und schwarz auf weiß. Fee wird in Deutschland die Berufsschule besuchen, sagt ihr Vater, als er sie verkauft. Bran trifft sie bei der Kinderversteigerung, der Perversion einer Castingshow, bei der sich die Kleinen halbnackt in absurden Phantasiekostümen vor den Zwischenhändlern drehen und ihre schmächtigen Körper begutachten lassen müssen, während eine Moderatorin in zuckersüßem Plauderton Märchenwelten besingt, die Unverbrauchtheit ihrer Ware preist und für die „künstlerische“ Darstellung ihrer „Schützlinge“ Applaus fordert. Schon da, der Film ist kaum zehn Minuten alt, möchte man am liebsten abschalten.

Der Kamerablick in Fees (Paraschiva Dragus) verängstigtes, sich unbeteiligt geben möchtendes Gesicht, auf ihren versteiften Körper, auch später, als sie im roten Kleid wächsern wie eine blasse Puppe, mit nach innen gedrehten Füßen auf dem Bett liegt und sich der erwachsene Fleischberg von Mann nähert, der nur ein Handtuch um die Hüften trägt, erspart wenig. „Operation Zucker“ ist so explizit, auch so mutig in seiner Darstellung, wie ein solcher Film im Fernsehen nur sein kann. Seine Stärke liegt nicht zuletzt in seinen hervorragenden Kinderdarstellern. Paraschiva Dragus’ traumatisiertes Gesicht, das sich kaum eine Regung erlaubt, wirkt durch und durch schutzbedürftig, der Waisenjunge Bran (Adrian Ernst), der einem hochrangigen Politiker zwangsweise zugeführt wird, kämpft erst um seine Freiheit und landet schließlich, zugedröhnt, auf dem Strich. Wie nah an der Wirklichkeit das ist, beglaubigen Dokumentationen wie Rosa von Praunheims preisbedachter Film „Die Jungs vom Bahnhof Zoo“, der unter anderem verlassene osteuropäische Dörfer zeigt. Das Zuhause der Jungen ist der Berliner Straßenstrich, ihre Freier sind Familienersatz. Die Kinder sind unfreiwillig Sexmigranten.

In „Operation Zucker“ gilt ein Handlungsstrang dem Kampf der Polizistin Wegemann (Nadja Uhl) gegen diese Verbrechen an Kindern. In der Staatsanwältin Lessing (Senta Berger), die sich eigentlich mit den Möglichkeiten des Justizsystems und den Verfolgungsbehörden arrangiert hat und auf die Rente wartet, findet sie eine Mitstreiterin (und der Zuschauer eine Identifikationsfigur in all der Trostlosigkeit). Lange scheint es, als könne, auch mit Hilfe von Wegemanns Kollegen Hansen (Anatole Taubman) und des ausstiegswilligen Kinderschänderassistenten Ronnie (Stefan Rudolf) der entscheidende Schlag gegen die Täter gelingen. Begünstigt aber werden diese, die hier die entscheidenden Machtstellen beispielsweise als Richter und Politiker besetzen, durch Gesetzeslage und eine Verhörpraxis, die die Opfer kaum beschützen kann. Auch das zeigt „Operation Zucker“ mit an Grausamkeit grenzender Deutlichkeit.

Bemerkenswert, dass trotz etablierter Stars wie Senta Berger oder Nadja Uhl den Kinderdarstellern, die ihre Sache vorzüglich machen, der erste Platz eingeräumt wird. „Operation Zucker“ macht alles richtig. Man wünscht sich aber, es müsste solche Filme nicht geben. HEIKE HUPERTZ

Operation Zucker, Mittwoch, 20.15 Uhr im Ersten.

Keine Sendezeit vor 22 Uhr?

Der produzierende Bayerische Rundfunk und die ARD standen bis zum späten Montagnachmittag vor einer schweren Entscheidung: Die Freiwillige Selbstkontrolle (FSK) empfahl bei einer Anhörung in letzter Minute, den Film „Operation Zucker“ nur für ein Publikum im Alter von sechzehn Jahren an freizugeben.

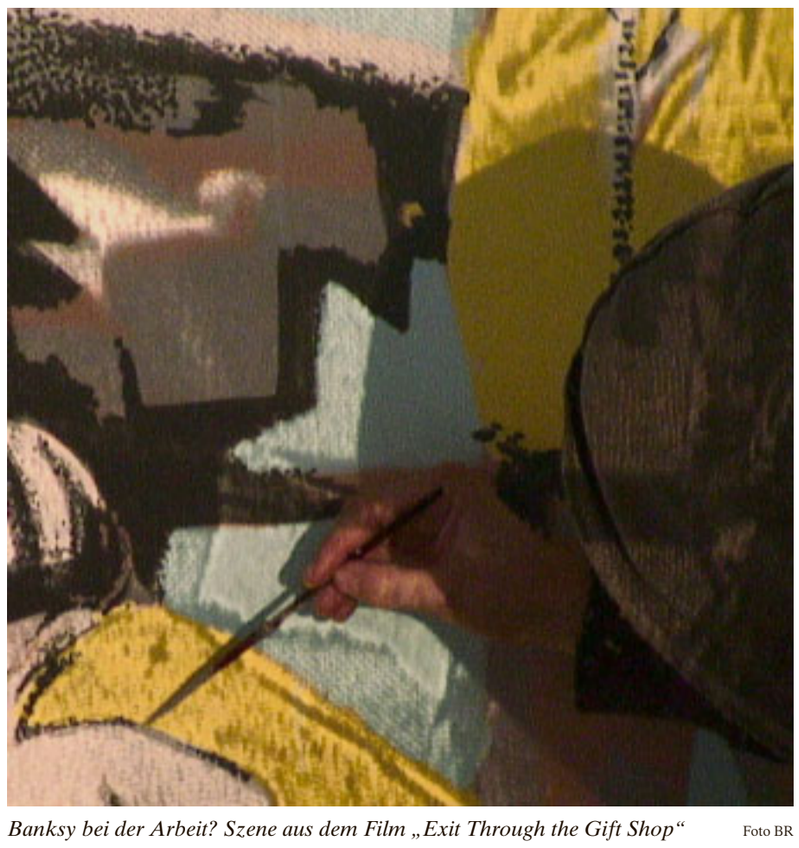
Daher entschloss sich die ARD, um 20.15 Uhr „eine Fassung des Films mit markierter Auslassung im Schlussteil“ zu senden. Dies geschehe, „um dem Zuschauer auch um die angekündigte Uhrzeit eine Auseinandersetzung mit dem Thema Kinderhandel und Kindesmissbrauch zu ermöglichen und so Aufmerksamkeit dafür zu schaffen“. Die Originalfassung des Films will die ARD zeitversetzt um 0.20 Uhr senden. Das ungekürzte Originalende des Films und die Originalfassung seien von 22 Uhr an in der Mediathek zu sehen. (miha.)

Drehort ausgekochtes Künstlerhirn

Der Street-Art-Aktionist Banksy mischt im Dokumentarfilm „Exit Through the Gift Shop“ die Kunstwelt auf

Man kann es kaum glauben, aber es gibt ihn wirklich, den Kauz Thierry Guetta. Er hat schon zwei Ausstellungen unter seinem Pseudonym „Mr. Brainwash“ in London eröffnet und dort seine Neonfarben-Trashkunst im sechsstelligen Pfundpreisbereich verkauft. Die Besucher standen Schlange, einmal um das Gebäude herum. Diese unheimliche Erfolgsgeschichte kann nur der Kunstmarkt schreiben, der sich damit selbst wieder einmal parodiert.

Begonnen hat alles 2010, im Kino, mit „Exit Through the Gift Shop“, begeisternd und verwirrend. Niemand wusste: Was ist wahr, und was ist Fake? In dem temporeichen Dokumentarfilm (definitiv einer der besten in den vergangenen Jahren) folgen wir Thierry Guetta, einem bis dahin braven Familienvater mit französischem Akzent, auf seiner Suche nach dem Street-Art-Künstler Banksy. Guetta plant einen Film über den großen Unbekannten, von dem wir nur die Sprayer-Kunst kennen – sie erzielt schon seit einigen Jahren hohe Zuschläge auf Auktionen. Doch nicht Banksy wird zum Objekt des Films, sondern der schräge, überdrehte Thierry Guetta, der Suchende, Unfertige, Naive, Neugierige – kurzum, er ist eine ziemliche Nervensäge. Doch nun ist Banksy der Regisseur – angeblich. Wir folgen Guetta in die Nacht und begleiten ihn bei der Verwandlung zum erfolgreichen Künstler „Mr. Brainwash“. Der Film beschleunigt, je geschickter Guetta agiert und vormacht, wie man mit schrägem Schrott in der Kunstszene Aufmerksamkeit erregt (natürlich tut er stets so, als sei er da ungewollt hineingeraten) und sogar richtig Geld macht.



Banksy bei der Arbeit? Szene aus dem Film „Exit Through the Gift Shop“ Foto BR

Doch nehmen wir dem Film das alles ab? Sind die Menschen wirklich so bescheuert? Wer ist dieser Thierry Guetta, der das behaupten darf? Mit dem Wissen um den Epilog in der Realität, die erfolgreiche Ausstellung der Marke „Mr. Brainwash“, liest sich der Film noch einmal anders: Guetta ist das Medium, mit dem sich Banksy einmischt, dem Kunstmarkt zeigt, was er ist – jenseits von illegalen Nacht-und-Nebel-Spray-Aktionen. Die Menschen kommen in Scharen und wollen teilhaben – warum? Das Publikum sehnt sich nach Ereignissen, die zumindest scheinbar in die Geschichte eingehen. Und sie hoffen auf einen ökonomischen Coup, auf steigende Preise, wie man sie bei Banksy in der Anfangszeit erleben durfte. Und Mr. Brainwash beziehungsweise Banksy weiß, wie man die Menge lockt: Die ersten 250 Besucher erhielten in London ein signiertes Poster. Marketing ist alles – auch in der Trash-Kunstszene.

Der Bayerische Rundfunk zeigt jetzt „Exit Through the Gift Shop“ in einer Reihe mit anderen Kunstdokumentarfilmen jeden Dienstagabend, unter anderen über Georg Baselitz und Andreas Gursky. Banksys unverschämter Guerrilladreh reibt sich vorteilhaft am Rest der Reihe und verändert sicherlich die Sicht auf die folgenden Filme. SWANTJE KARICH

Exit Through the Gift Shop läuft heute um 22.45 Uhr im BR-Fernsehen.

Wechsel am Steuerrad

Der „Stern“ erhält einen neuen Chefredakteur

Jetzt endet auch beim „Stern“ eine Ära: Die Chefredakteure Thomas Osterkorn und Andreas Petzold geben die Leitung des Blattes ab und firmieren von Mai an als Herausgeber. Ihre Nachfolge tritt als alleiniger Chefredakteur ihr bisheriger Stellvertreter Dominik Wichmann an. Die drei gestalten das Blatt von sofort an bis Ende April im Triumvirat. Osterkorn scheidet Ende des Jahres – da er dann sechzig ist – auch als Herausgeber aus und steht dem Vorstand von Gruner + Jahr dann als Chefredakteur für Sonderaufgaben und journalistischer Berater zur Verfügung.

Osterkorn und Petzold leiten den „Stern“ seit vierzehn Jahren. Als sie als Gleichberechtigte begannen, glaubten viele, dass das angesichts des Temperaments der beiden nicht lange halten werde. Doch wechselten sie sich in der Gestaltung des „Stern“ turnusmäßig ab, wenn der eine das Blatt mache, sei der andere gewissermaßen als Außenminister des Blattes unterwegs, sagten sie einmal im Gespräch mit dieser Zeitung (F.A.Z. vom 5. März 2003). Die Konstruktion hielt.

Und noch mehr: Osterkorn und Petzold regelten quasi ihre eigenen Nachfolge: Im Sommer 2011 holten sie Dominik Wichmann, der mehr als zehn Jahre lang das Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ geleitet hatte. Wichmann begann, sich um eine Neugestaltung zu kümmern. Das Ergebnis dieses Prozesses soll noch im ersten Quartal dieses Jahres vorgestellt werden – der Personalwechsel ist also der erste Schritt. Dass der Generationswechsel seit langem geplant gewesen sei, wie der Verlag Gruner + Jahr mitteilt, trifft zu. Der „Stern“ hat – wie nicht wenige Pressetitel – um seinen wirtschaftlichen Erfolg zu kämpfen, die verkaufte Auflage lag zuletzt bei etwas mehr als 811 000 Exemplaren, zwei Jahre zuvor waren es noch rund 90 000 Stück mehr. Die „Stern“-Ableger „Neon“, „Nido“ und „View“ schlagen sich derweil gut. Gleichwohl gilt es, das Flaggschiff aufzutakeln.

Die Neuausrichtung des „Stern“ ist auch der nächste große Schritt von Julia Jäkel, die im Vorstand von Gruner + Jahr für das Deutschlandgeschäft zuständig ist. Ihr oblag es zunächst, die „Financial Times Deutschland“ einzustel-

Dominik Wichmann Foto dpa

len – was seit Jahren im Schwange war, aber nicht angepackt wurde und spätestens seit dem vergangenen Sommer ob der eindeutig negativen Haltung des Mehrheitsaktionärs Bertelsmann unausweichlich schien. Dann vermochte sie es, die ebenfalls von der Schließung der Wirtschaftsredaktion betroffenen Titel „Impulse“ und „Börse Online“ durch einen Verkauf zu erhalten. Und nun – soll der „Stern“ einen neuen Schub bekommen. Julia Jäkel soll bei der Verkündung des Personalrevirements vor der versammelten „Stern“-Mannschaft dem Vernehmen nach eine Selbstbeschreibung des langjährigen Chefredakteurs Henri Nannen aufgerufen haben. Der hatte sich im Fragebogen des F.A.Z.-Magazins als Charaktereigenschaften zugeschrieben: „Spontaneität und – leider auch – Perfektionismus“. Darum müsse es dem „Stern“ gehen. Der neue Schub, darf man annehmen, soll auf den gesamten Verlag, der sich vom Umbruch der vergangenen Wochen erst einmal erholen muss, zurückstrahlen. MICHAEL HANFELD

Streit um Lizenz

Camp TV fordert Schadensersatz

Die Produzenten des ehemaligen „Bayern Journals“ im Programm von Sat.1 und RTL verklagen dreieinhalb Jahre nach dem Aus ihrer Sendung die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) auf Schadensersatz für den Wert der verlorenen Senderechte. Die Klage über gut 25 Millionen Euro sei Ende Dezember beim Landgericht München eingereicht worden, sagte eine Sprecherin von Camp TV am Montag und bestätigte einen Bericht des „Focus“. Die BLM hatte 2009 die Sendelizenz für Camp TV widerrufen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig stufte Mitte 2012 den Widerruf der Lizenz als rechtswidrig ein. dpa

Fernsehen am Dienstag

Aktualisiertes und ausgewähltes Programm www.faz.net/tv

ARD

5.30 Morgenmagazin **9.05** Rote Rosen **9.55** Sturm der Liebe **10.45** Brisant **11.00** Tagesschau **11.05** ARD-Buffet. U.a.: Alltagsfragen: Warum denken Männer öfter an Sex als Frauen? **12.00** Tagesschau **12.15** ARD-Buffet. U.a.: Guten Appetit: Frank Buchholz bereitet Coq au Vin mit Perlzwiebeln zu / Ratgeber Ernährung: Cognac **13.00** Mittagsmagazin. U.a.: Mali-Konflikt – Der UN-Sicherheitsrat berät über den Kampfeinsatz / Kita-Plätze – Städte erwarten zahlreiche Klagen **14.00** Tagesschau **14.10** Rote Rosen **15.00** Tagesschau **15.10** Sturm der Liebe **16.00** Tagesschau **16.10** Nashorn, Zebra & Co. **17.00** Tagesschau **17.15** Brisant **18.00** Handball. Weltmeisterschaft. Deutschland – Argentinien. Übertragung aus Granollers (E)

20.00 Tagesschau
20.15 Um Himmels Willen Kleines Genie. Unterhaltungsserie
Mit Janina Hartwig. Wachtmeister Meier bringt den elfjährigen Florian ins Kloster. Schwester Hanna soll sich seiner annehmen, denn seiner Mutter droht Ärger mit dem Jugendamt.
21.00 In aller Freundschaft
Zeit für Veränderungen. Arztserie
21.45 Report Mainz U.a.: Wahlkampf um Gerechtigkeit: Wie wird man reich und sind es die Richtigen? / Aufstand gegen die Fleischmafia: Eine Region wehrt sich gegen die Ausbeutung von Osteuropäern
22.15 Tagesthemen mit Wetter
22.45 Menschen bei Maischberger
Krieg den Kilos: Wie geht schlank? Zu Gast: Katarina Witt (ehemalige Eiskunstläuferin), Hera Lind (Bestsellerautorin), Rebecca Jahn (Fotomodell mit 140 Kilo) u.a.
0.00 Nachtmagazin

ZDF

5.30 Morgenmagazin **9.00** heute **9.05** Volle Kanne – Service täglich. U.a.: Top-Thema: Fahrerflucht / Reportage: Gebärdensprachler / Praxis täglich: Pflegetipps für die kalte Jahreszeit **10.30** Notruf Hafenkante **11.15** SOKO Wismar **12.00** heute **12.10** drehscheibe Deutschland. U.a.: Sex-Hotline statt Servicecenter – Ärger für Autofahrer in Lübeck **13.00** Mittagsmagazin **14.00** heute – in Deutschland **14.15** Die Küchenschlacht **15.00** heute **15.05** Topfgeldjäger **16.00** heute – in Europa **16.10** SOKO Kitzbühel **17.00** heute **17.10** hallo deutschland **17.45** Leute heute **18.05** SOKO Köln. Mord nach Mitternach. Krimiserie **19.00** heute **19.20** Wetter **19.25** Die Rosenheim-Cops. Tödliche Konkurrenz. Krimiserie

20.15 Spuren des Bösen – Racheengel
Dt./Österr. Thriller mit Heino Ferch, Hannelore Elsner. Regie: Andreas Prochaska, 2012. Brock kann es nicht verhindern: Ein junger Geiselnehmer nimmt sich vor seinen Augen das Leben. Für die Polizei ist der Fall abgeschlossen, doch für Brock führt die Recherche ins kirchliche Milieu.
21.45 heute-journal
22.15 Ich will einen Mann!
Mütter auf Partnersuche. Dokumentation. Melanie ist 36, hat zwei Kinder und tanzt gerne Salsa. Sie kennt ihre Wirkung auf Männer, trotzdem ist sie seit zwei Jahren allein. Dass sie im Internet einen Partner findet, glaubt sie nicht mehr.
22.45 Markus Lanz Talkshow
0.00 heute nacht
0.15 Neu im Kino
„Django Unchained“ von Quentin Tarantino

ARTE

6.45 Mit offenen Karten **7.00** Eine afrikanische Reise mit Jonathan Dimbleby (2/3) **8.00** Landträume (5/8) **8.25** X:enius **8.55** Yourope **9.20** Mit offenen Karten **9.35** Mord in Marseille **10.05** Das unbekannte Gstaad **11.35** Die kulinarischen Abenteuer der Sarah Wiener **12.05** Belle France **12.50** ARTE Journal **13.00** 360° – Geo Reportage **13.50** Moulin Rouge. Engl. Biografie mit José Ferrer, 1952 **15.45** Karambolage **16.00** Skulpturen aus Stahlspitzen **16.10** Silex and the City **16.15** X:enius **16.40** Frankreichs mythische Orte. Saint-Guilhem-le-Désert **17.10** Landträume. Normandie **17.35** Hafenwelten (2/5) **18.20** Metropolen der Welt. New York **19.10** ARTE Journal **19.30** Wildes Deutschland. Der Main – Deutschlands Mitte

20.15 Frankreich, Deutschland und Sie? Bei der Diskussionsrunde anlässlich des 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags geht es um eine Bestandsaufnahme des deutsch-französischen Verhältnisses aus der Sicht der Bürger.
21.30 I Love Democracy: Kuba
Franz. Dokufilm, 2012. Von Kuba ist in den Medien selten mehr zu sehen als die bröckelnden Fassaden der Hauptstadt Havanna und die alten amerikanischen Straßenkreuzer. Doch das Land steht vor einem tiefgreifenden Wandel.
23.05 Musik als Waffe Dokumentation
Musik umgeht den Verstand und berührt die Seele. Musik ist Magie. Doch genau diese Macht kann sie auch zur heimtückischen Waffe werden lassen.
23.55 28 Minuten
0.40 Yourope
Europas junge Separatisten

3SAT

6.20 Kulturzeit **7.00** nano **7.30** Alpenpanorama **9.05** Kulturzeit **9.45** nano **10.15** Hart aber fair **11.45** Thema **12.30** Schneebrechen im weißen Paradies **13.00** ZIB **13.15** Auf dem Polarkreis unterwegs (1-3/3) **14.45** Das Ende der Gletscher. Pinguine und Robben in Gefahr **15.30** Volkszählung in der Antarktis **16.00** Die Insel der weißen Esel **16.30** Wildes Sardinien **17.15** Der Alpenkönig kehrt zurück **18.00** Die Rückkehr der weißen Wölfin. Eine weiße Wölfin soll einem Nomadenvolk in Baschkortostan einst geholfen haben. Aber heutzutage kommen reiche Russen in das Land am Ural und vergnügen sich bei der Jagd auf Wölfe. **18.30** nano. Die Welt von morgen **19.00** heute **19.20** Kulturzeit

20.00 Tagesschau
20.15 Obsession
Dt./Franz. Beziehungsgeschichte mit Heike Makatsch, Daniel Craig Regie: Peter Sehr, 1997. Im Dickicht der Metropole Berlin kommen die Gefühle ins Wanken. Drei junge Menschen geraten in einen seltsamen Sog von Beziehungen, deren Faszination zur Obsession wird. Miriam, Anfang zwanzig und sehr musikalisch; Pierre, Mediziner und Marathonläufer und schließlich John, der nach Berlin kommt, um das Geheimnis seiner Familie zu lüften.
22.00 ZIB 2
22.25 Brownian Movement
Holländ./Belg./Dt. Beziehungsgeschichte mit Sandra Hüller Regie: Nanouk Leopold, 2010
0.00 37 Grad: Die Liebesprobe
Paare auf dem Prüfstand Dokumentationsreihe
0.30 10 vor 10

RTL

6.00 Punkt 6 **7.30** Alles was zählt **8.00** Unter uns **8.30** Gute Zeiten, schlechte Zeiten **9.00** Punkt 9 **9.30** Mitten im Leben! **10.30** Mitten im Leben! **11.30** Unsere erste gemeinsame Wohnung **12.00** Punkt 12 – Das RTL-Mittagsjournal **14.00** Mitten im Leben! **15.00** Verdachtsfälle **16.00** Familien im Brennpunkt **17.00** Betrugsfälle **17.30** Unter uns. Daily Soap **18.00** Explosiv – Das Magazin **18.30** Exclusiv – Das Star-Magazin **18.45** RTL Aktuell **19.03** RTL Aktuell – Das Wetter **19.05** Alles was zählt. Daily Soap **19.40** Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Daily Soap. Mit Merlin Leonhardt, Daniel Fehlow. Tuner kümmert sich um Gerner, als dieser betrunken im Vereinsheim auftaucht und Dominik sucht.

20.15 CSI: Vegas
Zartbitter. Krimiserie. Mit Marg Helgenberger. Statt in Romantik pur mündet ein Date von Nick in einem neuen Fall, der an die Verbrechen des gefürchteten Mörderduos Todd und Gina Sinclair erinnert. Wenig später verschwindet eine junge Frau.
21.15 Bones – Die Knochenjägerin
Letzte Erinnerungen in einem flachen Grab. Krimiserie. Mit Emily Deschanel. Die Ermittlung nach dem Fund einer verwesten Leiche auf einem Paintball-Feld wirft mehr Fragen auf als gewöhnlich, da das weibliche Opfer, die Frau eines Pastors, unter Gedächtnisschwund litt.
22.15 Ich bin ein Star – Holt mich hier raus! Show
23.15 Monk
Mr. Monk und der schlafende Verdächtige. Krimiserie
0.00 RTL Nachtjournal

SAT.1

5.30 SAT.1-Frühstücksfernsehen **10.00** Schicksale – und plötzlich ist alles anders **11.00** Richterin Barbara Salesch **12.00** Richter Alexander Hold **13.00** Britt. Traumprinz oder Albtraum – sind Deine Gefühle echt? **14.00** Kallwass greift ein! Die junge Türkin Ayla (18) soll den Türken Bülent (25) heiraten, doch in Wahrheit liebt sie den Deutschen David**15.00** Familien-Fälle **16.00** Familien-Fälle **17.00** Pures Leben – Mitten in Deutschland. Das Gerücht – Dicke Liebe **17.30** Schicksale – und plötzlich ist alles anders. Restrisiko **18.00** Schicksale – und plötzlich ist alles anders. Wenn Kinder Kinder kriegen **18.30** K 11 – Kommissare im Einsatz. Bauer auf Freiersfüßen **19.15** K 11 – Kommissare im Einsatz. Schweigen wie ein Grab

20.00 SAT.1 Nachrichten
20.15 Das verlorene Labyrinth (2/2)
Dt./Südafrik./Engl. Historienfilm mit Bernhard Schir. Regie: Christopher Smith, 2012. Während Alice immer stärker bedrängt wird, entdeckt Will eine Kultstätte und erkennt, dass Marie-Ceciles nichts Gutes vorhat. Simon De Montfort nimmt Carcassonna ein und tötet Vinconte Trencavel.
22.20 akte THEMA Energiekosten – So sparen Sie 1000 Euro im Jahr / Vorsicht, teure Energiefresser: So optimieren Sie jetzt Ihren Haushalt! / Tarif-Wirrwarr: Mit fünf Klicks Hunderte Euro bei Gas & Strom sparen! / Heiz-Wucher: Das müssen Sie beachten, damit Sie nicht draufzahlen!
23.25 24 Stunden Bock auf Bock – Wovon Trucker träumen
0.20 24 Stunden
Weg von der Straße – Einsatz für die Krisenkinder

Pro Sieben

8.40 Scrubs **9.35** Two and a Half Men **10.30** The Big Bang Theory **11.20** How I Met Your Mother **12.15** Malcolm **13.15** Scrubs **14.10** Two and a Half Men **15.05** The Big Bang Theory **16.00** How I Met Your Mother **17.00** taff **18.00** Newstime **18.10** Die Simpsons **19.05** Galileo **20.15** Two and a Half Men **21.15** 2 Broke Girls **21.45** The Big Bang Theory **23.15** TV total **0.15** Two and a Half Men **1.10** The Big Bang Theory

Phoenix

8.15 Die großen Volkskrankheiten (1/4) **9.00** Vor Ort **9.10** BON(N)Jour mit Börse **9.45** Thema **11.00** Vor Ort **12.00** Thema **13.15** Machtkampf der Rocker **14.00** Vor Ort **15.15** Zoff an der Zapfsäule **16.00** Thema **17.15** Giftiges Licht **17.45** Vor Ort **18.00** Papa statt Pascha **18.30** Im Bann der Grünen Götter **19.15** Die großen Volkskrankheiten (1/4) **20.00** Tagesschau **20.15** Weltwunder der Technik **21.00** Traumziel Panama **21.30** Dritte Halbzeit Randale **22.00** Wem gehört der Fußball? **23.00** Der Tag **0.00** Wem gehört der Fußball? **1.00** Dritte Halbzeit Randale

Tele 5

8.00 Dauerwerbesendung **13.30** Star Trek – Das nächste Jahrhundert **14.20** Andromeda (9) **16.10** Stargate **17.05** Star Trek – Das nächste Jahrhundert **18.05** Star Trek – Raumschiff Voyager **19.05** Star Trek – Deep Space Nine **20.15** Der 13te Krieger. Amerik. Abenteuerfilm, 1999 **22.25** Shadow Warriors I. Amerik. Actionfilm, 1997 **0.25** Space Transformers – Angriff aus dem All. Kanad./Amerik. Sciencefictionfilm, 2011 **2.20** Godzilla: Final Wars. Japan./Amerik./Austral./Schweiz. Actionfilm mit Masahiro Matsuoka, 2004

KIKA

8.50 Kleiner Roter Traktor **9.25** Roary, der Rennwagen **9.45** Mit-Mach-Mühle **9.55** Au Schwarte! **10.18** Kikaninchen **10.25** Babar und die Abenteuer von Badou **10.50** Little Amadeus – Die Abenteuer des jungen Mozart **11.15** Yakari **11.40** Take 5 **12.05** Flipper & Lopaka **12.30** Mimis Plan **13.00** Pearlie **13.15** Horseland, die Pferderanch **13.55** Fluch des Falken **14.10** Schloss Einstein – Erfurt **15.00** Träume, Tränen, Töne **15.25** Meine peinlichen Eltern **16.20** Mission Odyssey **17.10** Flipper & Lopaka **17.35** Take 5 **18.00** Raymond **18.15** Little Amadeus – Die Abenteuer des jungen Mozart **18.40** Ernie und Bert im Land der Träume **18.50** Sandmännchen

Hessen

8.40 In aller Freundschaft **9.25** maintower **9.50** hessenschau **10.20** hallo hessen **11.05** Die Zehn Gebote (7) **11.35** service: zuhause **12.00** In aller Freundschaft **12.45** Die Hauptstadtpraktikanten **13.10** Giraffe, Erdmännchen & Co. **14.00** Eisenbahnromantik **14.30** Winter auf den Färöern **15.15** Finnlands blaue Seen **16.00** hallo hessen **16.45** hessenschau kompakt **17.00** hallo hessen **17.50** hessenschau kompakt **18.00** maintower **18.20** Brisant **18.50** service: reisen **19.15** alle wetter! **19.30** hessenschau **20.00** Tagesschau **20.15** Außergewöhnlich wohnen **21.00** Gewächshäuser und Orangerien zwischen Witzenhausen und Marburg **21.45** Hessische Hoheiten: Schwertzell zu Willingshausen **22.30** hessenschau kompakt **22.45** Entweder Broder – Die Europa-Safari! Auf nach Europa (1/4) **23.15** Kommissar Beck – Die neuen Fälle. Schwed. TV-Kriminalfilm, 1998 **0.35** Gewächshäuser und Orangerien zwischen Witzenhausen und Marburg **1.20** Außergewöhnlich wohnen

NDR

8.10 Sturm der Liebe **9.00** Nordmagazin **9.30** Hamburg Journal **10.00** Schleswig-Holstein Magazin **10.30** buten un binnen Magazin **11.00** Hallo Niedersachsen **11.30** Ostseeparadies Rügen **12.15** In aller Freundschaft **13.05** Typisch! Dickes Fell und lange Ohren **13.35** Brisant **14.00** NDR aktuell **14.15** Bilderbuch **15.00** NDR aktuell **15.15** Alaskas Vulkaninseln (1) **16.00** NDR aktuell **16.10** Mein Nachmittag **17.10** Elefant, Tiger & Co **18.00** Regional **18.15** NaturNah: Weltnaturerbe vor dem Untergang? **18.45** DAS! **19.30** Regional **20.00** Tagesschau **20.15** Visite **21.15** Panorama 3 **21.45** NDR aktuell **22.00** Tatort. Liebeswirren. Dt. Kriminalfilm, 2008 **23.30** Weltbilder **0.00** Und wenn sie nicht gestorben sind... (2/2) **2.05** Von Meisterhand – Traditionsberufe suchen Nachwuchs

RBB

8.10 Sturm der Liebe **9.00** zibb **10.00** Brandenburg aktuell **10.30** Abendschau/Brandenburg aktuell **11.00** Brisant **11.45** Polettos Kochschule **12.15** Panda, Gorilla & Co. (6) **13.05** Schloss Einstein **13.30** In aller Freundschaft **14.15** Planet Wissen: Das Rätsel der Dinosaurierspuren **15.15** Das Vorzimmer des Himmels **16.05** Der Berlin-Brandenburg Check **16.50** kurz vor 5 **17.05** Leopard, Seebär & Co. **18.00** rbb um Sechs **18.30** zibb **19.30** Abendschau/Brandenburg aktuell **20.00** Tagesschau **20.15** Geheimnisvolle Orte **21.00** Schnäppchenurlaub Türkei **21.45** rbb aktuell **22.15** Thadeusz **22.45** Sturm auf die Stasi **0.00** Der Duft der Götter – Weihrauch **0.45** Thadeusz **1.15** Abendschau/Brandenburg aktuell

WDR

8.45 Hart aber fair **10.00** Lokalzeit **10.30** Aktuelle Stunde **11.10** Giraffe, Erdmännchen & Co. **12.00** Panda, Gorilla & Co. **12.45** WDR aktuell **13.00** Servicezeit **13.30** In aller Freundschaft **14.15** Mord ist ihr Hobby **15.00** Planet Wissen: Jeder ist ein Superhirn! **16.00** WDR aktuell **16.15** daheim + unterwegs **18.05** hier und heute: Wenn der Schmerz nicht aufhört **18.20** Servicezeit **18.50** Aktuelle Stunde **19.30** Lokalzeit **20.00** Tagesschau **20.15** Die Zugspitze **21.00** Quarks & Co: Schicht im Schacht

Bayern, 22.45 Uhr, Banksy – Exit through the Gift Shop, *Bilder wie „Die Ratte“ machten den Graffiti-Künstler Banksy bekannt.* Foto Bayern

21.45 WDR aktuell **22.00** Die spinnen, die Amerikaner... und Stuchlik staunt **22.30** West ART **23.15** Codename: Nina. Amerik. Actionthriller, 1993 **1.00** Domian

MDR

7.30 Sturm der Liebe **8.55** Brisant **9.45** Mach dich ran! **10.10** Elefant, Tiger und Co. **11.00** MDR um elf **11.40** In aller Freundschaft **12.30** Was heißt hier Oma! Dt. Komödie, 2005 **14.00** Dabei ab zwei **15.00** LexiTV **16.00** Hier ab vier **16.30** Hier ab vier **17.00** Hier ab vier **17.30** Hier ab vier **17.45** MDR aktuell **18.05** Brisant **18.54** Unser Sandmännchen **19.00** MDR Regional **19.30** MDR aktuell **19.50** Einfach genial! **20.15** Umschau **20.45** Der Osten **21.15** Echt **21.45** MDR aktuell **22.05** Kinder des Ostens (2/3) **22.50** Polizeiruf 110. Dt. TV-Kriminalfilm, 1977 **23.50** Der Staatsanwalt hat das Wort **1.20** Umschau

SWR

8.40 ARD-Buffet **9.25** Landesschau Rheinland-Pfalz **10.25** Landesschau BW **11.25** Brisant **11.50** Leopard, Seebär & Co. **12.40** Sturm der Liebe **13.30** Nur der Berg kennt die Wahrheit. Dt./Österr. Bergdrama, 2011 **15.00** Planet Wissen: Jeder ist ein Superhirn! **16.05** Kaffee oder Tee **18.00** SWR Landesschau aktuell **18.15** Grünzeug **18.45** SWR Landesschau BW **19.45** SWR Landesschau aktuell **20.00** Tagesschau **20.15** Tatort. Salzleiche. Dt. Kriminalfilm, 2008 **21.45** SWR Landesschau aktuell **22.00** Fahr mal hin **22.30** Schlaglicht **23.00** Spätschicht **23.45** Nachtcafé **1.15** Nachtkultur

Bayern

7.30 Panoramabilder / Bergwetter **9.00** Tele-Gym **9.15** Leopard, Seebär & Co **10.05** Lebenslinien **10.50** Faszination Wissen **11.20** Rote Rosen **12.10** Sturm der Liebe **13.00** Dahoam is Dahoam **13.30** Querbeet **14.15** Polettos Kochschule **15.00** Meister Aubeck **15.30** Wir in Bayern **16.45** Rundschau **17.00** Alles Liebe, Veronika **17.30** Abendschau – Der Süden **18.00** Abendschau **18.45** Rundschau **19.00** Gesundheit! **19.45** Dahoam is Dahoam **20.15** Tatort. Die Heilige. Dt. Kriminalfilm, 2010 **21.45** Rundschau-Magazin **22.00** Münchner Runde **22.45** Banksy – Exit through the Gift Shop. Amerik. Dokufilm, 2010 **0.05** Rundschau-Nacht **0.15** Der gerechte Richter. Dt. Gerichtsfilm, 2000 **1.35** Dahoam is Dahoam

RTL 2

8.10 Die Schnäppchenhäuser **9.10** Frauentausch **11.15** Family Stories **12.15** Köln 50667 (6) **13.15** Berlin – Tag & Nacht **14.15** Der Trödeltrupp **15.05** Der Jugendclub **17.00** Privatdetektive im Einsatz **18.00** Köln 50667 (7) **19.00** Berlin – Tag & Nacht **20.00** RTL II News **20.15** Zuhause im Glück – Unser Einzug in ein neues Leben **22.15** RTL II Spezial. Das Magazin **23.15** Die Geissens **0.10** Geboren im falschen Körper – Wenn Kinder das Geschlecht wechseln **1.10** Ärger im Revier

Super RTL

8.25 Die Oktonauten **8.50** Chuggington – Die Loks sind los! **9.00** Timmy das Schäfchen **9.10** Cleo und die Kunstpiraten **9.35** Mike der Ritter **10.00** Thomas & seine Freunde **10.10** Bob der Baumeister – Achtung Baustelle! **10.35** Disney Spezialagent Oso **11.00** Benjamin Blümchen **11.25** WunderZunderFunkelZauber **11.55** Cosmo & Wanda **12.20** Coop gegen Kat **12.45** DuckTales – Neues aus Entenhausen **13.10** American Dragon **13.35** Disney Phineas und Ferb **14.00** Angelo! **14.30** Cosmo & Wanda **14.55** Zig & Sharko **15.15** Die Superhelden-Helfer **15.45** Go Wild! – Mission Wildnis **16.10** Sally Bollywood **16.40** Cosmo & Wanda **17.15** Coop gegen Kat **17.50** Disneys American Dragon **18.20** DuckTales – Neues aus Entenhausen **18.45** Angelo! **19.10** Disney Phineas und Ferb **19.45** Disney Jessie **20.15** Austin Powers. Dt./Amerik. Actionkomödie, 1997 **22.05** Samantha Who? **23.55** Dharma & Greg **0.20** Shop24Direct Schlagernacht

Kabel 1

8.15 Unsere kleine Farm **9.15** Ein Engel auf Erden **10.15** Charmed – Zauberhafte Hexen **11.15** Ghost Whisperer – Stimmen aus dem Jenseits **12.10** Cold Case – Kein Opfer ist je vergessen **13.00** Navy CIS **13.55** Charmed – Zauberhafte Hexen **14.55** Ghost Whisperer – Stimmen aus dem Jenseits **15.50** Cold Case – Kein Opfer ist je vergessen **16.50** Navy CIS **17.50** Abenteuer Leben – täglich neu entdecken **19.00** Achtung Kontrolle – Die Topstories der Ordnungshüter **20.15** Gangs of New York. Ital./Amerik. Drama, 2002 **23.35** The Pacific (4/10) **2.25** Confidence. Kanad./Dt./Amerik. Thriller, 2003

Vox

7.50 Verklag mich doch! **11.00** Mieten, kaufen, wohnen **12.05** Shopping Queen **13.05** Verklag mich doch! **14.55** Shopping Queen **15.55** Menschen, Tiere & Doktoren **17.00** Mieten, kaufen, wohnen **19.00** Das perfekte Dinner **20.00** Prominent! **20.15** Die tierischen 10 (2/8) **21.15** Goodbye Deutschland! Die Auswanderer **23.20** Die Küchenchefs **0.10** vox nachrichten **0.30** Goodbye Deutschland! Die Auswanderer **2.10** CSI:NY

BR-alpha

8.30 Natur und Technik **8.45** Enzyme und Organismus **9.00** Ich mach's! **9.15** GRIPS Deutsch **9.30** alpha-Österreich: Österreichs Universitäten **10.15** Klassiker der Weltliteratur **10.30** Paula und die wilden Tiere **11.00** Länder – Menschen – Abenteuer **11.45** Geist und Gehirn **12.05** Tagesgespräch **13.00** alpha-Forum **13.45** Die Kuba-Krise (1/4) **14.00** Achtung! Experiment **14.30** Paula und die wilden Tiere **15.00** Planet Wissen: Jeder ist ein Superhirn! **16.00** Unterwegs auf der Spielzeugstraße. Eine Reise zu den Träumen der Kindheit **16.45** nano **17.15** alpha Campus VORLESUNG **17.45** Telekolleg Mathematik. Geraden im Raum **18.15** LeseZeichen. U.a.: Was für Geld noch immer nicht zu haben ist – Michael J. Sandel: „Was man für Geld nicht kaufen kann“, Ullstein Verlag / Nach dem Unheil: wie eine junge Frau neu anfängt – Marica Bodrožic: „Kirschholz und alte Gefühle“, Luchterhand Verlag **18.45** Rundschau **19.00** Meilensteine der Naturwissenschaft und Technik. Die Gebrüder Montgolfier und der Heißluftballon **19.15** Grips Englisch **19.30** alpha-Österreich: „Kein Kind will eine Nummer sein“ – Das Leben des Helmut Kutin **20.15** Nepal – Das Kathmandutal **21.00** alpha-Forum: Werner Ablaß **21.45** Planet Wissen **22.45** bäckstage Volksmusik **23.00** Verrückt nach Eisenbahn **23.45** Die Tagesschau vor 25 Jahren **0.00** alpha-Forum: Karen Kamensek **0.45** alpha-Österreich: „Kein Kind will eine Nummer sein“ – Das Leben des Helmut Kutin **1.30** bäckstage Volksmusik **1.45** alpha-Forum: Werner Ablaß

N24

Stündlich Nachrichten **07:00** Nachrichten **12.45** Börse am Mittag **13.05** Tanker, Docks und harte Jungs **14.05** Die Luxusfähre – Gigant im Liniendienst **15.05** N24 Cassini **15.30** N24 Fakt oder Fake **16.05** Einsatz im Revier **17.05** Undercover – Jagd auf den Terror-Paten **18.15** Börse am Abend **18.25** N24 Cassini **19.05** sonnenklar.tv **20.15** Als die Welt in Flammen stand **23.15** N24 Zeitreise mit Stefan Aust **0.05** Gang Squad – Einsatz in Detroit **1.00** Chain Gang – Häftlinge in Ketten. Amerik. Dokumentarfilm, 2009 **1.40** Black Ops – Terror in Mumbai

n-tv

Stündlich Nachrichten **8.40** Telebörse **12.30** News Spezial **13.10** Telebörse **13.30** News Spezial **14.10** Telebörse **14.30** News Spezial **15.20** Ratgeber – Hightech **15.40** Telebörse **16.10** FINE Das Weinmagazin **16.30** Die Panamera-Story **17.10** Das Duell **18.20** Telebörse **18.35** Ratgeber – Bauen & Wohnen **19.05** Wenn die Natur zuschlägt **20.05** Gefahr aus der Tiefe **21.05** Angriff aus dem Wasser **22.03** Riesen-Schlangen: Die XXL-Jäger **22.45** Telebörse **23.10** Das Duell **0.05** Amsterdam – Das schwimmende Stadtviertel **0.50** Die Fabrikstadt: Made in China **1.35** Bauprojekt XXL: Sturmflut-Barrieren **2.15** Wenn die Natur zuschlägt (7)

CNN

8.00 World Report **9.00** World Sport **9.30** TalkAsia **10.00** World Business Today **11.00** Amanpour **11.30** News Special **12.00** World One **13.00** Piers Morgan Tonight **14.00** News Stream **15.00** World Business Today **16.00** International Desk **17.00** Global Exchange **18.00** World Sport **18.30** News Special **19.00** International Desk **20.00** Quest Means Business **21.00** Amanpour **21.30** CNN NewsCenter **22.00** Connect the World with Becky Anderson **23.00** Amanpour **23.30** World Sport **0.00** Piers Morgan Tonight **1.00** World Report **1.30** World Sport

Radio am Dienstag

HÖRSPIEL

20.05 „Unsere Freunde, die Menschen“ – WDR 5
Von Bernard Werber
Mit Lutz Herkenrath, Laura Maire u.a.
Regie: Annette Kurth, ca. 55 Min.
20.10 „Preisträgerinnen“ – DLF Köln
Von Marlene Streeruwitz
Mit Tina Engel und Hedi Kriegeskotte
Regie: Bernadette Sonnenbichler, ca. 50 Min.

KLASSIK

15.05 TonArt – WDR 3
Darin: Wagner als Rap – Fairplay-Stiftung und der Rapper Bo rufen Wettbewerb aus
20.00 Giuseppe Verdi: „Falstaff“ – BR-Klassik
Commedia lirica in drei Akten
Live aus der Mailänder Scala
Mit Ambrogio Maestri, Fabio Capitanucci, Carmen Giannattasio, Irina Lungu und anderen; Chor und Orchester der Mailänder Scala, Leitung: Daniel Harding ca. 180 Min.
20.03 Konzert – DKultur
Johann Sebastian Bach/Anton Webern: Fuga (Ricercata) a 6 aus dem „Musikalischen Opfer“ BWV 1079; Johannes Brahms: Violinkonzert D-Dur op. 77; Karl Amadeus Hartmann: Sinfonie Nr. 7 (Christian Tetzlaff, Violine; Radio Filharmonisch Orkest, Leitung: Osmo Vänskä), ca. 117 Min.
20.04 Klassik-Werkstatt – RBB Kulturradio
Virtuose Violoncellokonzerte, ca. 56 Min.
20.05 Kammerkonzerte in NRW – WDR 3
Open Audition Series
W. A. Mozart: Streichquartett D-Dur KV 575; Jürg Baur: Streichquartett Nr. 3 in einem Satz; Giuseppe Verdi: Streichquartett e-Moll (Schumann-Quartett), ca. 115 Min.

JAZZ, POP, ROCK

21.03 Jazz Session – SWR 2
Höhepunkte vom Festival Willisau (1)
ca. 57 Min.
22.00 Jazz – WDR 3
NDR Bigband & Stefano Bollani, ca. 60 Min.

FEATURE & MAGAZIN

6.05 Mikado – HR 2
Darin: In den Gärten des Lukullus: Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte eröffnet Neubau mitten in Rom
6.05 Mosaik – WDR 3
Darin: „Der Bürger als Präsident“ – neue Theodor-Heuß-Biografie von Peter Merseburger, ca. 105 Min.
8.30 kulturWelt – BR 2
U.a.: „Staub auf unseren Herzen“ – der letzte Film mit Susanne Lothar, ca. 30 Min.
10.05 Leute – SWR 1 BW
Gast: Claudia Langer, Gründerin der Internet-Plattform „Utopia.de“, ca. 115 Min.
10.10 Sprechstunde – DLF Köln
Scheitern – und trotzdem gesund bleiben
ca. 80 Min.
11.07 Thema – DKultur
Die Gesundheitsstudie „Nationale Kohorte“ könnte zum Meilenstein für die personalisierte Medizin werden, ca. 13 Min.
11.55 Verbrauchertipp – DLF Köln
Girokonten, ca. 5 Min.
12.05 Doppel-Kopf – HR 2
Am Tisch mit Olga Grjasnowa, „Birken-Freundin“, ca. 55 Min.
12.05 Scala – WDR 5
Darin: Hinter den Kulissen der Möbelmesse ca. 55 Min.
13.07 Länderreport – DKultur
Vor der Wahl in Niedersachsen, ca. 23 Min.
14.07 Thema – DKultur
Kostenlos von A nach B – die Perspektiven des Öffentlichen Nahverkehrs, ca. 13 Min.
14.35 Campus & Karriere – DLF Köln
Das Schulessen in Berlin soll um 60 Prozent teurer werden, ca. 30 Min.
14.55 Die Buchkritik – SWR 2
Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, ca. 10 Min.
15.05 LebensArt – WDR 5
Bunt oder uni? Manchmal lieber unauffällig
ca. 55 Min.
15.05 Fidelio – HR 2
17.10 Zu Gast: Der Autor Tom König
ca. 95 Min.
15.07 Thema – DKultur
Ein DJ bringt mit Parties französische Musik und Kultur nach Deutschland, ca. 13 Min.
16.05 Leonardo – WDR 5
Junge, Mädchen oder beides? Leben zwischen den Geschlechtern, ca. 55 Min.
16.05 Eins zu Eins – BR 2
Gast: Elfriede Ringsgwandl, Theatermacherin
ca. 55 Min.
16.10 Zu Gast – RBB Kulturradio
Die Mezzospranistin Ruxandra Donose
ca. 35 Min.
16.10 Büchermarkt – DLF Köln
U.a.: Erin Morgenstern: „Der Nachtzirkus“
ca. 20 Min.
16.35 Forschung aktuell – DLF Köln
Fairness unter Affen / Kulturrevolution im Zeitraffer, ca. 25 Min.
17.05 Forum – SWR 2
Jung, männlich, deutsch. Wie werden hierzulande Stellen besetzt?, ca. 45 Min.
17.35 Kultur heute – DLF Köln
„Zero Dark Thirty“ – Kathryn Bigelows Film und die neue Folterdebatte in den USA
ca. 25 Min.
18.05 IQ – Wissenschaft und Forschung – BR 2
Satelliten im Dienst der Menschenrechte
ca. 25 Min..
18.05 Der Tag – HR 2
Operation Mali: Hollande, le Général
ca. 55 Min.
19.05 Zündfunk – BR 2
K.o. in Nürnberg: Frankens Problem mit Liquid Ecstasy, ca. 55 Min.
19.15 Das Feature – DLF Köln
Wie es uns gefällt. Burma ringt um Meinungsfreiheit, ca. 45 Min.
19.30 Literatur – DKultur
„Wasguckstdu“. Migranten in der deutschsprachigen Literatur, ca. 30 Min.
20.03 Nachtstudio – BR 2
Tier plus X gleich Mensch? (2/3). Anständig essen. Ein Selbstversuch. Von Karen Duve
ca. 57 Min.
20.05 Kulturforum – NDR Kultur
Der spanische Künstler Santiago Sierra
ca. 55 Min.
20.30 Das Forum – NDR Info
Vielstimmige Wählerschaft – junge Israelis vor der Knesset-Wahl, ca. 20 Min.
21.05 Redezeit – NDR Info
U.a.: „Staub auf unseren Herzen“ – der letzte Film mit Susanne Lothar, ca. 55 Min.
23.05 Fazit – DKultur
„Sleepless Knights“ – Regiedebüt von Stefan Butzmühlen und Cristina Diz – ab 17. Januar im Kino, ca. 55 Min.
0.05 Feature – DKultur
Das Spiel denken – Fußball 3.0, ca. 55 Min.

LESUNG

20.04 Literatur im Gespräch – SR 2
Gustav Regler: „Aus meinem Tagebuch“ (2)
ca. 56 Min.
22.05 Am Abend vorgelesen – NDR Kultur
E. T. A. Hoffmann: „Das Märchen vom goldenen Topf“ (4/7), ca. 30 Min.

Immer der Längsachse nach
Die Golden Bridge von Corum mit ihrem einzigartigen Stabuhrwerk hat jetzt einen automatischen Antrieb. **Seite 2**

Für Pragmatiker
Wer einen Škoda Rapid fährt, dem kommt es mehr auf innere Werte als auf Design-Schnickschnack an. **Seite 3**

Mainzelrädchen
Das Mietfahrrad-Konzept der Stadt hat Hand und Fuß und hebt seine Kunden schnell auf den Sattel. **Seite 5**

Die Trends der CES
Ultra-HDTV, Multimedia im Drahtlosverbund und Grenzüberschreitungen in der PC-Welt. **Seite 6**

Was bringt den Tablet-PC überall ins Netz?

Ohne Internetverbindung ist alles nichts: iPad & Co. wollen unterwegs ins Netz. Die Wege dahin sind verschlungen. Wir schlagen einen Pfad durch das Dickicht der Tarife und Möglichkeiten.

Von Michael Spehr

Wo muss ich hin, wo ist das Netz? *Orientierungsversuche mit dem Tablet-PC.* Foto Getty Images

Wie kommt man unterwegs ins Netz? Wer sich in der Weihnachtszeit mit der Kaufentscheidung für einen Tablet-PC umgetrieben hat oder gar mit einem solchen Flachrechner beschenkt wurde, steht nun gleich wieder vor der Qual der Wahl: Das iPad oder der Androide wollen ins Internet: Mails checken und die Welt retten, etwa bei Facebook und Twitter. Hier beginnt nun eine Odyssee der Technik und Tarife. Wurde beim Kauf eines iPad, eines Samsung Galaxy oder eines Nexus 7 von Google die etwas teurere Variante mit Mobilfunkeinheit gewählt, ist die Frage nach dem passenden Mobilfunktarif aufgeworfen.

Aber allein mit W-Lan ausgerüstete Tablet-PCs lassen sich unterwegs ebenfalls ans Netz anbinden. Die einfachste Möglichkeit besteht darin, ein vorhandenes Mobilfunknetz des Smartphone mit zu nutzen, das Stichwort lautet „Tethering“ oder „mobiler Hotspot“. Wer ein smartes Phone einsetzt, hat in der Regel ohnehin ein gewisses Datenvolumen zu seinem Mobilfunkvertrag hinzugebucht. Das lässt sich bei aktuellen Geräten der Gattung iPhone, Android oder Windows Phone bequem mit anderen W-Lan-Partnern teilen, die Menüs lauten Tethering, mobiler Hotspot oder Internetfreigabe. Die Mobilfunkabteilung stellt den Kontakt zum WWW her, und das Wireless-Lan-Modul reicht die Daten weiter an externe Geräte.

Man gibt einen Namen für den Smartphone-Hotspot und ein W-Lan-Kennwort vor. Anschließend lasse man das iPad oder den Androiden nach W-Lan-Netzen in der Umgebung suchen und buche sich wie in einen herkömmlichen Router ein. Die Technik ist ausgereift und funktioniert prima. Auf zwei Nachteile sei indes hingewiesen: Erstens achte man auf sein Datenvolumen. Wer andere Partner ins Netz bringt, wird gegebenenfalls früher durch die Datendrosselung der Netzbetreiber ausgebremst. 500 Megabyte im Monat mögen für das Smartphone allein ausreichend sein. Ist das Volumen ob der zusätzlichen Gäste erreicht, startet die Zwangsbremse mit tröpfelnden Bytes – bis zum Monatsende. Ferner sei darauf hingewiesen, dass der Hotspot-Betrieb den Akku des Smartphone stark belastet. Länger als vier bis fünf Stunden hält keins im Gastgeber-Modus durch.

Eine ähnlich lange Betriebszeit bieten mobile Hotspots als eigenständige Gerätegattung. Sie belasten also den Smartphone-Akku nicht. Die auch „MiFi“ genannten Router mit Sim-Karte gibt es zu Preisen von unter 100 Euro, und sie haben meist eine Firewall und etliche Router-Extras. Es lassen sich mehrere W-Lan-Geräte anschließen, und die Verschlüsselung schützt vor ungebetenen Surf-Gästen. Die Mini-Router werden einmalig am PC im Betrieb genommen, anschließend arbeiten sie unabhängig vom Rechner. Am weitesten verbreitet sind die Huawei-MiFis. Ein interessanter Exot für Weltreisende ist der „Goodspeed“ von Uros (www.uros.com), der gleich zehn Steckplätze für Sim-Karten verschiedener Länder bietet, auf dass man stets den günstigsten Tarif findet.

Und das ist gleich die nächste Hürde, auch für jene, die nur im eigenen Land ihren Tablet-PC verwenden möchten: Wie findet man den passenden Datentarif für iPad & Co.? Diese Frage beschäftigt natürlich auch die stolzen Neubesitzer eines Geräts mit eingebauter Mobilfunkeinheit. Vier Parameter sollte man im Blick behalten: Netzqualität, Preis, Datenvolumen und das Kleingedruckte. Erst mit ordentlichem Datentempo macht die Sache richtig Spaß, und damit sind Geschwindigkeiten jenseits von 3 MBit/s gemeint. Mehr Tempo nimmt man gern, der neue LTE-Standard verspricht bis zu 100 MBit/s, die allerdings nur punktuell in wenigen Großstädten zu erreichen sind.

LTE ist schön, wenn man es hat, aber derzeit in Deutschland noch keine Pflicht für den Tablet-PC. In den Ballungsräumen kann man in den mit HSDPA aufgerüsteten Netzen von Telekom und Vodafone auf Geschwindigkeiten von 10 bis 20 MBit/s kommen, die für den Tablet-Einsatz allemal ausreichen. Telekom und Vodafone sind die Platzhirsche, wenn es um guten Netzausbau und hohes Tempo geht. O2 und E-Plus schneiden in Tests und Messfahrten grundsätzlich schlechter ab, und die Differenz ist spürbar. Wer viel in ländlichen Regionen unterwegs ist, sollte übrigens eher die Telekom als Vodafone wählen, denn sie bietet den besseren Edge-Ausbau. Edge kommt zum Einsatz, wenn UMTS nicht zur Verfügung steht.

Für die Wahl des maßgeschneiderten Tarifs ist ferner eine grobe Einschätzung des monatlich anfallenden Datenvolumens unabdingbar. Ist man nur sporadisch via Mobilfunk online, mag ein kleines Monatskontingent von 100 bis 500 Megabyte ausreichend sein. Alle Betriebssysteme haben einen Verbrauchszähler. Auch wenn die Angaben schon wegen der unterschiedlichen Abrechnungstakte der Mobilfunker nicht ganz exakt sind, liefern sie einen ersten Anhaltspunkt zur Tarifauswahl. Für den Gelegenheitssurfer kann ferner eine Tagesnutzungspauschale („Tagesflat“) ideal sein. Sie gilt in der Regel für 24 Stunden, fast immer mit Volumenbeschränkung. Die Telekom beispielsweise verlangt für „Xtra web ’n’ walk Day Flat“ fünf Euro am Tag, das Abrechnungsintervall endet um Mitternacht, und das Datenvolumen wird von einem Gigabyte an gedrosselt.

Bei anderen Tagesflat-Tarifen sollte man genauer hinsehen. Was etwa die Telekom-Tochtergesellschaft Congstar als „Surf Tagesflat“ für scheinbar günstige 99 Cent anbietet, entpuppt sich nach Lektüre der Fußnote 66 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen als Mogelpackung: Man kann zwar in einem Monat eine Tagesflat nach der anderen buchen, darf aber im gesamten Abrechnungszeitraum nur insgesamt 200 Megabyte bis zur Drosselung verbrauchen. Eine „richtige“ Tagesflat ohne diese Einschränkung kostet dann im Tarif „Prepaid Internet Tagesflat“ 2,50 Euro am Kalendertag mit einer Volumengrenze von 500 Megabyte. Aber dieser Tarif ist nicht in Verbindung mit einer Nano-Sim erhältlich, die man wiederum fürs iPad 4 oder iPad Mini benötigt.

Der Blick ins Kleingedruckte ist auch bei Laufzeitverträgen sinnvoll. Für 10 Euro im Monat bekommt man attraktive Tarife mit einem Tempo von bis zu 7,2 MBit/s und einem Datenvolumen von einem Gigabyte. Das hört sich zunächst gut an. Allerdings handelt es sich um kleine Anbieter, die als Wiederverkäufer der Netzbetreiber auftreten. Auch hier sind die AGB nicht ohne Fallstricke. Das vernünftigste Paket eines namhaften Anbieters scheint uns die „Tablet Flat“ von 1 & 1 zu sein, die ohne Vertragslaufzeit 10 Euro im Monat kostet, ein Gigabyte Datenvolumen und ein Tempo von bis zu 7,2 MBit/s im Vodafone-Netz enthält.

Zum Vergleich: Bei Vodafone kostet die „Mobile Internet Flat 3,6 Light“ schon 15 Euro im Monat, obwohl sie nur ein Datentempo von bis zu 3,2 MBit/s erlaubt. Bei der Telekom fallen bei gleichem Tempo und Volumen 18 Euro im Tarif „Mobile Data S Eco“ an. Die LTE-Tarife von Telekom und Vodafone beginnen bei 40 Euro pro Monat, schnell landet man bei 80 Euro und mehr. Um doch noch ein ganz besonders günstiges und empfehlenswertes Angebot jenseits von Telekom und Vodafone zu nennen: Aldi-Talk im E-Plus-Netz bietet mobiles Internet zu Monatspreisen von vier Euro (bis 150 Megabyte) und sieben Euro (für 500 Megabyte) an.

Jenseits der Grenze können pfiffige Zeitgenossen im Ausland durch die Nutzung öffentlicher W-Lan-Hotspots viel sparen. Die Großstädte in aller Welt sind mit solchen Angeboten nahezu flächendeckend versorgt. Was in Deutschland wegen der „Störerhaftung“ nicht funktioniert, ist von San Francisco bis Seoul ein Teil der Grundversorgung, vergleichbar dem öffentlichen Nahverkehr. Nur sollte man wissen, dass diese meist gratis bereitgestellten und von jedermann ohne Anmeldung verwendbaren Netze alles andere als sicher sind. Im Internet zu surfen, das mag noch angehen. Aber schon den Zugriff auf das E-Mail-Konto oder Facebook sollte man vermeiden. Vom Online-Banking gar nicht zu reden.

Zuverlässigen Schutz bietet ein VPN, die Abkürzung steht für Virtual Private Network. Geschäftsreisende kennen das VPN vom Notebook-Einsatz, es stellt einen sicheren Datentunnel in die heimische Firmenzentrale her. Ein VPN lässt sich auch am Tablet-PC in wenigen Minuten einrichten. Es gelten die gleichen Parameter wie unter Windows oder am Mac. Wer von seinem Arbeitgeber die Zugangsdaten für das Notebook erhalten hat, kann also kostenfrei auch den Tablet und das Smartphone absichern. Einen Nachteil haben die VPN indes: Lange Wege, etwa von Südkorea in die Frankfurter Unternehmenszentrale, bremsen selbst eine noch so schnelle Internetverbindung aus. Ein VPN-Dienstleister mit Servern rund um den Globus ist also angesagt. Der Marktführer, er hat einen etwas unanständigen Namen, listet auf seiner Seite www.hidemyass.com derzeit mehr als 300 Server in mehr als 50 Ländern der Welt. Das günstigste Angebot ist bereits für 5 Euro im Monat zu haben.

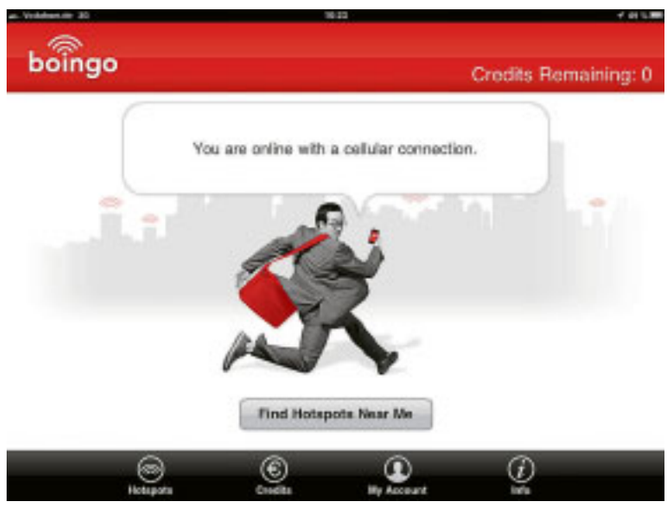
Ein zweiter Dienst, den wir ebenfalls empfehlen können, erweitert die Nutzungsmöglichkeiten von Hotspots in aller Welt noch einmal deutlich, indem er die kostenpflichtigen Angebote von Hotels, Restaurants, Flughäfen und Stadtnetzen einbezieht. Statt an jedem einzelnen Ort ein Surfticket zu erwerben und sich mit stets neuem Nutzernamen und Kennwort einzubuchen, erwirbt man pauschal ein Ticket für Hunderttausende von Hotspots, jedes W-Lan-Gerät ist verwendbar, und man spart sich die Akrobatik unterschiedlichster Nutzernamen. Empfehlenswert ist Boingo Wireless. Das Unternehmen besteht seit mehr als zehn Jahren und unterstützt derzeit 600 000 Basisstationen, die sich zudem im Netz schon vor Reiseantritt lokalisieren lassen (www.boingo.com).

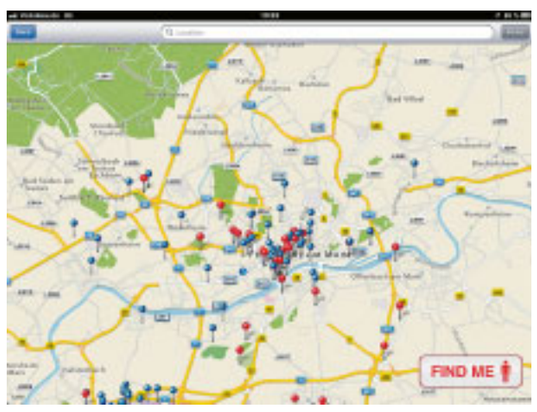
Eine Gratis-App für iOS und Android findet den nächsten Hotspot in der Umgebung, und eine VPN-Verbindung gehört ebenfalls zu diesem Angebot, das für Regionen wie Nord- und Südamerika oder Asien weniger als 10 Euro im Monat kostet. Europa ist teuer, hier werden fast 30 Euro je Monat fällig.

Ein Notnagel, jedoch einfach in der Handhabung, ist die iOS-App „Boingo WiFi Credits“, die stundenweise den Netzzugang an allen 600 000 Hotspots erlaubt. Man muss keine Kreditkarteninformationen hinterlegen, sondern bezahlt über Apples iTunes, das ist der Clou. In den Vereinigten Staaten kommt man für moderate 2 Dollar ins Netz, in Deutschland verlangt Boingo derzeit vergleichsweise happige 4,50 Euro. Aber das ist immer noch deutlich günstiger als der Basispreis vieler Hotels, und die Handhabung ist unschlagbar einfach.

Mobilfunk oder W-Lan?

Bringt der neue Tablet-PC gleich eine Mobilfunkeinheit mit, muss man sich um Sim-Karte und Tarife kümmern. Nötigenfalls lässt sich auch das Smartphone zum Router zweckentfremden, Stichwort: Hotspot. Wer auf Wireless-Lan angewiesen ist, muss öffentliche Router suchen. Dabei hilft beispielsweise Boingo mit seinen Apps. Ein VPN (Bild oben Mitte) sorgt für Sicherheit in öffentlichen Netzen. Android und iOS haben eine VPN-Software bereits eingebaut.





Kriechstrom

Es ist Winter, und schon hört man nichts mehr von Elektroautos. Die kalte Jahreszeit ist der natürliche Feind der antreibenden Batterien, Licht und Heizung und Sitzheizung und Scheibenwischer vernichten den zum Vortrieb benötigten Vorrat, bevor der Vororthügel erreicht ist. Das ist ein wenig schade, denn die Fahreigenschaften der meisten auf dem Markt befindlichen Elektroautos sind recht angenehm, und die Reichweite macht keine größeren Schwierigkeiten, solange man im städtischen Umfeld bleibt. Aber der Kunde will einfach nicht. Citroën etwa bringt zwar im Mai einen elektrisch betriebenen Transporter neu auf den Markt, hat aber die Produktion seines C-Zero wochenlang wegen zu hoher Lagerbestände angehalten. „Wir fahren die Produktion jetzt wieder an, aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der E-Auto-Markt hinter allen Erwartungen liegt“, gesteht Direktor Frédéric Banzet zu. Von seinem Pendant bei Renault, Carlos Ghosn, ist schon gar nichts mehr zu vernehmen, dabei will Renault im Frühjahr sein erstes voll nach Kriterien der Elektromobilität entwickeltes Modell Zoé einführen. Das Dilemma bleibt: Mit den Batterien kommen Kosten und Gewicht ins Auto, beides Dinge, die kein Hersteller gebrauchen kann. Wenn nicht ein Wunder geschieht, wird das Elektroauto noch auf lange Zeit nur ein Angebot unter mehreren sein. Ein Minderheitsangebot, Kriechstrom, sozusagen. hap.

Systemlösung

Im Gleichschritt, marsch! Diese auf Kasernenhöfen bis zum Erbrechen geübte synchrone Art der Fortbewegung bietet den nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass größere Personengruppen leidlich schnell vorankommen. Daraus den Schluss zu ziehen, dass man auch beim Sanieren maroder Gebäude so vorgehen könnte, hat sich noch nicht so recht herumgesprochen. Denn in vielen Fällen stehen sich die Gewerke für das Ertüchtigen einer Immobilie derart unversöhnlich gegenüber, dass sinnvolle „Systemlösungen“ erst gar nicht angesprochen, geschweige denn angeboten werden. Dabei ist trivial, dass eine neue Heizungsanlage tunlichst so ausgelegt werden sollte, dass sowohl die für einen späteren Zeitpunkt ins Auge gefasste Wärmedämmung als auch die Dreischeiben-Isolierfenster dazu passen, die mit dem noch laufenden Bausparvertrag finanziert werden sollen. Dass es dabei nicht nur um das Festlegen der Leistungsklasse für die Heizung geht, ist klar, seit es vielfach durch Synchronisationsfehler zu Bauschäden – wie feuchte Wände und Schimmelbildung – gekommen ist. Schritt halten mit dem Stand der Technik müssen aber auch die Handwerker, die damit beauftragt sind, die tendenziell immer „intelligenteren“ Gerätschaften zu installieren. So kann nicht sein, dass das Gros der neu aufgestellten Brennwertkessel in der Werkseinstellung läuft, nur weil niemand sich bemüßigt fühlt, das Gerät an die gegebene Situation anzupassen. kff.

Dünne Luft

Audi, BMW und Mercedes-Benz blicken auf ein tolles Jahr zurück. Alle drei feierten Absatzrekorde, nur in Deutschland lief es für die Premiumhersteller nicht ganz so rund. Zwar kam Audi auch hierzulande auf ein Plus von 6,3 Prozent, aber sowohl BMW (minus 4,4, inklusive Mini) als auch Mercedes-Benz (minus 0,9 Prozent) verkauften 2012 in Deutschland weniger Autos als 2011. Vor allem in der Oberklasse ist die Luft dünn geworden. Dort, wo es zwar nicht um die riesigen Stückzahlen, aber viel ums Prestige geht, ist nicht mehr so viel zu holen. Um fast 14 Prozent hat das Segment nachgegeben, das Kraftfahrt-Bundesamt meldet den Mercedes-Benz CLS als „Sieger“ mit 4480 Neuzulassungen, knapp vor dem 7er-BMW mit 4457. Der Audi A8/S8 kommt auf 3675, der Porsche Panamera auf 3489. Die S-Klasse schwächelt etwas: Für sie stehen 2012 „nur“ 3304 Autos in den Büchern, der eine oder andere treue Kunde wird schon auf die nächste Generation warten, die im Herbst dieses Jahres startet. Übrigens, der mittlerweile mehr als zehn Jahre alte VW Phaeton kommt auch noch auf 1969 Einheiten. Ausländische Anbieter spielen dagegen so gut wie keine Rolle. Die deutsche Phalanx ist so gut wie konkurrenzlos, der Jaguar XJ kommt nur auf 427 Einheiten. Weil dem nicht nur in Deutschland so ist, sondern auch im Rest der Welt, darf sich das deutsche Trio freuen, und wahrscheinlich geht es 2013 so weiter. Höhenluft kann auch gut tun. fbs.

Macht sich breit: *Gaggenaus neue Backofenserie 400 gibt es auch in einer 76-Zentimeter-Version* Foto Hersteller

Neue Backöfen von Gaggenau

Zwei auf einen Streich

Die „Living Kitchen" ist eine kleine Extra˜messe auf der Möbelmesse in Köln: Hersteller von Hausgeräten präsentieren dort ihre neuen Produkte gleich eingebaut in die neuen Kreationen der Küchenmöbelproduzenten. So können sich die Besucher sofort ein Bild machen, ob und wie Backöfen, Kaffeeautomaten und all die anderen Elektrogroßgeräte mit den Möbeln harmonieren und ob das dann in dieser oder lieber in jener Ausführung oder Farbe gefällt. Denn der Zug zur Individualisierung hat die Küche längst erreicht und treibt auch die Gerätehersteller an.

Zum Beispiel Gaggenau, den zur BSH-Gruppe gehörenden Oberklasse-Hersteller mit dem hohen Designanspruch. Ganz gegen seine Gepflogenheiten hat er gleich zwei neue Backofenserien entwickelt, um möglichst jeden Kundenwunsch zu erfüllen. Die Serien 200 und 400 (Backöfen, Dampfgarer, Mikrowellen, Kaffeevollautomaten, Wärmeschubladen) haben das hauseigene intuitive Bedienkonzept mit zwei Drehknebeln und Touch-Display gemeinsam, sie unterscheiden sich aber deutlich im Design. Die 200-Geräte sind eher puristisch mit ihren eher zurückhaltenden, geradlinigen Formen, sie sind für den flächenbündigen Einbau vorgesehen und kommen in den drei Farbvarianten Anthrazit, Metallic und Silber. Die 60 Zentimeter breiten 200er haben eine Vollglasfront, die Türen mit Edelstahlgriffen öffnen bis zu einem Winkel von 110 Grad. Die Serie 400 hat blendenlose Oberflächen und grifflose Türen und wird mit 47 Millimeter Frontüberstand eingebaut. Damit wirken die Geräte deutlich exponierter. Hier ist massiver Edelstahl das Material der Wahl, kombiniert mit Glas. Ob in 60 oder 76 Zentimeter Breite, die Türen lassen sich um 180 Grad öffnen. Die neuen Serien kommen im März in den Küchenfachhandel. MONIKA SCHRAMM

Eine Vitrine am Handgelenk

Die Golden Bridge von Corum mit ihrem Stabuhrwerk ist bis heute einzigartig. Mehr als 30 Jahre nach ihrer Premiere ist sie jetzt mit einem Automatikwerk zu haben. Das macht sie nicht weniger einzigartig.

Von Monika Schramm

Avantgarde: *Golden Bridge mit automatischem Stabwerk*

Wer diese Ikone der Schweizer Uhrmacherei einmal gesehen hat, wird sie überall wiedererkennen. Ein Werk, das scheinbar im Raum schwebt, dessen 194 Teile sich linear um einen goldenen Steg gruppieren und jederzeit freie Sicht auf das geben, was sich bewegt und natürlich auf die Zeit, die dabei angezeigt wird. Das Zifferblatt ist zweigeteilt und nimmt das Stabuhrwerk buchstäblich in seine Mitte.

Seit 1955 gibt es die Marke Corum, deren Markenzeichen ein Schlüssel ist. Er steht für die Erschließung des Unbekannten, die Entschlüsselung von Geheimnissen. Und es war unbekanntes Terrain, auf das sich die Uhrmacher Ende der siebziger Jahre gewagt haben, als sie das Stabuhrwerk mit Handaufzug für die Golden Bridge entwickelt haben. 1980 wurde sie vorgestellt, und sie ist bis heute in vielen Designvarianten im Angebot. Vorläufiger uhrmacherischer Höhepunkt war zum 30. Geburtstag ein Kaliber mit dem kleinsten Tourbillon der Welt mit Silizium-Hemmung.

Jetzt haben sich die Schweizer wieder ein Stück Neuland erschlossen und der Golden Bridge ein Automatikwerk konstruiert. Vier Jahre hat es gedauert, das Kaliber CO-313 zu entwickeln. Denn dafür kam nur eine ebenfalls lineare Schwungmasse in Frage, und diese Konstruktion erfordert einen besonders hohen Aufwand. Es galt, Materialien, die Reibungskräfte und die aus der linearen Bewegung mögliche Aufzugsenergie für das Werk zu ermitteln. Um das Problem des Trägheitsmoments der Schwungmasse zu lösen, ist schweres Material nötig, dafür kommt in diesem Fall nur Platin mit seiner hohen Dichte in Frage. Die Schwungmasse besteht aus vier Gramm dieses Edelmetalls, und sie legt auf ihrem durch die Bewegung des Uhrenträgers initiierten Weg einen Zentimeter in jede Richtung zurück. Dabei gleitet sie auf mit Teflon beschichteten Stahlschienen. Jeweils am Ende wird sie von Dichtungen abgebremst und abgefedert, so dass der Schlitten wieder in die entgegengesetzte Richtung schwingt. Ein Rechen überträgt die aus dem Hin und Her gewonnene Energie und zieht das Uhrwerk immer in dieselbe Richtung auf, das dafür eingesetzte keramische Kugellager kommt ohne Schmierung aus.

Schlittenaufzug: *Vier bewegliche Gramm Platin sorgen für die Energie.* Fotos Corum

Da der automatische Aufzug permanent vonstatten geht, kann man seine Wirkung kaum beobachten. Aber wenn man die Uhr von Hand über die geriffelte Krone mit dem Schlüssel-Markenzeichen aufzieht, die logischerweise unterhalb der „6" in einer Aussparung des Stegs für die Bandanstöße sitzt, kann man die Energieübertragung auf das Räderwerk direkt beobachten. Und man spürt beim Tragen der Uhr den sachten Anschlag der vier Gramm Platin, wenn man sich darauf konzentriert. Ist das Werk voll aufgezogen, läuft es 40 Stunden, also ein bisschen zu kurz, wenn man die Golden Bridge für das Wochenende gegen eine strapazierfähigere Uhr tauscht. Aber dafür kann man sie am Montagmorgen wieder aufziehen (für jede Stunde Gangreserve eine Umdrehung, das dauert ein bisschen) und sich am Wiederanlaufen des Werks und vor allem der mit 28 800 Halbschwingungen je Stunde (4 Hz) getakteten Unruh am oberen Ende des Stabs erfreuen. Aber ein größeres Federhaus für längere Laufzeit hätte nicht in das ästhetisch ausgewogene Ensemble des linear angeordneten Räderwerks gepasst, das zwischen zwei von Hand ebenfalls linear guillochierten goldenen Brücken zu schweben scheint. Dieser Schein entsteht auch deshalb, weil man von vier Seiten in das Gehäuse schauen kann wie in eine Vitrine. Die stark gewölbten Saphirgläser spiegelfrei zu halten, war eine Herausforderung. Das tonneauförmige Gehäuse aus 18-karätigem Gold misst exakt 37,2 × 51,8 Millimeter, und die Folge des massiven Materialeinsatzes von Glas und Gold, der auch der absolut nötigen Stabilisierung des Werks zugute kommt, ist ein Gewicht von rund 130 Gramm. Diese Golden Bridge spürt man am Handgelenk. Es daher ratsam, das Armband immer stramm anzuziehen, sonst rutscht sie nach außen weg.

Funktionale Komplikationen hat diese Golden Bridge nicht zu bieten, sie in erster Linie ein Schmuckstück, man könnte auch sagen, die ganze Konstruktion des automatischen Stabuhrwerks mit dem Schlittenaufzug ist eine einzige Komplikation von hoher technischer Raffinesse. Trotzdem lässt sich natürlich die Zeit in Minuten und Stunden ablesen, und zwar mit skelettierten Zeigern in der gleichen Goldfarbe wie die Brücken, so dass man etwa bei sechs oder zwölf Uhr genau hinschauen muss: Dann decken sich die Zeiger mit dem Stabwerk. Die Indices sind ebenfalls stabförmig auf die beiden Hälften des dunkelgrauen Zifferblatts appliziert, eine Etage tiefer als die Zeiger, wie man durch die seitlichen Scheiben gut erkennen kann. Das Gehäuse mit polierten und satinierten Oberflächen ist bis 3 bar wasserdicht.

In Rotgold kostet die neue Corum Golden Bridge 42 800, als weißgoldene mit schwarzem Zifferblatt 44 500 Euro. Das dazugehörige schwarze oder braune Alligatorlederband hat eine Dornschließe aus dem jeweils passenden Metall. Für ein Goldband muss man noch etwa 15 000 Euro mehr anlegen. Jedes Jahr wird eine limitierte Stückzahl gefertigt.

Eine Golden Bridge polarisiert zugegebenermaßen: Entweder sie gefällt oder nicht. Sie ist in jedem Fall ein faszinierendes Stück Uhrmacherei.

Die analoge Digitalkamera

Auch das Bedienkonzept der Fujifilm X-E1 ist Retrodesign

Es war einmal, von den neunzehnhundertsechziger bis zu den achtziger Jahren, da gab es eine Leica M ohne Sucherfenster. Sie wurde für technische Anwendungen mit einem Spiegelkasten benutzt oder zum Beispiel als modifiziertes Sondermodell von der Post, um den Stand von Telefoneinheiten-Zählern zu dokumentieren. An diese Leica MD und MDa erinnert die Fujifilm X-E1, ähnlich wie die gerade aktualisiert vorgestellte X-100 (siehe Seite T6) an die Leica M gemahnt. Diese formale Anlehnung führt bei den X-Modellen von Fujifilm von der X-10 oder X-20 bis zur X-1 Pro zu einer zwar entlehnten, nichtsdestoweniger aber überzeugenden Familienähnlichkeit. Doch ein Blick durch den vorzüglich fein zeichnenden elektronischen Oled-Sucher (knapp 2,4 Millionen Bildpunkte) oder aufs klein wirkende 2,8-Zoll-Display genügt, und man weiß, dass man eine Fuji in der Hand hat. Von der Billigknipse auf dem Grabbeltisch bis zur hochambitionierten X-Serie räumt Fuji Sucheransichten und Menüs auf die gleiche übersichtliche Art auf.

Zunächst findet man an der X-E1 kein Wählrad für die Betriebsart, sondern sie ist entweder Blenden- oder Programmautomat. Neben der prominent plazierten Belichtungskorrektur führt ein klassisches Zeitenwahlrad von B bis $^{1}/_{4000}$ Sekunde, vermehrt um ein rotes A, zu diesen beiden Betriebsarten. Die Kamera arbeitet als Zeitautomat, wenn die Automatikblende am Objektiv deaktiviert und die Blende mit einem – nicht markierten, sondern nur im Sucher oder auf dem Monitor numerisch ablesbaren – Drehring wie in der guten alten Zeit gewählt wird. Wenn Fujifilm grundsätzlich richtig hervorhebt, „Analoge Bedienelemente ermöglichen einen schnellen Überblick über die Einstellungen", trifft das bei Zeitautomatik nicht ganz zu: Da ist es nicht das Bedienelement.

Auf alle Fälle aber kann man in wechselnden Betriebsarten und Einstellungen mit der Kamera arbeiten, ohne sie vom Auge absetzen zu müssen. An alles, was man dafür braucht, kommt man flink heran. Und das nicht etwa, weil die Kamera mit dezidierten Knöpfchen übersät wäre. Stattdessen gibt es eine Funktionstaste, die vom Benutzer belegt werden kann. Und nach einem Druck auf die Q-Taste lässt sich auf die als Matrix dargestellte Fülle der Möglichkeiten zur Bildbeeinflussung zugreifen. Zwischen denen navigiert man mit dem Cursor der vier Pfeiltasten hin und her, um die Einstellungen mit einem Daumenrad zu ändern.

Dabei fällt dann zum Beispiel auf, dass es kein 4:3-Bildformat gibt. Und umgekehrt: dass sich nicht weniger als sieben benutzerspezifische Konfigurationen speichern und abrufen lassen. Dass sich die automatische Empfindlichkeitseinstellung sehr schön abgestuft nach oben begrenzen lässt, während die manuelle sich über die Grenze von ISO 6400 hinaus in zwei Stufen bis auf ISO 25 600 hochschrauben lässt. Der Sensor, ein X-Trans CMOS im APS-C-Format 23,6 × 15,6 Millimeter, liefert rund 16 Megapixel große Bilder – im klassischen Format 3:2 maximal 4896 × 3264 Bildpunkte – von überzeugender Qualität mit dem optisch bildstabilisierenden Wechselobjektiv Fujinon XF 1:2,8-4/18-55mm.

Zuletzt: Die Kamera, deren Gehäuse für rund 900 Euro und die im Kit für knapp 1500 Euro gehandelt wird, fühlt sich einfach gut an beim Aufnehmen schöner Bilder. Was sich drehen lässt, dreht sich leicht und satt, alles wirkt solide. Der Verschluss schnappt so dezent, dass man gar nicht anders kann, als nebendran mal eine Leica schnalzen zu lassen. Nein, für diese Kamera müsste man sich auch in Solms oder Wetzlar nicht schämen. HANS-HEINRICH PARDEY

Foto Pardey

Kein Guckloch *zu sehen: Unter dem Schriftzug der Typenbezeichnung befindet sich bei der Fujifilm X-E1 ein elektronischer Sucher von hoher Qualität.*

Der Herr der HiFi-Schnittstellen

Wolfgang Thörners Unternehmen WBT ist erste Adresse für hochwertige Stecker, Klemmen und Buchsen

Elektrische Steckverbindungen führen meist ein Schattendasein. Und schon gar nicht können sie sich im Glanz einer Marke sonnen. In der HiFi-Welt – und „Welt" darf man hier durchaus wörtlich nehmen – ist das anders: Wer auf sich hält, verwendet Verbindungselemente von WBT. Das Unternehmen in Essen heißt nach den Initialen seines Gründers und Inhabers Wolfgang B. Thörner und ist vor einigen Jahren in ein großzügiges Domizil im Stadtteil Kettwig umgezogen, mit inspirierendem Blick ins Grüne. Dort wird geforscht, entwickelt und auch weitgehend hergestellt. Thörners Credo: Nix China, produziert wird mit großer Fertigungstiefe ausschließlich in Deutschland und, was die ebenfalls nur heimischen Zulieferer betrifft, unter strenger Kontrolle von WBT. Die Kunden honorieren das. Nicht zuletzt zeigt sich das daran, dass sie Thörners – vorsorglich fälschungssicheres – Signet gern sichtbar an ihren Produkten anbringen, ähnlich wie „Intel Inside". Eine solche Vorzugsstellung hat nur eine starke und erfolgreiche Marke.

Kosten halbiert durch Weglassen: *Polklemme 0703 ganz neu*

Es war die Unzufriedenheit Thörners mit den damals üblichen aus Blech gebogenen Steckverbindungen, die ihn 1985 zum Start unter anderen Vorzeichen bewog. Audiostecker und -buchsen sollten, wie er sich vornahm, mechanisch solide und innovativ werden: Denn dass sie klein und eher unscheinbar sind, bedeutet nicht, dass sie nicht große – und das heißt auch negative – Wirkungen auf den Klang ausüben könnten. Man begann in Essen mit einem Cinchstecker namens WBT-0100, der dank seines Spannzangenmechanismus Maßstäbe setzte und den Markt rasch eroberte. Es folgten der Schrägwinkel-Bananenstecker WBT-0645, für Lautsprecherkabel der Kabelschuh WBT-0680 und neu konzipierte Polklemmen, 1988 die einfache und sichere Crimp-Verbindung zwischen Leitung und Stecker und, als bisher größter Schritt, 2003 eine neue Cinch-Technik mit Namen Nextgen („next generation"), deren zweite Auflage 2011 eingeführt wurde. Die Produkte der Vor-Nextgen-Zeit sind heute noch als Classic-Serie im Programm. Ergänzt wird das Angebot durch einschlägiges Spezialwerkzeug und Zubehör.

Kontaktsicherheit ist natürlich die erste Anforderung an Steckerverbindungen. Aber das Lastenheft geht heute weit darüber hinaus, weil die empfindlichen Audio-Signalströme, die über Kabel und Stecker transportiert werden, das dringend erfordern. Es kommt zum Beispiel darauf an, Wirbelströme zu vermeiden, Übergangswiderstände zu glätten und Massespeichereffekte etwa von Polklemmen durch richtige Wahl von Leiter- und Isolationswerkstoffen und Leitergeometrie zu berücksichtigen. Bisher galt, auch bei WBT, die Gleichung schwer = solide = gut. Metall, in erster Linie Messing, war also das Material der Wahl. Das wurde bei der jüngsten Nextgen-Generation gründlich überdacht. Die neue, funktionale Sicht auf die Werkstoffe führte zu einer Reduzierung der Metallmasse um 90 Prozent und damit zu einem erwünschten Wegfall von Massespeichereffekten in Steckern, Buchsen und Klemmen. Ihr tragendes Gerüst besteht jetzt aus hochwertigen Funktionskunststoffen statt aus Kupferlegierungen, und für den eigentlichen Signalleiter wird reines, vergoldetes Kupfer oder Feinsilber verwendet, Werkstoffe mit optimalem Innenwiderstand, die jedoch für die Statik des Steckers zu weich wären. Die Hybridkonstruktion spart wertvolle Buntmetalle, ohne an Stabilität und schon gar nicht an Klangqualität einzubüßen, mindert die Kosten und ermöglicht günstigere Preise. Die Cinchstecker und -buchsen haben zudem den fürs Digitale normgerechten Wellenwiderstand von 75 Ohm, und das bis hin zu 1 Gigahertz – wichtig für perfekte Übertragung von analogen Signalen.

Speziell im Fall der Lautsprecheranschlüsse muss auch die klangschädliche Wirkung von Körperschall bedacht werden, der von der Anlage selbst, aber auch von ihrer Umgebung (Trittschall) herrühren kann. Ausreichender Kontaktdruck hilft dagegen: Wann er zwischen Polklemme und Kabelschuh erreicht ist und nicht mehr überschritten werden darf, zeigt jetzt ein Drehmoment-Indikator akustisch an. Aber auch Dämpfungselemente zwischen Montageplatte und Klemmen, so der neue Körperschall-Absorber von WBT, sind hier hilfreich. Schon dank ihrer Konstruktion sollen die neuen Polklemmen WBT-0703 und WBT-0708 zudem erheblich weniger empfindlich gegen Mikroschwingungen sein. Sie nehmen Kabel bis sechs Millimeter Durchmesser, aber auch Kabelschuhe und Bananenstecker auf.

Billig könnnen die WBT-Produkte nicht sein. Zu den Kunststoff-Spritzgieß- und Metallbearbeitungsmaschinen des Unternehmens gehören hochpräzise Werkzeuge, in denen viel Kapital gebunden ist. Die Montage erfordert qualifizierte Handarbeit. Thörners Wunsch wäre es, auch die jetzt noch fremd vergebene Galvanik ins Haus zu holen – oder sie gleich durch modernere und umweltfreundlichere Oberflächentechnik zu ersetzen. Dem Herstellungsaufwand geschuldet, werden etwa für aktuelle Nextgen-Cinchstecker mit Kupferleiter bis rund 35 und mit Silberleiter knapp 58 Euro berechnet – je Stück. Polklemmen in Silber können bis zu 84 Euro, Bananenstecker 22 bis mehr als 50 Euro erfordern. Günstiger, aber auch nicht unter 20 Euro sind die Modelle der Classic-Serie zu haben. Die Abnehmer sind denn auch im High-End-Bereich zu suchen. Hier finden sich sehr viele große Namen der HiFi-Branche auf Thörners Kundenliste, schon weil qualitätsbewusste Endverbraucher gezielt nach WBT fragen.

Nextgen-Cinchstecker *mit Silberleiter*

Kabelschuhe, *wie sie sein sollen*

Und die Zukunft? Kann das Aufkommen hochwertiger kabelloser (digitaler) Übertragungswege das Geschäft von WBT in Frage stellen? Der Herr der mechanischen und elektrischen Schnittstellen sieht diese Gefahr durchaus, aber er bleibt optimistisch. Zumindest Lautsprecherkabel werden noch gebraucht, solange es externe Verstärker gibt und teure Aktivboxen eine Randerscheinung bleiben. Auch bei den internen Verbindungen der Geräte warten genug Probleme, die WBT hochwertig lösen kann. Speziell im High End wird das Misstrauen gegenüber der Wireless-Technik nicht so schnell verschwinden. Thörner wird die Arbeit also in überschaubarer Zeit nicht ausgehen. GEROLD LINGNAU

Dicker Dauerläufer mit viel Energie

Huaweis Ascend D1 Quad XL gibt einfach nicht auf

Es gibt technikaffine Menschen, die fassen das Ding gar nicht erst an. Zu klobig, zu unsexy, zu schwer. In der Tat war Huawei beim Design des Ascend D1 Quad XL wenig kreativ. Man könnte den Eindruck gewinnen, den Chinesen geht jetzt schon die Luft aus. Das Smartphone ist 11,5 Millimeter dick, wiegt 145 Gramm, und sein angerauhter schwarzer Rücken fühlt sich an, als hätte es eine permanente Gänsehaut. Wird das schnell aufstrebende Unternehmen Huawei etwa nachlässig bei seinen neuen Produkten? Oder ist die Erscheinung bloßes Kalkül? Die Werbung für das neue Smartphone deutet jedenfalls auf Letzteres. Huawei bewirbt auf seiner Webseite das D1 mit „Ach du dickes Ei". Die Erklärung folgt sogleich: „Egal, ob Display, Akku oder Prozessor, das Huawei Ascend D1 Quad XL bietet dir stets das Quäntchen mehr."

In dieser Aussage steckt mehr als ein Quäntchen Wahrheit. Den Prozessor, ein Quad-Core mit 1,4 Gigahertz, entwickelte Huawei selbst. Er wurde erstmals in diesem Smartphone eingesetzt. Der Akku hat eine sehr lange Laufzeit. Und der IPS-Bildschirm – also keine Amoled-Anzeige – hat eine Größe von 4,5 Zoll (11,59 Zentimeter Diagonale) mit einer Auflösung von 1280 × 720 Pixel. In puncto Schnelligkeit und Auflösung hält das Ascend D1 mit den Oberklassegeräten von Samsung und Apple gut mit, in Sachen Ausdauer lässt es vermutlich die gesamte Konkurrenz hinter sich. Vor der Kamera muss sich niemand verstecken. Sie nimmt Bilder mit acht Megapixel und Videos in Full-HD mit 1080 Bildzeilen auf. Die Frontkamera ist wie gewöhnlich etwas schwächer mit 1,3 Megapixel und lediglich 720 Bildzeilen. Allerdings ist die Qualität der Bilder – gerade in Innenräumen – nicht mehr als Mittelmaß. Dank eines Micro-SD-Slots lässt sich der Speicher um 32 auf 40 Gigabyte erweitern.

Bei der Software verzichtet Huawei glücklicherweise auf eine eigene Benutzeroberfläche. Es ist (fast) pures Google-Android in der Version 4.0 (Ice Cream Sandwich). Allerdings hat Huawei ein paar wenige Funktionen aus späteren Androidversionen eingepflegt. So wurden etwa der Startbildschirm mit den vier Auswahlmöglichkeiten angepasst, die obere Leiste modifiziert, Googles Browser Chrome mit draufgepackt und ein Schnellstart-Modus eingebaut. Bei bestimmen Anwendungen zeigt die Software trotz des Quadcore-Prozessors nicht immer flüssige Bewegungen. Texte auf Websites verhalten sich beim Scrollen häufiger etwas störrisch und halten zu abrupt an.

Das Ascend D1 Quad XL könnte Menschen gefallen, die bis zum heutigen Tag etwa Apple-Produkte mit dem Hinweis ablehnen, dass Mac & Co. Schnickschnack und ein Computer oder Handy ein Gebrauchsgegenstand seien, der nur zu funktionieren habe. Und so ist es: Das Smartphone liegt spürbar in der Hand, hat einen ausdauernden Akku und läuft mit fast purem Android. Klar, es ist etwas klobig, unsexy und schwer. Aber das macht nichts – solange man es nicht anschaut. MARCO DETTWEILER

Foto Hersteller

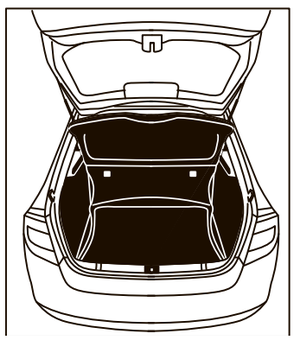
Autarkie ist alles: *Das Huawei Ascend D1 Quad XL ist alles andere als schlank und schick. Für die pummelige Bauweise ist der mächtige Energiespeicher verantwortlich. Wer weniger auf das Aussehen als auf außerordentliche Akkulaufzeiten Wert legt, wird das Gerät dennoch attraktiv finden.*

Der Fahrtbericht: Škoda Rapid Elegance 1.6 TDI

Die simple Cleverness der wahren Werte

Es muss nicht immer Kaviar sein. Das gilt auch für Autos, und da ist Škoda, die Vollkornmarke im VW-Konzern, die richtige Adresse. Der neue Rapid bringt intelligente Nüchternheit zum Vorzugspreis. Aber Liebreiz fühlt sich anders an. *Von Wolfgang Peters*

Beinahe über Nacht sind sie gekommen. Flammneue, moderne Autos mit Miniverbräuchen, die man bezahlen kann. Sogar im VW-Konzern, der nicht unbedingt als Erfinder des Billigautos geführt wird, gibt es sie. Die für Vernunftmobile mit einem Hauch von Cleverness zuständige Konzernmarke Škoda entdeckte zwischen ihrem kleinen Fabia und dem größeren Octavia noch eine Nische und füllte sie mit dem Rapid. Er soll gegen die preisbrechenden Koreaner von Kia und Hyundai antreten und den rumänischen Dacia aus dem Renault-Konzern die elegante Stirn bieten. Die technischen Zutaten lieferten die VW-Regale, das Design blickt in die Škoda-Zukunft, das Auto wird definiert als unscheinbarer Held des Alltags.



Den neuen Grill haben jetzt alle Škodas, der Kofferraum gehört zu den allergrößten in der Klasse.

Der potentielle Käufer hat zunächst die Qual der Wahl. Will er sparen und fährt im Jahr etwa 10 000 Kilometer, dann greift er am besten zum Einsteiger-Rapid mit 1,2-Liter-Dreizylinder-Otto, der allerdings (mit 55 kW/75 PS und 112 Nm) nur bescheidene Dynamik-Ansprüche erfüllt. Doch man wird nicht zum Verkehrshindernis und kommt in Verbindung mit der recht frugalen Active-Ausstattung auf nur 13 990 Euro, ohne Klimaanlage. Wer mehr Leistung spüren und die Wärme von ruhigem Luxus genießen will, der hangelt sich durch die Rapid-Riege, landet schließlich auf der Elegance-Ebene und hat den bekannten 1,6-Liter-TDI, allerdings nur in Verbindung mit manuellem Fünfganggetriebe unter der Haube. Die DSG-Box steht nur für Benziner bereit, eine Sechsgangschaltung ist für diesen Diesel nicht vorgesehen. Dennoch wirkte der Testwagen auf den ersten Blick keineswegs ärmlich. Er kostete allerdings ohne Extras schon 22 160 Euro, und das lässt sich nicht mehr aus dem Sparstrumpf zahlen. Deshalb gilt auch für den Škoda Rapid: Günstige Tarife werden nur an der Basis geboten; für passive Sicherheit mit Airbags und Bremseingriffen ist aber immer gesorgt, mit gewissen Komfort-Einschränkungen muss man aber leben. Nur geringe Beschränkungen muss man sich auferlegen, wenn es um die Transportansprüche geht. Der Radstand von 2,60 Meter und ein füllig geratener Überhang hinten sind schöne Hinweise auf Platz für Passagiere und Gepäck. Notorisch mobile Menschen, die gern im Kofferraum ihren kompletten Hausrat mitführen oder für die Ferien nicht auf die große Garderobe verzichten wollen, haben nach dem gut unterstützten Anheben der großen Klappe im Heck des Rapid Tränen der Ergriffenheit in den Augen: Hinter der recht hoch geratenen Ladekante (Abstand zum Boden etwa 70 Zentimeter) tut sich eine Höhle auf, wie sie in dieser Klasse sonst keiner bietet. In der Tiefe misst sie bis zu den Rücksitzen auf dem Boden etwa 105 Zentimeter (aufgrund der sehr schräg installierten Rücksitzlehnen geht weiter oben Ladetiefe verloren), in der Breite sind es zwischen den Radkästen rund 104 Zentimeter. Daraus ergibt sich ein Stauvolumen von 550 Liter. Das lässt sich durch Umklappen der ein zu zwei Drittel geteilten Lehne erweitern, maximal gibt es 1490 Liter. Da zahlt es sich aus, dass der Rapid zwar ein Stummelheck, aber dennoch eine Heckklappe hat. Clever ist der zwar hässliche, aber hilfreiche, nach unten ragende Kunststoffgriff zum Schließen der Klappe. Eher ein Gag ist der in der Tankklappe hausende, teigschaberähnliche Eiskratzer.

Im Innenraum herrschen solide Verarbeitung und routiniert vorgetragenes Wohn- und Bediendesign. Vier Figuren haben ein kommodes Unterkommen, für drei wird es auf der Rückbank eng, aber Kopf- und Kniefreiheit gehen in Ordnung. Auf den Fahrer wartet ein aufgeräumter Arbeitsplatz, alle Instrumente sind klar abzulesen, der Tacho weitet sich bis auf 240 km/h, und das Navigationssystem (Aufpreis 990 Euro) mit Entertainmentfunktionen würde wegen seines grellbunten Designs auch in eine Spielhalle passen. Die Rundumsicht könnte besser sein, besonders der Blick nach hinten ist wegen des niedrigen Heckfensters und der kräftigen Dachholme stark eingeschränkt. Lederlenkrad und Schalthebel liegen gut zur Hand, Lenkung und Schaltung arbeiten direkt, präzise und nicht zu leichtgängig. Die Bremse geht im Normalbetrieb ohne spürbare Ermüdung ans Werk, lässt sich gut dosieren, forderte aber bei unserer Verzögerungsprüfung zum Ende hin einen etwas höheren Pedaldruck, erholte sich aber umgehend wieder.

Hinweise auf ernsthafte Sparbemühungen geben die ohne Dämpfung in ihre Warteposition zurückknallenden Griffe am Dach, die hohl und hart klingenden Geräusche beim Pochen der Fingerknöchel auf die großen Kunststoffteile und die Beschränkung auf einen einzigen Schminkspiegel in der Sonnenblende auf der Beifahrerseite. Einige Kanten könnten besser entgratet sein, und auf den reichlich vorhandenen, vorgeblich Hochwertigkeit signalisierenden Chromschmuck verzichtete man besser. Aber der Innenraum ist gut geschützt vor Abrollgeräuschen, Windlärm tritt erst jenseits von 140 km/h auf, und so ist vor allem der Vierzylinderdiesel für störende Töne zuständig. Er sorgt auch für sanfte, aber beständige Vibrationen im Schalthebel und in der Sitzlehne. Beim vorsichtigen Anfahren mit niedriger Drehzahl fällt die Leistungsbereitschaft des Turbodiesels gern in den Keller. Er bietet zwar auf dem Papier 250 Nm schon bei 1500/min, aber im Alltag hält man ihn am besten in der Nähe von 2000/min, wenn man auf Zug fahren möchte. Dann ist beim Wandern durch die Schaltgassen angenehmer Druck zu spüren, das Getriebe ist gut auf den eher zäh reagierenden Motor abgestimmt. Unter voller Last knurrt er unwillig, beschleunigt den 1265 Kilo wiegenden Rapid aber recht zügig, 190 km/h sind möglich, 160 bis 170 km/h sind aber wegen des geringeren Getöses aus dem Maschinenraum angenehmer. Freundlich gestalten sich für den Fahrer auch die Aufenthalte an der Zapfsäule: Der Durchschnittsverbrauch liegt mit 5,9 Liter zwar deutlich über dem Normwert von 4,4 und ist dennoch ein gutes Argument für den Diesel, als Minimalkonsum notierten wir nach intensiven Knauserbemühungen sogar auf einem Teilabschnitt nur 4,1 Liter auf 100 Kilometer.

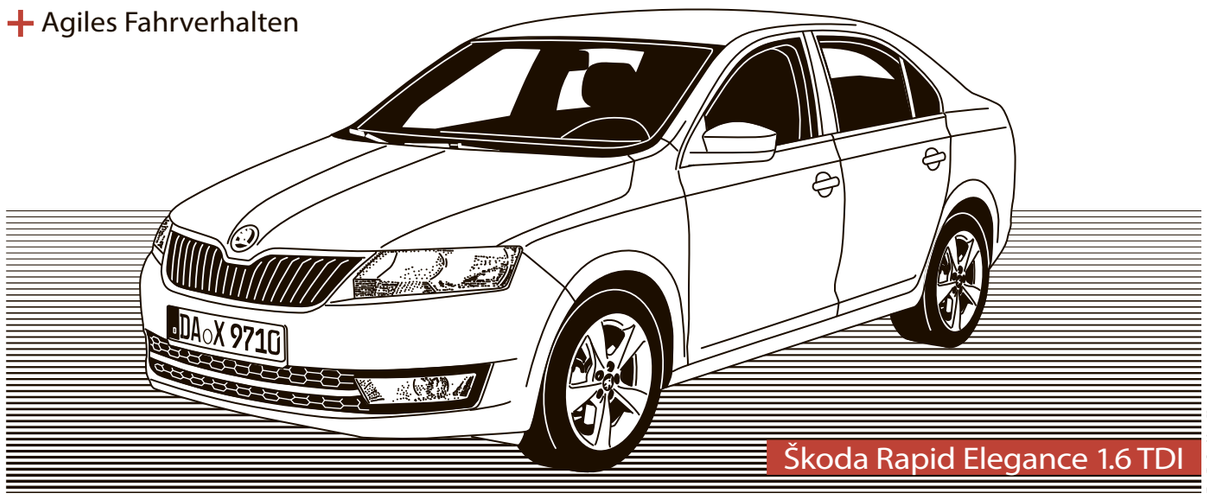
Der müde Diesel hat keine negativen Einflüsse auf die dynamischen Möglichkeiten des Rapid. Er wirkt leichtfüßig, folgt präzise den Lenkbefehlen, bereitet mitunter auf kurvigen Landstraßen sogar Freude, nicht wegen Rasens, sondern aufgrund der Präzision des Fahrens und der ruhigen, keine Überraschungen bietenden Reaktionen des Fronttriebler-Fahrwerks. Erkauft wird die sichere Straßenlage mit einem für Familientransporte zu hart abgestimmten Fahrwerk, Querfugen werden unverblümt nach innen weitergereicht.

In gewissem Sinn erdet der Rapid die Marke Škoda wieder. Er hat selbst in den teuersten Versionen eine enge Verbindung zu den Finanzen des Alltags, und Design sowie Charakter sind eine Botschaft der programmatischen Bescheidenheit. Allerdings mangelt es ihm ein wenig an Ausstrahlung, an Emotionen, die über die Freude am Schnäppchen hinausgehen. Wir warten auf die scharfe RS-Version.

Nächste Woche: Ford B-Max Titanium 1.0 Ecoboost

\+ Großer Kofferraum
\+ Solide verarbeitet
\+ Niedriger Verbrauch
\+ Agiles Fahrverhalten

– Schlechte Sicht nach hinten
– Straff gefedert



Škoda Rapid Elegance 1.6 TDI

F.A.Z.-Grafiken Kaiser

Empfohlener Preis 22 160 Euro
Preis des Testwagens 23 119 Euro

Vierzylinder-Diesel, vier Ventile je Zylinder, Common-Rail-Einspritzung, Abgasturbolader, Hubraum 1598 Kubikzentimeter

Leistung 77 kW (105 PS) bei 4400/min

Höchstes Drehmoment 250 Nm von 1500 bis 2500/min, 90 Prozent davon ab 1400 bis 3000/min

Fünfgang-Schaltgetriebe

Antrieb auf die Vorderräder

Länge/Breite/Höhe 4,48/1,94/1,46 Meter

Radstand 2,60, Wendekreis 10,9 Meter

Leergewicht 1265, zulässiges Gesamtgewicht 1725, Anhängelast 1200 Kilogramm, Kofferraumvolumen 550 bis 1490 Liter

Reifengröße 185/60 R15 84H (Winterreifen)

Höchstgeschwindigkeit 190 km/h

Von 0 auf 100 km/h in 10,1 s; von 50 auf 100 km/h im 4./5. Gang in 12,3/15,8 s

Verbrauch 4,1 bis 6,4, im Durchschnitt 5,9 Liter Diesel je 100 km; 114 g/km CO_2 bei Normverbrauch von 4,4 Liter, Tankinhalt 55 Liter

Versicherungs-Typkl. HP 16, VK 19, TK 21

Garantie 2 Jahre ohne Kilometerbegrenzung, 12 Jahre gegen Durchrostung; Wartung alle 30 000 km oder alle 2 Jahre

Die Anderen:

In der Kompaktklasse zu Hause, der Wettbewerb ist heiß. Opel Astra 1.3 CDTI, 70 kW/95 PS, von 21 575 Euro an zu haben.

Ja, auch ein Konkurrent, oder besser: Der Feind im eigenen Bett. Škoda Octavia als 1.6 TDI, 77 kW/105 PS, von 21 860 Euro an.

Die Konzernmutter wacht, auf dass einer dem anderen nicht weh tue. VW Golf mit 1.6 TDI, 77 kW/105 PS, 23 575 Euro.

Der Schwaben nächste Mutprobe

Mercedes-Benz bringt das kleine Coupé / Der CLA darf von April an für Diskussion sorgen

Gorden Wagener ist ein umgänglicher Kerl, ein lockerer Plausch mit ihm ist fernab von Langeweile, und seine Ideen trägt er freundlich und überzeugend vor. Doch mit Design ist das so eine Sache. Manchem gefällt es, manchem nicht. Man kann nun nicht gerade behaupten, im Daimler-Konzern herrschte Windstille, wenn die Sprache auf die jüngsten gestalterischen Striche kommt. Aber mutig sind der Designchef und seine Truppe. Im Clinch zwischen Tradition und Moderne haben sie zunächst eine nie dagewesene Mercedes-Benz A-Klasse auf die Räder gestellt, dann die eckige E-Klasse glattgebügelt, und jetzt folgt ein Coupé der A-Klasse, das Wagener nicht zu Unrecht den „Stil-Rebell" nennt. Damit lässt sich ohne Schwierigkeiten die sonst womöglich eingetretene Diskussionspause bis zum Debüt der neuen S-Klasse im Herbst überbrücken, die des noblen Hauses Meisterstück werden soll und muss.

Jetzt also CLA. Er folge als neues, viertüriges Coupé der Idee des seit dem Jahr 2003 angebotenen CLS, der bekanntermaßen einen Trend gesetzt und einige Nachahmer gefunden hat. Der kleinere CLA hat die schwungvolle Linie des Konzeptfahrzeugs fast vollständig bis in die rahmenlosen Seitenscheiben gerettet, allein dafür gebührt Mercedes-Benz schon Lob. 4,63 Meter Länge, 1,78 Meter Breite und 1,44 Meter Höhe lauten die Eckdaten. Dank aufwendiger Detailarbeit an Spoilern, Spiegeln und Radblenden sowie großflächiger Verkleidung des Unterbodens bis unter die Hinterachse erzielt der neue Mercedes-Benz den derzeit besten Aerodynamik-Wert aller Serienautomobile, der cw-Wert beträgt 0,23, als optimierte Blue Efficiency Version 0,22.

Wie für Mercedes üblich, ist eine Horde Assistenzsysteme an Bord, serienmäßig greift ein radargestütztes Bremssystem ein, falls der Fahrer träumt. Wie für Mercedes eher unüblich, in Zukunft aber immer üblicher, lassen sich Inhalte vom eigenen Smartphone „vollständig in das Anzeige- und Bedienkonzept des Fahrzeugs integrieren". Ja, ja, die Jugend. Motoren will und braucht sie wohl trotzdem, es gibt deren fünf, allesamt mit Direkteinspritzung und in der Mehrzahl so umweltfreundlich, um die vom Jahr 2014 an geltende Abgasnorm Euro 6 schon jetzt zu erfüllen. Die drei Benziner liefern mit 1,6 bis 2 Liter Hubraum 90/115/155 kW (122/156/211 PS), die beiden Diesel mit 1,8 oder 2,1 Liter Hubraum 100 oder 125 kW (136/170 PS). Das Fahrwerk bietet sich in zwei Abstimmungen an, nach den Erfahrungen mit der A-Klasse hegen wir gewisse Zweifel, ob das optionale Sportfahrwerk eine gute Wahl ist, erste Fahrtests werden es ans Licht bringen. Wer selbiges in Mengen hereinlassen möchte, in der Aufpreisliste steht ein üppiges Glas-Hub-Dach, das sich größeren Zuspruchs erfreuen dürfte, wenn der Frühling seine ersten Sonnenstrahlen im April zur Markteinführung des im Grunde viersitzigen Coupés schickt.

Der Basispreis in Deutschland beträgt 28 977 Euro. Für den jeweils stärksten Benziner oder Diesel sind samt Doppelkupplungs-Automatik rund 38 000 Euro einzukalkulieren. HOLGER APPEL

Soll den Erfolg des CLS eine Etage tiefer fortsetzen: *Mercedes-Benz CLA*

Fotos Hersteller

Wassersport

19.–27.1.2013
www.boot.de

Freiheit und Unabhängigkeit leben, Wind und Sonne genießen, fahren, wohin man will, mit Freunden Spaß haben oder zu zweit relaxen – Motorboote für jede Lebenslust finden Sie auf der boot Düsseldorf vom 19. bis 27. Januar 2013.

Messe Düsseldorf

Die Autos des Jahres 2012

Gegen den Golf kommt keiner an

Das Autojahr 2012 hat mit einem leichten Minus (2,9 Prozent) abgeschlossen. Knapp 3,1 Millionen Neuwagen wurden verkauft, das ist so schlecht nicht. Auto Nummer 1 ist, wie seit 1975 in stetiger Folge, der VW Golf. Wer sonst? Mehr als 240 000 Zulassungen bedeuten einen Marktanteil im Segment (Kompaktklasse) von einem Drittel und fast acht Prozent vom Gesamtmarkt. Das Golf-Minus von knapp 18 000 Einheiten begründet sich durch den Modellwechsel.

Diesel bleiben beliebt: Ihr Anteil an den Neuwagen belief sich auf 48,2 Prozent, 50,5 Prozent der Neuen waren Benziner, die restlichen 1,3 Prozentpunkte entfielen auf Personenwagen mit alternativen Antrieben (Hybride). Rein elektrisch waren 2956 Autos, das ist ein Marktanteil von 0,09589 Prozent. Selbst wenn sich diese Zulassungszahl fortan jährlich verdoppelte, hätten wir am 1. Januar 2020 noch keine Million Elektroautos auf deutschen Straßen.

Zurück ins Jetzt: Gefragt sind Minis, das Segment wuchs um gut ein Fünftel, angeführt vom VW Up, der in der Tabelle aus dem Nichts auf den 20. Platz kam. Die Oberklasse ist kräftig (13,9 Prozent) im Minus, S-Klasse und Co. machen jedoch nur 0,8 Prozent des Kuchens aus, auf die gleiche Teilmenge kommen Wohnmobile. Wie dominant die VW-Gruppe inzwischen geworden ist, zeigt die Top-25-Tabelle aufs feinste: Gleich 13 Konzern-Autos finden sich unter den ersten 25, und alle Medaillen gehen an VW, so wie im Vorjahr. Der Opel Astra, einst auf Rang 2 abonniert, ist nur noch Fünfter, die Mercedes-Benz C-Klasse verkauft sich jetzt besser. Oje, Opel: Sonst schafft es lediglich der Corsa ins Ranking, auch Ford hat nur noch zwei Eisen (Fiesta und Focus) im Feuer. Zumindest in Deutschland sind die Tochtergesellschaften amerikanischer Konzerne strenggenommen keine Volumenhersteller mehr. Zwar kommen beide noch über 200 000 Zulassungen (Opel 213 627, Ford 206 128), aber Mercedes-Benz verkauft 283 006, Audi 266 582, und BMW 248 192 Neuwagen im Jahr in Deutschland. Und Smart sowie Mini sind nicht eingerechnet. VW kommt übrigens auf 672 921 Autos, das ist ein Marktanteil von 21,8 Prozent. Zweiter ist Mercedes-Benz mit 9,2 Prozent. BORIS SCHMIDT

Neuzulassungen in Deutschland im Jahr 2012 – Top 25

			2012	2011
1.	(1)	VW Golf/Jetta	240 702	258 059
2.	(2)	VW Passat	89 333	103 507
3.	(3)	VW Polo	76 507	90 720
4.	(5)	Mercedes-Benz C	69 052	79 820
5.	(4)	Opel Astra	66 981	86 579
6.	(7)	BMW 3er	62 506	62 280
7.	(28)	Mercedes-Benz B	59 420	30 053
8.	(14)	BMW 1er	59 241	52 881
9.	(10)	Audi A4	57 633	59 056
10.	(6)	Opel Corsa	55 747	70 152
11.	(19)	VW Tiguan	55 615	45 662
12.	(11)	VW Touran	53 025	55 416
13.	(18)	Audi A6	52 710	46 076
14.	(12)	Ford Fiesta	50 874	53 940
15.	(9)	BMW 5er	48 107	59 756
16.	(8)	Ford Focus	47 936	61 157
17.	(17)	Škoda Octavia	46 318	46 571
18.	(13)	Audi A3	45 999	53 801
19.	(15)	Mercedes-Benz E	45 841	49 961
20.	(--)	VW Up	42 842	3 884
21.	(16)	Škoda Fabia	40 740	47 579
22.	(22)	Mini	36 302	40 345
23.	(24)	VW Bus	33 872	33 555
24.	(23)	VW Caddy	32 331	37 397
25.	(20)	Mercedes-Benz A	31 973	43 542

Quelle: Kraftfahrtbundesamt, Flensburg

Ein Leben zwischen Deutschland und Amerika und Daimler und Fiat: *Jeep Grand Cherokee* Foto Hersteller

Amerika auf die lässige Art

Der Jeep Grand Cherokee hält mühelos mit der europäischen Konkurrenz mit. Und er schürt die Sehnsucht nach der großen Weite. Fahrtbericht.

Von Michael Kirchberger

So ganz unwichtig ist Europa den Amerikanern offensichtlich nicht. Warum sonst sollte Jeep, die Geländewagensparte von Chrysler, das Spitzenmodell Grand Cherokee mit einem Dieselmotor in gleich zwei Leistungsstufen bestücken, wo doch der Automarkt in der Alten Welt erhebliche Schwächen zeigt? Denn Geländewagen oder SUV verkaufen sich mit einem Benziner bei uns nur mäßig. Der Verbrauchsvorteil des Selbstzünders kommt in kaum einer anderen Klasse so ausgeprägt zur Geltung. Und da wäre noch Fiat als neuer Herr im Haus in Auburn Hills, dem Stammsitz vom Chrysler. Die Italiener haben in den eigenen Reihen nichts Vergleichbares vorzuweisen, da ist es schon eine Sache des Prestiges, den Bestsellern Mercedes-Benz ML, BMW X5 und VW Touareg etwas Ebenbürtiges aus dem Portfolio der Tochtermarke entgegenzustellen.

59 800 Euro kostet der Jeep Grand Cherokee 3.0 Multijet in der feinen Overland-Ausstattung und motorisiert mit der kräftigeren Version beider Triebwerke. 177 kW (241 PS) leistet der V6, 550 Newtonmeter liegen als höchstes Drehmoment bei 1800 Umdrehungen in der Minute an. Genug, um 2400 Kilogramm Leergewicht in 8,2 Sekunden von 0 auf 100 km/h zu beschleunigen. 202 km/h Höchstgeschwindigkeit schafft der allradgetriebene Schwerathlet, kombiniert wird sein Motor grundsätzlich mit einer fünfstufigen Automatik.

Mit massigen Formen, eher breit- als hochbeinig, steht der Grand Cherokee nach seiner Neuauflage im vorigen Jahr auf den 20 Zoll großen Rädern. Die niedrige Fensterhöhe und gerade verlaufende Linien geben ihm die Spur von Solidität und Dynamik, die ein SUV attraktiv macht. Der Innenraum hat nahezu alle Schrulligkeiten vergangener Jeep-Generationen abgelegt. Die Materialien sind mit Sorgfalt ausgewählt und stilsicher zusammengestellt, auch die Verarbeitung kann sich mit der in Premium-Geländewagen europäischer Provenienz messen lassen. Am wohlgeformten Lenkrad, dessen Kranz aus hölzernen und lederbezogenen Bauteilen zusammengesetzt ist, helfen Fernbedienungstasten bei der Kontrolle von Audioanlage, Telefon und Geschwindigkeitsregelung, überfrachtet ist es nicht. Auch die Instrumente sind angenehm klar.

Das Raumangebot entspricht den hohen Erwartungen in dieser Fahrzeugklasse, nirgendwo laufen die Mitfahrer Gefahr, anzuecken oder die Nähe zum Nachbarn als Einbruch in die Privatsphäre zu empfinden. Die Sitze vorne bieten elektrische Einstellmöglichkeiten und guten Seitenhalt, auch wenn die serienmäßigen Lederbezüge etwas glatt sind. Lange Strecken werden aufgrund der angenehmen, aber nicht zu weichen Polsterung mühelos überwunden. Es gibt viele Ablageflächen und Fächer, und sie befinden sich am richtigen Platz. Die Halter taugen für Getränkebecher im XL-Format. Der Kofferraum steht diesem Fassungsvermögen kaum nach. 782 Liter passen hinein, wenn die Rückbanklehnen aufrechtstehen, auf 1554 Liter wächst sein Volumen, klappt man sie nach vorne. Das geht mit einem Handgriff.

Der feine Jeep ist nicht nur fürs Grobe gedacht. Auf Asphalt sind seine Fahreigenschaften denen der Konkurrenten ebenbürtig, die Karosserieneigungen halten sich in Grenzen, die Bremswege ebenfalls. Und die Federung erfreut mit Sanftmut, nur kurze Wellen mag sie nicht, dann neigt der Grand Cherokee trotz seiner aufwendigen Mehrlenker-Hinterachse zu Nervosität. Windgeräusche und der kraftvolle Klang des Diesel bleiben selbst bei schneller Fahrt im Rahmen.

Auf der langen Distanz gehört der Jeep zu unseren Favoriten. Vor allem dann, wenn die Fahrt auf winterliche Bergstrecken führt. Die Bodenfreiheit von 29,3 Zentimeter vorn und 34,3 Zentimeter hinten hilft, den Rädern selbst auf tiefem Geläuf genügend Traktion zukommen zu lassen. Die üblichen Schneeverwehungen auf dem Weg zum Ski-Ressort nimmt der Grand Cherokee mit Bravour. Der Allradantrieb leitet die Kräfte ausgewogen und ganz nach Bedarf bis zu 100 Prozent nur an eine Achse weiter. Eine elektronische Differentialsperre mit Schlupfbegrenzung hinten hilft beim morgendlichen Anfahren. In fünf Stufen lässt sich das 4×4-System auf die Fahrbahnbedingungen abstimmen. Anspruchsvollere Aufgaben muss der Chauffeur beim Rangieren bewältigen. Bei einem Radstand von 2,92 Meter und einer Fahrzeuglänge von 4,82 Meter wächst der Wendekreis auf fast 12 Meter. Manch eine Ecke erfordert ein Zurücksetzen, um sie zu umrunden. Immerhin ist die Karosserie übersichtlich, notfalls helfen Parkpilot und Rückfahrkamera.

Ohnehin sind eine ganze Reihe von elektronischen Helfern an Bord, die das Fahren sicherer machen sollen. Dazu zählen die Überwachung des toten Winkels, ein Bergabfahr-Assistent, die adaptive Temporegelung mit Auffahrwarnsystem, Fernlichtassistent und nicht zuletzt die schlüssellose Zugangs- und Startanlage. Für die Überwachung des Verbrauchs jedoch ist in erster Linie der Fahrer zuständig; ein oder zwei Übersetzungsstufen des Getriebes mehr würden ihm dabei ebenso helfen wie eine Start-Stopp-Automatik. 8,5 Liter Diesel je 100 Kilometer verlangte der Grand Cherokee 3.0 Multijet während unserer Fahrten, wer das Gaspedal mit Ehrfurcht behandelt, kommt auch mit weniger als 7,5 Liter aus. Im Strom der besonders Eiligen auf der linken Spur mitzufahren gelingt dem Jeep dank der souveränen Leistungsentfaltung mühelos. Als Tribut sind jedoch Expresszuschläge zu entrichten, schnell klettert der Konsum auf mehr als 10 Liter Diesel je 100 Kilometer. Immerhin ist es mit 93 Liter Tankinhalt möglich, dort zu tanken, wo es gerade am günstigsten ist. Der Normverbrauch liegt bei 8,3 Liter Diesel für 100 Kilometer, das entspricht einer CO_2-Emission von 218 g/km.

Neben der umfangreichen Ausstattung, zu der unter anderem Lederbezüge, ein Panorama-Glasschiebedach, Sitzheizungen vorn und hinten sowie eine wohlklingende Audio-Anlage gehören, sind es das Traktionsvermögen und die Reisetauglichkeit, die den Grand Cherokee mit Dieselmotor zum angenehmen Begleiter auf der langen Strecke machen. Und wer befürchtet, einen Fiat zu kaufen, kann beruhigt sein. Im aktuellen Grand Cherokee stecken mehr Bauteile aus der vergangenen Allianz mit Daimler, als die Italiener heute beisteuern.

Deutlich gestreckt

Neu vorgestellt: Škoda Octavia / Start-Stopp für (fast) alle

Der Octavia ist das mit Abstand meistverkaufte Auto von VW-Tochter Škoda. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an die dritte Generation des Kompaktmodells, das von Februar an die Erfolgsgeschichte fortschreiben soll. Die Zeichen dafür stehen nicht schlecht, denn der neue Octavia ist schicker, größer, leichter und – zumindest die Basisversion – nur unwesentlich teurer als bisher. Sie kostet mit 15 990 Euro lediglich 300 Euro mehr als die des Vorgängers. Sieben Airbags (inklusive Knie-Airbag), ESP, Fensterheber vorn und ein Radio umfasst die Basisausstattung, jedoch keine Klimaanlage. Im übrigen reicht die Preisspanne von 17 690 Euro (1.2 TSI mit 77 kW/105 PS) bis zu 28 560 Euro für den 2.0 TDI Elegance.

Mit 4,66 Meter (plus neun Zentimeter) ist die viertürige Limousine um stolze 40 Zentimeter länger als der teurere Konzernbruder VW Golf und nur um elf Zentimeter kürzer als der Passat, der in der nächsthöheren Liga spielt. Um Platz für Škodas zweites Kompaktmodell, den 4,48 Meter langen Rapid (siehe Seite T3) zu schaffen, musste sich der Octavia zwangsläufig strecken.

Das Raumangebot ist üppiger als bisher, die elf Zentimeter mehr Radstand (2,69 Meter) kommen fast komplett den Hinterbänklern zugute. Trotz seines Stufenhecks kommt der Octavia wieder mit weit aufschwingender Heckklappe; dahinter wartet ein Stauvolumen von 590 bis 1580 Liter, in das Gegenstände bis maximal 2,74 Meter Länge passen – das ist Klassenbestwert. Übersichtlich präsentiert sich der schlicht gehaltene, aber solide verarbeitete Innenraum. Zahlreiche elektronische Helferlein wie automatische Distanzregelung und Verkehrszeichenerkennung sind nicht nur im Octavia neu, sondern bei Škoda überhaupt. Auch Fernlicht- und Spurhalteassistent, Parkunterstützung und Müdigkeitswarner gibt es.

Um rund 100 Kilogramm leichter ist der Octavia geworden, das hilft, um bis zu 23 Prozent weniger Verbrauch zu erreichen. Für den Antrieb sind zunächst vier Benziner- und zwei Dieseltriebwerke, allesamt Direkteinspritzer der neuen Motorengeneration, zuständig. Die Palette startet mit dem 1,2-Liter-TSI mit 63 kW (86 PS) und endet beim sportlichen, 132 kW (180 PS) starken 1.8 TSI. Der 1.6-TDI kommt mit 77 kW (105 PS) und von Ende des Jahres an auch als sparsame Greenline-Version mit 81 kW (110 PS) und einem Normverbrauch von 3,4 Liter Diesel (89 g CO_2/km). Darüber rangiert der durchzugsstarke, aber mit einem Normverbrauch von 4,1 Liter genügsame Zweiliter-TDI mit 110 kW (150 PS); der 1,6-Liter-Basisdiesel mit 66 kW (90 PS) folgt im zweiten Quartal. Start-Stopp ist außer bei den jeweils kleinsten Motorvarianten serienmäßig, als Getriebe kommen Schalt- und automatische DSG-Boxen zum Einsatz.

Der Octavia bügelt grobe Unebenheiten gut weg. Nur der Top-Benziner und künftige Allradversionen haben die aufwendigere Mehrlenkerhinterachse, die anderen Varianten sind dort mit der kostengünstigeren Verbundlenkerachse bestückt. Ende Mai gesellt sich der geräumige Kombi, für den sich bisher rund 90 Prozent aller Octavia-Käufer in Deutschland entschieden haben, zur Limousine. Freunde der forscheren Gangart können sich zudem wieder auf eine dynamische RS-Version freuen. MARTINA GÖRES

Tschechischer Golf: *Dem Octavia sieht man die Verwandtschaft nicht an* Foto Hersteller

Revolution auch im Detail

Neu vorgestellt: DAF XF Euro VI / Leichteres Chassis

Zum Eintritt in die Abgas-Ära Euro VI macht der niederländische Lastwagenhersteller DAF aus seinem Erfolgsmodell XF 105 den XF. Die Ziffer verschwindet zwar, aber die bisherigen Leistungsklassen mit 301/338/375 kW (410/460/510 PS) bleiben. Renoviert wurde die komplette Fahrzeugfront vor den sauberen Motoren, daran ist der große DAF schon von weitem zu erkennen. Die Fahrerhausstruktur ist die Gleiche wie bisher.

Der dominante Kühlergrill verdient seinen Namen, denn dahinter wird tatsächlich jede Menge Kühlluft an die Wärmetauscher weitergeleitet. Die wird für Euro VI nun auch für die bei DAF eingeführte Abgasrückführung benötigt. Um die strengen Limits zu erfüllen, verwendet DAF zusätzlich einen SCR-Katalysator und einen aktiven Rußpartikelfilter.

Der Motor (Reihensechszylinder, 12,9 Liter Hubraum) dosiert das Dieselöl mittels Common-Rail-Einspritzanlage. Der von zwei Pumpen erzeugte Einspritzdruck erreicht an den Einspritzdüsen bis zu 2500 bar. Zudem ermöglicht das CR-System getaktete Vor- und/oder Nacheinspritzungen. Das schafft Freiräume in der Gestaltung des Brennverlaufs, Grundvoraussetzung für weitere Fortschritte beim Verbrauch und bei der Verringerung der Emissionen.

An der Front des DAF XF fallen die optionalen LED-Hauptscheinwerfer auf, ein Novum bei Nutzfahrzeugen. Das Chassis samt Fahrwerk ist neu konstruiert, hier hat konsequente Gewichtsdiät dazu geführt, dass die gut 200 Kilogramm Mehrgewicht für die Euro-VI-Technik in der Gesamtrechnung nur noch 90 Kilo beträgt. Im Antriebsstrang soll eine besonders „lange“ Achse mit der Übersetzung 2,38 zu 1 die Motordrehzahl auf flachen Langstrecken senken (1030/min bei Tempo 80 km/h) und damit den Verbrauch weiter senken.

Auf ersten Probefahrten konnte die neue Schnellschaltung des automatischen Schaltgetriebes nicht sonderlich brillieren. Zwar funktioniert der Wechsel von der 12. in die 11. Stufe ziemlich zackig, wird aber von einem Ruck begleitet. Dass die Schaltung schneller als bisher agiert, wird sich messtechnisch gewiss nachweisen lassen. Die jetzt integrierte Freilauffunktion „Eco-Roll“ wird nur im Tempomatbetrieb scharf geschaltet, funktioniert dann aber wie erwartet. (Der Lastzug rollt dann im Leerlauf dahin.)

Die Erwartungen in die Tempomat-Intelligenz sind seit Scanias Vorstoß und Daimlers Replik mit jeweils einem „sehenden“, GPS-gestützten Geschwindigkeitsregler hoch. Hier muss man DAF noch um Geduld bitten. Die hauseigene Interpretation eines schlauen, weil streckenkundigen Tempomaten wird erst zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht. Dann soll es wohl auch die neue Traxxon-Box von ZF mit einem Doppelkupplungsmodul geben. Die steckt noch in den Entwicklungsabteilungen von ZF und DAF fest. Sie sei viel zu schwer, hieß es am Rande der XF-Fahrvorstellung. Einstweilen wurde jedoch schon einmal das Anfahrverhalten der klassischen AS-Tronic an das Niveau der besten Wettbewerber herangeführt.

Am Ende der ersten Probefahrten zeigt sich der neue XF als ein feines „Auto“ (so nennen Trucker ihren Lastwagen). Er scheint gut gerüstet zu sein für die nächsten Jahre. Der Arbeitsplatz ist vorbildlich aufgeräumt, die Zusammenfassung von Bedienschaltern in übersichtliche Dreiergruppen erhöht die Zugriffssicherheit deutlich. Und etwas geradezu Revolutionäres – zumindest für DAF – hängt vor dem Bremsfuß des Piloten: Das stehende Bremspedal ist fortan Geschichte. HANS-JÜRGEN WILDHAGE

Foto Wildhage

Hinter dem Modellkürzel XF steckt nicht nur ein Jaguar: Es kann auch eine Zugmaschine von DAF sein. Der XF ist frisch überarbeitet und erfüllt jetzt die Emissionsklasse Euro VI, die 2014 obligatorisch wird.

Das neue Kältemittel brennt vielen unter den Nägeln

Autohersteller suchen nach Alternativen für das umstrittene R 1234yf / Comeback von Kohlendioxid?

Das sprichwörtliche Kind liegt wieder mal im Brunnen. Nach Glühlampenverbot und Biosprit-Debakel sorgen gravierende Kollateralschäden von R 1234yf, dem neuen Kältemittel für Fahrzeugklimaanlagen, für Aufregung bei Autoherstellern und Kunden. Nach dem spektakulären Alleingang von Daimler geraten nicht nur deutsche und ausländische Fahrzeugbauer unter Zugzwang, sondern auch EU und Kraftfahrtbundesamt (KBA).

Rückblende: Laut EU-Richtlinie 2006/40/EG dürfen Klimaanlagen neu typgeprüfter Automodelle schon seit 1. Januar 2011 – und von 2017 an von sämtlichen Neuwagen – nur noch mit Kältemitteln befüllt werden, deren sogenannter GWP-Index (Global Warming Potential) einen Wert von 150 nicht überschreitet. Damit war das bisher verwendete Kältemittel R 134 a – bei seiner Einführung vor rund 20 Jahren noch als besonders umweltfreundlich gefeiert – plötzlich hochgradig klimaschädlich mit seinem GWP-Wert von 1430. Das heißt: Ein Kilo freigesetztes R 134 a entspricht in seinen Auswirkungen 1430 Kilogramm CO_2.

Über Ersatzlösungen hatte sich die Autoindustrie schon Jahre vorher den Kopf zerbrochen. Außer Propan und Butan geriet auch Kohlendioxid in den Fokus. Das hat zwar den unschlagbar niedrigen GWP-Wert von 1, hätte aber wegen des erforderlichen höheren Betriebsdrucks von mehr als 100 bar wesentlich massivere Komponenten und Leitungen erfordert. Außerdem ist die Kühlleistung von CO_2-Systemen bei hohen Außentemperaturen schwächer als die von R 134 a.

Nach jahrelangen Tests glaubten Autohersteller und Zulieferer, mit dem Kältemittel R 1234yf den Stein der Weisen gefunden zu haben. Laut Angaben des Herstellers Honeywell trägt es mit einem GWP-Wert von 4 entscheidend zur Klimarettung bei, ist weitgehend frei von schädlichen Nebenwirkungen und unterbietet die EU-Vorgaben um 97 Prozent. In die Lobeshymnen der Anbieter stimmte die Autoindustrie unisono ein, zumal es bei ersten Crashtests mit einem Fiat 500 und einem Peugeot 308 weder zu Bränden noch zur Freisetzung von Toxinen gekommen war.

Derartige Nebenwirkungen sind jedoch nicht grundsätzlich auszuschließen. Falls aufgrund eines Unfalls oder Lecks Kältemittel austritt, könnte es unter ungünstigen Umständen bei Kontakt mit extrem heißen Motorteilen zu brennen beginnen. Hersteller Honeywell hält eine Brandgefahr jedoch für höchst unwahrscheinlich: „R 1234yf benötigt eine 25 000 Mal höhere Entzündungsenergie als Benzin und würde sich erst oberhalb von 1000 Grad Celsius entzünden.“ Dem widerspricht der Deutsche Feuerwehrverband, nach dessen Aussage die kritische Temperatur zwischen 550 und 650 Grad liegt. Zu ähnlichen Ergebnissen kam die Berliner Bundesanstalt für Materialsicherheit. Sie stellte fest, dass R 1234yf im Motorraum schon an 500 Grad heißen Metallteilen in Brand geraten kann, während R 134 a sich bei 900 Grad noch nicht entzündete.

Eine konkrete Brandgefahr ist folglich nicht auszuschließen, da nach Angaben des Abgassystemherstellers Faurecia am Auspuffkrümmer von Benzinern bis zu 980 und bei Dieseln bis zu 860 Grad gemessen werden. Klarheit lieferte im vorigen Herbst ein Crashtest von Daimler, bei dem eine mit dem neuen Kältemittel befüllte B-Klasse in Flammen aufging. Laut Verband der Automobilindustrie (VDA) laufen derzeit Versuche mit fünf Fahrzeugen deutscher Hersteller. Über Ergebnisse gibt der VDA bisher keine Auskunft.

Viel gefährlicher als ein Fahrzeugbrand könnte für die Insassen, aber auch für Rettungshelfer oder Polizisten ein Zersetzungsprodukt werden, das durch brennendes R 1234yf entstehen kann: Fluorwasserstoff, eine ätzende und extrem giftige Substanz. Bei Einatmen oder Hautkontakt kann schon weniger als ein Gramm zum Tod führen. Vor dieser Gefahr hatte Professor Andreas Kornath von der Fakultät für Chemie und Pharmazie der Universität München schon im Herbst 2011 gewarnt. Im Auftrag von „Auto Bild“ wies er damals in einem spektakulären Laborversuch die Entstehung von Fluorwasserstoff eindeutig nach. Seitdem firmiert R 1234yf in den Berichten des Hamburger Magazins plakativ als „Killer-Kältemittel.“

Allen Warnungen und Bedenken von Experten zum Trotz rollten seit Anfang 2012 mehr als 10 000 Neuwagen auf deutsche Straßen, zum Beispiel Hyundai i 30, Kia Ceed, Mazda CX-5, Subaru XV und Impreza oder Toyota GT 86. Daimler stoppte die Befüllung aller Klimaanlagen mit R 1234yf und rief 705 SL in die Werkstätten zurück, wo sie auf das alte R 134 a umgestellt wurden. Auch Hyundai, Kia, Lexus und Mazda kehrten wieder zum alten Kältemittel zurück. Sie nehmen damit in Kauf, sich in einer bislang ungeklärten rechtlichen Grauzone zu bewegen, weil diese Fahrzeuge eigentlich gar nicht zugelassen werden dürften.

Wie geht es weiter mit dem möglicherweise brandgefährlichen R 1234yf? Zu einem Rückruf der ausgelieferten Fahrzeuge konnte sich das KBA bisher nicht entschließen. Stattdessen schrieb es am 19. November die Hersteller an und forderte sie auf, innerhalb von zwei Wochen alle mit R 1234yf ausgerüsteten Fahrzeugtypen zu benennen und „nachvollziehbar darzulegen, durch welche Maßnahmen das von Daimler skizzierte Szenario vermieden wird, um eine Brandentstehung auszuschließen“.

Die Autobauer sitzen nun zwischen allen Stühlen: Halten sie am neuen Kältemittel fest, könnten ihnen nach Fahrzeugbränden Produkthaftungsklagen drohen. Stoppen sie die Verwendung von R 1234yf, müssen sie aufgrund bestehender Lieferverträge möglicherweise mit Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe rechnen. Auf der Suche nach alternativen Kältemitteln für Neuwagen rückt inzwischen wieder Kohlendioxid ins Blickfeld, für das sich auch der ADAC stark macht. Die deutschen Fahrzeughersteller hatten es schon 2007 in die engere Wahl gezogen, sich aber dann doch für R 1234yf entschieden. Heute weiß man, dass das keine gute Idee war: „Es erscheint schwer verständlich, dass vor der Zulassung von R 1234yf dessen Unbedenklichkeit anscheinend nicht ausreichend geprüft worden ist“, sagt Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. „Es darf doch nicht sein, dass wegen des Klimaschutzes hochgefährliche Substanzen zum Einsatz kommen, die unter ungünstigen Umständen womöglich Leib und Leben von Fahrzeuginsassen und Rettungskräften gefährden können.“ HANS W. MAYER

Unter 3,5 Tonnen oder richtig schwer

Auf die deutschen Caravaner ist Verlass: Sie wollen in Urlaub fahren, und das mit möglichst neuen Fahrzeugen. Die ordern sie gern auf der CMT in Stuttgart, der wichtigsten Frühjahrsmesse der Branche. Die mausert sich immer stärker zu einer Premierenbühne.

Von Monika Schramm

Rund 96 Premieren sind wieder ein neuer Rekord auf der CMT, dennoch wird man nach der einen oder anderen Neuheit suchen müssen. Denn es stehen rund 800 Fahrzeuge in den Messehallen, und es wird gelegentlich schon ein bisschen eng, obwohl auch die Eingangsbereiche längst als Ausstellungsflächen genutzt werden. Aber die Hersteller wollen auf dieser wichtigen Messe möglichst viel zeigen, vor allem das, was sie seit dem Caravan Salon Ende August entwickelt haben. Etliche der Premieren sind Sondermodelle, denn es gibt viele Jubiläen zu feiern. Und da Jubilare heute Geschenke zu verteilen pflegen, können die Kunden von vielen dafür geschnürten Gratis-Paketen profitieren. Da kommen leicht 2000 bis 3000 Euro zusammen.

Ein Dauerthema bleibt das Gewichtsparen, ob bei Reisemobilen oder Wohnwagen. Die Obergrenze von 3,5 Tonnen der Mobile ist aus zweierlei Gründen wichtig: Führerscheinneulinge dürfen seit 1999 keine schwereren Fahrzeuge fahren, andere wollen grundsätzlich unter der Grenze bleiben, um nicht den Lastwagenvorschriften zu unterliegen. Daher wächst die Zahl der Reisemobile bis 3,5 Tonnen, und es sind nicht nur Sechs-Meter-Kastenwagen, sondern auch Teilintegrierte und Integrierte bis 7,50 Meter Länge. Light und super light werden sie genannt, ob bei Carthago die c-Tourer oder bei Hymer die Tramps. Hier treiben die Hersteller großen Aufwand in Sachen Leichtbau, so dass die Fahrzeuge noch eine akzeptable Zuladung bieten können. Dennoch muss sich die Besatzung beim Packen zurückhalten, was wegen des meist vorhandenen gigantischen Stauraumangebots der Fahrradgaragen schon schwierig werden kann.

Da haben es die Kastenwagenfahrer einfacher, da ist nicht so viel Platz. Hier liegt das Schwergewicht auf den Sechs-Meter-Exemplaren, derzeit kommen etliche dazu, die schon auf 5,50 Meter bis zu vier Betten bieten oder für zwei Menschen maßgeschneidert sind. Ihr Charme besteht darin, dass sie als Alltagsautos dienen können und wegen ihrer Hecktüren höchst variabel einsetzbar sind. Das zeigt auch der neue Carletto, ein von Wanner mit einem Kirschbauminterieur ausgestatteter Mercedes-Benz Sprinter: Nicht weniger als sechs Varianten lassen sich in dem 5,91 Meter langen Van darstellen, Betten quer oder längs, Rundsitzgruppe, Fahrradabteil. Der Basispreis liegt bei rund 63 000 Euro.

Ein Citroën-Jumper-Ausbau ist der neue Vario 545 von Pössl, eine knuffige Gestalt mit einem deutlich übers Fahrerhaus gezogenen Oberstübchen. Hier gibt es ein Doppelbett, zwei Kinder kommen in Etagenbetten im Heck unter. Direkt vor diesen sind links und rechts Toilette und Waschtisch angeordnet, die man nach beiden Seiten abtrennen kann, damit man ein Raumbad erhält. Das Gefährt ist nur 5,40 Meter lang, aber gut drei Meter hoch, und der Raum für die Heckbetten kann zu einer Garage werden. Bei einem Gesamtgewicht von 2800 sind rund 400 Kilogramm Zuladung möglich.

Unter 3,5 Tonnen bleibt auch die neue integrierte Baureihe Integra Line von Eura Mobil auf Fiat Ducato. Die kompakten, holzfreien GFK-Karosserien kommen in fünf Grundrissen zwischen 6,70 und 7,40 Meter Aufbaulänge, sie haben den markentypischen Doppelboden und sind bestens ausgestattet. Die Preisliste reicht von 62 990 bis 65 000 Euro.

Das mittlere Gewichtssegment wird dagegen immer dünner, denn wenn es in der Oberklasse um immer mehr Komfort und Wunschausstattungen geht, wenn es um Fünf- oder Sechstonner oder gar Mobile auf Lastwagenchassis geht, kommt es aufs Kilo nicht mehr an. Hier heißt die Devise nicht Leichtbau, sondern Lifestyle und Luxus. Es darf immer noch mehr an Ausstattung sein, die Kochfelder werden größer, Mineralstein in Bad und Küche wird selbstverständlich, große Tanks machen unabhängig. Die erst knapp drei Jahre alte Oberklassemarke Morelo hat sich vom Start weg ein großes Stück vom Kuchen der Fahrzeuge über 130 000 Euro geschnappt und legt noch einmal nach mit einer neuen Baureihe Loft auf Basis des Iveco Daily, die unterhalb der Palace-Reihe angesiedelt ist und mit einer sehr modernen Innenausstattung punktet. Die vier Grundrisse von 7,60 bis 8,40 Meter Länge starten bei 140 000 Euro. Für die Palace-Modelle auf MAN-Chassis gibt es jetzt Alkovenversionen, die Preise der 9 bis 10,8 Meter langen fahrenden Paläste beginnen bei 204 000 Euro.

Unter den Caravans ist der neue Knaus Eurostar der Hingucker der CMT, er ist sozusagen der vorläufige Höhepunkt des komplett erneuerten Programms der Marke. Mit seinem Außendesign folgt er einem Trend, den Fendt mit dem Brillant und Hobby mit der Premium-Reihe angestoßen haben, in Schwarzweiß, sehr automotiv mit 3D-Formteilen, mit allen Versorgungsanschlüsssen im Kofferraum am Heck und einer luxuriösen Innenausstattung. Zum Start gibt es drei Grundrisse in 5,32 und 5,90 Meter (Tandemachser) Aufbaulänge, die Preise beginnen bei 34 890 Euro. Dem Leichtbau hat sich Hymer mit dem Eriba Nova Light gewidmet, den man auch mit Autos der Golf-Klasse ziehen kann. Außer am Gewicht sei an nichts gespart worden, verspricht der Hersteller. Der kürzeste der vier Reisecaravans (4,86 bis 5,26 Meter Aufbaulänge) wiegt nur 935 Kilo (plus 195 Kilo Zuladung) und kostet 17 990 Euro. Fendt hat seine neue Opal-Baureihe um zwei Versionen mit spezieller Reiseausstattung ergänzt. Die Opal Performance 465 und 495 enthalten serienmäßig die Rangierhilfe Truma SER, Markise, das ATC-Stabilisierungssystem von Alko und vieles mehr. Die Opale laufen in der Gewichtsklasse von 1700 bis 1800 Kilo und kosten mindestens 25 000 Euro.

Die CMT dauert noch bis zum 20. Januar.

Neue Baureihe Loft *von Morelo für den Einstieg in die Oberklasse; Carletto heißt der erste Kastenwagenausbau von Wanner.*

Bürstners Brevio *ist gewachsen und hat jetzt Längsbetten; Knaus toppt sein Caravan-Angebot mit dem luxuriösen Eurostar.* Fotos Schramm

In Reih und Glied: *Besonders viele gelbe Mieträder stehen parat, weil gerade ein Terminal in der Schottstraße streikt.* Fotos Pardey

Wirklich ziemlich mainzigartig

Wie bequem ist das Fahrradverleih-System der Mainzer Verkehrsgesellschaft?

Radler, kommst du nach Mainz, schlepp dich nicht ab mit deinem eigenen Faltrad. Fahr im Hauptbahnhof ein, tritt hinaus, aber ignoriere die Hinweise auf eine Fahrradstation. Denn diese liegt – in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt wie an so vielen Orten – jenseits der Gleise auf der der Innenstadt abgewandten Seite des Bahnhofs. Außerdem scheint es sich bei dem Fahrrad-Verleih CityPort des Vereins Christliches Jugenddorfwerk Deutschland in der Binger Straße um einen Saisonbetrieb zu handeln. Jedenfalls legen diese Annahme die auf der aktuellen Mainzer Website unter der Rubrik Tourismus veröffentlichten Öffnungszeiten aus dem Jahr 2009 (1. April bis 30. Oktober) nahe.

Lass auch die „bis zu 15 rot-silbernen Fahrräder“ an Gleis 1, Abschnitt E rechterhand stehen. Bei „Call a Bike“ hast du dich immer noch nicht registrieren lassen, weil eine Probefahrt mit einem Ungetüm der DB Rent GmbH nicht recht befriedigte. Um schnell und bequem zu einem Leihfahrrad zu kommen, das dir eine Android-App schon während der Anreise auf dem Smartphone-Bildschirm als vorhanden und frei gezeigt hat, geh einfach vorsichtig über den Bahnhofsvorplatz. Vorsichtig, weil hier ein ziemliches Gewusel herrscht, in dem Busse, Fußgänger, Radfahrer, Taxen und andere Autos über die Straßenbahngleise hinweg durcheinanderkurven. Halt dich ein bisschen links, und geh unter der Adresse Bahnhofsplatz 6A ins Verkehrs Center Mainz.

Lass dich von der RMV-Mobilitäts-Beratung am Tresen links keinesfalls beirren. Die möchte dich mit deinem Wunsch „Ein Leihfahrrad für einen Tag in Mainz“ zu den Christlichen Jugenddörflern unter der mit ausgestrecktem Arm angedeuteten Adresse „da hinten“ schicken. Gehe geradewegs zu der netten Dame von der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) und erkläre, du wollest eine Kundenkarte für das „MVGmeinRad“. Im Internet steht schließlich, die könne man hier gleich mitnehmen. Wenn du deine Kontonummer und Bankleitzahl fürs Abbuchen der anfallenden Kosten richtig im Kopf und den Personalausweis eingesteckt hast, dauert es jetzt keine zehn Minuten mehr und du hast ein Fahrrad – ohne Kaution und ohne etwas bar zu bezahlen.

Und zwar wirst du eins von den gelben Dingern bekommen, die nebenan in der Schottstraße Seite an Seite warten wie die Pferde im Western vor dem Saloon. Nämlich festgemacht – allerdings nicht mit dem Zügel, sondern mit einem Rahmenteil, das ungefähr dort vorn am Steuerrohr sitzt, wo die meisten Fahrräder

py. radelt in …

den Scheinwerfer haben. Aussehen tut diese „Kontaktkugel“, eine wohl auch zum Datenaustausch fähige Kupplung, als ob man mit ihr bei der Internationalen Raumstation andocken könne. Die freundliche MVG-Dame gibt außer der aktivierten Karte und einer Kombination aus Bedienungsanleitung und Innenstadtplan mit eingezeichneten Leih- und Rückgabestationen noch den guten Rat mit auf den Weg, bei der Rückgabe nicht zu zögern und die Kontaktkugel mit Schmackes einrasten zu lassen.

In der Schottstraße ist eins der beiden von Solarzellen befeuerten und daher leicht verlegbaren Ausleihe-Terminals defekt. Eine Stunde später ist es mit einer grellgelben Manschette außer Dienst gestellt. Das zweite Stationsdisplay lässt sich durch zweimaliges Berühren aktivieren, fragt nach der Sprache und verlangt in dieser dann das Auflegen der Kundenkarte. Man gibt seine Pin ein, bekommt gezeigt, welche Räder zur Verfügung stehen, wählt eins (oder nacheinander bis zu vier) und aktiviert die Ausleihe. An dem Fahrrad blinkt grünes Licht. Nun hat man eine Minute Zeit, sein Fahrzeug aus der Kupplung zu ziehen.

Offen und ehrlich gesagt: Wer Fahrräder liebt, kann die meisten Leihfahrräder nur verachten. Nicht so diese hier in Mainz. Sie beruhen auf dem Paper Bicycle des Schotten Nick Lobnitz. Was von rechts betrachtet aussieht wie ein Kettenkasten, ist tatsächlich eine Unter- und Sitzrohr mehrfach umgreifende Rahmen-Doppelschleife, die den Zweck eines mit Werbung versehenen Kettenkastens nur nebenbei erfüllt. Hauptsächlich ist sie der nach unten verlagerte Hinterbau des Rahmens und trägt das Hinterrad sowie den massiv als Rahmenteil ausgeführten Gepäckträger. In Mainz sind auf ihm Shoppingkörbe und – schade, nicht abschließbare – Hartschalenkoffer montiert. Die in der Schweiz hergestellten Räder sind mit einer NuVinci n360, einer stufenlosen Gangschaltung, ausgestattet und – leider – mit Rollenbremsen. Die lassen angezogen das Rad im Stand knapp einen Zentimeter vor- und zurück rollen, als ob der Steuersatz locker wäre.

Fahren: mit dem modifizierten Paper Bicycle – prima! Es nur ein paar Stufen hinauf tragen zu müssen – eine Strafe. Insgesamt: ein Erfolg. Die MVG hat mit ihrem flexiblen Verleihsystem zu Recht 2009 den Förderpreis des Bundeswettbewerbs „Innovative öffentliche Fahrradvermietsysteme“ gewonnen. An dem 2011 testweise und 2012 allgemein gestarteten Projekt nehmen schon rund 10 000 Entleiher teil, an Spitzentagen werden tausend Fahrräder ausgeliehen, auch bei widrigem Wetter waren es an keinem Tag unter hundert Fahrten. Gegen den Erfolg spricht auch nicht, dass man eigentlich schon weiter sein wollte, 120 Stationen sollten es bereits statt der 100 vorhandenen sein. Zu wünschen bleibt: weitermachen.

HANS-HEINRICH PARDEY

Das dritte Mal kein Minus

Motorräder verkaufen sich wieder besser / BMW vorn

Es sieht so aus, als habe der Motorradmarkt in Deutschland das Schlimmste hinter sich: Das Absatzplus von 2,5 Prozent auf gut 85 000 Neuzulassungen im vergangenen Jahr ist nach den ununterbrochenen Rückgängen der Jahre 2000 bis 2009 das dritte leicht positive Ergebnis in Folge. Die Zunahme ist allerdings ungleich verteilt: Während mit Ausnahme von Aprilia alle anderen wichtigen europäischen Marken teils sogar erheblich zulegen konnten, mussten zwei der vier japanischen Hersteller, Suzuki (Rang fünf) und Yamaha (Platz sechs), stark sinkende Absatzzahlen hinnehmen. Honda (Rang zwei) und Kawasaki (Platz vier) schnitten dagegen positiv ab. Gut geht es momentan vor allem Marktführer BMW (2012 waren 106 000 Einheiten ein neuer Produktionsrekord), Ducati, KTM und Triumph sowie Harley-Davidson.

Dominierten die vier japanischen Hersteller sowie BMW vor zehn Jahren noch unangefochten den Markt, sieht heute alles anders aus: Die europäischen Hersteller sowie Harley-Davidson wachsen kontinuierlich und die Japaner backen ziemlich kleine (Honda, Kawasaki) oder schon sehr kleine Brötchen (Suzuki, Yamaha). Verkauften die vier japanischen Hersteller 2002 zusammen noch mehr als 93 000 Motorräder (Marktanteil 64 Prozent), konnten sie 2012 nur noch etwa ein Drittel davon absetzen, 33 463 Fahrzeuge (39 Prozent). Während Kawasaki nun schon zwei Jahre in Folge ein leichtes Plus verzeichnet, konnte Honda das Blatt 2012 wenden. Die neuen Mittelklasse-Bikes NC 700 X und NC 700 S haben es in die Top Ten der Zulassungshitliste geschafft. Suzuki und Yamaha befinden sich mit Rückgängen von 17 oder 13 Prozent weiterhin im freien Fall. Der einstige Riese Yamaha konnte sich nur noch knapp vor der stark prosperierenden österreichischen Marke KTM ins Jahresziel retten.

Die Hände reiben kann man sich bei Spitzenreiter BMW: Fünf der zehn meistverkauften Modelle trugen 2012 den weiß-blauen Propeller, der Dauerhit R 1200 GS schrieb mit mehr 6600 Einheiten in seinem letzten Produktionsjahr sogar höhere Zahlen als in den beiden Vorjahren. Sehr respektabel ist auch das Abschneiden von KTM und Triumph (je drei Modelle unter den Top 30) sowie Ducati (ein Modell unter den Top 30); die Italiener profitieren zudem von der überdurchschnittlichen Wertschöpfung ihrer inzwischen teils sehr hochpreisigen Modelle. Der bunte Markenmix in der Top-30-Rangliste ist noch jung: Vor zehn Jahren fanden sich dort ausschließlich japanische Modelle und ein paar BMW.

Die Umwälzungen am Markt haben ihre Ursache einerseits in der geringen Innovationskraft der Japaner, aber auch in einer Neuorientierung der Käufer: Sie bevorzugen heute insbesondere sportliche Bikes sowie (Reise-)Enduros. Einstige Dauerrenner wie die Honda Fireblade, die Yamaha R1 oder die Suzuki GSX-R 1000 tauchen in der Erfolgsstatistik schon gar nicht mehr auf; allein die europäischen Superbikes BMW S 1000 RR auf Rang fünf und Ducati 1199 Panigale (Rang 31) halten die Supersportfahne hoch.

ULF BÖHRINGER

Eine Nabenschaltung oder Ritzel? Und die mit nur einem Kettenblatt?

Die Entscheidung bei der Wahl beim Aussuchen des Mountainbikes-Antriebs fällt zwischen simpel und Hightech

Mit der Wahl einer Digitalkamera will er sich noch ein bisschen Zeit lassen: Gerade war die CES, da wurden unter anderem auch neue Robustmodelle vorgestellt. Bis Juni, wenn die Gewalttour quer durch Nordamerika startet, ist noch Zeit genug, sich die anzugucken. Da kommt ja dauernd etwas Neues. Und es gibt auf den knapp viereinhalbtausend Kilometer der Tour Divide wahrscheinlich auch wichtigere Technik als die Kamera zur

Tour Divide

Ausrüstung für 4418 Kilometer durch die Rockies **Folge 2**

Dokumentation der Schönheiten und der Leiden während dieses härtesten Radrennens der Welt. Der Antrieb des Fahrrads zum Beispiel, und diesbezüglich rechnet er nicht mit wesentlichen technischen Neuerungen bis zum Starttermin.

Trotzdem, „verdammt zur Freiheit“ bleibt ihm die Qual der Wahl: Wie leicht muss, sollte oder darf der Antrieb sein und wie stabil und verschleißfest? Und was ist, wenn unterwegs repariert werden muss? Lieber etwas ganz Einfaches, das sich mit Bordmitteln und eigener Hand notfalls richten lässt? Oder auf Hightech vertrauen, das halten muss, weil man an ihm selbst genauso wenig wie ein Schmied in Montana einen Schaden beheben könnte? In Antelope Wells sieht man im Ziel jede Art von Antrieb, auch Eingangräder ganz ohne Gangschaltung. Das wäre ihm dann doch zu unkomfortabel, Singlespeed ist nicht sein Ding bei solch einer Strapaze.

Sollte er wegen der Härte der Tour Divide vielleicht zu einer Nabenschaltung wechseln? Im Keller steht ein Laufrad mit einer Rohloff Speedhub 500/14 parat: Vierzehn „echte“ Gänge, gleichmäßig abgestuft, mit einer Gesamtübersetzung von rund 500 Prozent, also eine echte Alternative zu jeder Kettenschaltung. Aber die feine Rohloff-Nabe wiegt etwas. Ihr Hauptvorzug wäre, dass ihr Planetengetriebe schmutzgeschützt ist. An seinem Rad – und mit dem hat er immerhin schon viermal die Grenzsteintrophy entlang der früheren deutsch-deutschen Grenze gefahren – würde die Nabenschaltung jedoch einen Kettenspanner erfordern. Und der verdreckt genauso wie das Schaltwerk einer Kettenschaltung.

Er könnte ein anderes Rad nehmen, um die Rohloff fahren zun können. Dann würde er einen Rahmen mit verschiebbaren Ausfallenden wählen zum Kettenspannen. Ein Rahmen mit Exzenter kommt für ihn nicht in Frage: Da wird oben an der Geometrie gefeilt und um Millimeter gefeilscht, und dann ruiniert man sich das ergonomische Optimum unten im Rahmen, indem man die Tretlagerwelle nach Maßgabe der Kettenlängung verschiebt? Das ist doch geradezu grobschlächtig.

Also doch eine Kettenschaltung? Bislang ist er die XO von Sram gefahren. Aber jetzt stellt sich die Frage: 30, 27 Gänge oder 11? Sram hat die XX1 präsentiert, und die erscheint ihm sehr interessant zu sein für sein Vorhaben. Statt neun oder zehn Ritzel am Hinterrad und zwei oder drei Kettenblätter vorn an der Kurbel nur noch ein Kettenblatt vorn und hinten elf Ritzel. Bloß so viel wie ein Stück Butter (260 Gramm) wiegt die Kassette, die von 10 über 12, 14, 16, 18, 21, 24, 28, 32, 36 bis zu 42 Zähne bereithält. An der Carbon-Kurbel können – vergleichsweise klein – 28, 30, 32, 34, 36 oder maximal 38 Zähne sitzen. Nur ein Kettenblatt: Der vordere Umwerfer entfällt, und damit eine Stelle, wo der Schmodder am Rad besonders klumpt. Mit leichtem Grauen hat er von Passagen durch knietiefen Schlamm bei der Tour Divide gelesen.

Muss halten: Sram-XX1-Schaltwerk

Bis es so weit ist, wird er diesen neuen Antrieb, ein komplettes System, zu dem auch ein eigenes Schaltwerk gehört, noch ausprobieren können: Immerhin behauptet der Hersteller, die spezielle Kette für das elffache Ritzelpaket werde zwei- bis dreimal länger halten, weil die harten Wechsel zwischen den Kettenblättern entfallen. Das muss sich alles weisen, vertrauensbildende Maßnahmen. Er wird beim Ausprobieren erst einmal den kleinsten Gang bestimmen, mit dem er Anstiege hochkommt, und danach die Größe des Kettenblatts wählen. Es geht ja nicht nur darum, in den Rockies die Berge hochzukommen, sondern auch bergab in Bewegung zu bleiben – und wenn eine Straßenpassage kommt, richtig aufs Tempo drücken zu können.

Er hat sich ein Datum gesetzt: 10. Mai, rund einen Monat vor dem Start. Dann soll das Rad, mit dem er den Wettbewerb bestreiten wird, für drei Wochen zum Einfahren bereitstehen. Vorher kommen alle Verschleißteile, Kettenblatt, Ritzel, Schaltungsröllchen vom Rahmen runter und werden ausgetauscht. Klingt unausgesprochen irgendwie so, als sei die Frage nach dem Antrieb schon längst entschieden.

HANS-HEINRICH PARDEY

Technik-Ideen für den Spaß von morgen

Was nach HDTV kommt, wie wir Filme durch die Welt funken und mit welchen Computern wir morgen arbeiten: Die amerikanische Messe CES zeigt es schon heute.

Von Wolfgang Tunze

Halb Tablet, halb Notebook: Lenovo Ideapad Yoga 11 (links). Kann W-Lan-Funk: Action-Camcorder Panasonic HX-A100 (oben). 3D mit einem Objektiv: Kamera Samsung NX300 (links unten). Startklar durch Funk: Lautsprecher Sony SRS-BTX300

Jumbo-Fernseher mit Diagonalmaßen bis zu 280 Zentimeter, Bildschirmraster mit dem Vierfachen der HDTV-Auflösung, Marktstart der ersten Oled-Modelle, die Bilder mit selbstleuchtenden Farbpünktchen erzeugen: Das waren, auf einen sehr kurzen Nenner gebracht, die spektakulärsten Themen der Consumer Electronics Show in Las Vegas, die in der vergangenen Woche signalisierte, was wir im kommenden Jahr von der Unterhaltungselektronik erwarten dürfen. Ausführlich haben wir darüber schon in der Technik-und-Motor-Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung berichtet.

Doch die Messe im Zockerparadies zeigte auch noch viele andere spannende Neuheiten. Dazu zählten etwa jene Videokameras, die für die neuen 4k-Schirme bereits adäquates Material liefern können. Professionelle Geräte mit diesen Fähigkeiten hatten Sony und JVC bereits im vergangenen Jahr gezeigt. Jetzt plant Sony sogar ein Modell für anspruchsvolle Amateure; einen Prototypen konnten die CES-Besucher schon bewundern. Allerdings taugt auch dieser Apparat noch längst nicht für das Handgepäck, und seine technischen Spezifikationen riechen eher nach Studioluft. So müssen vorerst noch andere Digitalkonserven genügen, um 4k-Schirme mit angemessener Detailfreude zu füllen. Dazu zählen natürlich all unsere Digitalfotos: Selbst Pocket-Kameras schießen sie ja heute mit Auflösungen, die noch über dem Darstellungsvermögen der 4k-Schirme liegen, und eine Diaschau an einem der neuen Super-Fernseher vermittelt neben schierer Faszination auch das schöne Gefühl: Endlich sieht mal einmal alles, was die Kameralinse eingefangen hat.

Filme mit 4k-Auflösung sind heute noch Mangelware. Immerhin bereitet Sony ein erstes Online-Portal für die Verbreitung von 4k-Produktionen vor, andere Anbieter tüfteln an ähnlichen Projekten. Und natürlich können 4k-Fernseher Programme in HD-Auflösung, etwa von der Bluray-Disk, auf das 4k-Raster hochskalieren. Besonders gut sieht das aus, wenn schon die digitale Vorlage im Studio ursprünglich dieses Raster hatte. Sony demonstrierte an seinem Messestand exemplarisch den Filmklassiker „Lawrence von Arabien“, der in 4k-Auflösung vom Zelluloidfilm abgetastet und dann für die Bluray-Konserve auf das standardkonforme HD-Format mit 1080 Zeilen heruntergerechnet wurde.

Auch in der Welt des Fernsehens gibt es schon erste Experimente mit der neuen Pixelfülle. Stephan Heimbecher, Technik-Chef des Abo-Senders Sky, berichtete im Rahmen eines 4k-Workshops von Toshiba über die erste 4k-Aufnahme eines Fußballspiels in München, die vor allem eines zeigte: Bevor es Live-Sendungen in 4k geben kann, bedürfen nahezu alle Komponenten der Produktionskette, aber auch die Schnittstellen der Geräte im Wohnzimmer noch umfangreicher technischer Aktualisierungen. Auch neue Kompressionsverfahren mit noch höherer Effizienz müssen her. Heimbecher rechnet daher mit einer Vorlaufzeit von gut zwei Jahren, bevor erste reguläre Sendungen über den Äther gehen können, signalisierte jedoch, dass sein Unternehmen nicht gedenkt, das Thema auf die lange Bank zu schieben.

Tagesaktuelle Bedeutung hat dagegen ein anderer Trend: Immer mehr Kameras und Camcorder sind in der Lage, ihre Aufnahmen direkt über W-Lan in die Welt zu funken, entweder, um sie geradewegs ins Internet zu stellen, oder um sie an ein Fernsehgerät zu übertragen, das die soeben geschossenen Werke auf seinem Bildschirm zeigt. Der W-Lan-Funk stellt zudem Verbindungen zum Smartphone her. Das Mobiltelefon kann dann zum Beispiel als Fernsucher dienen oder als komfortable Fernbedienung, die Bilder und Filme mit einem Wisch von der Kamera auf den großen Bildschirm schickt. Panasonic zeigte auf der CES gleich ein halbes Dutzend neuer Camcorder mit Funk-Ausstattung, Sony steuerte zwei Kompakt-Kameras seiner Cybershot-Familie zum Thema bei. W-Lan-Anbindung gehört auch zu den Eigenschaften der neuen Systemkamera NX300 von Samsung. Ihre Entwickler haben ihr ein hübsches Retro-Gehäuse verpasst und ein Innenleben, das die 3D-Fotografie durch ein einziges Objektiv erlaubt: Eine LCD-Lichtsperre trennt die Linsen auf Tastendruck in eine rechte und eine linke Hälfte, die dann zwei separate stereoskopische Motivansichten einfangen.

Stichworte wie „One Touch“-Bedienung und „Near Field Communication“ (NFC) markieren einen weiteren CES-Trend. NFC ist, kurz gesagt, ein Funksystem, das den Datenaustausch zwischen Elektronikkomponenten über sehr kurze Distanzen bis zu etwa zehn Zentimeter ermöglicht. Zahlungssysteme für Tickets oder Installationen für die Zugangskontrolle wenden die Technik schon seit geraumer Zeit an; jetzt adaptiert auch die Unterhaltungselektronik den Kurzstreckenfunk. Zum Beispiel Sonys neuer Bluetooth-Lautsprecher SRS-BTX300: Der geht automatisch auf Empfang, wenn sich ein NFC-fähiges Smartphone auf Berührungsdistanz nähert, um drahtlos Musik anzubieten. Sony zeigte zudem Kopfhörer, Mini-Kombinationen aus MP3-Player und Ohrhörer sowie kleine, kugelförmige Schreibtisch-Lautsprecher, die ebenfalls den NFC-Funk beherrschen.

Natürlich kredenzte der Hersteller auch gleich ein passendes neues Smartphone. Es heißt Xperia Z, besticht mit einem eleganten Gehäuse, wartet mit einem fünf Zoll großen Bildschirm auf und steht damit für einen weiteren CES-Trend: Die Displays der Mobilfunkgeräte werden immer größer, die Grenzen zu den kleinsten Tablets beginnen zu verschwimmen. Das neue Smartphone Ascend Mate von Huawei etwa hat schon eine Bildschirmdiagonale von 6,1 Zoll (15,5 Zentimeter); damit geht es beinahe als Tablet durch. Auch zwischen Tablets und Notebooks schwinden die Grenzen. „Convertibles“, etwa das Ideapad Yoga 11 von Lenovo, kombinieren die Funktionen beider Rechnerarten: Als Tablet arbeitet der Bildschirm autark, mit angesteckter Tastatur funktioniert er als konventioneller Schoßcomputer. So ganz nebenbei erweckt der Convertibles-Boom auch das bewährte Wintel-Kartell zu neuem Leben: Der Absatz von Flachcomputern, in denen Intel-Prozessoren ticken, steigt schneller, als es die Branchenauguren noch vor wenigen Monaten erwartet hätten; schließlich galt ARM lange Zeit als bevorzugter Chip-Lieferant in der Tablet-Szene. Und auch Windows 8 hat, so scheint es, mit den neuen mobilen Rechenmaschinen ein Biotop gefunden, in dem es weit prächtiger gedeiht, als so mancher Skeptiker anfangs dachte.

Spikes für die Schuhe

Schluss mit rutschig

Wenn der Winter noch einmal zurückkommt, ist wieder Standfestigkeit auf glattem Boden gefragt. Gegen ein Ausgleiten helfen Ketten oder Gummiüberzieher mit Stahlstiften, die sich wie die Schneeketten auf den Autoreifen in Schnee und Eis krallen sollen. Das Gefummel mit klammen Fingern liegt indessen nicht jedem. Für alle, die ihre Stiefel nur unter widrigen Bedingungen brauchen, gibt es eine pfiffige und dauerhafte Lösung: Einschraubspikes aus dem Fahrzeugzubehör, die einfach zweckentfremdet werden.

Sie ähneln Spaxschrauben und schneiden sich wie diese ihr Gewinde selbst in Absatz und Sohle. Die tellerförmigen Schneiden sind allerdings viel breiter, deshalb haben sie eine große Fläche, mit der sie sich in relativ weichem Material verkrallen können. In die Spitze eingelassen ist ein Stift aus Hartmetall, der sich unter der ursprünglichen Verwendung auf Auto- und Motorradreifen auch auf Asphalt nicht abnutzen soll und deshalb länger halten wird als der Schuh. Es gibt drei Größen, wobei der Stift nach der Montage der kleinsten Ausführung 2,3 Millimeter herausragt – das ist für Schuhe völlig ausreichend. In der größten sind es 6,5 Millimeter. Der Ausrüstungsanbieter Touratech verkauft die Einschraubspikes für Reifen, die serienmäßig keine Löcher haben, in die Spikes eingeschossen werden können. Das geht am besten im Neuzustand, zumal eine Profilhöhe von 10,5 Millimeter (für die kleinste Größe) notwendig ist. Das Fahren mit Spikereifen auf öffentlichen Straßen ist in Deutschland schon lange nicht mehr erlaubt, weil sie den Asphalt anfräsen, in skandinavischen Ländern aber üblich. Für Förster oder Rallyefahrer sind sie auch eine Lösung. Je nach Verwendung wird ein Reifen mit bis zu 250 Spikes versehen. Touratech verkauft 100 Stück für knapp 60 Euro, bei findigen Anbietern aus anderen Branchen, etwa von Hufschuhen für Pferde, sind sie auch zu bekommen, aber mit deutlichem Aufpreis. Hinzu kommt ein Adapter für den Akkuschrauber für knapp acht Euro.

Als Erstes wird gemessen, ob die Sohle dick genug ist, denn auf der scharfen Schneide zu laufen ist kein Vergnügen. Dann wird der Spike auf den Adapter gesetzt, dessen zwei Nasen sich in die Einkerbungen des Spikes klemmen. Vorbohren ist nach Ansicht des Anbieters nicht notwendig. Bei unseren Versuchen wanderte der Spike vor dem Eindringen zuweilen über das Gummi, er saß dann am Ende nicht dort, wo er geplant war. Wir empfehlen deshalb ein kleines und nicht tiefes Loch von drei Millimeter. Geschraubt wird mit geringer Geschwindigkeit und hoher Kraft, bis nur noch die Spitze herausschaut. Sechsmal je Schuh, und fertig ist das Ganze. Hält bombenfest. Damit über Parkett zu laufen ist aber nicht zu empfehlen. LUKAS WEBER

Praxis und Produkte

AUTO

Comeback für den Space Star

Mitsubishi wird seinen neuen Kleinwagen (3,71 Meter lang) in Europa „Space Star“ nennen. Der Name hat Tradition, bis 2005 wurde ein kleiner Hochdach-Kombi unter dieser Bezeichnung verkauft. In den asiatischen Ländern einschließlich Japan wird der Wagen als „Mirage“ vertrieben. Der Space Star wird in einem neuen Mitsubishi-Werk in Thailand gebaut und soll in Deutschland im April auf den Markt kommen. Der Basispreis dürfte um 10 000 Euro liegen. Das „besonders verbrauchsgünstige“ Auto wird entweder von einem Einliter- oder einem 1,2-Liter-Motor angetrieben (52/59 kW). Beide sind Dreizylinder, für den größeren gibt es neben einer manuellen Fünfgangschaltung auch ein stufenloses CVT-Getriebe. (fbs.)

MOTORRAD

Neue 125er von Honda

Speziell auf Jugendliche zugeschnitten ist die neue Honda MSX 125, die zu Preisen ab 2990 Euro im Mai zu den deutschen Händlern kommt. Die 125er schöpft das Leistungslimit des A1-Führerscheins (15 PS) mit ihren 10 PS noch nicht einmal aus, Honda sieht die MSX mit ihren dicken 12-Zoll-Rädern als Funbike und lobt das geringe Gewicht (102 Kilogramm) sowie die niedrige Sitzposition (76 Zentimeter). Gestartet wird elektrisch, das Getriebe hat vier Gänge und wird manuell geschaltet. Der Tank fasst 5,5 Liter. Zu den Besonderheiten zählt das LED-Rücklicht. Die Honda wird in vier verschiedenen Farben angeboten. (fbs.)

VERKEHRSRECHT

2033: Neue Führerscheine

Am kommenden Samstag, dem 19. Januar tritt in allen EU-Ländern die neue Führerschein-Richtlinie 2006/126/EG in Kraft (wir berichteten). Ihr Ziel ist die Vereinheitlichung von derzeit 110 unterschiedlichen Fahrerlaubnisdokumenten der rund 200 Millionen Auto- und Motorradfahrer in den 27 EU-Staaten. Die gute Nachricht: Alle bisher erworbenen nationalen Führerscheine, auch die betagten grauen und rosafarbenen „Lappen“, bleiben bis Januar 2033 uneingeschränkt gültig. Dann müssen sie aber getauscht werden. Auf Wunsch können sie jetzt schon für die neue EU-Fahrerlaubnis im Scheckkartenformat eingetauscht werden. Das Dokument ist nach fünfzehn Jahren ab Ausstellungsdatum durch ein neues zu ersetzen – ohne medizinische Untersuchung oder neuerliche Fahrprüfung. Inhaber von Lastwagen- oder Buslizenzen müssen nach wie vor alle fünf Jahre zum Amtsarzt. Änderungen bringt die neue EU-Richtlinie vor allem für Zweiradfahrer (F.A.Z. vom 31. Dezember 2012), die sich künftig im Zweijahresrhythmus von der Basisfahrerlaubnis A1 (ab 16 Jahre) über die neu eingeführte Klasse A2 bis zur unbeschränkten Bikerklasse A hochdienen können. Der Direkteinstieg ist ab 24 Jahre möglich. Auch für das Fahren von Trikes ist künftig der Motorradführerschein vorgeschrieben. Inhaber des Personenwagen-Führerscheins der Klasse B dürfen vom 19. Januar an auch Anhänger mit mehr als 750 Kilogramm Gewicht an den Haken nehmen, sofern das Gesamtgewicht des Gespanns 3,5 Tonnen nicht überschreitet. (hwm.)

HAUS UND GARTEN

Feuerholz messen

Der Winter ist die Zeit der Kaminöfen. Es darf aber nur trockenes Holz verbrannt werden. Denn wenn die Scheite zu feucht sind, brennen sie nicht nur schlecht, auch der Kamin leidet, und es kann Ärger mit dem Schornsteinfeger geben. Als Richtwert gilt eine Restfeuchte von höchstens 20 Prozent. Wie lange das Holz gelagert werden muss, bis es verwendbar ist, hängt davon ab, unter welchen Bedingungen es gestapelt ist. Wer es genau wissen will, schafft sich ein kleines batteriebetriebenes Messgerät an. Es hat zwei spitze Einsteckfühler, die ins Holz gedrückt werden. Über den elektrischen Widerstand errechnet das Gerät die Feuchtigkeit, das Ergebnis zwischen 0 und 60 Prozent wird digital angezeigt. Solche schlichten Feuchtemesser

sind für diesen Zweck völlig ausreichend, das Wetekom kostet bei Westfalia derzeit 9,99 Euro. Dielen und Bretter aus dem Baumarkt können damit ebenfalls geprüft werden. Es sollte aber an verdeckten Stellen geschehen, weil die Fühlernadeln hässliche Einstichstellen hinterlassen können. (Web.)

Foto Hersteller

Renault legt den Clio hoch und nennt ihn Captur

Wer einen dieser gefragten zivilen Geländewagen sucht, wird bislang in Frankreich nicht fündig. Jedenfalls nicht aus eigener Erzeugung, mehr oder weniger hilflose Kooperationen gab und gibt es. Doch jetzt wollen es die Franzosen wissen. Captur heißt das neue Modell von Renault, der 4,12 Meter lange „Urban Crossover“, der die Gene des neuen Clio und damit die frische Handschrift seines Designers Laurens van den Acker trägt, kommt im Frühjahr auf den Markt. Gute Übersicht, viel Platz und wendige Handlichkeit will der Captur vereinen, nur Geländeeigenschaften sind ihm unwichtig, Allradantrieb ist wohl nicht vorgesehen. Die Motoren sind die bekannten Benziner und Diesel aus dem Clio, der sparsamste unter ihnen soll 96 Gramm CO_2/km schaffen. Die Preise stehen noch nicht fest. (hap.)

Techniken fürs Überleben

Wie baue ich aus einer Plane und etwas Holz ein Boot oder aus ein paar Seilen eine Brücke, und wie bekomme ich mein krankes Auto zurück nach Hause? Outdoor-Tüftler Volker Lapp erklärt dies und vieles mehr, das man in der Wildnis gebrauchen kann, in der ihm eigenen knappen und verständlichen Art. „Der Lapp“ ist das Standardwerk für alle, die abseits der Zivilisation unterwegs sind. Der Autor hat fünf Jahrzehnte Erfahrung im Reisen in ferne Länder, erfindet Ausrüstungsgegenstände und baut Autos expeditionstauglich um. „Wie helfe ich mir draußen“, achte und erweiterte Auflage, 14,95 Euro. (Web.)

FOTO UND FILM

Kameras auf der CES

Die CES in Las Vegas ist noch von weiteren Kameraherstellern genutzt worden, um neue Digitalkameras zu präsentieren: Fujifilm zeigte mit der X100S eine verbesserte Nachfolgerin der Hybridsucher-Kamera X100 im gleichen nostalgischen Gewand. Die Neue hat einen 16,3-Megapixel APS-C X-Trans CMOS II-Sensor erhalten, der mit einem schnelleren EXR-Prozessor II Zusammenarbeitet. In dem zwischen optischer Durchsicht und elektronischer Bildschirmansicht umschaltbaren Hybridsucher wurde die Auflösung des elektronischen Sucherbilds verbessert. Der Sensor der X100S kommt ohne Tiefpassfilter aus: Fujifilm hat stattdessen eine Farbfilter-Anordnung entwickelt, die sich an der zufälligen Anordnung der Silberhalogenid-Kristalle bei analogen Filmen orientiert. Die Fujifilm X20, die es in schwarzem und verchromtem Gehäuse geben wird, bringt als Nachfolgerin der X10 einen kleineren X-Trans CMOS II-Sensor, den EXR-Prozessor II und einen verbesserten optischen Sucher mit. Der wechselt zum Beispiel je nach Lichtverhältnissen die Farbe der eingespiegelten Aufnahmedaten. Olympus präsentierte unter anderem drei Stylus-Tough-Modelle. Flaggschiff dieser robusten Outdoor-Kameras ist die bis 15 Meter Wassertiefe verwendbare Stylus TG-2. Ihr bruchfestes Gehäuse hält Belastungen von 100 Kilogramm aus, sie überlebt Stürze von mehr als zwei Meter Höhe und ist frostsicher bis minus 10 Grad Celsius. Wie ihre Vorgängerin hat sie ein mit Anfangsöffnung 1:2 lichtstarkes Objektiv, dessen Zoombereich von 30 bis 200 Millimeter Kleinbild-Brennweite ausgedehnt werden kann. Andererseits erlaubt ihr Makromodus, Aufnahmen aus einem Zentimeter Entfernung. Weitere Features sind das GPS-Tracking von Aufnahmen und die High-Speed-Videofunktion mit 240 Bilder je Sekunde, die sich in Zeitlupe wiedergeben lassen. (py.)

KOMMUNIKATION

Siri kommt ins Auto

Siri bei Mercedes-Benz: Auf der Computermesse CES in Las Vegas (siehe Bericht oben) zeigte Mercedes-Benz als erster deutscher Autohersteller die Integration von Apples Sprachassistentin Siri ins Fahrzeug. Dazu kam die neue E-Klasse zum Einsatz und das in „Technik und Motor“ unlängst vorgestellte „Drivekit Plus“ für die ebenfalls neue A-Klasse. Mit Siri kann man nun während der Fahrt E-Mails diktieren, SMS versenden oder Musik auswählen – ohne den Blick von der Fahrbahn zu nehmen. Weitere Fahrzeughersteller haben ebenfalls eine umfassende Siri-Unterstützung angekündigt, zuvor hatte Apple im Sommer vergangenen Jahres das Thema unter dem Motto „Eyes Free“ kommuniziert. (misp.)

COMPUTER

USB-Stick mit einem Terabyte

Den ersten USB-Stick mit einer Speicherkapazität von einem Terabyte hat Kingston auf der CES vorgestellt. Der „Data Traveler Hyper X Predator“ soll Daten mit USB 3.0 und einem Tempo von bis zu 240 MByte/s beim Lesen und 160 MByte/s beim Schreiben übertragen. Das Metallgehäuse mit Zink-Aluminium-Legierung soll die kostbaren Daten schützen. Ein Preis wurde noch nicht genannt. Es ist jedoch anzunehmen, dass der Stick deutlich mehr als 1000 Euro kosten wird. (misp.)

HINWEIS DER REDAKTION

Ein Teil der in „Technik und Motor“ besprochenen Produkte wurde der Redaktion von den jeweiligen Unternehmen zu Testzwecken leihweise zur Verfügung gestellt oder auf Reisen, zu denen Journalisten eingeladen wurden, präsentiert.